DEUTSCHE BUNDESBANK
EUROSYSTEM

Monatsbericht – August 2026

78. Jahrgang, Nr. 8

Dies ist ein automatisch erzeugtes Dokument.
Die veröffentlichte Fassung finden Sie auf publikationen.bundesbank.de.

Inhaltsverzeichnis

Überblick 6

Internationales und europäisches Umfeld 17

1 Trotz vielfältiger Belastungen hielt sich die Weltwirtschaft recht gut 18

1.1 Wachstumsdelle in China 21

1.2 Gedämpfte konjunkturelle Entwicklung in anderen großen Schwellenländern . . 23

1.3 US-Konjunktur weiterhin robust, Preisauftrieb bleibt erhöht 24

1.4 Japanische Wirtschaft trotzt dem Energiepreisanstieg 25

1.5 Konjunktur im Vereinigten Königreich weiterhin aufwärtsgerichtet 26

1.6 Erneuter Anstieg der Wirtschaftsleistung in Polen 26

Konvergenz der EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa schreitet mit verringertem Tempo voran 27

2 Konjunktur im Euroraum überraschend robust 35

Zur Unbeständigkeit der irischen BIP-Wachstumsraten und deren Auswirkungen für die Euroraum-Analyse 36

Literaturverzeichnis 51

Geldpolitik und Bankgeschäft 54

1 Geldpolitik und Geldmarktentwicklung 55

2 Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet 57

3 Einlagen- und Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden . 65

Finanzmärkte 73

1 Finanzmarktumfeld 74

1.1 Finanzmärkte zwischen energiepreisbedingten Inflationsrisiken und gestiegenen Gewinnerwartungen 74

2 Wechselkurse 75

Die Rolle des Euro als Fakturierungswährung 77

3 Wertpapiermärkte 84

3.1 Rentenmarkt 84

3.2 Aktienmarkt 90

Literaturverzeichnis 93

Konjunkturlage 94

1 Deutsche Wirtschaft auch im zweiten Quartal auf Erholungskurs 95

2 Exporte im Plus, temporärer Impuls vom Bau 97

3 Arbeitsmarkt weiter abgeschwächt 100

Umfang und Struktur des Stellenabbaus im Verarbeitenden Gewerbe 103

4 Tariflöhne stiegen im Frühjahr schwächer 107

5 Inflationsrate stieg im Frühjahr vor allem aufgrund höherer Energiepreise merklich 109

6 Im dritten Quartal dürfte die Wirtschaftsleistung allenfalls noch leicht zulegen 112

Literaturverzeichnis 115

Öffentliche Finanzen 116

1 Gesamtstaat 117

1.1 Ausgaben treiben Defizit und Beitragssätze 117

1.2 Große Spielräume aus Fiskalregeln weit ausgelegt 118

1.3 Reform-Momentum beibehalten und auch für solide Staatsfinanzen nutzen . . 119

EU-Fiskalregeln: mehr Flexibilität, höhere Schulden 121

2 Steuereinnahmen 129

2.1 2026 zeichnen sich leichte Mindereinnahmen gegenüber Steuerschätzung ab 129

2.2 Steuersystem vereinfachen, Subventionen abbauen 131

3 Bundesfinanzen 133

3.1 Defizit 2026 steigt stark, aber weniger als geplant 133

3.2 Bund plant bis 2030 sehr hohe Defizite und hat dafür noch hohen Konsolidierungsbedarf 138

4 Länderfinanzen 145

5 Sozialversicherung 146

5.1 Bundesagentur für Arbeit 146

5.2 Rentenversicherung 147

6 Reform der Alterssicherung 149

6.1 Überzeugendes Gesamtpaket vorgelegt 149

6.2 Zu ausgewählten Aspekten des Pakets 150

6.2.1 Altersgrenzen zügig anpassen 151

6.2.2 Ab- und Zuschläge regelmäßig überprüfen 152

6.2.3 Nicht beitragsgedeckte Leistungen transparent darstellen und steuerfinanzieren 153

6.2.4 Kapitalrente nach schwedischem Vorbild aufsetzen 154

6.2.5 Kapitalrente mit geförderter privater Altersvorsorge gut abstimmen 157

6.2.6 Beamtenversorgung wirkungsgleich reformieren 158

6.3 Wie die Reform auf Rentenanpassung, GRV-Beitrag und Bundeshaushalt wirkt 159
6.3.1 Rentenausgaben: Nachhaltigkeitsfaktor und Kapitalrentenbeitrag dämpfen Rentenanpassung 159

Zum komplexen Zusammenspiel von neuem Kapitalbeitrag und Haltelinie . 161
6.3.2 Beitragssatz im Umlageverfahren: Zahlreiche Reformelemente dämpfen 163
6.3.3 Bundeshaushalt: zunächst wohl belastet, aber im weiteren Verlauf entlastet . . . 163

Literaturverzeichnis 165

Statistischer Teil 169

Überblick

1 Weltwirtschaft und internationale Finanzmärkte

1.1 Trotz vielfältiger Belastungen hielt sich die Weltwirtschaft recht gut

Die Weltwirtschaft zeigte sich im Frühjahr 2026 weiterhin widerstandsfähig. In den Vereinigten Staaten setzte sich die gesamtwirtschaftliche Expansion im zweiten Vierteljahr in ähnlichem Tempo fort wie zuvor. Im Euroraum verstärkte sich das Wachstum, nachdem es im ersten Quartal durch den kräftigen BIP-Rückgang in Irland gedämpft worden war. Ohne Irland gerechnet stieg die Wirtschaftsleistung im Euroraum erneut moderat an. In China verlangsamte sich das BIP-Wachstum im zweiten Quartal zwar merklich, die zugrunde liegende wirtschaftliche Dynamik dürfte sich vor dem Hintergrund des anhaltenden Exportbooms aber besser gehalten haben. Insgesamt behauptete sich die Weltwirtschaft bislang recht gut gegenüber den Belastungen durch höhere Energiepreise sowie anhaltende handels- und geopolitische Spannungen.

Die vom Konflikt im Nahen Osten ausgehenden Belastungen für Industrieproduktion und Welthandel blieben bislang regional begrenzt. Zwar sank die industrielle Erzeugung in den ölexportierenden Volkswirtschaften der Golfregion infolge der militärischen Auseinandersetzungen kräftig. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nahmen Industrieproduktion und Warenausfuhren dagegen weiter zu. Gestützt wurden sie vor allem durch die anhaltend lebhafte globale Investitionsnachfrage im Zusammenhang mit Hochtechnologie- und KI-Anwendungen. Die jüngsten Stimmungsindikatoren deuten an, dass die Konjunktur in den Industrieländern bis zuletzt robust war.

1.2 Anziehende Teuerung

Die Preise für Energierohstoffe blieben zuletzt angesichts der volatilen geopolitischen Lage deutlich erhöht. Nach der Verständigung auf ein Rahmenabkommen zwischen den USA und Iran und der vorübergehenden Wiederaufnahme des Schiffsverkehrs durch die Straße von Hormus sanken die Ölnotierungen im Juni kräftig. Im Juli zogen sie infolge neuer militärischer Angriffe und der erneuten Blockade der Straße von Hormus jedoch zeitweise wieder an. Rohöl der Sorte Brent kostete zuletzt 92 US-$ je Fass und damit rund 29 % mehr als vor

Kriegsbeginn. Bis zum Jahresende lassen die Terminnotierungen leicht fallende Preise erwarten. Die Aufwärtsrisiken bleiben angesichts verminderter globaler Lagerbestände und möglicher weiterer Lieferausfälle infolge einer regionalen Ausweitung des Konflikts jedoch beträchtlich.

Nach wie vor erhöhten die Energiepreise die Teuerung in den Industrieländern. Die Vorjahresrate der Verbraucherpreise belief sich im Juli auf 3,1 %. Zwischenzeitlich war sie im Mai auf 3,7 % gestiegen, nach 3,3 % im April. Die ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnete Rate lag im Juli bei 2,4 %. Sollten die Energierohstoffpreise länger erhöht bleiben, dürften Unternehmen die damit verbundenen Kosten verstärkt auf die Verbraucher überwälzen. Daneben treibt der globale Investitionsboom im Bereich der künstlichen Intelligenz zunehmend die Preise einzelner Güter. Nicht nur Vorprodukte wie Halbleiter und Speichermodule, sondern auch Computer sowie Software und Zubehör verteuerten sich zuletzt deutlich. Wegen ihres geringen Gewichts in den Warenkörben dürften sie nur begrenzt zur Teuerung auf der Verbrauchstufe beitragen, gleichwohl könnten sie den zugrunde liegenden Kosten- und Preisauftrieb zusätzlich verstärken.

1.3 Finanzmärkte zwischen energiepreisbedingten Inflationsrisiken und gestiegenen Gewinnerwartungen

Von Anfang April bis Mitte August erhöhten steigende Kurzfrist-Zinserwartungen und zunehmende Terminprämien die Renditen langfristiger Staatsanleihen. Im Euroraum hatten die Marktteilnehmer bereits vor Beginn des Berichtszeitraums Leitzinserhöhungen eingepreist, weil der Kriegsausbruch am Persischen Golf energiepreisbedingte Inflationsrisiken hervorgerufen hatte. Mit dem Wiederaufflammen der Kämpfe im Juli revidierten sie ihre Erwartungen an den weiteren Leitzinspfad nochmals nach oben. In den USA erhöhten eine neu ausgerichtete Kommunikation nach dem Wechsel des Fed-Vorsitzenden und robuste Konjunkturdaten die für die Zukunft erwarteten kurzfristigen Zinssätze. Zudem trug dort eine gestiegene Terminprämie zum Renditeanstieg bei. Modellanalysen zufolge übten wechselnde geldpolitische Impulse aus den USA einen wesentlichen Einfluss auf den Euro-US-Dollar-Wechselkurs aus. Der Euro wertete gegenüber dem US-Dollar per saldo leicht auf. Handelsgewichtet wertete der Euro jedoch ab.

Die Kurse risikobehafteter Anlagen entwickelten sich überwiegend positiv, getragen von einer höheren Risikoneigung, gestiegenen Gewinnerwartungen und dem anhaltenden KI-Boom. Ausgehend von einem noch gedämpften Kursniveau gewannen Risikoaktiva im Berichtszeitraum spürbar an Wert; Phasen der Deeskalation im Nahen Osten stützten die Risikoneigung zusätzlich. Kurse von Aktien und hochverzinsten Unternehmensanleihen stiegen weiter an. Bei Letzteren engten sich die Risikoaufschläge im Hochzinssegment besonders deutlich ein. An den Aktienmärkten sorgten höhere Gewinnerwartungen und der anhaltende KI-Boom für Kursgewinne. Insbesondere Technologiewerte legten kräftig zu. Allerdings stiegen die Gewinnerwartungen noch kräftiger als die Kurse. Damit nahmen auch die impliziten Eigenkapitalkosten zu. Somit werden im Ergebnis Aktien günstiger bewertet als zu Beginn des zweiten Quartals. Zwischenzeitlich kamen allerdings auch immer wieder Zweifel auf, ob die hohen Investitionen im KI-Sektor dauerhaft entsprechende Erträge erwirtschaften können.

2 Geldpolitik und Bankgeschäft

2.1 EZB-Rat erhöht Leitzinsen um 25 Basispunkte

Auf seiner geldpolitischen Sitzung im Juni 2026 beschloss der EZB-Rat, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 25 Basispunkte anzuheben. Ausschlaggebend für die Entscheidung des EZB-Rats war der vom Krieg im Nahen Osten ausgehende Druck auf die Inflation und die Einschätzung eindeutig aufwärts gerichteter Inflationsrisiken. Mit diesem Zinsschritt ist die Geldpolitik in einer günstigeren Position, um in einem Umfeld hoher Unsicherheit auf diese Risiken zu reagieren. Im Juli beließ der EZB-Rat die Leitzinsen unverändert, machte aber deutlich, dass er weitere Zinserhöhungen nicht ausschließt.

2.2 Buchkreditvergabe im Euroraum setzt Wachstum fort

Die Buchkreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen nahm im zweiten Quartal zu, und die monetäre Dynamik blieb weitgehend stabil. Hinter dem Wachstum der Kreditvergabe an die Unternehmen standen zum einen temporäre Faktoren wie das Nachholen der zu Beginn des Krieges im Nahen Osten eingebrochenen Nachfrage nach Investitionskrediten. Hinzu kamen ein günstiges Umfeld bei den Finanzierungskosten, ein gestiegener Finanzierungsbedarf sowie die ausgeweitete Investitionstätigkeit im Euroraum. Die moderate Kreditvergabe an private Haushalte beschleunigte sich dagegen nicht weiter.

Die Jahreswachstumsrate von M3 lag Ende Juni bei 3,3 % und damit innerhalb der Spanne der Vorquartale. Die größten Zuflüsse entfielen im Berichtsquartal auf kurzfristige Termineinlagen. Deren gestiegene Verzinsung erhöhte ihre Attraktivität erkennbar.

3 Deutsche Wirtschaft

3.1 Deutsche Wirtschaft auch im zweiten Quartal auf Erholungskurs

Die deutsche Wirtschaft legte im zweiten Quartal 2026 erneut merklich zu. Gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes stieg das reale BIP gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 0,2 %. Bereits im Vorquartal hatte sich die Wirtschaftsleistung recht kräftig um 0,4 % erhöht. Dies wurde allerdings erst mit der Revision der BIP-Daten Ende Juli bekannt und konnte so nicht in die Bundesbank-Prognose vom Juni einfließen. Damit zeigte sich die deutsche Wirtschaft nun vor dem Hintergrund zahlreicher Belastungsfaktoren robuster als damals erwartet. Dazu passen auch die jüngsten Revisionen des Statistischen Bundesamtes, die nahelegen, dass die wirtschaftliche Dynamik bereits seit Ende 2023 günstiger ausfiel als bisher angenommen. Zusammen spricht dies für eine etwas stärkere konjunkturelle Grundtendenz am aktuellen Rand. Somit befindet sich die deutsche Wirtschaft nunmehr deutlich erkennbar auf einem Erholungskurs, den auch der Krieg im Nahen Osten nicht ausbremsen konnte. Im Einklang hiermit belebte sich die Buchkreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen im zweiten Quartal merklich. Damit unterschied sich die aktuelle Entwicklung von der weitgehend kraftlosen und oft rückläufigen Kreditvergabe der letzten Quartale. Zugleich haben die Banken ihre Kreditvergabepolitik gegenüber Firmenkunden im zweiten Quartal erneut gestrafft, was sie insbesondere mit branchen- und firmenspezifischen Risiken sowie verhaltenen Konjunkturaussichten begründeten.

Vor allem die Exporte dürften zum BIP-Anstieg im zweiten Quartal beigetragen haben. Die anhaltend solide Nachfrage aus dem Ausland stützte auch die deutsche Industrie. Sie erwies sich damit als recht widerstandsfähig gegenüber erhöhten Energiepreisen und Lieferkettenproblemen. Für einen positiven Impuls bei den privaten Ausrüstungsinvestitionen dürfte die Belebung jedoch nicht gesorgt haben: Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe verharrte weiterhin auf niedrigem Niveau, und die mit Ausbruch des Krieges im Nahen Osten gestiegene Unsicherheit sowie die gestiegenen Zinsen bremsten zusätzlich. Die Bauwirtschaft dürfte infolge temporärer Auf- und Nachholeffekte nach der witterungsbedingt gedrückten Produktion im ersten Quartal trotz schwacher Wohnungsnachfrage und hoher Baukosten noch positiv zum BIP-Wachstum beigetragen haben. Bei den Dienstleistern blieb die Entwicklung heterogen. Den bis Mai verfügbaren Daten zufolge trugen vor allem konsumferne Dienstleistungsbereiche zum BIP-Anstieg bei. Der private Konsum und damit verbundene Bereiche dürften dagegen durch die verschlechterte Lage am Arbeitsmarkt und die infolge des Krieges im Nahen Osten deutlich erhöhten Verbraucherpreise lediglich verhalten gewachsen sein.

3.2 Arbeitsmarkt und Tariflohnanstieg weiter abgeschwächt

Der Arbeitsmarkt profitierte nicht vom Wirtschaftswachstum und verschlechterte sich auch im Frühjahr. Die Erwerbstätigkeit nahm weiter ab, und zwar ähnlich schnell wie seit Mitte 2025. Im Rahmen der üblichen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellt sich nun auch die Entwicklung der Gesamtbeschäftigung in den vergangenen zwei Jahren etwas ungünstiger dar als zuletzt berichtet. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich jedoch nur minimal. Frühindikatoren geben kaum Hinweise auf eine bevorstehende Verbesserung.

Die Tarifverdienste stiegen im zweiten Quartal 2026 schwächer als zuvor. Sowohl mit als auch ohne Sonder- und Einmalzahlungen nahmen sie nur noch um 2,6 % gegenüber dem Vorjahr zu. Ein wesentlicher Grund ist, dass die jüngsten Tarifabschlüsse niedriger ausfielen als in den Vorjahren. Bislang gibt es keine Hinweise darauf, dass der Irankrieg über höhere Tariflöhne Zweitrundeneffekte auf die Inflationsrate auslöst. Die Effektivverdienste stiegen im Frühjahr wohl ähnlich stark wie im Winter, als sie um gut 4 % zulegten. Sie erhöhten sich damit wohl erneut deutlich stärker als die Tarifverdienste.

3.3 Inflationsrate stieg im Frühjahr vor allem aufgrund höherer Energiepreise merklich

Die Verbraucherpreise zogen im Frühjahr kräftig an. Gegenüber dem Vorquartal stiegen die Verbraucherpreise (HVPI) im zweiten Quartal 2026 saisonbereinigt um 0,9 %, nach 0,7 % im ersten Quartal. Auch in der Vorjahresbetrachtung verstärkte sich der Preisauftrieb im zweiten Quartal 2026 merklich. Die Inflationsrate stieg auf 2,6 %, nachdem sie im Januar und Februar bereits nahe 2 % gelegen hatte. Der Energiepreisschock unterbrach damit den zuvor weit vorangeschrittenen Disinflationsprozess. Im Gegensatz zur letzten Hochinflationsphase ist der erneute Teuerungsanstieg bislang aber nicht breit angelegt, sondern stark auf Energieprodukte konzentriert. Indirekte Effekte des Energiepreisschubs auf andere Komponenten des HVPI sind bisher begrenzt. Die Kerninflationsrate, gemessen am HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel, sank im Gegensatz zur Gesamtrate leicht von 2,5 % im Vorquartal auf 2,4 %.

Im Juli erhöhte sich die Inflationsrate, nach einem kurzen Rückgang im Juni, wieder deutlich auf 2,8 %. Vor allem Energie verteuerte sich merklich kräftiger als zuvor. Die vorübergehende Energiesteuersenkung für Benzin und Diesel lief aus, und die Raffineriemargen erhöhten sich nochmals. Bei Industriegütern ohne Energie verstärkte sich der Preisauftrieb ebenfalls deutlich. Hierzu trug insbesondere der kräftige Preisanstieg bei Arzneimitteln bei, der mit der Änderung der Apothekenverordnung zum 1. Juli zusammenhängen dürfte. Die Kernrate ohne Energie und Nahrungsmittel erhöhte sich von 2,5 % im Juni auf 2,6 % im Juli.

Die Inflationsrate könnte in den kommenden Monaten vorübergehend noch weiter ansteigen. Der Ausblick hängt dabei nach wie vor maßgeblich vom Verlauf des Krieges im Nahen Osten ab. Für die kurzfristige Entwicklung der Preise für Kraftstoffe und Heizöl sind neben den Rohölpreisen insbesondere die Raffineriemargen bedeutsam. Bereits jetzt verknappen kriegsbedingte Schäden an Raffinerien in Russland und im Nahen Osten, zusammen mit der Blockade der Straße von Hormus, das Angebot an Mineralölerzeugnissen weltweit. Bleiben die Energiepreise auf vorgelagerten Stufen hoch oder steigen sie weiter, könnte sich der Kostendruck zunehmend auf die Verbraucherpreise anderer Waren und einzelner Dienstleistungen übertragen.

3.4 Im dritten Quartal dürfte die Wirtschaftsleistung allenfalls noch leicht zulegen

Im dritten Quartal dürften die Folgen der niedrigen Pegelstände auf wichtigen Wasserstraßen die Erholung der deutschen Wirtschaft vorübergehend ausbremsen.

Die deutsche Wirtschaft startet zwar auch in die zweite Jahreshälfte mit einer recht kräftigen konjunkturellen Grundtendenz. Die robuste Auftragslage in der Industrie liefert gute Voraussetzungen für eine weiterhin positive Exportentwicklung. Auch von den staatlichen Ausgaben dürften fortgesetzte Impulse für die wirtschaftliche Dynamik ausgehen. Neben höheren Verteidigungsausgaben könnten sich nach und nach steigende Infrastrukturinvestitionen stärker bemerkbar machen. Gleichzeitig bleiben jedoch mehrere Belastungsfaktoren bestehen, und durch die ausgeprägte Dürreperiode kommen vorübergehend weitere Einschränkungen hinzu. Nur noch begrenzt nutzbare Transportwege auf wichtigen Flüssen und kräftig steigende Transportkosten dürften die Industrieproduktion und den Exportanstieg deutlich beeinträchtigen. Das Niedrigwasser belastet damit auch die gesamtwirtschaftliche Aktivität im dritten Quartal spürbar. Ferner dämpfen die immer noch niedrige Kapazitätsauslastung in der Industrie und die zuletzt gestiegenen Zinsen die Investitionen der Unternehmen. Bei den Dienstleistern dürften die weniger konsumnahen Branchen weiter expandieren. Konsumnahe Dienstleister dürften jedoch unter Druck bleiben. Der private Konsum wird durch die anhaltend hohen Energiepreise belastet. Auch der schwache Arbeitsmarkt und die laut GfK pessimistischen Einkommenserwartungen tragen zu einer weiterhin schwachen Konsumneigung der privaten Haushalte bei. Schließlich dürfte die abgeschwächte Nachfrage im Wohnungsbau die Bauaktivität bremsen. Insgesamt wird die Erholung der deutschen Wirtschaft im dritten Quartal wohl vorübergehend deutlich an Schwung verlieren.

4 Deutsche Staatsfinanzen

4.1 Deutsche Staatsfinanzen expansiv

Die deutschen Staatsfinanzen sind expansiv ausgerichtet, vor allem durch stark steigende Ausgaben. Mit dem aktuellen Kurs steuert die gesamtstaatliche Defizitquote bis 2028 Richtung 5 % (2025: 2,8 %). Am stärksten schlagen Mehrausgaben für Verteidigung zu Buche. Hinzu kommen wachsende Transfers, höhere nicht militärische Investitionsausgaben, zunehmende Zinslasten und Steuersenkungen.

Der Bund plant bis 2030 sehr hohe Defizite. Dabei sind Einsparungen zur Einhaltung der Schuldenbremse bereits eingerechnet, ohne entsprechende Maßnahmen zu konkretisieren. Gemäß der neuen Haushalts- und Finanzplanung erhöht sich das strukturelle Defizit des Bundes auf 4¼ % des BIP im Jahr 2030. Ohne die unkonkreten Einsparungen zur Einhaltung der Schuldenbremse würde die Quote 2030 sogar über 5 % hinausgehen. Die hohe strukturelle Defizitquote stammt zu 3 Prozentpunkten aus der Verteidigungsausnahme und zu 1 Prozentpunkt aus dem Sondervermögen IK. Dabei werden die erweiterten Kreditspielräume genutzt, ohne dass die Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur in gleichem Maße zulegen.

4.2 Reform-Momentum beibehalten und auch für solide Staatsfinanzen nutzen

Einige wichtige und umfangreiche Strukturreformen sind auf dem Weg und zu begrüßen. So arbeitet die Bundesregierung daran, die Sozialversicherungen dauerhaft solide und verlässlich aufzustellen und dabei den Anstieg der Beitragssätze zu begrenzen. Weitere Maßnahmen zielen etwa darauf ab, Verwaltungsprozesse zu verbessern und Bürokratielasten zu senken. Gerade hier wird es wichtig sein, dass die verschiedenen staatlichen Ebenen umfassend und koordiniert vorgehen.

Zur Alterssicherung liegt ein wegweisendes Paket der Alterssicherungskommission vor. Es ist richtig, dass die Bundesregierung dieses vollständig umsetzen will. Die vorgeschlagenen Maßnahmen stärken die Erwerbstätigkeit, insbesondere durch höhere Altersgrenzen. Zugleich dämpfen sie den Finanzierungsdruck auf das Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung. Dadurch kann der Beitragssatz im Umlageverfahren niedriger ausfallen, und auch der Bundeshaushalt wird so entlastet. Eine neue obligatorische kapitalgedeckte Rente soll die umlagefinanzierte Rente ergänzen und Renditechancen längerfristiger Kapitalmarktanlagen nutzen. Ziel ist es, das Gesamtversorgungsniveau aus Umlage- und Kapitalrente im weiteren Verlauf spürbar über das derzeitige Versorgungsniveau zu heben. Der Bund garantiert dabei ein Mindestversorgungsniveau bei Rentenzugang von 48 % (für die Standardrente). Er übernimmt insofern einen Teil der Lasten und des Risikos durch den Übergang.

Es kommt nun darauf an, die verschiedenen Reformen zügig umzusetzen und das Reform-Momentum auch für solide Staatsfinanzen zu nutzen. Je früher die Reformmaßnahmen in Kraft treten, umso früher können sie Wachstumsbedingungen verbessern sowie Staatsfinanzen und Sozialsystem entlasten. Um gleichzeitig die Resilienz der Staatsfinanzen nicht zu gefährden, ist eine glaubwürdige Aussicht auf wieder sinkende Defizitquoten wichtig. Für den Bund bedeutet dies, die offenen Konsolidierungsbedarfe in seiner Planung mit konkreten Maßnahmen zu schließen und zum Ende der Finanzplanung in den Defizitabbau einzusteigen. Mit den aktuellen Planungen droht Deutschland hingegen, die EU-Fiskalregeln zu verletzen.

Glaubwürdige und stabilitätsorientierte Fiskalregeln sind für Deutschland und die EU wichtig. Die geltende Schuldenbremse und die EU-Regeln erlauben derzeit hohe Defizite und werden zudem weit ausgelegt. Die Anwendung und Auslegung der EU-Regeln sollte angesichts hoher Defizit- und Schuldenquoten in einigen Mitgliedstaaten klar darauf fokussiert sein, zügig solide Staatsfinanzen zu erreichen. Dies legt auch nahe, die aktuelle EU-Verteidigungsausnahme nicht auf andere Bereiche auszudehnen. In Deutschland ist eine Reform der Schuldenbremse wichtig, um wieder stabile Leitplanken für solide Staatsfinanzen zu verankern. Die Bundesbank hat hierzu einen Vorschlag vorgelegt.

Internationales und europäisches Umfeld

1 Trotz vielfältiger Belastungen hielt sich die Weltwirtschaft recht gut

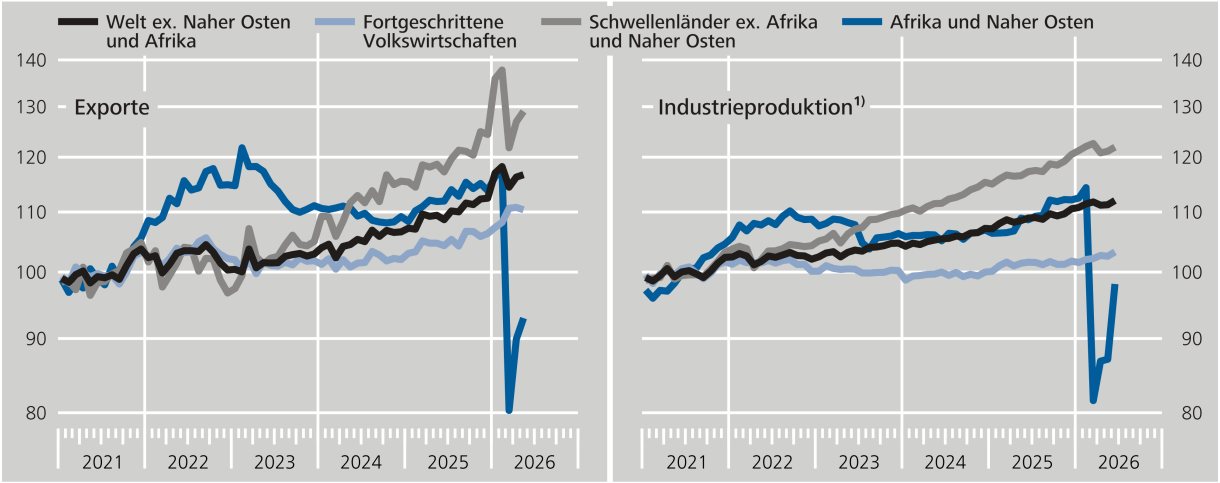
Die Weltwirtschaft zeigte sich im Frühjahr 2026 weiterhin widerstandsfähig. In den Vereinigten Staaten setzte sich die gesamtwirtschaftliche Expansion im zweiten Vierteljahr in ähnlichem Tempo fort wie zuvor. Im Euroraum verstärkte sich das Wachstum, nachdem es im ersten Quartal durch den kräftigen BIP-Rückgang in Irland gedämpft worden war. Ohne Irland gerechnet stieg die Wirtschaftsleistung im Euroraum erneut moderat an. In China verlangsamte sich das BIP-Wachstum im zweiten Quartal zwar merklich, die zugrunde liegende wirtschaftliche Dynamik dürfte sich vor dem Hintergrund des anhaltenden Exportbooms aber besser gehalten haben. Insgesamt behauptete sich die Weltwirtschaft bislang recht gut gegenüber den Belastungen durch höhere Energiepreise sowie anhaltende handels- und geopolitische Spannungen.

Die vom Konflikt im Nahen Osten ausgehenden Belastungen für Industrieproduktion und Welthandel blieben bislang regional begrenzt. Zwar sank die industrielle Erzeugung in den ölexportierenden Volkswirtschaften der Golfregion infolge der militärischen Auseinandersetzungen kräftig, in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nahmen Industrieproduktion und Warenausfuhren dagegen weiter zu. Gestützt wurden sie vor allem durch die anhaltend lebhafte globale Investitionsnachfrage im Zusammenhang mit Hochtechnologie- und KI-Anwendungen. Zudem dürfte ein vorsorglicher Lageraufbau in Erwartung möglicher Lieferkettenstörungen aufgrund der Blockade der Straße von Hormus die industrielle Aktivität und den Welthandel zeitweise unterstützt haben. Die jüngsten Stimmungsindikatoren deuten an, dass die Konjunktur in den Industrieländern bis zuletzt robust war. Die geopolitische Lage in der Golfregion bleibt allerdings stark angespannt. Eine längere Dauer oder eine Ausweitung des Konflikts stellen erhebliche Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft dar.

Globale Konjunkturindikatoren

Schaubild 1.1

2021 = 100, preis- und saisonbereinigt, log. Maßstab



Quellen: CPB, nationale Angaben, Haver Analytics und eigene Berechnungen. **1** Angaben des CPB mit eigenen Hochrechnungen für Juni 2026 fortgeschrieben.

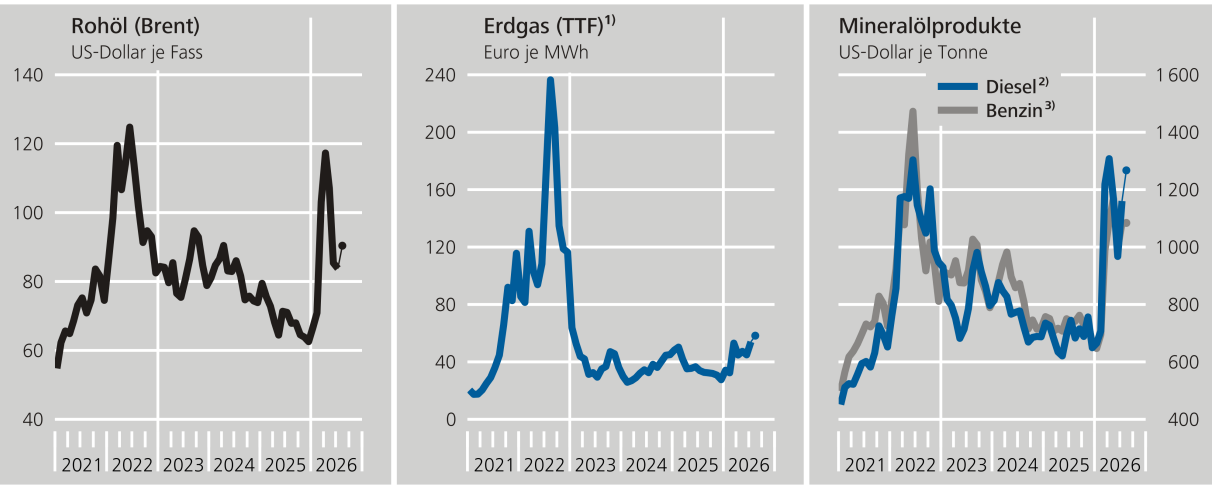
Deutsche Bundesbank

Die Preise für Energierohstoffe blieben zuletzt angesichts der volatilen geopolitischen Lage deutlich erhöht. Nach der Verständigung auf ein Rahmenabkommen zwischen den USA und Iran und der vorübergehenden Wiederaufnahme des Schiffsverkehrs durch die Straße von Hormus sanken die Ölnotierungen im Juni kräftig. Im Juli zogen sie infolge neuer militärischer Angriffe und der erneuten Blockade der Straße von Hormus jedoch wieder an. Rohöl der Sorte Brent kostete zuletzt 92 US-$ je Fass und damit rund 29 % mehr als vor Kriegsbeginn. Bis zum Jahresende lassen die Terminnotierungen leicht fallende Preise erwarten. Die Aufwärtsrisiken bleiben angesichts verminderter globaler Lagerbestände und möglicher weiterer Lieferausfälle infolge einer regionalen Ausweitung des Konflikts jedoch beträchtlich. Das gilt insbesondere für die Preise vieler Mineralölprodukte. Das globale Angebot für diese Erzeugnisse verknappte sich in den letzten Monaten wegen kriegsbedingter Produktionsausfälle russischer Raffinerien zusätzlich. Entsprechend übertrafen die Preise für Kerosin, Heizöl, Benzin und Diesel in vielen Regionen ihre Vorkrisenstände weiterhin deutlich. Der europäische Gaspreis TTF zog ebenfalls wieder stärker an und lag zuletzt mit 62 € je Megawattstunde rund doppelt so hoch wie zu Kriegsbeginn. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem längerfristige Schäden an Produktionsanlagen sowie niedrige europäische Speicherstände.

Rohstoffpreise

Schaubild 1.2

Monatsdurchschnitte



Quellen: LSEG und EEX. • Letzter Stand: Durchschnitt 1. bis 17. August 2026. **1** Preis für nächstfälligen Terminkontrakt. **2** Ultra Low Sulfur Diesel 10 ppm CIF NWE. **3** Gasoline Premium Unleaded 10 ppm CIF NWE.

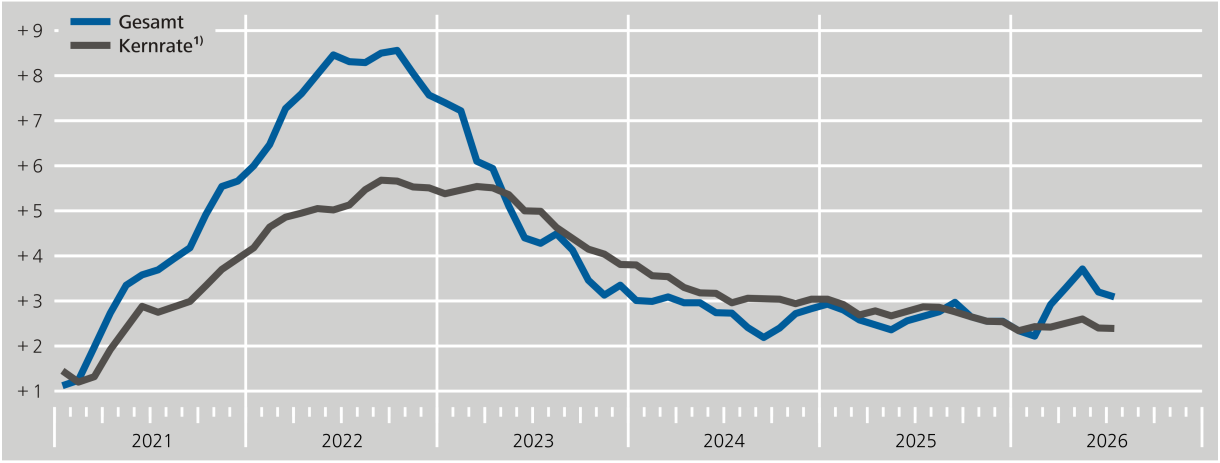
Deutsche Bundesbank

Nach wie vor erhöhten die Energiepreise die Teuerung in den Industrieländern. Die Vorjahresrate der Verbraucherpreise belief sich im Juli auf 3,1 %. Zwischenzeitlich war sie im Mai auf 3,7 % gestiegen, nach 3,3 % im April. Die ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnete Rate lag im Juli bei 2,4 % und damit geringfügig unter ihrem Stand vom April. Sollten die Energierohstoffpreise länger erhöht bleiben, dürften Unternehmen die damit verbundenen Kosten verstärkt auf die Verbraucher überwälzen. Daneben treibt der globale Investitionsboom im Bereich der künstlichen Intelligenz zunehmend die Preise einzelner Güter. Nicht nur Vorprodukte wie Halbleiter und Speichermodule, sondern auch Computer sowie Software und Zubehör verteuerten sich zuletzt deutlich. Wegen ihres geringen Gewichts in den Warenkörben dürften sie nur begrenzt zur Teuerung auf der Verbraucherstufe beitragen, gleichwohl könnten sie den zugrunde liegenden Kosten- und Preisauftrieb zusätzlich verstärken.

Verbraucherpreise in Industrieländern*)

Schaubild 1.3

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis nationaler Angaben. * EU, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, USA und Vereinigtes Königreich. 1 Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel; für EU, Norwegen, Schweiz und Vereinigtes Königreich zusätzlich ohne alkoholische Getränke und Tabakwaren.

Deutsche Bundesbank

In seinem turnusgemäßen Juli-Update des World Economic Outlook ließ der Stab des IWF seine globale Wachstumsprognose gegenüber April weitgehend unverändert. Für 2026 senkte er sie um 0,1 Prozentpunkte auf 3,0 %, für 2027 hob er sie um 0,2 Prozentpunkte auf 3,4 % an. Die Belastungen durch den Konflikt im Nahen Osten würden dem IWF zufolge teilweise durch die kräftige Investitions- und Exportdynamik im Hochtechnologiebereich ausgeglichen. Zugleich hob der IWF seine Inflationsprognose für die Gruppe der fortgeschrittenen Volkswirtschaften für 2026 und 2027 um jeweils 0,2 Prozentpunkte auf 3,0 % und 2,4 % an. Die Risiken für den globalen konjunkturellen Ausblick seien zwar ausgewogener als noch im April, blieben aber abwärtsgerichtet. Insbesondere eine erneute Eskalation im Nahen Osten, zunehmende Handelskonflikte oder eine Korrektur der hohen Erwartungen an Produktivitätsgewinne und Erträge durch künstliche Intelligenz könnten die Weltwirtschaft belasten.

1.1 Wachstumsdelle in China

Die chinesische Konjunktur verlor im zweiten Quartal 2026 deutlich an Schwung. Mit einem Anstieg von 4,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum verzeichnete China das geringste Wirtschaftswachstum seit der Coronavirus-Pandemie. Die Abschwächung war breit angelegt und ging mit geringeren Wachstumsraten bei der Industrieproduktion, den Einzelhandelsumsätzen und im Dienstleistungssektor einher. Einen deutlichen

Rückgang gab es bei den Anlageinvestitionen. Die Immobilienmarktkrise setzte sich fort. Nachdem sich der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe infolge des Irankriegs über einige Monate etwas verstärkt hatte, ging die Vorjahresrate des Verbraucherpreisindex im Juli wieder deutlich auf 0,5 % zurück. Die ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnete Kernrate sank ebenfalls leicht auf 0,9 %.

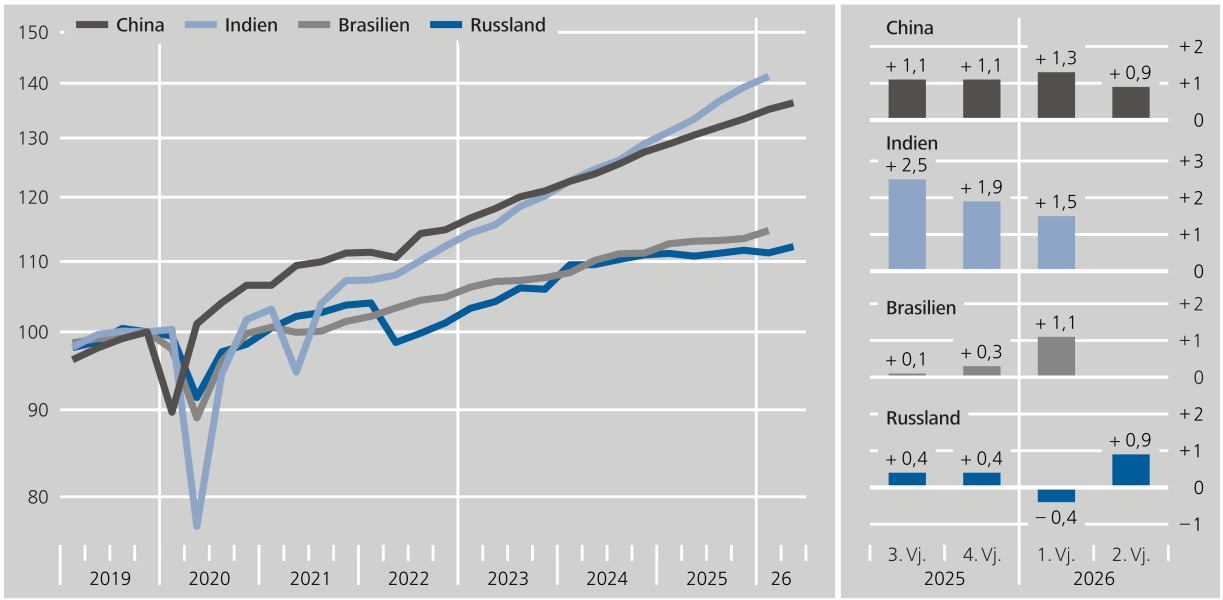
Inländische Nachfrage und Außenhandel liefen weiter auseinander.
Die chinesischen Warenexporte stiegen dem Wert nach erneut stark an. Im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum gab es auf US-Dollar-Basis ein Plus von gut 20 %. Sektoral betrachtet nahmen die Ausfuhren insbesondere bei Elektronikartikeln, integrierten Schaltkreisen und Kraftfahrzeugen kräftig zu. Vor allem die erheblichen Preissteigerungen bei einigen KI-Gütern waren ein wesentlicher Treiber des Handelswachstums. Die Exporte dürften auch weiterhin eine Stütze der chinesischen Konjunktur bleiben. Zugleich kündigte die chinesische Regierung Maßnahmen zur Stärkung des privaten Verbrauchs an.[1)] Ob diese eine größere Wirkung auf den Abbau von Ungleichgewichten erreichen als bisherige Initiativen bleibt abzuwarten.

Reales BIP in ausgewählten großen Schwellenländern

Schaubild 1.4

4. Vj. 2019 = 100, saisonbereinigt, log. Maßstab

Veränderung gegenüber Vorquartal in %



Quellen: National Bureau of Statistics of China, Central Statistics Office of India, IBGE, Rosstat und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

1 Im Juli veröffentlichte die chinesische Regierung erstmals einen dedizierten Fünfjahresplan zur Stärkung der inländischen Konsumnachfrage.

1.2 Gedämpfte konjunkturelle Entwicklung in anderen großen Schwellenländern

Indiens Wirtschaft sieht sich zunehmend Gegenwind ausgesetzt. Im ersten Quartal 2026 war das reale BIP trotz der hohen Abhängigkeit von Energie- und Düngemittellieferungen aus der Golfregion noch um 7,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Versorgungsengpässe im Energiebereich konnten zwar durch eine Ausweitung der heimischen Strom- und Erdgasproduktion gemildert werden, ungewöhnlich geringe Niederschläge zu Beginn der Monsunsaison belasteten aber im zweiten Vierteljahr die Landwirtschaft. Der Anstieg der Verbraucherpreise verstärkte sich im zweiten Vierteljahr um 0,8 Prozentpunkte auf 3,9 %. Hierzu trugen vor allem merklich steigende Preise für Nahrungs- und Genussmittel bei. Im Juli lag die Teuerungsrate bei 4,5 %. Die Zentralbank beließ den Leitzins gleichwohl bei 5,25 %.

In Brasilien blieb das Wachstum ohne klare Impulse. Im ersten Quartal 2026 war das BIP-Wachstum gegenüber dem Vorjahr mit 1,8 % ähnlich stark wie zuvor. Getragen wurde es vor allem von den gestiegenen globalen Energiepreisen, von denen Brasilien als Netto-Energieexporteur profitierte. Im zweiten Quartal dürfte sich diese Entwicklung fortgesetzt haben. Belastend könnten sich im weiteren Jahresverlauf die zusätzlichen Zölle der USA für Einfuhren aus Brasilien auswirken. Allerdings hatte Brasilien schon im vergangenen Jahr seine Handelsbeziehungen diversifiziert und insbesondere den Handel mit China verstärkt. Die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe stieg im zweiten Quartal um 0,5 Prozentpunkte auf 4,6 % und lag im Juli bei 4,4 %. Damit lag sie am oberen Rand des Zielkorridors der Zentralbank. Diese senkte im Juni und August den Leitzins dennoch um jeweils 25 Basispunkte auf nun 14 %.

In Russland zog die konjunkturelle Entwicklung überraschend stark an. Nach vorläufigen Angaben des nationalen Statistikamts stieg das BIP im zweiten Quartal 2026 um 1,3 % gegenüber dem Vorjahr, nachdem es im Vorquartal um 0,2 % gesunken war. Die russische Wirtschaft dürfte von den höheren Energiepreisen profitiert haben, gleichzeitig beeinträchtigten anhaltende ukrainische Drohnenangriffe auf Raffinerien die inländische Herstellung von Kraftstoffen. Ausschlaggebend für den BIP-Zuwachs war aber wohl ein deutlicher Anstieg des privaten Verbrauchs, zu dem Käufe von Personenkraftwagen einen spürbaren Beitrag leisteten. Weiterhin hohe Realzinsen dürften sich hingegen investitionshemmend ausgewirkt haben. Die Lage des Staatshaushalts verschlechterte sich angesichts der hohen Militärausgaben weiter. Die Verbraucherpreisinflation änderte sich in den vergangenen Monaten trotz höherer Treibstoffpreise kaum und lag im Juli den Angaben des Statistikamts zufolge bei 6 %. Die Zentralbank setzte ihren geldpolitischen Lockerungskurs fort und senkte den Leitzins auf 14 %.

1.3 US-Konjunktur weiterhin robust, Preisauftrieb bleibt erhöht

Die US-Wirtschaft war auch im Frühjahr in guter Verfassung. Das reale BIP stieg gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 0,4 %. Noch lebhafter expandierte die private inländische Endnachfrage. US-Unternehmen weiteten ihre Ausrüstungsinvestitionen erneut kräftig aus. Dabei gewann der Aufschwung außerhalb des Hochtechnologiesegments an Breite. Die privaten Haushalte erhöhten ihre Ausgaben ebenfalls deutlich. Hierzu dürften fiskalische Entlastungen infolge der Steuerreform des Vorjahres beigetragen haben. Sie halfen, die Kaufkraftverluste durch die höheren Energiepreise zu verkraften. Zugleich steigerten die Vereinigten Staaten ihre Energieexporte erheblich. Dies ging jedoch mit einem deutlichen Abbau der Lagerbestände einher. Die Einfuhren waren erneut lebhaft.

Eine Wachstumsverlangsamung zeichnet sich in den USA bislang nicht ab, und der zugrunde liegende Preisauftrieb ist weiterhin hoch. Im Juli hellte sich die Stimmung in Unternehmensumfragen weiter auf, während sich das Beschäftigungswachstum deutlich abschwächte. Die Schwäche am Arbeitsmarkt dürfte dabei auch auf das begrenzte Arbeitskräfteangebot zurückzuführen sein und steht daher nicht zwingend im Widerspruch zu einer weiterhin robusten gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Der zugrunde liegende Preisdruck dürfte daher erhöht bleiben. Entlastungen der Verbraucher durch die Zollpolitik deuten sich ebenfalls nicht an.[2)] Die jüngsten handelspolitischen Maßnahmen veränderten den effektiven Durchschnittszollsatz kaum. Noch laufende Untersuchungen könnten ihn sogar weiter steigen lassen.[3)] Zuletzt verstärkte auch der anhaltende KI-Boom den Preisauftrieb. Für die Verbraucher zeigte sich dies bislang vor allem in teils stark steigenden Preisen für Computerzubehör und andere ausgewählte Hochtechnologieprodukte. Höhere Kosten auf vorgelagerten Produktionsstufen sprechen dafür, dass die Preise künftig auch in weiteren Bereichen verstärkt steigen könnten. Trotz eines Rückgangs im Juli lagen die Energiepreise noch knapp 15 % über ihrem Vorjahresniveau. Die Vorjahresrate des Verbraucherpreisindex blieb daher im Juli mit 3,4 % erhöht. Ohne Energie und Nahrungsmittel sank sie leicht auf 2,5 %. Trotz des hohen Preisauftriebs sah die US-Notenbank bislang von Zinserhöhungen ab. Auch im Juli beließ sie die Zielspanne für ihre Leitzinsen bei 3,5 % bis 3,75 %.

2 Empirische Untersuchungen zeigen, dass die Kosten der bisherigen US-Zollerhöhungen seit Anfang 2025 fast ausschließlich in den USA getragen wurden. Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2026a).

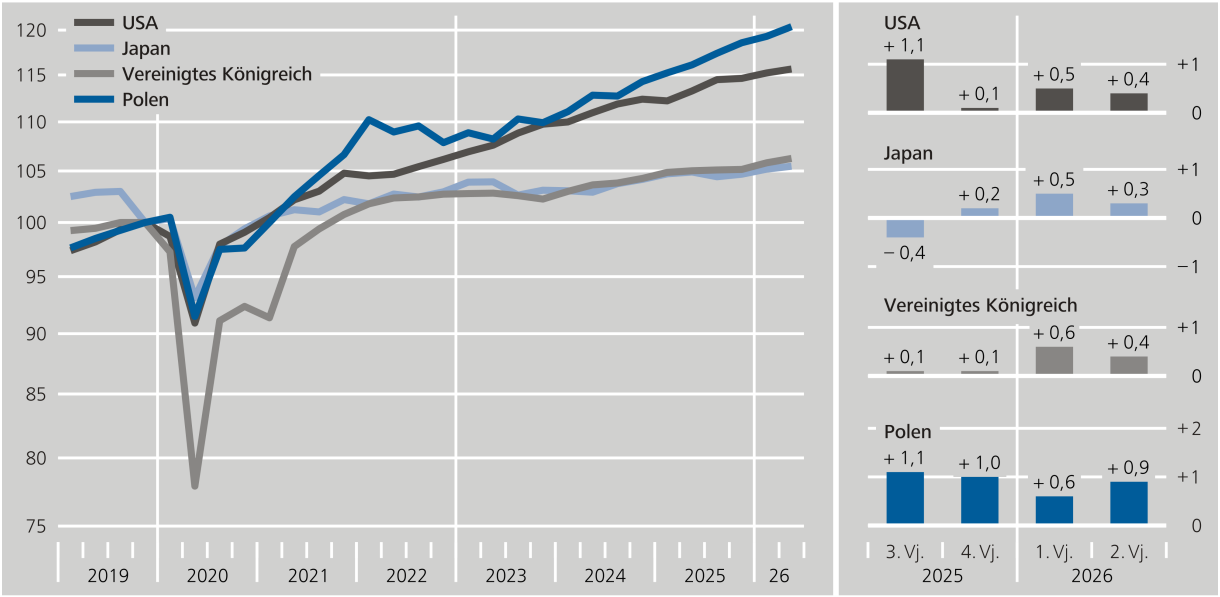
3 Ende Juli 2026 lief ein zehnprozentiger Zusatzzoll auf einen Großteil der in die USA eingeführten Waren aus. An seine Stelle traten auf Dauer angelegte Zölle von bis zu 12,5 % gegenüber 60 Handelspartnern. Begründet wurden sie mit angeblichen Defiziten bei Einfuhrverboten für Waren aus Zwangsarbeit. Zudem beschloss die US-Regierung neue Zölle gegenüber Brasilien und Kanada. Laufende Untersuchungen zu vermeintlich unfairen Handelspraktiken, unter anderem gegenüber der EU und China, könnten weitere Zollanhebungen nach sich ziehen.

Reales BIP in großen Industrieländern außerhalb des Euroraums

Schaubild 1.5

4. Vj. 2019 = 100, log. Maßstab, saisonbereinigt

Veränderung gegenüber Vorquartal in %



Quellen: Bureau of Economic Analysis, Cabinet Office of Japan, Office for National Statistics, Statistics Poland und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

1.4 Japanische Wirtschaft trotzt dem Energiepreisanstieg

Die japanische Wirtschaftsleistung setzte ihre moderate Erholung im Frühjahr fort. Laut der ersten Schätzung stieg das BIP im zweiten Vierteljahr preis- und saisonbereinigt um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal. Rechnerisch maßgeblich hierfür war der Außenhandel. Während die Ausfuhren moderat zulegten, gingen die Einfuhren deutlich zurück. Die private Binnennachfrage blieb dagegen schwach. Der private Konsum stagnierte, und die gewerblichen Anlageinvestitionen gingen erneut zurück. Der Staatskonsum nahm zwar kräftig zu, gleichzeitig wurden in erheblichem Umfang staatliche Rohölvorräte abgebaut. Am japanischen Arbeitsmarkt blieb die Lage angespannt. Die Arbeitslosenquote sank bis Juni auf 2,5 %, und die Löhne stiegen weiterhin kräftig. Der Verbraucherpreisauftrieb verstärkte sich im zweiten Vierteljahr nur moderat. Die Vorjahresrate der Verbraucherpreise erhöhte sich von 1,4 % im April auf 1,6 % im Juni, die Kernrate ohne Nahrungsmittel und Energie zog im Juni leicht auf 1,2 % an. Dämpfend wirkten dabei staatliche Maßnahmen zur Abfederung der höheren Energiekosten. Vor dem Hintergrund gestiegener Inflationserwartungen und des anhaltend kräftigen Lohnwachstums hob die Bank of Japan ihren Leitzins im Juni auf 1,0 % an. Im Juli verwies sie zudem verstärkt auf die Aufwärtsrisiken für die Inflation.

1.5 Konjunktur im Vereinigten Königreich weiterhin aufwärtsgerichtet

Im Vereinigten Königreich setzte sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung fort. Das reale BIP stieg im zweiten Vierteljahr saisonbereinigt um 0,4 % gegenüber der Vorperiode, nachdem es zu Jahresbeginn sogar noch kräftiger expandiert hatte. Deutliche Wachstumsimpulse kamen vor allem aus dem Verarbeitenden Gewerbe, aber auch der volkswirtschaftlich bedeutende Dienstleistungssektor sowie die Bauwirtschaft expandierten spürbar. Der Arbeitsmarkt profitierte von der günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bislang kaum. Die Beschäftigung blieb weitgehend stabil, und die Erwerbslosenquote verharrte bei 4,9 %. Das Lohnwachstum schwächte sich zuletzt nicht weiter ab. Der Verbraucherpreisauftrieb ließ im Juni zwar nach, und d ie Vorjahresrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) sank auf 2,6 %, der zugrunde liegende Preisdruck blieb jedoch erhöht. Zudem dürften die Anhebung der staatlichen Energiepreisobergrenze und indirekte preissteigernde Effekte des Energiepreisschocks den Preisdruck im Sommer wieder verstärken. Vor diesem Hintergrund beließ die Bank of England ihren Leitzins seit Ende des letzten Jahres bei 3,75 %.

1.6 Erneuter Anstieg der Wirtschaftsleistung in Polen

In Polen zog das Wirtschaftswachstum im zweiten Vierteljahr 2026 wieder an. Das reale BIP stieg vorläufigen Angaben zufolge im Vorquartalsvergleich um 0,9 %, nach 0,6 % im ersten Vierteljahr. Die Bauproduktion erholte sich von dem zumeist witterungsbedingten Rückgang zu Jahresbeginn und stieg im zweiten Vierteljahr kräftig. Dazu trug auch die Verwendung von Mitteln der Aufbau- und Resilienzfazilität der EU bei. Die industrielle Erzeugung stieg im zweiten Vierteljahr merklich an. Auch der Dienstleistungssektor hielt sich gut. Aufgrund des anhaltend robusten Wachstums erzielte Polen weitere Konvergenzfortschritte (Exkurs „Konvergenz der EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa schreitet mit verringertem Tempo voran“). Der private Verbrauch dürfte im zweiten Vierteljahr schwach geblieben sein. Hierauf deuten die leicht gesunkenen Einzelhandelsumsätze hin. Hierzu dürfte die Eintrübung der realen Einkommensentwicklung beigetragen haben. Die Bruttolöhne im Unternehmenssektor stiegen mit 5,8 % im Vorjahresvergleich etwas weniger stark als zuvor. Die Teuerung auf der Verbraucherstufe verstärkte sich im zweiten Vierteljahr trotz zwischenzeitlich weitreichender staatlicher Entlastungsmaßnahmen auf 3,2 % im zweiten Quartal. Im Juli lag der Preisauftrieb bei 3,1 %. Die polnische Notenbank ließ den Zinssatz unverändert bei 3,75 %.

Exkurs

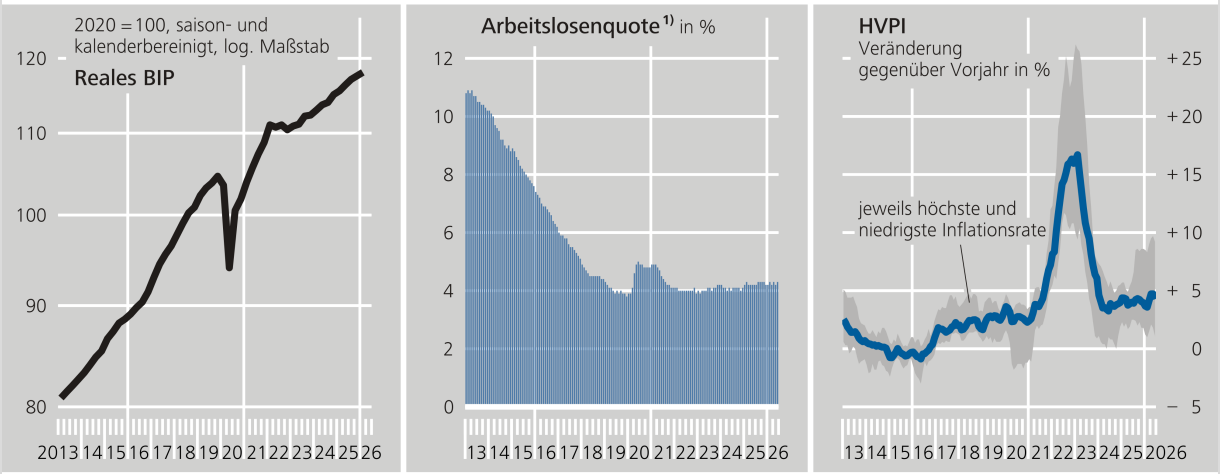
Konvergenz der EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa schreitet mit verringertem Tempo voran

In den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten [1] gewann die wirtschaftliche Erholung im Jahr 2025 leicht an Schwung. Die Angleichung an den EU-Durchschnitt setzte sich fort, wenngleich sich ihr Tempo seit der Corona-Pandemie verringerte. Getragen wurde das Wirtschaftswachstum der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten im letzten Jahr vor allem durch die robuste Inlandsnachfrage. Insbesondere die Bruttoanlageinvestitionen expandierten kräftig, nachdem diese 2024 noch gesunken waren. Maßgeblich hierfür waren günstigere Finanzierungsbedingungen sowie der Einsatz von Fördermitteln aus EU-Fonds und dem Aufbauinstrument NextGenerationEU (NGEU). Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen kräftig, die Bauinvestitionen moderat. Etwas weniger kraftvoll als 2024 entwickelte sich der private Verbrauch, vor allem wegen der höheren Inflation und der stagnierenden Beschäftigung. Auch der Staatsverbrauch stieg weniger kräftig. Der Außenhandel belebte sich deutlich. Bei einer anziehenden Nachfrage aus dem Euroraum stiegen die Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen deutlich an. Noch kräftiger legten die Einfuhren zu. Insgesamt wuchs das reale BIP in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2025 um 2,4 %, verglichen mit 2,0 % im Jahr zuvor und 1,5 % in der EU insgesamt. Damit setzte sich die reale Konvergenz dieser Ländergruppe fort, wenngleich mit geringerer Geschwindigkeit als in der Zeit vor der Corona-Pandemie.

1 Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.

Wirtschaftsentwicklung, Arbeitslosigkeit und Verbraucherpreise in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern

Schaubild 1.6



Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen. **1** ILO-Konzept, saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

In regionaler Betrachtung war die anziehende Konjunktur in Polen und in Tschechienfür die Wachstumsverstärkung maßgeblich. In Polen zog das bereits zuvor robuste Wachstum weiter an, getragen von der Inlandsnachfrage. Besonders kräftig stiegen die Ausrüstungsinvestitionen. In Tschechien verstärkte sich das Wachstum ebenfalls deutlich, getrieben von gestiegenen Anlageinvestitionen und dem privaten Verbrauch. In Lettland nahm die gesamtwirtschaftliche Aktivität wieder moderat zu. In Estland verzeichnete das reale BIP erstmals seit Beginn des Krieges in der Ukraine einen kleinen Zuwachs. In Bulgarien und Kroatien wuchs die Wirtschaftsleistung auf breiter Basis ähnlich kräftig wie im Jahr 2024. Auch Litauen hielt das Wachstumstempo des Vorjahres in etwa. In anderen Ländern schwächte sich das Wachstum ab. In Slowenien und der Slowakei nahmen der private und öffentliche Konsum spürbar weniger stark zu als 2024. Auch in Rumänien und Ungarn lag die Wirtschaftsleistung nur wenig über dem Vorjahresstand. In Rumänien belastete die Haushaltskonsolidierung die Konjunktur. In Ungarn dämpften die weiterhin stark rückläufigen Anlageinvestitionen das Wachstum. [2)]

2 Seit dem Jahr 2021 hält die EU Zahlungen an Ungarn aufgrund von Rechtsstaatsverstößen zurück. Dies beinhaltet auch Mittel zur Förderung von Investitionen im Rahmen von NGEU. Im Mai 2026 stellte die Europäische Kommission die Freigabe von 16,4 Mrd € aus den bislang zurückgehaltenen EU-Mitteln in Aussicht. Vgl.: Europäische Kommission (2026a).

Tabelle 1.1: Wirtschaftsentwicklung, Arbeitslosigkeit und Verbraucherpreise in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern
in %

	BIP-Wachstum		Arbeitslosenquote[1)]		Inflationsrate	
	2024	2025	2024	2025	2024	2025
Durchschnitt EU-11	2,0	2,4	4,1	4,2	3,8	4,1
Euroländer						
Bulgarien	3,2	3,2	4,2	3,5	2,6	3,5
Estland	– 0,1	0,6	7,6	7,5	3,7	4,8
Kroatien	3,8	3,4	5,1	4,9	4,0	4,4
Lettland	– 0,3	2,1	6,9	6,9	1,3	3,8
Litauen	3,0	2,9	7,1	6,8	0,9	3,4
Slowakei	1,9	0,8	5,3	5,4	3,2	4,2
Slowenien	1,7	0,9	3,7	3,9	2,0	2,5
Nicht-Euroländer						
Polen	3,1	3,6	2,9	3,1	3,7	3,3
Rumänien	0,9	0,7	5,5	6,1	5,8	6,8
Tschechien	1,2	2,7	2,8	2,9	2,7	2,3
Ungarn	0,7	0,4	4,4	4,4	3,7	4,4

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen. ILO-Konzept, saisonbereinigt.

An den Arbeitsmärkten wirkte die konjunkturelle Schwäche des Vorjahres nach. Die Arbeitslosenquote stieg leicht auf 4,2 %, blieb damit aber auf einem niedrigen Stand. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im Jahresdurchschnitt nicht weiter zu. Erst in der zweiten Jahreshälfte verstärkte sich in einigen Ländern die Arbeitsnachfrage im Einklang mit der schwungvolleren Konjunktur, darunter in Polen, Tschechien und Lettland. Vergleichsweise hohe Arbeitslosenquoten gab es weiterhin in Rumänien, der Slowakei und den baltischen Ländern.

Der zuvor sehr starke Lohnanstieg schwächte sich ab. Der Anstieg der Arbeitnehmerentgelte je abhängig Beschäftigten verringerte sich 2025 auf 8,1 % gegenüber dem Vorjahr, nach 12,0 % im Jahr 2024. Insbesondere in den Ländern außerhalb des Euroraums ließ das Lohnwachstum nach. In den mittel- und osteuropäischen Ländern des Euroraums setzte sich der Lohnanstieg hingegen nahezu unverändert fort. Das weiterhin sehr kräftige Lohnwachstum steht im Zusammenhang mit der teils angespannten Arbeitsmarktlage. Da die Löhne in vielen Ländern deutlich stärker stiegen als die Arbeitsproduktivität, erhöhten sich die Lohnstückkosten merklich. Dies könnte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der mittel- und osteuropäischen EU-Länder beeinträchtigen.

In den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern blieb der Preisauftrieb 2025 über dem Euroraum-Durchschnitt. Der Anstieg der Verbraucherpreise verstärkte sich 2025 in diesem Länderkreis auf 4,1 %, nach 3,8 % im Vorjahr. In den Mitgliedstaaten des Euroraums dieser Region nahm der Preisauftrieb gegenüber dem Vorjahr zu. In den übrigen Ländern verlief die Entwicklung uneinheitlich. In Polen und Tschechien ließ der Preisauftrieb angesichts einer Aufwertung der heimischen Währung leicht nach. In Ungarn und Rumänien verstärkte sich der Preisauftrieb hingegen. Die anziehenden Verbraucherpreise gingen teilweise auf stark steigende Nahrungsmittelpreise zurück. Ohne Nahrungsmittel und Energie gerechnet verringerte sich die Inflationsrate in der betrachteten Ländergruppe 2025 auf 3,9 %, nach 4,8 % im Jahr 2024.

In der ersten Jahreshälfte 2026 verstärkte sich der Preisauftrieb merklich. Maßgeblich hierfür waren anziehende Energiepreise aufgrund des Anstiegs der Rohölpreise im Zuge der Eskalation des Konflikts zwischen den USA und dem Iran. In dem betrachteten Länderkreis zog die Inflationsrate merklich auf 4,7 % im April und Mai an. Nach dem Rückgang des Rohölpreises sank sie leicht auf 4,0 % im Juli. Die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) verstärkte sich seit Februar um 0,6 Prozentpunkte auf 4,2 % im Juli. In Bulgarien trug zudem die Umstellung der Preise auf Euro im Zuge der Euro-Einführung zum 1. Januar 2026 zur Teuerung bei. Hieraus resultierte wohl ein kurzfristiger Inflationseffekt von 0,3 bis 0,4 Prozentpunkten. [3)]

Die Zentralbanken der mittel- und osteuropäischen EU-Länder außerhalb des Euroraums setzten den im Jahr 2023 begonnenen Zinssenkungszyklus zunächst fort. Maßgeblich hierfür waren insbesondere die im Jahresverlauf wieder niedrigeren Inflationsraten. Die polnische Nationalbank senkte den Leitzins ab Mai 2025 in sechs Schritten um insgesamt 175 Basispunkte auf 4,0 % im Dezember. Im März 2026 folgte eine weitere Zinssenkung auf 3,75 %. Die tschechische Notenbank senkte den Leitzins 2025 in zwei Schritten um insgesamt 50 Basispunkte auf 3,5 %. Angesichts einer anhaltend erhöhten Kerninflation und der Erwartung steigender Gesamtraten hob sie ihn im Juni 2026 wieder auf 3,75 % an. Die ungarische Notenbank hielt den Leitzins 2025 bei 6,5 %. Angesichts der deutlich gesunkenen Inflation senkte sie ihn 2026 in drei Schritten um jeweils 25 Basispunkte auf 5,75 %. Die rumänische Notenbank beließ den Leitzins 2025 vor dem Hintergrund des seit Mitte des Jahres wieder verstärkten Preisauftriebs bei 6,5 %. Auch 2026 erfolgten keine Zinsschritte.

3 Vgl.: Aguiari et al. (2026). Überlagert wurde dieser Preiseffekt der Preisumstellung jedoch von auslaufenden Basiseffekten.

Die Lage der öffentlichen Finanzen verschlechterte sich in den meisten Ländern spürbar. Ungarn hatte im Jahr 2025 mit 75 % die mit Abstand höchste Staatsschuldenquote. In Slowenien und der Slowakei überschritt die Verschuldung 2025 die 60 %-Marke der europäischen Fiskalregeln, während die Schuldenquote in Estland und Bulgarien 2025 unter 30 % lag. In fast allen Ländern dürften die Schuldenquoten 2026 weiter steigen. Es wird erwartet, dass auch Rumänien und Polen den Referenzwert 2026 überschreiten werden. Hinter der ungünstigen Schuldend ynamik stehen anhaltend hohe fiskalische Defizite. Rumänien und Polen hatten 2025 Defizitquoten von über 7 %; das Defizit weiterer Länder überschritt den Referenzwert von 3 %. Die Defizitquoten dürften in diesem und im kommenden Jahr in den meisten Ländern weiter steigen. Lediglich Tschechien, Litauen und Kroatien halten den 3 %-Referenzwert für die Defizitquote der EU-Fiskalregeln wohl durchweg ein. Dabei belasteten gestiegene Zinsausgaben die Haushalte vieler Länder. Besonders hoch und weiter steigend war der Zinsaufwand in Relation zum BIP in Polen und Rumänien; in Ungarn blieb dieser trotz eines Rückgangs 2025 sehr hoch. Das liegt neben dem Umfang der Schulden an den hohen Zinsen. Defizitverfahren laufen gegen Rumänien seit 2020, gegen Ungarn, Polen und die Slowakei seit 2024 und gegen Bulgarien seit 2026.[4)]

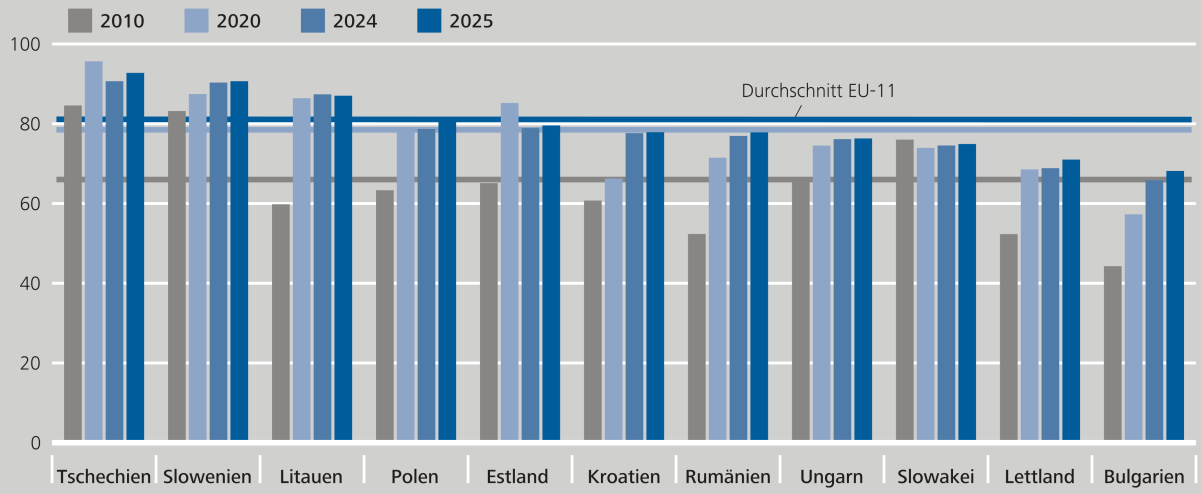
Die wirtschaftliche Konvergenz der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten schritt mit der Erholung von den disruptiven Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wieder voran. Im Mittel erreichte die Wirtschaftsleistung, gemessen am BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten, im Jahr 2025 immerhin 81 % des EU-Durchschnitts. Merkliche Fortschritte gab es im vergangenen Jahr insbesondere in Tschechien und Polen. Auch Lettland und Bulgarien holten weiter auf. In Ungarn, Slowenien und Kroatien waren die Fortschritte gering, in Litauen weitete sich der Abstand zum EU-Durchschnitt hingegen leicht aus.

4 Vgl.: Rat der Europäischen Union (2026).

BIP pro Kopf in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern

Schaubild 1.7

in % des mittleren BIP pro Kopf in der EU-27, kaufkraftbereinigt



Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

In längerfristiger Betrachtung verlangsamte sich die wirtschaftliche Konvergenz spürbar. Von 2020 bis 2025 holten die mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer gerade einmal 2,6 Prozentpunkte zum EU-Mittel auf, verglichen mit 7,9 Prozentpunkten von 2015 bis 2020 und 4,5 Prozentpunkten 2010 bis 2015. Die geringeren Konvergenzfortschritte erklären sich zum Teil durch die besonderen Belastungen in den Jahren seit 2020, insbesondere infolge des russischen Krieges gegen die Ukraine. Davon waren die mittel- und osteuropäischen EU-Länder stärker betroffen als etwa die südeuropäischen. Ein weiterer Erklärungsfaktor dürfte sein, dass einige Länder in der Konvergenz bereits weit vorangeschritten sind. So entspricht das kaufkraftbereinigte BIP pro Kopf in Tschechien und Slowenien inzwischen in etwa dem des langjährigen EU-Mitglieds Spanien.

Strukturelle Hemmnisse dürften zur Abschwächung der Konvergenz in mehreren mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten beigetragen haben. Hierzu zählen insbesondere ein schwaches Produktivitätswachstum und Qualifikationsdefizite, welche die Arbeitskräfteknappheit verschärfen. Auch Defizite bei der Leistungsfähigkeit öffentlicher Verwaltungen, den institutionellen Rahmenbedingungen und dem Unternehmensumfeld begrenzen das Wachstumspotenzial. Zugleich stellt die Anpassung der Wirtschaftsstrukturen an die grüne und digitale Transformation viele Länder vor erhebliche Herausforderungen. Hinzu kommen erhöhte geopolitische und handelspolitische Unsicherheiten sowie zum Teil beträchtliche fiskalische Belastungen.

Im laufenden Jahr könnten außenwirtschaftliche Entwicklungen die Konjunktur in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten belasten. Vom Anstieg der Rohölpreise im Zuge des Krieges zwischen den USA und dem Iran waren die Länder dieser Region besonders betroffen, da Energie dort eine vergleichsweise große Bedeutung für den privaten Verbrauch hat, und steigende Energiepreise deshalb die Konsummöglichkeiten stärker einschränken als im EU-Durchschnitt. Ein weiteres Risiko sind Störungen der globalen Wertschöpfungsketten. Mehrere Länder der Region, insbesondere die Slowakei und Slowenien, sind international stark verflochten. Die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder hängt in erheblichem Maß von der internationalen Konjunktur und von spezifischen konjunkturellen Entwicklungen besonders wichtiger Handelspartner ab.

Mittelfristig belastet die demografische Entwicklung das Wachstum der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten erheblich. In den letzten Jahren kompensierten die sinkende strukturelle Arbeitslosigkeit und die gestiegene Arbeitsmarktbeteiligung noch den Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Im laufenden Jahr dürften sich die positiven und negativen Beiträge des Arbeitsangebots zum Wachstum in etwa ausgleichen. In den kommenden Jahren dürften dann die demografischen Belastungen deutlich überwiegen. Wachstumsimpulse durch eine steigende Arbeitsmarktpartizipation beziehungsweise einen weiteren Rückgang der strukturellen Arbeitslosigkeit sind nicht zu erwarten.[5)] Zudem beeinträchtigt die Alterung der Bevölkerung das Wachstum auch indirekt, etwa über ihren Einfluss auf die Produktivität.[6)]

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Europäische Kommission vielen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, ihre Reformanstrengungen zu verstärken.[7)] Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität und Innovationsfähigkeit sowie zur Verbesserung des Humankapitals. Darüber hinaus spricht sich die Europäische Kommission für leistungsfähigere öffentliche Verwaltungen, verlässlichere institutionelle Rahmenbedingungen und ein günstigeres Unternehmensumfeld aus. Ein verbesserter Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie ein leichterer Finanzierungszugang für innovative Unternehmen könnten ebenfalls dazu beitragen, das Wachstumspotenzial zu erhöhen.

5 Siehe hierzu die Potenzialschätzung der Europäischen Kommission: Europäische Kommission (2026b).

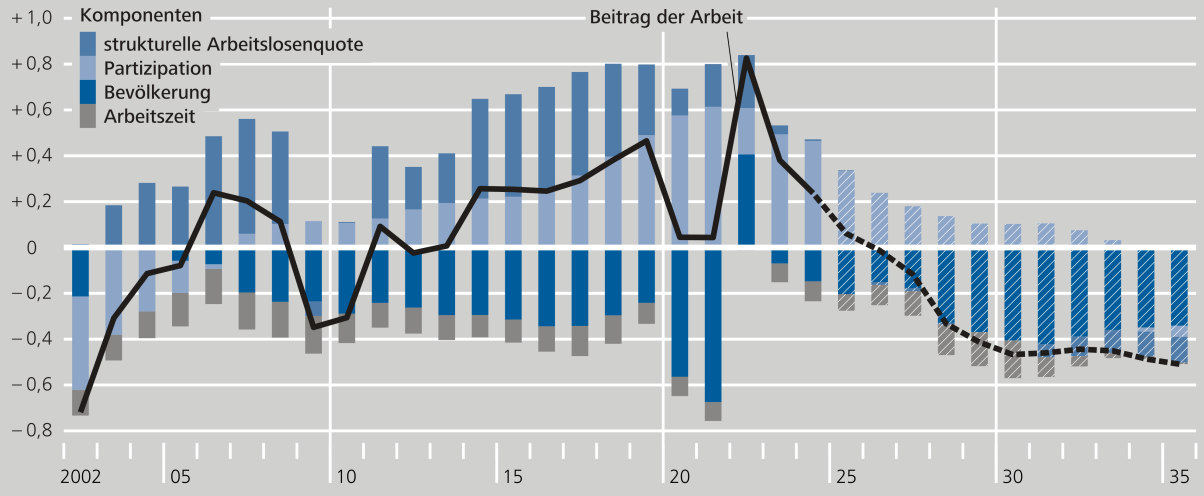
6 Vgl. etwa: Aiyar et al. (2016). Diese indirekten Effekte beinhalten eine durch den demografischen Wandel veränderte Unternehmensdynamik (vgl.: Pugsley und Şahin (2019) sowie Falck et al. (2024)), welche die Allokation von Ressourcen beeinträchtigen kann (vgl.: Deutsche Bundesbank (2024)).

7 Vgl.: Europäische Kommission (2026c).

Beitrag der Arbeit und dessen Komponenten zum Potenzialwachstum in der EU-11

Schaubild 1.8

in Prozentpunkten



Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnungen.

Deutsche Bundesbank

2 Konjunktur im Euroraum überraschend robust

Im Euroraum hielt sich die Konjunktur im zweiten Quartal 2026 besser als erwartet. Laut der Schnellschätzung von Eurostat legte das reale BIP im Euroraum um 0,4 % zu, nach einer Stagnation im ersten Quartal. Ohne Irland gerechnet, und das ist vermutlich die aussagekräftigere Rechnung (Exkurs „Zur Unbeständigkeit der irischen BIP -Wachstumsraten und deren Auswirkungen für die Euroraum-Analyse“), fiel der Zuwachs mit 0,3 % ähnlich stark wie im Vorquartal aus. Nach dem starken Ölpreisanstieg aufgrund der Blockade der Straße von Hormus war mit einer spürbaren Abschwächung des Wachstums im Euroraum gerechnet worden. Darauf deuteten auch die Umfragen hin. Die Gründe für das unerwartet solide Wachstum sind vielfältig. Zum einen war der Ölpreisanstieg nicht ganz so stark und hielt nicht so lange an wie zunächst befürchtet. Zum anderen kam es in Erwartung steigender Preise in verschiedenen Bereichen zu vorgezogenen Aufträgen. Der Wettbewerbsdruck aus Asien nahm vorübergehend ab, da dortige Produzenten aufgrund von Lieferausfällen aus dem Nahen Osten ihre Produktion teilweise einschränken mussten. Von diesen Entwicklungen profitierte vor allem das Verarbeitende Gewerbe, aber auch die unternehmensnahen Dienstleistungen. Die Zurückhaltung der Verbraucher aufgrund der gestiegenen Energiepreise bekamen dagegen vor allem die konsumnahen Dienstleister zu spüren, wobei hier fiskalische Maßnahmen die Belastungen etwas abfederten. In der zweiten Jahreshälfte dürften die staatlichen Programme zur Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur und der Verteidigung das Wirtschaftswachstum weiter stützen. Auch das Verbrauchervertrauen hellte sich im Juli merklich auf. Die Aussichten für den weiteren Jahresverlauf hängen jedoch maßgeblich von der weiteren Entwicklung am Persischen Golf ab.

Exkurs

Zur Unbeständigkeit der irischen BIP-Wachstumsraten und deren Auswirkungen für die Euroraum-Analyse

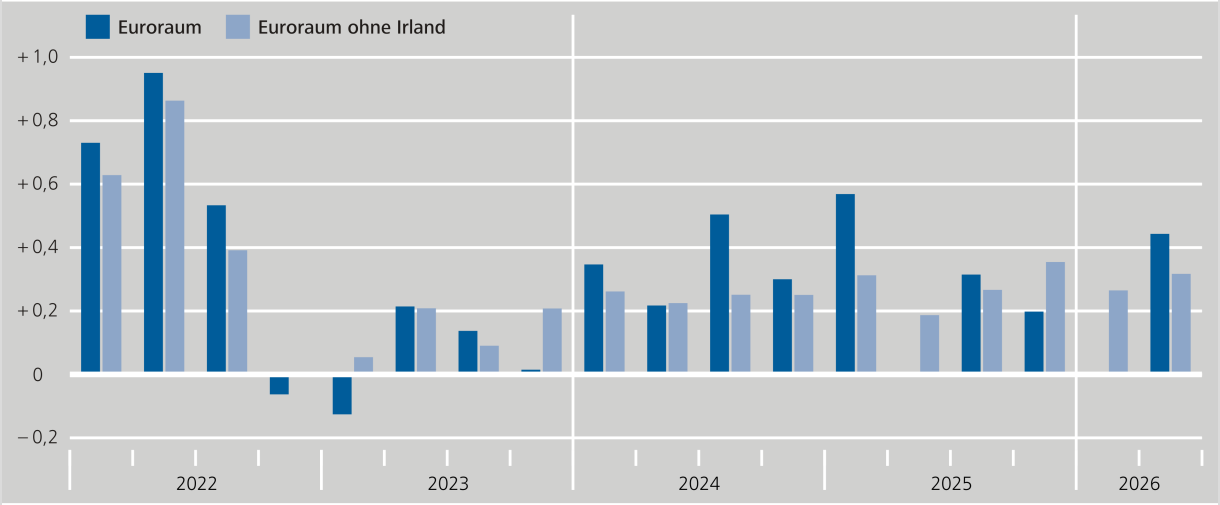
Die Schätzung der Zuwachsrate des realen BIP im Euroraum für das erste Quartal 2026 schwankte zwischen der ersten amtlichen Angabe und dem jüngsten Stand erheblich. Während die Schnellschätzungen zunächst einen saison- und kalenderbereinigten Anstieg des realen BIP um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal auswiesen, wurde mit der späteren Veröffentlichung eines umfassenderen Datensatzes ein Rückgang um 0,2 % gemeldet. Nach dem jüngsten Stand stagnierte das Euroraum-BIP im ersten Vierteljahr.

Maßgeblich für die beträchtlichen Revisionen des Euroraum-BIP im ersten Vierteljahr 2026 war die außergewöhnliche Unbeständigkeit der BIP-Schätzungen durch das irische Statistikamt. Laut der ersten Schätzung von Ende April sank das irische BIP im ersten Vierteljahr 2026 um 2,0 % gegenüber dem Vorquartal. Die Schätzung von Anfang Juni bezifferte den Rückgang auf 12,1 %. Die dritte Schätzung Anfang Juli verringerte den Rückgang auf 7,0 %. Die Veränderungsrate des Euroraum-BIP ohne Irland wurde hingegen seit Ende April nur leicht nach oben auf 0,3 % revidiert und wies damit durchgängig eine Expansion etwa in Höhe des geschätzten Potenzialwachstums aus. Entsprechend schwankten die amtlichen Angaben für den Euroraum insgesamt zwischen einer leichten Expansion und einem Rückgang und zeigten schließlich eine Stagnation an.

Reales BIP im Euroraum mit und ohne Irland

Schaubild 1.9

saisonbereinigt, Veränderung gegenüber Vorquartal in %



Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

Die irischen BIP-Zahlen sind bereits seit mehreren Jahren ungewöhnlich volatil und revisionsanfällig. Die Volatilität der irischen BIP-Zuwachsraten übertrifft jene der anderen Mitgliedsländer erheblich. Die Standardabweichung der BIP-Quartalsraten belief sich im Zeitraum seit 2013 im Fall Irlands auf 4,9 Prozentpunkte, im Vergleich zu 0,4 Prozentpunkten für den Euroraum ohne Irland und 0,5 Prozentpunkten für Deutschland.[1)] Zudem waren die irischen BIP-Wachstumsraten bereits in der Vergangenheit stark von Revisionen betroffen. Für das erste Vierteljahr 2025 wurde beispielsweise in der Schnellschätzung ein BIP-Wachstum von 3,2 % im Vorquartalsvergleich gemeldet. Einen Monat später waren es 9,7 %. Laut aktuellem Datenstand stieg die Wirtschaftsleistung damals um 6,9 %. Das Jahresergebnis 2025 wurde zwischen Januar und Juli dieses Jahres um rund 5 Prozentpunkte nach unten revidiert (auf 8,1 % statt 13,3 %). Für kein anderes Mitgliedsland des Euroraums gab es Revisionen in ähnlicher Größenordnung.

1 Die ersten drei Quartale des Jahres 2020 wurden aufgrund der starken Verwerfungen in Zusammenhang mit der Covid-Pandemie in der Berechnung nicht berücksichtigt.

Die hohe Volatilität und Revisionsanfälligkeit der irischen BIP-Angaben zeigt sich auch bei den Verwendungsaggregaten. Dies gilt insbesondere für Exporte, Importe und Investitionen. Besonders stark waren die Ausschläge bei den Bruttoanlageinvestitionen. Nach aktuellem Datenstand stiegen sie beispielsweise im dritten Vierteljahr 2024 preisbereinigt um 144 %, nach Rückgängen um 36 % und 56 % in den beiden Quartalen zuvor. Die hohe Volatilität und Revisionsanfälligkeit der irischen BIP-Komponenten wirkt sich auch auf die entsprechenden Euroraum-Aggregate aus und erschwert deren Interpretation. Im Euroraum ohne Irland nahmen die Bruttoanlageinvestitionen vom vierten Quartal 2023 bis zum dritten Quartal 2024 stetig in moderatem Umfang ab. Im Euroraum insgesamt hingegen sanken die Investitionen wegen der genannten sehr starken Ausschläge in Irland in der ersten Jahreshälfte 2024 kräftig, stiegen danach aber wieder deutlich.

Die starken Ausschläge und die Revisionen der irischen BIP-Angaben seit Anfang 2025 gehen wohl auf das Verarbeitende Gewerbe zurück. Der hohe BIP-Anstieg zu Beginn des Jahres 2025 wurde zunächst mit hohen Exporten von Pharmaprodukten in Verbindung gebracht.[2)] Eine Rolle spielten wohl Vorzieheffekte in Erwartung höherer Handelsbarrieren gegenüber den USA, aber auch die Inbetriebnahme erweiterter Produktionskapazitäten in Irland.[3)] Auch die Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes stieg zu Jahresbeginn 2025 nach ersten Angaben sehr stark. Zuletzt wurden aber sowohl der Anstieg der Exporte nach Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) als auch der Anstieg der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe merklich nach unten korrigiert. Im ersten Vierteljahr 2026 gab es bei beiden Kategorien ein kräftiges Minus, das deutlich stärker ausfiel, als es die Industrieproduktion oder die Warenexporte nahelegten. Nach Einschätzung der irischen Zentralbank dürften die starken Ausschläge daher nicht nur auf Produktionsaktivitäten der pharmazeutischen Industrie in Irland zurückgehen, sondern auch auf andere Dispositionen multinationaler Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere im Transithandel und bei der Lohnveredelung im Ausland.[4)]

2 Vgl.: Central Bank of Ireland (2025). Gemäß Außenhandelsstatistik nahmen seit Mitte 2024 die Ausfuhren von Polypeptiden, einem Vorprodukt zur Herstellung von Präparaten zur medikamentösen Gewichtsreduktion, erheblich zu. Im vierten Vierteljahr 2024 belief sich deren Wert schon auf 7 Mrd €, im ersten Vierteljahr 2025 dann auf 33 Mrd €.

3 Vgl.: Central Bank of Ireland (2025).

4 Vgl.: Central Bank of Ireland (2026a). Lohnveredelung liegt vor, wenn ein gebietsansässiges Unternehmen an ein Unternehmen im Ausland lediglich einen Fertigungsauftrag erteilt. Es handelt sich dann um eine Fertigungsleistung gegen Entgelt, aber ohne wirtschaftlichen Eigentumsübergang. Im Englischen wird es „contract manufacturing“ (Auftragsfertigung) genannt. Detailliert zur Abbildung des Transithandels und der Lohnveredelung in den VGR gemäß ESVG 2010 vgl.: Deutsche Bundesbank (2018) sowie die darin genannten Quellen.

Multinationale Unternehmen spielen zunehmend eine bedeutende Rolle in der irischen Wirtschaft. Viele multinationale Unternehmen haben aus steuerlichen und regulatorischen Gründen ihren Sitz in Irland oder steuern aus Irland ihr europäisches Geschäft. Laut Angaben des irischen Statistikamtes entfiel im Jahr 2024 fast die Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung auf Sektoren, in denen multinationale Unternehmen dominieren. Dazu gehören die chemische und pharmazeutische Industrie, die Herstellung von Computern, elektronischen und optischen Geräten, das Verlagswesen und IKT-Dienstleistungen.[5)] Während in den IKT-Bereichen in Irland vor allem administrative Tätigkeiten, insbesondere Zentralen für die Geschäftstätigkeit in der EU, und Innovationszentren (Forschung und Entwicklung) angesiedelt wurden, verfügen pharmazeutische Konzerne in Irland über große Produktionsanlagen. Multinationale Unternehmen beschäftigen gut ein Fünftel der Erwerbstätigen in Irland,[6)] und auf sie entfällt rund ein Drittel der Lohneinkommen.[7)] Darüber hinaus trugen sie im Jahr 2025 87 % der Körperschaftssteuer und damit 22 % des gesamten Steueraufkommens.[8)]

Die adäquate statistische Zuordnung grenzüberschreitender Aktivitäten multinationaler Unternehmen stellt die auf nationaler Abgrenzung beruhende Wirtschaftsstatistik vor große Probleme. Die Aktivitäten multinationaler Unternehmen überschreiten regelmäßig Landesgrenzen, und viele grenzüberschreitende Transaktionen erfolgen innerhalb der Unternehmen. Daraus ergeben sich für die nationalen statistischen Ämter besondere Herausforderungen bei der Gewinnung der relevanten Informationen und deren Einordnung und Bewertung. Damit dies einigermaßen konsistent geschieht, gibt es internationale Standards für die Verbuchung derartiger Aktivitäten in der Zahlungsbilanz und in den VGR.[9)] Für die EU wurden diese Vorgaben im ESVG 2010 konkretisiert.[10)]

5 Vgl.: Central Statistics Office (2025a).
6 Vgl.: Central Statistics Office (2024).
7 Vgl.: FitzGerald und O'Shea (2026).
8 Vgl.: Cronin (2026a, 2026b), Central Bank of Ireland (2026b) sowie Central Statistics Office (2025b).
9 Vgl.: Vereinte Nationen (2009) sowie Internationaler Währungsfonds (2009).
10 Vgl.: Europäische Union (2013).

Entscheidend für die Zuordnung von Wertschöpfung in den VGR sind Eigentumsrechte „im wirtschaftlichen Sinn", also die Verantwortung einer organisatorischen Einheit für Nutzen und Risiken aus der wirtschaftlichen Tätigkeit. Zwar können wirtschaftliches und rechtliches Eigentum auseinanderfallen, in der statistischen Praxis dürfte es aber schwerfallen, diese Trennung nachzuweisen. Entscheidend für die Zuordnung dürfte daher dennoch die rechtliche Organisation sein.[11)]

Aus dem Eigentumsprinzip folgt für die Abgrenzung des Warenhandels in den VGR, dass Ein- und Ausfuhren als Transaktionen definiert werden, bei denen es zu einem Übergang des wirtschaftlichen Eigentums zwischen einer gebietsansässigen und einer gebietsfremden Einheit kommt. Der physische Grenzübertritt der Ware ist weder eine notwendige noch eine hinreichende Bedingung. Diesem Prinzip folgend können auch Zweckgesellschaften, die einer größeren Gesellschaft untergeordnet sind und vielfach weder über eine nennenswerte Personalausstattung noch über Produktionsanlagen verfügen, als gebietsansässige Produzenten gewertet werden.[12)] Wenn beispielsweise auf solche Gesellschaften geistige Eigentumsrechte übertragen werden, dann zählen Einkünfte aus Lizenzen, die im Ausland mit dem dortigen Einsatz von Arbeit und Sachkapital erwirtschaftet werden, zum Inlandsprodukt des Sitzlandes dieser Zweckgesellschaft. Deshalb können organisatorische Entscheidungen multinationaler Konzerne zu abrupten Verschiebungen bei der Zurechnung von Wertschöpfung führen. Darüber hinaus spielt die firmeninterne Preisgestaltung (die konzerninternen Verrechnungspreise) bei der Höhe der zugerechneten Wertschöpfung eine Rolle, etwa beim Ansatz von Lizenzgebühren oder den Kosten der aus dem Ausland bezogenen Vorleistungen.[13)]

Die statistischen Ämter begegnen diesen Herausforderungen unter anderem mit Large Cases Units, die die Vorgänge in großen multinationalen Unternehmen kohärent abbilden.[14)] Die Large Cases Units führen Daten aus verschiedenen Quellen zusammen, prüfen sie auf Unstimmigkeiten und klären Inkonsistenzen mit den multinationalen Unternehmen.[15)] Die Erkenntnisse aus diesen Auswertungen fließen dann in die VGR ein. In Irland wurde die Large Cases Units bereits im Jahr 2009 eingerichtet. Sie betreut etwa 40 multinationale Unternehmen.[16)] Das Statistische Bundesamt richtete im Jahr 2020 eine solche Arbeitseinheit ein.

11 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018).
12 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018).
13 Für eine ausführlichere Beschreibung vgl.: Deutsche Bundesbank (2018) sowie Hörner et al. (2022).
14 Vgl.: Hussain et al. (2019), Spies et al. (2020) sowie Ahlborn et al. (2021).
15 Dazu werden Außenhandelsdaten, Angaben aus der Zahlungsbilanzstatistik, Erhebungen zur Produktion und zu Umsätzen und Angaben der Finanzämter herangezogen.
16 Vgl.: Central Statistics Office (2019).

Gleichwohl bleibt die adäquate Erfassung und Abgrenzung der jeweils auf das Inland entfallenden wirtschaftlichen Tätigkeit der multinationalen Unternehmen herausfordernd. [17)] Dies betrifft insbesondere die Zuordnung des wirtschaftlichen Eigentums bei Auftragsfertigung und Transithandel sowie für die Ableitung der inländischen Wertschöpfung. [18)] Inkonsistenzen zwischen den zunächst und erst später verfügbaren Daten können erhebliche Revisionen in den VGR nach sich ziehen. Vor diesen Problemen stehen grundsätzlich alle statistischen Ämter. Sie sind in Irland wegen der außerordentlich großen Rolle der multinationalen Unternehmen aber besonders sichtbar.

Bei einem hohen Gewicht der multinationalen Unternehmen kann der Informationsgehalt der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Konjunkturanalyse eingeschränkt sein. Grund dafür sind die häufig grenzüberschreitende Produktionstätigkeit der multinationalen Unternehmen und die Orientierung der VGR am wirtschaftlichen Eigentum. Die geografische Zuordnung der Wertschöpfung hängt dann auch von den unternehmerischen und organisatorischen Entscheidungen dieser Unternehmen ab. Die konzerninterne Kostenzuordnung und die Verrechnungspreise bestimmen, in welcher Höhe Wertschöpfung den einzelnen Standorten zugerechnet wird. Dadurch kann Wertschöpfung in Ländern ausgewiesen werden, in denen keine Fertigungstätigkeit im engeren Sinn stattfindet, sondern lediglich Eigentumsrechte verwaltet werden. Die statistisch ausgewiesenen Größen können sich somit weit von den Größen entfernen, die für die Konjunkturanalyse von besonderem Interesse sind, etwa Produktion und Einkommensentstehung unter Einsatz von Arbeit und Kapital sowie der grenzüberschreitende Warenhandel. [19)]

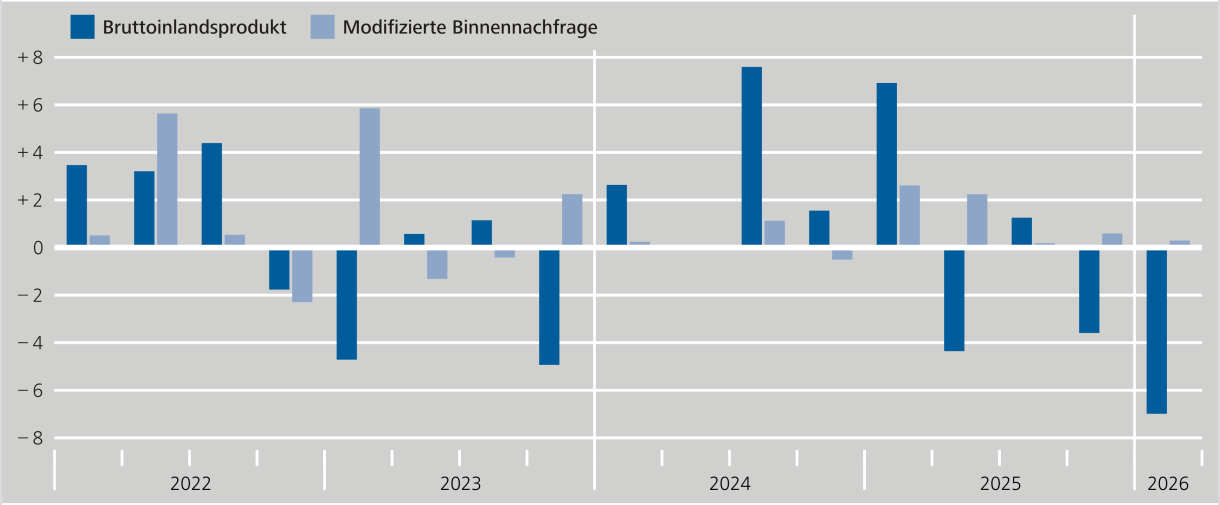
Angesichts der eingeschränkten Aussagekraft der irischen BIP-Angaben verwenden irische Stellen alternative Maße der Wirtschaftsaktivität zur Einordnung der konjunkturellen Lage. Als alternatives Maß der Wirtschaftsentwicklung wird häufig ein modifiziertes Bruttonationaleinkommen verwendet. [20)] Für dieses werden die Gewinne internationaler Konzerne vom BIP abgezogen. Daneben wird die sogenannte modifizierte Binnennachfrage (modified domestic demand) angesetzt. [21)] Diese schließt unter anderem Investitionen in geistige Eigentumsrechte und das Leasing von Flugzeugen aus. Beide Bereiche werden von multinationalen Unternehmen beherrscht und schwanken stark. Die modifizierte Binnennachfrage verläuft deutlich stetiger als das BIP und ist auch weniger revisionsanfällig. Gemäß jüngsten Angaben legte sie im ersten Quartal 2026 und im Schlussquartal 2025 mit 0,3 % beziehungsweise 0,6 % moderat zu.

17 Vgl.: Hörner et al. (2022).
18 Vgl.: Hörner et al. (2022) sowie Connolly (2011).
19 Vgl.: FitzGerald (2023) sowie FitzGerald und O'Shea (2026).
20 Vgl.: Central Statistics Office (2016, 2017).
21 Vgl.: Central Statistics Office (2021) sowie Casey (2023).

Realwirtschaftliche Aktivität in Irland

Schaubild 1.10

saisonbereinigt, Veränderung gegenüber Vorquartal in %



Quelle: Central Statistics Office Ireland und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

Die Probleme der irischen Wirtschaftsstatistik erschweren auch die Einordnung der konjunkturellen Lage im Euroraum anhand der von Eurostat veröffentlichten Daten. Selbst bei dem niedrigen Anteil Irlands am Euroraum-BIP von knapp 4 % schlagen sich die hochgradig volatilen und revisionsanfälligen Veränderungsraten des irischen BIP aufgrund ihrer Größenordnung spürbar in den Euroraum-Aggregaten nieder. Der Grund hierfür ist, dass die dahinterstehenden Dispositionen der multinationalen Unternehmen typischerweise Länder außerhalb des Euroraums betreffen, insbesondere China und die USA. Deshalb gibt es keine ausgleichenden Bewegungen in Daten anderer Länder des Euroraums. Dies erschwert die Einschätzung der konjunkturellen Lage anhand der von Eurostat für den Euroraum insgesamt veröffentlichten Daten. Als Alternative zum BIP könnte, wie in Irland, auf eine modifizierte Inlandsnachfrage zurückgegriffen werden. Allerdings wäre damit lediglich eine Alternative für das BIP und bestimmte verwendungsseitige Komponenten gefunden. Die Konjunkturanalyse setzt aber auf das breite Spektrum an VGR-Daten auf, einschließlich der Angaben zur entstehungsseitigen Zusammensetzung des BIP, der Beschäftigung und der Lohneinkommen. Daher erscheint ein Rückgriff auf Aggregate für den Euroraum ohne Irland vielfach besser geeignet. So verfahren wir bereits seit 2018 in den Bundesbank-Quartalsberichten zur wirtschaftlichen Lage im Euroraum.

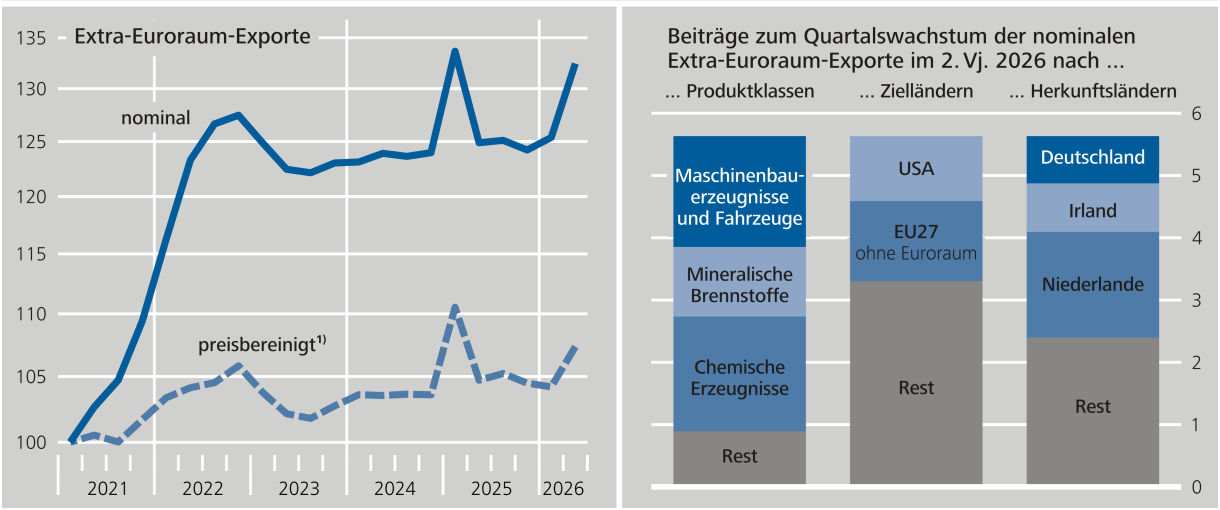
Der private Verbrauch zeigte sich vor dem Hintergrund gestiegener Energiepreise gedämpft, aber widerstandsfähig. Die Einzelhandelsumsätze stiegen preisbereinigt weiter. Nur bei Kraftstoffen sanken sie deutlich. Staatliche Stützungsmaßnahmen wie die Benzinpreisbremse in Deutschland und die Senkung der Verbrauchssteuern etwa in Italien und Spanien dürften einen größeren Dämpfer verhindert haben. Im Verlauf des Quartals erholte sich das Verbrauchervertrauen nach dem Einbruch im März und April etwas. Allerdings blieben die Erwartungen der privaten Haushalte bezüglich ihrer eigenen finanziellen Situation eingetrübt. Gleichzeitig stieg die Zahl der Zulassungen von Kraftfahrzeugen deutlich, vor allem von Elektroautos. Hier spielten wohl neben den Aussichten auf längerfristig erhöhte Kraftstoffpreise verschiedene staatliche Anreize zum Kauf von elektrisch betriebenen Kraftfahrzeugen eine Rolle.

Die Investitionstätigkeit erholte sich im zweiten Quartal nach dem Rückgang zu Jahresbeginn. Die Bautätigkeit belebte sich wohl etwas, und im Hochbau scheint es wieder aufwärtszugehen. Jedenfalls legte die Bauproduktion in diesem Segment nach einer längeren Schwächephase bis Mai merklich zu, und die Zahl der Wohnbaugenehmigungen stieg im ersten Quartal. Im Zusammenhang mit Ausgaben für die Infrastruktur dürfte es bei Bauinvestitionen ein weiteres Plus gegeben haben. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden wohl ebenfalls ausgeweitet. Der spürbare Anstieg der längerfristigen Unternehmenskredite im zweiten Quartal spricht für einen erhöhten Mittelbedarf der Firmen für Anlageinvestitionen. Auch die Umsätze der Produzenten von Investitionsgütern innerhalb des Euroraums stiegen preisbereinigt deutlich, und die Einfuhren von Investitionsgütern aus Drittländern legten kräftig zu. Die Aufwendungen für Informations- und Kommunikationstechnologien sowie für geistiges Eigentum dürften im Zuge der zunehmenden Digitalisierung ihren Aufwärtstrend fortgesetzt haben.

Die Warenausfuhren in Drittländer stiegen im zweiten Quartal schwungvoll, nachdem sie im Winterhalbjahr gesunken waren. Gemäß Angaben aus der Handelsbilanz legten die Ausfuhren im zweiten Vierteljahr preisbereinigt kräftig zu. Dieser Anstieg ging zu einem Teil auf temporäre oder länderspezifische Entwicklungen zurück. Zum einen gewann der Ölhandel in niederländischen Häfen im Zusammenhang mit der Sperrung der Straße von Hormus an Bedeutung. Zum anderen erhöhten sich die Ausfuhren von Pharmaprodukten aus Irland in die USA erheblich. Darüber hinaus verstärkte sich aber der Handel mit EU-Ländern außerhalb des Euroraums. Die Exporte nach China stiegen nach einem Rücksetzer im Vorquartal ebenfalls deutlich an. Nach Güterklassen war die Zunahme bei Vorleistungs- und Investitionsgütern besonders ausgeprägt. Die Wareneinfuhren legten ebenfalls deutlich zu, allerdings weniger stark als die Ausfuhren. Vor allem bei den Importen von Vorleistungsgütern, aber auch von Investitionsgütern gab es ein deutliches Plus gegenüber dem ersten Quartal.

Warenexporte des Euroraums in Drittländer*)

Schaubild 1.11



Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen. * Gemäß Außenhandelsstatistik; saisonbereinigt. 1 Deflationiert mit dem Produzentenpreisindex.
Deutsche Bundesbank

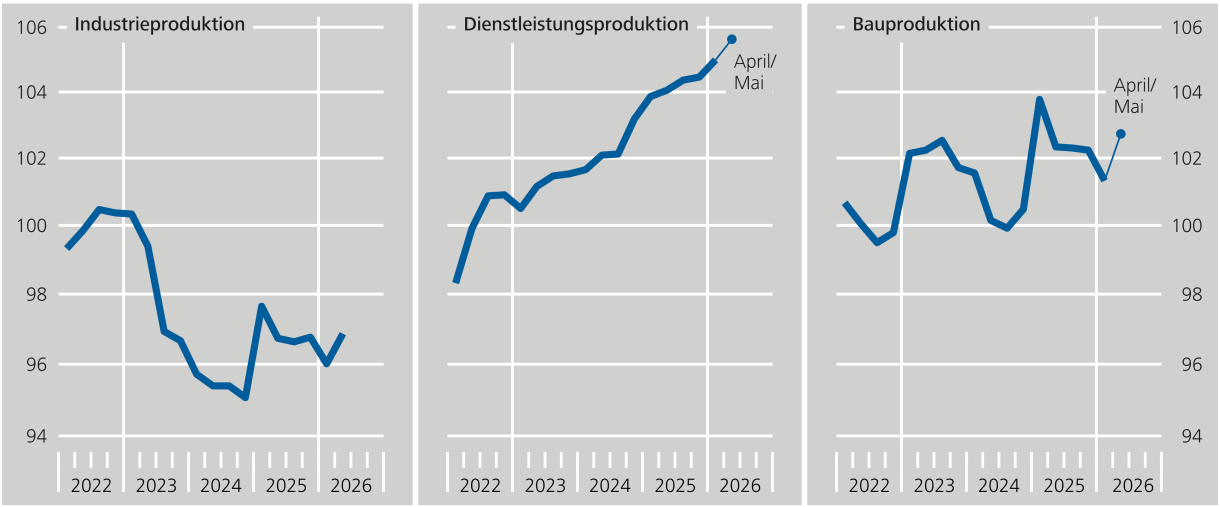
Im Verarbeitenden Gewerbe nahm die Produktion zu. Die Erzeugung von Vorleistungen wurde dabei merklich ausgeweitet. Die Investitionsgüterproduktion stieg ebenfalls, obwohl die Herstellung von Kraftfahrzeugen sank. Die Konsumgüterproduktion erhöhte sich spürbar, vor allem bei pharmazeutischen Produkten. Laut Umfragen der Europäischen Kommission legten die Neuaufträge aus dem In- und Ausland zu, und der Auftragsbestand verbesserte sich merklich. Hierzu dürften temporäre Faktoren beigetragen haben. Zum einen profitierten einige Bereiche von vorgezogenen Aufträgen vor dem Hintergrund befürchteter Knappheiten. Zum anderen verringerte sich vorübergehend der Wettbewerbsdruck für europäische Unternehmen, da ihre asiatischen Konkurrenten mit stärkeren Kostenanstiegen oder Lieferkettenstörungen zu kämpfen hatten.[4)] Nichtsdestotrotz blieben die Umfrageindikatoren für den Auftragsbestand und die Exportaufträge unter ihren langjährigen Mitteln. Hierfür dürften auch die gestiegenen Zölle im Handel mit den USA verantwortlich sein. Der Preisdruck auf der Erzeugerstufe nahm im Zuge des Energiepreisanstiegs zu. Die Produzentenpreise stiegen im Vergleich zum Vorquartal und zum Vorjahr spürbar.

4 Dies ergibt sich aus dem Dialog der EZB mit nichtfinanziellen Unternehmen (vgl.: Europäische Zentralbank (2026)).

Sektorale Konjunkturindikatoren für den Euroraum

Schaubild 1.12

2022 = 100, preis-, saison- und kalenderbereinigt, log. Maßstab



Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

Im Dienstleistungssektor setzte sich die Expansion wohl fort. Im Bereich Verkehr und Lagerei dürfte die Geschäftstätigkeit sogar kräftig zugelegt haben. Darüber hinaus stieg sie wohl auch in der Informations- und Kommunikationsbranche sowie im Grundstücks- und Wohnungswesen. Im Gastgewerbe scheinen die Aktivitäten hingegen gesunken zu sein. Zur Schwäche im Gastgewerbe dürfte ein gedämpftes Tourismusgeschäft beigetragen haben. Zumindest trübte sich das Geschäftsklima bei den Reisedienstleistern zuletzt merklich ein.

In den meisten größeren Mitgliedsländern zeigte sich die Wirtschaft trotz gestiegener Energiepreise widerstandsfähig. Vor allem die Ausfuhren stiegen vielerorts überraschend stark an. Zudem blieb der private Verbrauch trotz der deutlich gestiegenen Energiekosten in einer Vielzahl der Länder verhalten aufwärtsgerichtet, teilweise wohl wegen staatlicher Entlastungsmaßnahmen. Bei den Investitionen war die Entwicklung dagegen recht unterschiedlich.

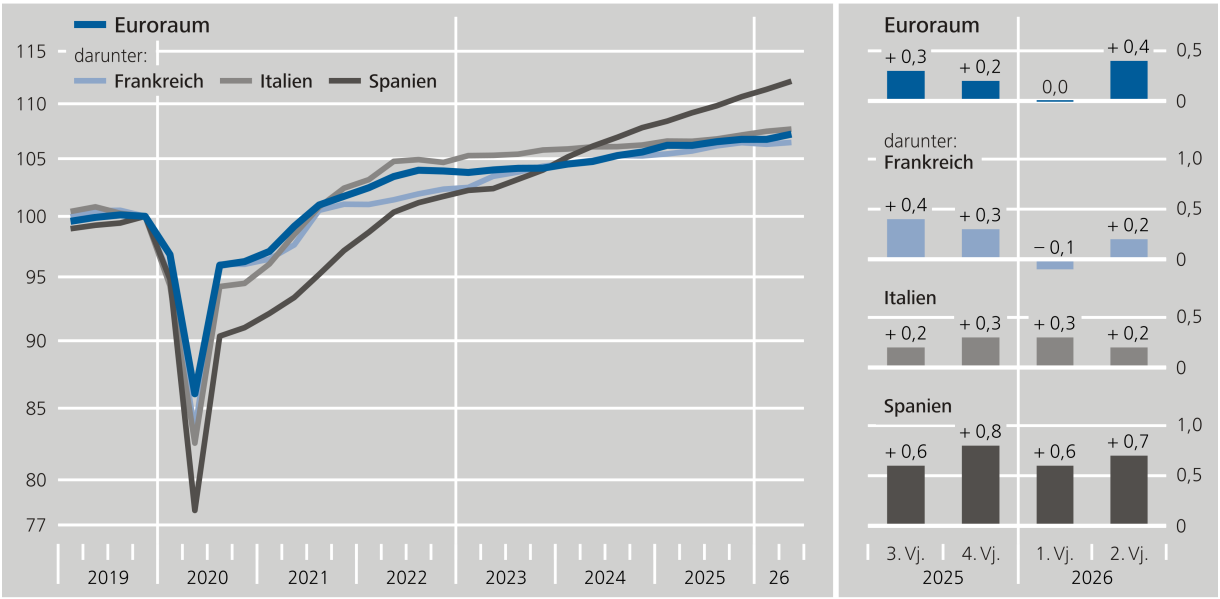
In den großen Ländern des Euroraums legte die Wirtschaftsleistung zu. In Frankreich stieg das reale BIP vor allem infolge kräftiger Ausfuhren moderat an, nachdem es im Vorquartal noch leicht gesunken war. Hierfür war maßgeblich wohl der Flugzeugbau verantwortlich. Auch der private Verbrauch hielt sich angesichts des Energiepreisschocks überraschend gut. In Italien wuchs die Wirtschaft weiter, allerdings mit einer verringerten Rate. Dabei wurde das Wachstum erneut vor allem von der Binnenwirtschaft gestützt. Der private Verbrauch und die Investitionstätigkeit verloren aber aufgrund der gestiegenen Energiepreise und der erhöhten Unsicherheit wohl etwas an Schwung. In Spanien hielt das recht kräftige Wirtschaftswachstum, gestützt durch die Binnennachfrage, an. In Deutschland setzte sich das Wachstum mit verringerter Rate fort (Artikel „Konjunktur in Deutschland“).

Reales BIP im Euroraum und in ausgewählten Mitgliedsländern

Schaubild 1.13

4. Vj. 2019 = 100, saison- und kalenderbereinigt, log. Maßstab

Veränderung gegenüber Vorquartal in %



Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

In den übrigen Mitgliedsländern ergab sich ein gemischtes Bild, zumeist nahm die Wirtschaftsleistung jedoch sichtbar zu. In mehreren Mitgliedsländern stieg das reale BIP deutlich, darunter in den Niederlanden, Irland, Portugal, Finnland, Slowenien, Bulgarien, Litauen und Estland. In der Slowakei gab es ein kleines Plus. In Belgien und Österreich stagnierte es hingegen.

Am Arbeitsmarkt mehren sich die Anzeichen für eine gewisse Eintrübung. Die Arbeitslosenquote verharrte auf dem niedrigen Stand von 6,3 %, die Beschäftigung nahm erneut geringfügig zu, und die Quote der offenen Stellen sank. Zugleich gewann die Arbeitskräftehortung an Bedeutung. Das Lohnwachstum dürfte nach der spürbaren Abschwächung bis zur Jahresmitte 2025 im zweiten Quartal 2026 erneut nachgelassen haben, der erhöhte Preisdruck auf der Verbraucherstufe hat bislang keine Verstärkung des Lohnwachstums nach sich gezogen.

Die Verbraucherpreise im Euroraum stiegen im zweiten Vierteljahr 2026 angesichts der Eskalation des Konflikts im Nahen Osten kräftig an. Der HVPI erhöhte sich gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 1,1 %, nach einem bereits spürbaren Anstieg von 0,8 % im Winter. Maßgeblich verantwortlich dafür waren die kräftigen Preisanstiege im Energiebereich, insbesondere bei Mineralölprodukten. Auch Dienstleistungen verteuerten sich im Frühjahr weiterhin deutlich.[5)] Der Preisauftrieb bei Industrieerzeugnissen ohne Energie war zwar etwas stärker als im vorangegangenen Quartal, blieb aber insgesamt dennoch moderat. Bei Nahrungsmitteln hingegen schwächte sich der Preisdruck deutlich ab, was auch mit der verzögerten Weitergabe zuvor gesunkener Rohstoffpreise von Agrargütern zusammenhängen dürfte. Bislang machten sich mögliche indirekte Effekte des Energiepreisschubs auf andere Komponenten des HVPI, insbesondere Nahrungsmittel und Industrieerzeugnisse ohne Energie, kaum bemerkbar. Diese treten üblicherweise mit einer deutlichen Verzögerung auf.[6)]

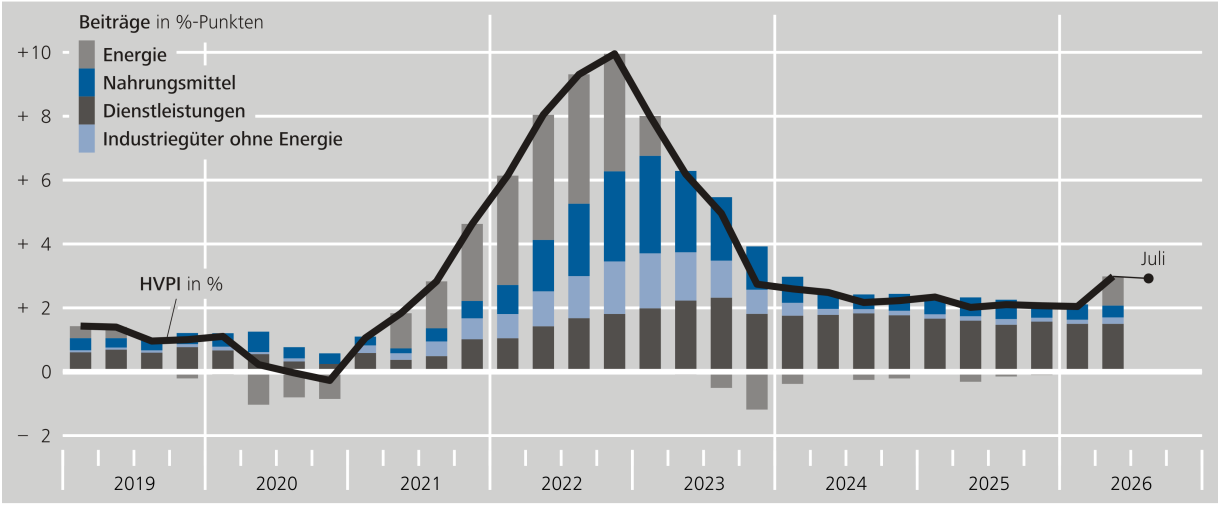
5 Berechnungen basierend auf der Methode von Schwind und Weinand (2026) zeigen, dass der Anstieg des HVPI gegenüber dem Vorquartal im zweiten Vierteljahr 2026 etwa zur Hälfte auf Energie und zu rund einem Drittel auf Dienstleistungen zurückzuführen war.

6 Vgl. zu Erst- und Zweitrundeneffekten eines Energiepreisschocks beispielsweise: Deutsche Bundesbank (2026b).

Beiträge zur Teuerung (HVPI) im Euroraum

Schaubild 1.14

Veränderung gegenüber Vorjahr, vierteljährlich



Quellen: Eurostat, EZB und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

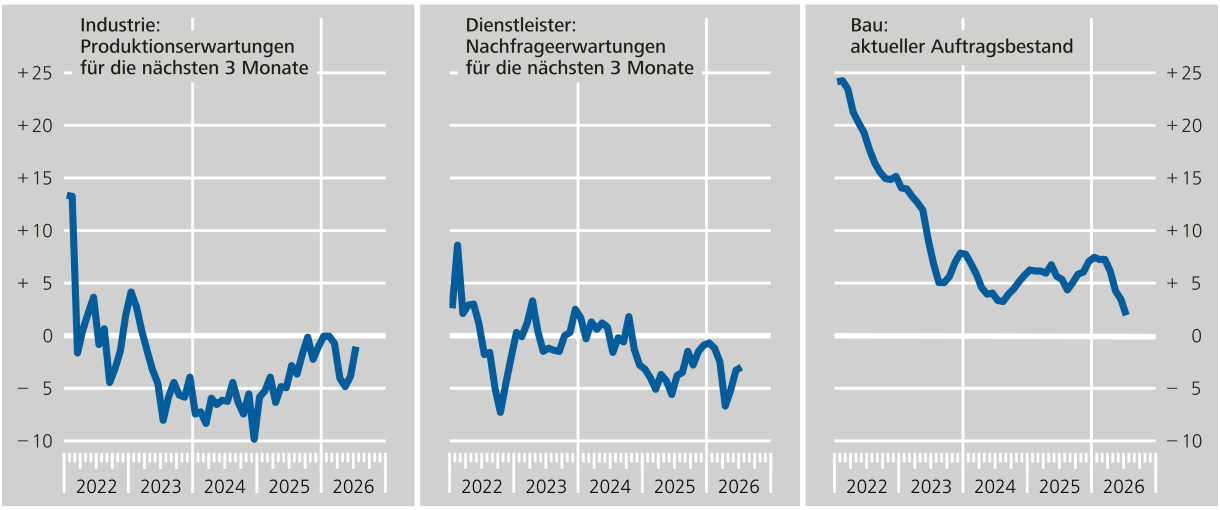
Die Inflationsrate erhöhte sich im zweiten Quartal deutlich auf 3,0 %. Dies lag vor allem an der stark gestiegenen Teuerung bei Energie, die auf 10 % sprang. Die Nahrungsmittelteuerung ging dagegen spürbar auf 1,9 % zurück. Bei den weniger volatilen Komponenten verringerte sich die Dienstleistungsinflation leicht auf 3,2 %, während sich der Preisauftrieb bei Industriegütern ohne Energie auf 0,8 % verstärkte. In der Folge erhöhte sich die Kerninflationsrate ohne Energie und Nahrungsmittel leicht auf 2,4 %.

Im Juli 2026 stieg die Inflationsrate leicht an. Sie erreichte 2,9 %, nach 2,8 % im Vormonat. Insbesondere die Teuerung bei Energie nahm, nach dem Rückgang im Juni, infolge erneuter kriegerischer Auseinandersetzungen in Nahost wieder zu. Außerdem liefen Ende Juni einige staatliche Maßnahmen zur Entlastung von den hohen Energiepreisen aus. Der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln ließ weiter nach. Die Teuerung bei Industriegütern ohne Energie und Dienstleistungen zog hingegen etwas an. Entsprechend lag die Kernrate mit 2,5 % ebenfalls etwas höher.

Der kurzfristige Inflationsausblick für den Euroraum bleibt angesichts des anhaltenden Konflikts im Nahen Osten weiterhin sehr unsicher. Die Entwicklung der Inflation in den nächsten Monaten hängt wesentlich vom weiteren Verlauf des Konflikts im Nahen Osten und den damit einhergehenden Einschränkungen des Energieangebots ab. Der Ausfall von Raffineriekapazitäten dürfte die Versorgung mit Mineralölprodukten weiterhin beeinträchtigen. Die Preise von Benzin und Diesel könnten daher weiterhin höher ausfallen als gemäß Rohölpreisen eigentlich zu erwarten wäre. Mit zunehmender Dauer des Konflikts steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich die gestiegenen Energiekosten auf andere Waren und Dienstleistungen ausbreiten.

Stimmungsindikatoren für den Euroraum Schaubild 1.15

Saldenpunkte, Abweichungen vom langfristigen Mittelwert, monatlich, saisonbereinigt



Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

Für das zweite Halbjahr deutet derzeit vieles auf eine Fortsetzung des moderaten Wachstums hin, wobei die Unsicherheit hoch bleibt. Bis Juli reichende Stimmungsindikatoren zeigen eine Aufhellung der gesamtwirtschaftlichen Lageeinschätzung an. Sowohl bei Dienstleistern als auch in der Industrie verbesserte sich die Stimmung. Dies erfasste auch die Erwartungen für die kommenden Monate. Selbst das Verbrauchervertrauen hellte sich von niedrigem Niveau aus weiter auf. Die Bereitschaft, größere Anschaffungen zu tätigen, stieg laut Umfragen merklich. Die robuste Weltwirtschaft dürfte die Exporte weiter stützen, auch wenn der Euroraum davon aufgrund seiner schwachen Wettbewerbsposition nicht in vollem Umfang profitieren könnte. Darüber hinaus stützen die privaten und öffentlichen Investitionen in die digitale und klimabezogene Transformation, die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung und die Verteidigung die Konjunktur. Insgesamt könnte die Wirtschaft im Euroraum in den kommenden Monaten weiter in moderatem Tempo wachsen. Angesichts der hohen Unsicherheit über den weiteren Verlauf des Nahostkonflikts und damit verbundenen Schwankungen der Energiepreise sowie anhaltender handels- und geopolitischer Spannungen dominieren aber die Abwärtsrisiken.

In diesem Beitrag wurden Daten bis zum 18. August 2026, 11:00 Uhr, sowie die Eurostat-HVPI-Zahlen vom 19. August 2026, 11:00 Uhr, berücksichtigt.

Literaturverzeichnis

Aguiari, G., M. Falagiarda, C. Gartner und E. Ivanova (2026), Euro adoption and price increases in Bulgaria: separating myths from facts, Europäische Zentralbank, The ECB Blog, 9. April 2026.

Ahlborn, M., F. Draken und V. Schulz (2021), Qualitätssicherung in der amtlichen Statistik: Large Cases Unit, Statistisches Bundesamt, WISTA – Wirtschaft und Statistik, Ausgabe 2/2021.

Aiyar, S., C. Ebeke und X. Shao (2016), The Impact of Workforce Aging on European Productivity, Internationaler Währungsfonds, Working Paper, Nr. 16/238.

Casey, E. (2023), Ireland's modified domestic demand: what it tells us and where we should be cautious, Irish Fiscal Advisory Council, Analytical Note, Nr. 19.

Central Bank of Ireland (2026a), Quarterly Bulletin, No. 2 2026.

Central Bank of Ireland (2026b), A Concentrated Tax Base and Rising Expenditure: Fiscal Risks in Ireland's Medium-Term Outlook, Signed Article, Vol. 2026(5), S. 1 – 41.

Central Bank of Ireland (2025), Quarterly Bulletin, No. 2 2025.

Central Statistics Office (2025a), Output and Value Added by Activity 2024.

Central Statistics Office (2025b), Ireland's Tax Statistics 2024.

Central Statistics Office (2024), Business in Ireland 2022 – Summary Results.

Central Statistics Office (2021), Total Domestic Demand and Modified Total Domestic Demand, National Accounts Explained.

Central Statistics Office (2019), Large Cases Unit in the Irish NSI, Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, Präsentation.

Central Statistics Office (2017), Central Statistics Office (CSO) Response to the Main Recommendations of the Economic Statistics Review Group (ESRG), Februar 2017.

Central Statistics Office (2016), Report of the Economic Statistics Review Group (ESRG), Dezember 2016.

Connolly, M. (2011), CSO's Large Cases Unit – A strategy for dealing with Multinationals and Globalization.

Cronin, B. (2026a), More concentration, more risk: three firms account for almost half of Ireland's corporation tax revenues, Irish Fiscal Advisory Council, 19. Februar 2026.

Cronin, B. (2026b), More than corporation tax: Ireland's growing reliance on foreign-owned multinationals, Irish Fiscal Advisory Council, 26. Juni 2026.

Deutsche Bundesbank (2026a), US-Zölle und geoökonomische Fragmentierung: Implikationen für die Weltwirtschaft, Monatsbericht, Juli 2026.

Deutsche Bundesbank (2026b), Direkte, indirekte und Zweitrundeneffekte eines Anstiegs der Energierohstoffpreise – eine Begriffsklärung, Monatsbericht, Juni 2026.

Deutsche Bundesbank (2024), Zur Entwicklung der Unternehmensdynamik im Euroraum, Monatsbericht, März 2024.

Deutsche Bundesbank (2018), Aktivitäten multinationaler Unternehmensgruppen und nationale Wirtschaftsstatistiken, Monatsbericht, Oktober 2018, S. 67 – 81.

Europäische Kommission (2026a), Erklärung von Präsidentin von der Leyen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Magyar, Erklärung vom 29. Mai 2026.

Europäische Kommission (2026b), European Economic Forecast. Spring 2026, Institutional Paper, Nr. 341.

Europäische Kommission (2026c), Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Central Bank, the European Economic and Social Committee, the Committee of the Regions and the European Investment Bank, 2026 European Semester: Spring Package Communication.

Europäische Union (2013), Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union, Amtsblatt, L 174/1.

Europäische Zentralbank (2026), Wesentliche Erkenntnisse aus dem jüngsten Dialog der EZB mit nichtfinanziellen Unternehmen, Wirtschaftsbericht, Ausgabe 5/2026, S. 72 – 77.

Falck, E., O. Röhe und N. Stähler (2024), Demographics and the Decline in Firm Entry: On The Role of Population Growth and Longevity, mimeo.

FitzGerald, J. (2023), Understanding the Irish economy, Economic & Social Research Institute, Special Article.

FitzGerald, J. und D. O'Shea (2026), The Irish economy in the 2020s, Economic & Social Research Institute, Research Note.

Hörner, N., M. Rotsche und J. Söngen (2022), Fortschritte der Large Cases Unit, Statistisches Bundesamt, WISTA – Wirtschaft und Statistik, Ausgabe 5/2022.

Hussain, M., R. Peltola und S. Mahajan (2019), Measuring activities of multinational enterprise groups via large cases units, Eurostat Review on National Accounts and Macroeconomic Indicators, Nr. 1/2019, S. 43 – 58.

Internationaler Währungsfonds (2009), Balance of Payments and International Investment Position Manual, Sixth Edition (BPM6).

Pugsley, B. W. und A. Şahin (2019), Grown-up Business Cycles, The Review of Financial Studies, Vol. 32(3), S. 1102 – 1147.

Rat der Europäischen Union (2026), Beschluss des Rates zum Bestehen eines übermäßigen Defizits in Bulgarien, Nr. 10952/26, 3. Juli 2026.

Schwind, P. und S. Weinand (2026), Contributions to euro area inflation over arbitrary time periods, Deutsche Bundesbank, Technical Paper, Nr. 02/2026.

Spies, V., T. Luh und A. Braakmann (2020), Europäische Harmonisierung von Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen, Statistisches Bundesamt, WISTA – Wirtschaft und Statistik, Ausgabe 5/2020.

Vereinte Nationen (2009), System of National Accounts 2008.

Geldpolitik und Bankgeschäft

1 Geldpolitik und Geldmarktentwicklung

In seiner geldpolitischen Sitzung im Juni 2026 beschloss der EZB-Rat, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 25 Basispunkte anzuheben; im Juli 2026 beließ er sie unverändert. Damit notiert der Zinssatz für die Einlagefazilität, mit dem der EZB-Rat den geldpolitischen Kurs steuert, bei 2,25 %. Ausschlaggebend für die Entscheidung des EZB-Rats war der vom Krieg im Nahen Osten ausgehende Druck auf die Inflation. Gemäß dem Basisszenario der Eurosystem-Projektionen aus dem Juni dürfte die durchschnittliche Gesamtinflation 2026 bei 3,0 %, 2027 bei 2,3 % und 2028 bei 2,0 % liegen. Im Juni ging die Gesamtinflation von 3,2 % im Mai auf 2,8 % zurück. Die Auswirkungen des Energiepreisschocks auf die Inflation sind allerdings noch nicht vollständig zum Tragen gekommen. Die Aussichten für die Energiepreise sind zwar sehr volatil, liegen aber derzeit in der Nähe des Basisszenarios der Projektionen vom Juni und deutlich über dem Niveau, das vor dem Konflikt im Nahen Osten verzeichnet wurde.

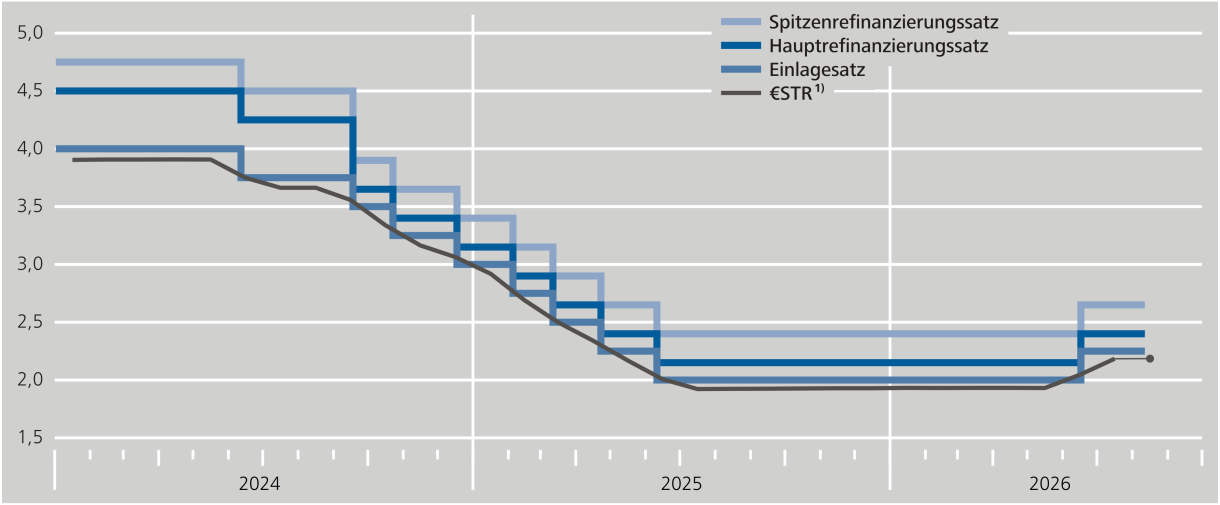
Die kurzfristigen Geldmarktsätze vollzogen die Leitzinserhöhung im Juni nahezu vollständig nach. Die Euro-Short Term Rate (€STR) notierte zuletzt bei 2,19 % und damit rund 6 Basispunkte unterhalb des Niveaus des Einlagesatzes.

Laut Umfragen kurz vor der Juli-Sitzung erwarteten Marktteilnehmer bis Ende 2026 eine weitere Leitzinserhöhung. Die Teilnehmer an der vor der Sitzung im Juli durchgeführten Eurosystem-Umfrage unter Geldmarktexperten (Survey of Monetary Analysts) erwarteten im Median eine weitere Anhebung des Einlagesatzes um 25 Basispunkte im September auf 2,5 % und anschließend unveränderte Leitzinsen bis zum Jahresende. In den Geldmarktterminsätzen, die weiterhin stark in Abhängigkeit von den Entwicklungen im Nahen Osten schwanken, sind aktuell für das laufende Jahr zusätzliche 39 Basispunkte an Zinserhöhungen eingepreist.

Leitzinssätze und Geldmarktzinsen im Euroraum

Schaubild 2.1

% p. a.



Quelle: EZB. **1** Monatsdurchschnitte. • = Durchschnitt 1. bis 11. August 2026.
Deutsche Bundesbank

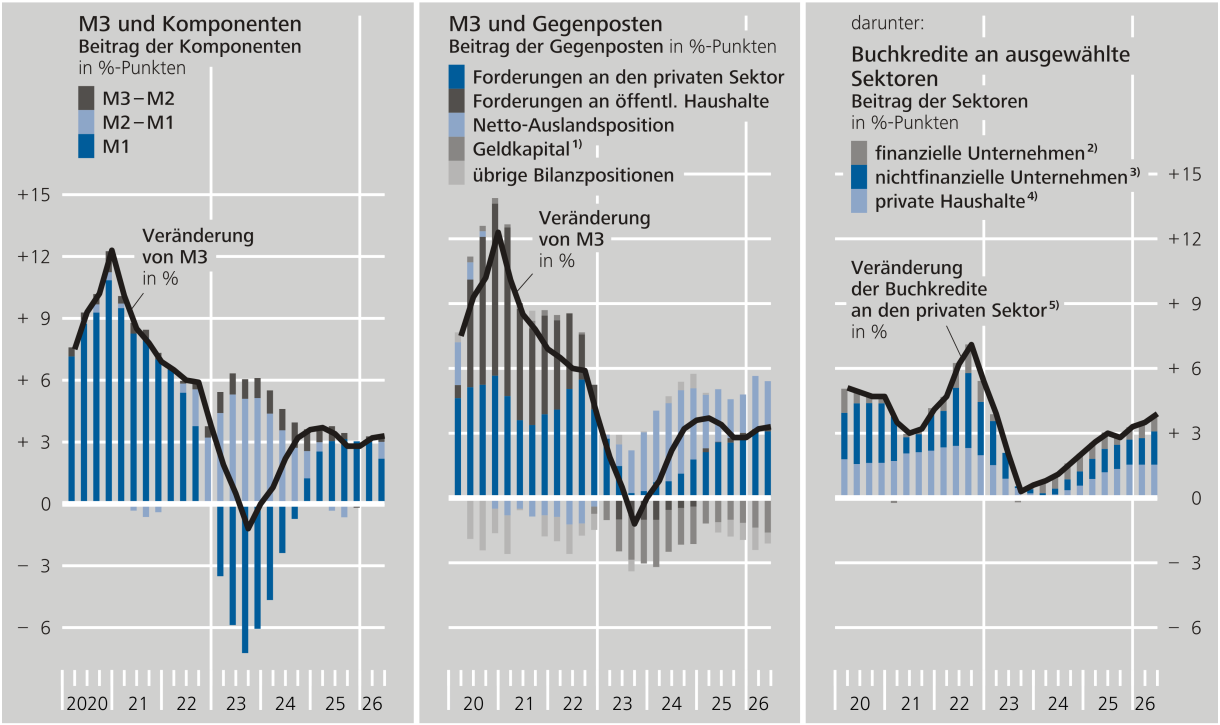
2 Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet

Das Wachstum des breit gefassten Geldmengenaggregats M3 setzte sich auch im zweiten Quartal 2026 fort. Die monetäre Dynamik blieb weitgehend stabil: Die Jahreswachstumsrate von M3 lag Ende Juni bei 3,3 % und damit innerhalb der Spanne der Vorquartale (Schaubild 2.2). Die größten Zuflüsse entfielen im Berichtsquartal auf kurzfristige Termineinlagen. Deren gestiegene Verzinsung erhöhte ihre Attraktivität erkennbar. Auf der Entstehungsseite stützte die fortgesetzte Erholung der Buchkreditvergabe an den inländischen Privatsektor die monetäre Dynamik. Besonders kräftig nahmen die Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen zu. Dahinter standen zum einen temporäre Faktoren wie das Nachholen der zu Beginn des Krieges im Nahen Osten eingebrochenen Nachfrage nach Investitionskrediten. Hinzu kamen ein günstiges Umfeld bei den Finanzierungskosten und ein gestiegener Finanzierungsbedarf, da die Ausgaben für Betriebsmittel durch den Krieg im Nahen Osten zugenommen haben. Zum anderen spielte auch die im Berichtsquartal grundsätzlich ausgeweitete Investitionstätigkeit im Euroraum eine Rolle. Die moderate Kreditvergabe an private Haushalte beschleunigte sich dagegen nicht weiter. Die Banken strafften ihre Angebotspolitik gegenüber Unternehmen und privaten Haushalten erneut. Dies dämpfte die Kreditvergabe aber nicht deutlich. Grund für die Straffungen waren vor allem höher eingeschätzte Kreditrisiken.

Komponenten und Gegenposten der Geldmenge im Euroraum

Schaubild 2.2

Veränderung gegenüber Vorjahr, Quartalsendstände, saisonbereinigt



Quelle: EZB. **1** Mit negativem Vorzeichen abgetragen, da eine Zunahme für sich betrachtet das M3-Wachstum dämpft. **2** Nichtmonetäre finanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. **3** Nichtfinanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. **4** Sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. **5** Bereinigt um Effekte aus Übertragungen aus beziehungsweise in MFI-Bilanzen sowie um durch MFIs erbrachte fiktive Cash-Pooling-Dienstleistungen.

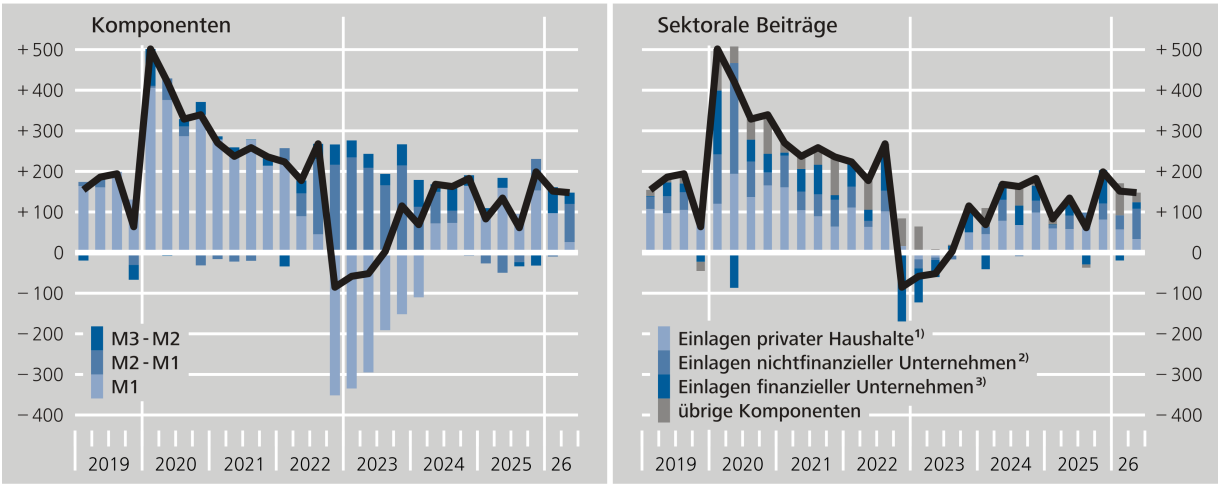
Deutsche Bundesbank

Die Geldhaltung der Nichtbanken im Euroraum ist erneut deutlich gestiegen, insbesondere im Privatsektor. Der nichtfinanzielle Privatsektor baute weiter hoch liquide Mittel in Form täglich fälliger Einlagen auf, jedoch fielen die Zuflüsse deutlich geringer aus als in den Vorquartalen (Tabelle 2.1). Stattdessen war im Berichtsquartal vor allem der Aufbau kurzfristiger Termineinlagen ausschlaggebend (Schaubild 2.3). Diese wurden sowohl von privaten Haushalten als auch in besonderem Maße von nichtfinanziellen Unternehmen nachgefragt. Ein Grund dafür dürfte der spürbare Anstieg der Zinssätze für diese Einlagenkategorie gewesen sein, der täglich fällige Einlagen weniger attraktiv machte. Die in M3 enthaltenen marktfähigen Instrumente wurden ebenfalls weiter aufgebaut, insbesondere von finanziellen Unternehmen.

Geldmenge M3 im Euroraum

Schaubild 2.3

Mrd €, Quartalssummen der monatlichen Veränderungen, saisonbereinigt



1 Sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. **2** Nichtfinanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. **3** Nichtmonetäre finanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften.

Deutsche Bundesbank

Anlageformen außerhalb von M3 blieben für die Anleger ebenso attraktiv. Dies spiegelte sich vor allem in einem verstärkten Erwerb längerfristiger Bankschuldverschreibungen wider. Ausschlaggebend dürfte die gestiegene Rendite dieser Anlageform gewesen sein. Vonseiten der Banken könnte auch das Motiv der Zinssicherung angesichts der Erwartung zukünftig steigender Leitzinsen eine Rolle gespielt haben. Zudem baute der Bankensektor seine Bestände längerfristiger Termineinlagen im Zuge von Verbriefungstätigkeiten deutlich ab. Insgesamt wirkte die Geldkapitalbildung aber dämpfend auf das Wachstum der Geldmenge M3.

Tabelle 2.1: Konsolidierte Bilanz des MFI-Sektors im Euroraum[1)]
Veränderung gegenüber Vorquartal in Mrd €, saisonbereinigt

Aktiva	1. Vj.	2026 2. Vj.	Passiva	1. Vj.	2026 2. Vj.
Forderungen gegenüber privaten Nicht-MFIs im Euroraum	158,3	116,3	Verbindlichkeiten gegenüber Zentralstaaten[2)]	19,0	– 25,6
davon:					
Buchkredite	153,2	156,6	Geldmenge M3	151,4	147,7
Buchkredite, bereinigt[3)]	149,5	159,0	davon Komponenten:		
Wertpapiere	5,1	– 40,3	Bargeld und täglich fällige Einlagen (M1)	96,9	25,8
			Übrige kurzfristige Einlagen (M2-M1)	– 9,7	94,0
Forderungen gegenüber öffentlichen Haushalten im Euroraum	14,4	– 26,9	Marktfähige Finanzinstrumente (M3-M2)	64,2	27,8
davon:					
Buchkredite	24,8	7,8	Geldkapital	44,2	80,2
Wertpapiere	– 10,4	– 34,7	davon:		
			Kapital und Rücklagen	8,1	28,7
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euroraums	139,2	90,3	Sonstige längerfristige Verbindlichkeiten	36,0	51,5
Andere Gegenposten von M3	– 97,3	22,5			

1 Statistisch bedingte Veränderungen (zum Beispiel statistische Brüche) und Umbewertungen ausgeschaltet. 2 Einschließlich Einlagen der Zentralstaaten beim MFI-Sektor sowie der von Zentralstaaten gehaltenen Wertpapiere, die vom MFI-Sektor begeben wurden. 3 Bereinigt um Kreditverkäufe, Kreditverbriefungen und um Positionen im Zusammenhang mit durch MFIs erbrachten fiktiven Cash-Pooling-Dienstleistungen.

Die Entwicklung der Netto-Auslandsposition trug positiv zum Geldmengenwachstum bei. Zahlungsbilanzdaten für April und Mai deuten darauf hin, dass Sondereffekte im Zusammenhang mit umfangreichen Anleiheemissionen gebietsfremder Unternehmen dabei eine Rolle gespielt haben könnten. Hierzu zählen auch Anleiheemissionen großer US-Technologieunternehmen zur Finanzierung von Investitionen im Bereich künstlicher Intelligenz. Im Gegensatz dazu verringerten sich die Mittelzuflüsse aus dem Leistungsbilanzüberschuss im zweiten Quartal. Von den Portfolioinvestitionen ging anders als im Vorquartal kein nennenswerter Einfluss auf die Netto-Auslandsposition aus.

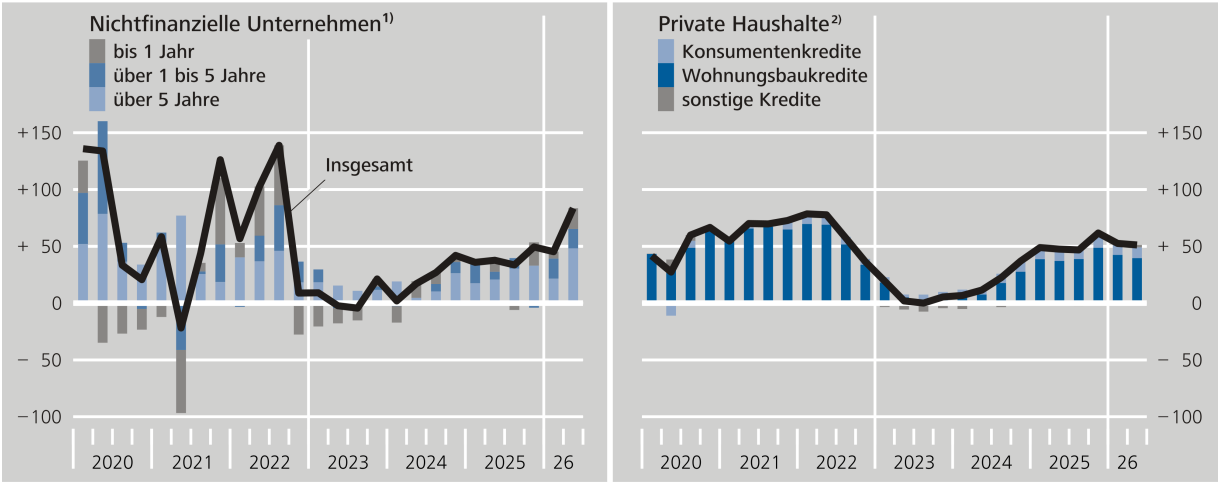
Die Zuflüsse zu den Forderungen der Banken an Nichtbanken im Euroraum schwächten sich im zweiten Quartal 2026 gegenüber den beiden Vorquartalen ab. Ausschlaggebend war zum einen, dass mehr Staatsanleihen aus den geldpolitischen Ankaufprogrammen des Eurosystems ausliefen als in den Vorquartalen; die Geschäftsbanken stockten ihre Bestände nicht in gleichem Umfang auf. Zum anderen bauten sowohl das Eurosystem als auch die Geschäftsbanken ihre Schuldverschreibungen von privaten Emittenten per saldo ab. Bei den Banken war dies vor allem auf das Auslaufen früherer Kreditverbriefungstransaktionen zurückzuführen.[1)] Dem stand eine weiterhin lebhafte Buchkreditvergabe an den Privatsektor gegenüber.

Die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen verstärkte sich im zweiten Quartal 2026 deutlich, vor allem im längerfristigen Laufzeitensegment. Die Jahreswachstumsrate der an nichtfinanzielle Unternehmen vergebenen Buchkredite stieg im Aggregat auf 4,0 %. Ein Grund für die Beschleunigung dürfte gewesen sein, dass Unternehmen, die zu Beginn des Krieges im Nahen Osten zunächst abgewartet hatten, Kreditfinanzierungen für Investitionen in einem Umfeld wieder sinkender Unsicherheit nachholten. Dazu passt, dass in vielen Ländern des Euroraums die Zuwächse bei den mittel- bis langfristigen Krediten besonders hoch waren (Schaubild 2.4). Zudem dürften Unternehmen Finanzierungen zeitlich vorgezogen haben, weil sie im Zuge der geldpolitischen Straffung mit steigenden Bankkreditzinsen rechneten. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass kapitalmarktfähige Unternehmen die teurer gewordene Finanzierung über Schuldverschreibungen teilweise durch vergleichsweise günstigere Bankkredite ersetzten. Neben diesen überwiegend temporären Einflussfaktoren stützte die im Berichtsquartal grundsätzlich ausgeweitete Investitionstätigkeit im Euroraum die Kreditnachfrage (Kapitel „Konjunktur im Euroraum überraschend robust“ im Artikel „Internationales und europäisches Umfeld“). Hier dürften auch die an Schwung gewinnenden Investitionen in Digitalisierung, Rüstung und Energieeffizienz zusätzliche Impulse gesetzt haben.

1 Mit dem Abbau dieser Transaktionen sinkt der Bestand der von Verbriefungszweckgesellschaften emittierten und von Banken gehaltenen Wertpapiere. Entsprechend gehen auch längerfristige Termineinlagen der Zweckgesellschaften bei den Banken zurück.

Buchkredite des MFI-Sektors an den nichtfinanziellen Privatsektor im Euroraum*) Schaubild 2.4

Mrd €, Quartalssummen der monatlichen Veränderungen, saisonbereinigt



***** Bereinigt um Effekte aus Übertragungen aus beziehungsweise in MFI-Bilanzen sowie um durch MFIs erbrachte fiktive Cash-Pooling-Dienstleistungen. **1** Nichtfinanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. **2** Sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Deutsche Bundesbank

Der Krieg im Nahen Osten erhöhte zudem den Betriebsmittelbedarf der Unternehmen. Gegenüber dem Vorquartal nahmen auch die kurzfristigen Kredite der Unternehmen erkennbar zu. Wesentliche Treiber der höheren Nachfrage dürften kriegsbedingt höhere Energie- und Materialkosten, Lieferverzögerungen und der Aufbau zusätzlicher Lagerbestände gewesen sein. So berichteten die Unternehmen in der Umfrage SAFE (Umfrage über den Zugang von Unternehmen im Euroraum zu Finanzmitteln) zunehmend von steigenden Kosten, gerade auch für Energie und Material. Die in der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey, BLS) befragten Banken nannten über alle Unternehmensgrößen hinweg den Finanzierungsbedarf für Lagerhaltung und Betriebsmittel ebenfalls als einen Grund für den Anstieg der Kreditnachfrage im zweiten Quartal.

Trotz des deutlichen Anstiegs der ausgezahlten Unternehmenskredite meldeten die BLS-Banken im Berichtsquartal nur eine marginale Zunahme der Nachfrage nach Unternehmenskrediten. [2)] Die Zunahme der Nachfrage beschränkte sich auf große Unternehmen. Für das dritte Quartal 2026 erwarten die im BLS befragten Banken, dass der Bedarf der Unternehmen an Bankkrediten im Aggregat weiter steigt.

2 Dass die Zunahme der Kreditnachfrage laut BLS nur marginal ausfiel, obwohl sich die ausgezahlten Kreditbeträge in der Bankenstatistik deutlich erhöhten, kann mit Unterschieden in beiden Statistiken, etwa in Bezug auf die Kreditkonzepte, zusammenhängen. Außerdem übertraf die von den BLS-Banken beobachtete marginale Zunahme der Kreditnachfrage im zweiten Quartal zumindest ihre Erwartungen: Im Vorquartal hatten sie noch mit einem Nachfragerückgang gerechnet.

Die Banken im Euroraum strafften ihre Angebotspolitik für Unternehmenskredite im zweiten Quartal weiter. Die Straffungen fielen schwächer aus als die BLS-Banken im Vorquartal erwartet hatten. Die Auswirkungen des Krieges im Nahen Osten auf die Kreditrichtlinien blieben insgesamt begrenzt. Wie schon in den vergangenen Quartalen führten die BLS-Banken die strengeren Kreditrichtlinien vor allem auf das im Unternehmensgeschäft gestiegene Kreditrisiko zurück. Eine Sonderfrage des BLS zeigt, dass die Banken ihre Kreditrichtlinien in den vergangenen sechs Monaten in allen wichtigen Wirtschaftssektoren strafften. Am stärksten fiel die Straffung bei Krediten an das kraftfahrzeugproduzierende Gewerbe, das energieintensive Verarbeitende Gewerbe sowie den Handel aus. Diese Branchen sind teils von den geopolitischen Spannungen, teils von eher strukturellen Herausforderungen besonders betroffen. Zugleich schlug sich das gestiegene Kreditrisiko laut BLS in einer Straffung der Kreditbedingungen nieder, insbesondere in höheren Zinsen und ausgeweiteten Margen für risikoreichere Kredite. Refinanzierungskosten sowie Liquiditäts- oder Eigenkapitalbeschränkungen der am BLS teilnehmenden Banken spielten für die Angebotspolitik dagegen insgesamt keine bedeutende Rolle.

Die Kreditvergabe an private Haushalte im Euroraum setzte sich im zweiten Quartal 2026 mit weitgehend unveränderter Dynamik fort. In keinem der vier größten Länder haben sich die Zuwächse im Kreditgeschäft gegenüber dem Jahresende 2025 verstärkt: Die Jahreswachstumsrate verharrte mit 3,0 % auf moderatem Niveau. Der größte Teil der Kreditvergabe entfiel weiterhin auf Wohnungsbaukredite (Schaubild 2.4). Allerdings verlor die Ende 2023 begonnene Erholung der Kreditzuflüsse an Schwung. Passend dazu beobachteten auch die im BLS befragten Banken zum ersten Mal seit gut zwei Jahren einen Rückgang der Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten. Ihren Angaben zufolge dämpften vor allem das gesunkene Verbrauchervertrauen und das allgemeine Zinsniveau die Kreditnachfrage. Zudem schätzten die privaten Haushalte die Aussichten am Wohnimmobilienmarkt ungünstiger ein. Die Antworten der BLS-Banken sind vor folgendem Hintergrund zu sehen: Seit Jahresbeginn sind die Zinsen für Wohnungsbaukredite leicht gestiegen. Zugleich steigen die Immobilienpreise weiter. Außerdem dämpft der Krieg im Nahen Osten die Einkommens- und Beschäftigungsaussichten der privaten Haushalte. Dieses Umfeld dürfte die Erschwinglichkeit kreditfinanzierter Wohnimmobilienkäufe verringert haben.

Konsumentenkredite verzeichneten abermals ein kräftiges Wachstum, die Zuwächse zeigten aber weniger Dynamik als Ende 2025. Von den sonstigen Krediten gingen nur geringe Impulse aus. Nach Ansicht der BLS-Banken dämpfte vor allem das in den letzten Monaten gesunkene Verbrauchervertrauen die Nachfrage nach Konsumenten- und sonstigen Krediten. Zudem schränkten die privaten Haushalte ihre Ausgaben für langlebige Konsumgüter ein. Für das dritte Quartal 2026 rechnen die BLS-Banken mit einer weiter sinkenden Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten, während der Mittelbedarf für Konsum- und sonstige Zwecke unverändert bleiben könnte.

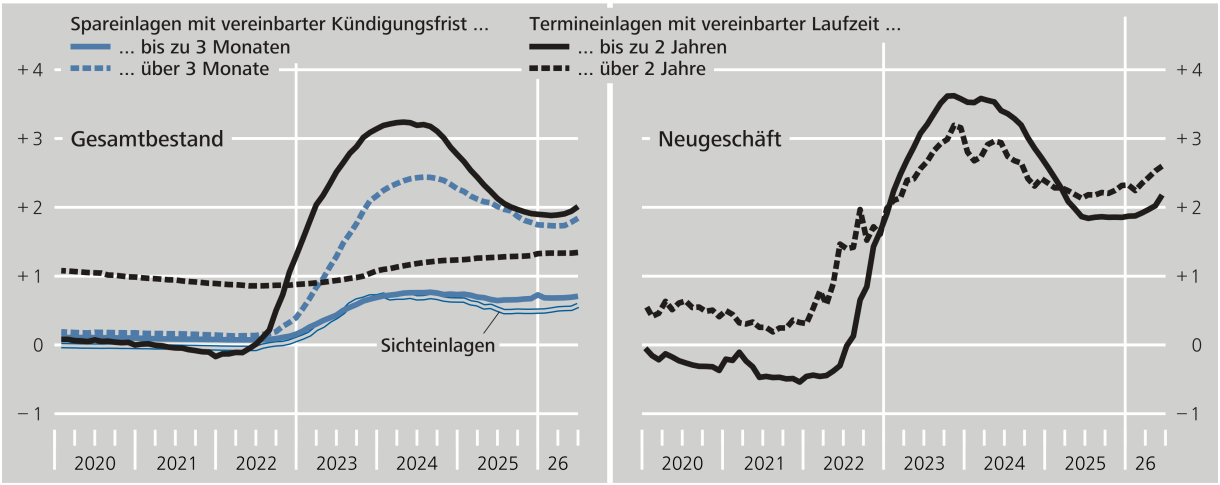
Die Banken strafften das Kreditangebot an private Haushalte vor allem, weil sie die Kreditrisiken höher einschätzten und deshalb vorsichtiger Kredite vergaben. Im zweiten Quartal strafften die befragten Banken per saldo ihre Richtlinien im gesamten Kreditgeschäft mit privaten Haushalten. Sie begründeten dies mit einem gestiegenen Kreditrisiko infolge der angespannten Wirtschaftslage sowie einer gesunkenen Kreditwürdigkeit der privaten Haushalte. Hinzu kam eine geringere Risikotoleranz der Banken, insbesondere bei Konsumenten- und sonstigen Krediten. Das vorsichtigere Kreditvergabeverhalten der Banken spiegelte sich auch in tendenziell steigenden Kreditablehnungsquoten im Geschäft mit Privatkunden wider.

3 Einlagen- und Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden

Das Einlagengeschäft deutscher Banken mit inländischen Nichtbanken expandierte im zweiten Quartal 2026 spürbar. Anders als in den Vorquartalen waren nicht mehr täglich fällige Einlagen der Haupttreiber des Wachstums. Stattdessen standen kurzfristige Termineinlagen im Mittelpunkt des Einlagenaufbaus – wie auch im Euro-Währungsgebiet insgesamt (Tabelle 2.2). Vor allem nichtfinanzielle Unternehmen und, anders als im Vorquartal, auch private Haushalte erhöhten ihre Bestände an kurzfristigen Termineinlagen erkennbar. Diese Entwicklung spricht dafür, dass die Renditeunterschiede zwischen den Einlageformen für die Anlageentscheidungen der Bankkunden wieder eine größere Rolle spielten (Schaubild 2.5).

Zinssätze für Bankeinlagen in Deutschland*) Schaubild 2.5

% p. a., monatlich



* Einlagen privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik (volumengewichtete Zinssätze). Bestandszinsen für Sicht- und Spareinlagen können wegen täglich möglicher Zinsänderungen auch als Neugeschäfte interpretiert werden.

Deutsche Bundesbank

Das Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden legte im zweiten Quartal 2026 ebenfalls kräftig zu. Dabei gingen sowohl vom öffentlichen als auch vom privaten Sektor deutlich stärkere Impulse aus als in den Vorquartalen. Ausschlaggebend für die starke Ausweitung der Kredite an inländische öffentliche Haushalte waren vor allem die Wertpapierkredite an öffentliche Emittenten. Ihr Aufbau war im zweiten Quartal 2026 so stark wie seit Ende 2010 nicht mehr.

Der ausgeprägte Zuwachs der Kredite an öffentliche Haushalte spiegelte die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik und das hohe staatliche Defizit in Deutschland wider. Diese Faktoren führten zu einem hohen Bedarf an einer Finanzierung über den Rentenmarkt. Vor allem der Bund nahm umfangreich Kredite auf, nicht zuletzt über die neue Bereichsausnahme für Verteidigung und das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (Artikel „Öffentliche Finanzen“ in diesem Bericht). Gleichzeitig dürften das höhere Renditeniveau, die hohe Bonität und Liquidität öffentlicher deutscher Schuldverschreibungen und ihre besondere Rolle als sichere Anlage ihre Attraktivität für die Wertpapier- und Liquiditätsportfolios der Banken begünstigt haben.

Das Kreditgeschäft mit inländischen Unternehmen und Privatpersonen verzeichnete im zweiten Quartal 2026 spürbare Zuflüsse. Die entsprechenden Buch- und Wertpapierkredite stiegen zusammengenommen etwa doppelt so stark wie im ersten Quartal und übertrafen damit die Zuwächse sämtlicher Quartale seit Sommer 2022 deutlich. Anders als im Kreditgeschäft mit öffentlichen Haushalten konzentrierte sich die Kreditvergabe in diesem Segment vor allem auf Buchkredite (Tabelle 2.2). Die Ausweitung verteilte sich zu annähernd gleichen Teilen auf Ausleihungen an private Haushalte, nichtfinanzielle Unternehmen und sonstige finanzielle Unternehmen.

Tabelle 2.2: Banken in Deutschland: Kredit- und Einlagenentwicklung[1)]
Veränderung gegenüber Vorquartal in Mrd €, saisonbereinigt

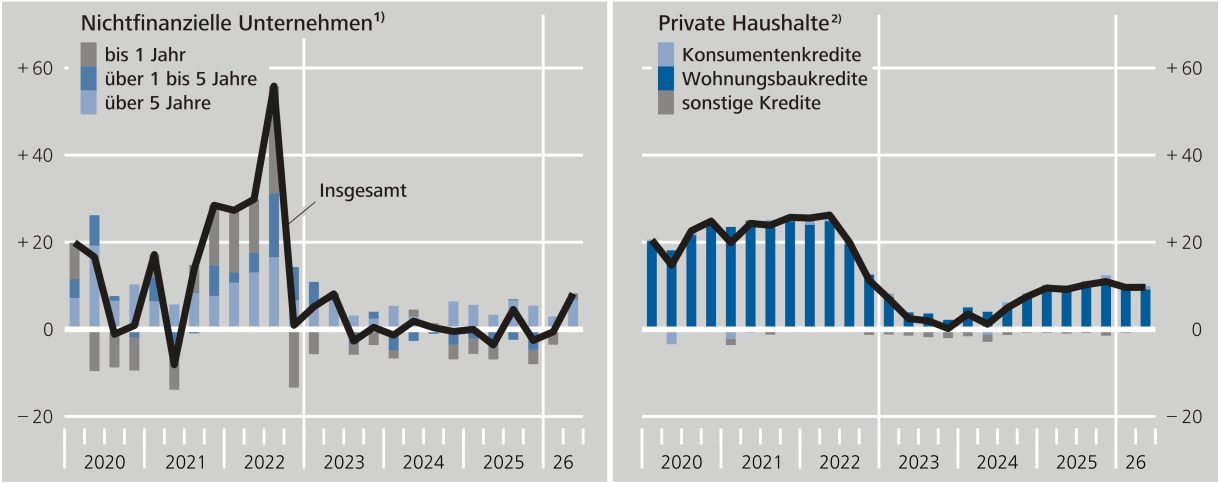
Position	2026 1. Vj.	2026 2. Vj.
Einlagen von inländischen Nicht-MFIs[2)]		
täglich fällig	20,8	8,8
mit vereinbarter Laufzeit		
bis zu 2 Jahren	– 0,6	26,9
über 2 Jahre	2,1	4,1
mit vereinbarter Kündigungsfrist		
bis zu 3 Monaten	– 4,6	– 6,7
über 3 Monate	1,3	3,0
Kredite		
Kredite an inländische öffentliche Haushalte		
Buchkredite	2,6	4,9
Wertpapierkredite	3,9	15,0
Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen		
Buchkredite[3)]	14,3	27,7
darunter:		
an private Haushalte[4)]	9,6	9,7
an nichtfinanzielle Unternehmen[5)]	– 0,6	8,2
Wertpapierkredite	1,7	4,5

1 Banken einschließlich Geldmarktfonds. Quartalsendstände, statistisch bedingte Veränderungen (zum Beispiel statistische Brüche) und Umbewertungen ausgeschaltet. **2** Unternehmen, private Haushalte (sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck) und öffentliche Haushalte (ohne Bund). **3** Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. **4** Und Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **5** Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften.

Das aktuelle Kreditgeschäft mit nichtfinanziellen Unternehmen unterschied sich von der weitgehend kraftlosen und oft rückläufigen Kreditvergabe der letzten Quartale deutlich. Der Zuwachs im zweiten Quartal wurde überwiegend von langfristigen Buchkrediten mit Laufzeiten von mehr als fünf Jahren getragen. Kurzfristige Ausleihungen mit Laufzeiten von bis zu einem Jahr trugen ebenfalls zum Kreditgeschäft bei, wenngleich in deutlich geringerem Umfang. Die mittelfristigen Buchkredite mit Laufzeiten von einem bis fünf Jahren blieben dagegen erneut ohne Impuls (Schaubild 2.6).

Buchkredite*) deutscher Banken an den inländischen nichtfinanziellen Privatsektor Schaubild 2.6

Mrd €, Quartalssummen der monatlichen Veränderungen, saisonbereinigt



***** Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. **1** Nichtfinanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. **2** Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

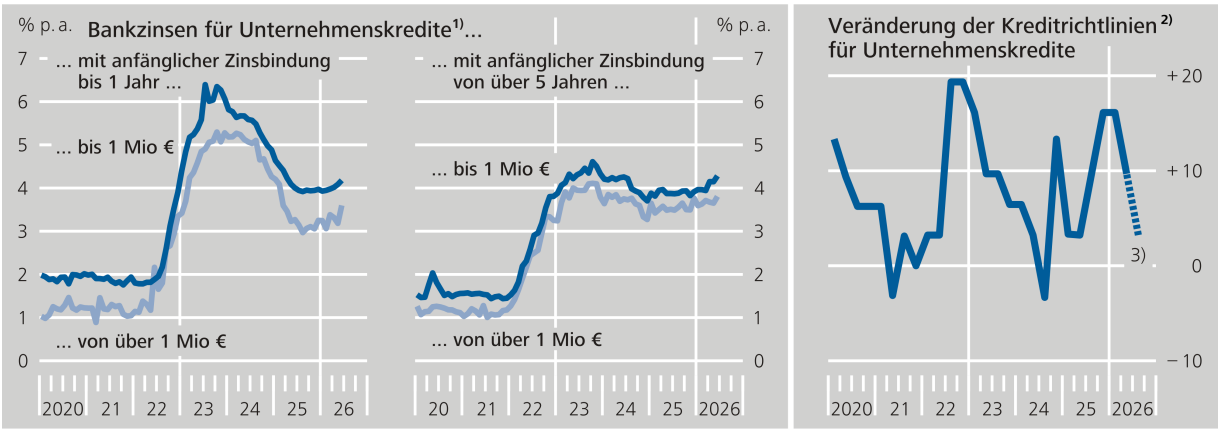
Deutsche Bundesbank

Die aktuelle Ausweitung der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen passt zu einem robusten, aber durch Belastungsfaktoren geprägten Konjunkturbild. Der zunehmenden Belebung der deutschen Wirtschaft stehen Herausforderungen durch den Konflikt im Nahen Osten wie Unsicherheit, die erhöhten Energie- und Rohstoffpreise sowie Lieferkettenstörungen gegenüber. Die damit verbundenen Kostensteigerungen in Unternehmen dürften auch der wesentliche Grund für den Nettoaufbau von kurzfristigen Buchkrediten gewesen sein. Die merkliche Ausweitung von langfristigen Ausleihungen dürfte dagegen analog zum gesamten Euroraum teilweise auch mit der Finanzierung von längerfristigen Investitionsprojekten in Verbindung stehen.

Die Ergebnisse des BLS stützen diese Einordnung der Kreditentwicklung im Unternehmensgeschäft. Nach Angaben der befragten Banken nahm die Nachfrage nach Unternehmenskrediten im zweiten Quartal in einem etwas stärkeren Ausmaß zu und übertraf damit die Erwartungen aus der vorangegangenen Umfragerunde. Die gestiegene Nachfrage ging laut BLS jedoch ausschließlich von großen Unternehmen aus und betraf nur langfristige Kredite. Als wichtigsten Grund für den höheren Mittelbedarf nannten die Banken Umfinanzierungen, Umschuldungen und Neuverhandlungen bestehender Finanzierungen.[3)] Große Unternehmen fragten darüber hinaus auch mehr Buchkredite für Anlageinvestitionen nach. Der im Aggregat über alle Banken gemeldete merkliche Zuwachs der langfristigen Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen dürfte somit neben der Ablösung und Neuordnung bereits bestehender Finanzierungen auch durch neue Investitionsfinanzierungen bedingt gewesen sein. Kleine und mittlere Unternehmen fragten dagegen weniger Kredite nach.

Bankkonditionen in Deutschland für Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften

Schaubild 2.7



1 Neugeschäft. Gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik. **2** Gemäß Bank Lending Survey; Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft" und „leicht verschärft" und der Summe der Angaben „etwas gelockert" und „deutlich gelockert" in % der gegebenen Antworten. **3** Erwartungen für das 3. Vierteljahr 2026.

Deutsche Bundesbank

3 Im BLS wird der Faktor „Umfinanzierung, Umschuldung und Neuverhandlung" im Zusammenhang mit der Kreditnachfrage so definiert, dass darunter die Umfinanzierung, Umschuldung und/oder Neuverhandlung von Krediten zu verstehen ist, die entweder mit einer Erhöhung des Kreditbetrags oder einer Verlängerung der Laufzeit einhergehen.

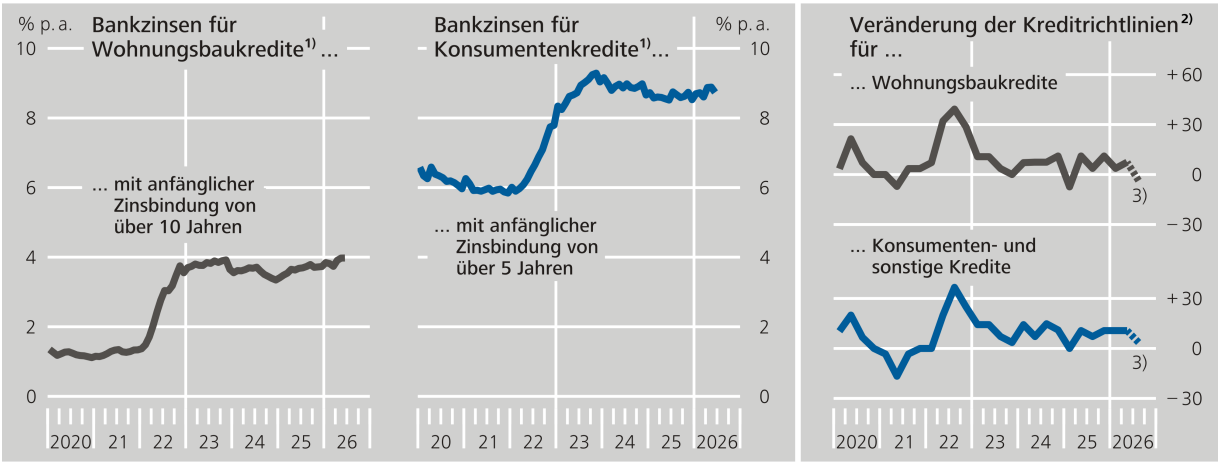
Gleichzeitig dürfte die höhere Kostenbelastung der Unternehmen ihre aus laufenden Erträgen verfügbaren Innenfinanzierungsmittel gedämpft haben. Hinweise darauf liefern sowohl die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das erste Quartal als auch die Ergebnisse der Unternehmensumfrage SAFE für das erste und zweite Quartal 2026. Beide Datenquellen konstatieren eine gegenüber den Vorquartalen verhaltene Entwicklung der Unternehmensgewinne. Damit dürfte sich der Anteil der Ausgaben, der aus den Gewinnen der Unternehmen finanziert werden kann, verringert haben. Die dadurch entstandene Finanzierungslücke könnte teilweise mit langfristigen externen Mitteln und insbesondere mit langfristigen Bankkrediten geschlossen worden sein. Das Zinssicherungsmotiv dürfte diese Tendenz zusätzlich gestützt haben.

Von der Kreditangebotspolitik der Banken gegenüber Unternehmen gingen dämpfende Einflüsse aus. Die Richtlinien für Unternehmenskredite wurden im zweiten Quartal erneut gestrafft, wenn auch weniger stark als im Vorquartal und weniger deutlich als von den Banken zuvor geplant. Die Straffung konzentrierte sich vor allem auf große Unternehmen. Von den strengeren Kreditvergaberegeln waren in den letzten sechs Monaten besonders der Immobiliensektor, das Verarbeitende Gewerbe und der Handel betroffen. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes wurden die Richtlinien besonders für das kraftfahrzeugproduzierende und das energieintensive Gewerbe strenger. Restriktive Anpassungen gab es jedoch auch in allen übrigen erfragten Wirtschaftszweigen. Als Gründe nannten die Banken insbesondere branchen- und firmenspezifische Risiken sowie die gedämpfte Wirtschaftslage und die verhaltenen Konjunkturaussichten. Der Konflikt im Nahen Osten hatte bislang kaum unmittelbare zusätzliche Auswirkungen auf die Kreditrichtlinien. Angesichts der Unsicherheit über den weiteren Verlauf schlossen die Banken spätere Anpassungen allerdings nicht aus. Auch die tatsächlich vereinbarten Kreditbedingungen gestalteten die Banken restriktiver. Dies zeigte sich in höheren Kreditzinssätzen, ausgeweiteten Margen für risikoreichere Kredite und strengeren Zusatz- und Nebenvereinbarungen (Schaubild 2.7).

Bei den Buchkrediten an private Haushalte blieb der Nettozufluss nahezu auf dem Niveau des Vorquartals. Die volumenmäßig bedeutenden Wohnungsbaukredite stellten weiterhin den größten Teil der Kreditvergabe, gewannen gegenüber dem ersten Quartal aber nicht weiter an Dynamik. Konsumentenkredite verzeichneten lediglich einen moderaten Nettozufluss und fielen damit kaum ins Gewicht. Die sonstigen Kredite an private Haushalte, zu denen unter anderem Ausleihungen an Selbstständige zählen, wurden dagegen erneut geringfügig abgebaut. Insgesamt blieb die seit Mitte 2024 beobachtete positive Entwicklung der Kreditvergabe an private Haushalte bestehen, zeigte jedoch seit Anfang 2026 keine weitere Beschleunigung (Schaubild 2.6).

Die Einschätzungen der im BLS befragten Banken zeichnen für die aktuelle Kreditnachfrage privater Haushalte ein etwas schwächeres Bild als die Daten der monatlichen Bilanzstatistik.[4] Laut BLS ging die Nachfrage sowohl nach Wohnungsbaukrediten als auch nach Konsumenten- und sonstigen Krediten so stark zurück wie zuletzt vor drei Jahren. Die Banken führten dies vor allem auf das gesunkene Verbrauchervertrauen, geringere Ausgaben für langlebige Konsumgüter und das höhere allgemeine Zinsniveau zurück (Schaubild 2.8). Darüber hinaus gingen von den Aussichten am Wohnimmobilienmarkt erstmals seit zwei Jahren negative Impulse auf die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten aus.

Bankkonditionen in Deutschland für Buchkredite an private Haushalte*) Schaubild 2.8



* Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. **1** Neugeschäft. Gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik. **2** Gemäß Bank Lending Survey: Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten. **3** Erwartungen für das 3. Vierteljahr 2026.

Deutsche Bundesbank

4 Dass die Nachfrage der privaten Haushalte nach Bankkrediten laut BLS zurückging, obwohl die Nettokreditvergabe laut Bankenstatistik erneut merkliche Zuflüsse verzeichnete, kann mit Unterschieden in beiden Statistiken zusammenhängen. So bezieht sich die Einschätzung der Banken im BLS auf den Finanzierungsbedarf von Unternehmen und privaten Haushalten durch Bankkredite unabhängig davon, ob tatsächlich ein Kredit gewährt wird. Außerdem sind die Kreditkonzepte nicht identisch: Während die BLS-Angaben sich auf das Kreditneugeschäft beziehen, weist die Bankenstatistik die Nettokreditvergabe aus, also den Saldo zwischen Neugeschäft und Tilgungen.

Von der Kreditangebotspolitik kamen keine stützenden Impulse für die Dynamik der Kredite an die privaten Haushalte. Die befragten Banken strafften ihre Kreditrichtlinien sowohl für Wohnungsbaukredite als auch für Konsumenten- und sonstige Kredite. Maßgeblich hierfür war nach Angaben der Banken ein gestiegenes Kreditrisiko. Diesen Anstieg führten die Banken in erster Linie auf die gedämpfte Wirtschaftslage und die gesunkene Kreditwürdigkeit der privaten Haushalte zurück. Bei den Wohnungsbaukrediten gestalteten die Banken zudem die Kreditbedingungen restriktiver. Dies spiegelte sich in höheren Kreditzinssätzen und ausgeweiteten Margen für risikoreichere Finanzierungen wider. Klimabezogene Faktoren verstärkten dabei die Differenzierung innerhalb der privaten Baufinanzierung. Die Banken waren restriktiver bei Krediten, die der Finanzierung von Gebäuden mit niedriger Energieeffizienz dienen und kaum zu Effizienzverbesserungen führen. Bei Konsumenten- und sonstigen Krediten blieben die Bedingungen dagegen per saldo unverändert. Für das dritte Quartal erwarten die Banken einen weiteren Rückgang der Kreditnachfrage der privaten Haushalte, während sie ihre Kreditrichtlinien weitgehend unverändert lassen wollen.

Die Banken berichteten darüber hinaus von etwas verschlechterten eigenen Refinanzierungsbedingungen. Insbesondere der Zugang zu kurzfristigen Kundeneinlagen und die Refinanzierung über Schuldverschreibungen hätten sich verschlechtert. Für das dritte Quartal rechnen die Banken mit Ausnahme einer weiteren Verschlechterung des Zugangs zu kurzfristigen Kundeneinlagen mit weitgehend unveränderten Refinanzierungsbedingungen.

Finanzmärkte

1 Finanzmarktumfeld

1.1 Finanzmärkte zwischen energiepreisbedingten Inflationsrisiken und gestiegenen Gewinnerwartungen

Im Berichtszeitraum von Anfang April bis Mitte August erhöhten steigende Kurzfrist-Zinserwartungen und zunehmende Terminprämien die Renditen langfristiger Staatsanleihen. Im Euroraum hatten die Marktteilnehmer bereits vor Beginn des Berichtszeitraums Leitzinserhöhungen eingepreist, weil der Kriegsausbruch am Persischen Golf energiepreisbedingte Inflationsrisiken hervorgerufen hatte. Mit dem Wiederaufflammen der Kämpfe im Juli revidierten sie ihre Erwartungen an den weiteren Leitzinspfad nochmals nach oben. In den USA erhöhten eine neu ausgerichtete Kommunikation nach dem Wechsel des Fed-Vorsitzenden und robuste Konjunkturdaten die für die Zukunft erwarteten kurzfristigen Zinssätze. Zudem trug dort eine gestiegene Terminprämie zum Renditeanstieg bei. Modellanalysen zufolge übten wechselnde geldpolitische Impulse aus den USA einen wesentlichen Einfluss auf den Euro-US-Dollar-Wechselkurs aus. Der Euro wertete gegenüber dem US-Dollar per saldo leicht auf. Handelsgewichtet wertete der Euro jedoch ab.

Die Kurse risikobehafteter Anlagen entwickelten sich überwiegend positiv, getragen von einer höheren Risikoneigung, gestiegenen Gewinnerwartungen und dem anhaltenden KI-Boom. Ausgehend von einem noch gedämpften Kursniveau gewannen Risikoaktiva im Berichtszeitraum spürbar an Wert; Phasen der Deeskalation im Nahen Osten stützten die Risikoneigung zusätzlich. Kurse von Aktien und hoch verzinsten Unternehmensanleihen stiegen weiter an. Bei Letzteren engten sich die Risikoaufschläge im Hochzinssegment besonders deutlich ein. An den Aktienmärkten sorgten höhere Gewinnerwartungen und der anhaltende KI-Boom für Kursgewinne. Insbesondere Technologiewerte legten kräftig zu. Allerdings stiegen die Gewinnerwartungen noch kräftiger als die Kurse. Damit nahmen auch die impliziten Eigenkapitalkosten zu. Somit werden im Ergebnis Aktien nun günstiger bewertet als zu Beginn des zweiten Quartals. Zwischenzeitlich kamen allerdings auch immer wieder Zweifel auf, ob die hohen Investitionen im KI-Sektor dauerhaft entsprechende Erträge erwirtschaften können.

2 Wechselkurse

Der Euro wertete per saldo gegenüber dem US-Dollar leicht auf; wechselnde Erwartungen an die US-Geldpolitik übten in dieser Zeit einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung des Wechselkurses aus. So gewann der Euro zu Beginn des zweiten Quartals 2026 spürbar an Wert, als die Energiepreise nach der Vereinbarung eines Waffenstillstandes im Konflikt am Persischen Golf deutlich nachgaben. Dies war zwar unmittelbar darauf zurückzuführen, dass der Euroraum in den Augen der Märkte von diesem Preisrückgang als Energieimporteur stärker profitieren würde als die USA. Der entscheidende Impuls für den Euro-US-Dollar-Kurs ging aber von der Markterwartung aus, dass die US-Geldpolitik damit weniger restriktiv als bisher erwartet sein würde. Im Gegensatz dazu blieben Straffungserwartungen für den Euroraum intakt.[1)] Die Erwartungen der Marktteilnehmer an den weiteren Verlauf der US-Geldpolitik änderten sich im Juni jedoch merklich, was maßgeblich zu einer Gegenbewegung am Devisenmarkt beitrug. Ein Auslöser für die Neueinschätzung war ein Arbeitsmarktbericht, dem zufolge die US-Wirtschaft unerwartet viele neue Stellen geschaffen hatte. Aus Sicht der Märkte eröffnete die robuste Beschäftigungsentwicklung der Fed damit größeren Spielraum, ihren Fokus auf die weiterhin erhöhte Inflation zu richten. Weiteren Abwärtsdruck auf den Euro übte die erste Sitzung des Offenmarktausschusses unter dem neuen Fed-Vorsitzenden Kevin Warsh Mitte Juni aus. Warsh betonte überraschend deutlich, dass der Ausschuss entschlossen sei, die Inflation wieder auf das Ziel von 2 % zurückzuführen. Die Märkte werteten dies als klares Bekenntnis zur Preisstabilität und als Signal, dass unter der neuen Fed-Führung vorerst nicht mit einer raschen Lockerung der Geldpolitik zu rechnen sei. Daher verschoben sich die Leitzinserwartungen in den USA nach oben. Im Zuge dieser Entwicklungen fiel der Euro Ende Juni zwischenzeitlich auf ein 13-Monats-Tief gegenüber der US-Währung von 1,13 US-$. Nach der Veröffentlichung überraschend schwacher Konjunkturzahlen in den USA und der Entscheidung des Offenmarktausschusses, die US-Leitzinsen im Juli erneut nicht anzuheben, erholte sich der Euro allerdings wieder. Am Ende der Berichtsperiode notierte er bei 1,16 US-$. Im Vergleich zum Beginn des zweiten Quartals steht damit ein leichtes Kursplus um 0,8 % zu Buche. Die Bedeutung des Euro und des US-Dollar als Währungen, in der der

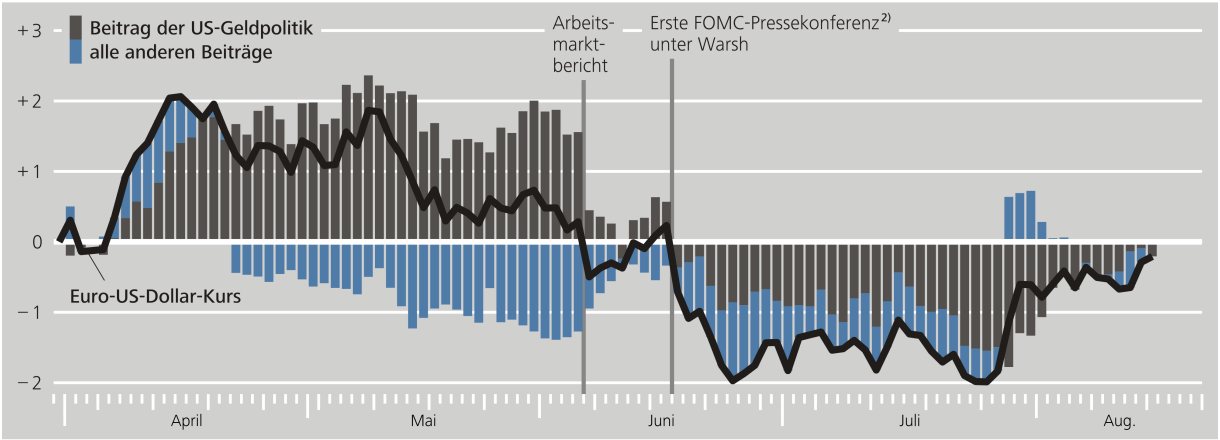
1 Zu den unterschiedlichen Reaktionen im Hinblick auf die Einschätzungen zur Geldpolitik in den USA und im Euroraum trugen Äußerungen von Fed-Offiziellen bei, denen zufolge die US-Währungshüter auf den Energiepreisanstieg möglicherweise nicht reagieren würden, sollte sich die Situation am Persischen Golf bald entspannen. Zudem bestand zunächst Unsicherheit darüber, ob die Fed unter ihrer neuen Führung nicht leicht erhöhte Inflationsraten eher tolerieren würde. Vgl. dazu auch Kapitel 3.1.

internationale Handel bepreist wird, wird im Exkurs „Die Rolle des Euro als Fakturierungswährung“ erläutert.

Historische Zerlegung des Euro-US-Dollar-Kurses

Schaubild 3.1

Veränderung relativ zum 31. März 2026 in %[1)]



Quelle: LSEG und eigene Berechnungen. **1** Prozentuale Veränderung als Differenz logarithmierter Werte. Die Werte beziehen sich auf die Schlusskurse in den USA, die von den im Text verwendenten Referenzkursen leicht abweichen. Positive Werte implizieren eine Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Beiträge basieren auf einem Proxy-VAR-Modell (siehe Deutsche Bundesbank (2026a)). **2** FOMC ist der Offenmarktausschuss der Federal Reserve.

Deutsche Bundesbank

Exkurs

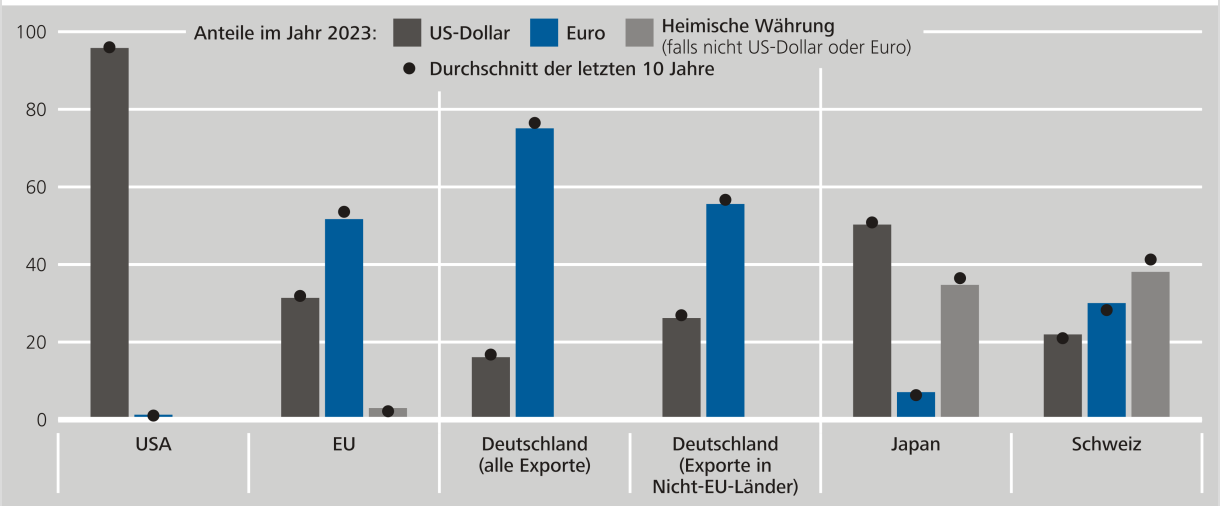
Die Rolle des Euro als Fakturierungswährung

Die internationale Rolle einer Währung manifestiert sich unter anderem in ihrer Bedeutung bei der Fakturierung grenzüberschreitender Handelsströme. Das Eurosystem unterstützt Bemühungen, die internationale Rolle des Euro zu fördern. So formulierte zum Beispiel EZB-Präsidentin Lagarde das Ziel, die internationale Rolle des Euro so zu stärken, dass er zu einer vollwertigen internationalen Währung mit den damit verbundenen Vorteilen wird.[1)] Diese Vorteile liegen unter anderem darin, die Anfälligkeit des Euroraums gegenüber ökonomischen Einflüssen aus dem Ausland zu reduzieren. Zudem könnten Finanzierungskosten im Euroraum verringert werden. Die internationale Rolle einer Währung zeigt sich in der Nutzung als Reserve- und Ankerwährung, im Finanzmarktgeschäft und bei Rechnungen für grenzüberschreitende Waren- und Dienstleistungsgeschäfte (Fakturierung).

Zur Fakturierung von Warenexporten verwendete Währungen

Schaubild 3.2

in %



Quellen: IWF und Eurostat.
Deutsche Bundesbank

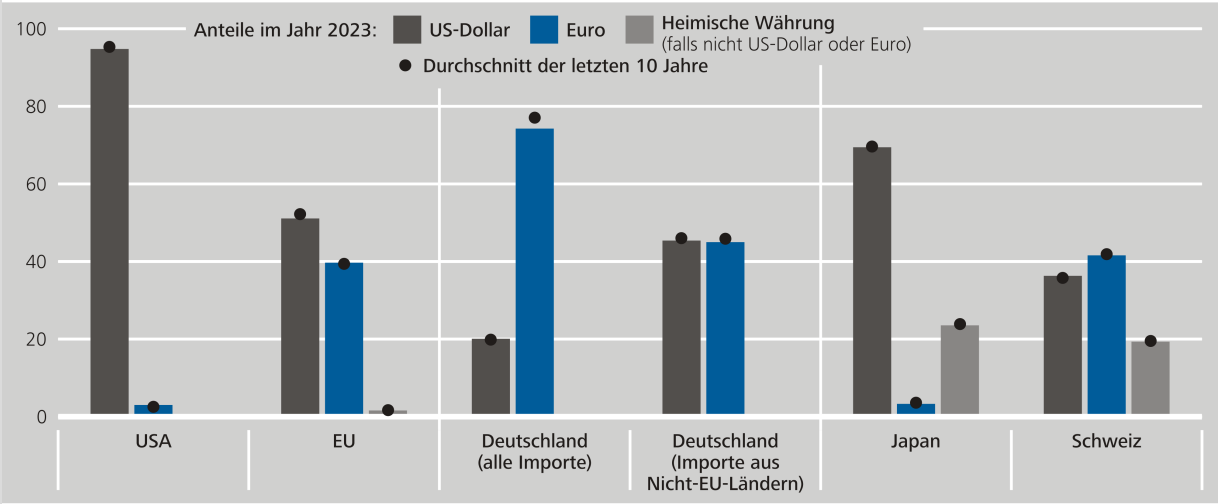
1 Vgl. Lagarde (2025): „The way forward is to strengthen the international role of the euro, so that we move from being „in between“ to being a full international currency, with all the benefits that entails.”

Die Länder der EU fakturieren rund die Hälfte ihrer Warenexporte in das EU-Ausland in Euro, im internationalen Vergleich gibt es jedoch deutliche Unterschiede in der Wahl der Fakturierungswährungen. Schaubild 3.2 zeigt, in welchen Währungen einzelne Länder oder Ländergruppen ihre Warenexporte 2023 fakturiert haben. Die USA fakturieren ihre Exporte nahezu ausschließlich in der eigenen Währung. EU-Länder rechnen ihre Exporte in Länder außerhalb der EU meist in der eigenen Währung ab, doch die Bedeutung des US-Dollar ist mit über 30 % ebenfalls hoch. Deutsche Exporte werden zu rund drei Vierteln in Euro fakturiert, bei Exporten in Länder außerhalb der EU liegt der Euro-Anteil bei immerhin knapp 60 %. Japan fakturiert seine Exporte überwiegend in US-Dollar, der Yen spielt eine geringere Rolle. Die Schweiz nutzt US-Dollar, Euro und Schweizer Franken in ähnlichem Umfang. Die Fakturierungsanteile der einzelnen Währungen haben sich in den letzten Jahren kaum verändert.

Zur Fakturierung von Warenimporten verwendete Währungen

Schaubild 3.3

in %



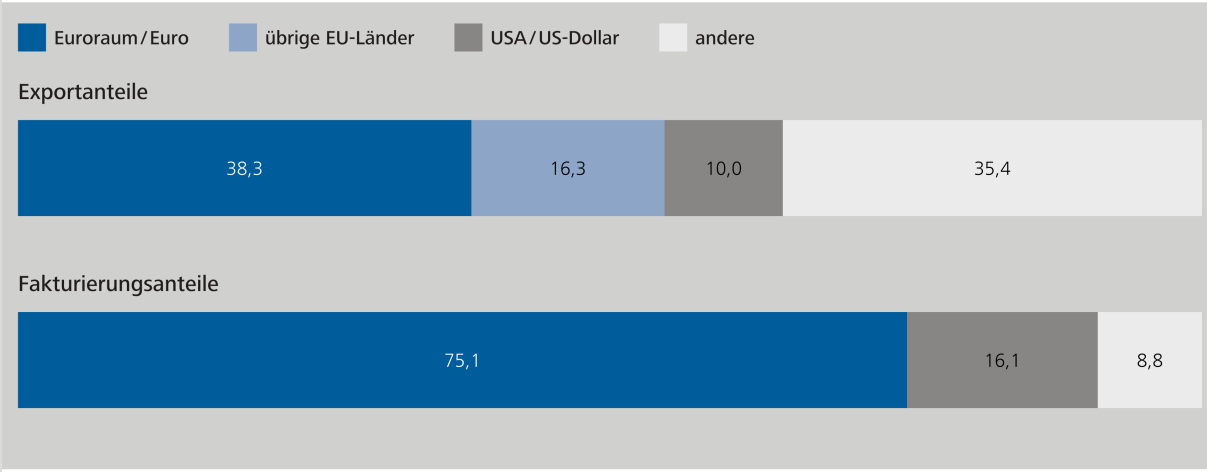
Quellen: IWF und Eurostat.
Deutsche Bundesbank

Die Rolle des US-Dollar in der Fakturierung von Importen ist noch ausgeprägter als bei Exporten. Schaubild 3.3 illustriert den Anteil diverser Währungen an der Fakturierung der Warenimporte für ausgewählte Länder und Ländergruppen. Analog zu den Exporten zeigt sich, dass die Importe der USA nahezu ausschließlich in US-Dollar denominiert sind. Die Importe der EU-Staaten aus dem EU-Ausland sind überwiegend in US-Dollar denominiert, was unter anderem auf Erdölimporte zurückzuführen ist. Bei den Importen Deutschlands aus Ländern außerhalb der EU halten sich Euro und US-Dollar die Waage. Nimmt man jedoch Herkunftsländer aus der EU hinzu, sind deutsche Einfuhren ganz überwiegend in Euro fakturiert. Ähnlich wie zum Beispiel in der EU wird auch in Japan und der Schweiz ein größerer Anteil der Importe als der Exporte in US-Dollar fakturiert. Im Falle der Schweiz wird der größte Anteil der Importe jedoch in Euro fakturiert.

Anteile von Zielländern und von Fakturierungswährungen an den deutschen Warenexporten

Schaubild 3.4

in %, Datenstand: 2023



Quellen: IWF und Destatis.
Deutsche Bundesbank

Als Brückenwährung im Handel mit Drittstaaten ist der US-Dollar für deutsche Unternehmen nur von begrenzter Bedeutung, sie nutzen ihn vor allem für ihre Ausfuhren in die Vereinigten Staaten. Schaubild 3.4 vergleicht die Anteile der Zielländer der deutschen Warenexporte mit den Anteilen der zu ihrer Fakturierung verwendeten Währungen. Der Fakturierungsanteil in Euro von 75 % übersteigt deutlich den Exportanteil in den Euroraum von knapp 40 %. Exporte in Länder, die eine andere Währung als den Euro haben, werden also in erheblichem Umfang in Euro abgerechnet. Die Vereinigten Staaten nehmen etwa 10 % der deutschen Warenexporte ab, die nahezu vollständig in US-Dollar fakturiert werden dürften. Da der Fakturierungsanteil des US-Dollar an den gesamten deutschen Exporten 16 % beträgt, ist zu vermuten, dass der US-Dollar nur bei rund 6 % der deutschen Ausfuhren in Drittstaaten als Brückenwährung genutzt wird.[2)] Da bei knapp 30 % der globalen Exporte der US-Dollar als Brückenwährung dient,[3)] spielt der US-Dollar für deutsche Exporteure eine im internationalen Vergleich geringe Rolle. Dies deutet auf eine vergleichsweise hohe Akzeptanz des Euro hin.

2 Die Vereinigten Staaten nehmen etwa 20 % der Exporte aus der EU ab (Wert für 2023 laut Statistischem Bundesamt), während gut 30 % der Exporte aus der EU in US-Dollar fakturiert werden. Das legt nahe, dass die Rolle des US-Dollar als Brückenwährung über alle EU-Länder hinweg zwar etwas größer ist als für Deutschland allein, der Großteil aller Exporte jedoch trotzdem in Euro oder der Währung des Ziellandes fakturiert wird.

3 Vgl.: Boz et al. (2025); eigene Berechnungen.

Dass einige deutsche und europäische Unternehmen ihre Exporte nicht in Euro bepreisen, kann zwei Gründe haben. Erstens kann eine Fakturierung in der Käuferwährung (Local Currency Pricing, LCP) Ausdruck einer vom Unternehmen bevorzugten Preissetzungsstrategie sein, die als Pricing to Market bezeichnet wird. Auf diese Weise schützen Exporteure die Endkundenpreise vor Wechselkursschwankungen, indem sie in der Währung des Zielmarkts fakturieren. Schwankungen federt das Unternehmen dabei über seine Gewinnmargen ab. Diese Strategie kann besonders dann vorteilhaft sein, wenn langfristige Kundenbeziehungen bestehen oder ein intensiver Wettbewerb mit lokalen Anbietern. Eine Abkehr von dieser Praxis zugunsten einer stärkeren Euro-Fakturierung könnte daher betriebswirtschaftliche Nachteile mit sich bringen. Zweitens kann die Fakturierung in einer Fremdwährung auch auf eine begrenzte Akzeptanz des Euro bei ausländischen Abnehmern zurückzuführen sein. Käufer und Abnehmerstaaten bevorzugen mitunter ihre eigene Währung oder den US-Dollar, da sie dadurch entweder Devisenmarkttransaktionen und Absicherungskosten vermeiden, Transaktionskosten verringern oder andere Vorteile des US-Dollar als internationaler Leit- und Brückenwährung nutzen können. Das Beispiel der USA, wo nahezu alle Exporte in US-Dollar fakturiert werden, deutet darauf hin, dass Unternehmen in aller Regel ihre heimische Währung für die Preissetzung bevorzugen, sofern die internationale Akzeptanz dies zulässt.[4)] Dies spricht dafür, dass zumindest in manchen Fällen mangelnde Akzeptanz des Euro einer der Gründe dafür ist, dass europäische Exporte zum Teil in Fremdwährung fakturiert werden. In diesen Fällen wäre es für diese Unternehmen ökonomisch vorteilhaft, wenn sie auf eine Fakturierung in Euro übergehen könnten.

Eine substanzielle Ausweitung der internationalen Rolle des Euro als Fakturierungswährung wäre möglich, wenn der Euro als internationale Leit- und Brückenwährung eine größere Bedeutung gewänne. Der Euro als global zweitwichtigste Währung befindet sich hierfür in einer günstigen Ausgangsposition. Grundlage für diese Stellung ist, dass der Euroraum eine der größten Volkswirtschaften mit intensiven weltweiten Handels- und Finanzverflechtungen ist, glaubhaft auf den Prinzipien der Rechtstaatlichkeit beruht, und im Mandat der EZB verankert ist, Preisstabilität zu gewähren. Ausgeprägte Netzwerkeffekte im internationalen Handel, eine etablierte auf US-Dollar lautende Zahlungsinfrastruktur sowie die oben dokumentierte historische Persistenz dominanter Leitwährungen erschweren jedoch schnelle Fortschritte.

4 Allerdings könnte der hohe US-Dollar-Anteil an der Fakturierung von US-Exporten auch durch die dominierende Größe des US-Heimatmarkts für US-Unternehmen erklärt werden, sodass sich für den somit weniger bedeutenden Exportmarkt ein möglicherweise kostspieliges Devisenmanagement nicht lohnt. Auch der spezifische Exportmix der USA dürfte sich stärker auf Waren fokussieren, die auf dem Weltmarkt ohnehin in US-Dollar gehandelt werden (zum Beispiel Erdöl oder Flugzeuge), sodass LCP hier keine sinnvolle Option darstellt.

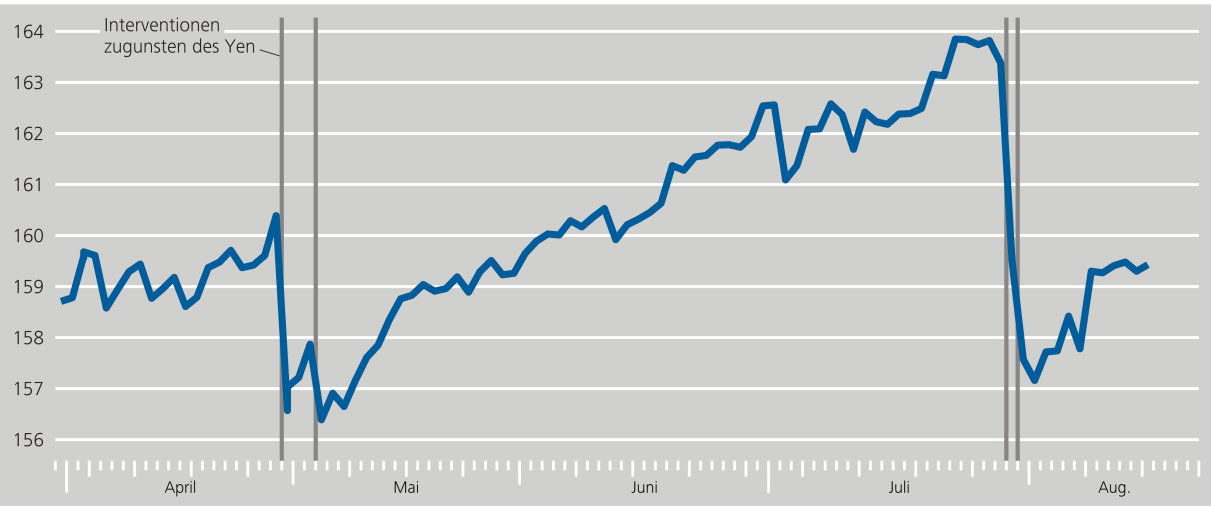
Der Euro notierte gegenüber dem Yen per saldo leicht stärker. Nachdem der Yen Mitte April gegenüber dem Euro noch auf ein Allzeittief von 188 Yen gefallen war, lösten Devisenmarktinterventionen der japanischen Behörden eine deutliche Gegenbewegung aus. Die resultierende Erholung der japanischen Währung war jedoch nicht nachhaltig. Zwar wurde der Yen zunächst durch Erwartungen an einen bevorstehenden Zinssteigerungsschritt gestützt, den die Bank of Japan im Juni auch vollzog. Gleichzeitig schürten jedoch neue staatliche Ausgaben- und Investitionsprogramme Zweifel an der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen Japans. Deutlicher als zuvor betonte die Regierung dabei auch die Rolle einer angemessenen Geldpolitik für das Gelingen der damit verbundenen Wachstumsstrategie. Dies nährte Befürchtungen, der Spielraum der Notenbank für weitere Zinserhöhungen könnte dadurch eingeengt werden. Ein Hinweis auf zunehmende Risikoprämien war, dass steigende langfristige japanische Renditen – die üblicherweise mit einem stärkeren Yen einhergehen – stattdessen wiederholt mit einer Abwertung des Yen zusammenfielen.

Der Wechselkurs des Yen wurde maßgeblich von Devisenmarktinterventionen beeinflusst. Nachdem die japanische Währung Ende Juli gegenüber dem US-Dollar auf ein 40-Jahres-Tief von 164 Yen gefallen war, kam es erneut zu Devisenmarktinterventionen, die den Yen sprunghaft aufwerten ließen (Schaubild 3.5). Im Zuge des zweitägigen Eingriffs intervenierten zunächst die japanischen Behörden allein, am Folgetag dann zusammen mit den US-amerikanischen. Dabei handelte es sich um den ersten Devisenmarkteingriff vonseiten der USA zur Stützung des Yen seit 1998. Ungewöhnlich bei der jüngsten Intervention war, dass die US-Behörden Euro statt US-Dollar verkauften, um Yen zu erwerben. Denn die Wirkung einer Intervention sollte dann besonders groß sein, wenn die intervenierende Zentralbank diejenige Währung verkauft, die ihr in unbegrenzter Menge zur Verfügung steht, weil sie sie selbst schöpfen kann. Auf den Wechselkurs des Euro zum US-Dollar hatte die Intervention keinen anhaltenden Einfluss. Im Zusammenhang mit der US-Intervention erwähnte US-Finanzminister Bessent außerdem die FIMA-Fazilität der Federal Reserve und stellte in den Raum, die Höchstbeträge der Fazilität möglicherweise auszuweiten. Dem japanischen Finanzministerium zufolge könnte Japan zukünftig auf FIMA zurückgreifen. Die Fazilität war 2020 geschaffen worden, um ausländischen Währungsbehörden US-Dollar-Liquidität in Krisenfällen zur Verfügung zu stellen, ohne dass sie Sicherheiten in US-Dollar auf dem Markt veräußern müssten. Zuletzt lag der Euro bei 185 Yen und notierte damit 0,7 % stärker als zu Beginn des zweiten Quartals.

Yen-Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar und Devisenmarktinterventionen

Schaubild 3.5

US-Dollar in Yen[1)]



Quelle: LSEG und eigene Berechnungen. **1** Steigende Werte entsprechen einer Abwertung des Yen gegenüber dem US-Dollar.

Deutsche Bundesbank

Gegenüber dem britischen Pfund verlor der Euro an Wert. Die Wechselkursentwicklung war dabei vor allem von politischen Neuigkeiten geprägt, die die Einschätzung der Marktteilnehmer über die Fiskalpolitik im Vereinigten Königreich betrafen. Nach Verlusten der Labour-Partei bei den Kommunalwahlen Anfang Mai verschärften Rücktrittsforderungen und Spekulationen über einen Führungswechsel zunächst die Sorge, eine neue Regierung könne von den bisherigen Haushaltsregeln abrücken. So wertete der Euro Mitte Mai spürbar auf, als sich der Regierungswechsel konkret abzeichnete. Spätere Bekenntnisse des designierten neuen Premiers Burnham zur Haushaltsdisziplin wurden dann jedoch von einer Erholung des Pfund begleitet. Insbesondere führte die Aussicht auf eine als finanzpolitisch konservativ geltende Besetzung des Schatzamtes Mitte Juli zu merklichen Kursgewinnen der britischen Währung, die daraufhin ein Einjahreshoch gegenüber dem Euro erklomm. Am Ende der Berichtsperiode lag der Euro bei 0,86 Pfund und damit 1,5 % schwächer als Ende März.

Im Ergebnis notierte der Euro im gewogenen Durchschnitt gegenüber den Währungen 18 wichtiger Handelspartner schwächer. Aufwerten konnte er dabei gegenüber dem Schweizer Franken. Neben den oben erwähnten Kursverlusten gegenüber dem Pfund wertete er gegenüber dem Renminbi und dem Won Koreas ab. In effektiver Rechnung stand der Euro damit 0,5 % niedriger als zu Beginn des zweiten Quartals.

3 Wertpapiermärkte

3.1 Rentenmarkt

Die Renditen zehnjähriger US-Staatsanleihen stiegen deutlich, weil sich sowohl die erwarteten kurzfristigen Zinssätze als auch die Terminprämie erhöhten. Zu Beginn des Berichtszeitraums und inmitten der Anfangsphase des Krieges zwischen den USA und dem Iran erwarteten die Marktteilnehmer für die USA noch ein Jahr lang unveränderte Leitzinsen (Schaubild 3.6). In der Folge revidierten die Marktteilnehmer den erwarteten Leitzinspfad jedoch deutlich nach oben. Dazu trugen überraschend robuste Konjunkturdaten, insbesondere die Veröffentlichung der Arbeitsmarktzahlen Anfang Juni, sowie die Neuausrichtung der Kommunikation des Offenmarktausschusses unter dem neuen Fed-Vorsitzenden Warsh bei.[2)] Eine Zerlegung der zehnjährigen Rendite von US-Staatsanleihen mithilfe eines Zinsstrukturmodells in eine Zinserwartungs- und eine Terminprämienkomponente bestätigt, dass die durchschnittlichen Leitzinserwartungen in den USA im Berichtszeitraum zulegten (Schaubild 3.7).[3)] Die Terminprämie, also die Kompensation, die Anleger für das Tragen von Zinsänderungsrisiken verlangen, unterlag im Berichtszeitraum deutlichen Schwankungen, stieg aber per saldo noch weit stärker an. Ausschlaggebend hierfür war vor allem die erneute Eskalation im Nahen Osten. Hinzu kam die Entscheidung des Offenmarktausschusses der US-Notenbank, weniger Informationen über die Leitzinsperspektiven zu kommunizieren und die Leitzinsen im Juli unverändert zu belassen, obwohl einige Marktteilnehmer zuvor mit einer Anhebung gerechnet hatten. Insgesamt lagen die Renditen zehnjähriger US-Staatsanleihen zum Berichtsschluss mit 4,8 % um 45 Basispunkte höher als zu Beginn des zweiten Quartals.

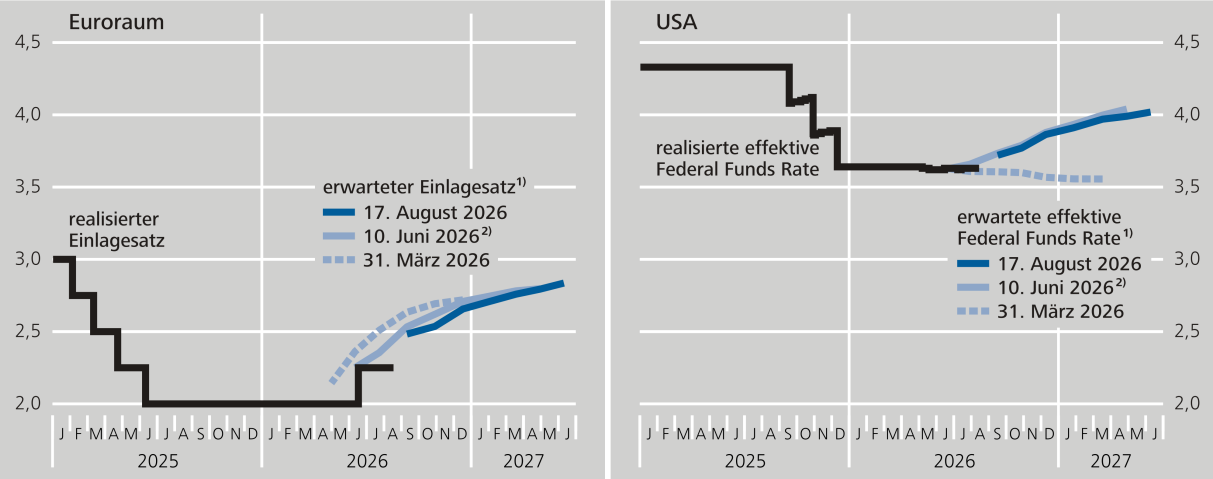
2 Vgl. zu diesen Ereignissen auch Kapitel 2.

3 Zur Methodik der Renditezerlegung vgl.: Deutsche Bundesbank (2023). Datenstand für das Schaubild ist der 14. August 2026.

Leitzinsen im Euroraum und in den USA

Schaubild 3.6

in %



Quellen: Bloomberg, LSEG und eigene Berechnungen. **1** Abgeleitet aus Geldmarktzinsen. **2** Letzter Tag vor der EZB-Ratssitzung im Juni mit Leitzinsanhebung um 25 Basispunkte.

Deutsche Bundesbank

Auch die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen stiegen im Berichtszeitraum per saldo an; maßgeblich war eine weitere Aufwärtsrevision der für die längere Frist erwarteten Zinssätze kurzlaufender Staatspapiere. Bereits vor Beginn des Berichtszeitraums hatten die Marktteilnehmer als Reaktion auf den Energiepreisanstieg und die damit verbundenen Inflationsrisiken Leitzinserhöhungen des Eurosystems eingepreist. Im Einklang mit diesen Erwartungen erhöhte der EZB-Rat in seiner Sitzung am 11. Juni die Leitzinsen um 25 Basispunkte (Schaubild 3.6) und verwies auf die gestiegene Inflation sowie die weiterhin aufwärtsgerichteten Inflationsrisiken. Als der Krieg im Nahen Osten im Juli wieder aufflammte, revidierten die Marktteilnehmer ihre durchschnittlichen Erwartungen über den Kurzfristzins, gemessen an der Erwartungskomponente der zehnjährigen Bundrendite, deutlich nach oben (Schaubild 3.7). Dies impliziert, dass sie danach davon ausgingen, dass die Leitzinsen für eine längere Dauer erhöht bleiben würden.[4)] Die Terminprämie variierte im Berichtszeitraum zwar deutlich, blieb per saldo jedoch nahezu unverändert. Zuletzt rentierten zehnjährige Bundesanleihen bei 3,2 % und damit auf ihrem höchsten Stand seit 2011. Gegenüber dem Beginn des zweiten Quartals entsprach dies einem Renditeanstieg um 22 Basispunkte. Der Abstand zwischen der Rendite zehnjähriger Bundesanleihen und dem laufzeitgleichen Euroraum-OIS-Satz weitete sich im Berichtszeitraum leicht aus und blieb positiv. Damit gab es weiterhin keine Anzeichen für eine Knappheitsprämie bei Bundesanleihen.[5)] Besonders sicherheitsorientierte Anleger standen offensichtlich einem hinreichend großen Angebot an Bundesanleihen gegenüber.

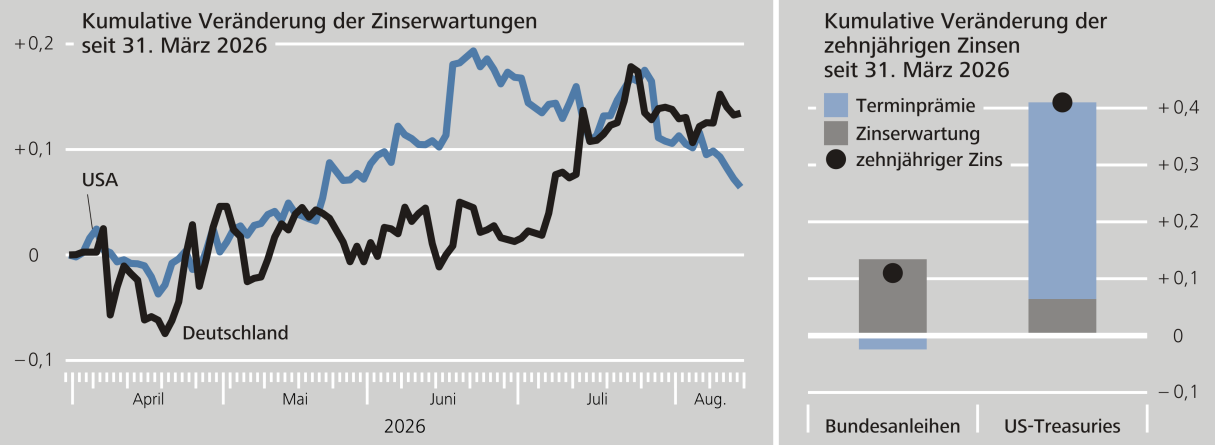
4 Die erwarteten Leitzinsen haben sich hingegen auf Sicht von einem Jahr in die Zukunft nicht erhöht (Schaubild 3.6).

5 Nach dem Ende der Nettoankäufe über die geldpolitischen Ankaufprogramme des Eurosystems war der Streubesitz von Bundeswertpapieren wieder gestiegen und hatte damit zur Auflösung der zuvor beobachteten Knappheitsprämie beigetragen. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018, 2025a, 2025b, 2026b).

Rendite zehnjähriger Bundesanleihen und zehnjähriger US-Treasuries: Beiträge der Terminprämien und Zinserwartungen

Schaubild 3.7

%-Punkte



Quelle: Gürkaynak et al. (2007) und eigene Berechnungen. Zerlegung der Renditen basierend auf dem Zinsstrukturmodell von Adrian et al. (2013). Datenstand: 14. August 2026.

Deutsche Bundesbank

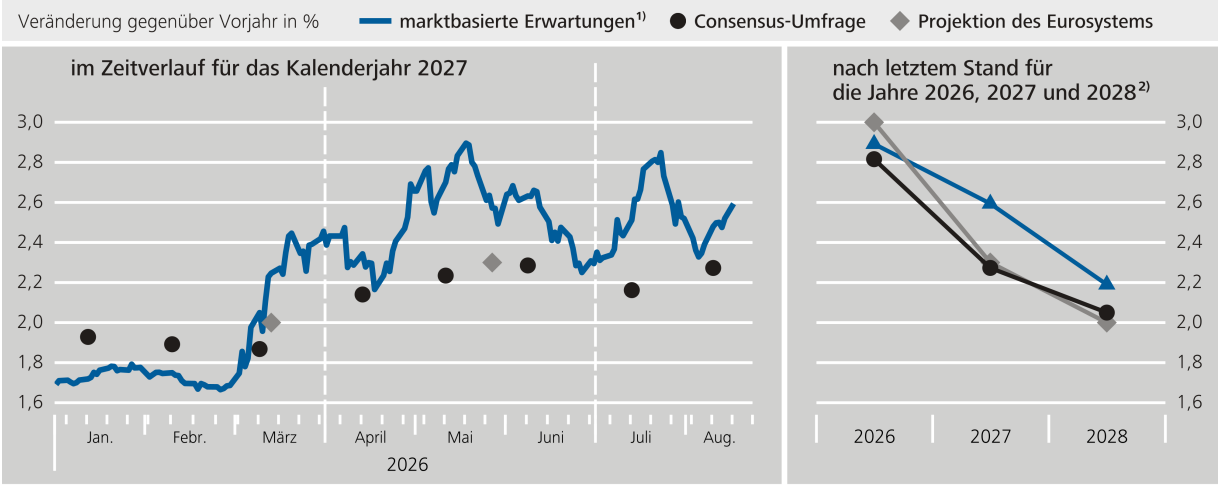
In Japan zogen die Renditen langfristiger Staatsanleihen deutlich an, während sie im Vereinigten Königreich per saldo nur leicht zulegten. Im Zuge des Krieges zwischen den USA und dem Iran folgten die Renditen in Japan dem internationalen Trend und stiegen kontinuierlich. Landesspezifische Faktoren unterstützten den Renditeanstieg zusätzlich. So setzte die japanische Zentralbank ihren geldpolitischen Straffungszyklus fort: Im Juni erhöhte sie den Leitzins um 25 Basispunkte auf 1 %, kündigte aber zugleich eine Verlangsamung der Bilanzreduktion an. Darüber hinaus verstärkten Sorgen über die Schuldentragfähigkeit infolge geplanter expansiver fiskalischer Maßnahmen der Regierung den Aufwärtsdruck auf die Renditen japanischer Staatsanleihen.[6)] Zuletzt lagen diese für eine zehnjährige Laufzeit mit 2,9 % um 57 Basispunkte höher als zu Beginn des zweiten Quartals und damit auf einem mehrjährigen Höchststand. Im Vereinigten Königreich schwankten die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen im Berichtszeitraum deutlich. Ausschlaggebend waren wechselnde Erwartungen hinsichtlich der weiteren Geldpolitik und der Inflationsentwicklung, die unter anderem durch den Krieg im Nahen Osten sowie die Unsicherheit über die Haushaltskonsolidierung als Folge des Wechsels im Amt des Premierministers hervorgerufen wurden. Per saldo stiegen die Renditen zehnjähriger britischer Staatsanleihen gegenüber dem Beginn des Berichtszeitraums um 14 Basispunkte und lagen zuletzt bei 5,1 %.

6 Vgl. dazu auch Kapitel 2.

Die Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum gegenüber Bundesanleihen blieben im Aggregat nahezu unverändert, engten sich bei den meisten Ländern des Euroraums jedoch geringfügig ein. Der BIP-gewichtete Renditeabstand zehnjähriger Staatsanleihen aus dem Euroraum ging im Berichtszeitraum gegenüber der laufzeitgleichen Bundesanleihe geringfügig um 3 Basispunkte auf 59 Basispunkte zurück. Bei den einzelnen Ländern des Euroraus verringerten sich die Renditeaufschläge jedoch in fast allen Jurisdiktionen geringfügig. Frankreich bildete eine Ausnahme: Zweifel am Konsolidierungspfad und politische Unsicherheit vor der Präsidentschaftswahl 2027 ließen den Renditeaufschlag per saldo um 13 Basispunkte steigen.

Erwartete Inflationsrate im Euroraum

Schaubild 3.8



Quellen: Bloomberg, Consensus Economics, Eurosystem, Fenics Market Data und eigene Berechnungen. **1** Termininflationsraten basierend auf Inflation Fixing Swaps und Inflation Linked Swaps, jeweils indexiert auf den HVPI ohne Tabakwaren für den Euroraum. **2** Letzte verfügbare Datenstände: 17. August 2026 für marktbasierte Erwartungen, 10. August 2026 für Consensus-Umfrage (ausgenommen 2028: 13. Juli 2026) sowie 27. Mai 2026 für Projektion des Eurosystems.

Deutsche Bundesbank

Die kurzfristigen marktbasierten Inflationserwartungen sind bei hoher Volatilität seit Ende März im Ergebnis leicht gestiegen. Marktbasierte Inflationserwartungen werden aus Inflationsswaps abgeleitet, deren Preise Hinweise auf die von den Marktteilnehmern erwartete Inflation geben. Sie können allerdings neben den eigentlichen Inflationserwartungen auch Inflationsrisikoprämien enthalten. Per saldo stieg die aus Inflationsswaps abgeleitete durchschnittliche Inflationsrate für 2026 marginal um 6 Basispunkte auf 2,9 % und die für 2027 um 14 Basispunkte auf 2,6 %. Die marktbasierten Inflationserwartungen deuten dennoch darauf hin, dass die Inflation in der zweiten Jahreshälfte 2027 wieder in die Nähe des mittelfristigen Inflationszieles des Eurosystems zurückkehrt. Teilnehmer von Expertenumfragen erwarten eine schnellere Rückkehr zum Inflationsziel. Der Abstand kann eine Inflationsrisikoprämie, aber auch Unterschiede zwischen den Messkonzepten widerspiegeln. Seit Beginn des zweiten Quartals schwankten die kurzfristigen marktbasierten Inflationserwartungen erheblich. So bewegte sich die marktbasierte Inflationserwartung für das Jahr 2027 im Berichtszeitraum in einer weiten Spanne von 2,2 % bis 2,9 % (Schaubild 3.8). Ursächlich dafür waren die häufigen starken Ausschläge der Energiepreise.

Die langfristigen markt- und umfragebasierten Inflationserwartungen blieben nahe am mittelfristigen Inflationsziel des Eurosystems. Langfristige marktbasierte Inflationserwartungen, die täglich verfügbar sind, schwankten trotz der starken Variation in der kurzen bis mittleren Frist nur wenig. Ein wichtiger Indikator dafür ist die fünfjährige Termininflationsrate, die in fünf Jahren beginnt. Sie zeigt die am Markt erwartete Inflation für den Zeitraum in fünf bis zehn Jahren. Die Rate stieg im Berichtszeitraum zwar um 11 Basispunkte, lag aber zuletzt immer noch bei 2,2 %. Auch die längerfristigen Umfrageerwartungen unter Experten lagen weiterhin nahe bei 2 %. Zusammengenommen belegt dies, dass die langfristigen Inflationserwartungen weiterhin am Zielwert des Eurosystems von 2 % verankert sind.

Die Risikoaufschläge europäischer Unternehmensanleihen engten sich deutlich ein. Die Renditen sieben- bis zehnjähriger Unternehmensanleihen der Ratingklasse AA stiegen im Berichtszeitraum leicht um 6 Basispunkte, während diejenigen der Ratingklasse BBB um 2 Basispunkte zurückgingen. Da die Rendite der laufzeitgleichen Bundesanleihen im Berichtszeitraum zunahm, verringerten sich die Renditeaufschläge in den Ratingklassen AA und BBB um 12 Basispunkte beziehungsweise 20 Basispunkte. Begünstigt wurde die Einengung der Renditeaufschläge durch die gestiegene Risikobereitschaft der Anleger, die vor allem im Zuge erster Entspannungssignale im Nahen Osten zunahm, aber auch aufgrund gestiegener Gewinnerwartungen. [7)] Besonders ausgeprägt war der Rückgang der Renditeaufschläge von hochverzinslichen Unternehmensanleihen. Diese sanken um 84 Basispunkte.

7 Vgl. dazu auch Kapitel 3.2.

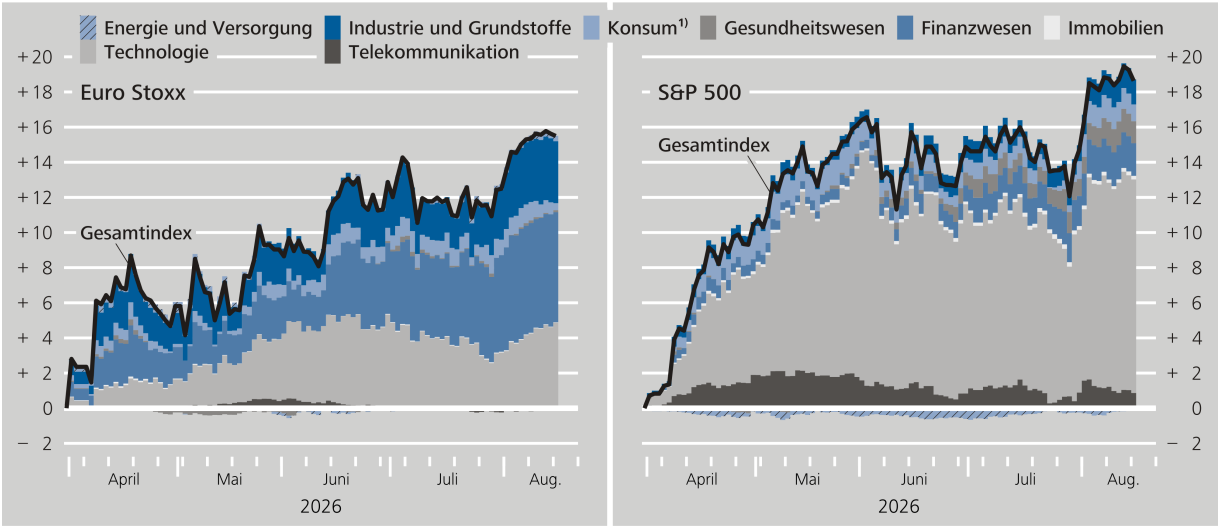
3.2 Aktienmarkt

Die Aktienmärkte im Euroraum und den USA legten seit Beginn des zweiten Quartals deutlich zu und zeigten sich von der weiterhin angespannten Lage im Nahen Osten weitgehend unbeeindruckt. Zu Beginn der Berichtsperiode notierten die Aktienmärkte beiderseits des Atlantiks noch unter ihren Jahresanfangswerten, stiegen in der Folge jedoch deutlich an. Hierzu trugen auch Entspannungssignale am Persischen Golf bei, ungeachtet dessen, dass sie sich wiederholt als nicht nachhaltig erwiesen und die Lage in der Region letztlich angespannt blieb. Der Euro Stoxx legte seit Anfang des zweiten Quartals kräftig um 15,5 % zu. Gestützt wurde die Entwicklung durch günstigere Konjunktursignale, nachlassende Engpässe an den Energiemärkten, gestiegene Gewinnerwartungen sowie einen höheren Risikoappetit der Marktteilnehmer. Der US-amerikanische S&P 500 entwickelte sich mit einem Zuwachs von 18,6 % sogar noch etwas dynamischer. Die Kurszuwächse an den Aktienmärkten waren jedoch sehr heterogen über die Sektoren verteilt (Schaubild 3.9). Im Euroraum verzeichneten zwar nahezu alle Sektoren Kurszuwächse. Die positive Entwicklung des Euro Stoxx wurde jedoch insbesondere von Titeln aus dem Finanz- und dem Technologiesektor getragen. Im Finanzsektor, vor allem bei Banken, stiegen die kurzfristigen Gewinnerwartungen infolge höherer Zinsen und hoher Wertpapierhandelserträge aufgrund höherer Geld-Brief-Spannen in einem volatilen Finanzmarktumfeld. Der Anstieg des S&P 500 war hingegen weniger breit angelegt als im Euroraum. Er wurde überwiegend vom anhaltenden KI-Boom getragen, der Technologiewerten, insbesondere Halbleiteraktien, zu erheblichen Kurszuwächsen verhalf.

Aktienmarkt*)

Schaubild 3.9

Veränderung seit 31. März 2026 in %



Quelle: Refinitiv und eigene Berechnungen. * Klassifizierung der Sektoren nach Industry Benchmark Classifciation (ICB). Datenstand: 17. August 2026.
1 Umfasst die Kategorien nicht-zyklischer Konsum sowie zyklischer Konsum.

Deutsche Bundesbank

Aktien von Technologieunternehmen gewannen beiderseits des Atlantiks im Vergleich zum Gesamtmarkt stärker an Wert, doch wuchsen zuletzt Zweifel an der Nachhaltigkeit des KI-Booms. Losgelöst von den Entwicklungen im Nahen Osten stiegen die Kurse von Technologietiteln im Euroraum und den USA im Berichtszeitraum deutlich an. Ausschlaggebend waren gestiegene Gewinnerwartungen, die vor allem auf die anhaltend hohe Nachfrage nach Halbleitern und Rechenzentrumskapazitäten zurückzuführen sind. Im Vorfeld der Berichtssaison für das zweite Quartal nahmen jedoch die Bedenken hinsichtlich der Nachhaltigkeit des KI-Booms zu. Im Fokus standen dabei insbesondere die erheblichen Investitionsausgaben, Risiken möglicher Überkapazitäten sowie der zunehmende Wettbewerb durch chinesische KI-Unternehmen. Zum Abschluss dieses Berichts lagen Technologiewerte im Euroraum um 36,8 % über ihrem Stand zum Ende des ersten Quartals; US-amerikanische Technologieaktien verzeichneten im selben Zeitraum ein Plus von 36,3 %.

Trotz gestiegener Aktienkurse deuten die impliziten Eigenkapitalkosten auf eine aktuell günstigere Bewertung hin als zu Beginn des zweiten Quartals. Eine Zerlegung der Aktienkursentwicklung auf Basis eines Dividendenbarwertmodells führt Kursänderungen rechnerisch auf Veränderungen der erwarteten Unternehmensg ewinne und der impliziten Eigenkapitalkosten zurück, welche sich wiederum aus einem risikofreien Zins und einer Aktienrisikoprämie zusammensetzen.[8)] Der Zerlegung zufolge wurden die Kursanstiege vor allem durch die erwähnten höheren kurz- bis mittelfristigen Gewinnerwartungen getragen. Da diese stärker stiegen als die Aktienkurse, erhöhten sich zugleich die impliziten Eigenkapitalkosten. Relativ zu den erwarteten Erträgen waren Aktien damit beiderseits des Atlantiks günstiger bewertet als zu Beginn des Beobachtungszeitraums. Die Bewertung fällt allerdings je nach verwendetem Messkonzept unterschiedlich aus. Gemessen an ihrem langfristigen Mittel deuten die impliziten Eigenkapitalkosten im Euroraum auf eine vergleichsweise günstige Bewertung hin, während US-Aktien weiterhin hoch bewertet erscheinen. Die auf die kurzfristigen Gewinne ausgerichtete Gewinnrendite signalisiert dagegen in beiden Regionen eine im historischen Vergleich hohe Bewertung, die auch für die USA noch höher liegt als die auf Basis der impliziten Eigenkapitalkosten. Der Unterschied erklärt sich vor allem aus den derzeit sehr hohen mittelfristigen Gewinnerwartungen in beiden Währungsräumen, welche die impliziten Eigenkapitalkosten stützen. Die günstigere Bewertung nach diesem Maßstab hängt somit wesentlich davon ab, dass sich diese weiter in die Zukunft reichenden Erwartungen auch erfüllen. Ansonsten könnten die Aktienkurse unter Abwärtsdruck geraten.

8 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2016).

Literaturverzeichnis

Adrian, T., R. K. Crump und E. Mönch (2013), Pricing the term structure with linear regressions, Journal of Financial Economics, Vol. 110(1), S. 110 – 138.

Boz, E., A. Brüggen, C. Casas, G. Georgiadis, G. Gopinath und A. Mehl (2025), Patterns of Invoicing Currency in Global Trade in a Fragmenting World Economy.

Deutsche Bundesbank (2026a), Was bestimmt die Wechselkursbewegungen des Euro gegenüber dem US-Dollar?, Monatsbericht, Januar 2026.

Deutsche Bundesbank (2026b), Finanzmärkte, Monatsbericht, Mai 2026.

Deutsche Bundesbank (2025a), Finanzmärkte, Monatsbericht, Februar 2025.

Deutsche Bundesbank (2025b), Finanzmärkte, Monatsbericht, Mai 2025.

Deutsche Bundesbank (2023), Zinsstrukturkurven in der volkswirtschaftlichen Analyse, Monatsbericht, Januar 2023, S. 55 – 77.

Deutsche Bundesbank (2018), Der Markt für Bundeswertpapiere: Halterstruktur und wesentliche Einflussfaktoren auf die Renditeentwicklung, Monatsbericht, Juli 2018, S. 15 – 39.

Deutsche Bundesbank (2016), Bewertungsniveau am Aktienmarkt – Theoretische Grundlagen und Weiterentwicklung von Kennzahlen, Monatsbericht, April 2016, S. 15 – 30.

Gürkaynak, R., B. Sack und J. Wright (2007), The U.S. Treasury yield curve: 1961 to the present, Journal of Monetary Economics, Vol 54(8), S. 2291 – 2304.

Konjunkturlage

1 Deutsche Wirtschaft auch im zweiten Quartal auf Erholungskurs

Die deutsche Wirtschaft legte im zweiten Quartal 2026 erneut merklich zu. Gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes stieg das reale BIP gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt [1)] um 0,2 %. Bereits im Vorquartal hatte sich die Wirtschaftsleistung recht kräftig um 0,4 % erhöht. Dies wurde allerdings erst mit der Revision der BIP-Daten Ende Juli bekannt und konnte so nicht in die Deutschland-Prognose vom Juni einfließen. Damit zeigte sich die deutsche Wirtschaft nun vor dem Hintergrund zahlreicher Belastungsfaktoren robuster als damals erwartet. [2)] Dazu passen auch die jüngsten Revisionen des Statistischen Bundesamtes, die nahelegen, dass die wirtschaftliche Dynamik bereits seit Ende 2023 günstiger ausfiel als bisher angenommen. [3)] Zusammen spricht dies für eine etwas stärkere konjunkturelle Grundtendenz am aktuellen Rand. Damit befindet sich die deutsche Wirtschaft nunmehr deutlich erkennbar auf einem Erholungskurs, den auch der Krieg im Nahen Osten nicht ausbremsen konnte. Im zweiten Quartal dürften vor allem die Exporte zum BIP-Anstieg beigetragen haben. Die anhaltend solide Nachfrage aus dem Ausland stützte auch die deutsche Industrie. So nahmen sowohl deren Produktion als auch ihre Umsätze leicht zu. Sie erwies sich damit als recht widerstandsfähig gegenüber erhöhten Energiepreisen und Lieferkettenproblemen. Für einen positiven Impuls bei den privaten Ausrüstungsinvestitionen dürfte die Belebung jedoch nicht gesorgt haben. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe verharrte weiterhin auf niedrigem Niveau, und die mit Ausbruch des Krieges im Nahen Osten gestiegene Unsicherheit sowie die gestiegenen Zinsen bremsten zusätzlich. Die Bauwirtschaft dürfte infolge temporärer Auf- und Nachholeffekte nach der witterungsbedingt gedrückten Produktion im ersten Quartal trotz schwacher Wohnungsnachfrage und hoher Baukosten noch positiv zum BIP-Wachstum beigetragen haben.

1 Die Saisonbereinigung umfasst hier und im Folgenden auch die Ausschaltung von Kalendereinflüssen, sofern sie nachweisbar und quantifizierbar sind.

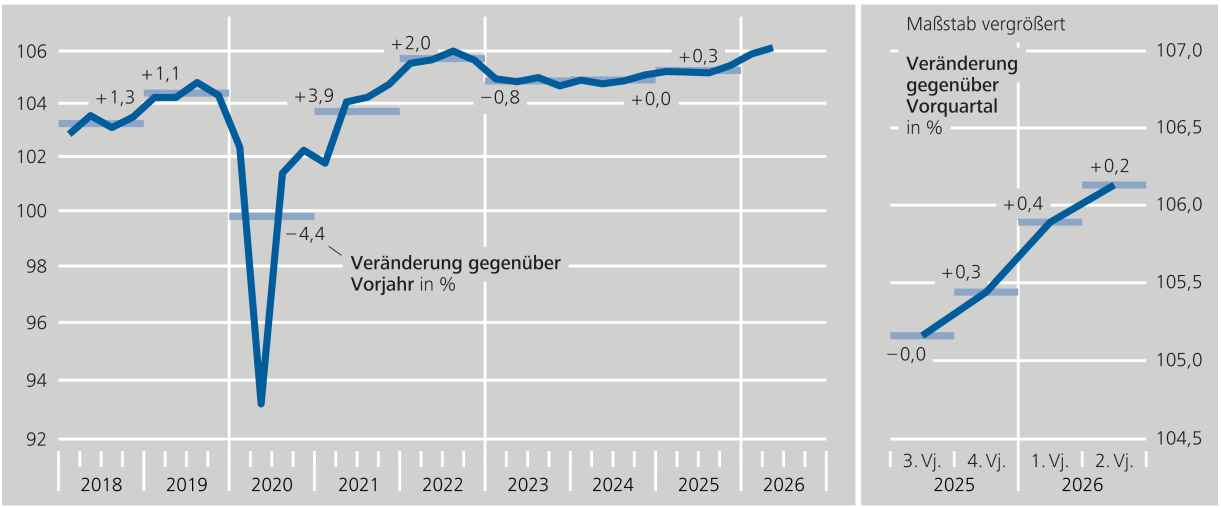
2 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026d).

3 Vgl.: Statistisches Bundesamt (2026).

Bei den Dienstleistern blieb die Entwicklung heterogen. Den bis Mai verfügbaren Daten zufolge trugen vor allem konsumferne Dienstleistungsbereiche, wie die Informations- und Kommunikations-Dienste, zum BIP-Anstieg bei. Der private Konsum und damit verbundene Bereiche dürften dagegen durch die verschlechterte Lage am Arbeitsmarkt und die infolge des Krieges im Nahen Osten deutlich erhöhten Verbraucherpreise lediglich verhalten gewachsen sein.

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland Schaubild 4.1

2020 = 100, preis-, saison- und kalenderbereinigt, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.
Deutsche Bundesbank

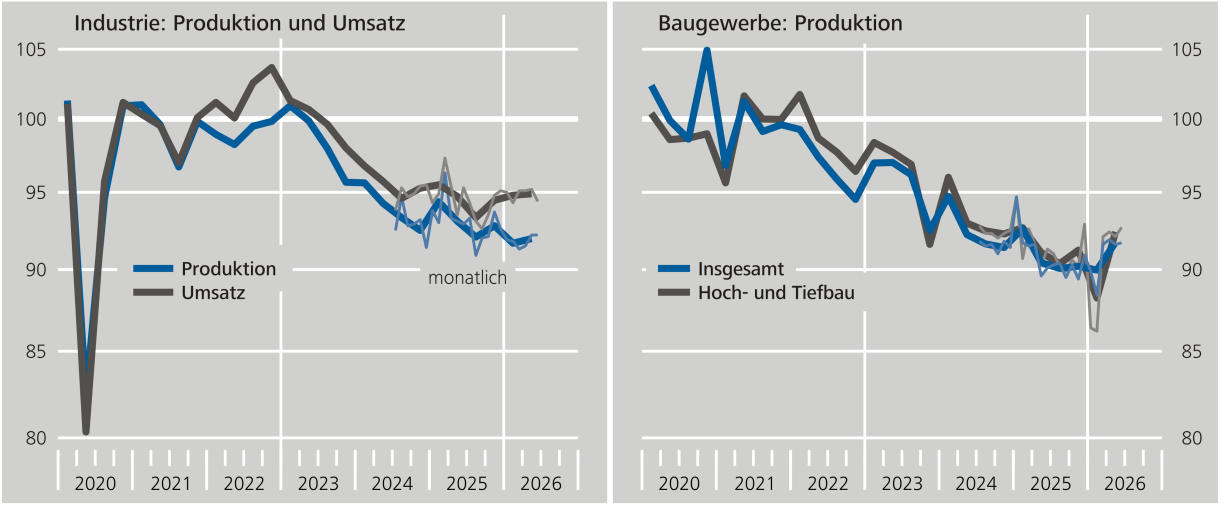
2 Exporte im Plus, temporärer Impuls vom Bau

Die deutsche Industrie und vor allem die Exportaktivität zeigten sich im zweiten Quartal 2026 robust. Die preisbereinigten Industrieumsätze lagen erneut über dem Vorquartal, wenn auch nur geringfügig. Vor allem die Umsätze von Vorleistungsgütern wuchsen kräftig, besonders deutlich in der Chemieindustrie. Hierzu trugen wohl Sondereffekte im Zusammenhang mit dem Krieg im Nahen Osten bei. So könnte die Chemiebranche an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen haben, weil sie wohl geringer von Lieferkettenengpässen infolge des Krieges im Nahen Osten betroffen war als einige internationale Konkurrenten. Bei einigen Vorleistungsgütern könnten zudem Vorzieheffekte eine Rolle gespielt haben, etwa in Erwartung weiterer Knappheiten und steigender Preise. Besonders schwungvoll zeigten sich die Umsätze im Bereich der elektrischen Ausrüstungen. Hier dürfte sich die global erhöhte Nachfrage nach Gütern mit Bezug zur künstlichen Intelligenz niederschlagen. Der Umsatzanstieg in der Industrie insgesamt war maßgeblich auf kräftige Auslandsumsätze zurückzuführen. Auch die preisbereinigten Warenexporte legten im zweiten Quartal spürbar zu, vor allem durch stärkere Exporte in den Euroraum. Die Industrieproduktion lag im Juni auf dem Niveau des Vormonats und damit im Quartalsmittel leicht über dem Vorquartal. Damit signalisieren sowohl die Umsätze als auch die Produktion für das zweite Quartal eine leichte Expansion in der Industrie.

Produktion und Umsätze in der Industrie und im Baugewerbe

Schaubild 4.2

2021 = 100, preis-, saison- und kalenderbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.
Deutsche Bundesbank

Die privaten Ausrüstungsinvestitionen dürften auch weiterhin keine positiven Impulse geliefert haben. Gemäß Umfragen des ifo Instituts erhöhte sich die Kapazitätsauslastung im zweiten Quartal zwar zum zweiten Mal in Folge leicht, blieb jedoch weiterhin deutlich unter dem langfristigen Durchschnitt. Dies dämpft weiterhin die Anreize für Erweiterungsinvestitionen. Den bis Mai verfügbaren Daten zufolge wurden zwar mehr Investitionsgüter importiert. Auf eine weiterhin schwache Investitionsneigung deuten jedoch die erneut leicht gesunkenen Inlandsumsätze der Investitionsgüterproduzenten – mit und ohne Kraftfahrzeuge – sowie die rückläufigen gewerblichen Kraftfahrzeugzulassungen hin. Insgesamt dürften die privaten Ausrüstungsinvestitionen damit weiterhin schwach geblieben sein.

Die Bauproduktion legte trotz schwächerer Nachfrage zu. Die Bauproduktion stieg im zweiten Quartal kräftig an, und auch die Bauinvestitionen dürften ausgeweitet worden sein. Nachdem die Bautätigkeit im Januar und Februar durch die ungünstige Witterung deutlich beeinträchtigt worden war, normalisierte sie sich ab März. Zudem wurden seither wohl einige Aufträge nachgeholt. Denn sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau stieg die Produktion im zweiten Quartal nicht nur über das Niveau des ersten Quartals, sondern auch über dasjenige des vierten Quartals an. Das weniger witterungsanfällige Ausbaugewerbe legte dagegen nur geringfügig zu. Den positiven Nachholeffekten standen jedoch deutlich gestiegene Baupreise sowie eine eingetrübte Nachfrage gegenüber. Laut Bank Lending Survey vom Juli ging die Nachfrage privater Haushalte nach Wohnungsbaukrediten im zweiten Quartal so stark zurück wie zuletzt vor drei Jahren.[4)] Insbesondere die gestiegenen Kreditzinssätze wurden als dämpfender Faktor für die Kreditnachfrage in diesem Segment genannt. Die höheren Kreditzinsen dürften auch die Bauinvestitionen dämpfen. So entwickelte sich der Auftragseingang im Wohnungsbau insbesondere im Mai deutlich rückläufig.

Kaufkraftverluste belasteten den privaten Konsum und die damit verbundenen Dienstleistungsbereiche. Zwar stiegen die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel im zweiten Quartal leicht an. Die bis Mai verfügbaren Daten zum Gastgewerbe deuten jedoch auf ein schwaches Quartal hin. Auch innerhalb des Dienstleistungssektors konnten vor allem die konsumnahen Bereiche nicht an der verbesserten konjunkturellen Grundtendenz teilhaben. Die Dienstleistungsproduktion insgesamt legte dagegen im April und Mai deutlich zu. Ursächlich für die Konsumzurückhaltung dürften Kaufkraftverluste und eine weiterhin schwache Arbeitsmarktentwicklung gewesen sein. Darauf weist auch das im zweiten Quartal deutlich gefallene GfK-Konsumklima hin, das durch pessimistische Einkommens- und Konjunkturerwartungen sowie steigende Preiserwartungen belastet wurde. Lediglich vermehrte Käufe von Kraftfahrzeugen dürften den Konsum nennenswert gestützt haben. Hinter den – gemäß Angaben des VDA – gestiegenen Kraftfahrzeugzulassungen dürften jedoch eher Sonderfaktoren als eine breitere konjunkturelle Konsumdynamik stehen. So war der Anstieg vor allem auf deutlich höhere Zulassungen von Elektroautos zurückzuführen, wozu die Elektroauto-Prämie der Bundesregierung beigetragen haben dürfte.[5)]

4 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026a).

5 Vgl.: Verband der Automobilindustrie (VDA) (2026). Auch die gestiegenen Kraftstoffpreise könnten zu einer erhöhten Attraktivität von Elektromobilität geführt haben.

3 Arbeitsmarkt weiter abgeschwächt

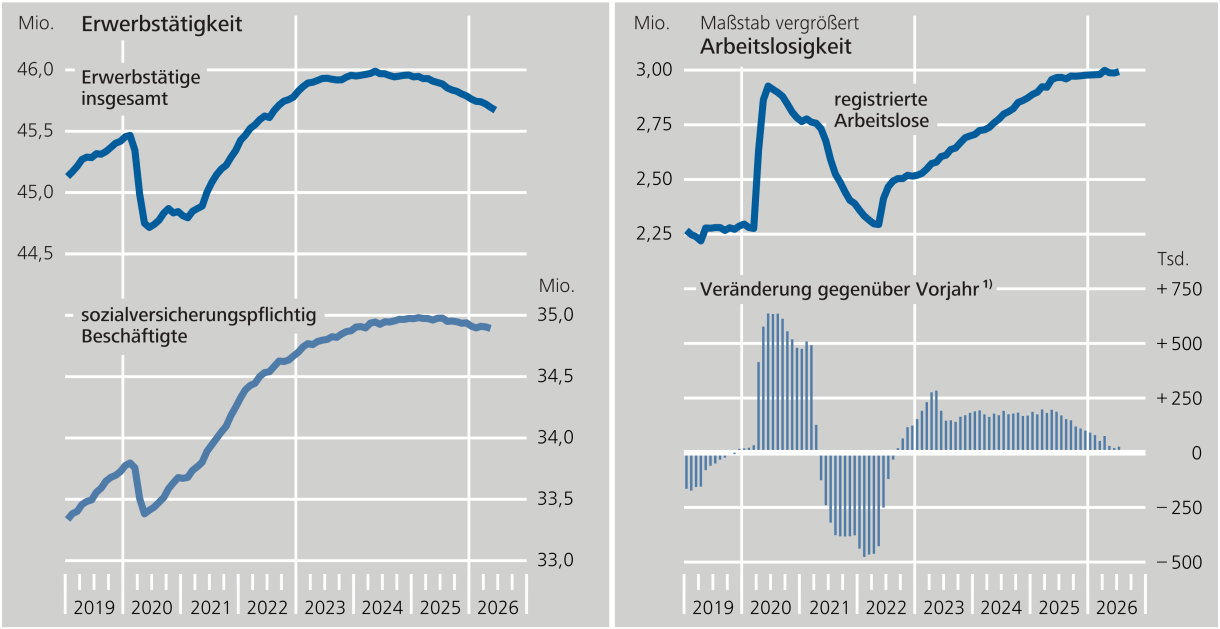
Der Arbeitsmarkt profitierte nicht vom Wirtschaftswachstum und verschlechterte sich auch im Frühjahr. Die Erwerbstätigkeit nahm weiter ab, und zwar ähnlich schnell wie seit Mitte 2025. Im Rahmen der üblichen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) stellt sich nun auch die Entwicklung der Gesamtbeschäftigung in den vergangenen zwei Jahren etwas ungünstiger dar als zuletzt berichtet. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich jedoch nur minimal. Frühindikatoren geben kaum Hinweise auf eine bevorstehende Verbesserung.

Die Zahl der Erwerbstätigen sank im zweiten Quartal des laufenden Jahres etwas. Im Durchschnitt der Monate April bis Juni waren saisonbereinigt 45,70 Millionen Personen erwerbstätig. Das waren 52 000 Personen weniger als ein Quartal zuvor. Dies entspricht einem Rückgang von rund 0,1 %, wie bereits in den vier Quartalen zuvor. Zudem wurde bei der Überarbeitung der VGR die Beschäftigungsentwicklung in den letzten vier Jahren nach unten korrigiert. Am aktuellen Rand ist das Beschäftigungsniveau 0,3 % niedriger als zuvor veröffentlicht. Insbesondere für das erste Halbjahr 2025 stellt sich die Beschäftigungsdynamik nun ungünstiger dar als damals berichtet. Der aktuelle Rückgang der Erwerbstätigkeit geht vor allem darauf zurück, dass es weniger ausschließlich geringfügig Beschäftigte und weniger Personen in Selbstständigkeit gab. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sank dagegen bis Mai – weitere Angaben liegen noch nicht vor – nur sehr wenig.

Arbeitsmarkt in Deutschland

Schaubild 4.3

saisonbereinigt, monatlich



Quellen der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit. **1** Nicht saisonbereinigt.
Deutsche Bundesbank

Die Beschäftigung entwickelte sich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen weiterhin unterschiedlich. Im Verarbeitenden Gewerbe werden monatlich 12.000 bis 15 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze abgebaut. Weitere Informationen zur Beschäftigungssituation in diesem Wirtschaftsbereich und zu ihrer Einordnung enthält der Exkurs „Umfang und Struktur des Stellenabbaus im Verarbeitenden Gewerbe“. Auch im Handel sowie in der Informations- und Kommunikationsbranche hielt der Stellenabbau an. Dagegen blieb die Beschäftigung im Baugewerbe im Frühjahr stabil. Allerdings wächst die Zahl der Stellen, anders als es angesichts des Infrastrukturfonds der Bundesregierung zu erwarten wäre, bislang auch nicht nennenswert. In den meisten Dienstleistungsbranchen ist der Beschäftigungsstand stabil oder hat sich geringfügig erhöht. Im Gesundheits- und Sozialwesen nimmt die Beschäftigung wie schon seit längerem mit der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung in Deutschland erheblich zu.

Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg im Frühjahr minimal an. Im Durchschnitt des zweiten Quartals 2026 waren saisonbereinigt rund 12 000 Personen mehr arbeitslos als im Winter. Die Arbeitslosenquote stieg rundungsbedingt um 0,1 Prozentpunkte auf 6,4 %. Auch im Juli waren – wie bereits im Durchschnitt der Monate April bis Juni – in saisonbereinigter Rechnung 2,99 Millionen Personen bei der Bundesagentur für Arbeit als arbeitslos registriert. Im Verlauf der vergangenen Monate stieg die Arbeitslosigkeit im Versicherungssystem des SGB III, das stark auf aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen reagiert. Dagegen sank die Arbeitslosigkeit im Grundsicherungssystem des SGB II ein wenig. Obwohl die Chancen, aus der Grundsicherung heraus eine Arbeit aufzunehmen und die Arbeitslosigkeit zu beenden, deutlich geringer sind als im Versicherungssystem, sinkt hier die Arbeitslosigkeit. Dies liegt jedoch auch an – im Vergleich zum Versicherungssystem – nur moderat erhöhten Zugangszahlen in die Grundsicherung. Neu zugewanderte Personen erhalten wegen fehlender Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung zunächst Grundsicherungsleistungen, wenn sie eine Arbeit aufnehmen möchten und nicht direkt wegen eines konkreten Arbeitsplatzangebots nach Deutschland ziehen. Insofern könnte auch die zuletzt niedrige Zuwanderung ein Grund für die sinkende Arbeitslosigkeit in der Grundsicherung der vergangenen Monate sein.

Die Frühindikatoren des Arbeitsmarktes senden bislang kaum Signale einer bevorstehenden Verbesserung. Das ifo Beschäftigungsbarometer hat sich im Niveau kaum verändert. Es liegt weiterhin auf einem sehr niedrigen Stand, bei allerdings deutlichen monatlichen Schwankungen. Das Barometer ermittelt die Einstellungspläne der gewerblichen Wirtschaft für die nächsten drei Monate. Dabei überwiegen im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel wie bereits seit längerem die Pläne zum Personalabbau. Die Beschäftigungspläne einiger Dienstleistungssektoren hatten sich nach Ausbruch des Konflikts mit dem Iran erheblich verdüstert. Dieser Effekt hat sich inzwischen überwiegend zurückgebildet. Das IAB-Beschäftigungsbarometer, das zusätzlich die öffentlich finanzierten Dienstleistungsbereiche wie Gesundheit, Bildung und Verwaltung mit in den Blick nimmt, ging erneut zurück und befindet sich nun spürbar unterhalb der neutralen Schwelle. Daher dürfte die Gesamtbeschäftigung kurzfristig weiter zurückgehen. Die Zahl der bei der BA gemeldeten offenen Stellen blieb in den letzten Monaten saisonbereinigt weitgehend unverändert. Allerdings verschob sich die Arbeitsnachfrage leicht von den überwiegend öffentlich finanzierten Branchen hin zu stärker konjunkturabhängigen Sektoren wie dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Baugewerbe und den unternehmensnahen Dienstleistungen. Der Kurzfristindikator für die Arbeitslosigkeit – das IAB-Barometer Arbeitslosigkeit – verbesserte sich in den vergangenen Monaten kontinuierlich leicht, befindet sich jedoch weiter unterhalb der neutralen Schwelle. Die Arbeitslosigkeit könnte demnach zunächst weiter, wenn auch nur wenig, steigen.

Exkurs

Umfang und Struktur des Stellenabbaus im Verarbeitenden Gewerbe

Seit Beginn des laufenden Jahrzehnts gingen große Teile der Beschäftigungsgewinne im Verarbeitenden Gewerbe verloren, die während des Wirtschaftsaufschwungs nach der Finanz- und Wirtschaftskrise entstanden waren. Bereits in der Coronavirus-Pandemie waren viele Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe verloren gegangen. Seit 2024 bauten weite Teile des Verarbeitenden Gewerbes erneut erheblich Beschäftigung ab.

Vor allem in energieintensiven Bereichen und der Kraftfahrzeugindustrie fielen Stellen weg. Seit 2019 bauten die häufig energieintensiven Vorleistungsgüterproduzenten, die ebenfalls eher energieintensive Metallbe- und -verarbeitung, der Maschinenbau sowie die Kraftfahrzeugherstellung überproportional Stellen ab. Aufgrund der Transformation der Kraftfahrzeugindustrie hin zur E-Mobilität ist ein gewisser Stellenabbau zu erwarten, da die Wertschöpfungstiefe bei der Herstellung von E-Fahrzeugen geringer als bei der Produktion von Personenkraftwagen mit Verbrennungsmotor ist. Hinzu kommen Absatzprobleme auf wichtigen Exportmärkten. Ausschlaggebend dafür war die schwache globale Nachfrage nach Automobilen mit Verbrennungsmotor und die wachsende Konkurrenz insbesondere chinesischer Anbieter.[1)] Relativ stabil blieb die Beschäftigung in der konsumnahen Industrie und dem Bereich „Elektronik, Elektrotechnik“. Über einen längeren Zeitraum nahm auch die Beschäftigung in den „sonstigen“ Wirtschaftsabschnitten deutlich zu. Darunter wurden hier der sonstige Fahrzeugbau, die Medizintechnik sowie die Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen zusammengefasst, die allesamt spürbar gewachsen sind.

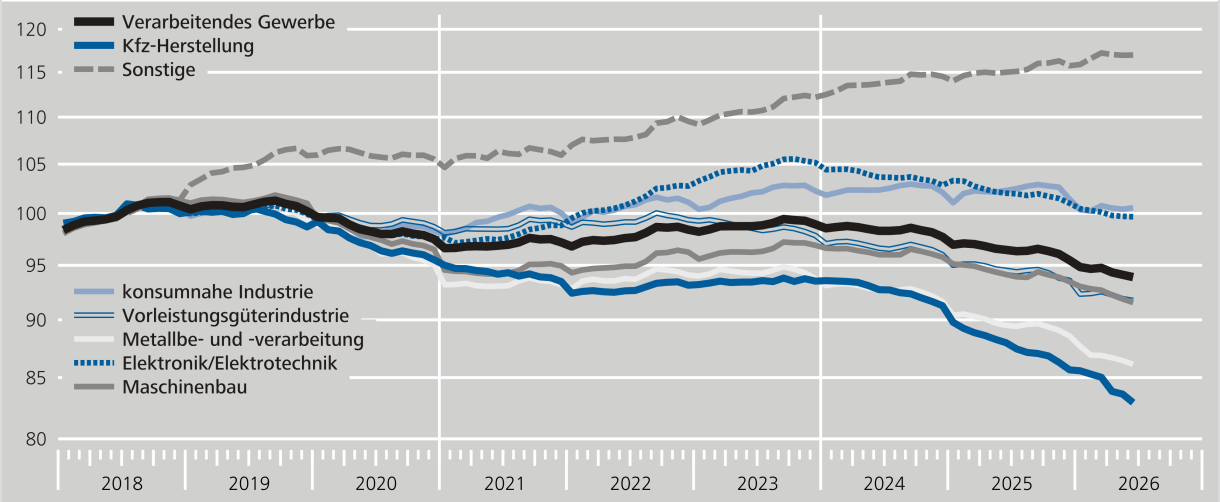
1 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025, 2026c).

Der Beschäftigungsabbau im Verarbeitenden Gewerbe führte bislang nicht zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit. Zudem wurden in den vergangenen zwei Jahren trotz des umfangreichen Stellenabbaus nur moderat mehr Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe arbeitslos als zuvor.[2)] Dies spricht dafür, dass das Verarbeitende Gewerbe – nach einer Phase des Labour Hoardings – Stellen größtenteils über natürliche Fluktuation und Zurückhaltung bei Neueinstellungen abbaute und nicht über größere betriebsbedingte Entlassungen.

Erwerbstätigkeit in Betrieben mit mehr als 50 Mitarbeitern nach Industriebranchen

Schaubild 4.4

2018 = 100, log. Maßstab



Quelle: Industriebericht von Destatis.
Deutsche Bundesbank

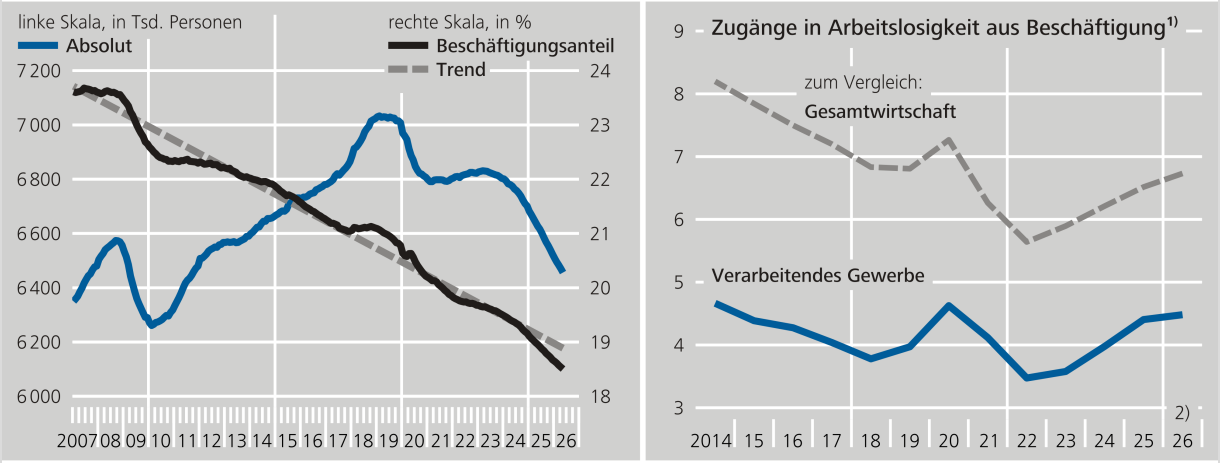
Das Verarbeitende Gewerbe verliert, abgesehen von konjunkturellen Schwankungen, seit längerem an Bedeutung. Der Beschäftigungsanteil im Verarbeitenden Gewerbe aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sank von gut 22 % im Jahr 2010 auf jüngst circa 18,5 %. Selbst in Zeiten des Stellenaufbaus während der 2010er Jahre war der Beschäftigungszuwachs in den Dienstleistungsbereichen deutlich kräftiger als in der Industrie. Der Strukturwandel weg von der Industrieproduktion und hin zur Dienstleistungswirtschaft hält seit Jahrzehnten an und ist kein neues Phänomen der aktuellen Transformation.

2 Die Übergangsrate von Beschäftigung in Arbeitslosigkeit (BA-Rate) im Verarbeitenden Gewerbe lag durchweg unter der BA-Rate in der Gesamtwirtschaft, da Beschäftigungsverhältnisse im Verarbeitenden Gewerbe tendenziell stabiler sind als in vielen Dienstleistungsbereichen. Seit 2019 stieg die BA-Rate im Verarbeitenden Gewerbe jedoch relativ gegenüber der gesamtwirtschaftlichen BA-Rate an. Darin dürften sich auch die strukturellen Probleme des Verarbeitenden Gewerbes widerspiegeln.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe

Schaubild 4.5

Monatswerte



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. **1** Rate in %, relativ zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in der jeweiligen Wirtschaftsabgrenzung. Werte beziehen sich auf den Zeitraum von Juli des Vorjahres bis Juni des angezeigten Jahres. **2** Mangels aktuellerer Daten beziehen sich die Daten zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen auf den Durchschnitt des 2. Halbjahres 2025.

Deutsche Bundesbank

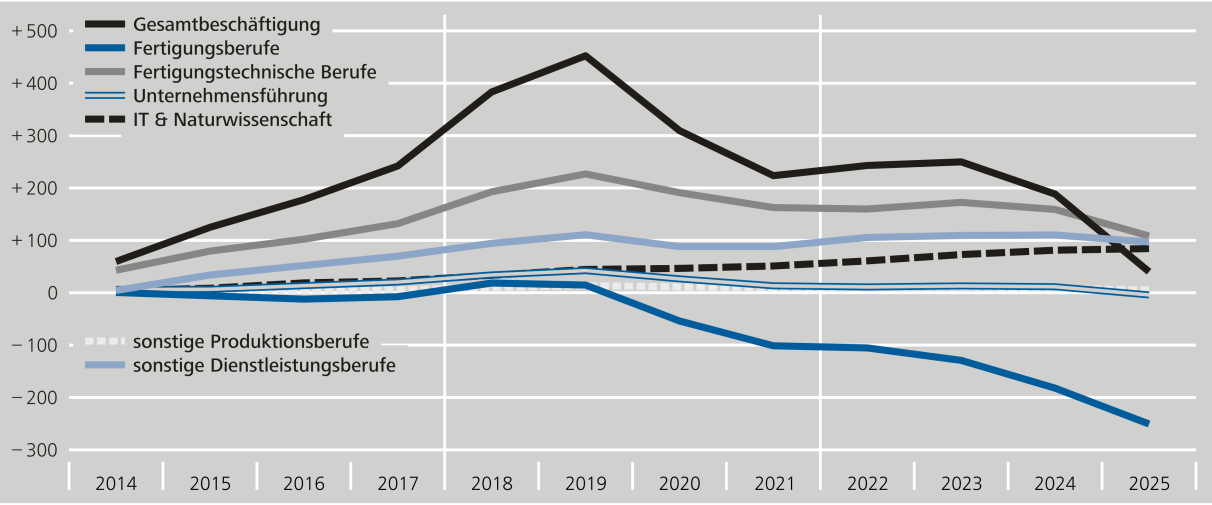
Der Strukturwandel in der Industrie geht mit sich wandelnden beruflichen und qualifikatorischen Anforderungen einher. Bereits seit 2019 nahm die Zahl klassischer Fertigungsberufe in der Produktion ab. In den vergangenen zwei Jahren beschleunigte sich der Stellenabbau innerhalb der Fertigungsberufe zudem. Auf dieses Berufssegment entfällt damit ein Großteil des Stellenabbaus im Verarbeitenden Gewerbe. Gleichzeitig stieg die Beschäftigung in einigen höherqualifizierten Tätigkeiten. Insbesondere IT-Spezialisten und Naturwissenschaftler wurden weiter eingestellt. Die Stellenzahl in fertigungstechnischen Berufen hielt sich relativ gut. [3)] Dies veranschaulicht den Strukturwandel im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland, in dem forschungs- und wissensintensive Tätigkeiten sowie Steuerungs- und Kontrollaufgaben gegenüber einfachen Fertigungsberufen mit reinen Produktionsarbeiten an Bedeutung gewinnen. Ein solcher Strukturwandel kann die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie stärken. Voraussetzung dafür sind jedoch investitions- und beschäftigungsfreundliche Rahmenbedingungen, die Anpassungen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten erleichtern.

3 Dazu zählen Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe sowie technische Forschungs-, Entwicklungs-, Konstruktions- und Produktionssteuerungsberufe, die meist höhere Anforderungs- und Qualifikationsmerkmale als Fertigungsberufe aufweisen. Fertigungsberufe sind in der Regel mit reinen Produktionsaufgaben verbunden (zum Beispiel Glas-, Keramik- und Kunststoffherstellung und -bearbeitung, Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallbauberufe).

Berufsstruktur im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland*)

Schaubild 4.6

Tausend Beschäftigte, Veränderung gegenüber 2013, Jahresdurchschnitte



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Gemessen anhand der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.
Deutsche Bundesbank

4 Tariflöhne stiegen im Frühjahr schwächer

Die Tarifverdienste stiegen im zweiten Quartal 2026 schwächer als zuvor. Einschließlich der Nebenvereinbarungen nahmen sie im Frühjahr um 2,6 % gegenüber dem Vorjahr zu, nach 2,8 % im Winter. Die Grundvergütungen, aus denen die Sonder- und Einmalzahlungen herausgerechnet werden, erhöhten sich im Frühjahr mit 2,6 % gegenüber dem Vorjahr deutlich schwächer als im Winter (3,3 %).

Die jüngst vereinbarten Tariflohnanhebungen fielen niedriger als in den Vorjahren aus. Zum Beispiel einigten sich die Tarifparteien im Groß- und Außenhandel einschließlich der Nullmonate auf einen Lohnanstieg von etwa 2,5 % pro Jahr. Das entspricht dem langfristigen Branchendurchschnitt seit 2007. Gründe für dieses gemessen an den Lohnforderungen von 7 % für eine Laufzeit von zwölf Monaten eher niedrige Lohnergebnis sind unter anderem die schwache Industriekonjunktur und ungünstige Beschäftigungserwartungen. Die preisbereinigten Löhne der in dieser Branche Beschäftigten werden 2026 voraussichtlich sinken und 2027 leicht steigen.

Bislang gibt es keine Hinweise darauf, dass der Irankrieg über höhere Tariflöhne Zweitrundeneffekte auf die Inflationsrate auslöst. Die Neuabschlüsse sehen vergleichsweise moderate Lohnsteigerungen vor, und die Lohnforderungen liegen nur wenig über ihrem historischen Durchschnitt. Die Gewerkschaften betonten zuletzt zwar häufiger die höhere Inflation. Dies führte aber bisher nicht zu deutlichen Lohnaufschlägen. Die Lohnforderungen liegen aktuell weiterhin zwischen 6 % und 11 % für eine Laufzeit von zwölf Monaten. Im Einzelhandel steht eine Einigung weiter aus.

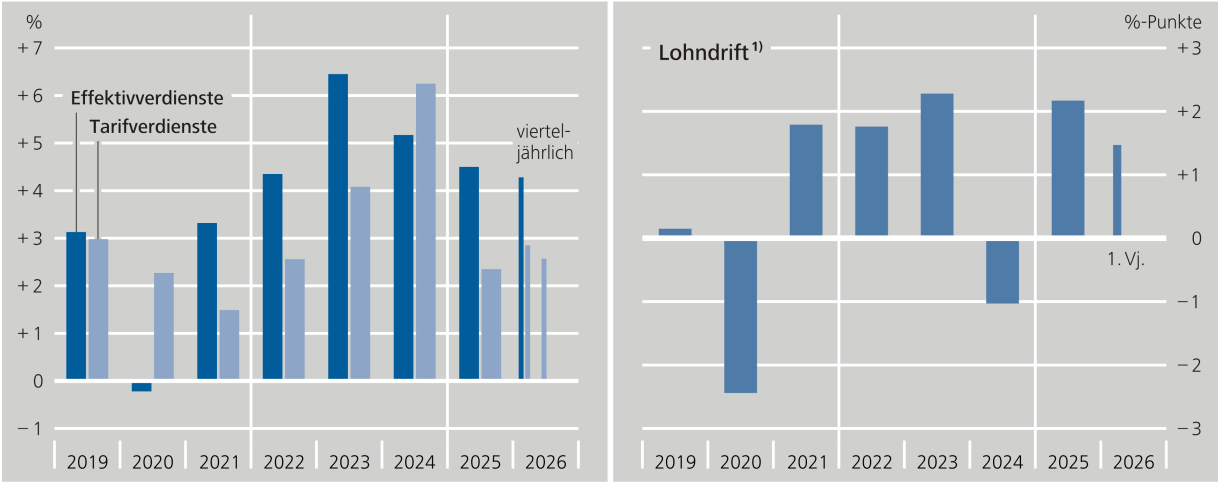
Die Effektivverdienste stiegen im Frühjahr wohl ähnlich stark wie im Winter. Dies legt der Nominallohnanstieg um 4,0 % gegenüber dem Vorjahr für das zweite Quartal 2026 in der Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes nahe.[6)] Die Bruttoverdienste erhöhten sich demnach erneut deutlich stärker als die Tarifverdienste.

6 Die Effektivverdienste liegen erst mit der Veröffentlichung der VGR-Detailergebnisse zum zweiten Quartal 2026 am 25. August 2026 vor. In die vorläufigen Berechnungen auf Basis der Verdiensterhebung gehen – im Unterschied zu den Effektivverdiensten aus den VGR – die Nominallöhne ein. Sie liegen nur für die Wirtschaftsabschnitte A bis S vor.

Arbeitsentgelte und Lohndrift

Schaubild 4.7

Veränderung gegenüber Vorjahr, auf Monatsbasis



Quellen: Statistisches Bundesamt (Effektivverdienste) und Deutsche Bundesbank (Tarifverdienste). **1** Die Lohndrift wird als Vorjahresrate des Verhältnisses aus Effektiv- zu Tarifverdiensten berechnet.

Deutsche Bundesbank

5 Inflationsrate stieg im Frühjahr vor allem aufgrund höherer Energiepreise merklich

Die Verbraucherpreise zogen im Frühjahr kräftig an. Gegenüber dem Vorquartal stiegen die Verbraucherpreise (HVPI) im zweiten Quartal 2026 saisonbereinigt um 0,9 %, nach 0,7 % im ersten Quartal. Infolge des Krieges im Nahen Osten verteuerten sich Energieprodukte weiterhin merklich, insbesondere Kraftstoffe und Heizöl. Bei Mineralölprodukten wirkten neben höheren Rohölpreisen auch gestiegene Raffineriemargen preistreibend. Die vorübergehend gesenkte Energiesteuer auf Benzin und Diesel („Tankrabatt“) dämpfte den Preisanstieg zwar etwas. Sie glich den Einfluss der höheren Großhandelspreise jedoch nur teilweise aus. Bei Industriegütern ohne Energie verstärkte sich der Preisauftrieb dagegen nur etwas. Wegen der hohen Nachfrage nach Anwendungen der künstlichen Intelligenz verteuerten sich einzelne Güter und Dienstleistungen für die Informationsverarbeitung deutlich, vor allem Speichermedien und bestimmte Softwareprodukte.[7)] Aufgrund des geringen Anteils am HVPI-Warenkorb war ihr Beitrag zur Teuerungsrate aber gering. Die Preise für Dienstleistungen stiegen ähnlich stark wie im Vorquartal und damit im historischen Vergleich weiterhin überdurchschnittlich. Besonders kräftig verteuerten sich Flugreisen. Hierzu dürften die höheren Kerosinpreise beigetragen haben. Bei Nahrungsmitteln schwächte sich der Preisauftrieb dagegen etwas ab, da der Preisdruck auf vorgelagerten Stufen nachließ. Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise sanken im April, Mai und Juni deutlich. Niedrigere Preise für Obst, Gemüse und Molkereiprodukte glichen den kräftigen Preisanstieg bei Tabakwaren mehr als aus.

7 Der Anteil von Gütern und Dienstleistungen für die Informationsverarbeitung im HVPI ist aktuell relativ gering, mit rund 0,1 % für Software und 1,6 % für Informationsgüter. Die Teuerungsrate von Software unterliegt generell starken Schwankungen. Unter den Informationsgütern stieg die Teuerungsrate für Speichermedien, für deren Herstellung Halbleiter eine entscheidende Rolle spielen, besonders stark.

Auch in der Vorjahresbetrachtung verstärkte sich der Preisauftrieb im zweiten Quartal 2026 merklich. Die Inflationsrate stieg von 2,3 % im Winter auf 2,6 % im Frühjahr. Der Energiepreisschock unterbrach damit den bis dahin weit vorangeschrittenen Disinflationsprozess. Im Januar und Februar 2026 hatte die Vorjahresrate nahe 2 % gelegen. Im Gegensatz zur letzten Hochinflationsphase ist der erneute Teuerungsanstieg bislang aber nicht breit angelegt, sondern stark auf Energieprodukte konzentriert. Indirekte Effekte des Energiepreisschubs auf andere Komponenten des HVPI, insbesondere Nahrungsmittel und Industrieerzeugnisse ohne Energie, sind bisher begrenzt. Diese treten üblicherweise mit einer deutlichen Verzögerung auf.[8)] Die Kerninflationsrate, gemessen am HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel, sank im Gegensatz zur Gesamtrate leicht von 2,5 % im Vorquartal auf 2,4 %. Ausschlaggebend hierfür war vor allem die überraschend schwache Preisdynamik der Pauschalreisen. Ohne die volatilen Komponenten Bekleidung und Reisedienstleistungen lag die Kernrate unverändert bei 2,5 %.

Im Juli erhöhte sich die Inflationsrate, nach einem kurzen Rückgang im Juni, wieder deutlich auf 2,8 %.[9)] Vor allem Energie verteuerte sich merklich kräftiger als zuvor, insbesondere weil die vorübergehende Energiesteuersenkung für Benzin und Diesel auslief. Zusätzlich verstärkten höhere Raffineriemargen den Preisauftrieb. Auch die Nahrungsmittelpreise stiegen nach den Rückgängen in den Vormonaten wieder. Vor allem Käse und Gemüse verteuerten sich merklich. Bei Industriegütern ohne Energie verstärkte sich der Preisauftrieb ebenfalls deutlich. Hierzu trug insbesondere der kräftige Preisanstieg bei Arzneimitteln bei, der die Inflationsrate im Juli um 0,2 Prozentpunkte erhöhte. Dieser dürfte mit der Änderung der Apothekenverordnung zum 1. Juli zusammenhängen. Preisrückgänge gab es dagegen bei Bekleidung und Schuhen. Bei Dienstleistungen verringerte sich der Preisauftrieb. Dazu trugen niedrigere Flugpreise sowie ein abschwächender Basiseffekt bei. Bei den Mieten verstärkte sich der bereits zuvor im langfristigen Vergleich überdurchschnittliche Preisauftrieb dagegen im Juli nochmals. Die Kernrate ohne Energie und Nahrungsmittel erhöhte sich von 2,5 % im Juni auf 2,6 % im Juli.

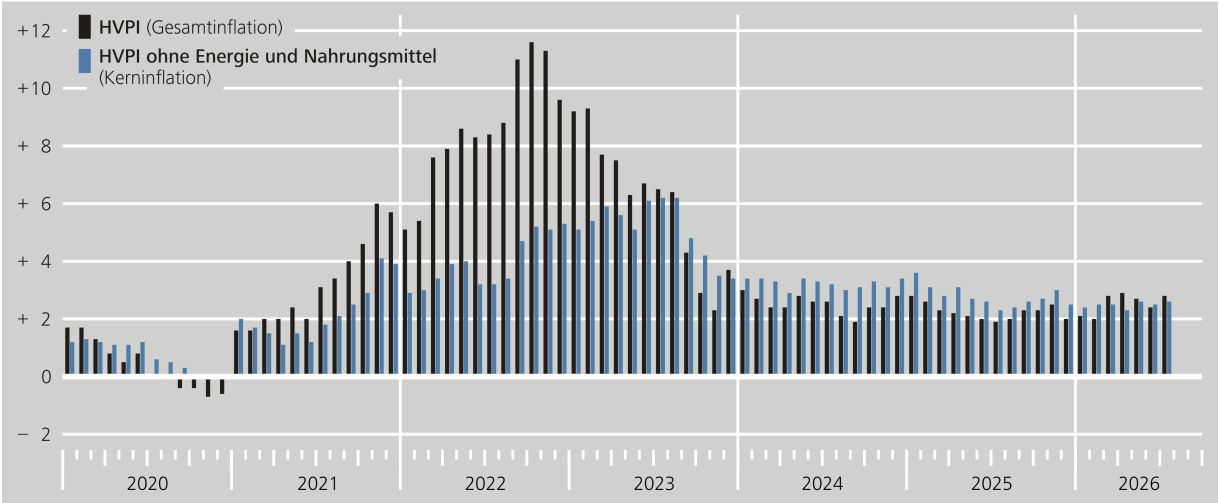
8 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026b).

9 Die Vorjahresrate des nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) erhöhte sich von 2,3 % im Juni auf 2,8 % im Juli.

Gesamt- und Kerninflation in Deutschland

Schaubild 4.8

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, monatlich



Quelle: Eurostat.
Deutsche Bundesbank

Die Inflationsrate könnte in den kommenden Monaten vorübergehend noch weiter ansteigen. Der Ausblick hängt dabei nach wie vor maßgeblich vom Verlauf des Krieges im Nahen Osten und von der Entwicklung der Energiepreise ab. Für die kurzfristige Entwicklung der Preise für Kraftstoffe und Heizöl sind neben den Rohölpreisen insbesondere die Raffineriemargen bedeutsam. Ein anhaltender oder eskalierender Krieg im Nahen Osten dürfte die Förderung und den Export von Rohöl weiter beeinträchtigen. Zudem verknappen bereits jetzt kriegsbedingte Schäden an Raffinerien dort und in Russland zusammen mit der Blockade der Straße von Hormus das Angebot an Mineralölerzeugnissen weltweit. Bleiben die Energiepreise auf vorgelagerten Stufen hoch oder steigen sie weiter, könnte sich der Kostendruck zunehmend auf die Verbraucherpreise anderer Waren und einzelner Dienstleistungen übertragen.

6 Im dritten Quartal dürfte die Wirtschaftsleistung allenfalls noch leicht zulegen

Im dritten Quartal dürften die Folgen der niedrigen Pegelstände auf wichtigen Wasserstraßen die Erholung der deutschen Wirtschaft vorübergehend ausbremsen. Die deutsche Wirtschaft startet zwar auch in die zweite Jahreshälfte mit einer recht kräftigen konjunkturellen Grundtendenz. Die robuste Auftragslage in der Industrie liefert gute Voraussetzungen für eine weiterhin positive Exportentwicklung. Auch von den staatlichen Ausgaben dürften fortgesetzte Impulse für die wirtschaftliche Dynamik ausgehen. Neben höheren Verteidigungsausgaben könnten sich nach und nach steigende Infrastrukturinvestitionen stärker bemerkbar machen. Denn im Mai stiegen die Bestellungen öffentlicher Auftraggeber im Bauhauptgewerbe kräftig an. Gleichzeitig bleiben jedoch mehrere Belastungsfaktoren bestehen, und durch die ausgeprägte Dürreperiode kommen vorübergehend weitere Einschränkungen hinzu. Nur noch begrenzt nutzbare Transportwege auf wichtigen Flüssen und kräftig steigende Transportkosten dürften die Industrieproduktion und den Exportanstieg deutlich beeinträchtigen. Das Niedrigwasser belastet damit auch die gesamtwirtschaftliche Aktivität im dritten Quartal spürbar.[10)] Der grundsätzlich angelegte konjunkturelle Rückenwind durch die Auslandsnachfrage wird zunächst großenteils ausgebremst. Ferner dämpfen die immer noch niedrige Kapazitätsauslastung in der Industrie und die zuletzt gestiegenen Zinsen die Investitionen der Unternehmen. Zwar verbesserte sich das ifo Geschäftsklima bei den Investitionsgüterproduzenten im Juli leicht. Ein deutlicher Investitionsimpuls seitens der Unternehmen zeichnet sich aber noch nicht ab. Bei den Dienstleistern dürften die weniger konsumnahen Branchen wie vor allem die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen weiter expandieren. Dafür spricht, dass sich das ifo Geschäftsklima insbesondere in diesen Bereichen aufgehellt hat. Konsumnahe Dienstleister dürften jedoch unter Druck bleiben. Der private Konsum wird durch die anhaltend hohen Energiepreise belastet. Auch der schwache Arbeitsmarkt und pessimistische Einkommenserwartungen tragen zu einer weiterhin schwachen Konsumneigung der privaten Haushalte bei. Diese zeigt sich etwa in dem eingetrübten GfK-Konsumklima. Schließlich dürfte die abgeschwächte Nachfrage im Wohnungsbau die Bauaktivität bremsen. Insgesamt wird die Erholung der deutschen Wirtschaft im dritten Quartal wohl vorübergehend deutlich an Schwung verlieren.

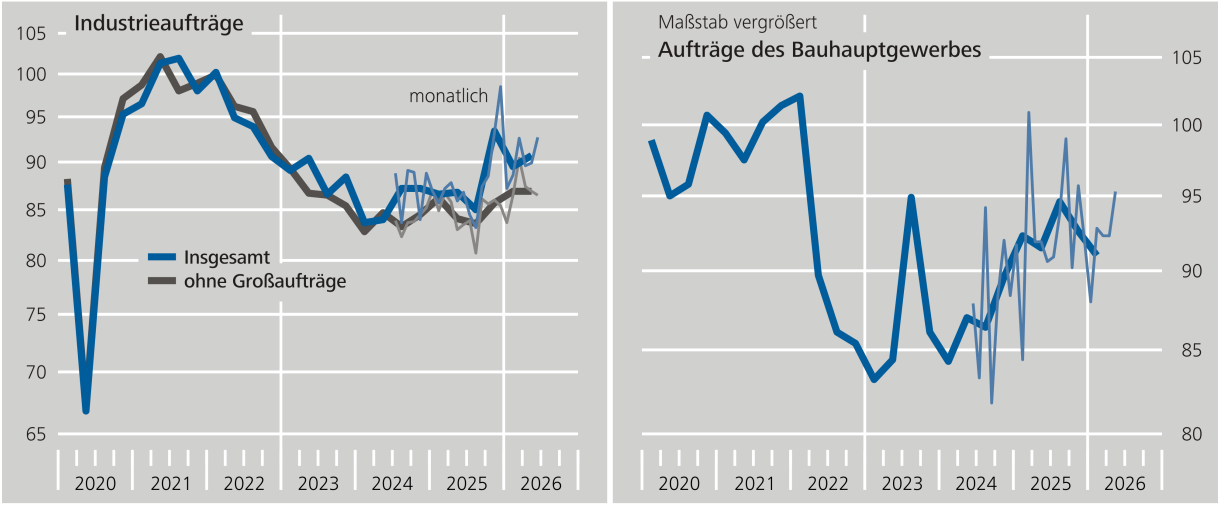
10 Diese Einschätzung basiert auf Analysen der Niedrigwasserperiode 2018, vgl.: Ademmer et al. (2023).

Die deutsche Industrie zeigt sich resilient, sieht sich jedoch weiterhin erheblichen Risiken gegenüber. Sie dürfte kurzfristig weiter von steigenden Exporten profitieren. Dafür spricht insbesondere die stabile Auslandsnachfrage. Der Auftragseingang aus dem Ausland lag im zweiten Quartal sowohl mit als auch ohne die volatilen Großaufträge deutlich über dem Vorquartal. Vor allem aus Ländern außerhalb des Euroraums war die Nachfrage weiterhin klar aufwärtsgerichtet. Insgesamt ging die Nachfrage nach Vorleistungsgütern zurück, zugleich nahm jedoch die Nachfrage nach Investitionsgütern sowie Konsumgütern zu. Dies könnte darauf hindeuten, dass die stützenden Sondereffekte im Zusammenhang mit dem Krieg im Nahen Osten allmählich auslaufen und zunehmend von einer breiter angelegten konjunkturellen Belebung abgelöst werden. Dazu passen auch die Stimmungsindikatoren. Die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe schätzten im Juli laut ifo Institut sowohl ihre aktuelle Lage als auch ihre Geschäftserwartungen besser ein. Auch der Einkaufsmanagerindex von S&P Global stieg für die Industrie zuletzt deutlich und liegt weiterhin klar über der Expansionsschwelle. Zwar befinden sich die ifo Exporterwartungen weiterhin im negativen Bereich, die Produktionspläne drehten zuletzt jedoch wieder ins Plus. Gleichzeitig verschlechterte sich allerdings laut ifo die wahrgenommene Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sowohl gegenüber den Ländern des Euroraums als auch gegenüber Drittstaaten. Auch die Belastungsfaktoren wie hohe Energiekosten und Lieferkettenstörungen durch den Krieg im Nahen Osten spielen weiterhin eine Rolle. So liegt die Materialknappheit im Verarbeitenden Gewerbe laut ifo nach wie vor auf erhöhtem Niveau. Hinzu kommen neue Risiken durch die anhaltend niedrigen Pegelstände auf den deutschen Wasserstraßen, insbesondere durch den Rekordtiefstand des Rheins. Dadurch dürfte es zu zusätzlichen Lieferverzögerungen kommen, was die Materialknappheit weiter verschärft, Transportkosten erhöht und Produktion verzögert. Dies dürfte die sich gerade festigende Industriekonjunktur vorerst spürbar belasten.

Nachfrage nach Industriegütern und Bauleistungen

Schaubild 4.9

in konstanten Preisen, 2021 = 100, saison- und kalenderbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.
Deutsche Bundesbank

Im Bau dürfte sich die Erholung im dritten Quartal fortsetzen, wenn auch mit gedämpfter Dynamik. Die temporären Nachholeffekte aus der im ersten Quartal entfallenen Produktion dürften schrittweise nachlassen. Zudem dürfte sich die gedämpfte Nachfrage im Wohnungsbau stärker bemerkbar machen. Diese zeigte sich in den Baugenehmigungen, die im Quartalsdurchschnitt deutlich abnahmen. In der eingetrübten Nachfrage spiegeln sich die Belastungen durch den Krieg im Nahen Osten in Form von Kaufkraftverlusten und gestiegenen Hypothekenzinsen wider. Zudem stiegen die Baupreise kräftig an, auch weil die Branche aufgrund des Krieges im April und Mai unter Materialknappheit infolge gestörter Lieferketten litt. Für Auftrieb im Bausektor sorgen hingegen vermehrte öffentliche Aufträge – vermutlich für Infrastrukturprojekte. Insgesamt spricht die Indikatorenlage für eine weitere, wenn auch verhaltene, Erholung der Bauwirtschaft. Die Kapazitätsauslastung lag in der Branche laut ifo Institut im Juli auf dem höchsten Niveau seit über zwei Jahren. Zudem verbesserten sich zuletzt laut ifo Institut sowohl die Lageeinschätzung als auch die Geschäftserwartungen der Unternehmen etwas.

In diesem Beitrag wurden Daten bis zum 19. August 2026, 11:00 Uhr berücksichtigt.

Literaturverzeichnis

Ademmer, M., N. Jannsen und S. Meuchelböck (2023), Extreme Weather Events and Economic Activity: The Case of Low Water Levels on the Rhine River, German Economic Review, Vol. 24(2), S. 121 – 144.

Deutsche Bundesbank (2026a), Bank Lending Survey – Results for Germany: Juli 2026.

Deutsche Bundesbank (2026b), Direkte, indirekte und Zweitrundeneffekte eines Anstiegs der Energierohstoffpreise – eine Begriffsklärung, Monatsbericht, Juni 2026.

Deutsche Bundesbank (2026c), Jüngste Entwicklung der deutschen Exportmarktanteile und ihrer Triebkräfte, Monatsbericht, März 2026.

Deutsche Bundesbank (2026d), Monatsbericht, Juni 2026.

Deutsche Bundesbank (2025), Was steckt hinter dem mehrjährigen Rückgang der deutschen Exportmarktanteile?, Monatsbericht, Juli 2025.

Statistisches Bundesamt (2026), Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal 2026 um 0,2 % höher als im Vorquartal (+ 0,9 % zum Vorjahresquartal), Pressemitteilung Nr. 269.

Verband der Automobilindustrie (2026), Pkw-Produktion in Deutschland im Juni 2026, Pressemitteilung vom 3. Juli 2026.

Öffentliche Finanzen

1 Gesamtstaat [1)]

1.1 Ausgaben treiben Defizit und Beitragssätze

Die deutschen Staatsfinanzen sind expansiv ausgerichtet. Das Defizit steigt vor allem durch stark wachsende Ausgaben. Gemäß der Bundesbankprognose vom Juni [2)] wächst die Defizitquote bis 2028 auf etwa 5 % und die Schuldenquote auf etwa 70 % (2025: 2,8 % beziehungsweise 63,5 % [3)]). Am stärksten schlagen höhere Ausgaben für Verteidigung zu Buche. Eine Rolle spielen zudem nicht-militärische Investitionsausgaben, Steuersenkungen und zusätzliche Transfers (etwa für niedrigere Stromnetz-Entgelte oder höhere Mütterrenten). Die Zinslasten nehmen ebenfalls deutlich zu, vor allem aufgrund höherer Zinssätze. Stark wachsende Ausgaben der Sozialversicherungen wirken vorübergehend ebenfalls expansiv. Bei der Krankenversicherung stehen ab 2027 verschiedene Sparmaßnahmen gegenüber. [4)] Bei Pflegeversicherung und Rentenversicherung steigen ab 2027 beziehungsweise 2028 die Beitragssätze. Bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) atmen die arbeitsmarktbedingten Ausgaben im Konjunkturzyklus: Derzeit steigen sie stark, mit der Konjunkturerholung werden sie wieder sinken.

Der fiskalische Ausblick bis 2028 hat sich seit der Juni-Prognose nicht entscheidend geändert. Die geplante Rentenreform dürfte die Bundesfinanzen zwar längerfristig deutlich entlasten, aber zunächst ab 2028 steigende Mehrbelastungen mit sich bringen (Kapitel 6). Die neuen Bundesplanungen enthalten zwar eine umfangreiche Konsolidierung. Sie ist aber erst in kleinerem Umfang konkretisiert (Kapitel 3.2). Hier verbleibt damit ein hoher Handlungsbedarf, um die Schuldenbremse ab 2028 einzuhalten und einen potenziellen Konflikt mit den EU-Regeln zu vermeiden.

1 **Kapitel 1 bezieht sich auf den Gesamtstaat und auf Daten der VGR und die Maastricht-Schulden. Die nachfolgenden Kapitel beziehen sich auf die Haushaltsentwicklungen und -planungen in der finanzstatistischen beziehungsweise haushaltsmäßigen Abgrenzung.**

2 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026a), Kapitel „Finanzpolitische Annahmen“ und „Ausblick für die öffentlichen Finanzen“.

3 Auf Basis des vom Statistischen Bundesamt Ende Juli revidierten (nominalen) BIP ergibt sich eine Schuldenquote von 62,7 %.

4 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026b), Kapitel „Wichtige Reformen geplant“. Im Gesetz sind manche Maßnahmen gegenüber dem Entwurf in ihrer Entlastungswirkung für die Krankenversicherung abgeschwächt.

1.2 Große Spielräume aus Fiskalregeln weit ausgelegt

Die Fiskalregeln für den Bund und den Gesamtstaat bieten derzeit große Spielräume. Die Bundesregierung legt diese zudem sehr weit aus. Die nationalen Regeln erlauben über die Bereichsausnahme für Verteidigung und das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (Sondervermögen IK) umfangreiche Kreditaufnahmen. Diese Sonderkredite finanzieren aber nicht nur Zuwächse bei den begünstigten Ausgaben. Sie schließen auch Haushaltslücken oder finanzieren andere Maßnahmen.[5)] Insgesamt greift der Bund verstärkt auf Gestaltungsspielräume zurück (Kapitel 3.2). Die EU-Vorgaben lassen Deutschland derzeit ebenfalls große Spielräume. So nutzt Deutschland die EU-Ausnahme für Verteidigung. Darüber hinaus legte es die regulären Spielräume mit seinem finanzpolitisch-strukturellen Plan vom vergangenen August weit aus.[6)]

Dennoch stehen die Staatsfinanzen an verschiedenen Stellen potenziell im Konflikt mit den weiten Fiskalvorgaben.

- So weist die Bundesplanung derzeit noch einen erheblichen, nicht konkretisierten Konsolidierungsbedarf aus, um die Schuldenbremse ab 2028 einzuhalten.
- Bei den Gemeinden wachsen die überjährigen Kassenkredite voraussichtlich weiter deutlich. Dies zeigt Schieflagen an und passt nicht zu den Haushaltsvorgaben.[7)]
- Bei den Sozialversicherungen überbrückt der Bund Finanzierungslücken mit unverzinslichen, überjährigen und teils bereits verlängerten Krediten (Kapitel 3.2). Strukturelle Finanzierungslücken wären dort jedoch eigentlich durch höhere Beitragssätze oder Ausgabenkürzungen zu schließen.

5 Es gibt unterschiedliche Ansätze, um Zusätzlichkeit im Kontext der erweiterten Kreditspielräume abzugrenzen. Vgl. ausführlicher mit Blick auf das Sondervermögen IK: Deutsche Bundesbank (2026c), Kapitel „Grundsätzliche Überlegungen zur Abgrenzung von zusätzlichen Investitionen in die Infrastruktur“.

6 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025a), Kapitel „EU-Regeln: Deutschland hat Plan vorgelegt“.

7 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026b), Kapitel „Länderfinanzen“.

- Hinsichtlich der gesamtstaatlichen EU-Regeln plant das Bundesministerium der Finanzen (BMF) für 2026 mit einem Defizit oberhalb des 3 %-Referenzwertes. Gemäß der Planung ist der Referenzwert auch dann noch überschritten, wenn man die exkulpierten Verteidigungsausgaben abzieht.[8)] Auch der Stabilitätsrat äußerte die Sorge, dass Deutschland die 3 %-Grenze für die gesamtstaatliche Defizitquote verletzen könnte.[9)] Gestützt auf eine günstigere Prognose leitete die Europäische Kommission kein Defizitverfahren ein.[10)] Im weiteren Verlauf wird sie das Ergebnis für 2026 diesbezüglich bewerten.

Wirksame Fiskalregeln sind kein Selbstzweck, sondern sichern resiliente Staatsfinanzen und damit auch eine stabilitätsorientierte Währungsunion. Deutschland hat im internationalen Vergleich noch eine relativ niedrige Schuldenquote und weiterhin das bestmögliche Rating an den Kapitalmärkten. Insoweit ist es vertretbar, mit vorübergehend höheren Nettokreditaufnahmen dringende und umfangreiche Mehrbedarfe bei Verteidigung und Infrastruktur zu finanzieren. Mit den derzeitigen Planungen besteht allerdings die Gefahr, dass die Defizitquote nicht nur kurzfristig, sondern dauerhaft über 4 % liegt. In diesem Fall steigt die Schuldenquote langfristig über 100 %, die Zinslasten wachsen stark, und fiskalische Handlungsmöglichkeiten gehen verloren. Eine solche Entwicklung widerspricht auch den EU-Regeln und gefährdet die Resilienz der Staatsfinanzen.

1.3 Reform-Momentum beibehalten und auch für solide Staatsfinanzen nutzen

Deutschland steht vor großen finanzpolitischen Herausforderungen. Einige wichtige und umfangreiche Strukturreformen sind auf dem Weg und zu begrüßen. Es kommt nun darauf an, die verschiedenen Reformen zügig umzusetzen. Je früher die Reformmaßnahmen in Kraft treten, umso früher können sie Wachstumsbedingungen verbessern sowie Staatsfinanzen und Sozialsystem entlasten. Solide Staatsfinanzen, verlässliche Sozialsysteme und eine effiziente Verwaltung unterstützen eine gute wirtschaftliche Entwicklung.

8 Vgl.: Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2026). Zu dieser Einschätzung kommt auch die Bundesbank-Prognose vom Juni 2026, vgl.: Deutsche Bundesbank (2026a), Kapitel „Ausblick für die öffentlichen Finanzen"".

9 Vgl.: Stabilitätsrat (2026). Mitglieder des Stabilitätsrates sind der Bundesminister der Finanzen, die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder sowie die Bundeswirtschaftsministerin.

10 Vgl.: Europäische Kommission (2026a).

- Bei den Sozialversicherungen arbeitet die Bundesregierung daran, sie dauerhaft solide aufzustellen. So plant sie, das umfassende und wegweisende Paket der Alterssicherungskommission vollständig umzusetzen (Kapitel 6). Die Reform der Krankenversicherung vom Juli dürfte den Druck auf die Beitragssätze vorübergehend deutlich mildern. Weitere längerfristig angelegte Reformen sind sowohl für die Kranken- als auch für die Pflegeversicherung angekündigt.
- Mit Blick auf die Gebietskörperschaften will die Bundesregierung Verwaltungsprozesse verbessern. Zudem will sie Bürokratielasten senken. Dazu sollen Berichtspflichten möglichst entfallen sowie die Verwaltung stärker digitalisiert werden. Zudem sollen Genehmigungsverfahren vereinfacht und Genehmigungsfiktionen ausgeweitet werden. Es spricht viel dafür, dabei breit und ebenenübergreifend koordiniert vorzugehen. [11)]

Deutschland sollte eine glaubwürdige Aussicht auf wieder sinkende Defizit- und Schuldenquoten geben. Dies sehen auch die EU-Regeln spätestens für das nächste Jahrzehnt vor – und machen damit engere Vorgaben als die erweiterte Schuldenbremse. Für den Bund bedeutet dies, die offenen Konsolidierungsbedarfe in seiner Planung mit konkreten Maßnahmen zu schließen und zum Ende der Planung darüber hinaus in den Defizitabbau einzusteigen.

Um den deutschen Staatsfinanzen wieder stabile Leitplanken zu geben, ist eine Reform der Schuldenbremse wichtig. Die Bundesregierung plant gemäß Koalitionsvertrag eine Reform und hatte eine Kommission beauftragt, Empfehlungen zu erarbeiten. Deren Bericht liegt noch nicht vor. Im November 2025 brachte die Bundesbank einen eigenen Vorschlag ein. [12)] Demnach soll die Bereichsausnahme schrittweise ab 2030 auslaufen. Zudem verankert der Vorschlag die Grundziele der EU-Verträge und -Fiskalregeln wieder in den nationalen Kreditgrenzen. Des Weiteren verstetigt er einen Kreditspielraum für Investitionen in Infrastruktur, knüpft diesen aber stärker an den Nachweis zusätzlicher Ausgaben. Letztlich ist es an den politisch Verantwortlichen, die Grundlinien einer Reform festzulegen und im Grundgesetz zu verankern.

11 Vgl. zu den Bürokratielasten für Unternehmen auch: Deutsche Bundesbank (2026d).

12 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025b).

Exkurs

EU-Fiskalregeln: mehr Flexibilität, höhere Schulden

EU-Regeln reformiert und bei erster Anwendung Ausnahme eingeräumt

2024 wurden aus den neuen EU-Fiskalregeln erstmals länderspezifische Haushaltsgrenzen abgeleitet. Diese wurden mit den finanzpolitisch-strukturellen Plänen (FSP) vereinbart und gelten ab 2025 für mehrere Jahre. Die Regeln zielen zwar mittelfristig auf tragfähige Staatsfinanzen. Aber auf dem Weg dahin können damit auch plankonform umfangreiche Defizite verbunden sein. Dann steigen hohe Schuldenquoten planmäßig zunächst weiter. Zudem beinhalten die Regeln Ermessensspielräume, sodass sogar trotz eines bereits erhöhten Defizits oder Schuldenstandes ein anfänglich expansiver Fiskalkurs erlaubt sein kann. [1)] Aber am Planende sollen die Mitgliedstaaten immer eine solide Grundposition erreichen. Solide meint dabei, dass hohe Schuldenquoten spätestens ab Planende ausreichend Richtung 60 % sinken.

Kurz nachdem die mehrjährigen Ausgabengrenzen vereinbart waren, [2)] räumten Europäische Kommission und Rat der EU eine Ausnahme ein, die zusätzliche Defizite ermöglicht. [3)] Diese Entscheidung fiel vor dem Hintergrund des militärischen Angriffs Russlands auf die Ukraine. Die Ausnahme gestattet den EU-Staaten, regelkonform für einige Jahre zusätzliche Verteidigungsausgaben über zusätzliche Schulden zu finanzieren. Genauer: Ein Staat darf von 2025 bis 2028 jährlich ein bis zu 1,5 % des BIP höheres Defizit aufweisen als im FSP angelegt, wenn er entsprechend höhere Ausgaben für Verteidigung tätigt. Damit die Verteidigungsfähigkeit spürbar steigt, müssen die Mitgliedstaaten die zusätzlichen Möglichkeiten aber auch effizient nutzen.

1 Vgl. ausführlicher: Deutsche Bundesbank (2025a), Kapitel „Staatlicher Gesamthaushalt“.
2 Das gilt für die meisten Mitgliedstaaten. Deutschland hingegen hatte seinen Plan später vereinbart, nachdem die Ausnahme beschlossen war.
3 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025c).

Die Ausnahme für zusätzliche Verteidigungsausgaben ist geeignet definiert, sowie volumenmäßig und zeitlich beschränkt.[4] **Dennoch können so regelkonform beträchtlich höhere Defizite und Schulden auflaufen.** Höhere Zinsausgaben belasten dann künftige Haushalte. Für 14 der 21 Euroländer ist die sogenannte nationale Ausweichklausel inzwischen aktiviert. Schöpfen die Mitgliedstaaten die Ausnahme aus, könnte dadurch:

- ihre Schuldenquote 2028 um etwa 6 Prozentpunkte höher sein als im FSP veranschlagt;
- die am Planende erreichte strukturelle Primärsaldoquote um 1,5 % des BIP weniger ambitioniert ausfallen als die im FSP ermittelte solide Grundposition.

Es zeichnet sich nun zudem ab, dass auch unabhängig von dieser Ausweichklausel die Schulden und strukturellen Defizite regelkonform höher ausfallen als im FSP ausgewiesen. Das ist der Fall, wenn die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ungünstiger, Zinsausgaben höher oder Steuern und Einnahmen weniger ergiebig sind als im FSP angelegt. Dies ist wohl in etlichen Mitgliedstaaten der Fall.

Im Ergebnis können die Schuldenquoten selbst in der mittleren Frist weiter steigen und eine solide Grundposition kann in noch weitere Ferne rücken. Zwar kann es für begrenzte Ausnahmen gute Gründe geben oder die gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann tatsächlich überraschend ungünstig ausfallen. Dennoch werden die Fiskalziele so ein weiteres Mal verfehlt, und Fortschritte zu soliden Staatsfinanzen bleiben aus.

Prognose der Europäischen Kommission zeigt an: Kein Konsolidierungsfortschritt bei vielen hoch verschuldeten Mitgliedstaaten, geplante Werte spürbar verfehlt

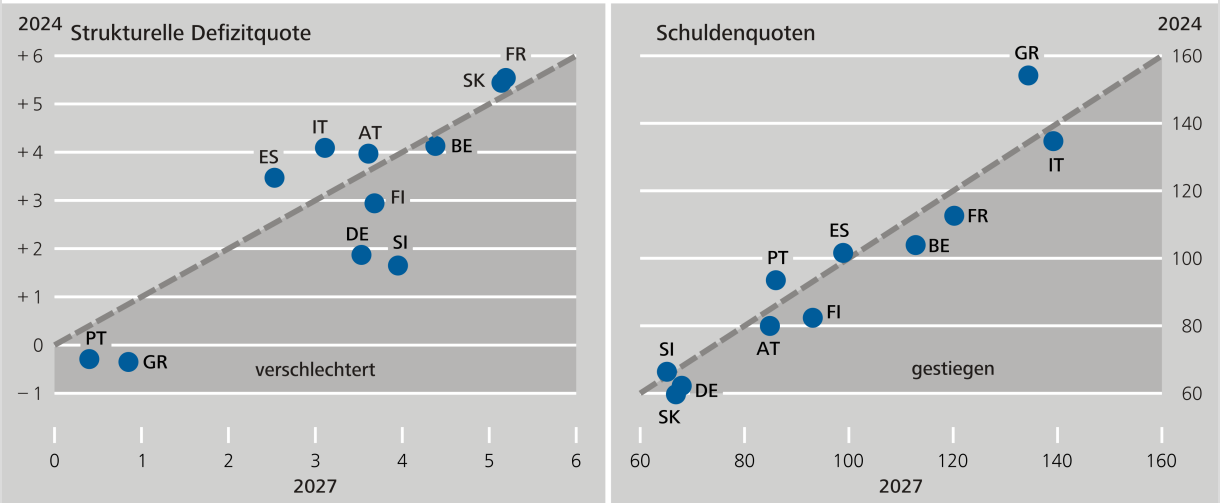
Die Europäische Kommission prognostizierte jüngst eine ungünstige Fiskalentwicklung. Die Anpassungspläne, um eine solide fiskalische Position zu erreichen, gelten ab 2025. Dennoch erwartet die Europäische Kommission 2027 in vielen Euroländern eine ungünstigere Lage als 2024, sofern die Mitgliedstaaten bis dahin keine neuen Maßnahmen ergreifen. So ist die für 2027 prognostizierte Schuldenquote des Euroraums um mehr als 3 Prozentpunkte höher als 2024. In sieben der elf Euroländer mit Schuldenquoten über dem Referenzwert steigt sie noch stärker.[5]

4 Konkret sind zusätzliche Defizite erlaubt, wenn ein Land für Verteidigung gegenüber einem Referenzjahr, in der Regel 2021, in Relation zum BIP mehr ausgibt. Bei der Abgrenzung der Verteidigungsausgaben wird die harmonisierte VGR-Definition (COFOG) zugrunde gelegt. Allerdings setzt die Ausnahme zudem die sogenannten Sicherheitslinien der EU-Haushaltsregeln und die jährliche Schwelle des Kontrollkontos bei der Prüfung außer Kraft. Dadurch steigt teilweise das zulässige allgemeine, also nicht verteidigungsbezogene Ausgabenwachstum, was zusätzliche Verschuldungsmöglichkeiten eröffnet.

Teils steigt dort zugleich das strukturelle Defizit spürbar: das ist der Fall in Deutschland, Belgien und Finnland (Schaubild 5.1) Die Defizitquote liegt 2027 in sieben der elf betrachteten Staaten (immer noch) über dem Referenzwert von 3 % und in Italien knapp darunter (Tabelle 5.1).

Strukturelle Defizitquote und Schuldenquoten 2027 gegenüber 2024

Schaubild 5.1



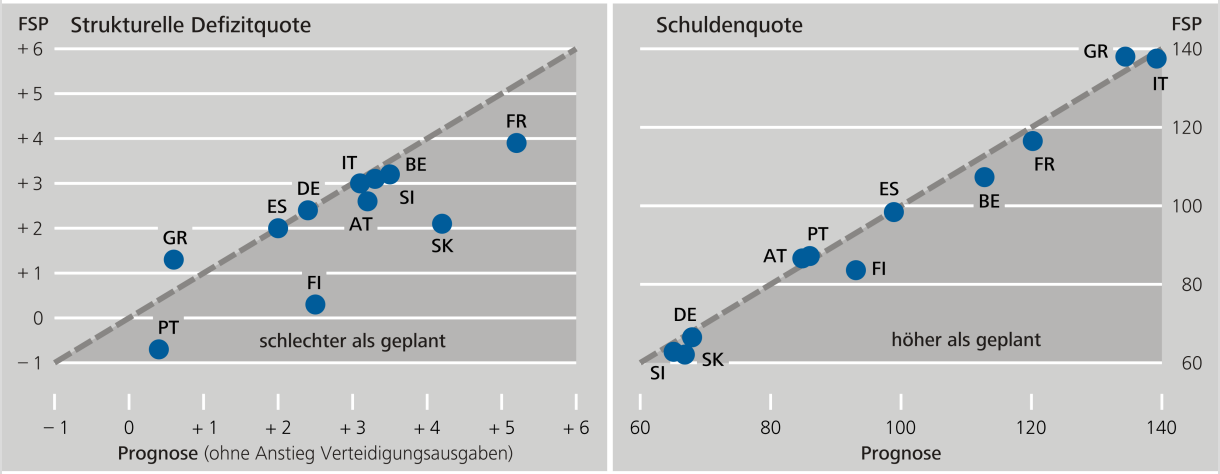
Quelle: Europäische Kommission (2026c).
Deutsche Bundesbank

5 Von den 21 Euroländern haben elf im Jahr 2025 Schulden über dem Referenzwert von 60 % des BIP. Sie werden hier näher betrachtet.

Die prognostizierte fiskalische Lage ist meist auch ungünstiger als gemäß FSP angestrebt. Dies resultiert nicht nur aus der Ausnahme für zusätzliche Verteidigungsausgaben. Fast alle hoch verschuldeten Euroländer hatten bis 2027 eine substanzielle Konsolidierung geplant. Aber sie verfehlen die angestrebten strukturellen Defizitquoten zuweilen beträchtlich. Dabei geht die Konsolidierungslücke gemäß Kommissionsprognose deutlich über die erwarteten zusätzlichen Verteidigungsausgaben hinaus (Schaubild 5.2).[6)] Und dies erklärt sich auch nicht durch höhere Zinsausgabenquoten. So resultieren die Verfehlungen aus zu hohen Netto-Primärausgaben jenseits Verteidigung und/oder ungünstigeren gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen.[7)] Vielfach sind 2027 auch die Schuldenquoten höher als im FSP ausgewiesen[8)] (Schaubild 5.2). Umgekehrt erwartet die Europäische Kommission aber, dass unter den hoch verschuldeten Ländern Griechenland, Österreich und Portugal ihre Schuldenquoten bis 2027 stärker als geplant verringern.

Strukturelle Defizitquote und Schuldenquote 2027:
Finanzpolitisch-struktureller Plan versus Prognose

Schaubild 5.2



Quelle: Europäische Kommission (2026c), mittelfristige Fiskalpläne der Mitgliedstaaten sowie eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

6 In Schaubild 5.2 (links) sind die prognostizierten strukturellen Defizitquoten 2027 um gestiegene Verteidigungsausgaben bereinigt. Sie sind um den Anstieg gegenüber dem in der Ausweichklausel angelegten Referenzjahr niedriger. Die Salden von Frankreich und Italien sind nicht bereinigt, da die beiden Länder die nationale Ausweichklausel nicht beantragt haben. Daten gemäß Europäische Kommission (2026b) und mittelfristigen fiskal-strukturellen Plänen. Der Europäische Fiskalausschuss macht darauf aufmerksam, dass die prognostizierte Ausgabenüberschreitung 2027 über die Verteidigungsausgaben hinausgeht. Vgl.: European Fiscal Board (2026).

7 Die Europäische Kommission prüft das für die Regeln relevante Ausgabenwachstum ex post. Stellt sie dabei für 2026 oder 2027 fest, dass es zu hoch war und die Schwellenwerte des Kontrollkontos überschreitet, drohen neue Defizitverfahren oder Sanktionen in bestehenden Defizitverfahren.

8 Vgl.: Europäische Kommission (2026c).

Frühjahrspaket zur Haushaltsüberwachung: Europäische Kommission bewertet Ergebnisse 2025 zumeist als regelkonform und schlägt Ausweitung der Ausweichklausel vor

Die Haushaltsüberwachung im Frühjahr nahm die Ergebnisse im Vorjahr in den Blick. Dazu stellte die Europäische Kommission fest, dass fast alle Euroländer die neuen Regeln zumindest grob eingehalten hatten. 2025 ist das erste Jahr, dessen Haushaltsergebnis auch an den neuen Grenzen zu messen ist, unter Berücksichtigung der Ausweichklausel.[9)] Insgesamt kam die Europäische Kommission zu dem Ergebnis, dass fast alle Euroländer ihr maximal zulässiges Ausgabenwachstum nicht oder nur in einem nicht-sanktionsbegründenden Maß überschritten hatten.[10)] Für Bulgarien startete ein Defizitverfahren, da die Defizitquote 2025 über dem Referenzwert lag.[11)]

In ihrem Frühjahrspaket schlägt die Europäische Kommission zudem vor, die bestehende Ausnahme um energiebezogene Maßnahmen auszuweiten.[12)] Solche könnten dann neben den verteidigungsbezogenen Ausgaben als Ausnahme berücksichtigt werden: ab 2026 pro Jahr maximal 0,3 % des BIP und bis 2028 insgesamt maximal 0,6 % des BIP. Mitgliedstaaten müssten dies beantragen, und der Rat müsste den Antrag auf Empfehlung der Europäischen Kommission annehmen. Die Mitgliedstaaten müssten darlegen, dass die Maßnahmen i) zusätzlich sind und ii) die Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen mindern oder zur Dekarbonisierung beitragen. Maßnahmen, die zur neuen Ausnahme zählen, müssten nach Februar 2026 ergriffen worden sein. Zwar soll diese neue Ausnahme im Regelfall innerhalb der unveränderten Ausnahme-Grenze von 1,5 % des BIP genutzt werden. Aber zugleich schlägt die Europäische Kommission vor: Staaten, die diese Grenze bereits mit Verteidigungsausgaben ausschöpfen, sollen den energiebezogenen Spielraum zusätzlich nutzen können.

9 Weitgehend unverändert ist die Haushaltsüberwachung bezüglich des Defizitreferenzwertes.

10 Belgien, Italien, Portugal, Slowenien und Spanien überschritten ihre geplanten Ausgabenwachstumsraten. Spanien, Portugal und Slowenien überschritten sie dabei auch, wenn man die exkulpierten zusätzlichen Verteidigungsausgaben herausrechnet. Alle Überschreitungen bleiben folgenlos, da sie einschließlich Ausweichklausel unterhalb des Schwellenwerts im Kontrollkonto blieben. Weitere Länder übertrafen ihr maximales Ausgabenwachstum auch über die Schwellenwerte hinaus. Hier sind aber keine Verfahren vorgesehen, da diese Länder sowohl den Defizit- als auch den Schuldenreferenzwert einhielten (das heißt 3 % beziehungsweise 60 % des BIP) oder einen nahezu ausgeglichenen Haushalt hatten.

11 Neben Bulgarien befinden sich sechs weitere Euroländer im Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits: Belgien, Finnland, Frankreich, Italien, Österreich und Slowakei. Malta hat den Defizitreferenzwert 2025 wieder eingehalten, daher wurde das Verfahren beendet.

12 Vgl.: Europäische Kommission (2026d, 2026e).

Der vorgeschlagene neue Ausnahmetatbestand würde wohl die allgemeinen Verschuldungs- und Defizitmöglichkeiten erweitern. Denn er soll sich offenbar auf ein breites und relativ unbestimmtes Spektrum beziehen. Beispielhaft nennt die Europäische Kommission die Elektrifizierung von Industrie, Gebäudeheizungen und Verkehr, Investitionen in Stromnetze und Stromspeicher, zur Energieeinsparung und den Ausbau sauberer Energiequellen. Anders als Verteidigungsausgaben bezieht sich die neu vorgeschlagene Ausnahme nicht auf eine eindeutige statistische Kategorie. Schon deshalb ist die Zusätzlichkeit schwer messbar. [13)] Insgesamt dürfte es den Mitgliedstaaten wohl nicht schwerfallen, sich durch Zurechnung von Ausgaben in den Ausnahmebereich allgemeine Defizitspielräume zu schaffen. Die Zweckbindung dürfte nur wenig einschränken. Auch verstärkt die neue Ausnahme die ohnehin hohe Komplexität und eingeschränkte Transparenz der Regeln und deren Umsetzung.

Angesichts vielfach hoher Defizite und Schulden sollten die künftige Regelauslegung und -anwendung klar auf das Erreichen solider Staatsfinanzen fokussieren

Die EU-Fiskalregeln sollten künftig stärker so angewendet werden, dass hohe Schuldenquoten tatsächlich verlässlich sinken. Das Erreichen der soliden Grundposition sollte nicht auf die lange Bank geschoben werden. Dies ist bedeutsam sowohl angesichts der kritischen Fiskalsituation in einigen Mitgliedstaaten als auch für die Glaubwürdigkeit des Regelwerks. Deshalb spricht viel dafür, dass Europäische Kommission und Rat der EU bestehende Interpretationsspielräume stärker Richtung Konsolidierungsanreize auslegen. Auch wiederholte Rückgriffe auf oder Erweiterungen von Ausnahmeklauseln sind zu vermeiden. Letztlich gefährden hohe Schulden die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen und machen den Staat weniger resilient. Es gibt immer wieder neue wichtige Ausgaben, um gute Ziele zu verfolgen. Das heißt aber nicht, dass diese nur mit zusätzlichen Schulden erreicht werden können. Stattdessen können Einnahmen und Ausgaben priorisiert werden. Allerdings fand sich auch früher selten ein günstiger Zeitpunkt, um zu hohe Defizite zurückzuführen. Stattdessen wurde die nötige Konsolidierung wiederkehrend aufgeschoben. Es ist aber wichtig, die Fiskalpolitik an den Regeln auszurichten und nicht die Regeln an der kurzfristig gewünschten Fiskalpolitik.

13 Zum Beispiel werden Ersatzinvestitionen vielfach wohl ohnehin getätigt. Oder neue Programme ersetzen lediglich bestehende Förderinstrumente. Auch könnten bereits zuvor geplante Verkehrs- oder industriepolitische Maßnahmen vermutlich recht leicht „umetikettiert“ werden.

Vor diesem Hintergrund spricht einiges dafür, die Ausweichklausel nicht auszuweiten. Denn Defizite und Schulden sind vielfach schon hoch, und die Glaubwürdigkeit der Regeln würde beschädigt. Auch das Bundesfinanzministerium mahnt, dass die Ausweichklausel die Glaubwürdigkeit des Fiskalrahmens nicht gefährden dürfe. Andere Länder äußerten sich ebenfalls kritisch.[14)] Der Rat will mit der Europäischen Kommission weiter über die Ausweitung der Ausnahmeklausel beraten.[15)]

14 Vgl.: Bundesministerium der Finanzen (2026a).
15 Vgl.: Rat der EU (2026)

Tabelle 5.1: Öffentliche Finanzen der Länder des Euroraums
Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission, Mai 2026

	Finanzierungs-saldo in % des BIP			Staatsschulden in % des BIP			Struktureller Saldo in % des Poten-zial- BIP			Zinsausgaben in % des BIP			Verteidigu in % des BI
Land	2025	2026	2027	2025	2026	2027	2025	2026	2027	2025	2026	2027	Referen-zwert[2)]
Belgien	– 5,2	– 5,2	– 5,4	107,9	110,5	112,8	– 4,9	– 4,4	– 4,4	2,2	2,4	2,7	0,9
Bulgarien	– 3,5	– 4,1	– 4,3	29,9	32,3	35,5	– 4,1	– 4,1	– 4,1	0,8	1,2	1,3	1,3
Deutschland	– 2,7	– 3,7	– 4,1	63,5	65,8	68,0	– 1,8	– 2,9	– 3,5	1,1	1,2	1,2	1,1
Estland	– 2,0	– 4,5	– 4,8	24,1	26,9	30,5	– 0,8	– 3,8	– 4,7	0,5	0,6	0,8	2,0
Finnland	– 3,4	– 4,5	– 4,6	88,5	91,2	93,1	– 1,9	– 3,2	– 3,7	1,6	1,9	2,0	1,2
Frankreich	– 5,1	– 5,1	– 5,7	115,6	118,1	120,2	– 4,7	– 4,6	– 5,2	2,2	2,6	2,8	.
Griechenland	1,7	0,8	0,6	146,1	140,7	134,4	0,5	– 0,7	– 0,9	3,2	3,2	3,2	2,2
Kroatien	– 3,0	– 2,9	– 2,7	56,3	55,9	55,6	– 3,7	– 3,1	– 2,6	1,4	1,4	1,3	1,0
Irland	1,8	1,4	1,2	32,9	32,4	31,6	– 0,7	1,6	1,5	0,5	0,5	0,6	.
Italien	– 3,1	– 2,9	– 2,9	137,1	138,5	139,2	– 3,7	– 3,2	– 3,1	3,9	4,1	4,2	.
Lettland	– 2,5	– 3,3	– 4,3	46,9	48,8	53,8	– 2,5	– 3,4	– 4,5	1,1	1,4	1,4	2,5
Litauen	– 1,8	– 2,2	– 2,7	39,5	44,6	48,4	– 1,6	– 2,2	– 2,7	0,9	1,1	1,3	1,4
Luxemburg	– 2,0	– 1,2	– 1,6	26,5	29,2	30,2	– 0,2	0,3	– 0,5	0,3	0,5	0,6	.
Malta	– 2,2	– 2,2	– 2,1	46,4	46,2	46,2	– 1,8	– 1,6	– 1,1	1,2	1,3	1,3	.
Niederlande	– 1,6	– 2,5	– 1,9	44,4	46,9	47,0	– 1,1	– 1,1	– 1,1	0,7	0,7	0,8	.
Österreich	– 4,2	– 4,1	– 4,1	81,5	83,4	84,9	– 3,6	– 3,5	– 3,6	1,6	1,8	1,9	0,6
Portugal	0,7	– 0,1	– 0,4	89,7	87,6	86,0	0,6	0,2	– 0,4	1,9	2,0	2,1	0,8
Slowakei	– 4,5	– 4,6	– 5,4	61,4	63,7	66,9	– 4,3	– 4,3	– 5,1	1,5	1,7	1,8	1,4
Slowenien	– 2,5	– 3,3	– 3,5	65,7	64,9	65,1	– 2,6	– 3,7	– 3,9	1,3	1,3	1,4	1,1
Spanien	– 2,4	– 2,4	– 2,0	100,7	99,6	98,9	– 3,2	– 2,9	– 2,5	2,4	2,5	2,5	0,9
Zypern	3,4	2,1	2,5	55,0	50,4	45,5	1,9	1,3	1,9	1,1	1,2	1,2	.
Euroraum	– 2,9	– 3,3	– 3,5	88,7	90,2	91,2	– 2,8	– 2,9	– 3,2	1,9	2,1	2,2	.

Quellen: Europäische Kommission (2026b, 2026c) **1** Die Verteidigungsausgaben werden nur für Euroländer ausgewie Ausweichklausel aktiviert haben. Für die Haushaltsüberwachung sind nur die national finanzierten Ausgaben relevan wert ist in den meisten Fällen der Wert aus 2021. Waren die Verteidigungsausgaben danach gefallen, wird der gering

2 Steuereinnahmen

2.1 2026 zeichnen sich leichte Mindereinnahmen gegenüber Steuerschätzung ab

Die Steuereinnahmen könnten sich im laufenden Jahr etwas schwächer entwickeln als bei der letzten Steuerschätzung erwartet. Bis zur Jahresmitte blieb die Zuwachsrate mit 0,8 % hinter der geschätzten Rate für das Gesamtjahr zurück (1,2 %).[13)] Und auch im Gesamtjahr könnte die Schätzung unterschritten werden. Wichtig ist dafür nicht zuletzt die Wirtschaftsentwicklung im weiteren Jahresverlauf. Das Bild bei den einzelnen Steuern ist dabei unterschiedlich.

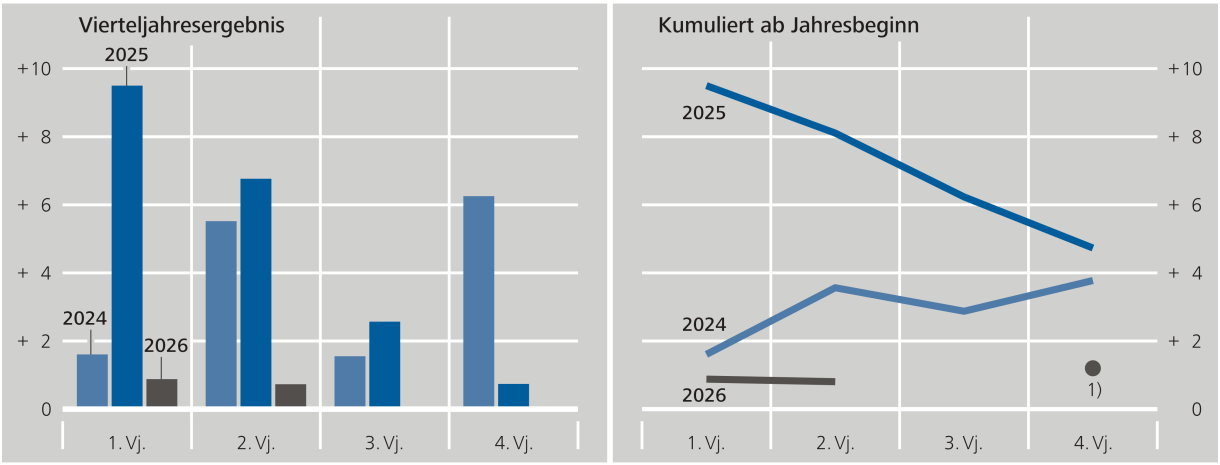
- Die Umsatzsteuer wuchs im ersten Halbjahr zwar schwächer als für das Gesamtjahr erwartet. Sie entwickelt sich unterjährig aber häufig volatil, und das geschätzte Jahresergebnis ist weiter plausibel.
- Die Einnahmen der Lohnsteuer lagen im ersten Halbjahr auf Kurs. Allerdings schwächte sich ihr Zuwachs im Mai und Juni deutlich ab. Würde sich dies im weiteren Jahresverlauf fortsetzen, würden die Einnahmen im Gesamtjahr unter der Schätzung bleiben.
- Die Einkommensteuern auf Dividenden (nicht veranlagte Steuern vom Ertrag) wuchsen bisher zwar sehr viel stärker als für das Gesamtjahr geschätzt. Dies dürfte aber auch daran gelegen haben, dass Dividendentermine im laufenden Jahr etwas stärker im ersten Halbjahr konzentriert waren als 2025. Insofern ist die Schätzung für das Gesamtjahr nach wie vor plausibel.
- Die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge entwickelte sich im Mai und Juni überraschend schwungvoll. Damit erscheinen im Gesamtjahr auch Mehreinnahmen gegenüber der letzten Steuerschätzung möglich.

13 Der Arbeitskreis Steuerschätzungen schätzt nur Gesamtjahre, nicht Halbjahre.

Steueraufkommen *)

Schaubild 5.3

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium der Finanzen. * Umfasst die gemeinschaftlichen Steuern sowie die Bundes- und Ländersteuern. Einschließlich EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, einschließlich Zöllen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern. **1** Laut offizieller Steuerschätzung vom Mai 2026 für das Gesamtjahr.

Deutsche Bundesbank

Tabelle 5.2: Steueraufkommen

Steuerart	1. Halbjahr				Schätzung für 2026 [1]
	2025	2026			
	Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr		Veränderung gegenüber Vorjahr
			in Mrd €	in %	in %
Steuereinnahmen					
insgesamt [2]	447,6	451,2	+ 3,6	+ 0,8	+ 1,2
darunter:					
Lohnsteuer [3]	127,1	133,0	+ 5,9	+ 4,6	+ 4,6
Gewinnabhängige Steuern	90,1	89,0	– 1,0	– 1,1	– 3,1
davon:					
Veranlagte Einkommensteuer [4]	36,9	35,8	– 1,1	– 3,1	– 1,7
Körperschaftsteuer [5]	19,8	18,2	– 1,6	– 8,0	– 7,3
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	18,9	20,7	+ 1,8	+ 9,4	+ 2,5
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	14,5	14,4	– 0,1	– 0,7	– 8,1
Steuern vom Umsatz [6]	154,2	158,4	+ 4,2	+ 2,7	+ 3,5
Übrige verbrauchsabhängige Steuern [7]	48,3	45,5	– 2,9	– 5,9	– 4,2

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Arbeitskreis Steuerschätzungen und eigene Berechnungen. **1** Laut offizieller Steuerschätzung vom Mai 2026. **2** Umfasst die gemeinschaftlichen Steuern sowie die Bundes- und Ländersteuern. Einschließlich EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, einschließlich Zöllen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern. **3** Kindergeld und Altersvorsorgezulage vom Aufkommen abgesetzt. **4** Arbeitnehmererstattungen und Forschungszulage vom Aufkommen abgesetzt. **5** Forschungszulage vom Aufkommen abgesetzt. **6** Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer. **7** Energiesteuer, Tabaksteuer, Versicherungsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Stromsteuer, Alkoholsteuer, Luftverkehrsteuer, Kaffeesteuer, Schaumweinsteuer, Zwischenerzeugnissteuer, Alkopopsteuer sowie Rennwett- und Lotteriesteuer, Biersteuer, Feuerschutzsteuer.

2.2 Steuersystem vereinfachen, Subventionen abbauen

Die Bundesregierung beabsichtigt, bei der Einkommensteuer Tarif und Begünstigungen zu verändern. Zudem plant sie, Freibeträge und das Kindergeld zu erhöhen. Freibeträge und das Kindergeld sollen 2027 und 2028 steigen. 2027 beabsichtigt die Regierung, den Arbeitnehmer-Pauschbetrag anzuheben. Zudem plant

sie höhere Steuersätze bei sehr hohen zu versteuernden Einkommen (sogenannte Reichensteuer) und einen höheren pauschalen Steuersatz für Minijobs.[14)] Damit möchte sie die Mindereinnahmen aus den vorgenannten Maßnahmen teilweise gegenfinanzieren. Bei den Steuersubventionen plant die Regierung sowohl Begrenzungen als auch Ausweitungen. Einerseits will sie die Ermäßigung der Einkommensteuer für Aufwendungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen im eigenen Haushalt um ein Viertel senken. Andererseits möchte sie die Ermäßigung für Sonntags- und Feiertagszuschläge erheblich ausweiten.[15)]

Die Steuerausfälle aus dem Maßnahmenpaket sind relativ gering. Dies begrenzt den zusätzlichen Handlungsbedarf in den bereits stark defizitären Staatshaushalten. Die jährlichen Ausfälle dürften sich per saldo auf einen mittleren einstelligen Milliardenbetrag belaufen.

Ein Abbau von steuerlichen Sonderregeln und -begünstigungen kann Handlungsspielräume in den Staatshaushalten schaffen und das Steuersystem vereinfachen. Mit weniger Sonderregeln und Subventionen wird das Steuersystem einfacher und transparenter. Bürokratiekosten könnten sinken. Die geplante Senkung der Steuerermäßigung für Handwerksarbeiten führt zu Steuermehreinnahmen von weniger als 1 Mrd €. Sie vereinfacht das Steuerrecht nicht. Die Mindereinnahmen aus den geplanten Änderungen bei den Lohnzuschlägen könnten mittelfristig stärker ins Gewicht fallen. Sie dürften die Steuerpraxis eher komplizierter machen. Denn es wird attraktiver, Einkommensbestandteile umzustrukturieren und in die begünstigten Bereiche zu verlagern. Insgesamt spricht viel dafür, den Abbau von Subventionen möglichst umfassend anzugehen. Es empfiehlt sich ein breiter Ansatz, der alle Steuerarten umfasst.[16)] Mehreinnahmen lassen sich dann nutzen, um Steuertarife zu senken oder die staatlichen Haushalte zu konsolidieren.

14 Derzeit erhöht sich der Steuersatz für zu versteuerndes Einkommen über 277 826 € auf 45 %. Künftig soll dieser Satz ab 250 000 € gelten, und ab 280 000 € soll der Satz weiter auf 47 % steigen. Die Pauschsteuer für Minijobs soll von 2 % auf 5 % angehoben werden.

15 Der maximal begünstigte Stundenlohn soll um 50 % steigen (von 50 € auf 75 €). Steuerfreie Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge bewirken bislang Mindereinnahmen in Höhe von 3,25 Mrd €. Vgl.: Bundesministerium der Finanzen (2025), Übersicht 2.

16 Beim Subventionsabbau sind auch die Finanzhilfen einzubeziehen. Hier bestehen teils längerfristige vertragliche Bindungen, sodass die Entlastung der staatlichen Budgets erst später eintritt.

3 Bundesfinanzen

3.1 Defizit 2026 steigt stark, aber weniger als geplant

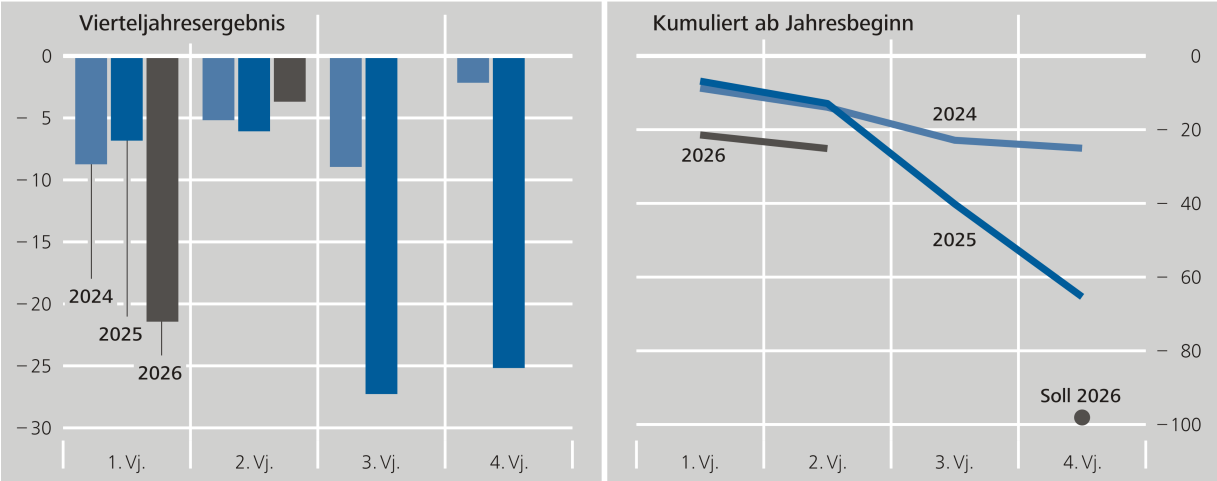
Das Defizit des Bundes (Kern- und Extrahaushalte [17]) wird im laufenden Jahr sehr stark steigen. Es dürfte aber unter den geplanten 191 Mrd € bleiben. Der Kernhaushalt könnte dabei das Plan-Defizit von 98 Mrd € erreichen (vgl. auch zu folgenden Angaben Tabelle 5.3, hier Positionen 1 und 3). Zwar könnten sich die Steuereinnahmen etwas schwächer als geplant entwickeln. Allerdings dürfte dies auch für die Ausgaben gelten. Minderausgaben könnten wie in den Vorjahren insbesondere bei Investitionszuschüssen und militärischen Beschaffungen anfallen. Bei den Personalausgaben dürften Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Mindestbesoldung im laufenden Jahr wohl weniger ausgabenintensiv umgesetzt werden als veranschlagt. Dagegen dürften Darlehen zum Ausgleich des BA-Defizits höher ausfallen als veranschlagt.

17 Angaben liegen nur für einen Teil der Extrahaushalte vor. Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank (2023a), S. 68 und 78 ff.

Kernhaushalt des Bundes: Finanzierungssalden*)

Schaubild 5.4

Mrd €



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Bundesministeriums der Finanzen. * Ohne Extrahaushalte. Ohne Bereinigung um finanzielle Transaktionen, Konjunktureffekte und die im Frühjahr 2025 eingeführte Ausnahme im Verteidigungsbereich.

Deutsche Bundesbank

Das Defizit der Extrahaushalte (Positionen 4 bis 9) steigt 2026 im Vergleich zum Vorjahr sehr stark. Dafür sind die Ausgaben des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (Sondervermögen IK) maßgeblich. [18)] Das Defizit des Sondervermögens IK dürfte im zweiten Halbjahr gegenüber dem Vorjahreswert deutlich steigen. [19)] Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Länder und Kommunen verstärkt Mittel abrufen werden.

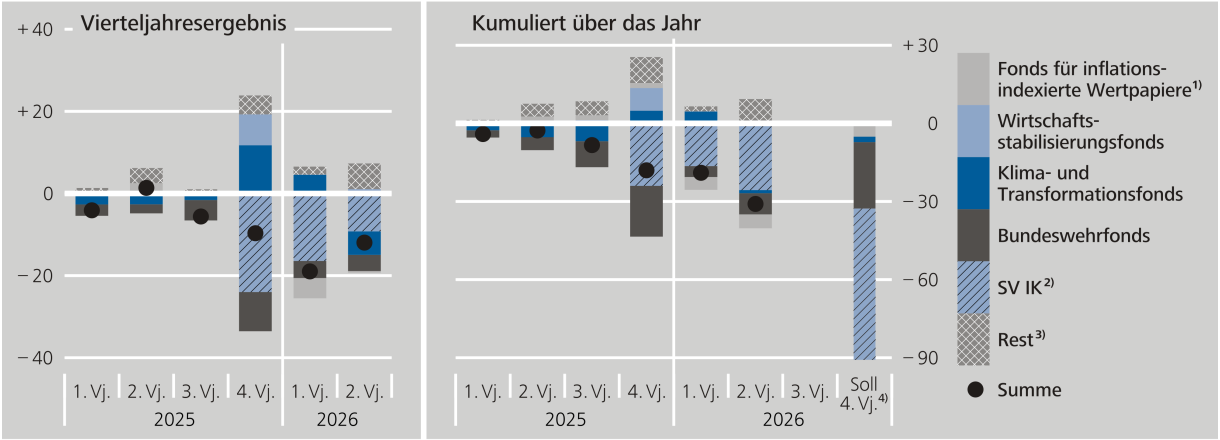
18 Wie üblich fehlen Planzahlen für einige Sondervermögen, bei denen ein Überschuss zu erwarten ist. Dies betrifft den Wirtschaftsstabilisierungsfonds, den SoFFin (Sonderfonds zur Finanzmarktstabilisierung aus 2008) und die Pensionsvorsorge-Sondervermögen. Im Vorjahr erzielten diese Einheiten einen Überschuss von 18 Mrd €. Im laufenden Jahr dürfte der Überschuss dieser Einheiten sinken, nicht zuletzt durch geringere Rückzahlungen von Hilfsdarlehen an den Wirtschaftsstabilisierungsfonds.

19 Mit Blick auf das Ergebnis der Extrahaushalte bereinigt um Zahlungen an andere Extrahaushalte des Bundes (wie Klimafonds). Dort führt die Zuführung des Sondervermögen IK spiegelbildlich zu einer Einnahme und ceteris paribus zu einer Ergebnisverbesserung.

Finanzierungssalden der Extrahaushalte des Bundes*)

Schaubild 5.5

Mrd €



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Bundesministeriums der Finanzen. * Nur kameralistisch buchende Einheiten, das heißt insbesondere ohne Infrastruktur- und Nahverkehrssparten der Deutschen Bahn AG sowie ohne die Bad Bank FMS Wertmanagement. **1** Vorsorgefonds für Schlusszahlungen inflationsindexierter Bundeswertpapiere. **2** Sondervermögen Infrastruktur/Klimaneutralität. **3** Insbesondere Sondervermögen zur Pensionsvorsorge sowie zur Finanzmarktstabilisierung (SoFFin aus dem Jahr 2008). **4** Soweit Planzahlen vorhanden.

Deutsche Bundesbank

Gegenüber den Planungen wird der Defizitanstieg der Extrahaushalte aber wohl geringer ausfallen, weil die Ausgaben erneut unter den Ansätzen bleiben. Beim Sondervermögen Bundeswehr und beim Klimafonds flossen die Mittel bis zur Jahresmitte, gemessen am Soll, verhalten ab. Hier dürften die Defizite im Gesamtjahr geringer als geplant ausfallen. Beim Sondervermögen IK könnten zwar die Abflüsse aus dem Länderanteil höher ausfallen. Insbesondere könnten die Kommunen mehr Mittel beantragen, um ihre Haushaltsanspannung zu lindern. Minderausgaben des Sondervermögens IK für die Investitionsvorhaben des Bundes könnten aber noch stärker zu Buche schlagen.

Tabelle 5.3: Wichtige Kennzahlen zu den Bundesfinanzen

Position	Angaben in Mrd € (soweit nicht anders angegeben)	Ist	Soll	Entwurf	Finanzplan		
		2025	2026	2027	2028	2029	2030
Defizit (Überschuss: –)							
1	Bund insgesamt (3 + 4 + 9)	83,8	190,9	211,2	210,5	210,7	221,0
2	*in % des BIP 1)*	*1,9*	*4,2*	*4,4*	*4,3*	*4,2*	*4,2*
	davon						
3	Kernhaushalt	65,4	98,1	125,5	152,8	152,1	167,4
4	Extrahaushalte2) mit Planzahlen	36,2	92,8	85,7	57,7	58,6	53,6

Position	Angaben in Mrd € (soweit nicht anders angegeben)	Ist 2025	Soll 2026	Entwurf 2027	Finanzplan 2028	2029	2030
Defizit (Überschuss: –)							
5	Sondervermögen Infrastruktur/Klimaneutralität (SV IK)	24,0	58,1	54,9	56,7	57,9	52,2
6	Bundeswehrfonds	19,5	27,5	30,0	-	-	-
7	Klimafonds	– 4,8	2,1	3,3	1,0	0,7	1,4
8	sonstige [3]	– 2,4	5,1	– 2,5	.	.	.
9	Extrahaushalte[2] ohne Planzahlen [4]	– 17,8	.	.	.	.	.
10	Bund insgesamt strukturell [5]	63,1	163,8	193,5	203,1	208,3	222,7
11	*in % des BIP* [1]	*1,4*	*3,6*	*4,1*	*4,1*	*4,1*	*4,3*
Verschuldungsspielraum Schuldenbremse (Kernhaushalt)							
12	Rücklagenentnahme	-	-	6,8	3,9	-	-
13	Danach verbleibende allgemeine Rücklage	10,7	10,7	3,9	-	-	-
14	Münzeinnahmen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
15	Nettokreditaufnahme ohne Bereichsausnahme (NKA) (3 − 12 − 14 − 23)	36,7	40,4	33,4	23,5	19,1	15,6
16	Konjunkturkomponente im Haushaltsverfahren	– 7,5	– 15,6	– 12,3	– 8,0	– 3,9	0,0
17	Saldo finanzieller Transaktionen	– 15,4	– 9,6	– 5,4	0,6	1,5	1,6
18	Strukturelle NKA[6] (15 + 16 + 17)	13,8	15,2	15,6	16,1	16,7	17,2
19	Regelgrenze von 0,35 % des BIP	13,5	15,2	15,6	16,1	16,7	17,2
20	Überschreitung (18 − 19)	0,3	-	-	-	-	-
21	Stand des Kontrollkontos [7]	57,8	57,8	57,8	57,8	57,8	57,8
Verschuldungsspielraum neben Schuldenbremse							
22	NKA in neueren Sonderbereichen [8]	72,1	143,2	170,2	184,0	190,8	204,0
	davon						
23	Bereichsausnahme Verteidigung	28,6	57,6	85,4	125,3	132,9	151,8
24	Zusätzliche Verteidigungsausgaben im Kernhaushalt gegenüber 2024 [9]	10	36	63	.	.	.
25	Bundeswehrfonds[10]	19,5	27,5	30,0	-	-	-
26	Danach verbleibende Kreditermächtigung	57,5	30,0	-	-	-	-
27	SV IK	24,0	58,1	54,9	56,7	57,9	52,2
28	Zusätzliche Infrastrukturinvestitionen gegenüber 2024 [11] [S]	– 1,0	18,3	17,5	18	19	17
29	Danach verbleibende Kreditermächtigung	476,0	417,9	363,0	306,3	248,4	196,2
Ergänzende Angaben zum Kernhaushalt							
30	Ausgaben	493,3	524,5	555,4	588,2	597,8	635,4

Position	Angaben in Mrd € (soweit nicht anders angegeben)	Ist 2025	Soll 2026	Entwurf 2027	Finanzplan 2028	2029	2030
Defizit (Überschuss: –)							
31	Investitionen	55,4	58,4	56,3	50,8	50,2	49,2
32	Investitionen ohne finanzielle Transaktionen	39,2	47,9	50,0	49,8	49,8	48,9
33	darunter über Bereichsausnahme finanziert	2,1	3,8	9,1	.	.	.
34	darunter Investitionen in die Bundesinfrastruktur [11) S)]	18,1	24,2	27,5	27	28	27
35	*Investitionsquote in % (relevant für* SV *IK)* [12)]	*8,7*	*10,5*	*10,8*	*10,8*	*10,7*	*10,1*
36	Zinsen [13)]	29,8	30,2	41,8	55,2	68,1	80,7
37	Zuschüsse an die Allgemeine Rentenversicherung [13)]	122,4	127,4	132,0	151,8	155,0	164,5
38	Globale Mehr- / Minderausgaben [13)]	-	– 8,8	– 10,9	– 25,5	– 24,5	– 24,1
39	Handlungsbedarf [13)]	-	-	-	– 22	– 39	– 48
40	Einnahmen	427,9	426,4	429,9	435,4	445,7	468,0
41	Steuereinnahmen	388,6	387,2	394,7	406,4	416,6	437,3
42	aus NGEU	-	10,6	-	-	-	-
43	Globale Mehr- / Mindereinnahmen	-	– 1,4	1,0	– 4,8	– 4,8	– 4,1
Schuldenstand Bund							
44	nachrichtlich: insgesamt [14)]	1 886	2 103	2 314	2 520	2 727	2 944
	darunter Schulden mit Tilgungsplan						
45	Notlagenkredite (aus den Jahren 2020 bis 2023) [15)]	324,7	324,7	324,7	324,7	324,7	324,7
46	Bundeswehrfonds und SV IK[15)]	66,5	150,1	234,9	293,6	351,5	403,7
47	Ausstehender Tilgungsbetrag des Bundes aus NGEU-Transfers [16)]	92	118	118	114	110	107

Position	Angaben in Mrd € (soweit nicht anders angegeben)	Ist 2025	Soll 2026	Entwurf 2027	Finanzplan 2028	2029	2030
	Defizit (Überschuss: –)						

***** Quelle: BMF, Finanzagentur des Bundes und eigene Berechnungen. **1** BIP gemäß Frühjahrsprojektion 2026 der Bundesregierung. **2** Extrahaushalte, für die der Bund monatliche Kassenergebnisse vorlegt. Planzahlen gemäß Bundeshaushaltsplan, dort gemäß Kreditfinanzierungsplan (außer SVIK und Bundeswehrfonds). Nicht enthalten sind vor allem Gesellschaften wie die Autobahn GmbH und die Infrastruktur- und Regionalverkehrssparten der Deutschen Bahn AG. **3** Vor allem Tilgungsvorsorgefonds für inflationsindexierte Bundeswertpapiere und Aufbauhilfefonds 2021 (Fluthilfe, vor allem Ahrtal). **4** Vor allem Wirtschaftsstabilisierungsfonds (vor allem Hilfsdarlehen aus der Coronavirus-Pandemie), SoFFin (Sondervermögen aus der Finanzmarktkrise Ende 2008) und Pensionsvorsorge-Sondervermögen. **5** Konjunkturbereinigung für alle Jahre gemäß der Frühjahrsprognose 2026 der Bundesregierung. Die Bereinigung um finanzielle Transaktionen umfasst für 2025 auch die Extrahaushalte ohne Planzahlen. **6** Bezugsgröße für die Kreditgrenze der Schuldenbremse. **7** Seit 2016 aufsummierte Über- und Unterschreitungen der Kreditgrenze (bereinigt um Aufnahme bzw. Tilgung von Notlagenkrediten). **8** Ohne NKA für Zinsen des Investitions- und Tilgungsfonds (Überwindung Wirtschaftskrise 2009). Fondsdefizit ist in (9) und Bundesschuldenstand (44) erfasst. **9** Angenähert an COFOG-Abgrenzung (Ausgaben des Verteidigungsressorts abzüglich Pensionszahlungen und Krankenhauskosten, zuzüglich Katastrophenschutz, Ukraine-Hilfe sowie Beiträge an die UN-Blauhelmmissionen). **10** Die Bundesregierung plant, das Sondervermögen Bundeswehr bis Ende 2027 vollständig zu verbrauchen. Deshalb ist das Defizit 2026 in (1) um 2 Mrd € höher angesetzt als im Wirtschaftsplan. **11** Investitionen in die Infrastruktur des Bundes (Kernhaushalt und SVIK, Ist 2024 nur Kernhaushalt): alle Sachinvestitionen sowie Investitionszuschüsse an Bundesunternehmen wie Deutsche Bahn AG und Autobahn GmbH und öffentliche Einrichtungen etwa für den Ausbau des Breitbandnetzes (aus dem Gruppierungsplan: Hauptgruppe 7, Obergruppen 81 und 82, Gruppierungen 891 und 894). **12** Der Bund sieht die Zusätzlichkeit der kreditfinanzierten Ausgaben des SVIK als gewahrt an, wenn die Planquote mindestens 10 % beträgt. **13** Zahlen aus Finanzplan des Bundes 2026-2030 (Bundestagsdrucksache 21/7301). **14** 2025: Am Jahresende ausstehende Kredite des Bundeshaushalts (einschließlich aller Extrahaushalte des Bundes, ohne Kassenkredite) gemäß Finanzagentur zuzüglich des deutschen Anteils an den NGEU-Schulden (47). Ab 2026: fortgeschrieben mit Defizit (1) abzüglich Münzeinnahmen (14) sowie Veränderung NGEU-Schulden. **15**Tilgungsstart der Notlagenkredite (aus Coronavirus-Pandemie) und Kredite des Bundeswehrfonds von 2028 auf 2033 verschoben. **16** NGEU-Planzahlen multipliziert mit dem deutschen Anteil am EU-Bruttonationaleinkommen von 25 %. Ab 2028 abzüglich eines festen Tilgungsbetrags über 31 Jahre.

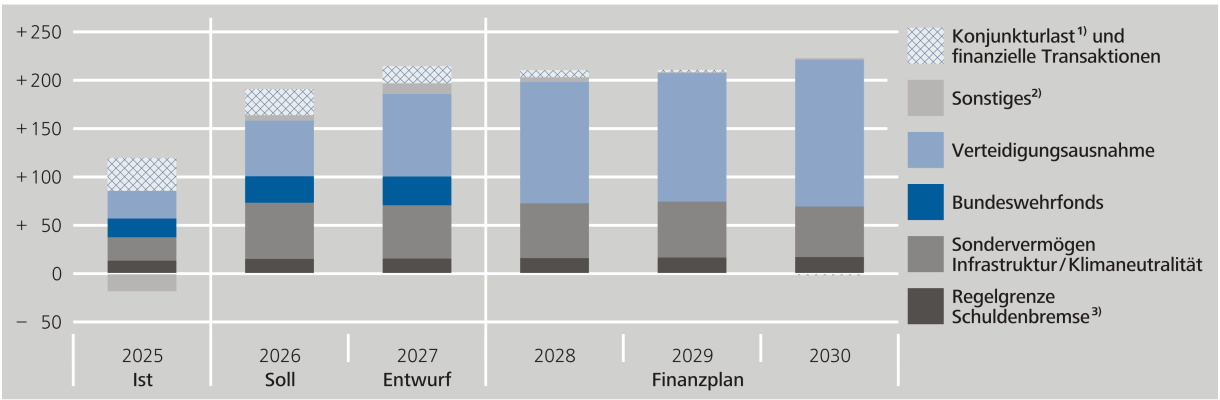
3.2 Bund plant bis 2030 sehr hohe Defizite und hat dafür noch hohen Konsolidierungsbedarf

Für 2027 plant die Bundesregierung ein weiter deutlich steigendes Gesamtdefizit des Bundes auf insgesamt 211 Mrd € (Position 1). Sie nutzt Gestaltungsspielräume und Rücklagen, um die Schuldenbremse einzuhalten. Ausschlaggebend für das höhere Defizit ist der Kernhaushalt. Dort stehen kaum wachsenden Einnahmen (Position 40) stark steigende Ausgaben (Position 30) gegenüber. Das Ausgabenplus stammt überwiegend aus der Bereichsausnahme Verteidigung (Position 23). Um die Schuldenbremse einzuhalten, rechnet die Regierung verschiedene – teils noch nicht konkretisierte oder vom Bundesgesetzgeber noch nicht verabschiedete – Konsolidierungsmaßnahmen ein, greift auf Gestaltungsmöglichkeiten zurück und setzt 7 Mrd € aus der verbliebenen Rücklage ein (Position 12).

Bis 2030 soll das hohe Bundesdefizit dann etwa unverändert bleiben. Das strukturelle Defizit (Position 10) steigt aber weiter, weil der Bund die Bereichsausnahme Verteidigung zunehmend nutzt. Sinkende Lasten aus der Konjunktur sowie aus finanziellen Transaktionen (Positionen 16 und 17) dämpfen das unbereinigte Defizit.[20)] Das strukturelle Defizit steigt durch den Verteidigungsbereich. Von 2026 bis 2030 erhöht es sich in Relation zum BIP von 3½ % auf 4¼ %. 2030 kommen davon laut Planung gut 0,3 Prozentpunkte aus der Regelgrenze der Schuldenbremse. Weitere 2,9 Prozentpunkte stammen aus der Verteidigungsausnahme. Und 1 Prozentpunkt stammt aus dem Sondervermögen IK.

Defizite des Bundes einschließlich Extrahaushalte

Schaubild 5.6



Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. **1** Konjunkturkomponente in allen Jahren gemäß Frühjahrsprojektion 2026 der Bundesregierung. Demnach war die Konjunkturlast 2025 rund 11 Mrd € höher als im Haushaltsverfahren, 2026 ist sie noch 2 Mrd € höher. **2** Rücklagenentnahmen in Kernhaushalt und Sondervermögen mit Planzahl, abzüglich Rücklagenzuführungen (insbesondere Klimafonds 2025), abzüglich rechnerisch positive Kontrollkontobuchungen 2025 und 2026. Nicht berücksichtigt sind Extrahaushalte ohne Planzahl. **3** Strukturelle Neuverschuldung von 0,35 % des BIP im Vorjahr der Haushaltsaufstellung, im Ist 2025 abzüglich der Tilgung von Notlagenkrediten (1,7 Mrd €). Ab 2028 ist die geplante Verschiebung der Tilgungspläne bereits berücksichtigt (zuvor: Abschlag von der Regelgrenze von gut 12 Mrd €).

Deutsche Bundesbank

Um die Ziele der Finanzplanung zu erreichen und damit die Schuldenbremse einzuhalten, besteht allerdings noch umfangreicher Handlungsbedarf. Die 0,35 %-Vorgabe wird nur eingehalten, weil offener Handlungsbedarf im Kernhaushalt bereits defizitsenkend in die Planungen eingerechnet wurde. Dieser steigt bis auf 1 % des BIP (48 Mrd €) im Endjahr 2030 an (Position 39). Wird er durch Konsolidierungsmaßnahmen nicht erwirtschaftet, so beträgt das strukturelle Defizit 2030 sogar gut 5 %.

20 Zu letzteren zählen im laufenden und im nächsten Jahr insbesondere die Darlehen des Bundes an die Sozialversicherungen. Ab 2028 plant der Bund moderate Nettoerlöse aus Darlehensrückflüssen.

Der sehr hohe Handlungsbedarf 2030 resultiert daraus, dass die strukturellen Steuereinnahmen sehr viel langsamer wachsen als die Rentenzuschüsse und die Zinsausgaben. Im Finanzplan für den Kernhaushalt (von 2028 bis 2030) steigt das strukturelle Steueraufkommen um jahresdurchschnittlich 2½ %.[21)] Dies deckt nur knapp den geplanten kräftigen Anstieg des Zuschusses an die Rentenversicherung (Position 37). Dieser erklärt sich nicht zuletzt durch den starken Beitragssatzanstieg 2028, da der Zuschuss des Bundes stark daran gekoppelt ist. Gleichzeitig wächst der Zuschuss wegen Mehraufwendungen durch die letzte Rentenreform (höhere Mütterrenten, verlängerte Haltelinie). Zudem steigen die jährlichen Zinsausgaben um knapp 40 Mrd € (Position 36). Ausschlaggebend hierfür ist vor allem die steigende Durchschnittsverzinsung. Aber auch der zunehmende Schuldenstand (Position 44) wirkt sich deutlich aus. Die Rücklage entlastet den Haushalt 2027 noch um 7 Mrd € und überbrückt damit einen bereits 2027 bestehenden Handlungsbedarf. Der Restbestand soll 2028 aufgebraucht werden. Für die übrigen Ausgaben, die unter die Schuldenbremse fallen, ist bereits ohne Abzug des Handlungsbedarfs praktisch kein Wachstum veranschlagt.

Der Handlungsbedarf wäre noch deutlich höher, wenn der Bund nicht auf Gestaltungsspielräume zurückgegriffen hätte. So stellt er noch weitere unspezifische Haushaltsentlastungen (Globaltitel über den Handlungsbedarf hinaus) ein oder lässt bereits absehbare Haushaltslasten unberücksichtigt. Zudem finanzieren die neuen Kreditspielräume nicht nur zusätzliche Investitionen und Verteidigungsausgaben, sondern auch Anderes aus dem Kernhaushalt. Im Einzelnen:

- **Der Haushalt wird durch höhere pauschale Ausgabenkürzungen (Globaltitel) für nicht konkretisierte Maßnahmen entlastet (Position 38).** 2026 liegt die globale Minderausgabe bei erfahrungsgemäß erreichbaren 9 Mrd €. Die Planungen für 2027 heben diese Ansätze auf knapp 11 Mrd € an. Für 2028 bis 2030 sind dann offenbar mit Blick auf angestrebte Effizienzsteigerungen sogar etwa 25 Mrd € jährlich angesetzt.

21 Die unbereinigten Steuereinnahmen (Position 41) steigen in dem Zeitraum um jahresdurchschnittlich 3½ %. Der Anstieg ist aber teils konjunkturell bedingt.

- **Die Mindereinnahmen durch die vereinbarten Änderungen bei der Einkommensteuer zehren veranschlagte Einnahmenpuffer ab 2028 bereits auf.** Die mit dieser Reform verbundenen jährlichen gesamtstaatlichen Mindereinnahmen steigen per saldo wohl auf einen mittleren einstelligen Milliardenbetrag (Kapitel 2.2). Davon entfällt knapp die Hälfte auf den Bund. Zudem kündigte die Bundesregierung an, Steuerausfälle der Länder und Kommunen teils zu übernehmen. Die ab 2028 veranschlagten globalen Mindereinnahmen von jährlich etwa 5 Mrd € (Position 43) wären somit bereits mehr oder weniger aufgezehrt. [22)]
- **Der Kernhaushalt greift ab 2027 faktisch auf Kredite des Sondervermögens IK zu, indem er Einnahmen aus CO_2-Emissionszertifikaten vom Klimafonds übernimmt.** Der Klimafonds erhält seit 2025 schuldenfinanzierte Zuweisungen aus dem Sondervermögen IK. Diese Zuweisungen waren im vergangenen Jahr höher als sein Bedarf zum Defizitausgleich. Dies schien auch für die Folgejahre angelegt. Nunmehr sollen Teile der Einnahmen aus den Zertifikaten ab 2027 dem Kernhaushalt zufließen, und gleichzeitig fließen weiter schuldenfinanzierte Mittel aus dem Sondervermögen IK in den Fonds. Per saldo wird damit ein Teil der Kreditaufnahme des Sondervermögen IK in den Kernhaushalt umgeleitet. 2027 mobilisiert der Bund so 3 Mrd €. In den Folgejahren könnten die Beträge noch steigen.
- **Der Bund nutzt die Rücklage des Fluthilfefonds, die er 2025 aus Krediten bildete. Mit deren Aufnahme hatte er damals die Grenze der Schuldenbremse ein Stück weit überschritten.** 2023 und 2024 hatte der Bund den Mittelbedarf des Fonds genau im benötigten Umfang mit Zuweisungen aus dem Kernhaushalt ausgeglichen. 2025 benötigte der Fonds 1 Mrd €, der Bund leistete aber die geplante Zuweisung von 2½ Mrd € vollständig. So bildete er im Fonds eine Rücklage von 1½ Mrd € (Teil von Position 8). Diese Rücklage plant er, 2027 und wohl noch 2028 zu nutzen, um weniger Bundeszuschüsse zahlen zu müssen. Mit dem erhöhten Zuschuss zur Rücklagenbildung 2025 hatte der Bund die Kreditgrenze der Schuldenbremse damals im Haushaltsvollzug um ½ Mrd € überschritten.

22 Auch die in Aussicht gestellte Rentenreform dürfte den Bund ab 2028 zunächst belasten, bevor die positiven Rückwirkungen zum Tragen kommen. Hier kommt es auf die konkrete Ausgestaltung an. Diskutiert wird zudem über höhere Abführungen an den EU-Haushalt. Verhandlungen über dessen Aufstockung im Planungszeitraum 2028 bis 2034 laufen noch.

- **Die Kredite über die Spielräume für Verteidigung und Infrastruktur übersteigen auch künftig die zusätzlichen Ausgaben in diesen Bereichen.** [23)]
  - **Beim Sondervermögen IK** sollen die Kredite insbesondere zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und die Klimaneutralität finanzieren.
    Die Infrastrukturinvestitionen des Bundes steigen im Haushaltsentwurf 2027 zwar an. Der Anstieg gegenüber dem Ist 2024 bleibt mit 17 Mrd € (Position 28) aber weiter sehr deutlich hinter der Nettokreditaufnahme des Sondervermögens IK für die Bundesinvestitionen (37 Mrd €) zurück. Dabei finanziert der Bund Infrastrukturinvestitionen teilweise auch über die Bereichsausnahme Verteidigung über Kredite (in diesem Jahr sind 4 Mrd € veranschlagt, und 2027 sieht der Haushaltsentwurf 9 Mrd € vor, Position 33).[24)] Den Zusatzinvestitionen in die Bundesinfrastruktur von 17 Mrd € stehen damit im Ergebnis sogar zusätzliche Kreditaufnahmen von 46 Mrd € gegenüber.
    Länder und Gemeinden müssen mit den Mitteln des Sondervermögens IK keine zusätzlichen Investitionen finanzieren. Sie nutzen diese daher vermutlich zum guten Teil für Anderes.
    Der Klimafonds erhält jährlich 10 Mrd € aus dem Sondervermögen IK. Mit den aktuellen Planungen ist zumindest 2027 nicht zu erwarten, dass die Investitionen des Klimafonds tatsächlich gegenüber dem Jahresergebnis 2024 zunehmen. [25)]
  - **Bei der Kreditaufnahme in der Bereichsausnahme Verteidigung** ist das Bild ähnlich: Die Zunahme der verteidigungsbezogenen Ausgaben gegenüber 2024 (Position 24) bleibt deutlich hinter der Neuverschuldung zurück.

23 Vgl. ausführlich für die hier zugrunde liegenden Abgrenzungen und eine Darstellung zu Ergebnis 2025 und Plan 2026: Deutsche Bundesbank (2026e), Schaubild 5.4, sowie Deutsche Bundesbank (2025d), Schaubild 5.4. Die Bundesregierung sieht die Zusätzlichkeit von Investitionen in Infrastruktur und Klimaneutralität dagegen als gewährleistet an, wenn eine Investitionsquote von 10 % im Plan für den Kernhaushalt erreicht ist. Das BMF überprüft den Erfolg des Sondervermögens IK mit einem jährlichen Monitoring. Dies ist zu begrüßen. Dabei evaluiert der erste Monitoringbericht aber vor allem einzelne Maßnahmen partialanalytisch und mit unterschiedlichen Methoden. Lücken und Verbesserungen in der Infrastruktur und die Zusätzlichkeit der Investitionen bildet er damit nicht umfassend ab. Das BMF will die Methode im weiteren Verlauf noch verbessern. Vgl.: Bundesministerium der Finanzen (2026b).

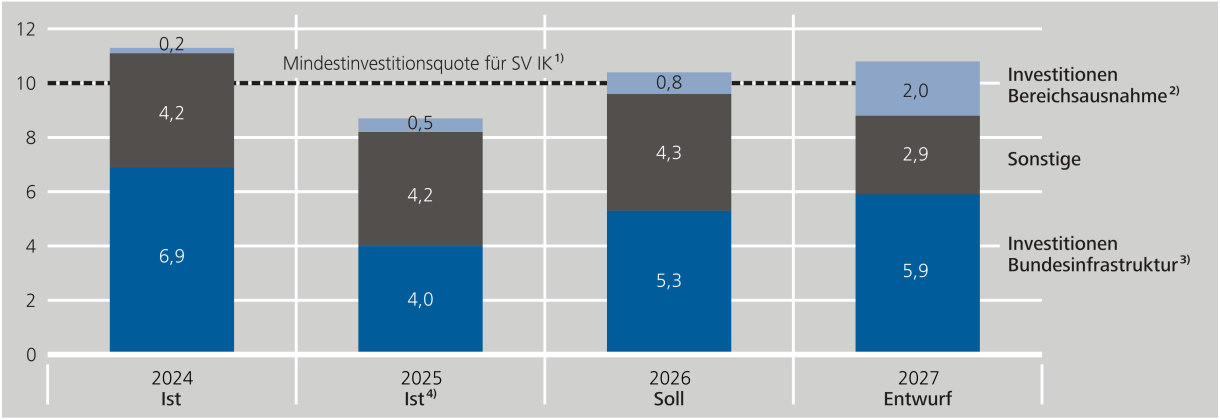
24 Diese wurden in der Abbildung deshalb von den zusätzlichen Bundesinvestitionen herausgerechnet, weil sie nicht aus dem regulären Haushalt, sondern bereits außerhalb der Schuldenbremse kreditfinanziert wurden.

25 Die Planzahlen liegen zwar deutlich über dem Ist 2024, aber auch deutlich unter dem Soll 2024. Die Planzahlen enthalten regelmäßig beträchtliche Puffer.

Investitionsquote des Kernhaushaltes und ihre Zusammensetzung

Schaubild 5.7

in %



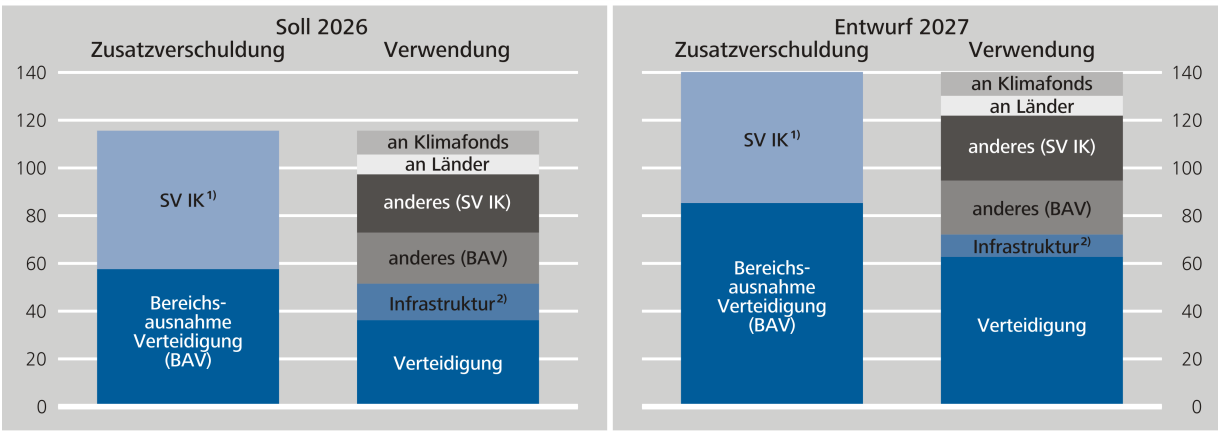
Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. **1** Muss im Soll erreicht sein, um Kredite des SVIK nutzen zu können. Zähler: Gesamtinvestitionen ohne finanzielle Transaktionen, Nenner: Gesamtausgaben ohne Ausgaben in der Bereichsausnahme Verteidigung und für finanzielle Transaktionen. 1 % entspricht in jedem der Jahre 4 1/2 Mrd €. **2** Investitionen des Kernhaushalts, die unter die Bereichsausnahme Verteidigung fallen und seit 2025 kreditfinanziert sind. Für 2024 näherungsweise. **3** Aus dem Gruppierungsplan: Hauptgruppe 7, Obergruppen 81 und 82, Gruppierungen 891 und 894. **4** Im Soll war die Mindestinvestitionsquote von 10 % exakt erreicht.

Deutsche Bundesbank

Zusatzverschuldung des Bundes für Verteidigung und Infrastruktur und deren Verwendung

Schaubild 5.8

Mrd €



Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. **1** Sondervermögen Infrastruktur / Klimaneutralität. **2** Aus dem Gruppierungsplan: Hauptgruppe 7, Obergruppen 81 und 82, Gruppierungen 891 und 894. Abzüglich der Infrastrukturinvestitionen, welche über die Bereichsausnahme Verteidigung finanziert werden.

Deutsche Bundesbank

- **Die Regierung verschiebt die Tilgungen von Notlagenkrediten ein weiteres Mal. Dies erweitert die Spielräume ab 2028 um jährlich gut 9 Mrd €.**[26] Bei der Aufnahme von Notlagenkrediten ist gemäß Grundgesetz ein Tilgungsplan zu beschließen. Die Notlagenkredite sind „binnen eines angemessenen Zeitraumes“ abzubauen. Ursprünglich sollte die Tilgung im Jahr 2023 starten. Angesichts immer noch recht umfangreicher Pandemielasten streckte der Bundestag den Tilgungsplan. Dabei orientierte er sich am Tilgungsplan für den EU-Extrahaushalt NGEU, der (weiterhin) 2028 startet. Der nun vorgesehene neue Plan für die Notlagenkredite des Bundes startet erst im Jahr 2033. Die Tilgungen sollen dabei weiterhin bis um das Jahr 2060 herum abgeschlossen sein. Die jährlichen Tilgungsbeträge müssten dazu entsprechend steigen.[27]
- **Der Bund vergibt an die Kranken- und Pflegeversicherung überjährige zinsfreie Darlehen, die er außerhalb der Schuldenbremse bucht.** Strukturelle Finanzierungslücken wären dort jedoch eigentlich durch höhere Beitragssätze oder Ausgabenkürzungen zu schließen. Strukturreformen sind angekündigt, um Finanzierungslücken nachhaltig zu schließen. Zusätzlich müssen diese Zweige vorübergehend strukturelle Überschüsse machen, um die Bundesdarlehen wie vorgesehen zu tilgen. Auch an die BA vergibt der Bund erhebliche Darlehen. Wann er mit der Rückzahlung rechnet, führt er nicht aus. Sollte er der BA die Darlehen erneut erlassen, würde dies die Bundesfinanzen entsprechend belasten.[28]

Der Bund steht vor großen haushaltspolitischen Herausforderungen. Die aktuellen Planungen enthalten hohe Defizite und offene Handlungsbedarfe. Hinzu kommen die skizzierten weiteren Gestaltungen in der Planung. Dabei wäre es ratsam, die erweiterten Kreditmöglichkeiten für Infrastruktur und Verteidigung stärker auf tatsächlich zusätzliche Ausgaben in diesen Bereichen zu fokussieren. Vor diesem Hintergrund hat der Bund keine Haushaltsspielräume, um weitere Aufgaben anderer staatlicher Ebenen mitzufinanzieren. Vielmehr steht er vor einer umfangreichen Konsolidierungsaufgabe. Um die hohen Defizite verlässlich abzubauen, ist eine Straffung der Schuldenbremse ratsam (Kapitel 1.3).

26 Ebenfalls aufgeschoben werden soll die Tilgung der Schulden des Sondervermögens Bundeswehr. Diese ist nur im Gründungsgesetz des Sondervermögens und nicht im Grundgesetz verankert. Insgesamt beträgt die jährliche Entlastung durch den Tilgungsaufschub damit gut 12 Mrd €.

27 Der Bundesbank-Vorschlag zur Reform der Schuldenbremse sieht perspektivisch wieder eine deutliche Einschränkung der Kreditspielräume vor und in diesem Zusammenhang auch eine Streichung der Tilgungsvorgabe. Damit würden auch etwaige verfassungsrechtliche Risiken im Zusammenhang mit der Ausgestaltung von Tilgungsplänen vermieden. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025b).

28 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022).

4 Länderfinanzen

Die Lage der Länderhaushalte insgesamt könnte sich 2026 zwar etwas verschlechtern, dürfte aber solide bleiben.[29)] Das vergangene Jahr schlossen die Länder strukturell annähernd ausgeglichen ab − ungeachtet eines deutlichen Defizits in unbereinigter Betrachtung. Der strukturelle und auch der unbereinigte Saldo könnten dieses Jahr etwas ungünstiger ausfallen. Insbesondere planen mehr Länder als noch im Vorjahr, die erweiterten strukturellen Kreditspielräume zu nutzen. Die Steuereinnahmen wachsen nur schwach, auch weil ein positiver Sondereffekt bei der Erbschaftsteuer entfällt. Ausgabenseitig dürften viele Länder die Zuweisungen an ihre Gemeinden deutlich aufstocken. Soweit sie hierfür auf Mittel aus dem Sondervermögen IK zurückgreifen, belastet dies die Länderhaushalte aber nicht. Hinsichtlich der Mittel aus dem Sondervermögen IK für Länderinvestitionen ist zu erwarten, dass die Länder ihre Haushalte damit teils entlasten: Sie müssen für Mittelabrufe keine zusätzlichen Investitionen nachweisen.

Ratsam wäre, mit dem Rückenwind durch das Sondervermögen IK Schwachstellen in der Infrastruktur zu beheben. Dazu ist es wichtig, die Mittel zielgerichtet in die Verbesserung der Infrastruktur zu investieren. Nach den aktuell vorliegenden Daten für 2026 blieben die Sachinvestitionen der Länder aber verhalten.

In vielen wichtigen Reformfeldern sind auch die Länder gefordert. Dies betrifft im Bundesrat etwa die Reformbereitschaft hinsichtlich der Kranken- und Pflegeversicherung und den Abbau steuerlicher Subventionen. Für eine effiziente Verwaltung und den Bürokratieabbau sind die Länder maßgeblich mitverantwortlich. Eine wichtige originäre Länderaufgabe besteht darin, für solide Gemeindefinanzen zu sorgen. Die Länder bestimmen das kommunale Haushaltsrecht, beaufsichtigen die Gemeindehaushalte und können sogar Korrekturen an den vorgelegten Haushalten vorschreiben. Zugleich haben die Länder eine angemessene Finanzausstattung ihrer Gemeinden zu gewährleisten. Dabei können sie viel gezielter als der Bund vorgehen.

29 Die unterjährigen Ergebnisse sind bislang wenig aussagekräftig. Dies gilt insbesondere für das zweite Quartal, für das derzeit nur Angaben zu den Kernhaushalten vorliegen. Die merklichere Verschlechterung in den verfügbaren unterjährigen Daten steht einer nur moderaten Verschlechterung im Gesamtjahr insoweit nicht entgegen.

5 Sozialversicherung

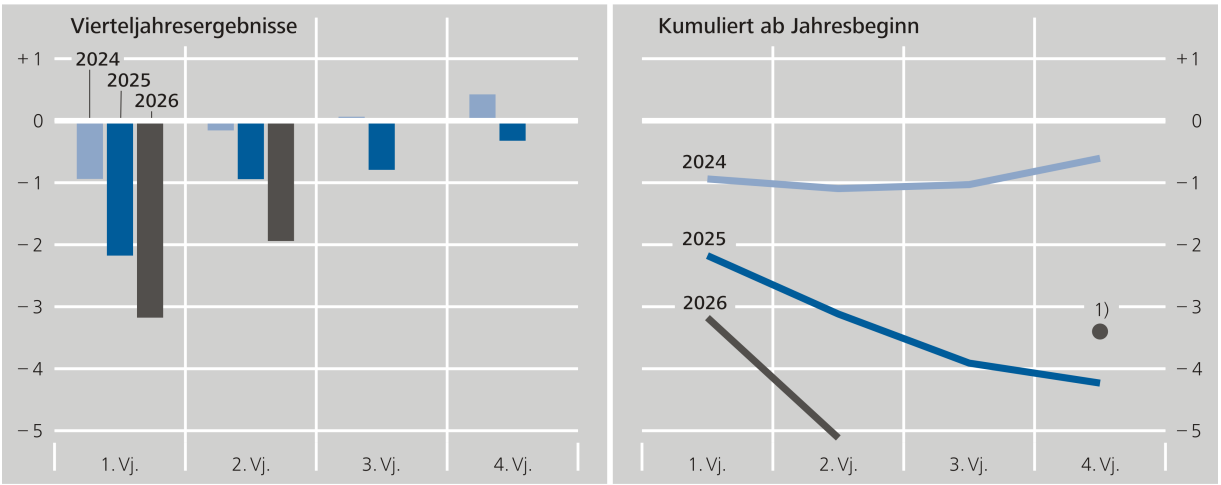
5.1 Bundesagentur für Arbeit

Infolge der anhaltenden Konjunkturschwäche steigt im laufenden Jahr das Defizit der BA deutlich. Bereits im ersten Halbjahr verbuchte die BA ein Defizit von 5 Mrd € (nach 3 Mrd € im Vorjahr).[30] Treibend wirken die Zahlungen für das Arbeitslosengeld. Aus heutiger Sicht könnte das Defizit im Gesamtjahr etwa 7 Mrd € erreichen.

Finanzierungssalden der Bundesagentur für Arbeit*)

Schaubild 5.9

Mrd €



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Einschließlich der Zuführungen an den Versorgungsfonds und vor Zahlung von Bundeszuschüssen. 1 Erwartetes kumuliertes Ergebnis für 2026 gemäß BA-Haushaltsplan.

Deutsche Bundesbank

30 Im operativen Bereich, das heißt ohne den Versorgungsfonds für BA-Beamtinnen und -Beamte. Zuführungen hierzu belasten den operativen Bereich.

Der Bund deckt die Finanzierungslücke der BA mit Darlehen, um den Beitragssatz zu stabilisieren. Die BA hatte ihre freien Rücklagen im Laufe des Jahres 2025 aufgezehrt. Der Bund schloss die verbliebene Lücke mit einem Darlehen von 1½ Mrd €. Im laufenden Jahr dürfte die BA ein höheres Darlehen benötigen als vom Bund geplant (4 Mrd €). Für das nächste Jahr könnten die im Haushaltsentwurf des Bundes veranschlagten 5 Mrd € dagegen passen. Durch die überjährigen Darlehen verhindert der Bund zwar, dass der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung steigt. Die Darlehen sind dann aber aus späteren Überschüssen der BA zurückzuzahlen. Sollte sich das BA-Defizit teils als strukturell erweisen,[31)] wäre der Beitragssatz der BA anzuheben.

5.2 Rentenversicherung

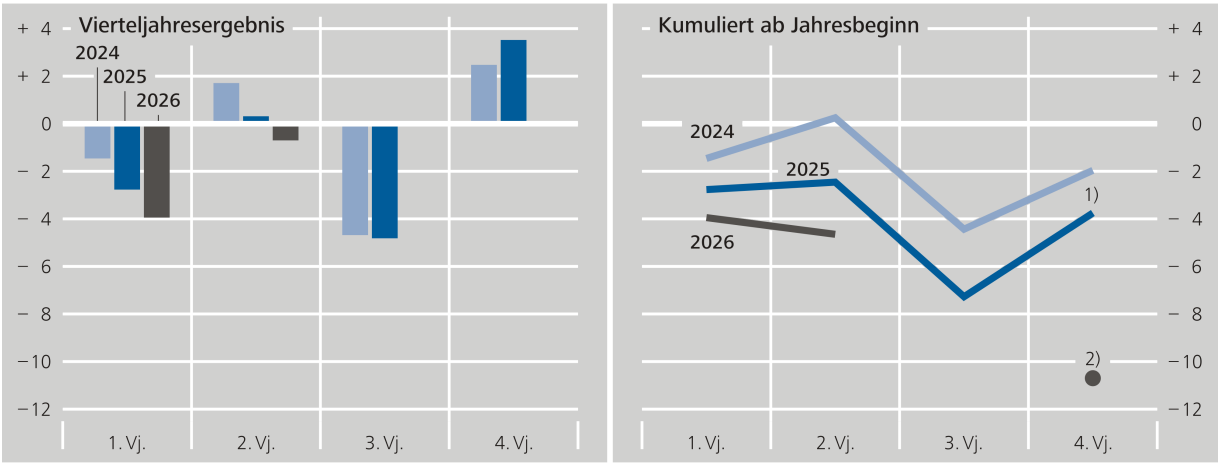
Die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) verschlechtert sich 2026 erheblich. Die Rücklage schmilzt, bietet aber danach nochmals einen Puffer. Bei der GRV ist 2026 ein erhebliches Defizit von rund 11 Mrd € zu erwarten (nach 4 Mrd €2025). Im ersten Halbjahr 2026 lag das Minus bereits bei 4½ Mrd € (nach 2½ Mrd €2025). In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich der Fehlbetrag nochmals deutlich vergrößern. Die Einnahmen legen zwar weiter spürbar zu (bislang + 4 %). Allerdings steigen die Ausgaben stärker als bislang (+ 5 %): Die Renten wurden zur Jahresmitte mit gut 4 % angepasst, nach gut 3½ % im Jahr zuvor. Die Rentenzahl wird wohl ähnlich spürbar zunehmen wie im ersten Halbjahr (+ 0,6 %).

31 Der Darlehensbestand Ende 2027 erreicht aus heutiger Sicht etwa 14 Mrd €. Dies entspricht etwa einem Drittel der derzeitigen Pflichtbeitragseinnahmen der BA beziehungsweise gut der Hälfte der aus Überschüssen der Vorjahre aufgelaufenen freien Rücklage Ende 2019.

Finanzierungssalden der Deutschen Rentenversicherung

Schaubild 5.10

Mrd €



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund. **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. Endgültige Jahresergebnisse: 2024: −1 Mrd €, 2025: −4 Mrd €. **2** Erwartetes Ergebnis gemäß Frühjahrsschätzung 2026 für die allgemeine Rentenversicherung vom 7. Mai 2026.

Deutsche Bundesbank

Der Finanzierungsdruck steigt mittelfristig weiter. Im Jahr 2028 steht dann ein Sprung des Beitragssatzes an. Die Zahl der Renten dürfte in den nächsten Jahren etwas schneller steigen. Hinzu kommt, dass der Bund – als Teil des Pakets zum Schließen seiner Haushaltslücke – seine Zuschüsse an die Rentenversicherung im nächsten Jahr um 1 Mrd € kürzt. Die Nachhaltigkeitsrücklage dürfte damit Ende 2027 etwa ihr gesetzliches Minimum von 0,2 Monatsausgaben erreichen. 2028 muss der Beitragssatz dann im Status quo stark von 18,6 % auf fast 20 % steigen. Denn es stehen praktisch keine Mittel aus der Rücklage mehr zur Verfügung und die Ausgaben nehmen weiter stärker zu als die Beitragsbasis samt daran (wie auch am Beitragssatz) anknüpfender Bundeszuschüsse.

6 Reform der Alterssicherung

6.1 Überzeugendes Gesamtpaket vorgelegt

Die demografische Entwicklung stellt die Staatsfinanzen vor Herausforderungen und belastet die Wachstumsperspektiven. Durch eine steigende Lebenserwartung und den Rentenzugang geburtenstarker Jahrgänge gerät die GRV zunehmend unter Druck. Zugleich schwächen weniger Erwerbspersonen das Potenzialwachstum und damit die wirtschaftliche Basis für Sozialbeiträge und Steuern.

Die Bundesregierung hatte zur Reform der Alterssicherung eine Kommission eingesetzt. Ziel dieser Alterssicherungskommission war es, Vorschläge für eine verlässliche Altersabsicherung zu entwickeln und dabei den Anstieg des Beitragssatzes zu begrenzen sowie die Bundesfinanzen nicht zu überlasten. Darüber hinaus kann eine Reform einen wichtigen Beitrag leisten, um die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsperspektiven zu stärken. Die Alterssicherungskommission legte ihr Gesamtkonzept im Juni 2026 vor. [32)]

32 Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2026).

Das Gesamtkonzept der Alterssicherungskommission ist eine überzeugende Antwort auf die finanziellen Herausforderungen durch die Alterung. Die Bundesbank befürwortet, dieses umzusetzen.[33)] Die vorgeschlagenen Maßnahmen stärken die Erwerbstätigkeit, insbesondere durch verlängerte Erwerbsphasen infolge höherer Altersgrenzen. Zugleich dämpfen sie den Finanzierungsdruck auf das Umlageverfahren der GRV. Die Reform hat das Potenzial, langfristig die Beitragszahlenden und den Bundeshaushalt zu entlasten, weil die Rentenausgaben des Umlageverfahrens niedriger ausfallen. Eine obligatorische kapitalgedeckte Komponente soll die umlagefinanzierte Rente ergänzen. Ziel ist es, das Gesamtversorgungsniveau aus Umlage- und Kapitalrente perspektivisch über das derzeitige GRV-Versorgungsniveau zu heben. Mit der Kapitalrente nutzt die gesetzliche Altersvorsorge Renditechancen der Kapitalmärkte. Dabei garantiert der Bund bei Rentenzugang das derzeitige Mindestsicherungsniveau von 48 %, falls dieses aus dem Zusammenspiel von Umlage- und Kapitalrente nicht erreicht wird. Große Teile der Bevölkerung werden dadurch am Kapitalmarkt beteiligt. Dieser wird so verbreitert und vertieft.

Damit das Reformpaket bestmöglich wirkt, sollte der Gesetzgeber es möglichst zügig in Kraft setzen. Daher ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung den Gesetzesbeschluss bis Jahresende anstrebt. Um die demografischen Lasten auf Staatsfinanzen und Arbeitsmarkt zu dämpfen, ist es wichtig, insbesondere die Änderungen der Altersgrenzen zeitnah umzusetzen – nicht zuletzt angesichts der geburtenstarken rentennahen Jahrgänge. Die Wirkung der Reform hängt auch davon ab, wie der Gesetzgeber die Empfehlungen im Detail ausgestaltet. Neben den Übergangsfristen sind dabei zahlreiche weitere Aspekte[34)] relevant. Es ist empfehlenswert, dass der Gesetzgeber dabei insbesondere die zuvor genannten Ziele im Auge behält.

6.2 Zu ausgewählten Aspekten des Pakets

Die folgenden Ausführungen ordnen ausgewählte Aspekte der umfassenden Reformvorschläge ein – auch mit Bezug zur Stellungnahme der Bundesbank, die der Alterssicherungskommission übermittelt wurde.

33 Viele der Empfehlungen der Alterssicherungskommission passen zu den Vorschlägen, die die Bundesbank auf Anfrage in einer Stellungnahme an die Alterssicherungskommission übermittelt hatte, vgl.: Deutsche Bundesbank (2026e).

34 Dazu zählen beispielsweise die konkrete Ausgestaltung der Kapitalrente und die Berücksichtigung des Kapitalbeitrags in der Rentenanpassungsformel.

6.2.1 Altersgrenzen zügig anpassen

Die Alterssicherungskommission schlägt vor, Altersgrenzen an die Lebenserwartung zu knüpfen und den vorgezogenen abschlagsfreien Rentenzugang abzuschaffen. Dies ist zu begrüßen. Denn die Änderungen dürften längere Erwerbsphasen bewirken. Dies stärkt für sich genommen das Erwerbspersonenpotenzial und dämpft den finanziellen Druck auf die GRV sowie den Bundeshaushalt. Entsprechend fallen Beitragssatz und Bundesmittel langfristig deutlich niedriger aus als ohne die Reform der Altersgrenzen. Die Alterssicherungskommission empfiehlt zudem Maßnahmen, die soziale Härten vor allem infolge angehobener Altersgrenzen abfedern sollen.

Bezüglich der Regelaltersgrenze empfiehlt die Alterssicherungskommission konkret, sie nach 2031 an die weitere Entwicklung der Lebenserwartung zu koppeln. Nach derzeitiger Rechtslage steigt die Regelaltersgrenze bis 2031 auf 67 Jahre für Geburtsjahrgänge ab 1964. Eine weitere Anhebung ist bislang nicht vorgesehen. Ohne Änderung nimmt damit bei steigender Lebenserwartung das Verhältnis von Erwerbsjahren zu Rentenjahren stetig ab. Die Alterssicherungskommission schlägt daher vor, weitere Verlängerungen der Lebenserwartung zu zwei Dritteln in zusätzliche Erwerbsjahre und zu einem Drittel in zusätzliche Rentenjahre zu lenken. Dies stabilisiert das Verhältnis weitgehend.

Die Alterssicherungskommission empfiehlt, die Altersgrenze für langjährig Versicherte zeitnah zu erhöhen und nach 2031 wie die Regelaltersgrenze anzuheben. Die Altersgrenze für langjährig Versicherte ist die untere Grenze, ab der Versicherte vorgezogen Altersrente (mit Abschlägen) beziehen können. Ein vorgezogener Rentenzugang ist derzeit nach mindestens 35 Versicherungsjahren und frühestens ab 63 Jahren möglich. Der Vorschlag sieht vor, dass die Altersgrenze zunächst zeitnah auf 64 Jahre steigt. Ab 2032 soll sie wie die Regelaltersgrenze zunehmen, wobei die Alterssicherungskommission drei Jahre Abstand vorsieht. Angesichts der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels ist gut begründet, die Grenze zügig so anzuheben, dass sie den Abstand von drei Jahren zum gesetzlichen Rentenalter erreicht. Für den Geburtsjahrgang 1965 läge sie dann bei 64 Jahren.

Die vorgezogene abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren soll entfallen. Hierzu gibt die Alterssicherungskommission keine zeitliche Empfehlung. Eine zeitnahe Umsetzung erscheint aber ebenfalls naheliegend. Denn auch dies dürfte die Erwerbstätigkeit stärken und die Rentenfinanzen entlasten – insbesondere auch im Zusammenspiel mit der zuvor genannten Altersgrenze für langjährig Versicherte.[35)] Von der abschlagsfreien Rente profitieren insbesondere gut qualifizierte Fachkräfte und Männer.[36)] Die von der abschlagsfreien Rente Begünstigten erhalten im Durchschnitt bei insgesamt gleicher Beitragszahlung über die gesamte Bezugszeit gerechnet höhere Renten als die übrigen Versicherten. Dadurch wird das Äquivalenzprinzip der GRV geschwächt, wonach gleich hohe Einzahlungen zu gleichen Rentenansprüchen führen. Die Abschaffung entlastet damit Beitragszahlende, die übrigen Rentnerinnen und Rentner und den Bund (weil der Beitragssatz des Umlageverfahrens für sich genommen niedriger ausfällt).

6.2.2 Ab- und Zuschläge regelmäßig überprüfen

Die Alterssicherungskommission schlägt vor, Ab- und Zuschläge bei vorgezogenem und aufgeschobenem Rentenzugang regelmäßig zu überprüfen und nach versicherungsmathematischen Grundsätzen zu berechnen. Dies ist zu begrüßen. Die Alterssicherungskommission will vorgezogene und aufgeschobene Rentenzugänge für die Versichertengemeinschaft finanziell möglichst neutral gestalten. Sie sah derzeit aber keinen zwingenden Anpassungsbedarf bei den Ab- und Zuschlägen.

Es erscheint naheliegend, sich im Zuge der Reform auf einen geeigneten konkreten Ansatz zu verständigen. Unmittelbar im Anschluss könnten die Sätze erstmals überprüft werden. Hierzu sind zum Ersten Methode, Annahmen sowie Berechnungsweise für die Sätze zu bestimmen. Zum Zweiten wären Termine für Prüfung und Anpassung zu fixieren.

35 Wie stark die Maßnahme wirkt, hängt von den Verhaltensreaktionen der noch erwerbstätigen Begünstigten und etwaiger Ausweichmöglichkeiten ab. Bei Absenkung der Altersgrenze für den abschlagsfreien Rentenzugang 2014 sank das durchschnittliche tatsächliche Renteneintrittsalter ab. Das lässt erwarten, dass mit der Abschaffung dieser Altersgrenze eine Gegenentwicklung eintritt. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025e).

36 Vgl.: Buslei et al. (2024) sowie Bach et al. (2026).

Die Alterssicherungskommission verweist in ihrem Abschlussbericht auf aktualisierte Berechnungen der Bundesbank.[37] **Diese ergeben bei den zugrunde gelegten Standardannahmen etwas höhere pauschalierte monatliche Abschläge bei vorgezogenem Rentenzugang.** Sie könnten demnach von derzeit 0,3 Prozentpunkte auf 0,4 Prozentpunkte pro Monat steigen. Die Höhe der Zuschläge bei aufgeschobenem Rentenzugang nach dem gesetzlichen Rentenalter ist dagegen weitgehend passend. Den Ergebnissen lagen die derzeitige Rechtslage und die Versichertenperspektive zugrunde.[38]

6.2.3 Nicht beitragsgedeckte Leistungen transparent darstellen und steuerfinanzieren

Die Alterssicherungskommission empfiehlt, Leistungen, für die keine Beiträge gezahlt wurden, nachvollziehbar zu systematisieren und zu quantifizieren. Bundesmittel sollen dann solche nicht beitragsgedeckten Leistungen finanzieren.[39] **Dies ist gut begründet.** Die Regel soll auch für neue einschlägige Leistungen und spätere Leistungsausweitungen in diesem Bereich gelten. Der Gesetzgeber müsste dafür jeweils darlegen, welche Leistung er als nicht beitragsgedeckt wertet, und diese dann aus Bundesmitteln finanzieren. Damit könnte die Finanzierung stärker sachlichen Kriterien statt der jeweiligen Kassenlage folgen, wie offenbar der jüngste Beschluss zur Ad-hoc-Kürzung der Bundesmittel im Jahr 2027. Die steuerfinanzierten Leistungen und die diesbezügliche Finanzverantwortung wären transparent. Sie wären so auch nachvollziehbarer Teil der Überprüfung und Priorisierung der Bundesaufgaben und -ausgaben.

37 Die gegenüber dem Monatsbericht Juni 2025 aktualisierten Berechnungen berücksichtigen insbesondere neuere demografische Annahmen sowie die Rückkehr zum Nachhaltigkeitsfaktor nach 2031. Darüber hinaus wurden die Methodik und die Darstellung überarbeitet und ergänzende Szenarien berechnet. Die aktualisierte Veröffentlichung erläutert zudem ausführlicher verschiedene Herangehensweisen, Berechnungsansätze und technische Annahmen, vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2025e, 2026g).

38 Die Alterssicherungskommission empfiehlt demgegenüber, die Versicherungsperspektive bei der Ermittlung einzunehmen. Dies erfordert potenziell einen etwas anderen Annahmenkranz: Unter anderem wären neben Rentenzahlungen auch entfallene oder zusätzliche Beiträge, zusätzliche Anwartschaften sowie Bundeszuschüsse zu berücksichtigen. Sind die zentralen Annahmen (etwa zu Diskontierungsfaktoren) identisch, dürften die Ergebnisse aber recht ähnlich ausfallen.

39 Zu den nicht beitragsgedeckten Leistungen gehört beispielsweise die Ausweitung von Entgeltpunkten für Kinderziehungszeiten für Eltern von vor 1992 geborenen Kindern (Mütterrenten). Die Deutsche Rentenversicherung zählt etwa auch die fehlenden Abschläge bei der Rente für besonders langjährig Versicherte dazu.

Derzeit übersteigt das Volumen der Bundeszuschüsse[40] **die nicht beitragsgedeckten GRV-Leistungen bei einer engen Abgrenzung und unterschreitet sie bei einer weiten.**[41] Eine pragmatische Vorgehensweise, die etwa der Sozialbeirat vorschlägt, läge darin, wenn der Gesetzgeber initial einen für geeignet gehaltenen Katalog nicht beitragsgedeckter Leistungen festlegt und gut begründet.[42] Er könnte sich bedarfsweise auch hierbei von einer Kommission unterstützen lassen. Für die Leistungen des Katalogs überweist der Bund dann die Bundesmittel in Höhe der (geschätzten) Ausgaben für diese Leistungen. Sobald die Ergebnisse zu den tatsächlichen Ausgaben vorliegen, wird „spitz" abgerechnet, um mögliche Schätzfehler auszugleichen. Um abrupte Veränderungen im Zuge der Systemumstellung zu vermeiden, könnte eine Übergangsfrist vereinbart werden, in der sich die Bundesmittel dem neuen Niveau nähern.

6.2.4 Kapitalrente nach schwedischem Vorbild aufsetzen

Die Alterssicherungskommission empfiehlt, die GRV um eine obligatorische kapitalgedeckte individuelle Rente nach schwedischem Vorbild zu ergänzen. Auch dieser Vorschlag überzeugt. Schweden hat langjährige Erfahrungen mit einem kapitalgedeckten Teilsystem und das System erfahrungsgestützt weiterentwickelt. Dies erscheint als guter Ausgangspunkt. Etwaige Abweichungen vom schwedischen Vorbild wären demnach gut zu begründen.

40 Zum Stand 2023, das heißt ohne Erstattungen für die Haltelinie oder die Mütterrenten.

41 Im Jahr 2023 waren entsprechende Ausgaben in enger Abgrenzung um etwa 16 Mrd € niedriger als die geleisteten Bundesmittel. Umgekehrt überstiegen die Ausgaben der weiteren Abgrenzung die Bundesmittel um 40 Mrd €. Vgl.: Sozialbeirat (2025), S. 31, sowie Deutsche Rentenversicherung (2024).

42 Letztlich geht es darum, eine Abgrenzung zu wählen, die gut begründet und dann regelgebunden zugrunde gelegt wird. Etwaige künftige Änderungen wären dann ebenfalls in einem transparenten Prozess zu erläutern.

Die Alterssicherungskommission schlägt konkret einen zusätzlichen Kapitalbeitrag zur Rentenversicherung vor. Dieser zusätzliche Beitrag dient zum Aufbau der Kapitalrente. Der Beitragssatz soll in vier Stufen von jeweils ½ Prozentpunkt auf 2 % steigen, möglichst in den Jahren 2028 bis 2031. Damit sollen die Versicherten während der Beitragsphase individuelles Vorsorgevermögen aufbauen. Ab dem regulären Rentenalter wird dieses Vermögen in eine lebenslange Kapitalrente umgewandelt. Das jährliche Ansparvolumen würde bei einem Kapitalbeitragssatz von 2 % wohl knapp 0,7 % des BIP (2026: 30 Mrd €) entsprechen.[43)] Die Höhe des finanziellen Vermögensstocks, der sich langfristig aus den Kapitalbeiträgen und den Kapitalrenten bildet, hängt entscheidend von der Rendite der Anlagen ab. Größenordnungen von 25 % bis 60 % des BIP ergäben sich langfristig mit Rendite-Wachstumsdifferenzialen von 0 % bis 4 %.

Für eine solche kapitalgedeckte Altersvorsorge sind eine Reihe von Entscheidungen zur Ausgestaltung zu treffen. Eine Orientierung am schwedischen System legt unter anderem nahe:

- Die Mittel werden breit gestreut und fließen weit überwiegend in ein weltweites, ertragsorientiertes Portfolio. Politische Nebenziele treten dahinter zurück. Die Anlageentscheidungen trifft grundsätzlich eine politisch unabhängige Einheit, die diese transparent kommuniziert.
- In der Aufbauphase können Versicherte zwischen mehreren Portfoliozusammenstellungen wählen. In Schweden bildet ein stark aktienorientiertes öffentliches Angebot den Standardfall. In dieses werden die Versicherten eingebucht, die keine andere Entscheidung aktiv treffen. Die Versicherten haben auch die Möglichkeit, anstelle der staatlichen Angebote in private zertifizierte Produkte zu investieren, die vorgegebene Mindeststandards erfüllen müssen. Dies ist wichtig, um den Wettbewerb unter den Anbietern zu sichern und den Versicherten Wahlmöglichkeiten zu bieten.

43 Hier ist nur auf die Pflichtbeiträge der Beschäftigten abgestellt. Ob auch auf Beiträge aus Arbeitslosen-, Kranken- oder Pflegegeld Kapitalbeiträge gezahlt werden, ist eine offene Frage der Ausgestaltung. Zudem ist offen, ob der Bund auch Kapitalbeiträge für Zeiten der Kindererziehung zahlt.

- In der Auszahlungsphase stehen in Schweden für die öffentlichen Angebote eine Portfolio- und eine Versicherungsvariante zur Wahl. Beide enthalten lebenslange Annuitäten ohne anderweitige Auszahlungs- und ohne Vererbungsmöglichkeit.[44)] Die Versicherungsvariante ist stark in festverzinsliche Staatsanleihen investiert. Sie garantiert eine nominale Mindestannuität, die sehr vorsichtig kalkuliert ist. Darüber hinaus leistet sie eine etwaige (variable) Überschussbeteiligung. Die Portfoliovariante ist stärker ertragsorientiert und garantiert keine Mindestannuität. Die daraus resultierenden Renten dürften daher stärker schwanken. Das heißt, diese Variante bietet potenziell höhere Annuitäten, ist dafür aber risikoreicher. In Schweden ist die Portfoliovariante der Standardfall, wenn die versicherte Person keine eigene Entscheidung trifft.
- Das Langlebigkeitsrisiko wird grundsätzlich über die Gemeinschaft der Pflichtversicherten ausgeglichen (über die öffentlichen und privatwirtschaftlichen Angebote hinweg). Die Versicherungs- und die Portfoliovariante bilden aber voneinander getrennte Risikokreise.
- Schweden passt in der Auszahlungsphase die Kapitalrenten jährlich an, insbesondere aufgrund der Wertentwicklung der individuellen Kapitalstöcke. Dabei sind Annuitäten so kalkuliert, dass sie tendenziell bis zum Lebensende real konstant sind. Sie orientieren sich also nicht an der Entwicklung der Einkommen, die in der Regel im Zeitverlauf real zunehmen. Bei gleichem Auszahlungsvolumen (Barwert) in der Rentenphase fällt eine real konstante Annuität im Vergleich zu einer einkommensorientierten Annuität zum Rentenbeginn höher und zum Rentenende niedriger aus. Langlebigkeit wird damit weniger ausgeprägt abgesichert. Wenn Einkommen und Lebenserwartung positiv zusammenhängen, begünstigt der schwedische Ansatz damit weniger stark die Langlebigkeit von eher einkommensstarken Versicherten.

Für die Versicherten bietet die Kapitalrente eine (obligatorische) Ergänzung ihrer Altersvorsorge mit relativ hohen Renditechancen bei niedrigen Verwaltungskosten und einer Absicherung des Langlebigkeitsrisikos. Die renditeorientierte Anlage am Kapitalmarkt lässt langfristig relativ hohe Erträge erwarten (bei einem höheren Risikogehalt). Zugleich ermöglicht die Ausgestaltung bei hohem Volumen eine günstige Kostenstruktur; in Schweden liegen die Verwaltungskosten bei etwa 0,1 %. Da alle Versicherten obligatorisch einbezogen sind, entfällt zudem das Problem der adversen Selektion bei der Verrentung, das bei freiwilligen privaten Rentenversicherungen auftritt: Die Annuitäten fallen in Pflichtversicherungssystemen höher aus, weil nicht davon auszugehen ist, dass sich der Versichertenbestand auf Personen mit überdurchschnittlicher Lebenserwartung konzentriert.

44 Eine Hinterbliebenenrente kann optional gewählt werden und wird auf Basis von versicherungsmathematischen Berechnungen bei den gezahlten Annuitäten berücksichtigt.

Dabei kann die Kapitalrente zu breiteren und tieferen Kapitalmärkten beitragen. Durch die Kapitalrente entsteht ein erhebliches Fondsvolumen, das am internationalen Kapitalmarkt angelegt wird und damit Liquidität, Diversifikation und kapitalmarktbasierte Finanzierung fördern kann. Entsprechend dem schwedischen Vorbild würde sie zu einer verbesserten Kapitalmarktkultur in Deutschland und im Zeitablauf zu einer Stärkung des heimischen Kapitalmarkts beitragen.

Mit dem Beitrag zur Kapitalrente steigt der Gesamtbeitragssatz. Ökonomisch unterscheidet sich dieser Beitrag aber deutlich von einer Steuer.[45)] Mit den Beiträgen erwerben Versicherte Ansprüche, die sich an der Höhe ihrer Beiträge und der Rendite an den Kapitalmärkten orientieren. Die Beiträge stellen damit eher eine Art Zwangsversicherung dar, wobei die Anlageoptionen unterschiedlichen Präferenzen der Versicherten in einem gewissen Rahmen Rechnung tragen. Insofern ist der Steuercharakter eingeschränkt. Es erscheint plausibel, dass die Beiträge zur Kapitalrente zumindest teilweise eine anderweitige private Vorsorge ersetzen.[46)] Insofern sollten Verzerrungen von Arbeitsangebot und Beschäftigung durch die Beiträge geringer sein als bei einer Steuer oder dem Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung, der überwiegend Steuercharakter hat. Zudem steht dem im Zeitverlauf ein geringerer Umlagebeitragssatz als ohne Reform gegenüber (Kapitel 6.3.2).

6.2.5 Kapitalrente mit geförderter privater Altersvorsorge gut abstimmen

Die Alterssicherungskommission empfiehlt, die unterschiedlichen kapitalgedeckten Elemente mit staatlicher Beteiligung zu verzahnen und in einer Gesamtschau zu entwickeln. Dies ist gut nachvollziehbar. Die Alterssicherungskommission empfiehlt dies konkret für die Kapitalrente in der GRV, das öffentliche Standardangebot in der staatlich regulierten und geförderten privaten Altersvorsorge und die Frühstartrente. So können in der Tat gemeinsame oder ähnliche Lösungen für Kontenführung, Vermögensverwaltung, IT und allgemeine Verwaltung Kosten senken und Größenvorteile erschließen. Auch Anlagegrundsätze, Produktstandards und Informationen könnten harmonisiert sein. Dies vermeidet Parallelstrukturen, fördert die Transparenz und vereinfacht potenziell Anlageentscheidungen für die Versicherten beziehungsweise Geförderten.

---

45 Dies gilt grundsätzlich auch für die Beiträge zum Umlageverfahren. Vgl. hierzu ausführlicher: Deutsche Bundesbank (2024).

46 Die Beiträge senken das verfügbare Einkommen der Versicherten, sorgen aber für zusätzliche Ersparnis bei der die Gelder treuhänderisch verwaltenden Einheit. Infolgedessen steigen gesamtstaatlich sowohl die Brutto- als auch die Nettosparquote. Die empirische Literatur deutet insgesamt auf eine höhere gesamtwirtschaftliche Ersparnis hin. Das heißt, dass die Haushalte zusätzliche Beiträge zu einem guten Teil zulasten ihres Konsums leisten. Die meisten Studien finden jedoch auch ein partielles Crowding-out: Ein Teil der Pflichtbeiträge ersetzt private Ersparnis, die sonst in Sichtguthaben, Immobilien oder andere Anlagen geflossen wäre, vgl.: Chetty et al. (2014) oder Sandris Larsen et al. (2026).

Im Zusammenspiel mit der Kapitalrente erscheint empfehlenswert, dass der Gesetzgeber prüft, ob die verschiedenen staatlichen und staatlich geförderten Module passend sind. Angesichts des nun recht breit angelegten kapitalgedeckten Teils in der GRV erscheint es bedenkenswert, die breite und umfangreiche staatliche Förderung in den anderen Säulen zu hinterfragen. Dies gilt insbesondere, da die Staatsfinanzen unter erheblichem Konsolidierungsdruck stehen. Vor diesem Hintergrund könnte erwogen werden, die Förderung der privaten Alterssicherung zielgenauer auf private Haushalte mit geringeren Einkommen auszurichten. In diesem Zusammenhang könnte geprüft werden, bei den geförderten Instrumenten nur noch Zulagen zu gewähren und keinen Sonderausgabenabzug mehr zu ermöglichen.

6.2.6 Beamtenversorgung wirkungsgleich reformieren

Die Alterssicherungskommission empfiehlt, Änderungen in der GRV auf Beamtinnen und Beamte wirkungsgleich zu übertragen. Dies ist grundsätzlich folgerichtig, aber mit dem Alimentationsprinzip abzustimmen. Auch bei den Pensionen steigen die Ausgaben deutlich, und es zeigen sich etwa die Folgen der steigenden Lebenserwartung. Daher liegt es nahe, etwa steigende Altersgrenzen für Verbeamtete und die Empfehlungen zu Ab- und Zuschlägen zu übertragen (Kapitel 6.2.1 und 6.2.2). Vor allem die Änderungen bei den Altersgrenzen mindern den demografischen Dämpfer auf das Erwerbspersonenpotenzial zusätzlich. Es spricht viel dafür, solche Anpassungen zeitlich analog zu den GRV-Änderungen bei Bund, Ländern und Gemeinden umzusetzen. Andere Anpassungen werden mit dem Alimentationsprinzip abzustimmen sein. Dies betrifft etwa eine Dämpfung des Ruhegehaltshöchstsatzes (auf Basis vergangener oder künftiger Entwicklungen in der Rentenversicherung).

Gemäß Alterssicherungskommission sollen Bund, Länder und Gemeinden bei Verbeamtungen ausreichende Rücklagen für die späteren Pensionen bilden. Dies ist zu begrüßen. Spätere Versorgungsausgaben wären demnach von Beginn an angemessen berücksichtigt und die Rücklagen regelgebunden zu befüllen. Bislang können Verbeamtungen kurzfristig günstig erscheinen, weil die Pensionslasten erst sehr viel später anfallen. Dies verzerrt Personalentscheidungen zulasten künftiger Haushalte. Sachgerecht bemessene Rücklagen würden die Alterssicherungskosten bereits bei der Entscheidung über eine Verbeamtung sichtbar machen. Dies würde auch die Entscheidungsgrundlage verbessern, ob eine Tätigkeit von Verbeamteten oder Angestellten ausgeführt werden soll.

6.3 Wie die Reform auf Rentenanpassung, GRV-Beitrag und Bundeshaushalt wirkt

Die vorgeschlagene Reform enthält vielfältige Komponenten. Die finanziellen Wirkungen werden von der konkreten Ausgestaltung und Umsetzung abhängen. Um zu analysieren, wie sich die Kernparameter Beitragssatz, Versorgungsniveau und Bundesmittel längerfristig entwickeln, sind zudem Annahmen zu Kapitalmarktrenditen und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu treffen. Die Alterssicherungskommission hat in ihrem Abschlussbericht indikative Pfade für die Kernparameter mit teils recht großen Spannweiten abgebildet.[47)] Die nachfolgenden Kapitel enthalten keine eigenen Szenarioberechnungen, sondern erläutern überwiegend qualitativ einzelne Zusammenhänge im Hinblick auf finanzielle Wirkungen auf die Rentenausgaben, den Beitragssatz im Umlageverfahren und den Bundeshaushalt. Dabei ist die Unsicherheit nochmals höher als bei standardisierten Vorausberechnungen, weil viele Spezifikationen und Ausgestaltungen noch offen sind.

6.3.1 Rentenausgaben: Nachhaltigkeitsfaktor und Kapitalrentenbeitrag dämpfen Rentenanpassung

In der GRV gilt die aktuelle Haltelinie für das Versorgungsniveau von 48 % bis 2031. Die Alterssicherungskommission empfiehlt, danach die Rentenanpassungsformel wieder vollständig wirken zu lassen. Damit kommen sowohl der Nachhaltigkeitsfaktor als auch der rentendämpfende Effekt eines steigenden Beitragssatzes wieder vollständig zum Tragen. Dies bedeutet: Sinkt das Verhältnis aus Beitragszahlenden zu Rentenbeziehenden oder steigt der Beitragssatz, nehmen auch die Renten weniger stark zu. Dies dämpft wiederum für sich genommen den Beitragssatz und die Bundesmittel und verteilt somit den finanziellen Druck auf die Rentenversicherung breiter über die Kernparameter.

Die Alterssicherungskommission schlägt zudem vor, die Wirkung des Nachhaltigkeitsfaktors nach 2031 zu erhöhen. Dies dämpft die Rentenausgaben und das GRV-Versorgungsniveau zusätzlich. Konkret soll der Faktor von derzeit 0,25 auf 0,33 angehoben werden. Für sich genommen ist das Versorgungsniveau dadurch 2050 um überschlägig 0,4 Prozentpunkte niedriger (2050 wären die Renten damit etwa 1 % niedriger als ohne diese Erhöhung).[48)]

47 Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2026), S. 74 – 78. Welche Annahmen und konkrete Ausgestaltungen dabei zugrunde gelegt wurden, ist nicht näher dargestellt.

48 Näherungsweise errechnet auf Basis der Angaben zur Anzahl der Äquivalenzrentner und -beitragszahlenden im Rentenversicherungsbericht 2025, vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2025).

Die Alterssicherungskommission empfiehlt eine neue verpflichtende zusätzliche kapitalgedeckte Rente. Bundesmittel sollen ein Gesamtversorgungsniveau von 48 % bei Rentenzugang aus Kapital- und Umlagerente absichern (Übergangsfaktor). Langfristig soll die neue Kapitalrente (Kapitel 6.2.4) gemäß Alterssicherungskommission das Gesamtversorgungsniveau bei Rentenzugang erhöhen. Solange der Kapitalanteil nicht ausreicht, das Gesamtversorgungsniveau der Standardrente bei Rentenzugang auf mindestens 48 % anzuheben, soll der Bund es auf 48 % aufstocken. Insoweit wird die rentendämpfende Wirkung des Nachhaltigkeitsfaktors ab 2032 teilweise aufgefangen. Im weiteren Verlauf des Rentenbezugs gilt für die Versicherten dann die Rentenanpassungsformel. Dabei leistet der Bund aufgrund des Basiseffekts bei Rentenzugang weiterhin einen Zuschuss für diese Renten. Inwieweit eine Aufstockung aber überhaupt nötig wird, hängt insbesondere von der Rendite der Kapitalrente ab. In den Simulationen der Alterssicherungskommission gleicht die verpflichtende Kapitalrente den Rückgang des GRV-Versorgungsniveaus ab 2032 wohl sogar vollständig aus. Das Gesamtversorgungsniveau beim Rentenzugang sinkt in der Simulation auch ohne eine Aufstockung des Bundes nicht unter 48 %[49)] und steigt bis 2050 auf über 50 %.[50)]

Gemäß Rentenanpassungsformel dämpft ein höherer Beitragssatz die Rentenanpassung. Die Alterssicherungskommission empfiehlt, auch die neuen Beiträge zur Kapitalrente bei der Rentenanpassungsformel zu berücksichtigen. Es ist folgerichtig, diese auch bei der Ermittlung des GRV-Versorgungsniveaus einzurechnen. Dies mindert für sich genommen die Rentenausgaben und dadurch auch wiederum den Beitragssatz im Umlageverfahren ab 2028 (Exkurs „Zum komplexen Zusammenspiel von neuem Kapitalbeitrag und Haltelinie“). Gemäß Kommissionsempfehlung steigt der Beitragssatz zur Kapitalrente bis 2031 auf 2 %. Dies dürfte für sich genommen den Beitragssatz im Umlageverfahren um rund ½ Prozentpunkt reduzieren.

Die Rentenanpassung fällt insofern höher aus, weil zahlreiche weitere Kommissionsvorschläge den Beitragssatz spürbar dämpfen (Kapitel 6.3.2).

49 Dabei ist noch zu klären, wie das dann standardisiert zu berechnende Gesamtversorgungsniveau genau ermittelt wird. Es erscheint folgerichtig, bei der Kapitalrente die Rente aus dem öffentlichen Standardprodukt zugrunde zu legen. Dieses wird gewählt, wenn eine versicherte Person keine spezifische Anlageentscheidung trifft.

50 Es würde nach 2050 weiter steigen, weil künftige Rentenzugänge längere Ansparphasen für die Kapitalrente aufweisen werden.

Exkurs

Zum komplexen Zusammenspiel von neuem Kapitalbeitrag und Haltelinie

Der neue Kapitalbeitrag bewirkt im Zusammenspiel mit der bis 2031 geltenden Haltelinie komplexe Anpassungsreaktionen und Wechselwirkungen. Dadurch fallen für sich genommen die Bundesmittel höher und die Rentenausgaben sowie der Beitragssatz des Umlageverfahrens niedriger aus:

- **Bund:** Der Bund ist derzeit verpflichtet, der Rentenversicherung die Differenz zwischen der üblichen Rentenanpassung und den Mehrausgaben durch die Haltelinie von 48 % zu erstatten.[1)] Die (übliche) Rentenanpassungsformel enthält einen Beitragssatzfaktor: Höhere Beiträge (von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengenommen) dämpfen die Rentenanpassung. Wird der neue Beitrag zur Kapitalrente in diesem Beitragssatzfaktor (wie von der Alterssicherungskommission empfohlen) berücksichtigt, dämpft dieser die übliche Rentenanpassung um den vollen Beitragssatzanstieg.[2)] Der Bund erstattet der Rentenversicherung folglich die volle Beitragssatzwirkung.
- **Rentenausgaben:** Der Beitrag zur Kapitalrente dämpft aber auch die tatsächliche Rentenanpassung im Zusammenspiel mit der Haltelinie: Ein höherer Beitragssatz zur Rentenversicherung schmälert das verfügbare Einkommen der Versicherten (im Nenner des Versorgungsniveaus, dort aber nur im Umfang des Arbeitnehmerbeitrags). Um das GRV-Versorgungsniveau bei 48 % zu halten, fällt damit die tatsächliche Rentenanpassung entsprechend geringer aus. Allerdings für sich genommen nur um etwa die Hälfte der gesamten Beitragssatzerhöhung und damit weniger stark als bei der üblichen Rentenanpassungsformel.

1 Der Erstattungsbetrag errechnet sich aus der Differenz zwischen dem aktuellen Rentenwert, mit dem ein GRV-Versorgungsniveau von 48 % erzielt wird (tatsächlicher aktueller Rentenwert) und dem aktuellen Rentenwert, der sich mit der Rentenanpassungsformel ergeben hätte (Vergleichswert).

2 Ein Beitragssatzanstieg im aktuellen Jahr führt erst im Folgejahr zu einer entsprechend geringeren Rentenanpassung. Im Zusammenspiel mit der Haltelinie ist dies relevant, weil nach den Planungen der Alterssicherungskommission der letzte Anhebungsschritt zur Kapitalrente 2031 erfolgt. Dieser letzte Anhebungsschritt dämpft dann erst 2032 die Rentenanpassung, wenn die Haltelinie bereits ausgelaufen ist.

- **Beitragszahlende:** Diese werden aufgrund der Mechanismen der Rentenanpassung und der Erstattungen des Bundes spürbar entlastet. Am Ende könnte sich dies auf rund ½ Beitragssatzprozentpunkt belaufen. Davon profitiert wiederum auch der Bund, dessen Mittel weitgehend an den Umlagebeitragssatz gekoppelt sind. De facto bedeutet dies für die Beitragszahlenden: Sie zahlen künftig einen zusätzlichen Beitrag von 2 % des versicherungspflichtigen Einkommens in die Kapitalrente. Der Beitragssatz zum Umlagesystem fällt aber für sich genommen um etwa ½ Prozentpunkt niedriger aus.

6.3.2 Beitragssatz im Umlageverfahren: Zahlreiche Reformelemente dämpfen

Gemäß Alterssicherungskommission könnte der Beitragssatz bis 2050 um etwa 1½ Prozentpunkte niedriger ausfallen als ohne Reform. Nach derzeitiger Rechtslage könnte der Beitragssatz demnach auf fast 21½ % im Jahr 2050 steigen. Bei Umsetzung des Gesamtpakets fiele er 2050 mit gut 20 % deutlich niedriger aus. Dies entlastet sowohl die Beitragszahlenden als auch den Bundeshaushalt.

Die Reform wirkt über verschiedene Kanäle auf den Beitragssatz im Umlageverfahren. Relevant sind hierfür zunächst alle ausgabendämpfenden Maßnahmen.[51)] Hierzu gehört vor allem, dass die Altersgrenzen steigen, der abschlagsfreie vorzeitige Zugang in die Altersrente entfällt und – wie zuvor beschrieben – die Rentenanpassungen niedriger ausfallen. Dies dämpft den Druck auf den Beitragssatz des Umlageverfahrens und die daran gekoppelten Bundesmittel. Zusätzlich entlasten einnahmenseitige Maßnahmen: Selbstständige werden einbezogen (für zuvor bereits Selbstständige mit opt-out), und für geringfügig Beschäftigte steigen die Beiträge auf das normale Niveau. Zudem fallen die Erstattungen des Bundes aufgrund der bis 2031 geltenden Haltelinie von 48 % höher aus. Auch die positiven Arbeitsmarkteffekte der Maßnahmen zum Rentenzugang stärken die Einnahmenbasis der GRV. Zusatzausgaben entstehen im weiteren Verlauf, weil auch höhere Rentenansprüche durch längere Einzahlungszeiten oder erstmalige Einzahlungen (Selbstständige) entstehen und geringfügig Beschäftigte künftig Leistungen für die gesetzlich vorgeschriebenen Beitragsleistungen erhalten.

6.3.3 Bundeshaushalt: zunächst wohl belastet, aber im weiteren Verlauf entlastet

Der Bundeshaushalt dürfte perspektivisch durch niedrigere Bundesmittel entlastet werden. Über viele Jahre könnten aber spürbare Zusatzlasten durch vorübergehend höhere Zahlungen an die Rentenversicherung und Steuerausfälle entstehen.

51 Die Ausgabendämpfung verringert sich umgekehrt durch niedrigere Beitragssätze. Denn für sich genommen dämpfen niedrigere Beitragssätze gemäß Rentenanpassungsformel die Renten weniger stark, sie fallen demnach höher aus.

- **Bundesmittel:** Gemäß den Simulationen der Alterssicherungskommission fallen die Bundesmittel durch die Reform zunehmend niedriger aus. Dies liegt vor allem daran, dass der Umlagebeitragssatz reformbedingt geringer ausfällt. An diesen Satz sind die regulären Bundesmittel bislang weitgehend gekoppelt.[52)] Der Anteil der Bundesmittel am BIP liegt demnach 2050 etwa 0,2 Prozentpunkte niedriger (entspricht 2026 etwa 10 Mrd €). Dabei führen die Erstattungen aufgrund der bis 2031 geltenden Haltelinie zu Mehrbelastungen des Bundes (Exkurs „Zum komplexen Zusammenspiel von neuem Kapitalbeitrag und Haltelinie"). Ab 2032 kommen potenziell Lasten aufgrund des Übergangsfaktors zur Sicherung des Gesamtversorgungsniveaus hinzu.
- **Steuern:** Beschäftigte können den Umlagebeitrag und voraussichtlich den neuen Beitrag zur Kapitalrente vom steuerpflichtigen Einkommen abziehen. Arbeitgeber können Beiträge als Betriebsausgabe von ihrer Gewinnsteuerbasis absetzen. Über diesen Kanal erhöht der für sich genommen niedrigere Umlagebeitrag die Steuereinnahmen. Der neue Kapitalbeitrag senkt sie aber. Mit einem Kapitalbeitragssatz von 2 % im Jahr 2031 könnten für sich genommen Steuerausfälle über alle staatlichen Ebenen in einer Größenordnung von knapp 0,2 % des BIP (2026: gut 8 Mrd €) resultieren sieheExkurs „Zum komplexen Zusammenspiel von neuem Kapitalbeitrag und Haltelinie" für die Rückwirkung des höheren Kapitalbeitrags auf den Umlagebeitrag). Davon entfällt ohne weitere Anpassungen etwa die Hälfte auf den Bundeshaushalt.
- **Grundsicherung im Alter:** Weitere Belastungen können aus den Empfehlungen zur Grundsicherung im Alter entstehen. Diese könnten sich auf rund ½ Mrd € bis 1 Mrd € belaufen.
- **Andere Teile des Reformpakets** wirken positiv auf die Bundesfinanzen: Arbeiten Versicherte infolge höherer Altersgrenzen länger, steigen tendenziell ihre steuerpflichtigen Einkommen und damit die Steuereinnahmen. Auch wenn sich die Alterseinkünfte durch die Kapitalrente erhöhen, steigen die steuerpflichtigen Einkommen (soweit steuerlich die Kapitalrente wie die bisherige GRV-Rente behandelt wird). Auch die empfohlene Übertragung der Änderungen auf die Beamtenversorgung würde entlasten – wenn auch weniger den Bund als die Länder.

In diesem Beitrag wurden Daten bis zum 18. August 2026, 11:00 Uhr berücksichtigt.

52 Es erscheint sachgerecht, dass die Bundesmittel nicht auch an die Beiträge zur Kapitalrente gekoppelt werden. Denn die Kapitalbeiträge finanzieren eine individuelle kapitalgedeckte Alterssicherung. Dagegen zielen Bundesmittel vor allem darauf ab, nicht beitragsgedeckte Leistungen des Umlagesystems zu finanzieren.

Literaturverzeichnis

Bach, S., J. Geyer, P. Haan und L. Harder (2026), Abschaffung der abschlagsfreien Frühverrentung – Analyse der fiskalischen Einsparungen und Beschäftigungseffekte, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.).

Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2026), Deutscher Fortschrittsbericht 2026, April 2026.

Bundesministerium der Finanzen (2026a), Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des informellen ECOFIN-Rats am 11. und 12. Juni 2026, Monatsbericht, Juli 2026.

Bundesministerium der Finanzen (2026b), Bericht des Bundesministeriums der Finanzen zum Monitoring des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität für den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages (2025).

Bundesministerium der Finanzen (2025), 30. Subventionsbericht des Bundes. 2023 – 2026, September 2025.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2026), Empfehlungen der Alterssicherungskommission, Juni 2026.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2025), Rentenversicherungsbericht 2025, November 2025.

Buslei, H., L. Felder, J. Geyer und P. Haan (2024), Rente nach 45 Jahren: Auch Personen mit geringer Arbeitsbelastung gehen frühzeitig abschlagsfrei in Ruhestand, DIW Wochenbericht, Nr. 48/2024, S. 759 – 765.

Chetty, R., J. N. Friedman, S. Leth-Petersen, T. H. Nielsen und T. Olsen (2014), Active vs. Passive Decisions and Crowd-Out in Retirement Savings Accounts: Evidence from Denmark, The Quarterly Journal of Economics, Vol. 129(3), S. 1141 – 1219.

Deutsche Bundesbank (2026a), Deutschland-Prognose: Energiepreisschock treibt Teuerung an und bremst die Konjunkturerholung, Monatsbericht, Juni 2026.

Deutsche Bundesbank (2026b), Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, Mai 2026.

Deutsche Bundesbank (2026c), Staatliche Investitionen: neue Kreditspielräume auf Infrastruktur ausrichten, Monatsbericht, Januar 2026.

Deutsche Bundesbank (2026d), Bürokratielasten im deutschen Unternehmenssektor: Ursachen und Wirkungen, Monatsbericht, Juli 2026.

Deutsche Bundesbank (2026e), Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, Februar 2026.

Deutsche Bundesbank (2026f), Stellungnahme der Deutschen Bundesbank zur Alterssicherungskommission vom 12. März 2026.

Deutsche Bundesbank (2026g), Stellungnahme: Aktualisierte Berechnungen zu Ab- und Zuschlägen bei vorgezogenem oder aufgeschobenem Rentenzugang vom 9. Juli 2026.

Deutsche Bundesbank (2025a), Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, August 2025.

Deutsche Bundesbank (2025b), Ein Beitrag zur Reformdiskussion: Wie die Schuldenbremse weiterentwickelt werden könnte, Berichte und Studien, November 2025.

Deutsche Bundesbank (2025c), Exkurs: EU-Fiskalregeln: Nationale Ausweichklauseln sollen aktiviert werden, Monatsbericht, Mai 2025.

Deutsche Bundesbank (2025d), Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, November 2025.

Deutsche Bundesbank (2025e), Früher, regulär, später: Wann Versicherte in Rente gehen und wie Ab- und Zuschläge ausgestaltet werden könnten, Monatsbericht, Juni 2025.

Deutsche Bundesbank (2024), Abgabenlast auf Arbeitseinkommen im internationalen Vergleich: zum Unterschied von Rentenbeitrag und Steuerzahlung, Monatsbericht, Juni 2024.

Deutsche Bundesbank (2023a), Zur zunehmenden Bedeutung der Extrahaushalte des Bundes, Monatsbericht, Juni 2023, S. 63 – 82.

Deutsche Bundesbank (2023b), Bundesverfassungsgericht urteilt zur Schuldenbremse, Monatsbericht, November 2023, S. 70 – 72.

Deutsche Bundesbank (2022), Vorläufiges Abrechnungsergebnis der Schuldenbremse des Bundes für das Jahr 2021, Monatsbericht, Februar 2022, S. 75 – 76.

Deutsche Rentenversicherung (2024), Nicht beitragsgedeckte Leistungen und Bundeszuschüsse 2023, Broschüre, November 2024.

Deutscher Bundestag (2026), Finanzplan des Bundes 2026 bis 2030, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 21/7301 vom 14. August 2026.

Europäische Kommission (2026a), Bulgaria, Germany, Estonia, Latvia, Slovenia, Report prepared in accordance with Article 126(3) of the Treaty on the Functioning of the European Union, COM/2026/302 final, Juni 2026.

Europäische Kommission (2026b), Commission Staff Working Document Fiscal Statistical Tables providing background data relevant for the assessment of the budgetary policies of the Member States, SWD/2026/200 final, Juni 2026.

Europäische Kommission (2026c), Spring 2026 Economic Forecast: Slowdown in growth as energy shock drives up inflation, Mai 2025.

Europäische Kommission (2026d), 2026 European Semester – Spring Package, Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Central Bank, the European Economic and Social Committee, the Committee of the Regions and the European investment bank, COM(2026) 200 final, 3. Juni 2026.

Europäische Kommission (2026e), Commission Notice: Guidance to Member States on Broadening the Scope of the National Escape Clause for Energy Security, C/2026/4514, 18. August 2026.

European Fiscal Board (2026), Assessment of the fiscal stance appropriate for the euro area in 2027, Juni 2026.

Rat der EU (2026), Eurogroup statement on the Euro area fiscal stance, Pressemitteilung vom 9. Juli 2026.

Sandris Larsen, L., U. Nielsson, M. Nutu und J. Rangvid (2026), Mandatory Pension Contributions, Household Consumption, and Savings, Journal of Pension Economics & Finance, Vol. 25(2), April 2026, S. 121 – 144.

Stabilitätsrat (2026), Beschluss des Stabilitätsrates zur Einhaltung des Nettoausgabenpfades gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 4 Stabilitätsratsgesetz, 11. Mai 2026.

Sozialbeirat (2025), Jahresgutachten 2025, November 2025.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze ... 5•
2. Außenwirtschaft ... 5•
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren ... 6•

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang ... 8•
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) ... 10•
3. Liquiditätsposition des Bankensystems ... 14•

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva ... 16•
2. Passiva ... 18•

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland ... 20•
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen ... 24•
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland ... 26•
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland ... 28•
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) ... 30•
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche ... 32•
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) ... 34•
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck ... 36•
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen ... 36•
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland ... 38•
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland ... 38•
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland ... 39•
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) ... 40•

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum ... 42•
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland ... 42•

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze/Basiszinssätze ... 43•
2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) ... 43•
3. Geldmarktsätze nach Monaten ... 43•
4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) ... 44•

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva ... 48•
2. Passiva ... 49•

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland ... 50•
2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten ... 51•
3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten ... 52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten ... 52•
5. Renditen deutscher Wertpapiere ... 53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland ... 53•

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften 54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften ... 55•
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte ... 56•
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte ... 57•

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung ... 58•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ... 58•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung ... 59•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden ... 59•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen ... 60•
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten ... 60•

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern ... 61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen ... 61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ... 62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung ... 62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung ... 63*
12. Maastricht-Verschuldung nach Gläubigern ... 63*
13. Maastricht-Verschuldung nach Arten ... 64*
14. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten ... 65*

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens ... 66*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ... 67*
3. Auftragseingang in der Industrie ... 68*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ... 69*
5. Umsätze des Einzelhandels ... 69*
6. Arbeitsmarkt ... 70*
7. Preise ... 71*
8. Einkommen der privaten Haushalte ... 72*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft ... 72*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen ... 73*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen ... 74*

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum ... 75*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland ... 76*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern ... 77*
4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland ... 78*
5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland ... 78*
6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland ... 79*
7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank ... 80*
8. Auslandspositionen der Unternehmen ... 81*
9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen ... 82*
10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ... 82*
11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ... 83*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze	
			M3 3)						
	M1	M2		gleitender Dreimonatsdurchschnitt	MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	€STR 5) 6)	Umlaufsrendite europäischer Staatsanleihen 7)
Zeit	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt	
2024 Nov.	1,4	2,9	3,8	3,6	0,8	1,3	3,3	3,16	2,9
Dez.	1,9	2,7	3,6	3,7	1,0	1,8	3,7	3,06	2,7
2025 Jan.	2,6	2,8	3,7	3,7	1,5	2,1	3,1	2,92	3,0
Febr.	3,4	3,0	3,9	3,7	1,7	2,2	3,0	2,69	2,9
März	4,0	3,2	3,7	3,8	1,6	2,1	2,5	2,50	3,3
April	4,7	3,4	3,9	3,8	1,8	2,3	2,1	2,34	3,1
Mai	5,0	3,4	3,9	3,8	2,0	2,5	2,4	2,17	3,0
Juni	4,8	2,9	3,4	3,6	1,9	2,6	2,4	2,01	3,0
Juli	5,1	3,1	3,3	3,2	2,1	2,7	2,5	1,92	3,1
Aug.	5,0	3,0	2,9	3,0	1,9	2,7	2,3	1,92	3,1
Sept.	5,0	2,7	2,8	2,9	2,0	2,6	2,1	1,93	3,2
Okt.	5,2	3,0	2,8	2,8	2,3	3,0	2,2	1,93	3,1
Nov.	4,7	2,9	2,8	2,8	2,7	3,4	2,7	1,93	3,1
Dez.	4,8	3,1	2,8	2,9	2,4	3,1	2,4	1,93	3,2
2026 Jan.	5,0	3,2	3,1	2,9	2,6	3,3	2,2	1,93	3,2
Febr.	4,6	3,2	2,8	3,0	2,3	3,1	2,5	1,93	3,1
März	4,7	3,2	3,2	3,0	2,5	3,3	2,8	1,93	3,3
April	3,9	2,9	2,8	3,0	2,1	3,1	2,7	1,93	3,4
Mai	3,7	3,0	3,0	3,0	2,5	3,4	3,0	1,93	3,4
Juni	3,4	3,2	3,3	.	2,6	3,6	3,3	2,05	3,4
Juli	.	.	.	.	.	.	.	2,18	3,5

1 Quelle: EZB, soweit verfügbar. **2** Saisonbereinigt. **3** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. **4** Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs. **5** Euro Short-Term Rate. **6** Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.3, S.43•. **7** BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, SK, CY, SI (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz des Euroraums								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz							Effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven	gegenüber dem US-Dollar	nominal	real 4)
Zeit	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999 = 100	
2024 Nov.	+ 27 175	+ 29 632	+ 20 394	− 5 299	+ 10 506	− 7 750	+ 21 527	+ 1 410	1,0630	97,3	93,2
Dez.	+ 50 310	+ 26 417	+ 18 921	− 1 193	− 18 605	+ 2 957	+ 33 188	+ 2 574	1,0479	96,7	92,6
2025 Jan.	− 2 345	+ 18 444	+ 28 109	+ 27 715	+ 51 121	+ 7 020	− 56 375	− 1 372	1,0354	96,4	92,4
Febr.	+ 16 752	+ 36 226	+ 26 507	+ 29 926	− 22 893	+ 301	+ 18 138	+ 1 035	1,0413	96,1	92,1
März	+ 37 613	+ 49 453	+ 37 475	+ 32 523	− 12 152	− 15 947	+ 33 517	− 465	1,0807	98,0	94,0
April	+ 18 920	+ 25 560	− 14 573	− 24 923	+ 34 582	− 14 822	− 14 521	+ 5 112	1,1214	100,3	96,0
Mai	− 6 570	+ 30 204	+ 26 231	+ 24 441	− 11 193	− 454	+ 11 174	+ 2 262	1,1278	100,0	95,5
Juni	+ 37 567	+ 23 617	+ 75 641	+ 27 624	− 11 646	− 4 791	+ 63 082	+ 1 372	1,1516	101,1	96,7
Juli	+ 29 711	+ 31 786	+ 6 082	+ 12 313	+ 16 361	+ 513	− 23 250	+ 146	1,1677	102,1	97,7
Aug.	+ 15 802	+ 20 019	− 3 017	− 9 173	+ 27 372	− 638	− 21 762	+ 1 185	1,1631	102,0	97,6
Sept.	+ 31 333	+ 35 646	+ 49 891	+ 6 728	+ 34 364	− 4 290	+ 8 532	+ 4 557	1,1732	102,2	97,8
Okt.	+ 34 419	+ 36 956	+ 18 756	+ 62 829	− 37 093	+ 880	− 8 631	+ 773	1,1630	101,9 p)	97,3
Nov.	+ 17 015	+ 26 890	+ 46 278	+ 8 083	− 6 224	− 6 811	+ 48 591	+ 2 639	1,1560	101,8	97,3
Dez.	+ 40 163	+ 25 691	+ 29 648	+ 141 795	− 91 539	− 18 390	− 7 416	+ 5 198	1,1709	102,2	97,7
2026 Jan.	+ 13 500	+ 11 469	+ 14 710	+ 15 468	+ 69 061	− 23 647	− 47 295	+ 1 122	1,1738	101,8	97,5
Febr.	+ 20 441	+ 25 064	+ 21 391	+ 766	− 20 320	− 8 471	+ 47 135	+ 2 281	1,1824	101,8	97,4
März	+ 23 057	+ 20 245	− 3 913	− 5 590	− 103 595	+ 20 724	+ 82 225	+ 2 322	1,1558	100,8	96,9
April	+ 16 694	+ 15 294	+ 36 826	+ 4 696	+ 10 988	+ 14 718	+ 9 422	− 2 999	1,1706	101,3 p)	97,6
Mai	− 6 185	+ 9 454	− 6 587	+ 4 928	− 4 199	+ 17 364	− 30 917	+ 6 238	1,1673	100,8 p)	96,9
Juni	...	...	...	...	...	...	...	...	1,1518	100,3 p)	96,3
Juli	...	...	...	...	...	...	...	...	1,1417	99,9 p)	95,9

***** Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. **1** Monatsdurchschnitte, siehe auch Tab. XII. 9 und 11, S. 82• / 83•. **2** Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. **3** Berechnung der Bundesbank. Gegenüber den Währungen des Erweiterten EWK-Länderkreises (fixe Zusammensetzung). **4** Auf Basis der Verbraucherpreisindizes. Government Shutdown in den USA 10/2025.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Euroraum	Belgien	Bulgarien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Kroatien
Reales Bruttoinlandsprodukt [1]											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2023	0,4	1,6	1,7	– 1,0	– 2,7	– 1,3	1,6	2,1	– 3,3	0,9	3,8
2024	1,0	1,1	3,4	0,0	– 0,1	0,9	1,5	2,1	3,6	0,8	3,8
2025	1,2	1,0	3,1	0,2	0,6	0,8	0,8	2,1	8,0	0,5	3,4
2025 1.Vj.	1,6	0,9	2,8	0,1	– 1,1	1,0	0,4	2,1	17,9	0,3	3,6
2.Vj.	1,4	1,0	3,5	0,0	1,5	0,7	0,8	1,7	10,9	0,2	3,8
3.Vj.	1,2	1,0	3,0	0,3	1,1	0,5	0,5	2,0	4,7	0,7	2,6
4.Vj.	1,1	1,0	3,1	0,5	0,7	1,0	1,5	2,5	– 0,4	0,9	3,9
2026 1.Vj.	0,5	0,8	2,9	0,8	2,4	1,4	0,8	2,0	– 13,0	0,9	2,2
2.Vj.	1,0	...	...	0,9	2,1	...	0,9	...	– 1,6	...	...
Industrieproduktion [2]											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2023	– 1,7	– 6,9	– 8,4	– 1,9	– 9,5	– 2,2	0,7	1,9	– 2,5	– 2,1	– 0,2
2024	– 3,0	– 2,8	– 3,6	– 4,6	– 2,3	– 0,9	0,4	5,4	– 5,1	– 4,0	– 2,3
2025	1,6	– 0,5	– 7,3	– 0,4	2,0	1,3	0,6	2,2	17,8	– 0,3	3,8
2025 1.Vj.	1,7	– 3,8	– 5,7	– 1,1	1,8	1,2	0,1	4,2	32,5	– 2,1	5,3
2.Vj.	1,5	– 4,0	– 8,1	– 0,8	4,4	4,3	– 0,2	– 0,1	21,5	– 0,5	3,4
3.Vj.	1,5	1,6	– 7,7	– 0,9	0,5	– 2,3	1,1	1,9	13,2	0,6	0,5
4.Vj.	1,9	4,8	– 7,7	0,5	1,3	1,9	1,6	3,3	8,2	1,1	6,0
2026 1.Vj.	– 1,7	4,2	– 4,6	p) – 1,9	0,6	4,0	0,8	4,7	– 16,0	0,5	0,4
2.Vj.	0,1	...	p) – 3,9	p) – 0,8	– 3,8	2,8	1,7	p) 2,4	p) – 5,4	0,5	0,3
Kapazitätsauslastung in der Industrie [3]											
in % der Vollauslastung											
2023	80,3	75,7	75,0	83,4	67,3	76,6	81,2	75,2	76,5	77,5	76,8
2024	78,1	74,5	74,4	78,8	65,5	74,6	80,8	77,7	76,5	75,5	75,1
2025	77,7	77,2	74,6	77,2	67,1	75,9	81,6	78,1	76,5	75,1	74,8
2025 2.Vj.	77,7	77,1	73,9	76,9	67,0	76,5	82,2	79,1	77,2	75,3	75,4
3.Vj.	77,8	77,4	74,8	77,2	66,4	74,2	82,5	78,1	76,7	75,4	75,6
4.Vj.	78,1	78,7	74,7	77,8	67,6	77,5	80,3	78,4	77,4	75,0	74,8
2026 1.Vj.	77,8	76,8	73,5	77,6	68,4	78,7	80,9	76,3	74,5	74,7	74,2
2.Vj.	78,5	75,9	74,3	78,2	71,1	77,8	82,4	75,9	77,4	75,0	75,8
3.Vj.	78,2	75,1	72,5	77,9	...	78,1	82,1	79,9	77,9	75,6	73,8
Standardisierte Erwerbslosenquote [4]											
in % der zivilen Erwerbspersonen											
2023	s) 6,6	s) 5,5	s) 4,3	3,1	s) 6,4	s) 7,2	s) 7,3	s) 11,1	s) 4,3	s) 7,7	s) 6,1
2024	s) 6,4	s) 5,7	s) 4,2	3,4	s) 7,5	s) 8,4	s) 7,5	s) 10,1	s) 4,3	s) 6,5	s) 5,1
2025	s) 6,3	s) 6,2	s) 3,5	p) 3,8	s) 7,5	s) 9,7	s) 7,7	s) 8,9	s) 4,7	s) 6,1	s) 4,9
2026 Jan.	6,3	6,3	3,0	3,9	6,3	9,9	8,1	8,9	5,0	5,4	4,6
Febr.	6,4	6,3	3,0	3,8	7,0	10,6	8,2	9,9	5,0	5,5	4,5
März	6,3	6,2	2,9	3,8	6,3	10,5	8,1	10,3	5,0	5,4	4,3
April	6,3	6,2	2,9	3,8	6,4	10,6	8,2	9,0	4,8	5,4	4,3
Mai	6,3	6,3	2,9	3,8	6,6	10,8	8,2	7,8	4,9	5,3	4,3
Juni	6,3	6,3	3,0	3,9	6,6	10,3	8,2	8,0	5,0	5,7	4,3
Harmonisierter Verbraucherpreisindex											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2023	5) 5,4	2,3	8,6	6,0	9,1	4,3	5,7	4,2	5,2	5,9	8,4
2024	2,4	4,3	2,6	2,5	3,7	1,0	2,3	3,0	1,3	1,1	4,0
2025	2,1	3,0	3,5	2,3	4,8	1,8	0,9	2,9	2,1	1,6	4,4
2026 Febr.	6) 1,9	1,4	2,1	2,0	3,2	1,8	1,1	3,1	2,5	1,5	3,9
März	2,6	2,2	2,8	2,8	3,5	2,5	2,0	3,4	3,6	1,6	4,6
April	3,0	4,2	6,0	2,9	3,2	2,4	2,5	4,6	3,6	2,8	5,4
Mai	3,2	4,0	6,3	2,7	3,6	2,8	2,8	4,9	3,5	3,2	4,9
Juni	2,8	3,3	5,2	2,4	2,0	2,7	2,0	3,9	3,2	3,0	4,2
Juli	2,9	3,6	4,4	2,8	2,0	2,5	2,4	2,7	3,1	2,9	3,6
Staatlicher Finanzierungssaldo [7]											
in % des Bruttoinlandsprodukts											
2023	– 3,5	– 4,1	– 2,0	– 2,5	– 2,7	– 2,9	– 5,4	– 1,4	1,4	– 7,1	– 1,1
2024	– 3,0	– 4,4	– 3,0	– 2,7	– 1,1	– 4,4	– 5,8	1,3	4,1	– 3,4	– 2,3
2025	– 2,9	– 5,2	– 3,5	– 2,8	– 2,0	– 3,4	– 5,1	1,7	1,8	– 3,1	– 3,0
Staatliche Verschuldung [7]											
in % des Bruttoinlandsprodukts											
2023	86,5	102,5	22,9	62,3	20,2	77,0	109,5	164,3	41,8	133,9	60,9
2024	86,6	103,9	23,8	62,2	23,5	82,4	112,6	154,2	38,3	134,7	57,4
2025	87,4	107,9	29,9	63,5	24,1	88,5	115,6	146,1	32,9	137,1	56,3

Quellen: Eurostat, Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig. **1** Euroraum: Quartalsangaben saison- und kalenderbereinigt. **2** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie: arbeitstäglich bereinigt.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

Lettland	Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakei	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt [1] Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
− 0,9	0,7	0,1	10,6	− 0,6	− 0,8	3,1	2,1	2,4	2,5	3,6	2023
− 0,0	3,0	0,4	6,2	1,1	− 0,7	2,2	1,9	1,7	3,5	3,9	2024
2,1	2,9	0,6	4,0	1,6	0,9	1,9	0,8	1,1	2,8	3,8	2025
2,2	3,3	− 2,2	3,1	1,7	0,4	1,8	0,8	− 0,6	2,8	3,1	2025 1.Vj.
0,8	3,2	− 0,4	2,5	1,5	0,7	1,7	0,5	0,8	2,8	3,6	2.Vj.
2,6	1,9	3,2	3,8	1,4	1,3	2,1	0,9	1,9	2,7	3,8	3.Vj.
2,9	3,3	2,0	6,5	1,6	1,0	1,8	1,0	2,0	3,0	4,6	4.Vj.
2,5	2,5	1,7	3,9	1,4	0,9	1,7	0,9	3,2	2,7	2,8	2026 1.Vj.
...	4,1	...	...	1,3	...	...	0,7	5,0	2,8	3,0	2.Vj.
Industrieproduktion [2] Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
− 5,9	− 5,3	− 4,4	6,7	− 1,1	0,1	− 3,1	4,0	− 4,9	− 1,6	1,6	2023
− 2,4	4,2	− 1,4	4,1	− 2,3	− 4,9	0,6	0,0	− 1,2	0,5	2,3	2024
4,0	2,8	1,0	3,7	0,9	1,9	0,4	− 3,0	− 1,8	1,2	5,0	2025
− 0,8	8,2	0,4	9,9	0,9	1,3	− 2,7	− 0,8	− 0,6	− 0,7	7,3	2025 1.Vj.
4,7	2,3	− 1,2	3,9	0,7	2,1	1,1	− 2,9	− 2,9	1,4	3,1	2.Vj.
5,9	− 0,4	1,9	3,7	0,9	1,5	2,7	− 3,1	− 0,9	2,3	3,7	3.Vj.
5,6	1,7	3,0	− 2,0	1,0	2,8	0,9	− 5,3	− 2,9	2,1	6,0	4.Vj.
9,2	4,3	− 6,7	1,6	1,1	0,6	0,7	− 0,5	− 2,0	0,1	1,6	2026 1.Vj.
4,2	5,6 p)	− 3,1 p)	2,6 p)	4,8 p)	− 0,7	− 0,5	− 1,1 p)	3,0 p)	2,1 p)	0,8	2.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie [3] in % der Vollauslastung											
72,9	68,4	73,1	68,1	81,9	85,3	81,7	82,1	83,0	76,9	61,7	2023
72,2	70,9	76,4	78,7	78,3	82,8	81,2	79,8	81,1	77,6	63,5	2024
74,4	71,1	77,7	72,3	77,4	82,3	81,3	81,9	81,6	77,3	66,1	2025
75,0	70,3	79,3	78,5	77,5	82,7	81,0	83,0	81,5	74,8	65,3	2025 2.Vj.
73,9	70,9	79,1	68,0	77,4	82,4	81,1	81,1	81,7	78,3	64,4	3.Vj.
74,7	71,4	75,2	71,8	77,1	82,2	81,7	80,1	82,0	79,8	66,9	4.Vj.
74,3	69,4	74,8	67,0	78,3	82,8	83,3	79,1	82,2	80,1	68,2	2026 1.Vj.
75,7	71,3	74,7	43,8	78,6	84,1	83,0	80,3	82,2	79,5	64,7	2.Vj.
76,9	70,3	76,2	...	78,2	83,9	82,2	76,8	82,4	78,0	61,7	3.Vj.
Standardisierte Erwerbslosenquote [4] in % der zivilen Erwerbspersonen											
s) 6,5	s) 6,9	s) 5,3	s) 3,5	s) 3,5	s) 5,1	s) 6,5	s) 5,9	s) 3,7	s) 12,2	s) 5,8	2023
s) 6,9	s) 7,1	s) 6,3	s) 3,2	s) 3,7	s) 5,2	s) 6,4	s) 5,4	s) 3,7	s) 11,4	s) 4,8	2024
s) 6,9	s) 6,9	s) 6,6	s) 3,0	s) 3,9	s) 5,7	s) 6,0	s) 5,4	s) 3,9	s) 10,5	s) 4,4	2025
6,8	7,1	7,0	3,5	4,0	5,6	5,8	5,7	4,1	10,3	3,8	2026 Jan.
6,7	7,1	7,0	3,5	4,1	5,9	6,0	5,8	4,0	10,3	3,5	Febr.
6,6	7,0	7,0	3,5	4,0	5,7	5,9	5,8	4,0	10,3	3,3	März
6,5	7,1	7,0	3,6	3,9	5,8	5,7	5,8	4,1	10,2	3,2	April
6,5	7,0	6,9	3,6	3,9	5,8	5,6	5,8	4,0	10,2	3,1	Mai
6,8	6,9	7,1	3,5	3,8	5,7	5,6	5,8	3,8	10,1	3,0	Juni
Harmonisierter Verbraucherpreisindex Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
9,1	8,7	2,9	5,6	4,1	7,7	5,3	11,0	7,2	3,4	3,9	2023
1,3	0,9	2,3	2,4	3,2	2,9	2,7	3,2	2,0	2,9	2,3	2024
3,8	3,4	2,5	2,4	3,0	3,6	2,2	4,2	2,5	2,7	0,8	2025
2,4	3,3	1,8	2,3	2,3	2,3	2,1	4,0	2,8	2,5	0,9	2026 Febr.
3,4	4,4	3,8	2,3	2,6	3,2	2,7	3,7	2,4	3,4	1,5	März
2,9	4,9	5,2	2,5	2,5	3,4	3,3	4,1	3,4	3,5	3,0	April
3,5	5,1	4,5	2,1	3,4	3,7	3,1	4,0	3,8	3,6	3,5	Mai
3,3	5,4	3,7	2,0	2,5	3,2	3,1	3,5	3,7	3,6	4,1	Juni
2,5	5,4	3,4	2,1	3,0 p)	2,7	3,1	3,2	3,0	3,9	4,4	Juli
Staatlicher Finanzierungssaldo [7] in % des Bruttoinlandsprodukts											
− 2,3	− 0,7	− 0,7	− 4,4	− 0,4	− 2,6	1,1	− 5,3	− 2,6	− 3,3	1,7	2023
− 1,8	− 1,3	0,9	− 3,4	− 0,7	− 4,6	0,6	− 5,3	− 0,9	− 3,2	4,1	2024
− 2,5	− 1,8	− 2,0	− 2,2	− 1,6	− 4,2	0,7	− 4,5	− 2,5	− 2,4	3,4	2025
Staatliche Verschuldung [7] in % des Bruttoinlandsprodukts											
44,4	37,1	24,7	46,9	45,8	77,8	96,9	55,8	68,3	105,2	71,1	2023
46,2	38,0	26,3	45,9	43,8	80,0	93,5	59,7	66,4	101,6	62,7	2024
46,9	39,5	26,5	46,4	44,4	81,5	89,7	61,4	65,7	100,7	55,0	2025

3 Verarbeitendes Gewerbe: Quartalsangaben saisonbereinigt. Datenerhebung zu Beginn des Quartals. **4** Monatsangaben saisonbereinigt. **5** Ab 2023 einschließlich Kroatien. **6** Ab 2026 einschließlich Bulgarien. **7** Abgrenzung gemäß Maastricht-Vertrag.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *)

a) Euroraum 1)

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
		Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte									
	insgesamt	zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere	insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) 2)	Kapital und Rücklagen 3)
2024 Nov.	37,9	40,2	17,3	– 2,3	– 4,0	12,6	136,6	124,0	5,9	5,6	0,3	8,0	– 7,9
Dez.	– 11,5	16,1	9,3	– 27,6	– 30,5	10,3	– 244,1	– 254,4	58,6	16,1	1,0	– 15,1	56,6
2025 Jan.	119,2	47,5	9,0	71,7	60,0	– 5,8	240,0	245,9	33,8	– 8,7	3,9	32,0	6,6
Febr.	65,0	59,3	6,3	5,6	8,8	30,7	145,5	114,8	– 7,2	2,1	1,3	4,1	– 14,7
März	52,2	38,1	– 5,4	14,0	15,9	1,7	28,8	27,0	2,5	– 0,7	2,0	– 4,5	5,6
April	72,3	62,1	2,2	10,2	4,6	44,5	84,0	39,4	– 33,7	– 6,3	2,0	– 8,1	– 21,3
Mai	8,9	21,1	5,3	– 12,2	– 22,9	49,0	46,5	– 2,4	28,8	3,4	2,3	24,8	– 1,7
Juni	54,8	66,1	10,8	– 11,2	– 9,6	46,0	103,5	57,5	31,0	6,8	3,3	9,4	11,5
Juli	23,4	27,6	12,5	– 4,2	– 7,5	– 11,7	– 37,3	– 25,7	6,0	– 2,3	2,4	8,5	– 2,7
Aug.	– 39,8	– 21,6	2,2	– 18,3	– 16,7	11,8	88,4	76,6	0,5	0,0	0,0	– 6,1	6,6
Sept.	57,8	31,2	– 11,3	26,6	25,1	73,1	– 4,2	– 77,3	30,7	6,2	0,3	20,5	3,6
Okt.	67,7	80,6	12,0	– 12,9	– 22,6	29,9	145,9	115,9	15,4	– 0,8	– 0,3	24,3	– 7,9
Nov.	119,4	111,4	24,2	7,9	9,4	32,4	87,4	55,0	44,7	22,8	– 1,0	6,6	16,4
Dez.	– 65,2	– 37,8	– 17,9	– 27,4	– 28,1	– 2,2	– 186,9	– 184,8	38,8	11,0	– 0,2	– 7,5	35,6
2026 Jan.	159,3	80,2	26,4	79,1	57,5	60,2	249,2	189,0	19,5	2,9	1,8	32,6	– 17,9
Febr.	– 9,8	38,0	– 5,5	– 47,8	– 45,3	13,9	165,5	151,6	18,0	0,3	0,8	6,7	10,2
März	111,8	76,0	– 11,1	35,8	33,5	62,9	– 128,6	– 191,5	31,1	7,9	0,5	4,5	18,2
April	– 10,8	31,8	– 33,1	– 42,5	– 46,9	– 33,7	95,7	129,4	– 44,0	– 45,5	– 0,6	19,6	– 17,6
Mai	81,7	63,4	5,5	18,3	15,8	44,6	110,4	65,8	50,3	7,0	1,9	31,1	10,3
Juni	98,2	96,4	– 5,0	1,8	– 3,4	94,1	121,6	27,5	59,0	5,3	1,3	22,6	29,8

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
		Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte									
	insgesamt	zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere	insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) 2)	Kapital und Rücklagen 3)
2024 Nov.	21,3	22,6	9,8	– 1,3	– 2,4	13,9	30,0	16,1	– 6,7	12,2	– 0,7	– 7,4	– 10,8
Dez.	5,1	8,3	8,1	– 3,2	– 1,4	– 6,7	– 25,1	– 18,5	28,3	9,9	– 0,1	– 7,6	26,1
2025 Jan.	31,2	11,6	0,7	19,6	13,7	– 8,0	24,7	32,7	25,1	– 0,1	– 0,3	13,5	11,9
Febr.	16,4	20,2	4,3	– 3,7	– 3,8	13,9	39,7	25,8	– 14,9	0,9	– 0,3	3,7	– 19,3
März	11,1	1,6	– 3,9	9,5	7,3	19,2	38,7	19,6	6,4	2,3	0,0	3,6	0,5
April	0,3	1,2	– 8,1	– 0,9	– 2,9	16,2	1,3	– 14,9	– 3,3	0,6	0,2	1,9	– 6,0
Mai	7,6	10,5	4,5	– 3,0	– 2,6	12,2	2,3	– 9,9	13,5	1,8	1,1	7,6	3,0
Juni	19,0	8,2	2,8	10,9	10,6	– 2,8	37,2	39,9	14,5	1,7	2,1	0,4	10,3
Juli	6,3	1,9	– 1,9	4,4	– 2,3	– 1,5	– 29,5	– 27,9	– 2,0	– 0,1	1,0	1,1	– 4,0
Aug.	– 10,3	9,7	– 0,1	– 20,0	– 18,8	8,2	29,5	21,3	– 0,6	0,3	– 0,4	– 2,2	1,7
Sept.	20,3	7,8	0,1	12,6	9,4	25,1	30,4	5,3	14,2	1,7	– 0,2	8,2	4,5
Okt.	12,4	16,7	0,8	– 4,3	– 9,0	8,8	9,5	0,7	8,3	1,0	– 0,8	12,0	– 4,0
Nov.	28,8	27,4	2,9	1,4	3,7	20,5	33,7	13,2	7,8	2,4	– 1,1	0,5	5,9
Dez.	– 20,8	– 13,2	– 1,5	– 7,5	– 8,7	13,6	– 37,2	– 50,8	10,8	1,0	– 0,3	– 3,4	13,4
2026 Jan.	44,4	18,8	0,9	25,6	22,3	13,2	51,5	38,2	12,9	1,6	– 0,1	25,8	– 14,5
Febr.	11,8	18,8	1,3	– 7,1	– 4,9	– 0,9	37,1	38,0	9,6	0,3	0,6	1,7	6,9
März	6,8	11,5	0,3	– 4,7	– 6,3	15,2	– 31,8	– 47,0	9,3	2,5	0,4	3,7	2,8
April	– 6,4	10,2	0,2	– 16,6	– 18,7	– 14,7	– 16,9	– 2,2	7,5	1,0	– 0,2	8,2	– 1,5
Mai	33,7	19,3	3,3	14,4	14,8	29,6	46,7	17,2	17,5	4,0	2,2	8,9	2,4
Juni	33,4	27,2	3,5	6,2	6,5	– 8,1	29,7	37,8	14,1	3,6	1,6	4,0	4,9

***** Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die "Hinweise zu den Zahlenwerten" in den methodischen Erläuterungen zur Statistischen Fachreihe Bankenstatistik. **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. **9** Einschl. noch im Umlauf befindlicher

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

a) Euroraum

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit
	insgesamt [4]	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2 zusammen	Geldmenge M1 zusammen	Bargeldumlauf	täglich fällige Einlagen [5]	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren [5]	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten [5] [6]	Repogeschäfte	Geldmarktfondsanteile (netto) [2] [7] [8]	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.)(netto) [2] [7]	
– 42,3	– 95,0	0,0	174,7	169,3	186,9	3,9	183,0	– 20,9	3,2	5,4	20,7	– 13,6	2024 Nov.
– 57,8	– 50,9	0,0	85,4	87,3	63,9	15,9	48,0	– 16,4	39,8	– 52,6	15,1	– 0,6	Dez.
42,2	108,5	0,0	– 93,9	– 133,4	– 138,1	– 12,5	– 125,6	– 6,0	10,8	58,9	8,6	– 5,2	2025 Jan.
33,0	10,6	0,0	26,3	26,9	45,5	1,5	44,0	– 23,4	4,7	38,9	4,7	– 11,2	Febr.
– 36,7	46,8	0,0	54,6	97,9	75,8	3,8	72,0	8,1	14,0	– 41,7	– 15,3	0,4	März
63,7	– 10,4	0,0	85,4	35,5	87,8	4,1	83,7	– 53,6	1,3	42,0	15,5	4,2	April
– 0,8	– 20,4	0,0	63,6	89,7	105,5	5,4	100,2	– 34,1	18,2	– 25,7	– 7,9	– 5,7	Mai
– 32,6	101,7	0,0	4,2	17,3	53,5	6,0	47,5	– 46,4	10,2	– 12,8	0,6	– 4,5	Juni
– 30,9	25,7	0,0	15,4	0,7	– 17,8	5,5	– 23,4	17,1	1,4	3,9	5,0	1,4	Juli
26,8	–102,0	0,0	13,9	41,7	50,5	– 1,0	51,6	– 17,0	8,1	16,3	– 3,2	– 8,2	Aug.
37,9	70,7	0,0	29,7	17,3	31,1	– 0,9	32,0	– 18,1	4,3	– 28,3	– 4,6	7,3	Sept.
8,6	– 6,8	0,0	8,2	2,2	0,9	1,9	– 1,0	6,7	– 5,4	63,1	8,2	7,0	Okt.
– 53,0	– 40,2	0,0	198,4	183,3	147,0	5,0	142,0	33,0	3,2	18,4	1,7	– 3,1	Nov.
– 54,5	– 40,2	0,0	72,9	108,5	66,0	15,1	50,8	13,3	29,2	– 106,2	– 18,2	4,5	Dez.
97,4	63,9	0,0	– 37,2	– 91,5	– 82,0	– 12,5	– 69,5	– 18,8	9,3	105,7	16,2	8,4	2026 Jan.
– 26,1	19,3	0,0	– 11,1	23,5	1,5	– 0,4	1,9	21,3	0,7	– 18,2	7,1	– 19,5	Febr.
– 10,9	50,3	0,0	112,9	80,8	70,5	7,4	63,1	5,1	5,2	– 0,8	10,4	13,8	März
23,9	– 16,4	0,0	1,6	– 9,6	– 8,2	5,0	– 13,2	– 0,4	– 1,0	– 19,3	13,1	7,8	April
– 16,6	– 51,9	0,0	114,0	113,6	101,2	5,9	95,2	1,9	10,5	40,1	– 7,4	– 1,8	Mai
– 23,6	59,2	0,0	54,1	52,1	26,1	6,1	20,0	29,7	– 3,7	47,8	– 3,6	1,4	Juni

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) [10]								Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten [9] [11]	darunter: Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge: täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten [6]	Repogeschäfte	Geldmarktfondsanteile (netto) [7] [8]	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) [7]	
– 6,1	5,7	2,1	1,0	42,4	57,4	– 11,7	– 1,8	– 2,6	– 0,2	1,3	2024 Nov.
– 4,1	– 22,7	3,8	3,8	– 3,0	15,3	– 16,6	1,0	– 0,7	0,0	– 2,0	Dez.
7,0	9,6	– 0,9	– 2,1	– 18,5	– 25,4	1,6	– 2,4	4,9	0,2	2,5	2025 Jan.
13,6	2,1	1,7	0,4	29,5	34,0	– 5,4	– 1,8	1,1	0,1	1,5	Febr.
– 21,2	32,4	1,9	0,9	12,6	– 0,3	3,5	– 2,4	– 1,9	0,2	13,5	März
– 2,2	0,9	1,6	1,3	21,0	41,3	– 15,3	– 1,6	4,5	0,5	– 8,3	April
3,8	3,6	2,2	0,8	– 1,2	22,5	– 13,3	– 1,3	– 0,5	0,1	– 8,6	Mai
– 4,5	9,6	1,9	2,0	– 3,3	– 2,0	– 4,7	– 1,5	– 0,8	0,1	5,7	Juni
– 4,9	13,9	3,0	1,6	– 2,2	11,4	– 6,5	– 1,8	– 2,4	– 0,0	– 2,8	Juli
1,5	– 19,5	3,4	– 0,5	16,5	17,9	– 0,9	– 1,2	– 0,6	0,1	1,3	Aug.
1,6	35,9	3,6	– 0,2	– 6,3	1,7	– 10,7	– 1,4	0,9	– 0,1	3,3	Sept.
– 3,5	– 13,2	2,9	0,1	29,6	5,9	6,2	– 1,3	21,8	– 0,0	– 2,9	Okt.
– 7,7	– 4,6	1,7	1,0	53,8	48,9	10,8	– 1,1	– 7,4	– 0,0	2,6	Nov.
– 3,2	1,3	2,9	3,6	– 16,2	8,1	– 11,3	0,8	– 10,7	– 0,1	– 3,0	Dez.
15,5	25,2	2,8	– 5,7	4,0	– 14,2	– 4,1	– 1,5	24,4	0,1	– 0,6	2026 Jan.
– 3,4	2,5	1,3	0,1	2,3	0,8	11,2	– 1,6	– 7,1	0,0	– 1,0	Febr.
– 14,5	27,6	1,5	2,5	– 0,4	4,3	– 1,9	– 2,6	2,9	0,2	– 3,4	März
8,0	– 42,8	2,3	0,9	6,2	9,8	– 0,2	– 2,5	– 2,4	0,4	1,1	April
– 3,5	7,9	2,2	1,1	41,5	30,8	– 0,9	– 2,0	9,3	– 0,0	4,3	Mai
– 4,2	17,7	2,0	2,2	– 2,3	– 24,0	16,0	– 2,6	7,0	– 0,1	1,3	Juni

DM-Banknoten. **10** Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. **11** Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Monatsende	Aktiva / Passiva insgesamt	Aktiva										
		Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	sonstige Aktivpositionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte					
			zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 2)	Aktien und sonstige Dividendenwerte	zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 3)			
	Euroraum (Mrd €) 1)											
2024 Mai	34 344,2	21 895,2	15 721,4	13 233,0	1 559,2	929,2	6 173,8	976,7	5 197,1	7 638,7	4 810,3
Juni	34 352,9	21 978,4	15 780,2	13 299,6	1 562,7	917,9	6 198,2	980,7	5 217,5	7 673,3	4 701,2
Juli	34 366,1	21 997,9	15 795,4	13 314,7	1 557,5	923,1	6 202,5	975,8	5 226,6	7 732,8	4 635,5
Aug.	34 352,7	21 988,7	15 774,0	13 296,1	1 558,7	919,2	6 214,7	975,8	5 238,9	7 752,7	4 611,3
Sept.	34 644,8	22 056,8	15 818,7	13 336,7	1 559,9	922,1	6 238,1	973,7	5 264,4	7 907,4	4 680,6
Okt.	34 806,3	22 037,0	15 833,8	13 343,3	1 564,9	925,6	6 203,2	983,8	5 219,4	7 993,8	4 775,5
Nov.	35 387,2	22 124,3	15 886,8	13 373,2	1 572,9	940,7	6 237,5	984,6	5 253,0	8 241,6	5 021,3
Dez.	35 318,5	22 087,3	15 899,3	13 375,2	1 572,2	951,9	6 188,0	988,0	5 200,0	8 033,5	5 197,7
2025 Jan.	35 925,4	22 206,7	15 949,4	13 408,3	1 567,6	973,5	6 257,3	999,7	5 257,7	8 344,0	5 374,7
Febr.	35 621,6	22 277,9	16 006,1	13 459,4	1 565,7	981,1	6 271,8	996,5	5 275,4	8 521,3	4 822,4
März	35 480,8	22 279,7	16 021,5	13 487,9	1 559,3	974,4	6 258,2	995,0	5 263,2	8 452,2	4 748,9
April	35 793,0	22 367,3	16 071,6	13 537,2	1 568,9	965,6	6 295,7	1 001,0	5 294,8	8 371,5	5 054,2
Mai	35 698,3	22 382,1	16 098,3	13 552,6	1 571,9	973,7	6 283,8	1 011,7	5 272,1	8 451,2	4 865,0
Juni	35 624,9	22 422,0	16 153,2	13 599,7	1 580,8	972,7	6 268,9	1 009,9	5 259,0	8 384,4	4 818,4
Juli	35 715,0	22 447,4	16 187,3	13 618,6	1 582,2	986,5	6 260,2	1 013,2	5 246,9	8 436,2	4 831,4
Aug.	35 838,5	22 396,7	16 161,0	13 588,5	1 578,5	993,9	6 235,7	1 011,6	5 224,1	8 483,9	4 957,9
Sept.	35 868,5	22 456,9	16 189,8	13 625,2	1 565,5	999,0	6 267,1	1 014,1	5 253,0	8 571,3	4 840,3
Okt.	36 201,1	22 627,0	16 359,4	13 778,0	1 565,5	1 015,9	6 267,6	1 024,0	5 243,6	8 839,7	4 734,4
Nov.	36 788,3	22 770,5	16 499,3	13 870,7	1 586,9	1 041,7	6 271,2	1 022,4	5 248,9	8 963,2	5 054,5
Dez.	36 453,7	22 690,7	16 459,1	13 847,3	1 565,6	1 046,2	6 231,6	1 021,8	5 209,8	8 740,4	5 022,7
2026 Jan.	37 683,9	22 915,6	16 577,2	13 934,4	1 580,8	1 062,0	6 338,5	1 045,3	5 293,2	9 232,9	5 535,3
Febr.	37 928,0	22 931,8	16 623,7	13 977,4	1 577,4	1 069,0	6 308,1	1 042,9	5 265,2	9 477,4	5 518,8
März	37 565,8	22 983,5	16 686,4	14 065,3	1 568,8	1 052,4	6 297,1	1 045,6	5 251,6	9 282,4	5 299,9
April	37 621,0	22 951,9	16 693,3	14 098,6	1 533,3	1 061,4	6 258,6	1 049,9	5 208,6	9 338,6	5 330,5
Mai	37 834,3	23 054,2	16 761,0	14 154,8	1 538,6	1 067,5	6 293,3	1 053,2	5 240,0	9 451,4	5 328,8
Juni	37 998,4	23 177,1	16 874,1	14 260,1	1 536,2	1 077,8	6 303,0	1 057,7	5 245,3	9 487,2	5 334,1
	Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2024 Mai	8 644,6	5 383,0	4 248,9	3 704,9	246,6	297,4	1 134,1	291,8	842,3	1 573,2	1 688,4
Juni	8 574,0	5 393,1	4 244,9	3 703,4	247,7	293,7	1 148,2	295,0	853,2	1 566,2	1 614,8
Juli	8 449,2	5 410,8	4 252,2	3 711,1	244,7	296,3	1 158,6	295,1	863,5	1 563,6	1 474,8
Aug.	8 402,4	5 408,8	4 257,5	3 718,0	244,0	295,4	1 151,4	293,9	857,5	1 573,0	1 420,6
Sept.	8 536,6	5 431,5	4 266,3	3 725,5	244,7	296,1	1 165,2	296,6	868,7	1 625,2	1 479,9
Okt.	8 661,8	5 413,0	4 266,8	3 725,3	244,3	297,2	1 146,2	302,1	844,1	1 650,3	1 598,5
Nov.	8 831,0	5 445,2	4 291,4	3 739,4	253,6	298,4	1 153,8	302,2	851,6	1 691,8	1 694,1
Dez.	9 070,5	5 442,3	4 298,8	3 738,8	260,7	299,3	1 143,6	300,6	842,9	1 671,3	1 957,0
2025 Jan.	9 347,4	5 468,4	4 307,6	3 745,9	258,5	303,2	1 160,8	306,5	854,3	1 713,1	2 165,9
Febr.	8 863,1	5 487,3	4 327,6	3 760,5	257,9	309,2	1 159,7	306,6	853,1	1 757,5	1 618,3
März	8 853,0	5 484,6	4 324,2	3 762,1	257,6	304,4	1 160,4	308,7	851,6	1 787,1	1 581,3
April	9 052,4	5 490,4	4 322,6	3 768,4	256,6	297,7	1 167,7	310,7	857,0	1 759,4	1 802,6
Mai	8 878,7	5 495,8	4 333,2	3 774,0	258,1	301,1	1 162,6	310,4	852,2	1 766,3	1 616,6
Juni	8 856,1	5 510,1	4 338,9	3 776,8	262,0	300,1	1 171,2	310,8	860,5	1 775,5	1 570,5
Juli	8 953,0	5 515,2	4 341,2	3 780,8	257,7	302,7	1 174,0	317,5	856,5	1 764,8	1 673,0
Aug.	9 098,5	5 502,9	4 349,5	3 789,3	255,0	305,3	1 153,4	316,2	837,2	1 789,7	1 805,8
Sept.	9 039,2	5 522,0	4 355,7	3 795,3	254,4	306,0	1 166,3	319,6	846,7	1 851,1	1 666,2
Okt.	8 980,8	5 582,6	4 418,1	3 856,5	253,8	307,8	1 164,5	324,5	839,9	1 892,5	1 505,7
Nov.	9 311,5	5 609,0	4 445,1	3 880,7	254,3	310,0	1 163,9	322,1	841,9	1 939,9	1 762,5
Dez.	9 293,0	5 586,8	4 432,1	3 869,2	254,7	308,2	1 154,7	321,8	832,9	1 901,2	1 804,9
2026 Jan.	9 865,0	5 632,8	4 449,8	3 884,5	251,7	313,6	1 182,9	326,4	856,5	2 057,3	2 175,0
Febr.	9 980,9	5 649,5	4 468,6	3 901,4	251,9	315,3	1 180,9	324,3	856,6	2 115,6	2 215,8
März	9 561,9	5 644,9	4 477,8	3 912,1	255,4	310,2	1 167,1	325,9	841,2	2 051,8	1 865,2
April	9 600,3	5 637,0	4 486,6	3 920,1	254,8	311,7	1 150,4	327,9	822,5	2 022,5	1 940,8
Mai	9 580,7	5 673,5	4 505,0	3 934,7	256,9	313,4	1 168,6	328,3	840,3	2 064,0	1 843,1
Juni	9 649,8	5 708,2	4 531,5	3 958,2	258,7	314,6	1 176,7	328,1	848,6	2 067,2	1 874,4

***** Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem). **1** Quelle: EZB. **2** Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. **3** Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. **4** Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12•) ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend dem vom

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Passiva										
	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									
			Unternehmen und Privatpersonen							
					mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist [6]		
Bargeld-umlauf [4]	insgesamt	darunter: auf Euro [5]	zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	Stand am Monatsende
Euroraum (Mrd €) [1]										
1 534,2	15 823,3	14 817,1	14 956,9	8 318,5	2 001,2	328,8	1 790,1	2 413,1	105,3	2024 Mai
1 541,2	15 991,8	14 965,7	15 084,0	8 423,2	2 021,7	325,8	1 795,0	2 411,7	106,4	Juni
1 545,2	15 879,9	14 870,1	15 026,2	8 358,5	2 045,3	322,6	1 786,3	2 406,1	107,4	Juli
1 543,7	15 993,5	14 950,4	15 098,3	8 416,0	2 058,2	321,9	1 782,3	2 411,7	108,4	Aug.
1 542,2	16 054,7	15 001,8	15 137,5	8 421,4	2 083,4	326,2	1 794,0	2 402,3	110,2	Sept.
1 542,1	16 059,6	14 985,0	15 145,4	8 431,9	2 094,4	323,4	1 788,2	2 396,0	111,6	Okt.
1 546,0	16 198,1	15 156,8	15 294,9	8 587,7	2 079,5	320,3	1 796,0	2 399,4	111,9	Nov.
1 561,9	16 239,3	15 246,1	15 431,3	8 675,6	2 076,6	313,0	1 813,5	2 439,6	112,9	Dez.
1 549,4	16 151,9	15 117,1	15 319,5	8 557,4	2 083,8	306,1	1 805,5	2 451,5	115,3	2025 Jan.
1 550,9	16 219,9	15 149,4	15 342,1	8 597,6	2 063,0	300,8	1 808,2	2 455,8	116,7	Febr.
1 554,7	16 258,3	15 224,4	15 405,8	8 646,5	2 063,9	295,8	1 804,9	2 476,1	118,7	März
1 558,8	16 326,3	15 253,6	15 429,8	8 727,5	2 012,6	296,0	1 795,0	2 478,0	120,7	April
1 564,1	16 416,8	15 351,3	15 515,1	8 822,7	1 980,1	293,8	1 798,5	2 497,0	123,1	Mai
1 570,1	16 384,6	15 344,1	15 488,1	8 838,0	1 926,1	287,5	1 803,0	2 507,0	126,5	Juni
1 575,6	16 357,1	15 344,2	15 504,9	8 824,3	1 954,6	286,3	1 802,3	2 508,7	128,8	Juli
1 574,6	16 415,2	15 389,9	15 517,3	8 851,0	1 934,1	285,3	1 800,8	2 517,1	128,9	Aug.
1 573,7	16 475,5	15 393,2	15 551,0	8 894,2	1 914,4	285,5	1 806,7	2 521,4	128,9	Sept.
1 575,6	16 545,7	15 451,8	15 619,4	8 929,5	1 951,0	283,5	1 810,2	2 516,5	128,7	Okt.
1 580,6	16 686,7	15 649,1	15 781,7	9 043,8	1 975,0	282,7	1 832,6	2 519,7	127,8	Nov.
1 595,7	16 734,8	15 741,6	15 914,8	9 128,5	1 987,0	276,4	1 846,1	2 549,2	127,6	Dez.
1 590,7	16 854,4	15 750,1	15 927,9	9 124,0	1 988,2	277,8	1 850,1	2 558,8	129,0	2026 Jan.
1 590,3	16 863,1	15 782,1	15 939,3	9 125,0	1 995,4	278,4	1 851,0	2 559,7	129,9	Febr.
1 597,7	16 945,9	15 854,2	16 044,7	9 205,3	2 005,3	277,7	1 860,6	2 565,3	130,5	März
1 602,7	16 911,4	15 808,1	15 997,4	9 201,6	2 010,2	277,8	1 813,4	2 564,5	130,0	April
1 608,7	17 014,7	15 919,2	16 100,3	9 288,8	2 004,0	279,8	1 820,7	2 575,1	131,9	Mai
1 614,8	17 052,5	15 963,8	16 147,3	9 304,6	2 028,6	281,2	1 828,0	2 571,6	133,3	Juni
Deutscher Beitrag (Mrd €)										
377,0	4 506,4	4 331,5	4 204,0	2 501,4	626,2	100,7	552,3	364,5	58,9	2024 Mai
378,6	4 503,4	4 332,6	4 196,1	2 501,6	619,0	102,5	553,7	360,1	59,2	Juni
380,3	4 494,3	4 327,9	4 212,7	2 507,6	632,9	103,3	553,6	355,9	59,4	Juli
379,3	4 560,5	4 387,5	4 265,1	2 551,7	643,3	104,6	553,0	353,0	59,5	Aug.
378,4	4 568,2	4 398,5	4 270,7	2 556,5	645,1	105,3	553,2	350,3	60,3	Sept.
378,1	4 572,0	4 401,7	4 288,6	2 567,4	653,4	105,8	553,1	347,9	61,0	Okt.
379,1	4 623,1	4 456,0	4 335,1	2 616,3	640,1	106,8	565,5	346,1	60,3	Nov.
382,9	4 629,3	4 471,4	4 351,7	2 632,9	630,4	105,5	575,7	347,1	60,2	Dez.
380,8	4 609,3	4 445,0	4 338,3	2 616,9	636,6	103,9	576,2	345,7	59,0	2025 Jan.
381,2	4 649,0	4 466,1	4 356,4	2 643,2	631,0	102,9	576,8	343,8	58,7	Febr.
382,2	4 627,9	4 467,4	4 346,5	2 639,9	626,6	100,6	579,3	341,6	58,6	März
383,5	4 648,0	4 489,5	4 386,2	2 686,6	621,2	99,8	579,7	340,0	58,9	April
384,3	4 662,2	4 501,0	4 391,9	2 703,8	608,7	99,4	581,4	338,6	60,0	Mai
386,3	4 651,1	4 493,2	4 370,3	2 695,5	593,2	99,1	583,3	337,2	62,1	Juni
387,9	4 651,3	4 498,8	4 393,0	2 716,4	596,7	98,0	583,5	335,4	63,1	Juli
387,4	4 667,4	4 516,2	4 393,2	2 720,5	592,7	99,6	583,6	334,2	62,7	Aug.
387,2	4 659,7	4 506,8	4 394,1	2 730,7	582,3	100,4	585,3	332,8	62,5	Sept.
387,3	4 711,6	4 563,7	4 453,4	2 764,8	605,9	103,2	586,4	331,6	61,7	Okt.
388,3	4 763,8	4 626,3	4 498,4	2 808,9	606,7	103,0	588,7	330,5	60,6	Nov.
391,9	4 761,1	4 626,4	4 502,3	2 820,4	596,1	101,8	592,3	331,3	60,3	Dez.
386,2	4 770,0	4 614,8	4 498,6	2 820,7	592,7	101,5	593,6	329,7	60,4	2026 Jan.
386,3	4 778,4	4 622,3	4 493,1	2 814,6	593,6	101,8	594,0	328,0	61,1	Febr.
388,8	4 768,2	4 627,9	4 507,6	2 827,2	594,2	102,8	596,5	325,5	61,4	März
389,7	4 783,2	4 637,7	4 519,3	2 835,7	599,0	102,9	597,4	323,0	61,2	April
390,8	4 814,0	4 667,9	4 541,9	2 859,2	593,8	103,3	601,3	321,0	63,4	Mai
393,0	4 805,8	4 665,1	4 536,2	2 838,1	605,9	103,5	605,2	318,4	65,0	Juni

Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position "Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten" ermitteln (siehe "sonstige Passivpositionen"). **5** Ohne Einlagen von Zentralstaaten. **6** In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Monatsende	noch: Passiva												
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet			Begebene Schuld-	
	öffentliche Haushalte	sonstige öffentliche Haushalte											
				mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)						
	Zentralstaaten	zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt	darunter: mit Unternehmen und Privatpersonen	Geldmarktfondsanteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
	Euroraum (Mrd €) 1)												
2024 Mai	419,2	447,2	244,3	127,8	22,2	37,7	11,6	3,6	375,6	366,7	783,4	2 571,8	1 766,6
Juni	423,5	484,4	275,6	133,7	22,8	37,4	11,4	3,5	384,5	384,4	794,1	2 579,8	1 766,1
Juli	396,2	457,5	253,1	129,9	22,9	36,9	11,2	3,5	408,9	390,7	816,4	2 578,7	1 770,9
Aug.	430,8	464,4	263,3	126,9	22,7	36,9	11,1	3,5	438,2	417,3	832,2	2 575,3	1 779,8
Sept.	427,3	489,9	283,2	135,2	20,7	36,8	10,6	3,4	414,0	400,9	833,7	2 588,8	1 802,3
Okt.	451,6	462,5	269,4	123,1	20,2	36,9	9,6	3,4	419,1	397,8	853,5	2 612,9	1 798,8
Nov.	409,6	493,6	299,8	124,2	20,0	36,7	9,5	3,3	425,8	411,6	875,1	2 625,2	1 792,7
Dez.	351,9	456,1	270,7	119,0	17,3	36,4	9,4	3,2	368,8	347,6	891,5	2 625,2	1 795,5
2025 Jan.	394,2	438,2	255,3	116,3	17,7	35,7	9,4	3,8	427,9	405,4	901,2	2 649,6	1 809,6
Febr.	426,9	450,9	266,7	119,2	16,9	34,8	9,6	3,7	466,8	443,1	906,9	2 644,4	1 811,7
März	390,1	462,4	269,6	129,3	15,8	34,6	9,7	3,6	423,4	408,5	892,6	2 614,4	1 806,0
April	453,6	442,9	261,5	117,3	16,2	34,8	9,6	3,5	463,6	447,5	908,8	2 579,7	1 791,5
Mai	452,7	449,0	266,9	118,8	15,8	35,0	9,0	3,5	438,1	419,5	901,8	2 601,5	1 807,1
Juni	420,1	476,5	285,0	129,5	14,6	34,9	9,1	3,4	424,0	407,3	903,1	2 586,4	1 820,4
Juli	389,2	462,9	279,4	122,4	13,8	34,7	9,0	3,5	428,8	411,9	909,0	2 607,2	1 829,7
Aug.	416,0	481,9	298,0	120,9	15,9	35,0	8,7	3,5	444,4	436,4	906,7	2 583,6	1 834,2
Sept.	453,9	470,6	285,9	122,1	15,8	35,0	8,6	3,2	415,8	400,1	902,9	2 606,2	1 840,6
Okt.	463,5	462,8	287,1	114,4	15,4	34,7	8,2	3,1	614,4	602,1	912,0	2 646,0	1 860,8
Nov.	410,5	494,4	308,8	123,8	15,6	35,1	8,3	3,0	663,0	640,6	914,5	2 647,1	1 868,3
Dez.	356,0	464,0	280,4	122,1	16,0	34,4	8,1	2,9	556,2	541,1	861,7	2 634,3	1 867,0
2026 Jan.	462,7	463,8	278,2	122,7	16,4	34,7	8,3	3,5	635,5	609,2	878,7	2 665,3	1 883,6
Febr.	436,6	487,2	287,9	136,1	16,8	34,7	8,3	3,4	617,7	607,5	886,2	2 656,0	1 889,8
März	425,7	475,5	277,5	135,1	16,7	34,8	8,1	3,4	617,9	607,0	897,3	2 688,7	1 885,6
April	449,6	464,3	274,2	127,7	16,4	34,8	7,9	3,3	597,9	593,4	911,7	2 710,9	1 900,7
Mai	433,0	481,4	287,4	130,3	17,6	34,9	7,9	3,3	638,2	626,5	905,1	2 744,0	1 917,3
Juni	409,5	495,8	296,3	136,3	17,6	34,5	7,8	3,2	687,2	672,5	902,4	2 772,5	1 920,8
	Deutscher Beitrag (Mrd €)												
2024 Mai	74,7	227,7	83,8	96,1	18,9	28,2	0,6	0,1	10,3	10,3	3,8	738,4	508,7
Juni	70,5	236,9	85,4	103,0	19,9	27,9	0,5	0,1	11,1	11,1	4,0	741,5	506,2
Juli	64,4	217,3	71,8	97,3	19,9	27,6	0,5	0,1	11,9	11,9	4,2	731,6	506,8
Aug.	71,1	224,3	81,5	94,7	19,7	27,7	0,5	0,1	13,5	13,5	4,6	731,6	506,9
Sept.	65,6	231,9	83,1	102,8	17,8	27,6	0,5	0,1	10,8	10,8	4,9	730,4	508,9
Okt.	68,3	215,1	77,8	91,7	17,3	27,8	0,5	0,1	10,5	10,5	4,9	735,5	506,3
Nov.	62,5	225,5	87,6	92,6	17,3	27,5	0,5	0,1	7,9	7,9	4,7	733,1	504,6
Dez.	58,4	219,2	86,9	89,8	14,8	27,2	0,4	0,1	7,2	7,2	4,8	726,8	503,3
2025 Jan.	65,4	205,6	76,9	86,3	15,3	26,6	0,4	0,1	12,1	12,1	5,0	741,9	519,8
Febr.	79,0	213,7	84,5	88,2	14,6	25,9	0,5	0,1	13,2	13,2	5,0	746,8	520,8
März	57,8	223,7	85,3	98,8	13,5	25,6	0,5	0,1	11,3	11,3	5,3	757,8	530,0
April	55,4	206,4	77,8	88,5	13,8	25,8	0,5	0,1	15,8	15,7	5,7	740,9	524,0
Mai	59,2	211,0	82,6	88,6	13,4	25,8	0,5	0,0	15,3	15,2	5,8	741,1	521,0
Juni	54,7	226,1	87,6	100,1	12,2	25,6	0,5	0,0	14,4	14,4	5,8	741,4	528,2
Juli	49,8	208,5	78,7	92,1	11,8	25,3	0,4	0,0	12,1	12,1	5,8	742,8	534,6
Aug.	51,2	222,9	91,8	91,3	13,8	25,6	0,4	0,0	11,4	11,4	5,9	738,5	540,6
Sept.	52,8	212,7	83,0	90,1	13,6	25,6	0,4	0,0	12,3	12,2	5,8	748,4	547,0
Okt.	50,0	208,2	86,4	82,6	13,3	25,4	0,4	0,0	63,6	63,6	5,8	759,2	551,0
Nov.	42,3	223,1	91,2	92,5	13,5	25,6	0,4	0,0	56,2	56,2	5,7	762,3	550,3
Dez.	39,1	219,6	88,1	92,3	14,0	24,8	0,4	0,0	45,5	45,5	5,6	754,0	548,7
2026 Jan.	55,9	215,6	84,2	91,6	14,2	25,2	0,4	0,0	71,1	71,1	5,7	777,9	564,9
Febr.	52,4	232,9	91,4	101,4	14,6	25,1	0,4	0,0	64,1	64,1	5,7	778,9	566,8
März	37,8	222,7	84,3	98,4	14,5	25,2	0,4	0,0	67,0	67,0	5,9	786,5	562,2
April	45,9	218,0	84,8	93,5	14,1	25,2	0,4	0,1	64,6	64,6	6,2	792,7	569,2
Mai	42,4	229,7	92,3	96,3	15,3	25,3	0,4	0,1	73,9	73,9	6,2	805,7	574,3
Juni	38,2	231,4	90,2	100,4	15,3	25,0	0,4	0,1	81,0	81,0	6,1	813,7	577,0

***** Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosystem). **1** Quelle: EZB. **2** In Deutschland nur Spareinlagen. **3** Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. **4** In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. **5** Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. **6** Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. **7** Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. **8** Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10•). **9** Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

verschreibungen (netto) [3]								Nachrichtlich					
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet [5]	Kapital und Rücklagen [6]	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate [7] (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Geldkapitalbildung [13]	Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) [14]	Stand am Monatsende
bis zu 1 Jahr [4]	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren				insgesamt [8]	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten [9]	M1 [10]	M2 [11]	M3 [12]			
Euroraum (Mrd €) [1]													
15,4	42,1	2 514,4	5 465,9	3 025,0	103,9	4 661,0	0,0	10 250,0	15 175,5	16 232,8	7 476,0	173,8	2024 Mai
12,0	43,1	2 524,7	5 424,7	3 062,8	68,0	4 505,9	0,0	10 396,0	15 345,1	16 396,3	7 529,8	177,9	Juni
13,1	42,6	2 523,0	5 384,4	3 121,6	99,5	4 531,5	0,0	10 312,0	15 272,3	16 386,4	7 578,8	177,5	Juli
– 1,2	50,7	2 525,8	5 342,0	3 143,2	35,2	4 449,5	0,0	10 378,6	15 353,6	16 480,2	7 600,0	178,2	Aug.
3,5	54,1	2 531,2	5 409,2	3 203,4	36,0	4 562,7	0,0	10 404,0	15 404,1	16 524,5	7 679,0	178,9	Sept.
3,4	54,2	2 555,3	5 390,7	3 257,5	40,8	4 630,2	0,0	10 398,7	15 387,2	16 547,8	7 752,8	177,2	Okt.
– 6,5	53,4	2 578,4	5 593,5	3 280,2	0,9	4 842,4	0,0	10 594,0	15 568,9	16 740,0	7 806,5	182,4	Nov.
0,5	49,3	2 575,4	5 374,0	3 302,6	5,7	4 949,4	0,0	10 661,7	15 662,3	16 832,0	7 844,2	179,1	Dez.
– 7,1	51,2	2 605,5	5 615,7	3 380,3	47,1	5 202,3	0,0	10 522,7	15 528,9	16 738,9	7 946,0	182,1	2025 Jan.
– 16,6	49,4	2 611,7	5 737,0	3 385,1	52,1	4 658,4	0,0	10 567,9	15 555,0	16 765,4	7 960,1	174,5	Febr.
– 13,8	44,9	2 583,4	5 658,4	3 405,4	63,0	4 610,5	0,0	10 626,3	15 636,7	16 801,0	7 950,5	175,5	März
– 6,1	42,0	2 543,8	5 564,4	3 405,5	66,4	4 919,4	0,0	10 700,2	15 652,2	16 865,9	7 903,3	174,7	April
– 13,7	42,7	2 572,5	5 578,8	3 411,8	82,7	4 702,6	0,0	10 806,1	15 743,0	16 930,5	7 944,3	174,8	Mai
– 16,1	41,2	2 561,3	5 543,5	3 380,9	91,3	4 741,0	0,0	10 850,4	15 746,6	16 921,0	7 910,0	179,7	Juni
– 16,4	41,9	2 581,7	5 565,6	3 404,9	101,5	4 765,5	0,0	10 837,8	15 755,2	16 944,9	7 955,9	181,1	Juli
– 25,5	41,8	2 567,3	5 597,4	3 420,4	63,4	4 832,9	0,0	10 883,1	15 789,4	16 950,5	7 955,8	183,8	Aug.
– 17,9	41,0	2 583,1	5 497,6	3 537,2	120,4	4 739,2	0,0	10 912,1	15 804,0	16 977,4	8 094,0	182,4	Sept.
– 9,8	40,5	2 615,3	5 634,1	3 624,7	– 15,7	4 664,3	0,0	10 950,8	15 864,1	17 045,7	8 216,8	183,0	Okt.
– 13,3	39,7	2 620,7	5 689,7	3 699,8	– 31,9	4 938,9	0,0	11 097,9	16 047,4	17 243,6	8 319,0	189,2	Nov.
– 8,4	37,4	2 605,3	5 502,1	3 748,1	– 19,7	4 840,6	0,0	11 160,2	16 146,7	17 270,2	8 364,4	183,2	Dez.
– 1,0	39,2	2 627,1	5 704,9	3 972,7	– 26,3	5 408,0	0,0	11 159,1	16 153,1	17 304,9	8 617,2	188,0	2026 Jan.
– 22,0	40,0	2 638,0	5 873,2	4 054,0	7,5	5 380,0	0,0	11 162,7	16 179,8	17 297,2	8 711,0	182,0	Febr.
– 8,6	39,3	2 658,1	5 754,9	3 877,4	– 7,7	5 193,6	0,0	11 240,5	16 271,6	17 421,3	8 564,8	182,9	März
0,1	41,2	2 669,6	5 843,2	3 851,3	– 49,3	5 241,3	0,0	11 238,4	16 265,9	17 430,2	8 502,4	183,0	April
2,9	39,3	2 701,8	5 920,1	3 851,7	– 38,4	5 190,3	0,0	11 342,7	16 383,1	17 551,4	8 544,3	183,5	Mai
– 1,0	42,5	2 731,1	5 975,9	3 770,6	– 12,1	5 234,6	0,0	11 374,7	16 444,1	17 614,4	8 500,8	185,3	Juni
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
39,6	25,8	673,1	1 001,7	746,9	– 986,7	2 623,7	545,7	2 585,2	3 792,3	3 871,8	2 059,4	0,0	2024 Mai
43,9	25,7	671,9	1 015,1	777,5	– 1 013,2	2 534,5	547,3	2 587,0	3 792,0	3 876,7	2 090,4	0,0	Juni
40,7	25,6	665,3	951,2	798,5	– 972,6	2 430,1	550,2	2 579,4	3 789,3	3 871,6	2 104,4	0,0	Juli
42,8	24,8	664,0	949,8	808,5	– 1 038,9	2 372,7	554,4	2 633,2	3 849,0	3 934,8	2 112,8	0,0	Aug.
45,8	23,9	660,7	1 003,0	830,4	– 1 045,3	2 434,4	558,3	2 639,6	3 861,4	3 946,7	2 132,3	0,0	Sept.
43,4	22,1	670,1	971,7	849,3	– 1 023,0	2 540,8	561,3	2 645,2	3 861,7	3 942,5	2 161,4	0,0	Okt.
45,7	21,3	666,1	997,5	847,8	– 1 020,3	2 637,3	563,4	2 703,9	3 907,1	3 986,7	2 167,3	0,0	Nov.
45,5	19,6	661,7	982,2	861,7	– 1 022,7	2 881,3	567,2	2 719,8	3 907,7	3 984,7	2 186,6	0,0	Dez.
48,8	18,8	674,4	1 014,4	889,6	– 1 011,8	3 086,9	566,3	2 693,9	3 882,0	3 966,6	2 225,8	0,0	2025 Jan.
50,5	18,6	677,7	1 040,9	877,9	– 1 028,7	2 558,8	568,0	2 727,7	3 908,6	3 996,0	2 217,1	0,0	Febr.
65,0	17,3	675,6	1 043,5	883,9	– 1 013,6	2 537,0	569,9	2 725,1	3 906,6	4 005,4	2 223,0	0,0	März
56,6	16,8	667,5	1 009,9	886,3	– 997,8	2 743,5	571,5	2 764,4	3 928,2	4 023,2	2 218,2	0,0	April
47,9	17,1	676,2	1 001,9	889,3	– 1 008,1	2 571,3	573,7	2 786,4	3 935,7	4 021,6	2 232,7	0,0	Mai
53,5	16,9	671,0	1 029,7	887,5	– 996,2	2 522,3	575,6	2 783,1	3 925,4	4 016,1	2 229,5	0,0	Juni
49,9	17,8	675,1	1 008,5	890,9	– 993,7	2 635,4	578,6	2 795,2	3 929,6	4 015,1	2 238,0	0,0	Juli
50,8	18,0	669,7	1 023,7	897,5	– 1 022,3	2 776,4	582,0	2 812,3	3 944,3	4 030,4	2 239,0	0,0	Aug.
53,5	18,6	676,3	1 026,1	937,1	– 983,2	2 633,1	585,6	2 813,7	3 933,5	4 023,7	2 286,7	0,0	Sept.
50,1	19,2	689,9	1 021,6	961,2	– 1 025,7	2 483,5	588,5	2 851,2	3 988,1	4 126,8	2 324,7	0,0	Okt.
52,1	19,8	690,4	1 034,8	978,4	– 1 020,7	2 730,8	590,2	2 900,1	4 046,6	4 180,5	2 343,7	0,0	Nov.
48,6	20,2	685,2	978,6	997,0	– 1 023,4	2 774,5	593,1	2 908,4	4 044,4	4 164,4	2 359,8	0,0	Dez.
47,9	20,2	709,8	1 060,8	1 062,1	– 1 021,9	3 139,3	595,9	2 904,9	4 035,0	4 179,8	2 451,0	0,0	2026 Jan.
46,3	20,8	711,8	1 101,5	1 091,7	– 1 029,4	3 190,1	597,2	2 906,0	4 045,8	4 182,7	2 483,6	0,0	Febr.
42,2	21,7	722,6	1 064,3	1 036,7	– 1 006,7	2 840,0	598,7	2 911,5	4 047,3	4 184,1	2 442,4	0,0	März
42,4	22,5	727,8	1 056,9	1 030,9	– 1 049,2	2 915,0	601,0	2 920,5	4 053,4	4 189,1	2 442,6	0,0	April
46,2	23,0	736,5	1 075,5	1 029,0	– 1 054,6	2 830,9	603,1	2 951,5	4 081,5	4 230,9	2 455,6	0,0	Mai
46,9	23,8	743,0	1 120,9	997,8	– 1 034,4	2 858,8	605,1	2 928,3	4 072,2	4 230,1	2 436,1	0,0	Juni

dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für den Euroraum) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für den Euroraum) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *)
Bestände der Deutschen Bundesbank

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren						
			Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				
	Nettoaktiva in Gold und Devisen 2)	Nettoaktiva in Euro 2)	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Geldpolitische Wertpapierbestände	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 5)
2025 Jan.	.	.	.	.	.	.	.
Febr.	50,0	– 54,5	1,0	3,5	0,0	907,0	0,0
März	50,5	– 48,5	0,7	3,2	0,1	886,5	0,0
April	50,4	– 37,7	0,9	2,6	0,0	864,6	0,0
Mai	.	.	.	.	.	.	.
Juni	51,2	– 39,8	1,1	2,6	0,0	847,3	0,0
Juli	51,4	– 45,3	1,2	2,4	0,0	836,7	0,0
Aug.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	51,2	– 43,3	1,2	2,9	0,0	823,4	0,0
Okt.	.	.	.	.	.	.	.
Nov.	51,4	– 44,8	1,7	3,1	0,1	803,2	0,0
Dez.	51,6	– 68,9	1,7	2,9	0,2	792,8	0,0
2026 Jan.	.	.	.	.	.	.	.
Febr.	51,1	– 65,1	3,0	3,2	0,0	787,4	0,0
März	51,3	– 58,3	1,7	3,1	0,0	769,3	0,0
April	.	.	.	.	.	.	.
Mai	51,6	– 58,8	2,5	3,1	0,0	744,9	0,0
Juni p)	51,7	– 57,2	2,9	3,6	0,0	729,5	0,0
Juli p)	51,6	– 65,2	3,3	4,1	0,2	719,9	0,0

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätsabsorbierende Faktoren						
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems						
	Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabsorbierende Geschäfte	Banknotenumlauf 2) 3)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige autonome Faktoren (netto) 2) 3)	Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschließlich Mindestreserven)	Basisgeld 2) 4)
2025 Jan.	.	.	.	.	.	.	.
Febr.	980,6	0,0	952,4	14,0	– 1 087,9	48,1	1 981,0
März	991,1	0,0	951,5	14,0	– 1 111,2	47,0	1 989,6
April	976,8	0,0	955,0	11,9	– 1 109,7	46,8	1 978,6
Mai	.	.	.	.	.	.	.
Juni	973,8	0,0	959,4	10,4	– 1 128,7	47,6	1 980,8
Juli	918,9	0,0	965,0	10,4	– 1 095,3	47,5	1 931,4
Aug.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	904,7	0,0	971,2	11,0	– 1 099,0	47,4	1 923,3
Okt.	.	.	.	.	.	.	.
Nov.	862,0	0,0	976,1	11,0	– 1 083,1	48,6	1 886,7
Dez.	826,6	0,0	981,7	10,7	– 1 085,8	47,2	1 855,5
2026 Jan.	.	.	.	.	.	.	.
Febr.	807,4	0,0	986,0	11,2	– 1 073,1	48,0	1 841,4
März	783,1	0,0	985,9	11,0	– 1 060,4	47,6	1 816,5
April	.	.	.	.	.	.	.
Mai	767,9	0,0	990,6	8,8	– 1 071,9	47,9	1 806,5
Juni p)	769,6	0,0	995,6	8,1	– 1 090,9	48,1	1 813,3
Juli p)	689,0	0,0	1 000,9	7,6	– 1 085,1	101,4	1 791,3

Die Angaben sind dem Ausweis der Bundesbank entnommen. Ab der Ausgabe März 2026 des Monatsberichts erfolgt die Darstellung der Bilanzpositionen des Eurosystems in einer geänderten Kategorisierung, die der im Economic Bulletin der EZB ab Ausgabe 8/2025 verwendeten Systematik entspricht. Ausführliche Erläuterungen hierzu entnehmen Sie bitte unter: https://www.ecb.europa.eu/press/economic-bulletin/focus/2026/html/ecb.ebbox202508_08~f57e54bfcb.en.html Die Zeitreihen zum konsolidierten Ausweis des Eurosystems sind im Data Portal der EZB verfügbar: https://data.ecb.europa.eu/publications/ecbeurosystem-policy-and-exchange-rates/3030613
Abweichungen in den Summen ergeben sich aus der Rundung der Zahlen. **1** Die ausgewiesenen Werte entsprechen den Tagesdurchschnitten der im jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. In Monaten, in denen keine Mindestreserve-Erfüllungsperiode endet, werden keine Werte ausgewiesen. **2** Die Berechnungen wurden an die in 2025 veränderte Berechnungsmethodik der autonomen Faktoren angepasst. **3** Einschließlich intra-Eurosystem Forderungen und Verbindlichkeiten. **4** Berechnet als Summe der Positionen "Einlagefazilität", "Banknotenumlauf" und "Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten". **5** Einschließlich der durch Devisenswapgeschäfte des Euroraums abgeschöpften Liquidität.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Veränderungen der Deutschen Bundesbank

| Liquiditätszuführende Faktoren | | |

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem [1]									
2026 Jan. 16.	6 280,7	1 279,5	506,0	226,8	279,2	18,0	34,2	34,2	–
23.	6 278,4	1 279,5	507,3	226,6	280,7	17,3	35,3	35,3	–
30.	6 290,0	1 279,5	506,2	226,5	279,8	18,7	34,6	34,6	–
Febr. 6.	6 256,0	1 279,5	507,2	226,5	280,7	18,1	35,5	35,5	–
13.	6 242,9	1 279,5	506,8	226,6	280,2	19,2	34,7	34,7	–
20.	6 234,5	1 279,5	507,4	226,6	280,8	19,5	35,6	35,6	–
27.	6 226,8	1 279,5	508,2	226,6	281,6	19,6	36,1	36,1	–
März 6.	6 176,5	1 279,5	509,4	226,6	282,8	18,5	36,3	36,3	–
13.	6 168,3	1 279,5	508,9	226,6	282,3	18,7	35,8	35,8	–
20.	6 155,3	1 279,5	508,4	226,6	281,8	19,2	36,6	36,6	–
27.	6 162,1	1 279,5	510,7	226,4	284,3	18,3	37,3	37,3	–
April 3.	6 253,4	1 392,7	516,5	229,5	287,0	18,4	36,3	36,3	–
10.	6 246,9	1 392,7	517,7	229,5	288,2	17,3	35,9	35,9	–
17.	6 218,3	1 392,7	515,4	229,4	286,0	19,8	35,9	35,9	–
24.	6 215,7	1 392,7	515,1	229,4	285,7	19,9	36,1	36,1	–
Mai 1.	6 196,0	1 392,6	514,2	229,4	284,8	20,9	35,9	35,9	–
8.	6 185,2	1 392,6	515,7	229,7	286,1	19,3	36,0	36,0	–
15.	6 179,2	1 392,6	518,0	229,9	288,1	17,4	36,0	36,0	–
22.	6 186,5	1 392,6	519,3	229,9	289,4	17,8	36,2	36,2	–
29.	6 162,0	1 392,6	521,3	230,2	291,1	17,5	36,5	36,5	–
Juni 5.	6 136,3	1 392,5	519,7	230,1	289,6	19,3	36,2	36,2	–
12.	6 135,6	1 392,5	520,0	230,0	289,9	18,8	37,4	37,4	–
19.	6 119,9	1 392,5	520,7	230,0	290,7	18,9	37,7	37,7	–
26.	6 117,3	1 392,5	519,4	230,1	289,3	19,2	38,4	38,4	–
Juli 3.	5 983,0	1 232,9	523,9	231,7	292,2	18,4	38,8	38,8	–
10.	5 970,5	1 232,9	524,5	231,7	292,8	18,9	38,9	38,9	–
17.	5 949,1	1 232,9	523,9	231,6	292,3	20,7	40,2	40,2	–
24.	5 944,0	1 232,9	524,7	231,4	293,3	20,3	40,4	40,4	–
31.	5 941,2	1 232,9	524,7	231,4	293,3	19,7	40,3	40,3	–
Aug. 7.	5 923,0	1 232,9	525,2	231,9	293,3	20,6	40,9	40,9	–
Deutsche Bundesbank									
2026 Jan. 16.	2 353,2	395,2	86,6	54,7	31,9	1,2	0,1	0,1	–
23.	2 342,6	395,2	86,4	54,6	31,8	1,4	0,1	0,1	–
30.	2 353,8	395,2	86,7	54,5	32,2	1,1	0,1	0,1	–
Febr. 6.	2 343,6	395,2	87,1	54,6	32,5	0,6	0,1	0,1	–
13.	2 367,3	395,2	86,4	54,6	31,8	1,3	0,1	0,1	–
20.	2 335,4	395,2	86,5	54,6	31,9	1,2	0,1	0,1	–
27.	2 321,6	395,2	86,7	54,6	32,1	1,0	0,0	0,0	–
März 6.	2 316,0	395,2	87,1	54,6	32,5	0,8	0,0	0,0	–
13.	2 309,6	395,2	87,1	54,6	32,5	0,8	–	–	–
20.	2 303,9	395,2	86,3	54,6	31,7	1,4	–	–	–
27.	2 295,3	395,2	88,2	54,5	33,6	0,9	–	–	–
April 3.	2 356,0	430,2	87,8	55,3	32,6	1,3	–	–	–
10.	2 362,5	430,2	88,5	55,3	33,2	0,8	–	–	–
17.	2 318,5	430,2	87,8	55,2	32,7	1,3	–	–	–
24.	2 327,9	430,2	87,8	55,2	32,6	1,3	–	–	–
Mai 1.	2 359,3	430,1	87,9	55,2	32,7	1,3	–	–	–
8.	2 345,2	430,1	88,5	55,2	33,2	0,8	–	–	–
15.	2 348,2	430,1	88,9	55,3	33,6	0,4	–	–	–
22.	2 356,7	430,1	89,1	55,3	33,8	0,4	–	–	–
29.	2 364,1	430,1	88,7	55,3	33,4	0,8	0,0	0,0	–
Juni 5.	2 342,0	430,1	88,3	55,2	33,1	1,1	0,0	0,0	–
12.	2 326,4	430,1	88,8	55,2	33,6	0,7	0,0	0,0	–
19.	2 322,8	430,1	88,2	55,2	33,1	1,2	0,0	0,0	–
26.	2 306,0	430,1	88,0	55,2	32,8	0,9	0,0	0,0	–
Juli 3.	2 294,8	380,7	88,3	55,6	32,7	1,0	0,0	0,0	–
10.	2 289,0	380,7	89,0	55,6	33,4	0,7	–	–	–
17.	2 300,1	380,7	89,2	55,6	33,6	1,0	–	–	–
24.	2 292,1	380,7	89,5	55,6	34,0	0,5	–	–	–
31.	2 274,1	380,7	90,0	55,6	34,4	0,0	–	–	–
Aug. 7.	2 282,8	380,7	89,7	55,8	33,9	0,4	–	–	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/ Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere			
Eurosystem [1]													
22,6	10,9	11,7	–	–	0,0	–	33,0	4 052,9	3 728,9	324,1	19,7	314,7	2026 Jan. 16.
22,5	10,7	11,7	–	–	0,0	–	26,1	4 051,9	3 726,6	325,3	19,7	318,9	23.
24,3	12,5	11,8	–	–	–	–	35,5	4 047,6	3 721,4	326,2	19,7	324,0	30.
21,0	9,2	11,8	–	–	0,0	–	27,3	4 029,1	3 701,8	327,3	19,7	318,5	Febr. 6.
20,2	8,5	11,8	–	–	–	–	22,7	4 024,2	3 696,1	328,1	19,7	315,8	13.
24,2	12,4	11,8	–	–	–	–	22,4	4 010,1	3 679,4	330,7	19,7	316,1	20.
23,7	12,8	10,9	–	–	–	–	29,9	3 988,5	3 655,9	332,6	19,7	321,7	27.
20,1	9,3	10,9	–	–	0,0	–	33,6	3 965,7	3 633,5	332,2	19,7	293,6	März 6.
21,1	10,2	10,9	–	–	–	–	24,8	3 960,2	3 626,5	333,7	19,7	299,6	13.
21,7	10,8	10,9	–	–	–	–	24,3	3 951,3	3 615,7	335,6	19,7	294,6	20.
28,0	17,1	10,9	–	–	0,1	–	15,5	3 948,9	3 612,0	336,8	19,7	304,3	27.
22,6	10,8	11,8	–	–	–	–	18,7	3 928,8	3 591,4	337,3	19,7	299,8	April 3.
23,7	11,9	11,8	–	–	–	–	22,4	3 914,7	3 577,5	337,2	19,7	302,9	10.
23,9	12,1	11,8	–	–	0,0	–	21,4	3 885,9	3 548,9	336,9	19,7	303,7	17.
26,3	14,5	11,8	–	–	0,1	–	18,9	3 882,2	3 546,9	335,3	19,7	304,8	24.
32,4	19,7	12,7	–	–	0,0	–	23,2	3 856,9	3 522,2	334,6	19,7	300,3	Mai 1.
25,6	12,9	12,7	–	–	–	–	21,8	3 855,6	3 520,4	335,2	19,7	299,0	8.
25,9	13,2	12,7	–	–	–	–	30,7	3 847,7	3 511,0	336,6	19,7	291,3	15.
26,5	13,8	12,7	–	–	–	–	28,6	3 845,7	3 506,1	339,6	19,7	300,2	22.
28,2	14,9	13,2	–	–	0,0	–	31,1	3 820,8	3 479,5	341,3	19,7	294,4	29.
25,1	11,8	13,2	–	–	0,0	–	22,0	3 805,1	3 462,8	342,4	19,7	296,7	Juni 5.
26,2	12,9	13,2	–	–	0,1	–	24,2	3 803,1	3 459,3	343,8	19,7	293,6	12.
29,0	15,7	13,2	–	–	0,0	–	21,0	3 799,8	3 453,5	346,4	19,7	280,5	19.
32,4	18,2	13,2	–	–	1,0	–	18,4	3 792,6	3 443,2	349,4	19,7	284,6	26.
25,5	11,8	13,6	–	–	0,0	–	29,9	3 791,7	3 439,6	352,1	19,7	302,4	Juli 3.
26,3	12,5	13,6	–	–	0,2	–	36,9	3 780,3	3 427,4	352,9	19,7	292,2	10.
26,4	12,7	13,6	–	–	0,1	–	38,2	3 762,4	3 409,0	353,5	19,7	284,8	17.
31,2	17,4	13,6	–	–	0,2	–	28,8	3 754,6	3 398,7	355,9	19,7	291,4	24.
36,2	21,9	14,2	–	–	0,1	–	29,4	3 743,2	3 388,0	355,2	19,7	295,2	31.
30,1	15,9	14,2	–	–	–	–	42,1	3 737,3	3 381,4	355,9	19,7	274,3	Aug. 7.
Deutsche Bundesbank													
5,3	2,1	3,2	–	–	0,0	–	3,6	786,9	786,9	–	3,6	1 070,8	2026 Jan. 16.
5,5	2,3	3,2	–	–	0,0	–	3,3	785,9	785,9	–	3,6	1 061,3	23.
5,3	2,2	3,1	–	–	–	–	4,2	785,3	785,3	–	3,6	1 072,4	30.
5,0	1,9	3,1	–	–	0,0	–	3,5	784,7	784,7	–	3,6	1 063,8	Febr. 6.
5,1	2,0	3,1	–	–	–	–	3,7	784,3	784,3	–	3,6	1 087,7	13.
5,1	2,0	3,1	–	–	–	–	4,0	770,2	770,2	–	3,6	1 069,6	20.
4,9	1,8	3,1	–	–	–	–	5,7	769,5	769,5	–	3,6	1 055,1	27.
4,5	1,4	3,1	–	–	0,0	–	4,1	769,1	769,1	–	3,6	1 051,6	März 6.
4,6	1,5	3,1	–	–	–	–	4,0	765,1	765,1	–	3,6	1 049,2	13.
5,0	1,9	3,1	–	–	–	–	2,9	761,5	761,5	–	3,6	1 048,0	20.
5,2	2,0	3,1	–	–	0,0	–	1,0	760,7	760,7	–	3,6	1 040,6	27.
4,6	1,5	3,1	–	–	–	–	2,6	758,9	758,9	–	3,6	1 067,0	April 3.
4,9	1,8	3,1	–	–	–	–	4,1	747,2	747,2	–	3,6	1 083,3	10.
5,4	2,3	3,1	–	–	0,0	–	3,3	733,8	733,8	–	3,6	1 053,2	17.
5,5	2,4	3,1	–	–	0,1	–	3,3	733,5	733,5	–	3,6	1 062,8	24.
8,1	4,7	3,4	–	–	0,0	–	5,1	732,8	732,8	–	3,6	1 090,5	Mai 1.
6,2	2,7	3,4	–	–	–	–	5,2	732,2	732,2	–	3,6	1 078,8	8.
6,4	3,0	3,4	–	–	–	–	6,0	731,7	731,7	–	3,6	1 081,1	15.
5,7	2,3	3,4	–	–	–	–	6,1	730,5	730,5	–	3,6	1 091,3	22.
7,6	3,8	3,8	–	–	0,0	–	8,7	728,7	728,7	–	3,6	1 095,9	29.
6,6	2,9	3,8	–	–	0,0	–	6,8	728,0	728,0	–	3,6	1 077,5	Juni 5.
6,6	2,7	3,8	–	–	0,1	–	5,6	726,4	726,4	–	3,6	1 064,8	12.
6,5	2,7	3,8	–	–	0,0	–	7,3	722,8	722,8	–	3,6	1 063,1	19.
7,1	2,4	3,8	–	–	0,9	–	7,2	721,4	721,4	–	3,6	1 047,8	26.
6,7	2,5	4,2	–	–	0,0	–	7,6	720,3	720,3	–	3,6	1 086,6	Juli 3.
7,5	3,1	4,2	–	–	0,2	–	5,4	718,6	718,6	–	3,6	1 083,5	10.
7,5	3,3	4,2	–	–	0,1	–	5,5	718,1	718,1	–	3,6	1 094,6	17.
10,1	5,7	4,2	–	–	0,2	–	3,7	717,9	717,9	–	3,6	1 086,1	24.
11,2	6,2	4,9	–	–	0,0	–	3,0	717,8	717,8	–	3,6	1 067,9	31.
10,8	5,9	4,9	–	–	–	–	2,6	717,4	717,4	–	3,6	1 077,6	Aug. 7.

-preisen bewertet. **1** Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Passiva insgesamt	Banknotenumlauf 1)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreservesoll-guthaben)	Einlagefazilität	Termineinlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung	Einlagen aus dem Margenausgleich			insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
Eurosystem 3)													
2026 Jan. 16.	6 280,7	1 615,0	2 639,4	152,6	2 486,8	–	–	–	10,5	–	194,8	96,5	98,3
23.	6 278,4	1 609,2	2 629,1	153,8	2 475,3	–	–	–	9,9	–	207,6	111,5	96,1
30.	6 290,0	1 608,7	2 618,4	157,7	2 460,7	–	–	–	10,4	–	218,1	122,3	95,8
Febr. 6.	6 256,0	1 607,0	2 606,2	181,7	2 424,5	–	–	–	10,4	–	202,8	113,0	89,8
13.	6 242,9	1 606,3	2 618,5	179,1	2 439,4	–	–	–	10,1	–	194,7	104,2	90,6
20.	6 234,5	1 604,9	2 599,7	167,0	2 432,7	–	–	–	10,7	–	195,8	108,6	87,2
27.	6 226,8	1 606,0	2 574,2	173,9	2 400,3	–	–	–	10,7	–	201,7	112,8	88,9
März 6.	6 176,5	1 607,8	2 560,9	167,9	2 393,0	–	–	–	11,0	–	200,6	106,7	93,9
13.	6 168,3	1 609,2	2 552,5	171,3	2 381,2	–	–	–	11,4	–	195,0	100,4	94,5
20.	6 155,3	1 609,7	2 535,9	200,1	2 335,8	–	–	–	11,0	–	207,9	100,5	107,4
27.	6 162,1	1 612,8	2 535,9	174,9	2 361,0	–	–	–	10,4	–	209,0	107,4	101,6
April 3.	6 253,4	1 619,0	2 505,0	175,5	2 329,4	–	–	–	10,6	–	206,2	99,2	107,0
10.	6 246,9	1 617,0	2 506,9	174,4	2 332,4	–	–	–	9,6	–	200,9	97,3	103,6
17.	6 218,3	1 615,2	2 460,4	172,1	2 288,2	–	–	–	9,9	–	206,3	105,6	100,7
24.	6 215,7	1 615,4	2 485,2	170,0	2 315,2	–	–	–	10,2	–	195,2	97,0	98,2
Mai 1.	6 196,0	1 620,2	2 425,9	194,3	2 231,5	–	–	–	9,8	–	215,6	110,7	104,9
8.	6 185,2	1 620,0	2 422,4	180,2	2 242,1	–	–	–	9,9	–	210,9	108,0	102,8
15.	6 179,2	1 621,5	2 428,7	175,0	2 253,7	–	–	–	9,9	–	200,5	97,3	103,2
22.	6 186,5	1 621,9	2 409,9	172,6	2 237,3	–	–	–	10,0	–	193,0	93,7	99,3
29.	6 162,0	1 624,8	2 372,5	174,5	2 198,1	–	–	–	10,4	–	205,7	102,6	103,1
Juni 5.	6 136,3	1 626,8	2 390,2	169,7	2 220,5	–	–	–	10,0	–	187,4	91,1	96,3
12.	6 135,6	1 626,8	2 377,9	194,3	2 183,6	–	–	–	10,1	–	196,7	94,6	102,1
19.	6 119,9	1 626,9	2 368,7	314,9	2 053,9	–	–	–	13,3	–	187,1	88,6	98,6
26.	6 117,3	1 629,3	2 351,0	311,9	2 039,1	–	–	–	12,9	–	189,8	93,8	96,0
Juli 3.	5 983,0	1 632,0	2 368,8	327,5	2 041,3	–	–	–	21,9	–	182,0	90,3	91,7
10.	5 970,5	1 634,6	2 367,4	329,8	2 037,6	–	–	–	26,3	–	179,7	90,1	89,6
17.	5 949,1	1 635,2	2 340,3	325,3	2 014,9	–	–	–	27,3	–	195,9	103,1	92,9
24.	5 944,0	1 635,3	2 324,5	329,1	1 995,4	–	–	–	29,3	–	189,3	95,7	93,6
31.	5 941,2	1 637,5	2 323,0	356,2	1 966,8	–	–	–	30,2	–	193,8	98,5	95,2
Aug. 7.	5 923,0	1 638,5	2 327,3	346,0	1 981,3	–	–	–	29,7	–	181,3	91,2	90,1
Deutsche Bundesbank													
2026 Jan. 16.	2 353,2	386,8	849,4	38,6	810,9	–	–	–	2,9	–	39,1	9,8	29,2
23.	2 342,6	386,0	834,3	37,8	796,5	–	–	–	2,9	–	45,1	17,5	27,6
30.	2 353,8	388,6	852,1	41,3	810,8	–	–	–	2,9	–	36,9	8,5	28,4
Febr. 6.	2 343,6	388,6	858,1	47,0	811,1	–	–	–	3,1	–	32,8	8,7	24,2
13.	2 367,3	389,1	876,5	49,4	827,1	–	–	–	2,9	–	34,2	10,7	23,5
20.	2 335,4	388,6	842,0	45,3	796,6	–	–	–	2,9	–	36,6	13,4	23,2
27.	2 321,6	388,4	824,6	48,7	776,0	–	–	–	2,6	–	39,0	15,9	23,1
März 6.	2 316,0	389,2	823,6	42,8	780,8	–	–	–	2,7	–	42,1	13,5	28,6
13.	2 309,6	389,9	813,5	43,4	770,0	–	–	–	2,9	–	35,2	7,8	27,4
20.	2 303,9	390,1	810,9	55,4	755,5	–	–	–	2,8	–	42,4	7,5	34,9
27.	2 295,3	391,2	797,6	48,6	749,0	–	–	–	2,6	–	42,3	10,4	31,9
April 3.	2 356,0	392,5	830,0	47,5	782,5	–	–	–	2,6	–	41,0	8,4	32,6
10.	2 362,5	391,9	835,8	44,7	791,1	–	–	–	2,5	–	41,0	10,2	30,8
17.	2 318,5	391,7	798,4	44,8	753,6	–	–	–	2,7	–	39,0	9,5	29,5
24.	2 327,9	391,9	804,0	43,8	760,2	–	–	–	2,6	–	37,3	9,2	28,1
Mai 1.	2 359,3	392,0	834,4	55,2	779,2	–	–	–	2,5	–	37,4	6,7	30,7
8.	2 345,2	392,1	819,7	48,9	770,8	–	–	–	2,7	–	35,2	7,3	27,8
15.	2 348,2	393,3	816,6	45,1	771,5	–	–	–	2,6	–	37,5	7,0	30,5
22.	2 356,7	394,1	825,0	44,7	780,3	–	–	–	2,6	–	36,9	8,4	28,5
29.	2 364,1	393,1	825,2	48,1	777,1	–	–	–	2,7	–	40,4	11,0	29,5
Juni 5.	2 342,0	394,2	813,0	43,8	769,2	–	–	–	2,6	–	32,5	7,6	24,9
12.	2 326,4	394,9	805,4	53,5	751,9	–	–	–	2,5	–	27,7	6,0	21,8
19.	2 322,8	395,2	794,9	98,0	696,9	–	–	–	2,6	–	27,6	5,4	22,2
26.	2 306,0	395,9	772,2	91,6	680,5	–	–	–	2,4	–	27,8	6,6	21,2
Juli 3.	2 294,8	395,4	808,0	102,4	705,5	–	–	–	2,6	–	25,8	6,6	19,3
10.	2 289,0	396,9	791,9	99,3	692,6	–	–	–	2,5	–	31,8	11,8	20,0
17.	2 300,1	397,4	800,9	96,4	704,5	–	–	–	2,5	–	33,6	10,7	22,9
24.	2 292,1	398,0	781,5	102,5	678,9	–	–	–	2,4	–	29,4	5,6	23,8
31.	2 274,1	396,3	776,3	116,7	659,6	–	–	–	2,6	–	28,9	5,4	23,4
Aug. 7.	2 282,8	397,1	789,2	110,0	679,2	–	–	–	2,5	–	29,1	7,8	21,3

***** Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. **1** Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes am in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva [2]	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten [1]	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklagen [4]		Stand am Ausweisstichtag
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II					insgesamt	darunter: Verlustvortrag [5]	
Eurosystem [3]											
135,9	17,3	2,6	2,6	–	172,5	209,8	–	1 243,9	39,1	.	2026 Jan. 16.
135,7	17,3	2,6	2,6	–	172,5	211,1	–	1 243,9	39,3	.	23.
137,3	17,4	2,7	2,7	–	172,5	221,1	–	1 244,0	39,3	.	30.
134,3	17,4	2,6	2,6	–	172,5	219,4	–	1 244,0	39,4	–	Febr. 6.
128,6	17,3	2,6	2,6	–	172,5	208,9	–	1 244,0	39,4	–	13.
136,8	17,3	2,6	2,6	–	172,5	215,8	–	1 244,0	34,4	–	20.
137,5	17,3	2,8	2,8	–	172,5	227,0	–	1 244,1	33,0	–	27.
127,3	17,1	2,8	2,8	–	172,5	208,1	–	1 244,0	24,5	–	März 6.
136,7	16,4	3,0	3,0	–	172,5	203,1	–	1 244,0	24,5	–	13.
129,0	16,9	3,0	3,0	–	172,5	200,9	–	1 244,0	24,5	–	20.
133,8	17,2	4,1	4,1	–	172,5	200,5	–	1 244,0	22,0	–	27.
142,8	17,1	2,9	2,9	–	174,9	195,2	–	1 358,8	21,0	–	April 3.
139,7	17,0	2,9	2,9	–	174,9	198,2	–	1 358,8	21,1	–	10.
151,1	17,2	2,8	2,8	–	174,9	200,6	–	1 358,8	21,1	–	17.
134,0	17,1	2,8	2,8	–	174,9	200,9	–	1 358,8	21,1	–	24.
151,5	16,7	2,9	2,9	–	174,9	198,9	–	1 358,8	21,0	–	Mai 1.
152,8	16,5	2,8	2,8	–	174,9	195,2	–	1 358,8	21,1	–	8.
150,0	16,9	2,8	2,8	–	174,9	194,1	–	1 358,8	21,1	–	15.
178,6	16,8	3,1	3,1	–	174,9	198,7	–	1 358,8	21,1	–	22.
176,9	16,5	3,3	3,3	–	174,9	197,9	–	1 358,8	20,4	–	29.
148,3	16,3	3,6	3,6	–	174,9	200,0	–	1 358,8	20,1	–	Juni 5.
154,9	16,3	3,4	3,4	–	174,9	187,6	–	1 358,8	28,2	–	12.
170,2	16,7	3,5	3,5	–	174,9	171,6	–	1 358,8	28,3	–	19.
179,8	16,6	2,7	2,7	–	174,9	173,2	–	1 358,8	28,3	–	26.
164,2	16,3	2,8	2,8	–	176,1	182,6	–	1 208,2	28,1	–	Juli 3.
149,6	16,5	3,1	3,1	–	176,1	180,9	–	1 208,2	28,2	–	10.
143,2	17,1	2,8	2,8	–	176,1	174,8	–	1 208,2	28,1	–	17.
158,3	18,0	2,6	2,6	–	176,1	174,3	–	1 208,2	28,2	–	24.
148,4	18,2	2,0	2,0	–	176,1	175,7	–	1 208,2	28,1	–	31.
145,2	18,9	1,9	1,9	–	176,1	167,8	–	1 208,2	28,2	–	Aug. 7.
Deutsche Bundesbank											
45,9	0,0	–	–	–	43,8	16,5	597,5	387,8	– 16,7	– 19,2	2026 Jan. 16.
45,0	0,0	–	–	–	43,8	16,7	597,5	387,8	– 16,7	– 19,2	23.
45,7	0,0	0,1	0,1	–	43,8	16,7	595,9	387,8	– 16,7	– 19,2	30.
33,8	0,0	– 0,0	– 0,0	–	43,8	16,3	595,9	387,8	– 16,7	– 19,2	Febr. 6.
37,3	0,0	– 0,0	– 0,0	–	43,8	16,3	595,9	387,8	– 16,7	– 19,2	13.
37,2	0,0	– 0,0	– 0,0	–	43,8	17,1	595,9	387,8	– 16,7	– 19,2	20.
38,0	0,0	– 0,0	– 0,0	–	43,8	16,9	597,2	387,8	– 16,7	– 19,2	27.
37,3	0,0	– 0,0	– 0,0	–	43,8	17,6	597,2	387,8	– 25,3	– 27,8	März 6.
46,9	0,0	0,1	0,1	–	43,8	17,5	597,2	387,8	– 25,3	– 27,8	13.
35,9	0,0	0,1	0,1	–	43,8	18,1	597,2	387,8	– 25,3	– 27,8	20.
38,6	0,0	1,2	1,2	–	43,8	18,2	597,2	387,8	– 25,3	– 27,8	27.
31,4	0,0	–	–	–	44,4	17,4	598,7	423,3	– 25,3	– 27,8	April 3.
32,7	0,0	0,1	0,1	–	44,4	17,3	598,7	423,3	– 25,3	– 27,8	10.
29,7	0,0	0,0	0,0	–	44,4	15,9	598,7	423,3	– 25,3	– 27,8	17.
35,3	0,0	0,0	0,0	–	44,4	15,7	598,7	423,3	– 25,3	– 27,8	24.
34,1	0,0	0,0	0,0	–	44,4	15,5	601,0	423,3	– 25,3	– 27,8	Mai 1.
36,8	0,0	0,0	0,0	–	44,4	15,3	601,0	423,3	– 25,3	– 27,8	8.
39,4	0,0	0,0	0,0	–	44,4	15,4	601,0	423,3	– 25,3	– 27,8	15.
38,8	0,0	0,2	0,2	–	44,4	15,7	601,0	423,3	– 25,3	– 27,8	22.
40,9	0,0	0,2	0,2	–	44,4	15,9	603,1	423,3	– 25,3	– 27,8	29.
38,2	0,0	0,2	0,2	–	44,4	15,8	603,1	423,3	– 25,3	– 27,8	Juni 5.
34,2	0,0	0,2	0,2	–	44,4	15,9	603,1	423,3	– 25,3	– 27,8	12.
40,8	0,0	0,2	0,2	–	44,4	15,8	603,1	423,3	– 25,3	– 27,8	19.
45,9	0,0	0,0	0,0	–	44,4	16,3	603,1	423,3	– 25,3	– 27,8	26.
47,1	0,0	0,0	0,0	–	44,7	17,0	605,1	374,3	– 25,3	– 27,8	Juli 3.
49,8	0,0	0,0	0,0	–	44,7	17,3	605,1	374,3	– 25,3	– 27,8	10.
49,7	0,0	0,0	0,0	–	44,7	17,2	605,1	374,3	– 25,3	– 27,8	17.
65,1	0,0	0,1	0,1	–	44,7	16,8	605,1	374,3	– 25,3	– 27,8	24.
51,1	0,0	0,0	0,0	–	44,7	16,6	608,7	374,3	– 25,3	– 27,8	31.
46,3	0,0	0,0	0,0	–	44,7	16,2	608,7	374,3	– 25,3	– 27,8	Aug. 7.

zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als "Intra-Eurosystem-Forderungen/Verbindlichkeiten aus der Begebung von Euro-Banknoten" ausgewiesen. **2** Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. **3** Quelle: EZB. **4** Die Position "Grundkapital und Rücklagen" enthält mit negativen Vorzeichen in Vorjahren aufgelaufene Bilanzverluste, die auf künftige Jahre vorgetragen werden. Die Zentralbanken des Eurosystems können allerdings wirksam handeln und ihr vorrangieges Mandat - die Geährleistung von Preisstabilität - erfüllen, auch wenn sie finanzielle Verluste verzeichnen. **5** Ein separater Ausweis des Verlustvortrages erfolgt ausschließlich für die Bundesank.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im			
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken		zusammen	Unternehmen und Privatpersonen zusammen	Unternehmen und Privatpersonen Buchkredite
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende												
2016	7 792,6	26,0	2 101,4	1 670,9	1 384,2	286,7	430,5	295,0	135,5	3 762,9	3 344,5	2 805,6	2 512,0
2017	7 710,8	32,1	2 216,3	1 821,1	1 556,3	264,8	395,2	270,1	125,2	3 801,7	3 400,7	2 918,8	2 610,1
2018	7 776,0	40,6	2 188,0	1 768,3	1 500,7	267,5	419,7	284,8	134,9	3 864,0	3 458,2	3 024,3	2 727,0
2019	8 311,0	43,4	2 230,1	1 759,8	1 493,5	266,3	470,4	327,6	142,8	4 020,1	3 584,9	3 168,7	2 864,9
2020	8 943,3	47,5	2 622,7	2 177,9	1 913,5	264,4	444,8	307,1	137,7	4 179,6	3 709,8	3 297,0	2 993,1
2021	9 172,2	49,7	2 789,6	2 333,0	2 069,6	263,4	456,6	324,4	132,2	4 350,4	3 860,4	3 468,8	3 147,6
2022	10 517,9	20,0	2 935,2	2 432,2	2 169,2	263,0	502,9	359,6	143,3	4 584,6	4 079,3	3 702,9	3 365,4
2023	10 321,0	18,7	2 884,4	2 349,7	2 081,8	267,9	534,7	374,6	160,1	4 651,2	4 109,2	3 729,7	3 395,7
2024	10 807,0	19,7	2 767,6	2 201,1	1 917,1	283,9	566,6	395,2	171,4	4 780,5	4 189,1	3 781,1	3 429,0
2025	10 886,5	18,5	2 650,8	2 027,0	1 726,1	300,8	623,9	443,7	180,2	5 019,9	4 357,4	3 902,9	3 543,6
2024 Sept.	10 374,4	17,3	2 868,9	2 291,1	2 004,2	286,9	577,8	408,5	169,3	4 752,7	4 168,5	3 763,6	3 420,7
Okt.	10 490,7	18,1	2 864,5	2 283,4	1 994,9	288,5	581,1	409,1	172,0	4 749,4	4 168,9	3 762,0	3 419,0
Nov.	10 662,0	17,4	2 878,7	2 308,9	2 021,8	287,2	569,8	397,4	172,4	4 770,4	4 179,4	3 771,0	3 428,1
Dez.	10 807,0	19,7	2 767,6	2 201,1	1 917,1	283,9	566,6	395,2	171,4	4 780,5	4 189,1	3 781,1	3 429,0
2025 Jan.	11 172,1	16,3	2 871,4	2 285,0	1 992,6	292,4	586,4	412,7	173,6	4 815,1	4 204,3	3 783,6	3 429,5
Febr.	10 699,4	16,4	2 873,7	2 274,9	1 978,2	296,6	598,8	423,7	175,1	4 847,8	4 220,7	3 795,1	3 438,9
März	10 674,6	15,6	2 853,1	2 252,1	1 955,9	296,2	601,1	426,1	175,0	4 863,0	4 225,1	3 794,5	3 438,4
April	10 882,5	16,6	2 853,5	2 254,4	1 955,2	299,2	599,1	427,2	171,9	4 873,1	4 231,5	3 794,6	3 441,0
Mai	10 702,5	16,6	2 844,2	2 244,8	1 942,7	302,1	599,4	423,9	175,5	4 884,6	4 238,3	3 800,7	3 445,8
Juni	10 660,1	15,9	2 805,3	2 197,6	1 894,3	303,2	607,7	432,9	174,8	4 906,1	4 244,5	3 806,6	3 451,0
Juli	10 737,6	15,9	2 790,7	2 183,8	1 879,6	304,2	607,0	432,7	174,2	4 914,4	4 263,3	3 811,4	3 454,8
Aug.	10 903,0	16,2	2 798,7	2 190,9	1 886,7	304,2	607,8	430,2	177,6	4 916,2	4 264,8	3 821,8	3 463,7
Sept.	10 779,8	15,8	2 765,8	2 158,7	1 856,2	302,5	607,1	427,1	180,0	4 939,2	4 277,8	3 825,2	3 466,8
Okt.	10 638,5	16,2	2 698,7	2 084,2	1 779,9	304,3	614,6	433,7	180,9	5 010,5	4 339,1	3 883,6	3 525,1
Nov.	10 948,7	16,1	2 689,5	2 075,9	1 772,5	303,4	613,6	429,3	184,3	5 039,5	4 367,3	3 911,4	3 552,0
Dez.	10 886,5	18,5	2 650,8	2 027,0	1 726,1	300,8	623,9	443,7	180,2	5 019,9	4 357,4	3 902,9	3 543,6
2026 Jan.	11 535,1	15,9	2 784,1	2 083,3	1 774,3	309,0	700,8	521,6	179,2	5 070,2	4 364,0	3 899,7	3 538,1
Febr.	11 637,0	15,6	2 778,1	2 059,6	1 749,1	310,5	718,6	537,6	181,0	5 096,6	4 377,5	3 909,8	3 548,3
März	11 262,3	15,3	2 764,6	2 053,7	1 743,6	310,0	710,9	531,1	179,8	5 107,1	4 381,0	3 917,2	3 556,7
April	11 361,5	15,9	2 794,4	2 073,0	1 761,9	311,2	721,3	538,7	182,7	5 123,4	4 395,9	3 925,8	3 565,2
Mai	11 346,3	16,0	2 792,8	2 066,8	1 754,9	311,9	726,0	542,5	183,6	5 159,6	4 407,8	3 930,3	3 568,5
Juni	11 406,9	15,1	2 747,9	2 014,9	1 702,2	312,7	733,0	545,1	187,9	5 195,9	4 441,5	3 959,4	3 596,6
	Veränderungen 3)												
2017	8,0	6,1	135,9	165,0	182,6	– 17,6	– 29,1	– 19,6	– 9,5	51,3	63,5	114,8	101,1
2018	101,8	8,5	– 29,2	– 49,7	– 53,4	3,7	20,6	13,0	7,6	78,7	71,9	118,1	127,8
2019	483,4	2,8	20,7	– 3,8	– 2,3	– 1,5	24,5	16,9	7,5	161,8	130,5	148,2	140,9
2020	769,5	4,1	505,4	524,2	512,6	11,6	– 18,8	– 16,2	– 2,6	161,0	130,0	132,3	132,2
2021	207,2	2,2	161,3	155,6	156,4	– 0,8	5,7	11,7	– 5,9	175,7	154,6	173,7	155,9
2022	1 170,5	– 29,7	149,5	103,7	100,5	3,2	45,8	33,1	12,7	242,4	223,1	237,5	220,6
2023	– 133,8	– 1,3	– 41,5	– 76,2	– 86,2	10,0	34,7	17,2	17,5	84,5	44,6	40,5	41,3
2024	466,6	0,9	– 115,3	– 142,6	– 156,7	14,1	27,3	17,1	10,2	140,2	89,8	63,4	46,5
2025	179,3	– 1,2	– 32,6	– 82,1	– 100,2	18,0	49,6	40,9	8,7	212,9	136,7	88,7	82,4
2024 Okt.	110,1	0,8	– 0,5	– 2,5	– 4,0	1,5	1,9	– 0,7	2,7	– 2,7	1,6	2,4	2,1
Nov.	157,6	– 0,7	11,4	24,7	26,2	– 1,6	– 13,2	– 13,6	0,4	20,8	10,7	8,0	8,3
Dez.	139,4	2,3	– 110,4	– 106,0	– 102,7	– 3,3	– 4,4	– 3,1	– 1,2	10,6	10,7	11,1	2,0
2025 Jan.	330,7	– 3,3	100,2	83,0	75,5	7,5	17,2	15,1	2,1	37,7	18,4	5,7	3,9
Febr.	– 453,0	0,1	2,2	– 10,2	– 14,4	4,2	12,4	10,9	1,5	33,2	17,5	12,6	10,9
März	1,2	– 0,8	– 16,4	– 21,7	– 21,5	– 0,2	5,3	5,6	– 0,3	19,9	6,3	1,1	1,3
April	241,2	1,0	6,4	4,6	1,4	3,2	1,8	4,7	– 2,9	13,4	8,3	2,1	4,5
Mai	– 182,5	0,0	– 9,9	– 9,8	– 12,6	2,8	– 0,1	– 3,6	3,5	11,7	7,2	6,4	5,2
Juni	– 20,5	– 0,7	– 35,7	– 46,1	– 47,5	1,4	10,4	11,0	– 0,6	24,5	8,0	7,6	6,8
Juli	66,8	– 0,0	– 16,4	– 14,4	– 15,3	0,9	– 2,1	– 1,4	– 0,7	8,1	18,8	4,8	3,9
Aug.	178,9	0,4	12,7	10,5	9,1	1,4	2,1	– 1,4	3,6	3,2	2,5	11,4	9,9
Sept.	– 126,4	– 0,4	– 32,6	– 32,2	– 30,6	– 1,6	– 0,3	– 2,8	2,4	24,5	14,2	4,9	4,6
Okt.	– 110,2	0,4	18,1	10,9	9,2	1,7	7,2	6,4	0,8	25,7	15,9	13,2	13,0
Nov.	313,1	– 0,2	– 9,3	– 8,4	– 7,4	– 0,9	– 1,0	– 4,4	3,4	29,6	28,9	28,2	27,3
Dez.	– 60,2	2,4	– 51,7	– 48,4	– 46,0	– 2,4	– 3,3	0,8	– 4,2	– 18,5	– 9,1	– 9,2	– 8,8
2026 Jan.	328,7	– 2,6	84,4	36,9	32,1	4,8	47,6	46,1	1,5	47,6	16,8	5,9	3,3
Febr.	97,3	– 0,3	– 6,6	– 23,9	– 25,4	1,5	17,4	15,6	1,8	26,4	13,9	10,6	10,8
März	– 54,6	– 0,2	– 14,9	– 6,1	– 6,0	– 0,2	– 8,8	– 8,0	– 0,8	12,2	4,9	8,7	9,2
April	110,2	0,5	28,8	20,5	19,3	1,2	8,3	5,5	2,8	18,2	16,5	10,1	10,2
Mai	– 17,7	0,1	– 2,0	– 6,3	– 6,8	0,5	4,3	3,5	0,7	36,4	12,5	6,0	4,7
Juni	61,0	– 0,9	– 45,9	– 52,0	– 52,7	0,7	6,1	2,6	3,5	37,8	34,7	30,1	29,0

***** Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. **1** Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. **2** Einschl. Schuldverschreibungen

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			
				an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern									
	öffentliche Haushalte				Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte						
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt	darunter Buchkredite	Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
293,6	538,9	312,2	226,7	418,4	281,7	159,5	136,7	28,5	108,2	1 058,2	802,3	844,1	2016
308,7	481,9	284,3	197,6	401,0	271,8	158,3	129,1	29,8	99,3	991,9	745,3	668,9	2017
297,2	433,9	263,4	170,5	405,8	286,7	176,5	119,2	28,6	90,6	1 033,2	778,5	650,2	2018
303,8	416,2	254,7	161,6	435,2	312,6	199,0	122,6	29,4	93,2	1 035,8	777,5	981,5	2019
303,9	412,8	252,3	160,5	469,8	327,5	222,2	142,3	29,7	112,7	1 003,2	751,2	1 090,3	2020
321,2	391,6	245,1	146,5	490,1	362,7	244,0	127,4	28,4	99,0	1 094,2	853,3	888,3	2021
337,5	376,4	248,0	128,4	505,3	384,9	270,2	120,4	30,8	89,6	1 137,2	882,9	1 841,0	2022
334,0	379,5	254,3	125,2	542,0	411,1	283,5	130,9	28,4	102,5	1 134,5	876,1	1 632,3	2023
352,1	408,0	272,5	135,5	591,4	449,3	308,9	142,1	24,1	118,0	1 306,7	1 022,0	1 932,4	2024
359,3	454,5	295,4	159,2	662,5	470,9	325,1	191,5	22,9	168,6	1 414,5	1 112,1	1 782,9	2025
342,9	404,9	264,2	140,7	584,2	433,0	304,0	151,2	27,9	123,3	1 279,6	996,9	1 455,9	2024 Sept.
343,0	406,8	270,5	136,3	580,5	435,1	305,0	145,4	27,1	118,3	1 284,7	997,7	1 574,0	Okt.
342,8	408,5	270,8	137,7	591,0	450,1	309,8	140,9	26,9	113,9	1 325,5	1 037,9	1 669,9	Nov.
352,1	408,0	272,5	135,5	591,4	449,3	308,9	142,1	24,1	118,0	1 306,7	1 022,0	1 932,4	Dez.
354,1	420,6	277,5	143,1	610,8	456,5	315,5	154,3	25,0	129,3	1 326,5	1 032,7	2 142,8	2025 Jan.
356,2	425,6	278,0	147,5	627,1	465,8	320,5	161,3	24,6	136,7	1 366,1	1 058,9	1 595,4	Febr.
356,0	430,6	279,4	151,2	637,9	464,8	323,5	173,1	25,3	147,8	1 384,1	1 079,6	1 558,7	März
353,6	436,9	282,3	154,5	641,6	463,5	325,6	178,2	24,4	153,8	1 359,7	1 058,6	1 779,4	April
354,9	437,6	281,6	156,0	646,3	469,4	327,4	176,9	24,8	152,1	1 363,5	1 055,5	1 593,7	Mai
355,6	437,9	281,7	156,2	661,6	470,1	325,3	191,4	25,1	166,3	1 385,9	1 072,1	1 546,9	Juni
356,6	451,9	287,1	164,8	651,1	468,6	325,7	182,5	26,4	156,1	1 365,2	1 049,7	1 651,4	Juli
358,1	443,0	285,6	157,4	651,4	466,7	325,2	184,7	26,6	158,1	1 387,8	1 067,6	1 784,1	Aug.
358,4	452,6	289,1	163,5	661,5	470,3	328,1	191,1	26,5	164,6	1 414,9	1 091,8	1 644,1	Sept.
358,5	455,5	293,3	162,2	671,5	474,7	331,1	196,7	27,3	169,5	1 430,0	1 107,4	1 483,0	Okt.
359,4	455,9	293,8	162,0	672,2	474,8	328,3	197,4	24,3	173,2	1 463,6	1 143,2	1 740,1	Nov.
359,3	454,5	295,4	159,2	662,5	470,9	325,1	191,5	22,9	168,6	1 414,5	1 112,1	1 782,9	Dez.
361,5	464,4	299,8	164,6	706,1	492,8	346,0	213,3	23,1	190,2	1 511,3	1 194,6	2 153,6	2026 Jan.
361,5	467,7	297,7	170,0	719,1	502,3	352,8	216,8	23,0	193,8	1 552,3	1 228,8	2 194,5	Febr.
360,5	463,7	299,3	164,4	726,1	506,2	355,1	219,9	23,0	196,9	1 531,9	1 211,0	1 843,3	März
360,6	470,1	301,5	168,6	727,5	506,3	354,2	221,3	22,9	198,3	1 508,2	1 181,6	1 919,6	April
361,8	477,5	301,1	176,4	751,9	522,0	366,0	229,9	23,6	206,2	1 555,8	1 220,6	1 822,0	Mai
362,8	482,2	303,3	178,9	754,3	521,4	361,4	233,0	21,2	211,7	1 596,6	1 260,3	1 851,5	Juni
Veränderungen 3)													
13,7	– 51,3	– 22,8	– 28,5	– 12,2	– 3,4	4,0	– 8,7	0,1	– 8,9	– 12,3	– 6,7	– 173,1	2017
– 9,8	– 46,2	– 19,1	– 27,0	6,8	18,2	18,6	– 11,4	– 1,5	– 9,9	29,0	18,9	14,8	2018
7,3	– 17,7	– 8,6	– 9,1	31,3	29,5	26,9	1,7	0,0	1,7	– 32,1	– 33,3	330,3	2019
0,2	– 2,4	– 1,7	– 0,7	31,0	30,6	20,9	0,3	– 0,4	0,7	– 9,7	– 8,2	108,8	2020
17,8	– 19,1	– 6,1	– 13,1	21,1	35,5	22,6	– 14,3	– 1,1	– 13,2	71,7	84,9	– 203,7	2021
16,9	– 14,4	1,9	– 16,3	19,3	20,7	24,4	– 1,4	2,6	– 3,9	15,0	– 0,8	793,3	2022
– 0,9	4,1	6,4	– 2,3	39,9	28,3	15,1	11,7	– 2,4	14,1	42,6	34,1	– 218,1	2023
16,8	26,4	16,3	10,1	50,5	38,8	25,8	11,6	– 4,5	16,1	136,3	113,5	304,4	2024
6,4	48,0	23,9	24,1	76,1	25,8	21,1	50,4	– 1,2	51,6	170,4	147,4	– 170,3	2025
0,2	– 0,8	3,6	– 4,4	– 4,3	1,5	0,5	– 5,8	– 0,8	– 5,0	– 5,4	– 9,5	118,0	2024 Okt.
– 0,2	2,7	1,3	1,4	10,1	14,7	4,3	– 4,6	– 0,2	– 4,4	27,1	27,7	98,9	Nov.
9,1	– 0,4	1,7	– 2,2	– 0,1	– 1,2	– 1,3	1,1	– 3,1	4,2	– 25,7	– 21,6	262,6	Dez.
1,7	12,7	5,0	7,7	19,3	7,1	7,0	12,3	0,9	11,4	21,1	11,4	175,0	2025 Jan.
1,8	4,9	0,5	4,4	15,7	8,6	4,9	7,0	– 0,4	7,5	38,9	25,7	– 527,4	Febr.
– 0,1	5,1	1,4	3,7	13,6	1,7	5,0	11,9	0,8	11,1	38,6	39,5	– 40,1	März
– 2,4	6,2	2,9	3,3	5,1	– 0,0	3,3	5,1	– 0,9	5,9	– 0,4	1,2	220,9	April
1,2	0,8	– 0,7	1,5	4,5	5,7	1,7	– 1,2	0,3	– 1,5	1,4	– 5,2	– 185,8	Mai
0,8	0,4	0,1	0,3	16,5	1,6	– 1,1	14,9	0,3	14,6	38,2	31,1	– 46,8	Juni
0,9	14,0	5,4	8,6	– 10,7	– 1,8	0,1	– 8,9	1,3	– 10,2	– 29,3	– 30,6	104,5	Juli
1,5	– 8,9	– 1,5	– 7,4	0,7	– 1,5	– 0,1	2,3	0,3	2,0	30,4	25,4	132,3	Aug.
0,3	9,3	3,3	6,0	10,3	3,9	3,2	6,4	– 0,1	6,5	30,6	27,5	– 148,5	Sept.
0,2	2,7	4,0	– 1,3	9,8	4,2	3,0	5,6	0,7	4,9	9,7	10,5	– 164,1	Okt.
1,0	0,6	0,7	– 0,1	0,7	– 0,0	– 2,8	0,7	– 3,0	3,7	33,0	35,4	260,1	Nov.
– 0,4	0,1	2,9	– 2,7	– 9,4	– 3,6	– 3,0	– 5,8	– 1,3	– 4,5	– 41,9	– 24,5	49,5	Dez.
2,6	10,9	3,4	7,5	30,8	14,2	14,7	16,7	– 0,1	16,8	55,2	40,4	144,0	2026 Jan.
– 0,2	3,2	– 2,1	5,3	12,6	9,2	6,8	3,4	– 0,2	3,5	36,9	30,5	40,8	Febr.
– 0,5	– 3,8	1,6	– 5,4	7,3	4,0	2,0	3,3	– 0,0	3,4	– 32,4	– 29,8	– 19,2	März
– 0,1	6,4	2,2	4,2	1,7	0,3	– 0,6	1,4	– 0,1	1,5	– 16,4	– 22,2	79,0	April
1,3	6,5	– 1,1	7,7	23,9	15,4	11,8	8,5	0,7	7,7	45,4	36,9	– 97,6	Mai
1,2	4,6	2,2	2,5	3,1	– 0,0	– 4,5	3,1	– 2,4	5,5	40,5	39,7	29,5	Juni

aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. **3** Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								
						Einlagen von Nichtbanken im Inland						Einlagen von Nicht-	
			von Banken					mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist			
		insgesamt	im Inland	in anderen Mitgliedsländern	insgesamt	zusammen	täglich fällig	zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten	zusammen	täglich fällig
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende												
2016	7 792,6	1 205,2	1 033,2	172,0	3 411,3	3 318,5	1 794,8	935,3	291,2	588,5	537,0	84,2	37,2
2017	7 710,8	1 233,6	1 048,6	184,9	3 529,1	3 411,1	1 936,6	891,7	274,2	582,8	541,0	108,6	42,5
2018	7 776,0	1 213,8	1 021,8	192,0	3 642,8	3 527,0	2 075,5	872,9	267,2	578,6	541,1	104,5	45,0
2019	8 311,0	1 242,8	1 010,4	232,4	3 778,1	3 649,8	2 230,9	843,7	261,7	575,1	540,5	116,3	54,6
2020	8 943,3	1 493,2	1 237,0	256,3	4 021,6	3 836,7	2 508,4	767,8	227,1	560,5	533,2	135,1	57,0
2021	9 172,2	1 628,6	1 338,6	289,9	4 129,9	3 931,8	2 649,3	721,3	203,9	561,2	537,1	153,8	70,7
2022	10 517,9	1 618,6	1 231,6	387,0	4 343,5	4 093,8	2 712,1	848,6	353,7	533,2	510,2	180,5	84,1
2023	10 321,0	1 489,3	1 099,9	389,4	4 419,1	4 174,5	2 530,0	1 198,7	693,4	445,9	395,3	186,3	75,9
2024	10 807,0	1 402,3	989,5	412,8	4 585,6	4 351,7	2 623,0	1 322,8	795,6	406,0	346,1	194,4	82,2
2025	10 886,5	1 382,1	941,0	441,2	4 698,6	4 462,3	2 769,8	1 302,2	761,2	390,3	330,4	206,5	97,3
2024 Sept.	10 374,4	1 410,5	1 004,3	406,3	4 529,5	4 275,3	2 532,9	1 333,1	821,7	409,3	349,4	199,9	89,4
Okt.	10 490,7	1 427,9	1 001,9	426,0	4 539,0	4 281,9	2 542,8	1 331,5	819,0	407,6	346,9	197,6	88,6
Nov.	10 662,0	1 442,6	1 016,5	426,1	4 589,7	4 329,2	2 599,5	1 324,6	808,2	405,1	345,1	206,3	89,6
Dez.	10 807,0	1 402,3	989,5	412,8	4 585,6	4 351,7	2 623,0	1 322,8	795,6	406,0	346,1	194,4	82,2
2025 Jan.	11 172,1	1 456,8	1 013,8	443,1	4 573,3	4 318,1	2 591,6	1 323,1	795,4	403,3	344,8	204,1	90,3
Febr.	10 699,4	1 465,5	1 015,0	450,5	4 606,0	4 336,6	2 618,4	1 317,0	788,1	401,2	342,9	211,7	98,4
März	10 674,6	1 452,1	998,7	453,3	4 598,0	4 329,4	2 610,4	1 320,1	788,7	398,9	340,7	218,9	103,0
April	10 882,5	1 487,5	1 020,5	467,0	4 619,3	4 355,5	2 650,1	1 307,9	776,1	397,5	339,1	217,0	104,8
Mai	10 702,5	1 475,4	1 023,1	452,3	4 631,9	4 363,6	2 673,5	1 292,9	759,6	397,2	337,8	220,1	104,0
Juni	10 660,1	1 464,9	1 010,6	454,3	4 621,7	4 354,2	2 669,0	1 287,3	754,1	397,9	336,3	222,0	103,7
Juli	10 737,6	1 460,3	1 012,4	447,9	4 623,9	4 361,8	2 682,4	1 282,4	748,6	397,1	334,5	219,4	103,9
Aug.	10 903,0	1 444,9	999,6	445,4	4 637,4	4 381,3	2 702,6	1 283,2	749,4	395,5	333,3	214,4	100,8
Sept.	10 779,8	1 460,0	1 001,5	458,5	4 630,3	4 368,4	2 698,5	1 276,0	741,0	393,9	332,0	218,4	106,4
Okt.	10 638,5	1 393,0	943,5	449,5	4 652,2	4 398,3	2 712,0	1 294,4	759,5	391,8	330,7	211,5	97,7
Nov.	10 948,7	1 396,9	951,8	445,1	4 702,0	4 459,6	2 771,1	1 298,8	761,7	389,7	329,6	207,6	95,6
Dez.	10 886,5	1 382,1	941,0	441,2	4 698,6	4 462,3	2 769,8	1 302,2	761,2	390,3	330,4	206,5	97,3
2026 Jan.	11 535,1	1 473,7	944,7	529,0	4 733,4	4 457,7	2 760,4	1 308,7	766,1	388,7	328,7	227,5	115,6
Febr.	11 637,0	1 469,6	946,1	523,6	4 739,7	4 469,5	2 764,5	1 317,3	773,7	387,7	327,1	232,8	117,8
März	11 262,3	1 492,3	940,6	551,7	4 726,9	4 456,0	2 751,4	1 319,1	775,2	385,5	324,5	240,5	126,2
April	11 361,5	1 499,2	952,8	546,4	4 746,3	4 468,0	2 770,6	1 314,6	769,8	382,8	322,1	238,4	119,1
Mai	11 346,3	1 508,6	955,2	553,4	4 773,6	4 489,5	2 788,7	1 317,7	770,2	383,0	320,1	251,6	132,3
Juni	11 406,9	1 503,3	954,1	549,2	4 775,6	4 488,7	2 773,1	1 333,5	786,2	382,0	317,5	253,4	129,7
	Veränderungen 4)												
2017	8,0	30,6	14,8	15,8	124,2	107,7	145,8	– 32,5	– 15,3	– 5,6	1,5	16,4	5,8
2018	101,8	– 20,1	– 25,7	5,6	112,4	114,7	137,7	– 18,8	– 6,5	– 4,3	1,2	– 4,3	2,3
2019	483,4	12,6	– 10,0	22,6	132,1	120,0	154,1	– 30,6	– 6,6	– 3,4	– 0,6	10,6	8,7
2020	769,5	340,0	317,0	23,0	244,9	188,4	277,6	– 74,7	– 34,9	– 14,5	– 7,2	18,7	1,8
2021	207,2	133,4	103,4	30,0	107,3	96,2	141,4	– 45,8	– 23,3	0,6	3,9	16,6	13,6
2022	1 170,5	– 15,6	– 105,9	90,3	208,9	165,9	60,6	132,8	148,1	– 27,5	– 26,3	18,4	12,8
2023	– 133,8	– 133,9	– 138,4	4,5	89,6	93,4	– 172,3	347,9	338,5	– 82,3	– 109,9	7,1	– 7,1
2024	466,6	– 51,5	– 71,6	20,1	128,4	140,3	58,9	121,4	101,4	– 40,0	– 49,2	6,8	5,9
2025	179,3	41,1	3,2	38,0	116,0	114,4	164,3	– 34,1	– 45,8	– 15,7	– 16,9	11,8	11,8
2024 Okt.	110,1	15,5	– 2,9	18,4	8,2	5,1	9,3	– 2,6	– 3,1	– 1,7	– 2,5	– 2,7	– 1,0
Nov.	157,6	12,3	14,0	– 1,7	48,9	46,6	55,6	– 6,5	– 10,9	– 2,5	– 1,8	7,9	0,8
Dez.	139,4	– 39,9	– 25,7	– 14,2	– 5,0	21,9	23,0	– 2,0	– 12,7	0,9	1,0	– 12,1	– 7,5
2025 Jan.	330,7	49,9	22,4	27,6	– 11,8	– 28,3	– 26,1	0,4	– 0,2	– 2,7	– 2,4	4,9	3,3
Febr.	– 453,0	8,5	1,2	7,2	33,9	18,6	26,8	– 6,2	– 7,3	– 2,1	– 1,8	8,8	8,2
März	1,2	– 9,3	– 15,6	6,3	– 4,9	– 5,4	– 6,7	3,6	1,1	– 2,3	– 2,3	8,4	5,6
April	241,2	40,3	22,8	17,5	26,0	28,3	41,4	– 11,7	– 12,2	– 1,4	– 1,6	0,5	3,5
Mai	– 182,5	– 12,6	2,4	– 15,0	11,1	7,9	23,3	– 15,1	– 16,5	– 0,3	– 1,3	1,9	– 1,5
Juni	– 20,5	– 7,4	– 11,6	4,2	– 8,1	– 7,9	– 3,4	– 5,2	– 5,1	0,6	– 1,4	2,5	– 0,1
Juli	66,8	– 6,2	1,4	– 7,6	1,1	6,8	12,7	– 5,1	– 5,7	– 0,8	– 1,8	– 2,9	0,0
Aug.	178,9	– 12,0	– 10,8	– 1,2	14,5	20,3	20,9	1,0	1,0	– 1,6	– 1,2	– 4,7	– 2,9
Sept.	– 126,4	15,9	2,2	13,7	– 6,6	– 12,5	– 3,9	– 7,1	– 8,4	– 1,6	– 1,3	4,0	5,6
Okt.	– 110,2	– 3,1	– 12,3	9,1	16,4	25,0	20,8	6,3	6,4	– 2,1	– 1,3	– 6,8	– 8,6
Nov.	313,1	2,0	8,3	– 6,4	49,8	61,4	59,1	4,4	2,2	– 2,1	– 1,1	– 3,9	– 2,1
Dez.	– 60,2	– 24,7	– 7,3	– 17,4	– 5,5	0,4	– 0,8	0,6	– 1,0	0,5	0,8	– 0,9	0,9
2026 Jan.	328,7	52,6	– 4,6	57,2	23,2	– 5,1	– 11,0	7,5	5,9	– 1,6	– 1,5	11,1	9,2
Febr.	97,3	– 4,7	1,3	– 6,0	5,8	11,4	3,9	8,5	7,5	– 1,0	– 1,6	5,2	2,2
März	– 54,6	20,4	– 6,0	26,4	– 14,4	– 14,8	– 14,1	1,5	1,2	– 2,2	– 2,6	7,2	8,1
April	110,2	8,3	12,4	– 4,1	20,4	12,8	19,8	– 4,4	– 5,2	– 2,6	– 2,5	– 1,9	– 7,0
Mai	– 17,7	9,0	2,3	6,7	26,9	21,3	18,0	3,1	0,3	0,2	– 2,0	13,2	13,2
Juni	61,0	– 5,3	– 1,1	– 4,2	2,0	– 0,8	– 15,5	15,7	15,9	– 1,0	– 2,6	1,8	– 2,6

***** Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. **1** Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. **2** Ohne Einlagen von Zentralregie-

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern [2]				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile [3]	Begebene Schuldverschreibungen [3]		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen [1]	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist						insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren [3]				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten	insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
43,9	15,8	3,1	2,6	8,6	7,9	2,2	2,4	1 030,3	47,2	643,4	591,5	906,3	2016
63,2	19,7	2,9	2,6	9,4	8,7	3,3	2,1	994,5	37,8	603,4	686,0	658,8	2017
56,7	15,8	2,8	2,5	11,3	10,5	0,8	2,4	1 034,0	31,9	575,9	695,6	610,7	2018
59,0	16,5	2,7	2,4	12,0	11,2	1,5	1,9	1 063,2	32,3	559,4	728,6	935,6	2019
75,6	30,6	2,6	2,3	49,8	48,6	9,4	2,5	1 056,9	21,2	617,6	710,8	1 031,3	2020
80,7	22,8	2,4	2,2	44,2	43,5	2,2	2,3	1 110,8	27,5	757,2	732,3	809,0	2021
94,3	32,4	2,2	2,0	69,2	66,8	3,4	2,7	1 185,1	40,8	800,4	747,2	1 817,1	2022
108,4	37,8	2,0	1,6	58,3	52,0	5,0	3,2	1 279,0	80,5	723,0	784,8	1 617,7	2023
110,3	34,6	1,9	1,4	39,5	33,3	6,4	4,8	1 309,6	72,7	752,4	831,7	1 914,3	2024
107,4	31,3	1,8	1,3	29,8	24,3	45,1	5,7	1 335,9	76,5	772,1	878,8	1 768,4	2025
108,6	39,3	1,9	1,4	54,2	43,4	10,1	4,9	1 321,7	78,4	815,6	802,4	1 479,8	2024 Sept.
107,2	38,8	1,9	1,4	59,6	43,6	9,4	4,9	1 326,0	73,8	783,1	817,2	1 583,2	Okt.
114,8	38,3	1,9	1,4	54,2	39,5	6,5	4,7	1 322,7	75,4	812,3	821,6	1 661,8	Nov.
110,3	34,6	1,9	1,4	39,5	33,3	6,4	4,8	1 309,6	72,7	752,4	831,7	1 914,3	Dez.
111,9	36,9	1,9	1,4	51,2	32,8	11,2	5,0	1 329,7	76,0	824,0	834,0	2 138,0	2025 Jan.
111,4	37,7	1,8	1,4	57,8	32,4	12,2	5,1	1 335,4	77,3	851,9	835,0	1 588,3	Febr.
114,0	40,5	1,8	1,4	49,8	32,5	11,2	5,3	1 341,2	90,0	865,6	835,1	1 566,0	März
110,4	36,7	1,8	1,3	46,8	30,9	14,2	5,8	1 325,4	80,9	840,0	822,2	1 768,2	April
114,2	40,2	1,8	1,3	48,2	31,1	14,6	5,8	1 331,0	73,3	817,0	834,7	1 592,2	Mai
116,4	40,6	1,8	1,3	45,5	32,0	14,1	5,9	1 329,1	78,8	841,7	841,5	1 541,3	Juni
113,7	38,6	1,9	1,3	42,7	30,3	11,9	5,8	1 329,7	76,1	806,3	852,7	1 646,9	Juli
111,7	36,4	1,9	1,3	41,7	30,4	11,2	5,9	1 329,0	76,5	824,2	865,4	1 785,0	Aug.
110,1	34,3	1,8	1,3	43,5	29,7	12,1	5,8	1 334,9	79,4	834,0	862,3	1 640,4	Sept.
112,0	35,1	1,8	1,3	42,4	22,7	63,3	5,8	1 347,6	76,5	827,9	863,7	1 484,9	Okt.
110,2	33,0	1,8	1,3	34,7	23,2	55,9	5,8	1 348,7	80,1	834,1	874,7	1 730,6	Nov.
107,4	31,3	1,8	1,3	29,8	24,3	45,1	5,7	1 335,9	76,5	772,1	878,8	1 768,4	Dez.
110,1	33,9	1,8	1,3	48,2	24,7	70,8	5,7	1 365,3	75,8	876,7	867,9	2 141,7	2026 Jan.
113,2	37,6	1,8	1,3	37,3	23,6	63,8	5,8	1 367,4	74,0	926,4	873,7	2 190,7	Febr.
112,5	34,7	1,8	1,3	30,5	24,1	66,8	6,0	1 368,2	70,6	905,7	859,9	1 836,5	März
117,5	39,7	1,8	1,3	40,0	23,4	64,0	6,3	1 376,8	71,5	899,5	860,1	1 909,3	April
117,6	38,5	1,8	1,3	32,5	24,0	73,9	6,2	1 390,4	75,5	914,5	856,9	1 822,1	Mai
121,9	39,0	1,8	1,3	33,5	24,5	80,8	6,2	1 398,5	77,4	928,8	869,1	1 844,7	Juni
Veränderungen [4]													
10,8	4,2	– 0,1	– 0,0	– 0,0	– 0,0	1,1	– 0,3	– 3,3	– 8,5	– 16,1	34,1	– 162,3	2017
– 6,4	– 4,1	– 0,1	– 0,1	2,1	2,1	– 2,6	0,3	30,0	– 5,9	– 36,0	7,4	10,3	2018
2,0	0,6	– 0,1	– 0,1	1,4	1,4	5,6	– 0,5	22,3	0,1	– 47,9	30,0	329,1	2019
17,0	14,3	– 0,1	– 0,1	37,8	37,3	3,6	0,6	11,8	– 9,3	61,6	– 1,5	108,5	2020
3,1	– 8,0	– 0,2	– 0,1	– 5,5	– 5,0	– 7,9	0,3	40,6	6,9	124,9	16,6	– 207,9	2021
5,8	8,5	– 0,3	– 0,2	24,6	23,0	1,2	0,4	67,2	12,6	45,6	5,0	857,7	2022
14,4	6,7	– 0,2	– 0,4	– 10,9	– 14,8	1,8	0,5	110,6	43,1	– 55,7	43,3	– 189,9	2023
1,0	– 4,1	– 0,1	– 0,2	– 18,7	– 18,6	1,3	1,6	12,7	– 9,3	17,7	43,5	312,9	2024
0,0	– 2,0	– 0,0	– 0,1	– 10,2	– 9,6	9,2	0,9	49,7	5,1	67,3	54,0	– 159,0	2025
– 1,7	– 0,8	– 0,0	– 0,0	5,8	0,7	– 0,8	0,1	– 0,1	– 4,7	– 33,3	5,7	114,9	2024 Okt.
7,1	– 0,7	– 0,0	– 0,0	– 5,7	– 4,4	– 2,8	– 0,2	– 8,9	1,3	21,0	2,9	84,5	Nov.
– 4,6	– 3,8	– 0,0	0,0	– 14,7	– 6,2	– 0,1	0,1	– 16,0	– 2,9	– 62,3	10,0	252,6	Dez.
1,6	2,3	– 0,0	– 0,0	11,7	– 0,6	4,8	0,2	20,6	3,3	72,0	2,3	192,6	2025 Jan.
0,6	0,8	– 0,0	– 0,0	6,6	– 0,3	0,9	0,1	5,3	1,3	27,5	0,8	– 530,0	Febr.
2,8	3,0	– 0,0	– 0,0	– 8,0	0,1	– 0,9	0,2	12,9	13,1	27,3	0,6	– 24,6	März
– 2,9	– 3,0	– 0,0	– 0,0	– 2,8	– 1,4	3,0	0,5	– 6,7	– 8,6	– 11,1	– 10,2	199,4	April
3,4	3,0	0,0	– 0,0	1,4	0,1	0,4	0,0	4,5	– 7,6	– 24,4	12,3	– 173,8	Mai
2,6	0,8	0,0	– 0,0	– 2,7	1,0	– 0,4	0,1	4,4	5,7	33,7	8,7	– 51,5	Juni
– 2,9	– 2,2	0,0	– 0,0	– 2,8	– 1,7	– 2,2	– 0,0	– 2,6	– 2,8	– 40,4	10,2	107,1	Juli
– 1,8	– 2,1	0,0	– 0,0	– 1,0	0,1	– 0,7	0,1	2,3	0,5	22,4	14,5	137,9	Aug.
– 1,6	– 2,1	– 0,0	– 0,0	1,9	– 0,7	0,9	– 0,1	7,7	3,0	11,9	– 2,7	– 153,4	Sept.
1,8	0,7	– 0,0	– 0,0	– 1,8	– 7,7	21,7	– 0,0	10,5	– 3,0	0,3	1,4	– 157,2	Okt.
– 1,8	– 2,1	– 0,0	– 0,0	– 7,7	0,5	– 7,4	– 0,0	1,1	3,5	6,3	11,0	250,4	Nov.
– 1,8	– 1,3	0,0	0,0	– 4,9	1,0	– 10,8	– 0,1	– 10,3	– 3,4	– 58,1	5,1	44,3	Dez.
1,9	1,8	– 0,0	– 0,0	17,2	– 0,8	24,5	0,1	29,8	– 0,7	60,2	– 21,4	159,7	2026 Jan.
3,0	3,7	– 0,0	– 0,0	– 10,8	– 1,0	– 7,1	0,0	1,0	– 1,8	47,6	5,4	49,3	Febr.
– 0,9	– 3,1	– 0,0	– 0,0	– 6,9	0,5	3,0	0,2	– 3,9	– 3,6	– 28,2	– 14,9	– 16,8	März
5,2	5,0	– 0,0	– 0,0	9,5	– 0,7	– 2,8	0,3	11,4	1,0	– 2,1	1,6	73,0	April
– 0,0	– 1,2	0,0	– 0,0	– 7,5	0,6	9,9	– 0,0	12,7	4,0	13,9	– 3,1	– 87,0	Mai
4,3	0,4	0,0	– 0,0	1,0	0,4	6,9	– 0,1	9,2	3,0	14,3	11,1	22,9	Juni

rungen. **3** In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geld marktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. **4** Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)						
					darunter:			darunter:					
								Buchkredite mit Befristung					
				insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken	insgesamt	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	Wechsel	Wertpapiere von Nichtbanken	Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)
Alle Bankengruppen													
2026 Jan.	1 254	11 652,9	62,7	3 524,2	2 979,7	540,4	5 613,5	723,2	3 946,8	0,2	924,8	103,4	2 349,0
Febr.	1 254	11 752,9	70,0	3 546,6	2 998,3	544,3	5 644,2	725,2	3 958,4	0,2	943,1	103,7	2 388,4
März	1 253	11 383,3	75,0	3 509,3	2 962,1	543,0	5 651,4	730,3	3 966,4	0,2	934,4	103,8	2 043,7
April	1 252	11 484,4	76,9	3 511,9	2 960,3	547,2	5 669,7	729,4	3 973,7	0,2	945,9	103,9	2 121,9
Mai	1 251	11 471,9	69,9	3 547,4	2 994,5	548,9	5 723,2	740,3	3 987,3	0,2	974,0	104,4	2 027,1
Juni	1 249	11 532,1	129,0	3 475,9	2 913,8	557,2	5 766,9	764,4	3 996,7	0,2	986,0	104,3	2 056,0
Kreditbanken 6)													
2026 Mai	226	5 703,7	31,2	1 836,6	1 715,9	119,9	2 071,0	521,6	1 109,0	0,2	426,3	37,6	1 727,3
Juni	226	5 768,0	62,0	1 813,3	1 688,6	123,4	2 089,5	527,5	1 117,5	0,2	431,5	37,6	1 765,7
Großbanken 7)													
2026 Mai	3	2 443,4	11,4	752,1	693,5	58,5	892,9	219,7	450,6	–	219,5	28,7	758,3
Juni	3	2 479,2	11,2	764,7	705,4	59,3	909,1	227,3	452,4	–	226,1	28,7	765,5
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2026 Mai	121	2 786,0	16,3	794,7	737,2	57,2	1 019,3	252,8	560,4	0,2	195,5	8,2	947,4
Juni	121	2 798,5	29,5	767,3	706,9	59,9	1 016,0	246,9	565,9	0,2	194,1	8,3	977,5
Zweigstellen ausländischer Banken													
2026 Mai	102	474,3	3,4	289,8	285,2	4,1	158,8	49,1	98,0	–	11,2	0,6	21,7
Juni	102	490,3	21,3	281,3	276,3	4,2	164,4	53,3	99,2	–	11,4	0,6	22,7
Landesbanken													
2026 Mai	6	934,5	2,9	304,3	242,9	61,3	513,5	68,1	379,1	0,0	64,3	8,7	105,2
Juni	6	935,0	3,7	300,5	238,3	62,0	520,4	73,1	378,8	–	66,3	8,6	101,8
Sparkassen													
2026 Mai	339	1 627,7	19,7	281,1	145,4	135,7	1 282,3	57,7	1 030,3	–	194,3	17,8	26,7
Juni	339	1 621,2	41,9	249,9	113,7	136,2	1 286,0	59,3	1 031,4	–	195,4	17,9	25,5
Kreditgenossenschaften													
2026 Mai	644	1 239,5	11,5	214,7	101,7	112,1	963,1	36,3	796,1	0,0	130,6	21,0	29,3
Juni	642	1 235,4	16,2	203,8	91,3	111,7	965,3	37,2	797,5	0,0	130,5	21,0	29,1
Realkreditinstitute													
2026 Mai	6	176,4	0,1	12,6	8,8	3,8	159,7	0,9	145,1	–	13,5	0,2	3,8
Juni	6	177,5	0,1	14,4	10,5	3,9	159,3	0,9	144,7	–	13,5	0,2	3,5
Bausparkassen													
2026 Mai	13	260,1	0,2	33,2	19,5	13,7	222,4	1,3	200,3	.	20,8	0,1	4,2
Juni	13	261,0	0,2	33,2	19,6	13,6	223,0	1,3	200,8	.	20,8	0,1	4,5
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben													
2026 Mai	17	1 530,0	4,4	864,9	760,3	102,5	511,1	54,4	327,3	–	124,4	19,0	130,6
Juni	17	1 534,0	4,9	860,9	751,7	106,4	523,5	65,2	326,1	–	127,8	18,9	125,9
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2026 Mai	129	2 580,6	15,1	863,2	817,2	45,2	905,3	232,1	451,4	0,1	208,6	2,3	794,8
Juni	129	2 623,2	37,9	839,8	792,1	46,6	909,6	231,9	455,4	0,1	210,6	2,3	833,6
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2026 Mai	27	2 106,2	11,7	573,3	532,0	41,1	746,5	183,0	353,4	0,1	197,3	1,6	773,1
Juni	27	2 132,9	16,6	558,5	515,8	42,3	745,1	178,6	356,2	0,1	199,3	1,6	811,0

***** Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der - ebenfalls zu den MFIs zählenden - Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. **1** Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des §340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. §35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie in der Statistischen Fachreihe Bankenstatistiken in den Tabellen I.1 bis I.3. **2** Für "Bausparkassen": Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** In den Termineinlagen enthalten. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **5** Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsen-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)								Inhaber-schuld-verschrei-bungen im Umlauf [5]	Kapital einschl. offener Rück-lagen, Genuss-rechts-kapital, Fonds für allgemeine Bank-risiken	Sonstige Passiv-posi-tionen [1]	Stand am Monats-ende
	darunter:			darunter:										
					Termineinlagen mit Befristung [2]		Nach-richtlich: Verbind-lich-keiten aus Repos [3]	Spareinlagen [4]						
insgesamt	Sicht-einlagen	Termin-ein-lagen	insgesamt	Sicht-einlagen	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr [2]		insgesamt	darunter mit drei-monatiger Kündi-gungsfrist	Spar-briefe				
Alle Bankengruppen														
2 067,2	716,1	1 351,0	5 084,4	3 090,6	753,8	689,7	230,1	392,9	331,8	157,3	1 459,4	691,0	2 350,9	2026 Jan.
2 106,1	736,8	1 369,3	5 090,2	3 096,3	753,7	689,8	215,4	391,8	330,2	158,6	1 460,1	693,6	2 402,9	Febr.
2 101,5	728,2	1 373,4	5 087,1	3 100,3	744,5	692,4	212,7	389,6	327,6	160,3	1 447,3	701,9	2 045,4	März
2 108,4	720,3	1 388,1	5 097,2	3 111,0	745,4	692,3	217,8	387,0	325,1	161,6	1 455,3	701,9	2 121,5	April
2 129,0	719,2	1 409,8	5 138,5	3 158,7	731,5	697,9	225,8	387,2	323,1	163,2	1 465,4	703,2	2 035,9	Mai
2 129,9	734,9	1 395,0	5 155,5	3 134,5	765,5	700,9	232,7	386,2	320,5	168,4	1 482,2	705,4	2 059,1	Juni
Kreditbanken [6]														
1 225,5	586,9	638,5	2 273,9	1 482,4	389,6	282,4	202,1	82,7	42,1	36,8	279,0	249,7	1 675,6	2026 Mai
1 235,2	606,9	628,3	2 295,2	1 473,7	412,1	285,2	212,0	84,0	41,5	40,1	281,8	249,5	1 706,4	Juni
Großbanken [7]														
435,0	188,5	246,5	984,4	621,3	203,7	80,7	81,8	76,0	36,2	2,7	196,9	91,7	735,3	2026 Mai
442,2	195,8	246,4	998,6	628,0	210,5	80,2	87,7	77,4	35,7	2,6	199,3	91,7	747,4	Juni
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken														
599,2	309,7	289,5	1 045,2	691,9	135,3	177,7	120,3	6,3	5,5	34,0	81,0	140,3	920,2	2026 Mai
591,0	307,5	283,4	1 046,2	676,6	146,0	179,9	124,3	6,3	5,4	37,4	81,4	140,1	939,9	Juni
Zweigstellen ausländischer Banken														
191,2	88,7	102,5	244,3	169,2	50,6	24,0	0,0	0,4	0,4	0,1	1,0	17,7	20,1	2026 Mai
202,1	103,6	98,4	250,4	169,1	55,6	25,1	–	0,4	0,4	0,1	1,1	17,7	19,1	Juni
Landesbanken														
215,8	47,4	168,4	314,3	169,7	70,2	68,1	13,7	3,9	3,7	2,5	248,8	47,2	108,5	2026 Mai
214,4	51,2	163,2	316,9	171,0	71,6	68,0	10,3	3,8	3,7	2,5	250,2	47,2	106,3	Juni
Sparkassen														
137,7	2,5	135,2	1 238,4	847,5	92,1	24,0	–	176,3	161,6	98,5	27,3	168,8	55,3	2026 Mai
137,4	3,0	134,4	1 231,5	840,3	91,9	24,2	–	174,9	160,3	100,2	27,4	170,0	54,9	Juni
Kreditgenossenschaften														
149,8	1,2	148,5	925,0	586,8	138,4	50,9	–	124,0	115,4	24,9	6,3	123,4	35,1	2026 Mai
149,1	1,3	147,7	921,6	583,2	138,5	51,6	–	123,1	114,6	25,1	6,3	124,1	34,3	Juni
Realkreditinstitute														
36,3	2,7	33,6	45,9	2,1	4,1	39,7	0,3	–	–	.	81,1	7,8	5,4	2026 Mai
36,0	2,5	33,5	46,6	3,1	3,8	39,6	0,3	–	–	.	81,8	7,8	5,3	Juni
Bausparkassen														
37,8	2,4	35,4	190,2	3,8	3,5	182,3	0,6	0,4	0,4	0,2	10,9	13,9	7,3	2026 Mai
38,9	3,0	35,9	189,9	3,6	3,8	182,0	0,8	0,4	0,4	0,2	10,9	13,9	7,4	Juni
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben														
326,1	76,0	250,1	150,8	66,2	33,7	50,6	9,2	–	–	.	812,0	92,4	148,7	2026 Mai
318,8	66,9	251,9	153,8	59,5	43,7	50,2	9,3	–	–	.	823,9	92,9	144,6	Juni
Nachrichtlich: Auslandsbanken [8]														
703,8	345,2	358,6	922,1	606,7	177,9	118,2	90,9	5,7	5,5	13,6	69,8	111,8	773,1	2026 Mai
701,6	364,9	336,6	937,6	609,6	189,8	118,9	95,3	5,7	5,4	13,6	68,3	111,6	804,1	Juni
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken [9]														
512,6	256,5	256,1	677,7	437,4	127,2	94,2	90,9	5,4	5,1	13,5	68,8	94,1	753,1	2026 Mai
499,5	261,3	238,2	687,2	440,5	134,2	93,7	95,3	5,3	5,1	13,5	67,3	93,9	784,9	Juni

fähige Inhaberschuldverschreibungen. **6** Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen "Großbanken", "Regionalbanken und sonstige Kreditbanken" und "Zweigstellen ausländischer Banken". **7** Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG), Deutsche Postbank AG (ab Dezember 2004 bis April 2018) und DB Privat- und Firmenkundenbank AG (ab Mai 2018) (siehe Erläuterungen in der Statistischen Fachreihe Bankenstatistiken, Tabelle I.3, Bankengruppenbezeichnung "Großbanken"). **8** Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) "Zweigstellen ausländischer Banken". **9** Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs) insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2016	25,8	284,0	1 364,9	1 099,8	0,0	0,8	264,3	2,0	3 274,3	2 823,8	0,3	0,4	449,8
2017	31,9	392,5	1 407,5	1 163,4	0,0	0,7	243,4	1,9	3 332,6	2 894,0	0,4	0,7	437,5
2018	40,4	416,1	1 323,5	1 083,8	0,0	0,8	239,0	5,9	3 394,5	2 990,2	0,2	0,2	403,9
2019	43,2	476,6	1 254,7	1 016,2	0,0	0,7	237,9	4,5	3 521,5	3 119,2	0,3	3,3	398,7
2020	47,2	792,9	1 367,9	1 119,7	0,0	0,7	247,5	8,8	3 647,0	3 245,1	0,2	4,0	397,7
2021	49,4	905,0	1 409,6	1 163,7	–	0,5	245,3	10,3	3 798,1	3 392,4	0,3	2,6	402,8
2022	19,8	67,3	2 347,0	2 101,4	–	1,0	244,6	12,1	4 015,6	3 613,1	0,2	2,7	399,6
2023	18,5	52,0	2 280,7	2 029,3	–	0,8	250,6	24,2	4 044,1	3 649,9	0,1	0,9	393,3
2024	19,5	61,2	2 122,3	1 855,2	–	0,7	266,4	37,4	4 120,1	3 701,3	0,1	1,8	416,9
2025	18,3	68,7	1 941,1	1 656,6	–	0,8	283,6	38,8	4 286,5	3 838,9	0,0	1,9	445,8
2025 Jan.	16,2	60,2	2 206,1	1 931,3	–	0,8	274,0	37,3	4 134,7	3 706,8	0,1	2,1	425,8
Febr.	16,3	39,4	2 216,9	1 937,8	–	1,0	278,1	36,7	4 150,7	3 716,8	0,1	2,5	431,3
März	15,5	46,0	2 187,7	1 909,0	–	0,9	277,8	37,0	4 154,8	3 717,7	0,1	2,7	434,3
April	16,5	49,9	2 185,8	1 904,1	–	0,9	280,7	36,9	4 161,0	3 723,2	0,0	2,0	435,8
Mai	16,5	48,4	2 178,0	1 893,4	–	1,0	283,5	36,9	4 168,2	3 727,2	0,0	2,5	438,4
Juni	15,7	46,2	2 132,7	1 847,2	–	0,9	284,6	36,3	4 174,5	3 732,5	0,0	3,3	438,7
Juli	15,7	54,1	2 111,0	1 824,7	–	1,0	285,3	37,1	4 193,1	3 741,7	0,0	3,9	447,5
Aug.	16,1	46,5	2 126,8	1 839,3	–	1,1	286,4	37,0	4 194,5	3 749,1	0,0	4,0	441,4
Sept.	15,7	48,0	2 093,1	1 807,2	–	0,9	284,9	39,8	4 207,4	3 755,8	0,0	2,2	449,3
Okt.	16,1	72,0	1 994,8	1 707,1	–	0,9	286,7	40,8	4 268,5	3 818,2	0,0	1,9	448,4
Nov.	15,9	53,3	2 005,1	1 718,3	–	0,9	285,9	40,0	4 296,6	3 845,8	0,0	1,8	449,0
Dez.	18,3	68,7	1 941,1	1 656,6	–	0,8	283,6	38,8	4 286,5	3 838,9	0,0	1,9	445,8
2026 Jan.	15,7	46,5	2 020,1	1 727,2	–	1,1	291,9	36,4	4 293,0	3 837,8	0,0	1,7	453,5
Febr.	15,4	54,1	1 989,4	1 694,3	–	1,1	294,0	35,6	4 306,3	3 845,9	0,0	1,8	458,6
März	15,2	56,2	1 981,1	1 686,5	–	0,9	293,6	33,6	4 309,5	3 856,0	0,0	1,8	451,7
April	15,8	60,7	1 996,0	1 700,2	–	0,9	294,8	32,8	4 324,6	3 866,6	0,0	2,4	455,6
Mai	15,9	53,5	1 997,0	1 700,6	–	1,0	295,4	32,7	4 335,9	3 869,5	0,0	3,3	463,1
Juni	15,0	113,6	1 885,0	1 587,8	–	1,1	296,1	32,4	4 369,9	3 899,8	0,0	2,0	468,1
	Veränderungen *)												
2017	+ 6,1	+ 108,4	+ 50,3	+ 70,4	– 0,0	+ 0,0	– 20,1	– 0,1	+ 57,0	+ 70,2	+ 0,0	+ 0,4	– 13,6
2018	+ 8,5	+ 24,0	– 81,0	– 76,6	+ 0,0	+ 0,1	– 4,4	+ 3,8	+ 71,5	+ 105,4	– 0,1	– 0,5	– 33,2
2019	+ 2,8	+ 59,7	– 63,0	– 61,1	– 0,0	– 0,2	– 1,6	– 1,4	+ 126,7	+ 129,1	+ 0,1	+ 3,1	– 5,5
2020	+ 4,1	+ 316,4	+ 201,2	+ 191,6	– 0,0	+ 0,0	+ 9,6	+ 4,3	+ 123,2	+ 123,6	– 0,1	+ 0,7	– 1,0
2021	+ 2,2	+ 111,8	+ 44,1	+ 46,3	– 0,0	– 0,2	– 2,0	+ 1,5	+ 152,2	+ 147,8	+ 0,0	– 2,2	+ 6,6
2022	– 29,6	– 836,6	+ 938,0	+ 938,1	–	+ 0,2	– 0,3	+ 1,7	+ 216,7	+ 220,1	– 0,1	+ 0,1	– 3,3
2023	– 1,3	– 15,3	– 65,5	– 71,2	–	– 0,2	+ 5,9	+ 1,9	+ 30,9	+ 39,0	– 0,1	– 1,8	– 6,2
2024	+ 0,9	+ 9,5	– 149,7	– 164,7	–	– 0,1	+ 15,0	+ 15,3	+ 76,9	+ 52,4	– 0,0	+ 1,0	+ 23,6
2025	– 1,1	+ 7,6	– 93,3	– 110,7	–	+ 0,1	+ 17,3	+ 1,1	+ 122,0	+ 93,0	– 0,0	+ 0,2	+ 28,9
2025 Jan.	– 3,3	– 1,0	+ 83,8	+ 76,1	–	+ 0,1	+ 7,6	– 0,1	+ 14,5	+ 5,4	– 0,0	+ 0,2	+ 8,9
Febr.	+ 0,1	– 20,9	+ 10,8	+ 6,5	–	+ 0,1	+ 4,1	– 0,6	+ 17,1	+ 11,1	–	+ 0,5	+ 5,6
März	– 0,8	+ 6,6	– 29,1	– 28,7	–	– 0,1	– 0,3	+ 0,3	+ 4,0	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,1	+ 3,0
April	+ 1,0	+ 3,9	– 0,9	– 3,9	–	+ 0,1	+ 2,9	– 0,1	+ 6,3	+ 5,5	– 0,0	– 0,6	+ 1,5
Mai	+ 0,0	– 1,5	– 7,8	– 10,7	–	+ 0,1	+ 2,8	+ 0,0	+ 7,2	+ 4,1	+ 0,0	+ 0,4	+ 2,6
Juni	– 0,7	– 2,2	– 45,2	– 46,2	–	– 0,1	+ 1,0	– 0,7	+ 6,3	+ 5,2	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,2
Juli	– 0,0	+ 7,9	– 21,7	– 22,5	–	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,9	+ 18,6	+ 9,3	– 0,0	+ 0,6	+ 8,8
Aug.	+ 0,4	– 7,6	+ 17,4	+ 16,2	–	+ 0,1	+ 1,1	– 0,2	+ 1,4	+ 7,4	+ 0,0	+ 0,1	– 6,1
Sept.	– 0,4	+ 1,5	– 34,1	– 32,4	–	– 0,2	– 1,5	+ 2,8	+ 13,2	+ 7,0	–	– 1,8	+ 7,9
Okt.	+ 0,4	+ 24,2	– 12,7	– 14,5	–	– 0,0	+ 1,8	+ 0,8	+ 15,2	+ 16,5	–	– 0,3	– 1,0
Nov.	– 0,2	– 18,7	+ 10,4	+ 11,2	–	– 0,0	– 0,8	– 0,8	+ 28,1	+ 27,4	– 0,0	+ 0,0	+ 0,6
Dez.	+ 2,4	+ 15,4	– 64,0	– 61,7	–	– 0,1	– 2,3	– 1,2	– 10,0	– 6,9	+ 0,0	+ 0,1	– 3,2
2026 Jan.	– 2,6	– 22,7	+ 61,4	+ 54,8	–	+ 0,3	+ 6,3	– 2,4	+ 13,2	+ 3,4	– 0,0	– 0,0	+ 9,8
Febr.	– 0,3	+ 7,6	– 30,7	– 32,8	–	– 0,1	+ 2,1	– 0,8	+ 13,2	+ 8,1	– 0,0	+ 0,1	+ 5,1
März	– 0,2	+ 2,1	– 8,3	– 7,8	–	– 0,1	– 0,4	– 2,0	+ 3,1	+ 9,9	+ 0,0	+ 0,1	– 6,9
April	+ 0,6	+ 4,5	+ 15,7	+ 14,5	–	– 0,0	+ 1,2	– 0,8	+ 15,9	+ 11,4	+ 0,0	+ 0,5	+ 3,9
Mai	+ 0,1	– 7,2	+ 1,2	+ 0,7	–	+ 0,1	+ 0,5	– 0,0	+ 11,4	+ 2,9	– 0,0	+ 0,9	+ 7,6
Juni	– 0,9	+ 60,1	– 112,0	– 112,8	–	+ 0,1	+ 0,7	– 0,3	+ 34,0	+ 30,3	– 0,0	– 1,3	+ 5,0

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. **2** Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. **3** Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsen-

IV. Banken

Ausgleichsforderungen [2]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an inländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) [3]: insgesamt	Sichteinlagen [4]	Termineinlagen [4]	weitergegebene Wechsel [5]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs): insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen [6]	Spareinlagen [7]	Sparbriefe [8]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
–	19,1	91,0	1 032,9	129,5	903,3	0,1	5,6	3 326,7	1 798,2	889,6	588,5	50,4	28,8	2016
–	19,1	88,1	1 048,2	110,7	937,4	0,0	5,1	3 420,9	1 941,0	853,2	582,9	43,7	30,0	2017
–	18,0	90,9	1 020,9	105,5	915,4	0,0	4,7	3 537,6	2 080,1	841,5	578,6	37,3	33,9	2018
–	17,3	90,4	1 010,2	107,2	902,9	0,0	4,4	3 661,0	2 236,3	816,2	575,2	33,2	32,5	2019
–	23,5	78,3	1 236,7	125,0	1 111,6	0,0	13,1	3 885,2	2 513,0	783,3	560,6	28,3	34,4	2020
–	25,7	79,2	1 338,4	117,2	1 221,3	0,0	16,4	3 976,3	2 654,6	736,0	561,2	24,5	34,2	2021
–	25,6	80,3	1 231,6	136,9	1 094,7	0,0	15,7	4 162,0	2 720,6	873,5	533,2	34,6	35,9	2022
–	23,8	80,3	1 099,9	137,9	962,0	0,0	13,5	4 229,0	2 540,8	1 100,1	445,9	142,2	50,1	2023
–	26,1	83,9	989,5	123,1	866,4	0,0	11,0	4 388,5	2 630,5	1 194,2	406,0	157,8	66,7	2024
–	27,1	85,2	941,0	113,0	828,0	0,0	9,3	4 527,9	2 795,7	1 186,0	390,3	155,9	76,0	2025
–	26,2	85,0	1 013,8	137,7	876,1	0,0	11,0	4 355,9	2 600,4	1 195,2	403,4	157,0	66,4	2025 Jan.
–	26,2	85,4	1 015,0	143,0	872,0	0,0	11,0	4 374,9	2 627,8	1 189,4	401,2	156,4	65,2	Febr.
–	26,2	85,7	998,7	138,1	860,7	0,0	10,6	4 368,0	2 618,2	1 194,9	398,9	155,9	65,7	März
–	26,5	85,8	1 020,5	149,3	871,2	0,0	10,6	4 394,6	2 661,3	1 181,1	397,5	154,7	65,9	April
–	26,2	85,5	1 023,1	144,4	878,6	0,0	10,5	4 402,9	2 684,9	1 167,4	397,3	153,4	66,2	Mai
–	26,3	85,7	1 010,6	145,7	864,9	0,0	10,1	4 395,1	2 677,5	1 166,7	397,9	153,0	65,9	Juni
–	26,4	85,9	1 012,4	138,6	873,9	0,0	10,1	4 399,8	2 692,6	1 157,0	397,1	153,1	66,9	Juli
–	26,5	84,7	999,6	135,7	863,8	0,0	10,0	4 418,8	2 712,3	1 158,4	395,5	152,6	67,8	Aug.
–	26,8	84,8	1 001,5	137,7	863,8	0,0	9,7	4 405,7	2 705,9	1 153,1	393,9	152,8	72,6	Sept.
–	26,9	85,0	943,5	115,5	828,0	0,0	9,6	4 478,0	2 747,9	1 183,9	391,9	154,4	73,8	Okt.
–	27,1	85,2	951,8	125,5	826,3	0,0	9,7	4 533,7	2 803,6	1 185,3	389,7	155,1	73,9	Nov.
–	27,1	85,2	941,0	113,0	828,0	0,0	9,3	4 527,9	2 795,7	1 186,0	390,3	155,9	76,0	Dez.
–	27,3	84,6	944,7	126,4	818,3	0,0	9,3	4 546,9	2 801,0	1 200,9	388,7	156,2	77,5	2026 Jan.
–	27,4	84,8	946,1	125,1	821,0	0,0	9,1	4 550,1	2 800,7	1 204,2	387,7	157,4	78,3	Febr.
–	28,0	84,9	940,6	125,3	815,3	0,0	8,7	4 540,4	2 787,8	1 207,9	385,5	159,2	80,9	März
–	29,6	84,9	952,8	125,6	827,2	0,0	8,7	4 547,9	2 806,0	1 198,6	382,8	160,4	83,8	April
–	30,2	85,4	955,2	121,3	834,0	0,0	8,6	4 580,3	2 830,0	1 205,2	383,0	162,1	84,2	Mai
–	30,2	85,1	954,1	124,7	829,4	0,0	8,3	4 589,8	2 818,1	1 222,4	382,0	167,2	83,5	Juni
Veränderungen *)														
–	– 0,0	– 1,6	+ 11,0	– 18,4	+ 29,4	– 0,0	– 0,5	+ 103,1	+ 142,8	– 27,5	– 5,6	– 6,7	+ 0,4	2017
–	– 1,0	+ 3,1	– 25,0	– 3,1	– 21,9	+ 0,0	– 0,4	+ 117,7	+ 139,3	– 10,8	– 4,3	– 6,5	+ 3,9	2018
–	– 0,7	+ 0,1	– 8,6	+ 1,6	– 10,2	+ 0,0	– 0,3	+ 122,5	+ 155,8	– 25,7	– 3,4	– 4,1	– 1,4	2019
–	+ 5,7	– 3,3	+ 313,4	+ 23,2	+ 290,2	– 0,0	+ 8,2	+ 221,6	+ 273,7	– 32,7	– 14,5	– 4,9	+ 1,9	2020
–	+ 2,3	+ 1,0	+ 105,2	– 7,4	+ 112,6	+ 0,0	+ 3,3	+ 95,3	+ 144,3	– 46,2	+ 0,7	– 3,5	– 0,2	2021
–	– 0,1	+ 1,7	– 104,6	+ 8,8	– 113,4	– 0,0	– 0,6	+ 191,8	+ 65,8	+ 143,4	– 27,5	+ 10,1	+ 1,7	2022
–	– 1,2	+ 0,6	– 139,9	– 8,9	– 131,0	± 0,0	– 2,3	+ 76,6	– 172,0	+ 226,4	– 82,3	+104,5	+ 3,5	2023
–	+ 2,3	+ 3,8	– 69,9	+ 23,0	– 92,9	+ 0,0	– 2,4	+ 126,1	+ 57,9	+ 85,0	– 40,0	+ 23,1	+17,0	2024
–	+ 1,0	+ 2,5	+ 0,5	+ 8,8	– 8,3	– 0,0	– 1,7	+ 107,8	+ 163,5	– 38,1	– 15,8	– 1,8	+ 9,3	2025
–	+ 0,1	+ 1,1	+ 22,3	+ 14,5	+ 7,8	–	– 0,0	– 27,3	– 24,8	+ 1,0	– 2,7	– 0,7	– 0,2	2025 Jan.
–	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,3	+ 5,4	– 4,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 19,0	+ 27,6	– 5,8	– 2,1	– 0,7	– 1,3	Febr.
–	– 0,3	+ 0,3	– 16,3	– 5,0	– 11,3	– 0,0	– 0,4	– 6,8	– 9,5	+ 5,5	– 2,3	– 0,5	+ 0,3	März
–	+ 0,3	+ 0,1	+ 21,8	+ 11,2	+ 10,5	– 0,0	– 0,1	+ 26,8	+ 43,3	– 13,9	– 1,4	– 1,2	+ 0,3	April
–	+ 0,1	– 0,2	+ 2,6	– 4,9	+ 7,4	– 0,0	– 0,0	+ 8,3	+ 23,5	– 13,7	– 0,3	– 1,2	+ 0,6	Mai
–	+ 0,0	+ 0,1	– 12,5	+ 1,3	– 13,8	+ 0,0	– 0,4	– 7,8	– 7,4	– 0,7	+ 0,6	– 0,4	– 0,3	Juni
–	+ 0,2	+ 0,3	+ 1,9	– 7,2	+ 9,0	+ 0,0	– 0,1	+ 4,7	+ 15,2	– 9,7	– 0,8	+ 0,1	+ 0,9	Juli
–	+ 0,0	+ 0,1	– 11,3	– 2,8	– 8,5	– 0,0	– 0,0	+ 19,0	+ 19,7	+ 1,4	– 1,6	– 0,5	+ 0,9	Aug.
–	+ 0,4	+ 0,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,0	– 0,0	– 0,4	– 13,1	– 6,3	– 5,3	– 1,6	+ 0,1	+ 4,8	Sept.
–	+ 0,0	+ 0,2	– 11,9	– 3,2	– 8,7	–	– 0,0	+ 37,9	+ 34,5	+ 3,9	– 2,1	+ 1,6	+ 1,3	Okt.
–	+ 0,3	+ 0,1	+ 8,3	+ 10,0	– 1,7	+ 0,0	+ 0,1	+ 55,7	+ 55,7	+ 1,5	– 2,1	+ 0,7	+ 0,1	Nov.
–	– 0,1	+ 0,0	– 7,6	– 12,6	+ 5,0	+ 0,0	– 0,3	– 8,8	– 7,9	– 2,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,1	Dez.
–	+ 0,3	– 2,0	– 4,8	+ 5,4	– 10,2	– 0,0	– 0,1	+ 15,4	+ 1,4	+ 15,2	– 1,6	+ 0,3	+ 1,5	2026 Jan.
–	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,5	– 1,3	+ 2,8	–	– 0,2	+ 3,2	– 0,3	+ 3,3	– 1,0	+ 1,2	+ 0,9	Febr.
–	+ 0,5	+ 0,1	– 5,5	– 0,2	– 5,2	–	– 0,4	– 9,7	– 12,9	+ 3,7	– 2,2	+ 1,7	+ 2,6	März
–	+ 1,6	– 0,0	+ 12,1	+ 0,2	+ 11,9	–	– 0,0	+ 7,5	+ 18,2	– 9,3	– 2,6	+ 1,3	+ 2,9	April
–	+ 0,7	+ 0,5	+ 2,4	– 4,3	+ 6,8	– 0,0	– 0,0	+ 32,4	+ 24,0	+ 6,6	+ 0,2	+ 1,7	+ 0,5	Mai
–	+ 0,0	– 0,2	– 1,1	+ 3,4	– 4,6	–	– 0,4	+ 9,5	– 11,7	+ 17,1	– 1,0	+ 5,2	– 0,7	Juni

fähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. **5** Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf. **6** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **7** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 8. **8** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2016	0,3	1 055,9	820,6	519,8	300,7	0,5	234,9	1,0	756,2	451,6	90,1	361,4	5,0	299,6
2017	0,3	963,8	738,2	441,0	297,2	0,7	225,0	2,3	723,9	442,2	93,3	348,9	4,2	277,5
2018	0,2	1 014,1	771,9	503,8	268,1	1,0	241,3	3,0	762,0	489,6	99,9	389,7	4,3	268,1
2019	0,2	1 064,2	814,0	532,7	281,3	1,8	248,5	3,7	795,3	513,1	111,0	402,1	7,7	274,5
2020	0,2	1 024,3	784,8	532,1	252,8	2,6	236,8	4,0	822,8	523,0	125,4	397,5	11,3	288,5
2021	0,3	1 100,7	877,5	614,7	262,7	0,4	222,8	3,5	871,2	572,2	151,5	420,7	8,0	290,9
2022	0,2	1 151,3	926,6	656,2	270,4	1,7	223,0	3,7	913,7	616,2	173,0	443,2	14,9	282,6
2023	0,2	1 166,9	934,7	652,0	282,7	3,1	229,2	6,1	960,4	627,3	174,9	452,4	12,3	320,8
2024	0,2	1 305,9	1 058,4	759,7	298,7	2,0	245,5	7,9	1 066,7	691,2	222,0	469,3	12,9	362,6
2025	0,1	1 410,4	1 157,1	856,3	300,8	3,1	250,2	17,6	1 198,2	746,0	274,9	471,1	15,6	436,6
2025 Jan.	0,1	1 324,2	1 074,0	770,6	303,4	2,1	248,1	7,9	1 107,4	711,3	240,9	470,5	14,0	382,0
Febr.	0,1	1 354,4	1 101,1	799,1	302,0	2,0	251,3	7,5	1 145,5	726,0	251,3	474,7	15,6	403,9
März	0,1	1 385,7	1 133,8	835,7	298,1	2,3	249,6	7,6	1 145,2	720,0	245,7	474,3	16,6	408,6
April	0,1	1 364,0	1 114,8	817,9	296,9	2,1	247,1	8,1	1 145,3	720,4	248,8	471,6	14,6	410,2
Mai	0,1	1 359,0	1 106,4	810,0	296,4	2,3	250,4	9,0	1 158,4	724,6	251,5	473,0	15,7	418,2
Juni	0,1	1 389,4	1 140,0	850,0	290,0	2,2	247,1	9,3	1 174,9	714,7	243,5	471,2	19,9	440,2
Juli	0,1	1 358,8	1 110,7	818,2	292,5	2,2	245,9	9,7	1 172,9	723,2	248,6	474,5	15,0	434,7
Aug.	0,1	1 380,4	1 126,2	831,7	294,5	2,3	251,9	11,2	1 175,4	722,8	249,2	473,7	13,3	439,3
Sept.	0,1	1 383,8	1 127,5	833,2	294,3	2,2	254,1	13,2	1 208,3	745,1	271,8	473,3	14,3	448,8
Okt.	0,1	1 402,6	1 147,1	851,5	295,6	2,3	253,2	12,9	1 221,6	751,7	275,2	476,5	17,4	452,5
Nov.	0,1	1 441,2	1 182,4	881,3	301,2	3,1	255,6	13,9	1 216,8	742,0	267,5	474,5	20,3	454,6
Dez.	0,1	1 410,4	1 157,1	856,3	300,8	3,1	250,2	17,6	1 198,2	746,0	274,9	471,1	15,6	436,6
2026 Jan.	0,1	1 504,1	1 252,6	947,7	304,9	2,9	248,5	21,8	1 320,5	832,3	358,6	473,7	17,0	471,2
Febr.	0,1	1 557,3	1 304,0	998,8	305,2	3,0	250,3	.	1 338,0	837,8	362,7	475,1	15,6	484,5
März	0,1	1 528,2	1 275,6	971,0	304,6	3,3	249,4	.	1 341,9	841,0	359,9	481,1	18,2	482,7
April	0,1	1 515,9	1 260,1	953,6	306,6	3,4	252,4	.	1 345,2	836,7	356,5	480,2	18,1	490,4
Mai	0,1	1 550,3	1 293,9	983,5	310,4	3,0	253,5	.	1 387,3	858,3	373,3	484,9	18,1	511,0
Juni	0,1	1 590,9	1 326,1	1 011,4	314,6	3,8	261,1	.	1 396,9	861,5	372,7	488,9	17,6	517,8
	Veränderungen *)													
2017	+ 0,0	− 57,2	− 48,7	− 61,5	+ 12,8	+ 0,0	− 8,5	+ 0,6	− 4,7	+ 13,0	+ 8,6	+ 4,4	+ 0,7	− 18,4
2018	+ 0,0	+ 49,6	+ 34,0	+ 57,7	− 23,7	+ 0,2	+ 15,3	+ 0,7	+ 18,3	+ 28,3	+ 3,2	+ 25,2	− 0,4	− 9,7
2019	− 0,0	− 4,1	− 11,3	− 21,9	+ 10,7	+ 0,8	+ 6,3	+ 0,7	+ 26,8	+ 19,9	+ 12,7	+ 7,3	+ 3,0	+ 3,8
2020	− 0,0	− 32,0	− 22,4	− 6,6	− 15,8	+ 0,9	− 10,5	+ 0,3	+ 34,4	+ 14,7	+ 9,0	+ 5,7	+ 3,6	+ 16,1
2021	+ 0,0	+ 52,8	+ 71,1	+ 68,9	+ 2,2	− 2,5	− 15,8	− 0,5	+ 37,8	+ 39,7	+ 29,8	+ 9,9	− 3,2	+ 1,4
2022	− 0,1	+ 21,7	+ 20,4	+ 17,9	+ 2,6	+ 1,3	− 0,0	+ 0,2	+ 37,0	+ 37,0	+ 16,8	+ 20,2	+ 6,7	− 6,7
2023	− 0,0	+ 32,6	+ 24,9	+ 10,2	+ 14,7	+ 1,4	+ 6,3	+ 0,5	+ 51,5	+ 14,8	+ 5,2	+ 9,6	− 2,6	+ 39,3
2024	+ 0,0	+ 121,0	+ 106,2	+ 97,2	+ 9,0	− 1,0	+ 15,9	− 0,2	+ 95,3	+ 55,1	+ 43,9	+ 11,2	+ 0,5	+ 39,7
2025	− 0,1	+ 133,0	+ 126,2	+ 109,9	+ 16,4	+ 1,1	+ 5,7	+10,7	+ 158,5	+ 76,1	+ 62,8	+ 13,3	+ 3,0	+ 79,4
2025 Jan.	− 0,1	+ 16,1	+ 13,5	+ 8,6	+ 4,8	+ 0,0	+ 2,7	+ 0,0	+ 41,1	+ 20,5	+ 18,7	+ 1,8	+ 1,1	+ 19,4
Febr.	+ 0,0	+ 30,2	+ 26,9	+ 28,3	− 1,4	− 0,0	+ 3,4	− 0,4	+ 37,2	+ 14,1	+ 10,3	+ 3,7	+ 1,6	+ 21,6
März	− 0,0	+ 45,9	+ 47,3	+ 46,5	+ 0,8	+ 0,2	− 1,7	+ 0,1	+ 9,5	+ 1,7	− 1,5	+ 3,3	+ 1,1	+ 6,6
April	− 0,0	− 3,3	− 0,9	− 5,6	+ 4,7	− 0,1	− 2,2	+ 0,5	+ 10,3	+ 8,4	+ 6,5	+ 1,9	− 1,9	+ 3,8
Mai	+ 0,0	− 6,5	− 9,9	− 8,9	− 1,0	+ 0,2	+ 3,2	+ 0,9	+ 11,7	+ 3,1	+ 2,4	+ 0,7	+ 1,0	+ 7,7
Juni	+ 0,0	+ 41,5	+ 44,7	+ 47,2	− 2,5	− 0,0	− 3,1	+ 0,3	+ 23,7	− 4,3	− 5,8	+ 1,5	+ 4,4	+ 23,6
Juli	+ 0,0	− 37,9	− 36,7	− 36,9	+ 0,1	− 0,1	− 1,1	+ 0,3	− 5,5	+ 5,7	+ 3,9	+ 1,8	− 4,9	− 6,3
Aug.	− 0,0	+ 27,5	+ 21,3	+ 17,3	+ 4,0	+ 0,1	+ 6,1	+ 1,5	+ 5,9	+ 2,3	+ 1,7	+ 0,6	− 1,7	+ 5,3
Sept.	− 0,0	+ 5,9	+ 3,7	+ 3,0	+ 0,7	− 0,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 34,7	+ 23,6	+ 23,3	+ 0,3	+ 1,1	+ 9,9
Okt.	− 0,0	+ 15,0	+ 15,9	+ 16,3	− 0,4	+ 0,1	− 0,9	+ 0,8	+ 10,9	+ 4,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 3,1	+ 3,1
Nov.	− 0,0	+ 38,1	+ 34,9	+ 30,0	+ 4,9	+ 0,8	+ 2,4	+ 1,0	− 4,9	− 9,7	− 7,7	− 2,1	+ 2,7	+ 2,0
Dez.	−	− 39,7	− 34,3	− 36,0	+ 1,7	+ 0,0	− 5,4	+ 3,7	− 16,0	+ 6,0	+ 8,5	− 2,5	− 4,6	− 17,4
2026 Jan.	−	+ 67,9	+ 68,0	+ 62,2	+ 5,8	− 0,2	+ 0,1	+ 4,3	+ 61,8	+ 31,6	+ 28,8	+ 2,9	+ 1,2	+ 29,0
Febr.	− 0,0	+ 50,4	+ 48,6	+ 49,3	− 0,7	+ 0,0	+ 1,7	.	+ 16,4	+ 4,6	+ 3,9	+ 0,8	− 1,0	+ 12,8
März	+ 0,0	− 38,1	− 37,2	− 33,6	− 3,6	+ 0,3	− 1,1	.	− 1,0	− 0,7	− 5,4	+ 4,6	+ 2,6	− 2,9
April	− 0,0	− 9,6	− 12,9	− 16,8	+ 4,0	+ 0,1	+ 3,1	.	+ 6,3	− 1,9	− 1,2	− 0,7	− 0,1	+ 8,2
Mai	+ 0,0	+ 32,8	+ 32,1	+ 29,3	+ 2,8	− 0,4	+ 1,1	.	+ 41,2	+ 20,8	+ 16,9	+ 3,9	− 0,1	+ 20,4
Juni	− 0,0	+ 32,0	+ 25,1	+ 23,5	+ 1,6	+ 0,9	+ 6,1	.	+ 7,1	+ 0,2	− 2,3	+ 2,5	− 0,5	+ 7,4

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe) zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Spareinlagen und Sparbriefe) zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
13,1	28,7	696,1	374,4	321,6	234,2	87,5	0,0	206,2	100,3	105,9	55,2	50,8	0,7	2016
12,1	24,3	659,0	389,6	269,4	182,4	87,0	0,0	241,2	109,4	131,8	68,1	63,8	0,3	2017
11,8	22,1	643,1	370,6	272,5	185,6	86,8	0,0	231,5	110,2	121,3	63,7	57,6	0,1	2018
11,5	21,3	680,6	339,3	341,2	243,2	98,0	–	229,8	112,3	117,4	60,5	57,0	0,1	2019
11,3	17,2	761,2	428,8	332,5	205,1	127,3	–	258,5	133,3	125,2	65,6	59,7	0,1	2020
11,1	16,6	914,6	456,0	458,6	301,5	157,2	0,0	288,2	141,9	146,2	68,7	77,6	0,1	2021
10,4	15,7	998,4	480,0	518,4	376,4	141,9	–	370,3	196,0	174,3	84,4	89,8	0,1	2022
10,7	16,7	923,8	469,5	454,3	288,1	166,2	–	380,6	176,2	204,4	104,9	99,5	1,1	2023
10,7	17,1	962,3	462,9	499,4	316,2	183,2	–	403,2	190,8	212,5	106,2	106,2	4,7	2024
11,6	18,0	990,4	482,0	508,4	327,1	181,3	–	435,5	210,8	224,8	115,9	108,9	9,8	2025
10,7	17,6	1 052,3	527,2	525,1	345,9	179,3	–	439,5	211,5	228,0	121,9	106,1	4,9	2025 Jan.
10,7	17,5	1 085,9	552,9	533,0	348,0	185,0	–	456,0	221,4	234,6	129,7	104,9	5,2	Febr.
10,7	17,5	1 089,8	548,8	541,0	357,8	183,2	–	466,2	229,6	236,7	128,7	108,0	5,6	März
10,7	17,4	1 092,0	564,4	527,6	351,7	176,0	–	449,6	224,7	224,9	117,6	107,4	5,9	April
10,7	17,4	1 054,5	516,0	538,5	357,2	181,3	–	454,7	228,4	226,3	118,3	108,1	6,3	Mai
10,5	17,5	1 072,1	539,7	532,4	351,9	180,5	–	460,6	230,2	230,4	121,0	109,4	6,5	Juni
10,5	17,5	1 035,7	511,5	524,1	340,6	183,6	–	450,4	225,6	224,8	115,6	109,2	7,0	Juli
10,5	17,6	1 053,3	489,4	563,8	383,2	180,6	–	442,3	219,0	223,2	113,8	109,4	7,5	Aug.
10,5	17,6	1 066,6	539,0	527,6	339,5	188,1	–	459,7	230,7	229,1	119,7	109,4	8,2	Sept.
11,3	17,7	1 057,7	526,4	531,3	344,6	186,7	–	453,8	215,6	238,2	128,0	110,2	8,6	Okt.
11,4	17,6	1 059,6	548,1	511,4	321,6	189,8	–	440,7	216,0	224,7	113,9	110,8	9,0	Nov.
11,6	18,0	990,4	482,0	508,4	327,1	181,3	–	435,5	210,8	224,8	115,9	108,9	9,8	Dez.
11,8	18,6	1 122,5	589,7	532,8	347,0	185,8	–	537,5	289,6	247,9	133,8	114,1	10,8	2026 Jan.
12,0	18,6	1 160,0	611,7	548,3	354,7	193,6	–	540,1	295,6	244,5	131,1	113,5	11,5	Febr.
13,2	18,7	1 160,9	602,8	558,1	377,0	181,0	–	546,7	312,4	234,3	118,8	115,5	12,5	März
13,9	18,9	1 155,5	594,7	560,9	376,5	184,3	–	549,4	305,0	244,4	129,2	115,2	13,4	April
14,5	18,9	1 173,7	597,9	575,8	393,2	182,6	–	558,3	328,7	229,6	113,0	116,5	14,7	Mai
14,7	19,0	1 175,7	610,2	565,6	389,5	176,1	–	565,7	316,4	249,3	128,3	121,0	16,0	Juni
Veränderungen *)														
– 1,0	– 4,1	– 15,5	+ 25,2	– 40,8	– 43,2	+ 2,4	± 0,0	+ 31,8	+ 11,0	+ 20,8	+ 15,6	+ 5,2	– 0,4	2017
– 0,2	– 2,2	– 23,9	– 23,4	– 0,4	+ 2,1	– 2,6	– 0,0	– 11,9	– 0,2	– 11,8	– 5,7	– 6,0	– 0,2	2018
– 0,3	– 0,9	– 9,5	– 49,4	+ 39,8	+ 28,0	+ 11,8	– 0,0	– 0,8	+ 2,1	– 2,9	– 1,8	– 1,1	– 0,0	2019
– 0,2	– 3,9	+ 83,8	+ 87,8	– 4,1	– 34,7	+ 30,6	–	+ 23,6	+ 13,8	+ 9,8	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,0	2020
– 0,2	– 0,8	+ 136,6	+ 19,8	+ 116,8	+ 89,2	+ 27,6	+ 0,0	+ 22,7	+ 6,4	+ 16,3	+ 0,0	+ 16,3	– 0,0	2021
– 0,7	– 1,0	+ 85,8	+ 29,1	+ 56,7	+ 69,6	– 13,0	– 0,0	+ 68,2	+ 49,0	+ 19,2	+ 13,9	+ 5,3	+ 0,0	2022
+ 0,2	+ 1,1	– 66,1	– 4,6	– 61,4	– 86,9	+ 25,4	± 0,0	+ 11,6	– 18,3	+ 29,9	+ 20,9	+ 9,0	+ 0,1	2023
+ 0,0	+ 0,3	+ 33,9	– 10,8	+ 44,6	+ 22,2	+ 22,4	± 0,0	+ 17,6	+ 12,7	+ 4,9	– 1,5	+ 6,4	+ 3,3	2024
+ 0,1	+ 1,0	+ 70,0	+ 54,1	+ 15,9	+ 15,1	+ 0,9	–	+ 46,5	+ 26,2	+ 20,3	+ 14,3	+ 6,0	+ 5,1	2025
+ 0,0	+ 0,4	+ 87,5	+ 63,9	+ 23,6	+ 27,5	– 3,9	–	+ 31,6	+ 16,0	+ 15,6	+ 15,7	– 0,1	+ 0,2	2025 Jan.
+ 0,0	– 0,0	+ 32,9	+ 25,3	+ 7,7	+ 2,0	+ 5,7	–	+ 17,7	+ 9,9	+ 7,8	+ 7,9	– 0,1	+ 0,3	Febr.
+ 0,0	– 0,0	+ 17,4	+ 3,7	+ 13,7	+ 13,9	– 0,2	–	+ 15,0	+ 11,2	+ 3,8	+ 0,4	+ 3,4	+ 0,3	März
– 0,1	– 0,0	+ 16,7	+ 22,7	– 6,0	– 0,5	– 5,5	–	– 11,9	– 2,7	– 9,1	– 9,3	+ 0,2	+ 0,4	April
– 0,0	– 0,0	– 39,7	– 49,9	+ 10,2	+ 6,8	+ 3,3	–	+ 5,3	+ 4,1	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,4	Mai
– 0,2	+ 0,2	+ 26,9	+ 28,0	– 1,1	– 1,6	+ 0,5	–	+ 8,8	+ 3,2	+ 5,6	+ 3,9	+ 1,7	+ 0,2	Juni
+ 0,0	– 0,0	– 41,6	– 30,7	– 10,9	– 13,4	+ 2,5	–	– 12,1	– 5,4	– 6,7	– 6,2	– 0,5	+ 0,5	Juli
– 0,0	+ 0,1	+ 22,3	– 19,8	+ 42,0	+ 44,5	– 2,5	–	– 6,6	– 5,9	– 0,7	– 1,1	+ 0,4	+ 0,5	Aug.
– 0,0	+ 0,0	+ 15,4	+ 50,3	– 34,9	– 42,7	+ 7,7	–	+ 18,1	+ 11,9	+ 6,2	+ 6,2	+ 0,0	+ 0,8	Sept.
+ 0,0	+ 0,1	+ 11,9	+ 9,8	+ 2,1	+ 4,0	– 1,9	–	– 2,5	– 11,0	+ 8,6	+ 7,8	+ 0,7	+ 0,4	Okt.
+ 0,1	– 0,1	– 0,1	+ 19,8	– 19,9	– 23,0	+ 3,2	–	– 13,0	+ 0,4	– 13,5	– 14,1	+ 0,6	+ 0,4	Nov.
+ 0,2	+ 0,4	– 79,4	– 69,0	– 10,5	– 2,4	– 8,1	–	– 3,9	– 5,4	+ 1,5	+ 2,6	– 1,0	+ 0,8	Dez.
+ 0,2	+ 1,3	+ 107,1	+ 77,6	+ 29,5	+ 20,9	+ 8,6	–	+ 41,2	+ 23,9	+ 17,3	+ 17,4	– 0,1	+ 1,0	2026 Jan.
+ 0,1	– 0,0	+ 35,6	+ 21,1	+ 14,5	+ 7,0	+ 7,5	–	+ 1,9	+ 5,6	– 3,7	– 2,9	– 0,7	+ 0,7	Febr.
+ 1,2	+ 0,0	– 5,7	– 11,9	+ 6,1	+ 19,9	– 13,7	–	+ 4,0	+ 15,6	– 11,6	– 13,4	+ 1,8	+ 1,0	März
+ 0,8	+ 0,2	– 1,6	– 6,1	+ 4,5	+ 1,1	+ 3,4	–	+ 4,2	– 6,6	+ 10,9	+ 11,0	– 0,1	+ 0,9	April
+ 0,6	+ 0,0	+ 17,0	+ 2,7	+ 14,3	+ 16,2	– 1,9	–	+ 8,4	+ 23,4	– 15,0	– 16,2	+ 1,2	+ 1,3	Mai
+ 0,1	+ 0,1	– 3,7	+ 12,1	– 15,8	– 8,4	– 7,4	–	+ 5,6	– 10,8	+ 16,4	+ 12,2	+ 4,3	+ 1,3	Juni

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
				an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte				an Unter-
	mit börsenfähigen Geldmarktpapieren, Wertpapieren, Ausgleichsforderungen	ohne börsenfähige Geldmarktpapiere, Wertpapiere, Ausgleichsforderungen	insgesamt	zusammen	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zusammen	Buchkredite	Schatzwechsel	insgesamt	zusammen
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)										
2016	3 274,3	2 824,2	248,6	205,7	205,4	0,3	42,9	42,8	0,1	3 025,8	2 530,0
2017	3 332,6	2 894,4	241,7	210,9	210,6	0,3	30,7	30,3	0,4	3 090,9	2 640,0
2018	3 394,5	2 990,4	249,5	228,0	227,6	0,4	21,5	21,7	– 0,2	3 145,0	2 732,8
2019	3 521,5	3 119,5	260,4	238,8	238,4	0,4	21,6	18,7	2,9	3 261,1	2 866,9
2020	3 647,0	3 245,3	243,3	221,6	221,2	0,4	21,6	18,0	3,6	3 403,8	3 013,0
2021	3 798,1	3 392,7	249,7	232,2	231,9	0,3	17,5	15,2	2,3	3 548,4	3 174,6
2022	4 015,6	3 613,3	296,4	279,8	279,4	0,4	16,7	14,3	2,3	3 719,2	3 359,9
2023	4 044,1	3 649,9	279,0	264,2	264,0	0,3	14,8	14,2	0,6	3 765,1	3 401,1
2024	4 120,1	3 701,4	294,8	275,3	274,9	0,5	19,5	18,1	1,4	3 825,3	3 437,8
2025	4 286,5	3 838,9	367,1	339,3	338,8	0,4	27,9	26,4	1,4	3 919,4	3 493,7
2025 Jan.	4 134,7	3 706,9	299,1	275,3	274,7	0,6	23,8	22,4	1,4	3 835,6	3 440,0
Febr.	4 150,7	3 716,8	304,1	280,7	279,9	0,7	23,4	21,6	1,8	3 846,6	3 445,7
März	4 154,8	3 717,8	307,0	282,6	281,8	0,7	24,4	22,5	2,0	3 847,8	3 442,9
April	4 161,0	3 723,2	304,5	279,7	278,9	0,8	24,9	23,6	1,3	3 856,5	3 445,9
Mai	4 168,2	3 727,3	299,6	275,8	275,0	0,8	23,8	22,2	1,7	3 868,6	3 456,0
Juni	4 174,5	3 732,5	308,3	283,6	282,6	1,1	24,7	22,5	2,2	3 866,1	3 454,1
Juli	4 193,1	3 741,8	302,1	273,8	272,8	1,0	28,3	25,5	2,9	3 891,0	3 468,4
Aug.	4 194,5	3 749,2	302,4	275,9	275,0	0,9	26,5	23,4	3,1	3 892,1	3 476,6
Sept.	4 207,4	3 755,8	307,6	280,7	280,1	0,7	26,8	25,3	1,5	3 899,8	3 475,1
Okt.	4 268,5	3 818,3	355,3	327,4	326,7	0,7	27,9	26,7	1,2	3 913,2	3 486,7
Nov.	4 296,6	3 845,8	371,6	344,7	344,3	0,4	26,9	25,5	1,4	3 925,0	3 497,0
Dez.	4 286,5	3 838,9	367,1	339,3	338,8	0,4	27,9	26,4	1,4	3 919,4	3 493,7
2026 Jan.	4 293,0	3 837,8	366,4	334,8	334,5	0,3	31,7	30,2	1,4	3 926,6	3 494,8
Febr.	4 306,3	3 845,9	364,4	335,8	335,2	0,6	28,6	27,5	1,1	3 941,9	3 503,7
März	4 309,5	3 856,0	372,5	342,2	341,7	0,5	30,2	28,9	1,3	3 937,0	3 504,6
April	4 324,6	3 866,6	375,4	343,6	343,0	0,6	31,8	30,0	1,8	3 949,2	3 511,9
Mai	4 335,9	3 869,5	370,5	340,5	339,9	0,7	29,9	27,3	2,6	3 965,4	3 519,0
Juni	4 369,9	3 899,8	393,9	363,0	362,4	0,6	30,9	29,5	1,4	3 976,0	3 525,9
	Veränderungen *)										
2017	+ 57,0	+ 70,2	– 6,5	+ 5,6	+ 5,6	+ 0,0	– 12,1	– 12,4	+ 0,3	+ 63,5	+ 103,4
2018	+ 71,5	+ 105,3	+ 6,6	+ 15,8	+ 15,7	+ 0,1	– 9,2	– 8,6	– 0,6	+ 65,0	+ 102,0
2019	+ 126,7	+ 129,1	+ 11,7	+ 11,6	+ 11,6	+ 0,0	+ 0,1	– 3,0	+ 3,1	+ 115,0	+ 132,8
2020	+ 123,2	+ 123,6	– 19,6	– 19,8	– 19,8	– 0,0	+ 0,2	– 0,5	+ 0,7	+ 142,8	+ 145,6
2021	+ 152,2	+ 147,8	+ 8,8	+ 13,8	+ 13,8	– 0,1	– 4,9	– 2,8	– 2,1	+ 143,4	+ 157,9
2022	+ 216,7	+ 220,0	+ 47,6	+ 48,5	+ 48,5	+ 0,0	– 0,9	– 0,9	+ 0,0	+ 169,1	+ 184,8
2023	+ 30,9	+ 38,9	– 15,3	– 14,5	– 14,4	– 0,1	– 0,8	+ 0,9	– 1,7	+ 46,2	+ 42,3
2024	+ 76,9	+ 52,3	+ 12,9	+ 8,3	+ 8,1	+ 0,2	+ 4,6	+ 3,8	+ 0,8	+ 64,0	+ 42,4
2025	+ 122,0	+ 92,9	+ 27,0	+ 18,5	+ 18,4	+ 0,1	+ 8,4	+ 8,4	+ 0,1	+ 95,0	+ 55,8
2025 Jan.	+ 14,5	+ 5,4	+ 3,1	– 1,2	– 1,4	+ 0,2	+ 4,3	+ 4,3	+ 0,1	+ 11,4	+ 3,2
Febr.	+ 17,1	+ 11,1	+ 4,5	+ 4,9	+ 4,8	+ 0,1	– 0,4	– 0,8	+ 0,4	+ 12,6	+ 7,3
März	+ 4,0	+ 0,9	+ 3,1	+ 2,1	+ 2,1	– 0,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,9	– 3,1
April	+ 6,3	+ 5,5	– 2,2	– 2,7	– 2,7	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,1	– 0,7	+ 8,6	+ 2,8
Mai	+ 7,2	+ 4,2	– 5,0	– 4,0	– 4,1	+ 0,1	– 1,0	– 1,4	+ 0,4	+ 12,2	+ 10,4
Juni	+ 6,3	+ 5,2	+ 8,8	+ 7,9	+ 7,7	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	– 2,5	– 2,0
Juli	+ 18,6	+ 9,2	– 5,8	– 9,4	– 9,4	– 0,0	+ 3,6	+ 3,0	+ 0,6	+ 24,4	+ 13,9
Aug.	+ 1,4	+ 7,4	+ 0,3	+ 2,1	+ 2,3	– 0,1	– 1,9	– 2,1	+ 0,2	+ 1,1	+ 8,2
Sept.	+ 13,2	+ 7,0	+ 5,5	+ 5,2	+ 5,4	– 0,2	+ 0,4	+ 1,9	– 1,5	+ 7,7	– 1,2
Okt.	+ 15,2	+ 16,5	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,7	– 0,0	+ 1,1	+ 1,4	– 0,3	+ 12,4	+ 10,7
Nov.	+ 28,1	+ 27,4	+ 16,5	+ 17,5	+ 17,6	– 0,1	– 1,0	– 1,1	+ 0,1	+ 11,6	+ 10,1
Dez.	– 10,0	– 6,9	– 4,6	– 5,5	– 5,5	– 0,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,1	– 5,4	– 4,6
2026 Jan.	+ 13,2	+ 3,4	+ 3,9	+ 0,6	+ 0,6	– 0,0	+ 3,4	+ 3,4	– 0,0	+ 9,2	+ 1,6
Febr.	+ 13,2	+ 8,1	+ 2,3	+ 5,4	+ 5,0	+ 0,4	– 3,1	– 2,8	– 0,3	+ 11,0	+ 4,6
März	+ 3,1	+ 9,9	+ 7,8	+ 6,1	+ 6,2	– 0,1	+ 1,7	+ 1,5	+ 0,2	– 4,7	+ 1,0
April	+ 15,9	+ 11,4	+ 2,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,0	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,5	+ 12,9	+ 8,1
Mai	+ 11,4	+ 2,9	– 4,9	– 3,1	– 3,2	+ 0,1	– 1,9	– 2,7	+ 0,8	+ 16,4	+ 7,9
Juni	+ 34,0	+ 30,3	+ 23,5	+ 22,4	+ 22,6	– 0,1	+ 1,0	+ 2,2	– 1,2	+ 10,6	+ 6,9

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite												
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte							
Buchkredite						Buchkredite						
zusammen	mittelfristig	langfristig	Wertpapiere	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	zusammen	mittelfristig	langfristig	Wertpapiere 1)	Ausgleichsforderungen 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2 306,5	264,1	2 042,4	223,4	17,3	495,8	269,4	23,9	245,5	226,4	–	1,8	2016
2 399,5	273,5	2 125,9	240,6	17,4	450,9	254,0	22,5	231,5	196,9	–	1,7	2017
2 499,4	282,6	2 216,8	233,4	16,5	412,1	241,7	19,7	222,0	170,4	–	1,4	2018
2 626,4	301,3	2 325,1	240,5	15,7	394,2	235,9	17,2	218,8	158,2	–	1,5	2019
2 771,8	310,5	2 461,4	241,1	22,4	390,8	234,3	15,7	218,6	156,6	–	1,1	2020
2 915,7	314,5	2 601,2	258,9	24,7	373,8	229,9	14,3	215,6	143,9	–	1,0	2021
3 085,9	348,7	2 737,1	274,0	24,6	359,3	233,7	14,1	219,6	125,6	–	1,0	2022
3 131,7	361,0	2 770,7	269,4	22,8	364,0	240,0	14,1	225,9	124,0	–	1,0	2023
3 154,0	351,4	2 802,6	283,9	24,1	387,4	254,4	15,7	238,7	133,0	–	1,9	2024
3 204,7	347,9	2 856,8	289,0	24,5	425,7	268,9	17,4	251,5	156,8	–	2,6	2025
3 154,7	349,9	2 804,8	285,3	24,2	395,6	255,1	15,8	239,3	140,5	–	2,0	2025 Jan.
3 158,9	349,3	2 809,6	286,8	24,2	400,9	256,4	16,2	240,2	144,5	–	2,0	Febr.
3 156,5	347,2	2 809,3	286,4	24,2	404,9	257,0	16,1	240,9	148,0	–	2,0	März
3 162,0	344,9	2 817,1	283,9	23,9	410,7	258,7	16,3	242,4	151,9	–	2,6	April
3 170,7	345,7	2 825,0	285,3	23,6	412,6	259,4	16,7	242,7	153,2	–	2,6	Mai
3 168,3	346,7	2 821,6	285,8	23,7	412,1	259,2	16,4	242,8	152,9	–	2,6	Juni
3 181,9	350,2	2 831,8	286,5	23,8	422,6	261,6	16,6	245,1	161,0	–	2,6	Juli
3 188,6	346,6	2 842,0	288,0	23,8	415,6	262,2	17,0	245,2	153,4	–	2,6	Aug.
3 186,7	345,6	2 841,0	288,4	24,2	424,7	263,8	16,7	247,1	160,9	–	2,6	Sept.
3 198,3	348,8	2 849,5	288,4	24,2	426,6	266,6	17,3	249,3	160,0	–	2,6	Okt.
3 207,7	351,4	2 856,3	289,3	24,5	427,9	268,3	17,4	250,9	159,6	–	2,7	Nov.
3 204,7	347,9	2 856,8	289,0	24,5	425,7	268,9	17,4	251,5	156,8	–	2,6	Dez.
3 203,6	346,7	2 856,9	291,3	24,7	431,8	269,5	17,5	252,0	162,3	–	2,6	2026 Jan.
3 213,1	346,9	2 866,1	290,6	24,8	438,2	270,2	18,1	252,1	168,0	–	2,6	Febr.
3 215,0	349,4	2 865,6	289,6	25,3	432,4	270,4	18,3	252,1	162,0	–	2,7	März
3 222,1	348,8	2 873,3	289,8	26,9	437,2	271,5	18,8	252,7	165,8	–	2,7	April
3 228,5	349,3	2 879,2	290,4	27,4	446,5	273,8	19,0	254,8	172,6	–	2,7	Mai
3 234,1	353,6	2 880,6	291,7	27,5	450,2	273,7	18,8	254,9	176,4	–	2,7	Juni
Veränderungen *)												
+ 87,6	+ 9,4	+ 78,2	+ 15,8	+ 0,1	– 39,9	– 10,6	– 1,3	– 9,3	– 29,4	–	– 0,1	2017
+ 108,7	+ 19,3	+ 89,4	– 6,7	– 0,9	– 37,1	– 10,5	– 2,7	– 7,8	– 26,6	–	– 0,0	2018
+ 126,0	+ 18,9	+ 107,2	+ 6,8	– 0,8	– 17,8	– 5,5	– 2,6	– 2,9	– 12,3	–	+ 0,1	2019
+ 145,0	+ 9,4	+ 135,5	+ 0,6	+ 6,1	– 2,8	– 1,1	– 1,5	+ 0,4	– 1,7	–	– 0,4	2020
+ 140,1	+ 5,6	+ 134,5	+ 17,8	+ 2,3	– 14,6	– 3,3	– 1,3	– 2,0	– 11,3	–	– 0,0	2021
+ 169,9	+ 33,5	+ 136,4	+ 14,9	– 0,1	– 15,7	+ 2,5	– 0,7	+ 3,3	– 18,2	–	– 0,0	2022
+ 46,9	+ 11,0	+ 35,9	– 4,7	– 1,1	+ 3,9	+ 5,5	± 0,0	+ 5,5	– 1,5	–	– 0,0	2023
+ 27,9	– 6,5	+ 34,5	+ 14,5	+ 1,4	+ 21,6	+ 12,5	+ 1,6	+ 10,9	+ 9,1	–	+ 0,9	2024
+ 50,6	– 4,0	+ 54,6	+ 5,1	+ 0,8	+ 39,3	+ 15,5	+ 1,5	+ 14,0	+ 23,7	–	+ 0,2	2025
+ 1,8	– 1,0	+ 2,8	+ 1,4	+ 0,1	+ 8,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,7	+ 7,5	–	+ 0,0	2025 Jan.
+ 5,8	– 0,7	+ 6,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 5,2	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 4,0	–	– 0,0	Febr.
– 2,7	– 1,8	– 0,9	– 0,5	– 0,3	+ 4,0	+ 0,5	– 0,1	+ 0,7	+ 3,5	–	+ 0,0	März
+ 5,3	– 2,5	+ 7,9	– 2,5	+ 0,2	+ 5,7	+ 1,8	+ 0,2	+ 1,5	+ 4,0	–	+ 0,1	April
+ 9,0	+ 1,0	+ 8,0	+ 1,4	+ 0,0	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 1,2	–	+ 0,0	Mai
– 2,5	+ 1,0	– 3,5	+ 0,5	+ 0,0	– 0,5	– 0,3	– 0,3	+ 0,1	– 0,3	–	– 0,0	Juni
+ 13,2	+ 3,0	+ 10,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 10,5	+ 2,5	+ 0,2	+ 2,3	+ 8,1	–	+ 0,0	Juli
+ 6,7	– 3,6	+ 10,3	+ 1,5	+ 0,0	– 7,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	– 7,6	–	+ 0,0	Aug.
– 1,6	– 0,9	– 0,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 8,9	+ 1,4	– 0,3	+ 1,7	+ 7,5	–	+ 0,0	Sept.
+ 10,7	+ 2,5	+ 8,3	– 0,0	+ 0,0	+ 1,7	+ 2,6	+ 0,5	+ 2,1	– 0,9	–	+ 0,0	Okt.
+ 9,2	+ 2,6	+ 6,6	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,2	+ 1,7	– 0,3	–	+ 0,0	Nov.
– 4,2	– 3,5	– 0,8	– 0,3	– 0,0	– 0,9	+ 2,0	+ 0,0	+ 2,0	– 2,9	–	– 0,1	Dez.
– 0,6	– 1,1	+ 0,5	+ 2,2	+ 0,2	+ 7,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 7,5	–	+ 0,0	2026 Jan.
+ 5,2	– 0,8	+ 6,0	– 0,6	+ 0,1	+ 6,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,1	+ 5,7	–	+ 0,0	Febr.
+ 2,0	+ 2,4	– 0,4	– 1,0	+ 0,5	– 5,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	– 5,9	–	+ 0,1	März
+ 7,9	+ 0,6	+ 7,3	+ 0,2	+ 1,6	+ 4,9	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 3,7	–	+ 0,0	April
+ 7,2	+ 0,5	+ 6,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 8,4	+ 1,5	+ 0,2	+ 1,3	+ 6,9	–	+ 0,0	Mai
+ 5,6	+ 4,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,1	+ 3,7	– 0,1	– 0,2	+ 0,1	+ 3,8	–	– 0,0	Juni

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. **2** Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)													
		darunter:												
			Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen
Kredite insgesamt														**Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)**
2024	3 428,8	1 773,5	1 823,0	1 544,5	278,6	1 892,1	534,7	147,9	146,9	113,7	154,4	56,5	51,1	227,8
2025 2.Vj.	3 450,9	1 781,4	1 839,9	1 553,1	286,8	1 903,0	540,6	149,9	147,4	113,5	155,5	55,4	52,9	230,1
3.Vj.	3 466,7	1 792,4	1 852,0	1 562,4	289,6	1 906,2	541,9	148,2	150,9	113,6	153,3	55,8	52,4	227,2
4.Vj.	3 543,5	1 801,8	1 862,1	1 568,9	293,3	1 975,5	543,9	144,9	156,6	111,8	152,9	55,7	49,7	295,7
2026 1.Vj.	3 556,7	1 806,3	1 867,1	1 574,1	293,0	1 985,7	545,6	150,9	160,6	85,5	147,4	55,7	48,9	301,0
2.Vj.	3 596,7	1 815,6	1 878,2	1 582,2	296,1	2 016,8	549,1	149,0	165,6	85,6	147,5	56,4	48,2	321,3
Kurzfristige Kredite														
2024	274,9	.	7,4	.	7,4	244,6	5,4	35,5	6,0	22,5	48,0	4,0	4,6	54,1
2025 2.Vj.	282,6	.	7,4	.	7,4	251,7	5,3	40,1	6,6	22,8	50,1	3,5	4,1	55,4
3.Vj.	280,1	.	7,6	.	7,6	248,7	5,5	39,4	7,3	22,5	49,6	3,5	4,0	55,2
4.Vj.	338,8	.	7,7	.	7,7	307,1	5,6	38,1	7,6	21,4	49,3	3,4	3,6	118,8
2026 1.Vj.	341,7	.	7,9	.	7,9	310,3	5,7	40,0	8,4	12,6	48,5	3,4	3,7	118,5
2.Vj.	362,5	.	7,5	.	7,5	330,2	5,4	39,1	9,0	12,5	48,5	3,8	3,7	135,7
Mittelfristige Kredite														
2024	351,4	.	38,3	.	38,3	283,6	22,9	31,9	10,3	21,8	25,2	4,3	10,3	62,5
2025 2.Vj.	346,7	.	37,2	.	37,2	279,6	22,5	32,1	6,0	21,1	24,9	4,1	12,0	64,4
3.Vj.	345,6	.	36,0	.	36,0	277,6	21,2	32,5	6,4	21,1	24,3	4,2	11,7	61,9
4.Vj.	347,9	.	35,9	.	35,9	279,7	21,1	31,0	7,0	20,3	24,6	4,2	10,8	66,5
2026 1.Vj.	349,4	.	35,7	.	35,7	281,0	21,0	31,6	7,2	12,8	24,1	4,2	10,4	68,5
2.Vj.	353,6	.	36,1	.	36,1	284,7	21,2	31,9	7,6	12,9	24,5	4,3	9,9	71,4
Langfristige Kredite														
2024	2 802,6	1 773,5	1 777,3	1 544,5	232,9	1 363,9	506,4	80,5	130,5	69,4	81,2	48,2	36,3	111,2
2025 2.Vj.	2 821,6	1 781,4	1 795,3	1 553,1	242,2	1 371,7	512,8	77,7	134,8	69,7	80,5	47,8	36,7	110,4
3.Vj.	2 841,0	1 792,4	1 808,5	1 562,4	246,0	1 379,9	515,2	76,3	137,3	69,9	79,4	48,2	36,8	110,1
4.Vj.	2 856,8	1 801,8	1 818,5	1 568,9	249,6	1 388,7	517,2	75,8	141,9	70,2	78,9	48,1	35,2	110,5
2026 1.Vj.	2 865,6	1 806,3	1 823,4	1 574,1	249,3	1 394,4	518,9	79,3	144,9	60,1	74,8	48,1	34,7	114,0
2.Vj.	2 880,6	1 815,6	1 834,6	1 582,2	252,5	1 401,9	522,6	78,0	149,0	60,2	74,5	48,3	34,7	114,2
Kredite insgesamt														**Veränderungen im Vierteljahr *)**
2025 2.Vj.	+ 12,7	+ 6,3	+ 10,7	+ 7,2	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,2	− 0,4	+ 2,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,2	− 2,4	+ 1,8
3.Vj.	+ 16,5	+ 11,0	+ 14,8	+ 11,2	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,9	− 1,7	+ 3,5	+ 0,0	− 2,3	+ 0,4	− 0,4	− 2,7
4.Vj.	+ 29,4	+ 9,3	+ 12,2	+ 8,6	+ 3,7	+ 21,9	+ 4,0	− 3,3	+ 5,6	− 1,7	− 0,4	− 0,1	− 2,5	+ 22,2
2026 1.Vj.	+ 18,4	+ 5,4	+ 5,8	+ 5,9	− 0,2	+ 15,0	+ 2,0	+ 1,2	+ 3,2	− 1,2	+ 0,5	+ 0,4	− 0,8	+ 8,0
2.Vj.	+ 41,5	+ 9,0	+ 11,2	+ 8,1	+ 3,0	+ 32,0	+ 3,4	− 1,9	+ 5,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,0	+ 20,5
Kurzfristige Kredite														
2025 2.Vj.	+ 0,9	.	− 0,1	.	− 0,1	+ 0,2	− 0,1	+ 0,8	− 0,6	− 0,3	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,9
3.Vj.	− 1,7	.	+ 0,2	.	+ 0,2	− 2,2	+ 0,2	− 0,7	+ 0,6	− 0,2	− 0,6	− 0,0	− 0,2	+ 0,2
4.Vj.	+ 13,7	.	+ 0,1	.	+ 0,1	+ 13,3	+ 0,1	− 1,3	+ 0,4	− 1,2	− 0,2	− 0,0	− 0,3	+ 18,6
2026 1.Vj.	+ 11,8	.	+ 0,3	.	+ 0,3	+ 12,5	+ 0,1	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 6,3
2.Vj.	+ 20,8	.	− 0,5	.	− 0,5	+ 19,9	− 0,3	− 0,9	+ 0,5	− 0,1	+ 0,0	+ 0,4	− 0,1	+ 17,3
Mittelfristige Kredite														
2025 2.Vj.	− 0,6	.	− 0,2	.	− 0,2	− 0,9	− 0,1	− 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,0	− 2,1	+ 1,5
3.Vj.	− 1,5	.	− 0,4	.	− 0,4	− 2,5	− 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,0	− 0,6	+ 0,1	− 0,4	− 2,4
4.Vj.	+ 1,6	.	− 0,0	.	− 0,0	+ 1,5	− 0,1	− 1,4	+ 0,7	− 0,8	+ 0,3	− 0,0	− 0,8	+ 3,8
2026 1.Vj.	+ 0,5	.	− 0,2	.	− 0,2	+ 0,3	− 0,1	+ 0,6	+ 0,1	− 1,3	− 0,1	+ 0,0	− 0,4	+ 0,9
2.Vj.	+ 5,4	.	+ 0,4	.	+ 0,4	+ 4,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	− 0,4	+ 2,9
Langfristige Kredite														
2025 2.Vj.	+ 12,4	+ 6,3	+ 11,1	+ 7,2	+ 3,8	+ 4,2	+ 3,4	− 1,0	+ 2,5	+ 0,5	− 0,4	+ 0,2	− 0,3	− 0,7
3.Vj.	+ 19,7	+ 11,0	+ 15,0	+ 11,2	+ 3,9	+ 8,5	+ 4,3	− 1,4	+ 2,5	+ 0,3	− 1,1	+ 0,4	+ 0,1	− 0,4
4.Vj.	+ 14,1	+ 9,3	+ 12,2	+ 8,6	+ 3,6	+ 7,0	+ 4,1	− 0,5	+ 4,5	+ 0,3	− 0,5	− 0,1	− 1,4	− 0,2
2026 1.Vj.	+ 6,1	+ 5,4	+ 5,7	+ 5,9	− 0,3	+ 2,3	+ 1,9	− 1,2	+ 1,8	− 0,9	− 0,4	− 0,0	− 0,5	+ 0,8
2.Vj.	+ 15,4	+ 9,0	+ 11,3	+ 8,1	+ 3,1	+ 7,6	+ 3,5	− 1,4	+ 4,0	+ 0,0	− 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3

***** Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monats-

IV. Banken

Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen												Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		
Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:				sonstige Kredite						
	darunter:								darunter:					
zusammen	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstückswesen	Kredite an Selbständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	Ratenkredite 3)	Debetsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)												**Kredite insgesamt**		
993,9	358,8	76,8	223,6	509,2	54,0	1 519,9	1 283,8	236,1	187,7	7,1	16,9	4,5	2024	
998,1	365,6	75,7	224,3	514,1	54,1	1 531,0	1 294,9	236,1	187,9	7,6	16,9	4,4	2025	2.Vj.
1 004,7	370,2	77,2	225,3	516,8	53,5	1 543,7	1 305,7	238,0	189,2	7,6	16,8	4,4		3.Vj.
1 008,2	375,6	76,5	224,7	517,3	53,1	1 551,4	1 314,1	237,3	187,4	7,3	16,6	4,2		4.Vj.
1 035,8	382,1	77,7	236,6	518,9	48,1	1 554,0	1 317,2	236,9	188,3	7,6	16,9	4,3	2026	1.Vj.
1 043,2	384,9	79,7	236,6	520,6	48,2	1 563,0	1 324,8	238,2	188,8	7,6	16,9	4,3		2.Vj.
											Kurzfristige Kredite			
70,0	14,9	12,5	11,5	20,8	6,6	29,8	2,0	27,8	2,5	7,1	0,5	–	2024	
69,0	14,9	13,3	11,3	21,4	7,3	30,3	2,1	28,2	2,3	7,6	0,6	–	2025	2.Vj.
67,2	14,3	14,1	10,7	21,2	6,9	30,8	2,1	28,7	2,3	7,6	0,6	–		3.Vj.
64,8	14,4	12,8	10,3	21,0	6,8	31,2	2,1	29,1	2,2	7,3	0,6	0,0		4.Vj.
75,1	20,5	13,4	13,3	21,3	7,2	30,8	2,2	28,6	2,7	7,6	0,6	0,0	2026	1.Vj.
77,8	20,3	15,2	13,2	21,3	7,3	31,7	2,1	29,6	2,7	7,6	0,6	0,0		2.Vj.
											Mittelfristige Kredite			
117,4	24,9	22,7	32,8	31,1	6,1	67,4	15,3	52,0	47,0	.	0,4	0,0	2024	
114,9	23,9	21,2	34,1	30,9	6,1	66,7	14,6	52,0	46,9	.	0,4	0,0	2025	2.Vj.
115,5	24,3	20,9	34,4	31,2	5,9	67,6	14,7	52,9	47,6	.	0,4	0,0		3.Vj.
115,3	24,4	20,9	33,7	31,2	5,8	67,8	14,8	53,0	47,3	.	0,4	0,0		4.Vj.
122,2	27,9	21,8	36,2	31,0	5,8	68,0	14,7	53,2	47,4	.	0,4	0,0	2026	1.Vj.
122,3	27,9	21,5	36,1	30,7	5,8	68,5	14,9	53,6	47,8	.	0,4	0,0		2.Vj.
											Langfristige Kredite			
806,5	318,9	41,6	179,3	457,3	41,3	1 422,7	1 266,4	156,3	138,2	.	15,9	4,5	2024	
814,1	326,8	41,3	178,9	461,9	40,7	1 434,0	1 278,2	155,9	138,7	.	15,9	4,4	2025	2.Vj.
822,0	331,5	42,2	180,1	464,4	40,7	1 445,3	1 288,9	156,4	139,2	.	15,9	4,3		3.Vj.
828,1	336,8	42,9	180,8	465,2	40,5	1 452,4	1 297,2	155,3	137,9	.	15,7	4,2		4.Vj.
838,4	333,8	42,5	187,1	466,7	35,1	1 455,2	1 300,2	155,0	138,1	.	16,0	4,3	2026	1.Vj.
843,1	336,7	42,9	187,4	468,6	35,1	1 462,8	1 307,8	155,0	138,3	.	15,9	4,3		2.Vj.
Veränderungen im Vierteljahr *)												**Kredite insgesamt**		
+ 1,0	+ 3,8	– 1,5	+ 0,1	+ 2,0	+ 0,3	+ 9,2	+ 7,6	+ 1,6	+ 0,9	– 0,1	+ 0,1	– 0,1	2025	2.Vj.
+ 7,0	+ 4,7	+ 1,6	+ 0,8	+ 2,7	– 0,6	+ 12,8	+ 10,9	+ 1,8	+ 1,2	+ 0,1	– 0,1	– 0,0		3.Vj.
+ 2,2	+ 5,3	– 1,7	– 0,7	+ 0,5	– 0,4	+ 7,7	+ 8,3	– 0,7	– 1,5	– 0,3	– 0,1	– 0,1		4.Vj.
+ 3,6	+ 3,0	– 0,6	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,2	+ 3,7	+ 3,8	– 0,1	+ 1,2	+ 0,3	– 0,3	– 0,0	2026	1.Vj.
+ 7,3	+ 2,7	+ 2,0	– 0,0	+ 2,0	+ 0,1	+ 9,6	+ 7,8	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,0	– 0,1	+ 0,0		2.Vj.
											Kurzfristige Kredite			
– 1,2	+ 0,1	– 0,6	– 0,1	– 0,0	+ 0,2	+ 0,6	– 0,0	+ 0,6	– 0,0	– 0,1	+ 0,1	–	2025	2.Vj.
– 1,3	– 0,4	+ 0,9	– 0,3	– 0,2	– 0,4	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,1	– 0,0	–		3.Vj.
– 2,6	+ 0,1	– 1,4	– 0,6	– 0,2	– 0,2	+ 0,4	– 0,0	+ 0,4	– 0,1	– 0,3	– 0,0	+ 0,0		4.Vj.
+ 0,6	– 0,1	+ 0,4	– 0,1	+ 0,4	+ 0,4	– 0,7	+ 0,1	– 0,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,0	2026	1.Vj.
+ 2,7	– 0,2	+ 1,8	– 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,9	– 0,1	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	– 0,0		2.Vj.
											Mittelfristige Kredite			
– 1,0	– 0,2	– 0,6	+ 0,5	– 0,2	+ 0,1	+ 0,3	– 0,1	+ 0,5	+ 0,4	.	+ 0,0	– 0,0	2025	2.Vj.
+ 0,1	+ 0,3	– 0,3	– 0,1	+ 0,3	– 0,2	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,7	.	+ 0,0	– 0,0		3.Vj.
– 0,3	+ 0,1	– 0,1	– 0,8	– 0,0	– 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	– 0,1	.	+ 0,0	– 0,0		4.Vj.
+ 0,3	– 0,1	+ 0,4	+ 0,3	– 0,2	+ 0,1	+ 0,3	– 0,1	+ 0,4	+ 0,2	.	– 0,0	+ 0,0	2026	1.Vj.
+ 0,4	+ 0,0	– 0,2	– 0,1	– 0,0	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,8	.	+ 0,0	+ 0,0		2.Vj.
											Langfristige Kredite			
+ 3,3	+ 3,9	– 0,4	– 0,3	+ 2,1	+ 0,0	+ 8,2	+ 7,8	+ 0,5	+ 0,5	.	– 0,0	– 0,1	2025	2.Vj.
+ 8,2	+ 4,8	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,6	– 0,0	+ 11,3	+ 10,8	+ 0,4	+ 0,5	.	– 0,1	– 0,0		3.Vj.
+ 5,0	+ 5,1	– 0,3	+ 0,7	+ 0,8	– 0,1	+ 7,1	+ 8,3	– 1,1	– 1,3	.	– 0,1	– 0,1		4.Vj.
+ 2,7	+ 3,2	– 1,4	+ 0,6	+ 1,8	– 0,3	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,4	+ 0,6	.	– 0,3	– 0,0	2026	1.Vj.
+ 4,2	+ 2,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 2,0	– 0,0	+ 7,8	+ 7,8	+ 0,1	+ 0,2	.	– 0,1	+ 0,0		2.Vj.

bericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Treuhandkredite. **2** Einschl. Einzelkaufleute. **3** Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2) insgesamt	Termineinlagen 1) 2) mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2) zusammen	mit Befristung von über 1 Jahr 2) bis 2 Jahre einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2) über 2 Jahre	Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos
	Inländische Nichtbanken insgesamt											**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2023	4 229,0	2 540,8	1 100,1	514,7	585,4	80,5	504,9	445,9	142,2	50,1	20,3	2,9
2024	4 388,5	2 630,5	1 194,2	606,2	588,0	80,2	507,7	406,0	157,8	66,7	21,1	3,6
2025	4 527,9	2 795,7	1 186,0	609,0	577,0	80,5	496,5	390,3	155,9	76,0	20,6	41,6
2025 Juli	4 399,8	2 692,6	1 157,0	578,5	578,5	72,1	506,5	397,1	153,1	66,9	21,0	7,8
Aug.	4 418,8	2 712,3	1 158,4	576,7	581,7	76,2	505,5	395,5	152,6	67,8	21,0	7,2
Sept.	4 405,7	2 705,9	1 153,1	569,9	583,2	77,4	505,8	393,9	152,8	72,6	20,9	7,7
Okt.	4 478,0	2 747,9	1 183,9	611,1	572,8	79,7	493,1	391,9	154,4	73,8	20,8	57,7
Nov.	4 533,7	2 803,6	1 185,3	611,7	573,7	80,1	493,6	389,7	155,1	73,9	20,8	51,2
Dez.	4 527,9	2 795,7	1 186,0	609,0	577,0	80,5	496,5	390,3	155,9	76,0	20,6	41,6
2026 Jan.	4 546,9	2 801,0	1 200,9	623,6	577,3	80,5	496,9	388,7	156,2	77,5	20,6	64,7
Febr.	4 550,1	2 800,7	1 204,2	626,1	578,1	81,2	496,9	387,7	157,4	78,3	20,6	57,3
März	4 540,4	2 787,8	1 207,9	629,2	578,6	82,2	496,4	385,5	159,2	80,9	20,4	60,5
April	4 547,9	2 806,0	1 198,6	619,6	578,9	82,0	497,0	382,8	160,4	83,8	20,4	56,8
Mai	4 580,3	2 830,0	1 205,2	622,0	583,2	83,7	499,5	383,0	162,1	84,2	21,8	67,0
Juni	4 589,8	2 818,1	1 222,4	640,7	581,7	82,8	498,9	382,0	167,2	83,5	21,8	76,8
												Veränderungen *)
2024	+ 126,1	+ 57,9	+ 85,0	+ 85,7	− 0,8	− 0,5	− 0,3	− 40,0	+ 23,1	+ 17,0	+ 0,7	+ 0,6
2025	+ 107,8	+ 163,5	− 38,1	− 23,5	− 14,6	− 1,0	− 13,6	− 15,8	− 1,8	+ 9,3	− 0,5	+ 8,6
2025 Juli	+ 4,7	+ 15,2	− 9,7	− 7,2	− 2,5	− 2,1	− 0,4	− 0,8	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,0	− 1,2
Aug.	+ 19,0	+ 19,7	+ 1,4	− 1,8	+ 3,2	+ 4,2	− 1,0	− 1,6	− 0,5	+ 0,9	− 0,0	− 0,7
Sept.	− 13,1	− 6,3	− 5,3	− 6,8	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,3	− 1,6	+ 0,1	+ 4,8	− 0,0	+ 0,5
Okt.	+ 37,9	+ 34,5	+ 3,9	+ 15,1	− 11,2	+ 1,5	− 12,7	− 2,1	+ 1,6	+ 1,3	− 0,1	+ 20,5
Nov.	+ 55,7	+ 55,7	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,5	− 2,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,0	− 6,5
Dez.	− 8,8	− 7,9	− 2,3	− 2,9	+ 0,6	− 0,0	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,1	− 0,2	− 9,6
2026 Jan.	+ 15,4	+ 1,4	+ 15,2	+ 14,9	+ 0,4	− 0,0	+ 0,4	− 1,6	+ 0,3	+ 1,5	− 0,0	+ 21,9
Febr.	+ 3,2	− 0,3	+ 3,3	+ 2,6	+ 0,7	+ 0,7	− 0,0	− 1,0	+ 1,2	+ 0,9	− 0,0	− 7,4
März	− 9,7	− 12,9	+ 3,7	+ 3,1	+ 0,6	+ 1,0	− 0,4	− 2,2	+ 1,7	+ 2,6	− 0,1	+ 3,2
April	+ 7,5	+ 18,2	− 9,3	− 9,6	+ 0,3	− 0,3	+ 0,5	− 2,6	+ 1,3	+ 2,9	− 0,1	− 3,7
Mai	+ 32,4	+ 24,0	+ 6,6	+ 2,4	+ 4,2	+ 1,7	+ 2,6	+ 0,2	+ 1,7	+ 0,5	+ 1,4	+ 10,1
Juni	+ 9,5	− 11,7	+ 17,1	+ 18,6	− 1,5	− 0,9	− 0,6	− 1,0	+ 5,2	− 0,7	− 0,0	+ 9,8
	Inländische öffentliche Haushalte											**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2023	286,9	91,2	190,5	105,6	84,9	23,3	61,6	0,9	4,4	26,6	1,4	0,2
2024	250,4	91,9	153,7	90,9	62,8	14,2	48,7	0,5	4,3	30,1	1,8	–
2025	242,0	93,2	144,3	97,8	46,5	13,7	32,8	0,4	4,2	31,5	1,6	–
2025 Juli	236,0	82,4	148,9	93,2	55,8	11,2	44,6	0,5	4,1	31,0	1,7	–
Aug.	250,9	95,5	150,7	92,8	57,9	13,3	44,7	0,5	4,3	31,1	1,7	0,1
Sept.	240,3	87,6	148,0	90,2	57,8	13,1	44,7	0,5	4,2	31,1	1,7	0,1
Okt.	229,1	91,0	133,6	87,6	46,0	12,8	33,2	0,4	4,1	31,1	1,7	0,1
Nov.	244,9	96,2	144,2	97,8	46,4	13,1	33,3	0,4	4,1	31,3	1,7	–
Dez.	242,0	93,2	144,3	97,8	46,5	13,7	32,8	0,4	4,2	31,5	1,6	–
2026 Jan.	238,6	90,1	143,9	97,0	46,9	13,8	33,1	0,4	4,2	31,6	1,6	–
Febr.	254,9	96,9	153,4	106,3	47,1	14,2	32,9	0,4	4,2	31,6	1,6	–
März	244,4	90,3	149,4	102,4	47,0	14,0	33,0	0,4	4,2	31,8	1,6	–
April	240,0	90,9	144,2	97,6	46,6	13,6	33,0	0,5	4,3	31,8	1,6	–
Mai	251,9	98,9	148,2	100,3	47,9	14,8	33,1	0,5	4,3	32,0	1,6	–
Juni	254,4	97,4	152,3	104,4	47,9	14,9	33,0	0,5	4,3	31,8	1,6	–
												Veränderungen *)
2024	− 37,7	+ 0,1	− 37,4	− 15,0	− 22,3	− 9,3	− 13,0	− 0,3	− 0,1	+ 3,5	+ 0,4	− 0,2
2025	− 9,7	+ 0,4	− 9,8	+ 6,6	− 16,4	− 0,6	− 15,8	− 0,1	− 0,2	+ 1,4	− 0,2	± 0,0
2025 Juli	− 20,3	− 9,9	− 10,3	− 9,5	− 0,8	− 0,5	− 0,4	− 0,0	− 0,0	+ 0,2	− 0,0	–
Aug.	+ 15,0	+ 13,1	+ 1,8	− 0,4	+ 2,2	+ 2,0	+ 0,1	− 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1
Sept.	− 10,7	− 8,0	− 2,7	− 2,5	− 0,1	− 0,1	− 0,0	− 0,0	− 0,0	− 0,0	− 0,0	–
Okt.	− 12,2	+ 2,6	− 14,7	− 2,9	− 11,8	− 0,3	− 11,5	− 0,0	− 0,1	+ 0,0	− 0,0	–
Nov.	+ 15,8	+ 5,2	+ 10,6	+ 10,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	− 0,1	+ 0,2	–	− 0,1
Dez.	− 3,1	− 3,2	+ 0,0	− 0,0	+ 0,1	+ 0,5	− 0,5	− 0,0	+ 0,1	+ 0,2	− 0,2	–
2026 Jan.	− 5,0	− 4,5	− 0,6	− 1,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	–
Febr.	+ 16,3	+ 6,8	+ 9,5	+ 9,2	+ 0,2	+ 0,3	− 0,1	− 0,0	+ 0,0	+ 0,0	− 0,0	–
März	− 10,5	− 6,5	− 4,0	− 3,9	− 0,1	− 0,2	+ 0,1	− 0,0	− 0,0	+ 0,1	–	–
April	− 4,4	+ 0,6	− 5,2	− 4,8	− 0,4	− 0,3	− 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	− 0,0	–
Mai	+ 11,8	+ 7,9	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	–	–
Juni	+ 2,6	− 1,5	+ 4,1	+ 4,2	− 0,0	+ 0,0	− 0,1	− 0,0	− 0,0	− 0,2	− 0,0	–

Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2) insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2) zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre	Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos
	Inländische Unternehmen und Privatpersonen											**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2023	3 942,1	2 449,6	909,6	409,1	500,5	57,2	443,3	445,0	137,9	23,5	19,0	2,7
2024	4 138,0	2 538,6	1 040,5	515,4	525,1	66,1	459,1	405,4	153,4	36,5	19,3	3,6
2025	4 285,9	2 702,5	1 041,7	511,2	530,6	66,8	463,7	389,8	151,8	44,5	19,1	41,6
2025 Juli	4 163,9	2 610,2	1 008,1	485,3	522,8	60,9	461,9	396,6	149,0	35,9	19,2	7,8
Aug.	4 167,8	2 616,7	1 007,7	483,9	523,8	63,0	460,8	395,0	148,4	36,7	19,2	7,1
Sept.	4 165,4	2 618,4	1 005,0	479,7	525,3	64,2	461,1	393,5	148,5	41,5	19,2	7,6
Okt.	4 248,9	2 656,9	1 050,3	523,5	526,8	66,9	459,9	391,4	150,3	42,7	19,1	57,6
Nov.	4 288,8	2 707,4	1 041,1	513,9	527,2	66,9	460,3	389,3	151,0	42,6	19,1	51,2
Dez.	4 285,9	2 702,5	1 041,7	511,2	530,6	66,8	463,7	389,8	151,8	44,5	19,1	41,6
2026 Jan.	4 308,2	2 710,9	1 057,0	526,5	530,5	66,7	463,8	388,3	152,0	45,9	19,0	64,7
Febr.	4 295,2	2 703,9	1 050,8	519,9	531,0	67,1	463,9	387,3	153,2	46,7	19,0	57,3
März	4 296,0	2 697,5	1 058,5	526,8	531,6	68,2	463,4	385,1	154,9	49,1	18,8	60,5
April	4 307,9	2 715,1	1 054,3	522,0	532,3	68,3	464,0	382,4	156,1	52,0	18,8	56,8
Mai	4 328,4	2 731,1	1 057,0	521,7	535,3	68,8	466,5	382,6	157,8	52,2	20,2	67,0
Juni	4 335,3	2 720,7	1 070,1	536,3	533,8	67,9	465,9	381,6	162,9	51,7	20,2	76,8
												Veränderungen *)
2024	+ 163,7	+ 57,8	+ 122,3	+ 100,8	+ 21,6	+ 8,8	+ 12,8	− 39,7	+ 23,3	+ 13,5	+ 0,3	+ 0,8
2025	+ 117,5	+ 163,1	− 28,4	− 30,2	+ 1,8	− 0,5	+ 2,3	− 15,6	− 1,7	+ 7,9	− 0,3	+ 8,6
2025 Juli	+ 25,0	+ 25,1	+ 0,6	+ 2,3	− 1,7	− 1,7	− 0,1	− 0,8	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,0	− 1,2
Aug.	+ 4,0	+ 6,6	− 0,4	− 1,4	+ 1,0	+ 2,1	− 1,1	− 1,6	− 0,6	+ 0,8	− 0,0	− 0,7
Sept.	− 2,4	+ 1,6	− 2,7	− 4,2	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,3	− 1,6	+ 0,2	+ 4,8	− 0,0	+ 0,5
Okt.	+ 50,1	+ 31,8	+ 18,6	+ 18,0	+ 0,6	+ 1,9	− 1,3	− 2,1	+ 1,7	+ 1,2	− 0,1	+ 20,5
Nov.	+ 40,0	+ 50,5	− 9,1	− 9,6	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	− 2,1	+ 0,7	− 0,2	+ 0,0	− 6,4
Dez.	− 5,7	− 4,6	− 2,4	− 2,9	+ 0,5	− 0,5	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,9	− 0,1	− 9,6
2026 Jan.	+ 20,4	+ 5,9	+ 15,8	+ 15,8	− 0,0	− 0,2	+ 0,1	− 1,6	+ 0,3	+ 1,4	− 0,1	+ 21,9
Febr.	− 13,1	− 7,1	− 6,2	− 6,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	− 1,0	+ 1,2	+ 0,8	− 0,0	− 7,4
März	+ 0,8	− 6,4	+ 7,6	+ 7,0	+ 0,7	+ 1,2	− 0,5	− 2,2	+ 1,7	+ 2,4	− 0,1	+ 3,2
April	+ 11,9	+ 17,6	− 4,1	− 4,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,6	− 2,7	+ 1,2	+ 2,9	− 0,0	− 3,7
Mai	+ 20,6	+ 16,1	+ 2,7	− 0,2	+ 2,9	+ 0,4	+ 2,5	+ 0,2	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,4	+ 10,1
Juni	+ 7,0	− 10,2	+ 13,0	+ 14,4	− 1,4	− 0,9	− 0,5	− 1,0	+ 5,2	− 0,5	− 0,0	+ 9,8
	darunter: inländische Unternehmen											**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2023	1 194,6	723,0	453,9	204,3	249,6	19,0	230,6	3,3	14,4	2,5	15,5	2,7
2024	1 252,0	756,9	476,8	217,6	259,2	18,3	240,9	3,1	15,3	1,8	15,3	3,6
2025	1 319,1	799,5	501,7	245,9	255,8	19,2	236,7	3,1	14,8	1,6	14,6	41,6
2025 Juli	1 254,6	768,6	467,7	211,1	256,7	15,9	240,8	3,2	15,1	1,7	14,9	7,8
Aug.	1 246,4	757,3	470,9	215,6	255,3	16,3	239,1	3,1	15,1	1,6	14,8	7,1
Sept.	1 253,6	764,4	470,9	214,5	256,4	17,4	239,0	3,2	15,0	1,7	14,8	7,6
Okt.	1 326,9	794,3	514,5	257,5	256,9	19,6	237,3	3,2	15,0	1,6	14,6	57,6
Nov.	1 329,8	804,9	506,8	250,2	256,6	19,4	237,2	3,2	15,0	1,6	14,7	51,2
Dez.	1 319,1	799,5	501,7	245,9	255,8	19,2	236,7	3,1	14,8	1,6	14,6	41,6
2026 Jan.	1 341,1	807,2	516,1	261,2	254,9	18,8	236,1	3,1	14,7	1,6	14,5	64,7
Febr.	1 315,0	787,0	510,4	255,6	254,9	18,9	236,0	3,0	14,6	1,7	14,4	57,3
März	1 329,3	793,6	517,8	262,4	255,4	19,6	235,9	3,0	14,8	1,7	14,3	60,5
April	1 326,4	795,0	513,9	258,0	256,0	19,4	236,6	3,0	14,4	1,6	14,2	56,8
Mai	1 334,5	800,7	516,3	257,9	258,4	19,5	238,9	3,0	14,5	1,6	15,7	67,0
Juni	1 351,1	804,5	529,2	271,6	257,6	19,1	238,5	3,0	14,5	1,6	15,7	76,8
												Veränderungen *)
2024	+ 57,1	+ 34,5	+ 21,9	+ 13,5	+ 8,4	− 0,1	+ 8,5	− 0,3	+ 1,0	+ 0,9	− 0,2	+ 0,8
2025	+ 34,7	+ 36,5	− 1,3	+ 2,6	− 3,9	+ 0,1	− 4,0	− 0,0	− 0,5	− 0,2	− 0,7	+ 8,6
2025 Juli	+ 17,7	+ 14,2	+ 3,5	+ 4,3	− 0,8	− 0,2	− 0,6	− 0,0	− 0,0	+ 0,0	− 0,0	− 1,2
Aug.	− 8,1	− 11,2	+ 3,2	+ 4,5	− 1,3	+ 0,4	− 1,7	− 0,1	− 0,0	− 0,1	− 0,0	− 0,7
Sept.	+ 7,1	+ 7,1	− 0,0	− 1,1	+ 1,1	+ 1,2	− 0,1	+ 0,1	− 0,1	+ 0,0	− 0,1	+ 0,5
Okt.	+ 40,0	+ 23,1	+ 16,9	+ 17,2	− 0,3	+ 1,4	− 1,7	− 0,0	− 0,0	− 0,0	− 0,1	+ 20,5
Nov.	+ 2,9	+ 10,7	− 7,7	− 7,4	− 0,3	− 0,2	− 0,1	− 0,0	− 0,0	− 0,0	+ 0,0	− 6,4
Dez.	− 10,2	− 5,3	− 4,7	− 4,2	− 0,5	− 0,2	− 0,3	− 0,1	− 0,1	+ 0,0	− 0,0	− 9,6
2026 Jan.	+ 23,6	+ 7,4	+ 16,3	+ 16,6	− 0,3	− 0,2	− 0,1	+ 0,0	− 0,1	+ 0,0	− 0,2	+ 21,9
Febr.	− 26,0	− 20,2	− 5,7	− 5,6	− 0,1	+ 0,1	− 0,1	− 0,0	− 0,2	+ 0,0	− 0,0	− 7,4
März	+ 12,9	+ 5,3	+ 7,4	+ 6,8	+ 0,6	+ 0,7	− 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0	− 0,1	+ 3,2
April	− 2,9	+ 1,4	− 3,9	− 4,4	+ 0,6	− 0,1	+ 0,7	− 0,0	− 0,4	− 0,0	− 0,1	− 3,7
Mai	+ 8,3	+ 5,8	+ 2,4	+ 0,0	+ 2,4	− 0,0	+ 2,4	− 0,0	+ 0,1	− 0,0	+ 1,4	+ 10,1
Juni	+ 16,6	+ 3,9	+ 12,7	+ 13,6	− 0,9	− 0,4	− 0,5	− 0,0	− 0,0	+ 0,0	− 0,0	+ 9,8

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
			nach Gläubigergruppen						nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen				inländische Organisationen ohne Erwerbszweck		inländische Privatpersonen				
		insgesamt	zusammen	Selbständige	wirtschaftlich Unselbständige	sonstige Privatpersonen		insgesamt	zusammen	Selbständige	wirtschaftlich Unselbständige	sonstige Privatpersonen	
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2023	2 747,5	1 726,6	1 685,2	270,9	1 271,0	143,4	41,3	455,7	434,0	67,6	317,3	49,2	
2024	2 886,1	1 781,8	1 739,1	276,5	1 321,2	141,3	42,7	563,7	541,6	80,8	405,4	55,5	
2025	2 966,8	1 903,1	1 858,1	291,6	1 422,9	143,5	45,0	540,0	518,4	72,5	393,1	52,8	
2026 Jan.	2 967,1	1 903,7	1 857,8	288,4	1 426,0	143,3	46,0	540,9	518,3	72,1	393,5	52,7	
Febr.	2 980,2	1 916,9	1 869,6	288,5	1 437,0	144,1	47,3	540,4	517,8	71,8	393,7	52,3	
März	2 966,7	1 903,9	1 856,9	282,9	1 431,1	142,9	47,0	540,6	517,5	71,2	394,8	51,4	
April	2 981,5	1 920,1	1 873,4	287,0	1 442,7	143,7	46,7	540,4	517,3	71,5	395,4	50,4	
Mai	2 993,8	1 930,4	1 882,6	287,5	1 450,4	144,7	47,7	540,7	517,0	70,9	395,8	50,3	
Juni	2 984,2	1 916,2	1 868,8	282,6	1 441,3	144,8	47,5	541,0	517,1	70,6	396,7	49,8	
	Veränderungen *)												
2024	+ 106,6	+ 23,3	+ 22,0	+ 0,2	+ 27,7	− 5,9	+ 1,3	+ 100,5	+ 100,0	+ 12,8	+ 79,2	+ 8,0	
2025	+ 82,8	+ 126,7	+ 124,3	+ 17,1	+ 104,0	+ 3,2	+ 2,3	− 27,1	− 26,5	− 8,9	− 15,0	− 2,7	
2026 Jan.	− 3,2	− 1,5	− 0,3	− 2,3	+ 2,4	− 0,4	− 1,2	− 0,5	− 0,1	− 0,3	+ 0,4	− 0,1	
Febr.	+ 13,0	+ 13,1	+ 11,8	+ 0,1	+ 11,0	+ 0,8	+ 1,3	− 0,5	− 0,6	− 0,3	+ 0,2	− 0,4	
März	− 12,1	− 11,7	− 11,4	− 4,0	− 6,1	− 1,2	− 0,3	+ 0,3	− 0,3	− 0,2	+ 0,1	− 0,1	
April	+ 14,8	+ 16,2	+ 16,5	+ 4,1	+ 11,6	+ 0,8	− 0,3	− 0,3	− 0,2	+ 0,0	+ 0,2	− 0,4	
Mai	+ 12,3	+ 10,3	+ 9,2	+ 0,5	+ 7,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,3	− 0,3	− 0,6	+ 0,4	+ 0,0	
Juni	− 9,6	− 14,1	− 13,9	− 4,9	− 9,1	+ 0,2	− 0,3	+ 0,3	+ 0,1	− 0,3	+ 0,8	− 0,5	

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder					
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2023	286,9	52,0	9,8	6,7	35,5	0,0	11,6	51,9	19,7	21,9	9,9	0,4	15,1
2024	250,4	33,3	6,8	2,5	24,0	0,0	11,7	51,8	21,6	22,3	7,5	0,5	18,4
2025	242,0	24,3	6,6	7,0	10,6	0,0	11,4	52,4	21,0	23,8	7,2	0,4	20,2
2026 Jan.	238,6	24,7	7,2	6,9	10,6	0,0	11,3	55,5	22,9	25,1	7,1	0,4	20,2
Febr.	254,9	23,6	6,8	6,4	10,5	0,0	11,4	66,4	24,0	34,8	7,2	0,4	20,3
März	244,4	24,1	7,0	6,6	10,5	0,0	11,4	64,6	24,2	32,8	7,3	0,4	20,4
April	240,0	23,4	7,2	5,7	10,5	0,0	11,4	55,9	22,3	25,9	7,3	0,4	20,4
Mai	251,9	24,0	7,9	5,6	10,5	0,0	11,4	59,8	22,9	29,0	7,5	0,4	20,6
Juni	254,4	24,5	8,2	5,6	10,7	0,0	11,3	67,3	25,9	33,7	7,3	0,4	20,5
	Veränderungen *)												
2024	− 37,7	− 18,6	− 3,0	− 4,1	− 11,5	− 0,0	+ 0,1	− 0,7	+ 1,5	+ 0,3	− 2,6	+ 0,1	+ 3,4
2025	− 9,7	− 9,6	− 0,7	+ 4,4	− 13,3	− 0,0	− 0,3	+ 0,3	− 0,8	+ 1,4	− 0,2	− 0,0	+ 1,7
2026 Jan.	− 5,0	− 0,8	− 0,8	− 0,1	+ 0,1	+ 0,0	− 0,0	+ 3,2	+ 1,9	+ 1,3	− 0,1	+ 0,0	+ 0,1
Febr.	+ 16,3	− 1,0	− 0,4	− 0,5	− 0,1	− 0,0	+ 0,0	+ 10,7	+ 1,0	+ 9,7	+ 0,0	− 0,0	+ 0,0
März	− 10,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,0	−	+ 0,0	− 1,7	+ 0,2	− 2,0	+ 0,1	− 0,0	+ 0,1
April	− 4,4	− 0,7	+ 0,2	− 0,9	− 0,0	−	+ 0,0	− 8,7	− 1,9	− 6,8	+ 0,0	+ 0,0	− 0,0
Mai	+ 11,8	+ 0,6	+ 0,7	− 0,0	− 0,0	−	−	+ 3,9	+ 0,6	+ 3,1	+ 0,2	− 0,0	+ 0,2
Juni	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,3	− 0,1	+ 0,2	−	− 0,1	+ 7,4	+ 3,0	+ 4,7	− 0,2	+ 0,0	− 0,1

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

Spareinlagen [3]								Nachrichtlich:			
	nach Befristung										
		über 1 Jahr [2]									
			darunter:								
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre	insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe [4]	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) [5]	Verbindlichkeiten aus Repos	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
21,6	204,7	251,0	38,2	212,7	441,8	438,4	3,4	123,5	21,0	3,5	–	2023
22,1	297,8	266,0	47,7	218,2	402,4	399,7	2,7	138,2	34,7	4,0	–	2024
21,6	265,3	274,7	47,6	227,1	386,8	384,4	2,4	137,0	42,8	4,4	–	2025
22,5	265,3	275,5	47,8	227,7	385,2	382,7	2,5	137,3	44,2	4,5	–	2026 Jan.
22,6	264,3	276,1	48,2	227,9	384,3	381,7	2,5	138,6	45,1	4,5	–	Febr.
23,2	264,4	276,2	48,7	227,5	382,0	379,5	2,5	140,1	47,5	4,5	–	März
23,1	264,1	276,3	48,9	227,4	379,4	376,9	2,5	141,7	50,4	4,5	–	April
23,7	263,8	276,9	49,4	227,5	379,6	377,1	2,5	143,2	50,6	4,5	–	Mai
23,9	264,7	276,3	48,8	227,5	378,6	376,1	2,5	148,5	50,1	4,5	–	Juni
Veränderungen *)												
+ 0,5	+ 87,3	+ 13,2	+ 8,9	+ 4,3	– 39,4	– 38,7	– 0,7	+ 22,3	+ 12,6	+ 0,5	–	2024
– 0,5	– 32,7	+ 5,7	– 0,6	+ 6,2	– 15,6	– 15,3	– 0,3	– 1,2	+ 8,1	+ 0,4	–	2025
– 0,4	– 0,7	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	– 1,6	– 1,7	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,4	+ 0,1	–	2026 Jan.
+ 0,1	– 1,0	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	– 1,0	– 1,0	– 0,0	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,0	–	Febr.
+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	– 0,4	– 2,2	– 2,2	– 0,0	+ 1,5	+ 2,4	+ 0,0	–	März
– 0,1	– 0,4	+ 0,1	+ 0,2	– 0,1	– 2,7	– 2,7	– 0,0	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,0	–	April
+ 0,6	– 0,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	– 0,0	+ 1,6	+ 0,3	– 0,0	–	Mai
+ 0,2	+ 0,9	– 0,6	– 0,6	– 0,0	– 1,0	– 1,0	– 0,0	+ 5,2	– 0,5	– 0,0	–	Juni

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV. 12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						
		Termineinlagen [3]						Termineinlagen				
zusammen	Sichteinlagen	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	Spareinlagen und Sparbriefe [2] [4]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	Spareinlagen und Sparbriefe [2]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
83,3	45,6	19,8	14,1	3,8	0,0	99,6	16,1	57,2	25,3	1,0	–	2023
80,1	45,3	18,0	13,2	3,5	0,0	85,3	18,2	48,1	18,1	0,8	–	2024
76,7	44,2	16,2	12,7	3,5	0,0	88,7	21,4	50,8	15,9	0,6	–	2025
70,3	37,2	16,8	12,9	3,5	0,0	88,1	22,8	48,3	16,3	0,7	–	2026 Jan.
73,6	40,2	17,0	12,9	3,5	0,0	91,4	25,9	48,1	16,6	0,7	–	Febr.
68,4	35,6	16,5	12,8	3,5	0,0	87,3	23,5	46,5	16,5	0,7	–	März
70,0	37,0	16,7	12,7	3,6	0,0	90,6	24,4	49,3	16,1	0,8	–	April
76,0	41,5	18,1	12,8	3,6	0,0	92,0	26,6	47,4	17,2	0,7	–	Mai
69,3	35,8	17,2	12,6	3,6	0,0	93,4	27,6	47,9	17,2	0,7	–	Juni
Veränderungen *)												
– 3,5	– 0,5	– 1,8	– 0,9	– 0,3	–	– 14,9	+ 2,2	– 9,4	– 7,3	– 0,3	–	2024
– 3,7	– 1,2	– 1,8	– 0,7	– 0,0	– 0,0	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,7	– 2,2	– 0,2	–	2025
– 6,6	– 7,0	+ 0,3	+ 0,1	– 0,0	–	– 0,7	+ 1,4	– 2,5	+ 0,3	+ 0,1	–	2026 Jan.
+ 3,3	+ 3,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,0	–	+ 3,2	+ 3,1	– 0,2	+ 0,3	+ 0,0	–	Febr.
– 5,2	– 4,6	– 0,5	– 0,1	+ 0,0	–	– 4,1	– 2,4	– 1,5	– 0,1	– 0,0	–	März
+ 1,7	+ 1,5	+ 0,2	– 0,0	+ 0,1	–	+ 3,3	+ 0,9	+ 2,8	– 0,4	+ 0,0	–	April
+ 5,9	+ 4,3	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,0	–	+ 1,3	+ 2,2	– 1,9	+ 1,0	– 0,0	–	Mai
– 6,8	– 5,7	– 0,9	– 0,1	– 0,0	–	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,1	– 0,0	–	Juni

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds "Deutsche Einheit", Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an			
		von Inländern					von Ausländern				inländische Nichtbanken		
			mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten								
	insgesamt	zusammen	zusammen	darunter Sondersparformen 2)	zusammen	darunter Sondersparformen 2)	zusammen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist		Nichtbanken insgesamt	zusammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	ausländische Nichtbanken
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2023	450,5	445,9	395,3	187,1	50,6	43,0	4,6	3,8	2,6	143,2	142,2	35,5	1,0
2024	410,3	406,0	346,2	169,7	59,8	53,0	4,3	3,3	3,7	158,9	157,8	43,2	1,1
2025	394,4	390,3	330,4	168,2	59,9	53,3	4,2	3,1	3,8	157,0	155,9	54,9	1,1
2026 Febr.	391,8	387,7	327,1	166,5	60,6	54,2	4,2	3,1	0,2	158,6	157,4	57,1	1,1
März	389,6	385,5	324,5	165,4	60,9	54,6	4,1	3,0	0,2	160,3	159,2	57,9	1,1
April	387,0	382,8	322,1	164,1	60,8	54,5	4,1	3,0	0,2	161,6	160,4	58,2	1,1
Mai	387,2	383,0	320,1	163,2	63,0	56,6	4,1	3,0	0,2	163,2	162,1	58,4	1,1
Juni	386,2	382,0	317,5	162,0	64,6	58,3	4,1	3,0	0,2	168,4	167,2	59,0	1,2
	Veränderungen *)												
2024	− 40,2	− 40,0	− 49,2	− 17,1	+ 9,2	+ 10,0	− 0,2	− 0,5	.	+ 23,3	+ 23,1	+ 8,9	+ 0,2
2025	− 15,9	− 15,8	− 16,9	− 2,4	+ 1,2	+ 1,3	− 0,2	− 0,2	.	− 1,8	− 1,8	+ 11,7	− 0,0
2026 Febr.	− 1,0	− 1,0	− 1,6	− 0,8	+ 0,6	+ 0,6	− 0,0	− 0,0	.	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,0
März	− 2,2	− 2,2	− 2,6	− 1,1	+ 0,4	+ 0,4	− 0,0	− 0,0	.	+ 1,7	+ 1,7	+ 0,8	+ 0,0
April	− 2,6	− 2,6	− 2,5	− 1,4	− 0,2	− 0,1	− 0,0	− 0,0	.	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,0
Mai	+ 0,2	+ 0,2	− 2,0	− 0,9	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,0	− 0,0	.	+ 1,7	+ 1,7	+ 0,3	+ 0,0
Juni	− 1,0	− 1,0	− 2,6	− 1,2	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,0	− 0,0	.	+ 5,2	+ 5,2	+ 0,6	+ 0,0

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. **2** Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. **3** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene börsenfähige Schuldverschreibungen	Nachrangig begebene nicht börsenfähige Schuldverschreibungen
		darunter:				mit Laufzeit								
						bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre						
	insgesamt	variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	über 2 Jahre	insgesamt	darunter mit Laufzeit über 2 Jahre		
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2023	1 327,5	85,8	15,7	312,6	101,2	122,9	1,3	43,7	3,4	1 160,9	0,0	0,0	37,5	0,1
2024	1 360,0	97,6	15,7	319,0	111,2	121,4	1,2	42,7	3,8	1 196,0	0,2	0,0	40,9	0,1
2025	1 405,8	120,4	24,9	315,3	128,2	147,1	1,5	35,6	4,4	1 223,2	1,5	0,0	36,2	0,1
2026 Febr.	1 423,5	121,5	30,3	308,8	110,2	134,3	1,7	32,4	4,6	1 256,8	1,5	0,0	36,6	0,1
März	1 411,7	126,1	29,8	307,5	95,8	119,4	1,6	30,2	4,6	1 262,0	1,5	0,0	35,6	0,1
April	1 419,7	130,0	29,3	306,4	98,4	119,9	1,7	30,1	4,8	1 269,7	1,2	0,0	35,6	0,1
Mai	1 430,3	132,9	30,1	311,1	97,4	120,3	1,8	30,3	4,9	1 279,7	1,2	0,0	35,1	0,1
Juni	1 446,8	135,4	30,7	325,0	106,9	130,4	1,7	30,8	4,7	1 285,6	1,1	0,0	35,4	0,1
	Veränderungen *)													
2024	+ 31,5	+ 11,9	+ 1,0	+ 5,3	+ 8,7	− 2,1	− 0,1	− 0,5	+ 0,4	+ 34,0	+ 0,2	− 0,0	+ 3,4	− 0,0
2025	+ 46,1	+ 23,1	+ 8,7	− 3,5	+ 17,0	+ 25,2	+ 0,3	− 6,6	+ 0,6	+ 27,5	+ 1,3	− 0,0	− 4,7	−
2026 Febr.	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,2	− 2,4	− 4,8	− 3,1	+ 0,1	− 0,1	+ 0,1	+ 5,1	− 0,0	− 0,0	− 1,2	−
März	− 11,8	+ 4,5	− 0,5	− 1,3	− 14,4	− 14,8	− 0,1	− 2,2	− 0,0	+ 5,2	+ 0,0	−	− 1,0	−
April	+ 8,0	+ 4,2	− 0,4	− 1,1	+ 2,5	+ 0,5	+ 0,0	− 0,1	+ 0,2	+ 7,6	− 0,4	−	+ 0,0	−
Mai	+ 10,5	+ 2,9	+ 0,7	+ 4,7	− 0,9	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 10,1	− 0,0	−	− 0,5	−
Juni	+ 16,5	+ 2,6	+ 0,7	+ 13,9	+ 9,5	+ 10,1	− 0,1	+ 0,5	− 0,3	+ 5,9	− 0,1	−	+ 0,3	−

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. **2** Emissionswert bei Auflegung. **3** Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. **4** Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. **5** Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. **6** Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 1)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 6)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 8)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 9)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 2)	Baudarlehen 3)	Bankschuldverschreibungen 4)	Baudarlehen			Wertpapiere (einschl. Schatzwechsel und U-Schätze) 5)	Bauspareinlagen	Sicht- und Termingelder	Bauspareinlagen	Sicht- und Termingelder 7)			
						Bauspardarlehen	Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	sonstige Baudarlehen								
Alle Bausparkassen																
2025	13	260,3	19,8	0,2	14,2	26,2	131,1	43,1	21,2	0,6	37,0	178,0	14,0	9,9	13,7	60,9
2026 April	13	260,0	19,4	0,2	13,8	28,0	129,7	43,8	20,9	0,5	37,5	176,4	13,9	10,9	13,9	4,7
Mai	13	260,1	19,4	0,2	13,7	28,2	129,4	44,0	20,8	0,5	37,3	176,3	13,9	10,9	13,9	4,5
Juni	13	261,0	19,6	0,2	13,6	28,7	129,3	44,1	20,8	0,5	38,5	175,9	14,0	10,9	13,9	4,6
Private Bausparkassen																
2026 April	8	184,9	7,6	0,1	8,6	17,7	99,5	38,1	10,4	0,1	34,0	112,4	13,6	10,9	9,5	3,0
Mai	8	185,0	7,7	0,1	8,5	17,8	99,3	38,2	10,3	0,1	33,9	112,4	13,6	10,9	9,6	2,8
Juni	8	185,8	7,9	0,1	8,4	18,2	99,1	38,4	10,3	0,1	34,8	112,1	13,7	10,9	9,6	2,8
Öffentliche Bausparkassen																
2026 April	5	75,1	11,8	0,0	5,3	10,3	30,2	5,7	10,6	0,4	3,5	64,0	0,3	–	4,4	1,7
Mai	5	75,1	11,8	0,1	5,2	10,4	30,2	5,7	10,5	0,4	3,4	63,9	0,3	–	4,4	1,7
Juni	5	75,2	11,7	0,1	5,2	10,5	30,2	5,7	10,5	0,4	3,7	63,8	0,3	–	4,4	1,7

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen						Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 11)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 13)
							Zuteilungen				neu gewährte Vor- und Zwischenfinanzierungskredite und sonstige Baudarlehen					
							Bauspareinlagen		Bauspardarlehen 10)							
	eingezahlte Bauspareinlagen 10)	Zinsgutschriften auf Bauspareinlagen	Rückzahlungen von Bauspareinlagen aus nicht zugeteilten Verträgen	insgesamt	darunter Nettozuteilungen 12)	insgesamt	zusammen	darunter zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	zusammen	darunter zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		insgesamt	darunter aus Zuteilungen	insgesamt	darunter Tilgungen im Quartal	
Alle Bausparkassen																
2025	24,5	1,4	5,2	53,9	38,4	48,0	22,9	4,8	11,2	5,1	13,9	12,0	7,5	7,0	6,0	0,2
2026 April	1,9	0,0	0,4	4,9	3,5	4,3	2,1	0,4	1,0	0,5	1,2	12,2	7,4	0,6	.	0,0
Mai	2,1	0,0	0,4	4,3	3,2	3,8	1,9	0,4	0,8	0,4	1,1	12,3	7,5	0,7	.	0,0
Juni	1,9	0,0	0,4	4,7	3,3	4,3	2,0	0,4	1,1	0,5	1,3	12,1	7,4	0,7	.	0,0
Private Bausparkassen																
2026 April	1,2	0,0	0,2	3,6	2,5	3,1	1,5	0,4	0,7	0,4	1,0	8,5	4,4	0,5	.	0,0
Mai	1,3	0,0	0,2	3,0	2,0	2,7	1,2	0,3	0,5	0,4	0,9	8,6	4,6	0,5	.	0,0
Juni	1,2	0,0	0,2	3,3	2,2	3,1	1,3	0,3	0,7	0,4	1,1	8,4	4,4	0,5	.	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2026 April	0,7	0,0	0,2	1,3	1,1	1,2	0,6	0,1	0,3	0,1	0,2	3,7	3,0	0,2	.	0,0
Mai	0,8	0,0	0,2	1,3	1,1	1,1	0,6	0,1	0,3	0,1	0,2	3,7	3,0	0,2	.	0,0
Juni	0,7	0,0	0,2	1,4	1,2	1,2	0,7	0,1	0,3	0,1	0,2	3,7	3,0	0,2	.	0,0

***** Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. **2** Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Gut haben bei Zentralnotenbanken. **3** Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. **4** Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. **5** Einschl. Ausgleichsforderungen. **6** Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. **7** Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. **8** Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine Bankrisiken. **9** Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. **10** Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. **11** Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. **12** Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. **13** Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in "Eingezahlte Bausparbeträge" und "Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen" enthalten.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der: deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Anzahl der: Auslandsfilialen 1) bzw. Auslandstöchter	Bilanzsumme 7)	Kredite an Banken (MFIs): insgesamt	Kredite an Banken (MFIs): Guthaben und Buchkredite: zusammen	Kredite an Banken (MFIs): Guthaben und Buchkredite: deutsche Banken	Kredite an Banken (MFIs): Guthaben und Buchkredite: ausländische Banken	Kredite an Banken (MFIs): Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs): insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs): Buchkredite: zusammen	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs): Buchkredite: an deutsche Nichtbanken	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs): Buchkredite: an ausländische Nichtbanken	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs): Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	Sonstige Aktivpositionen 7): insgesamt	Sonstige Aktivpositionen 7): darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands
Auslandsfilialen 9)															**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2022	47	202	1 625,5	461,8	447,4	315,6	131,8	14,4	516,7	447,7	9,7	437,9	69,0	647,0	513,3
2023	47	200	1 544,2	457,5	437,7	304,4	133,3	19,8	507,9	421,0	5,4	415,6	86,9	578,8	417,0
2024	47	197	1 722,7	526,7	504,9	360,7	144,1	21,8	580,2	486,1	4,9	481,2	94,1	615,8	456,9
2024 März	47	199	1 634,7	506,6	483,8	327,2	156,6	22,8	523,9	431,4	5,1	426,3	92,6	604,1	428,8
April	47	199	1 668,0	499,4	474,9	325,7	149,3	24,4	520,3	432,4	4,8	427,5	88,0	648,2	477,1
Mai	47	199	1 647,4	504,5	482,0	330,9	151,1	22,4	528,0	440,3	4,9	435,5	87,7	614,9	439,2
Juni	47	198	1 612,4	498,6	478,8	329,8	148,9	19,9	538,5	449,1	4,9	444,2	89,3	575,3	421,0
Juli	47	198	1 596,9	505,8	485,8	328,1	157,7	19,9	539,9	450,4	5,2	445,2	89,5	551,3	384,7
Aug.	47	195	1 594,9	499,8	479,7	324,4	155,3	20,1	543,0	453,3	5,3	448,0	89,8	552,1	380,5
Sept.	47	195	1 598,5	499,1	478,8	322,5	156,3	20,4	568,4	477,9	5,1	472,8	90,5	530,9	372,4
Okt.	47	197	1 645,8	503,1	482,0	333,2	148,9	21,0	579,7	492,9	4,9	488,0	86,8	563,0	393,0
Nov.	47	197	1 708,6	528,3	507,5	357,3	150,2	20,8	591,7	500,9	4,6	496,3	90,8	588,6	412,9
Dez.	47	197	1 722,7	526,7	504,9	360,7	144,1	21,8	580,2	486,1	4,9	481,2	94,1	615,8	456,9
															Veränderungen *)
2023	± 0	− 2	− 83,7	− 2,7	− 8,1	− 12,1	+ 4,0	+ 5,4	− 1,4	− 20,2	− 4,4	− 15,8	+ 18,8	− 68,1	− 94,4
2024	± 0	− 3	+ 175,7	+ 64,6	+ 62,6	+ 56,3	+ 6,3	+ 2,0	+ 54,2	+ 49,1	− 0,5	+ 49,6	+ 5,1	+ 32,0	+ 37,6
2024 April	± 0	−	+ 32,9	− 7,5	− 9,2	− 1,5	− 7,7	+ 1,6	− 5,4	− 0,6	− 0,3	− 0,3	− 4,8	+ 43,7	+ 48,1
Mai	± 0	−	− 19,9	+ 6,2	+ 8,2	+ 5,2	+ 3,0	− 2,0	+ 10,8	+ 10,8	+ 0,0	+ 10,7	+ 0,0	− 32,6	− 37,5
Juni	± 0	− 1	− 35,7	− 7,1	− 4,5	− 1,1	− 3,4	− 2,6	+ 6,6	+ 5,4	+ 0,1	+ 5,3	+ 1,2	− 40,3	− 18,8
Juli	± 0	−	− 15,0	+ 7,3	+ 7,2	− 1,7	+ 9,0	+ 0,1	+ 3,7	+ 3,2	+ 0,2	+ 3,0	+ 0,4	− 24,0	− 36,0
Aug.	± 0	− 3	− 0,8	− 4,4	− 4,5	− 3,7	− 0,8	+ 0,1	+ 8,8	+ 7,9	+ 0,1	+ 7,8	+ 1,0	+ 0,8	− 3,0
Sept.	± 0	−	+ 4,1	− 0,0	− 0,3	− 1,9	+ 1,6	+ 0,3	+ 27,5	+ 26,5	− 0,2	+ 26,7	+ 1,0	− 21,2	− 7,8
Okt.	± 0	+ 2	+ 46,0	+ 2,1	+ 1,4	+ 10,7	− 9,3	+ 0,7	+ 4,4	+ 9,0	− 0,2	+ 9,2	− 4,5	+ 30,8	+ 19,5
Nov.	± 0	−	+ 61,2	+ 22,3	+ 22,5	+ 24,1	− 1,6	− 0,3	+ 2,7	− 0,3	− 0,3	− 0,0	+ 3,0	+ 24,1	+ 18,9
Dez.	± 0	−	+ 13,3	− 2,3	− 3,3	+ 3,4	− 6,8	+ 1,1	− 15,8	− 18,6	+ 0,3	− 18,9	+ 2,8	+ 26,3	+ 43,5
Auslandstöchter 8)															**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2021	12	35	246,0	50,8	44,4	20,7	23,7	6,3	139,5	116,3	12,6	103,7	23,2	55,7	0,0
2022	11	32	256,7	61,5	52,0	20,5	31,4	9,5	145,8	124,5	13,3	111,2	21,3	49,4	0,0
2023	12	31	264,0	74,5	63,9	25,7	38,2	10,6	146,4	125,2	11,9	113,4	21,1	43,1	0,0
2023 März	11	32	253,9	62,2	51,7	20,7	31,0	10,5	146,5	126,2	13,3	112,9	20,2	45,2	0,0
April	11	31	250,9	64,4	53,3	22,4	30,9	11,1	145,3	125,6	13,0	112,6	19,8	41,2	0,0
Mai	11	31	250,9	59,3	48,8	21,5	27,2	10,5	146,2	126,3	12,8	113,5	19,9	45,5	0,0
Juni	12	32	253,3	64,2	52,8	22,4	30,4	11,5	146,6	126,7	12,7	113,9	19,9	42,5	0,0
Juli	12	31	253,4	63,6	52,2	23,0	29,3	11,4	147,4	126,9	12,9	114,1	20,5	42,4	0,0
Aug.	12	31	252,8	62,8	52,2	21,9	30,3	10,6	146,0	125,6	12,7	112,9	20,4	44,1	0,0
Sept.	12	31	256,2	66,4	56,0	25,0	31,0	10,5	146,7	125,8	12,3	113,5	20,9	43,0	0,0
Okt.	12	31	257,4	65,8	56,0	24,5	31,5	9,8	146,8	126,2	12,0	114,2	20,6	44,8	0,0
Nov.	12	31	259,9	66,9	57,7	23,6	34,1	9,3	147,8	126,9	12,1	114,8	20,9	45,2	0,0
Dez.	12	31	264,0	74,5	63,9	25,7	38,2	10,6	146,4	125,2	11,9	113,4	21,1	43,1	0,0
															Veränderungen *)
2022	− 1	− 3	+ 6,5	+ 8,2	+ 5,2	− 0,2	+ 5,6	+ 2,8	+ 5,0	+ 6,9	+ 0,7	+ 6,3	− 1,9	− 6,5	± 0,0
2023	+ 1	− 1	+ 8,7	+ 13,5	+ 12,2	+ 5,2	+ 7,1	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,7	− 1,4	+ 3,1	− 0,2	− 6,3	± 0,0
2023 April	−	− 1	− 2,7	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,7	− 0,1	+ 0,6	− 0,8	− 0,4	− 0,3	− 0,1	− 0,5	− 4,1	± 0,0
Mai	−	−	− 1,5	− 5,7	− 4,9	− 0,8	− 4,1	− 0,7	− 0,1	− 0,3	− 0,2	− 0,0	+ 0,1	+ 4,3	± 0,0
Juni	+ 1	+ 1	+ 3,2	+ 5,3	+ 4,2	+ 0,9	+ 3,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	− 0,0	+ 0,9	+ 0,0	− 3,0	± 0,0
Juli	−	− 1	+ 0,6	− 0,5	− 0,4	+ 0,6	− 1,0	− 0,1	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	− 0,1	± 0,0
Aug.	−	−	− 1,2	− 1,0	− 0,2	− 1,0	+ 0,8	− 0,9	− 1,8	− 1,7	− 0,2	− 1,5	− 0,1	+ 1,7	± 0,0
Sept.	−	−	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,0	+ 0,5	− 0,2	− 0,0	− 0,5	− 0,4	− 0,1	+ 0,5	− 1,0	± 0,0
Okt.	−	−	+ 1,4	− 0,6	+ 0,1	− 0,4	+ 0,5	− 0,7	+ 0,2	+ 0,5	− 0,3	+ 0,8	− 0,3	+ 1,8	± 0,0
Nov.	−	−	+ 3,8	+ 1,5	+ 2,0	− 0,9	+ 2,9	− 0,4	+ 1,8	+ 1,5	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,4	± 0,0
Dez.	−	−	+ 4,5	+ 7,7	+ 6,3	+ 2,1	+ 4,2	+ 1,4	− 1,1	− 1,3	− 0,2	− 1,1	+ 0,3	− 2,0	± 0,0

***** „Ausland" umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen als eine Filiale. **2** Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldver-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen 6) 7)		
	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)										
					deutsche Nichtbanken 4)									
insgesamt	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	insgesamt	zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig	ausländische Nichtbanken	Geldmarktpapiere und Schuldverschreibungen im Umlauf 5)	Betriebskapital bzw. Eigenkapital	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												**Auslandsfilialen** 9)		
943,4	573,6	435,2	138,5	369,8	10,4	8,9	1,5	359,4	61,7	63,1	557,4	512,9	2022	
943,5	554,5	422,6	131,9	389,0	10,6	9,5	1,2	378,4	64,1	66,1	470,5	418,3	2023	
1 057,4	635,5	503,3	132,2	421,9	14,9	13,9	1,0	407,0	72,5	72,9	519,9	461,0	2024	
997,2	587,3	442,4	144,9	409,9	11,3	10,3	1,0	398,6	86,3	69,4	481,8	431,6	2024	März
978,9	576,4	435,8	140,6	402,5	11,1	10,1	1,0	391,4	88,0	69,2	531,8	479,3		April
998,2	591,9	449,7	142,1	406,3	14,8	13,9	1,0	391,5	85,8	69,0	494,4	443,4		Mai
986,4	578,3	450,5	127,8	408,0	14,2	13,2	1,0	393,8	81,7	69,5	474,7	423,1		Juni
999,5	583,6	450,6	133,0	415,9	14,3	13,4	1,0	401,6	87,0	69,3	441,1	388,9		Juli
1 002,4	591,0	457,1	133,9	411,4	14,9	13,9	1,0	396,6	85,5	69,1	437,8	385,0		Aug.
1 014,0	602,5	466,1	136,4	411,5	13,4	12,5	0,9	398,0	84,7	70,1	429,7	377,0		Sept.
1 040,4	610,4	472,5	137,9	430,0	13,9	13,0	1,0	416,1	81,7	70,8	453,0	397,1		Okt.
1 075,0	638,7	501,0	137,8	436,3	15,0	14,0	1,0	421,3	88,0	71,3	474,2	417,6		Nov.
1 057,4	635,5	503,3	132,2	421,9	14,9	13,9	1,0	407,0	72,5	72,9	519,9	461,0		Dez.
Veränderungen *)														
+ 1,2	− 17,0	− 13,8	− 3,1	+ 18,1	+ 1,2	+ 1,5	− 0,3	+ 16,9	+ 3,9	+ 3,0	− 88,0	− 94,5	2023	
+ 107,9	+ 76,0	+ 80,7	− 4,6	+ 31,9	+ 4,3	+ 4,4	− 0,1	+ 27,6	+ 5,6	+ 6,8	+ 49,4	+ 42,9	2024	
− 18,8	− 11,4	− 6,6	− 4,8	− 7,4	− 0,2	− 0,2	− 0,0	− 7,3	+ 1,3	− 0,2	+ 50,0	+ 47,7	2024	April
+ 20,5	+ 16,6	+ 13,9	+ 2,7	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,7	− 0,0	+ 0,1	− 1,5	− 0,2	− 37,4	− 35,9		Mai
− 13,2	− 14,7	+ 0,7	− 15,5	+ 1,5	− 0,6	− 0,6	+ 0,0	+ 2,2	− 4,8	+ 0,5	− 19,7	− 20,3		Juni
+ 13,5	+ 5,5	+ 0,1	+ 5,4	+ 8,1	+ 0,1	+ 0,1	− 0,0	+ 7,9	+ 5,7	− 0,2	− 33,6	− 34,2		Juli
+ 4,9	+ 9,0	+ 6,5	+ 2,5	− 4,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,0	− 4,7	− 0,3	− 0,2	− 3,3	− 3,6		Aug.
+ 12,3	+ 12,1	+ 9,0	+ 3,1	+ 0,2	− 1,4	− 1,4	− 0,1	+ 1,6	− 0,4	+ 1,0	− 8,1	− 8,0		Sept.
+ 24,2	+ 6,1	+ 6,4	− 0,3	+ 18,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,0	+ 17,6	− 4,4	+ 0,7	+ 23,3	+ 20,1		Okt.
+ 31,1	+ 25,3	+ 28,4	− 3,1	+ 5,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,0	+ 4,7	+ 4,9	+ 0,5	+ 21,2	+ 20,5		Nov.
− 18,7	− 4,0	+ 2,4	− 6,4	− 14,7	− 0,1	− 0,1	+ 0,1	− 14,6	− 16,4	+ 1,6	+ 45,7	+ 43,4		Dez.
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												**Auslandstöchter** 8)		
178,6	64,2	33,0	31,2	114,4	7,3	4,9	2,4	107,1	16,4	20,3	30,7	0,0	2021	
189,4	67,5	38,6	28,9	122,0	6,9	4,6	2,3	115,1	13,5	20,1	33,7	0,0	2022	
195,9	76,0	51,2	24,8	119,9	6,4	4,0	2,4	113,4	12,1	20,8	35,3	0,0	2023	
186,6	71,2	42,2	29,1	115,4	6,8	4,3	2,5	108,5	12,3	20,3	34,8	0,0	2023	März
183,5	71,0	44,0	27,0	112,5	6,9	4,5	2,5	105,6	12,2	20,2	35,0	0,0		April
183,9	71,2	43,6	27,6	112,8	6,9	4,4	2,5	105,9	12,1	20,6	34,3	0,0		Mai
185,6	71,9	45,4	26,5	113,7	6,6	4,2	2,4	107,1	10,6	20,5	36,6	0,0		Juni
187,9	72,3	47,0	25,3	115,6	6,8	4,4	2,4	108,8	10,5	20,5	34,4	0,0		Juli
185,5	70,6	46,0	24,7	114,8	6,6	4,2	2,4	108,2	10,3	20,6	36,4	0,0		Aug.
188,2	74,1	49,1	25,1	114,1	6,7	4,3	2,4	107,4	11,3	20,5	36,0	0,0		Sept.
189,3	73,1	48,3	24,8	116,2	6,5	4,1	2,4	109,7	11,6	20,8	35,8	0,0		Okt.
192,1	73,7	48,4	25,3	118,4	6,5	4,1	2,4	111,8	11,6	20,8	35,4	0,0		Nov.
195,9	76,0	51,2	24,8	119,9	6,4	4,0	2,4	113,4	12,1	20,8	35,3	0,0		Dez.
Veränderungen *)														
+ 7,7	+ 1,4	+ 5,6	− 4,2	+ 6,3	− 0,4	− 0,3	− 0,1	+ 6,7	− 2,9	− 0,2	+ 2,2	± 0,0	2022	
+ 7,6	+ 8,9	+ 12,6	− 3,8	− 1,3	− 0,4	− 0,5	+ 0,1	− 0,8	− 1,4	+ 0,7	+ 1,8	± 0,0	2023	
− 2,7	− 0,1	+ 1,8	− 1,9	− 2,6	+ 0,1	+ 0,2	− 0,0	− 2,7	− 0,1	− 0,1	+ 0,2	± 0,0	2023	April
− 0,6	− 0,3	− 0,4	+ 0,2	− 0,4	− 0,0	− 0,0	+ 0,0	− 0,4	− 0,0	+ 0,4	− 1,2	± 0,0		Mai
+ 2,3	+ 1,0	+ 1,8	− 0,9	+ 1,3	− 0,3	− 0,3	− 0,0	+ 1,6	− 1,6	− 0,1	+ 2,5	± 0,0		Juni
+ 2,7	+ 0,6	+ 1,6	− 1,1	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 2,0	− 0,0	+ 0,0	− 2,1	± 0,0		Juli
− 2,9	− 1,9	− 1,0	− 0,8	− 1,1	− 0,2	− 0,2	− 0,0	− 0,9	− 0,2	+ 0,1	+ 1,8	± 0,0		Aug.
+ 1,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 0,1	− 1,3	+ 0,1	+ 0,1	− 0,0	− 1,4	+ 1,0	− 0,1	− 0,7	± 0,0		Sept.
+ 1,2	− 1,0	− 0,8	− 0,2	+ 2,2	− 0,2	− 0,2	− 0,0	+ 2,3	+ 0,2	+ 0,3	− 0,2	± 0,0		Okt.
+ 3,7	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,8	+ 2,8	− 0,0	− 0,0	− 0,0	+ 2,8	+ 0,1	+ 0,0	− 0,0	± 0,0		Nov.
+ 4,1	+ 2,4	+ 2,8	− 0,4	+ 1,7	− 0,1	− 0,1	− 0,0	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,0	± 0,0		Dez.

schreibungen. **3** Einschl. eigener Schuldverschreibungen. **4** Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. **5** Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. **6** Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. **7** Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. **8** Die Zahlen der Auslandstöchter wurden letztmalig 12.23 erhoben. **9** Die Zahlen der Auslandsfilialen wurden letztmalig 12.24 erhoben.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum

Mrd €

Reserve-periode beginnend im Monat [1]	Reservebasis [2]	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages [3]	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages [4]	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten [5]	Überschussreserven (ohne Einlage-fazilität) [6]	Summe aller Unter-schreitungen des Reserve-Solls [7]
2019	13 485,4	134,9	134,5	1 623,7	1 489,3	0,0
2020	14 590,4	145,9	145,5	3 029,4	2 883,9	0,0
2021	15 576,6	155,8	155,4	3 812,3	3 656,9	0,1
2022	16 843,0	168,4	168,0	195,6	28,1	0,0
2023	16 261,6	162,6	162,3	170,5	8,2	0,0
2024	16 422,2	164,2	163,9	170,8	6,9	0,0
2025	16 914,6	169,1	169,6	175,5	5,9	0,0
2026 Mai	17 387,3	173,9	173,6	178,5	5,0	0,0
Juni p)	17 417,3	174,2	173,9	328,4	154,5	0,0
Juli p)	17 497,1	175,0	174,7	...	...	...

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserve-periode beginnend im Monat [1]	Reservebasis [2]	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages [3]	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages [4]	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten [5]	Überschussreserven (ohne Einlage-fazilität) [6]	Summe aller Unter-schreitungen des Reserve-Solls [7]
2019	3 728 027	27,6	37 280	37 131	486 477	449 346	0
2020	4 020 792	27,6	40 208	40 062	878 013	837 951	1
2021	4 260 398	27,4	42 604	42 464	1 048 819	1 006 355	0
2022	4 664 630	27,7	46 646	46 512	54 848	8 337	5
2023	4 483 853	27,6	44 839	44 709	47 008	2 299	0
2024	4 517 828	27,5	45 178	45 052	48 069	3 016	1
2025	4 640 203	27,4	46 402	46 280	48 017	1 737	1
2026 Mai	4 706 679	27,1	47 067	46 945	48 070	1 125	0
Juni p)	4 706 613	27,0	47 066	46 945	101 406	54 461	1
Juli p)	4 744 907	27,1	47 449	47 329	...	...	...

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserve-periode beginnend im Monat [1]	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Kredit-genossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unter-stützungsaufgaben
2019	7 684	5 494	2 765	12 273	7 028	109	1 778
2020	8 151	6 371	3 019	12 912	7 547	111	2 028
2021	9 113	6 713	2 943	13 682	8 028	109	1 876
2022	9 814	7 396	3 216	14 465	8 295	117	2 471
2023	9 282	7 417	3 170	14 061	8 178	148	2 118
2024	9 561	7 484	2 856	14 355	8 417	133	2 156
2025	10 094	7 657	2 838	14 517	8 705	87	2 168
2026 Mai	10 338	8 361	2 866	14 590	8 728	77	1 984
Juni	10 305	8 387	2 765	14 634	8 787	73	1 992
Juli	10 298	8 687	2 760	14 681	8 810	78	2 013

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserve-periode beginnend im Monat [1]	Verbindlichkeiten (ohne Spar-einlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bau-spareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindest-reserve unterliegenden MFIs im Euroraum mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bau-spareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb des Euroraums mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgege-benen Inhaberschuldverschrei-bungen mit Ursprungslauf-zeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservepflichtiger MFIs
2019	2 627 478	1 272	410 338	577 760	111 183
2020	2 923 462	1 607	436 696	560 770	105 880
2021	3 079 722	9 030	508 139	561 608	101 907
2022	3 352 177	12 609	566 227	543 694	116 094
2023	3 447 513	968	420 839	455 493	125 531
2024	3 608 785	2 148	356 674	406 283	134 680
2025	3 715 114	2 899	353 070	390 953	156 777
2026 Mai	3 820 965	3 602	368 819	384 688	128 344
Juni	3 827 959	2 885	365 024	382 102	128 419
Juli	3 856 886	4 075	372 505	382 360	128 938

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. **2** Art. 5 der Verordnung (EU) 2021/378 der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a ein Reservesatz von 0 % gilt). **3** Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. **4** Art. 6 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2021/378 der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht **5** Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. **6** Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. **7** Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze / Basiszinssätze

% p.a.

EZB-Zinssätze [2]									Basiszinssätze			
		Hauptrefinanzierungsgeschäfte					Hauptrefinanzierungsgeschäfte					
Gültig ab	Einlagefazilität	Festsatz	Mindestbietungssatz	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Festsatz	Mindestbietungssatz	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB [1]	Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB [1]
2025 5. Feb.	2,75	2,90	–	3,15	2026 17. Juni	2,25	2,40	–	2,65	2023 1. Jan.	1,62	2025 1. Jan.	2,27
12. Mär.	2,50	2,65	–	2,90						1. Juli	3,12	1. Juli	1,27
23. April	2,25	2,40	–	2,65									
11. Juni	2,00	2,15	–	2,40						2024 1. Jan.	3,62	2026 1. Jan.	1,27
										1. Juli	3,37	1. Juli	1,52

1 Gemäß § 247 BGB. **2** Mit Wirkung zum 18. September 2024 wird die Spanne zwischen den Zinssätzen für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und für die Einlagefazilität auf 15 Basispunkte reduziert. Die Spanne zwischen den Zinssätzen für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bleibt unverändert bei 25 Basispunkten.

2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender	Zinstender			Laufzeit
			Festsatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz [1]	gewichteter Durchschnittssatz	
Gutschriftstag	Mio €		% p.a.				Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2026 8. Juli	12 499	12 499	2,40	–	–	–	7
15. Juli	12 655	12 655	2,40	–	–	–	7
22. Juli	17 355	17 355	2,40	–	–	–	7
29. Juli	21 939	21 939	2,40	–	–	–	7
5. Aug.	15 862	15 862	2,40	–	–	–	7
12. Aug.	16 494	16 494	2,40	–	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2026 29. Apr.	3 424	3 424	2,27	–	–	–	91
27. Mai	3 201	3 201	[2] …	–	–	–	91
1. Juli	7 011	7 011	[2] …	–	–	–	91
29. Juli	4 018	4 018	[2] …	–	–	–	91

***** Quelle: EZB. **1** Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. **2** Berechnung am Ende der Laufzeit; a) Zuteilung zu dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit unter Einbeziehung eines Spreads oder b) Zuteilung zum durchschnittlichen Satz der Einlagefazilität während der Laufzeit.

3. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Durchschnitt im Monat	€STR [1]	EURIBOR ® [2]				
		Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmonatsgeld	Zwölfmonatsgeld
2025 Dez.	1,929	1,918	1,915	2,048	2,139	2,267
2026 Jan.	1,932	1,895	1,961	2,028	2,137	2,245
Febr.	1,931	1,890	1,952	2,011	2,144	2,221
März	1,932	1,900	1,933	2,109	2,322	2,565
April	1,932	1,907	1,971	2,175	2,454	2,747
Mai	1,931	1,890	1,957	2,226	2,536	2,804
Juni	2,045	1,992	2,146	2,339	2,596	2,798
Juli	2,184	2,146	2,214	2,425	2,647	2,855

***** Ein Anspruch auf Bereitstellung der Zinssätze wird durch die Veröffentlichung nicht begründet. Die Deutsche Bundesbank behält sich vor die Informationen zukünftig nicht mehr auf der Webseite zu veröffentlichen. Alle Angaben ohne Gewähr. Es werden keine ausdrücklichen oder stillschweigenden Zusicherungen oder Garantien hinsichtlich der Aktualität, Genauigkeit, Rechtzeitigkeit, Vollständigkeit, Marktgängigkeit oder Eignung der Informationen als Zins- bzw. Referenzzinssätze gemacht. Weder das European Money Markets Institute (EMMI), noch Euribor EBF, noch Euribor ACI, noch die Referenzbanken, noch das Euribor Steering Committee, noch die Europäische Zentralbank, noch Reuters, noch die Deutsche Bundesbank können bei Unstimmigkeiten, Unvollständigkeit oder verspäteter Bereitstellung der aufgeführten Geldmarktsätze haftbar gemacht werden. Siehe zum €STR auch folgenden Disclaimer der Europäischen Zentralbank, der auch für die Veröffentlichung durch die Deutsche Bundesbank gilt: https://www.ecb.europa.eu/stats/financial_markets_and_interest_rates/euro_short-term_rate/html/index.en.html

1 Euro Short-Term Rate: Seit 2. Oktober 2019 veröffentlicht die Europäische Zentralbank auf Basis von getätigten Einzeltransaktionen vom vorherigen Handelstag, die in Euro denominiert sind, den €STR. Diese werden von berichtspflichtigen Banken im Zuge der Geldmarktstatistik gemeldet. Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen der Deutschen Bundesbank. **2** Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen der Deutschen Bundesbank auf der Grundlage der vom European Money Markets Institute (EMMI) ermittelten Euribor ® Tageswerte. Bitte beachten Sie, dass eine kommerzielle Nutzung der Euribor®-Tageswerte eine Lizenzvereinbarung mit dem European Money Markets Institute (EMMI) voraussetzt. Informationen zu dessen Nutzungsbedingungen sind unter dem unten angeführten Link abrufbar.Werte ab November 2023 werden mit drei Nachkommastellen berechnet. Davor liegende Werte wurden mit zwei Nachkommastellen ermittelt. Aus technischen Gründen werden diese Werte ebenfalls mit drei Nachkommastellen dargestellt. Die dritte Nachkommastelle ist mit einer 0 aufgefüllt. Bis einschließlich Oktober 2023 wurden alle Werte mit zwei Nachkommastellen berechnet und veröffentlicht.
https://www.emmi-benchmarks.eu/terms-of-use
https://www.emmi-benchmarks.eu/benchmarks/euribor/

VI. Zinssätze

4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
a) Bestände o)

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2025 Juni	2,18	417 113	1,20	257 714	2,03	193 512	2,23	20 327
Juli	2,10	412 662	1,20	259 274	1,96	198 248	2,25	20 479
Aug.	2,04	407 174	1,21	260 809	1,94	201 793	2,24	20 392
Sept.	1,99	403 761	1,22	262 119	1,93	200 741	2,23	20 361
Okt.	1,95	405 566	1,22	263 759	1,90	207 857	2,19	20 399
Nov.	1,91	402 876	1,23	265 877	1,90	203 428	2,22	20 578
Dez.	1,89	404 146	1,26	271 211	1,91	199 016	2,24	20 054
2026 Jan.	1,88	403 716	1,27	273 016	1,90	201 533	2,24	19 518
Febr.	1,87	403 239	1,27	274 368	1,91	203 304	2,25	19 443
März	1,87	404 735	1,27	274 692	1,92	203 680	2,23	19 625
April	1,88	405 468	1,27	275 258	1,96	205 790	2,23	19 531
Mai	1,91	406 707	1,27	275 777	2,01	206 065	2,26	19 639
Juni	1,96	411 720	1,28	276 735	2,12	208 023	2,25	19 527

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte 3)						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte 4) 5)					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2025 Juni	4,39	3 389	3,84	20 940	2,13	1 595 642	9,15	48 725	5,77	77 505	4,58	325 671
Juli	4,19	3 545	3,80	21 022	2,14	1 600 795	8,96	47 390	5,78	78 119	4,61	327 077
Aug.	4,20	3 462	3,80	21 044	2,16	1 605 084	8,91	47 155	5,80	78 646	4,63	327 765
Sept.	4,19	3 422	3,81	21 092	2,17	1 609 271	8,98	49 056	5,81	78 702	4,66	326 326
Okt.	4,15	3 548	3,83	21 207	2,19	1 613 364	8,92	47 820	5,82	78 927	4,68	326 324
Nov.	4,21	3 415	3,85	21 336	2,21	1 617 353	8,79	46 956	5,83	78 708	4,68	325 953
Dez.	4,20	3 356	3,87	21 231	2,22	1 619 519	8,71	49 302	5,85	78 682	4,70	324 233
2026 Jan.	4,21	3 399	3,89	21 081	2,24	1 619 596	8,96	47 344	5,88	78 401	4,72	324 777
Febr.	4,24	3 403	3,91	20 991	2,26	1 622 598	8,85	47 301	5,88	78 120	4,74	325 430
März	4,19	3 567	3,92	20 987	2,27	1 624 850	8,83	49 035	5,88	78 856	4,78	323 637
April	4,28	3 439	3,95	20 999	2,30	1 628 354	8,80	48 303	5,89	78 585	4,81	323 919
Mai	4,29	3 384	3,96	21 056	2,31	1 632 625	8,79	48 415	5,90	78 727	4,83	323 367
Juni	4,31	3 300	3,99	21 113	2,33	1 634 859	8,88	50 219	5,92	79 099	4,85	323 191

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2025 Juni	4,46	191 734	4,07	245 747	2,55	907 483
Juli	4,35	186 504	3,99	248 393	2,53	910 379
Aug.	4,31	190 059	3,99	245 898	2,54	916 631
Sept.	4,32	189 089	4,00	246 092	2,56	912 352
Okt.	4,35	186 233	4,01	246 917	2,58	916 852
Nov.	4,31	189 247	4,01	248 241	2,59	919 047
Dez.	4,33	185 599	4,04	243 877	2,62	920 662
2026 Jan.	4,35	186 516	4,05	240 601	2,63	913 755
Febr.	4,35	187 678	4,05	241 184	2,65	917 435
März	4,31	185 814	4,07	241 242	2,67	916 796
April	4,37	183 649	4,11	241 367	2,70	922 200
Mai	4,38	186 545	4,12	242 119	2,72	925 283
Juni	4,46	187 042	4,20	242 100	2,76	924 494

***** Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber im Euroraum gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik \ Geld- und Kapitalmärkte \ Zinssätze und Renditen \ Einlagen- und Kreditzinssätze) entnehmen. **o** Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. **1** Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. **2** Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. **3** Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. **4** Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. **5** Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. **6** Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 12 bis 14 S.47•.).

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte

Erhebungszeitraum	täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit: bis 1 Jahr		mit vereinbarter Laufzeit: von über 1 Jahr bis 2 Jahre		mit vereinbarter Laufzeit: von über 2 Jahren		mit vereinbarter Kündigungsfrist 8): bis 3 Monate		mit vereinbarter Kündigungsfrist 8): von über 3 Monaten	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2025 Juni	0,47	1 844 588	1,78	46 565	1,94	3 106	2,03	2 769	0,64	336 995	2,01	62 056
Juli	0,43	1 855 750	1,73	48 916	1,93	3 176	2,09	2 837	0,65	335 159	1,97	63 069
Aug.	0,43	1 874 089	1,76	45 166	1,98	3 215	2,09	2 768	0,66	334 001	1,95	62 671
Sept.	0,44	1 868 441	1,77	45 388	1,99	3 044	2,12	2 480	0,66	332 637	1,87	62 461
Okt.	0,43	1 877 689	1,80	49 171	2,02	3 945	2,13	3 035	0,67	331 336	1,81	61 687
Nov.	0,43	1 917 519	1,78	43 516	2,00	3 881	2,24	3 475	0,67	330 272	1,78	60 619
Dez.	0,44	1 918 138	1,79	46 112	2,00	3 447	2,31	3 731	0,73	331 135	1,75	60 337
2026 Jan.	0,43	1 919 251	1,84	52 858	2,03	4 503	2,32	3 742	0,68	329 487	1,74	60 432
Febr.	0,45	1 932 615	1,85	50 316	2,00	4 623	2,26	3 790	0,68	327 830	1,73	61 057
März	0,47	1 920 077	1,89	50 089	2,14	3 914	2,31	3 148	0,68	325 253	1,73	61 413
April	0,48	1 937 360	1,94	49 366	2,25	4 325	2,42	3 304	0,69	322 775	1,74	61 194
Mai	0,48	1 949 058	2,00	45 175	2,37	4 384	2,50	2 726	0,69	320 773	1,78	63 395
Juni	0,51	1 936 293	2,16	49 651	2,54	5 139	2,63	3 370	0,71	318 170	1,84	65 020

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften

Erhebungszeitraum	täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit: bis 1 Jahr		mit vereinbarter Laufzeit: von über 1 Jahr bis 2 Jahre		mit vereinbarter Laufzeit: von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2025 Juni	0,67	557 668	1,91	87 185	2,13	758	2,55	667
Juli	0,66	572 854	1,90	87 657	2,06	399	2,64	543
Aug.	0,65	571 394	1,90	81 549	2,08	583	2,65	533
Sept.	0,67	581 120	1,91	84 291	2,11	711	2,61	575
Okt.	0,68	592 970	1,88	93 111	2,08	674	2,59	581
Nov.	0,68	592 293	1,89	79 637	2,11	524	2,30	512
Dez.	0,67	610 657	1,88	87 250	2,05	475	2,38	652
2026 Jan.	0,69	584 787	1,88	86 727	2,26	847	2,32	543
Febr.	0,69	573 377	1,88	77 292	2,12	579	2,09	488
März	0,71	583 475	1,92	83 435	2,42	857	2,50	790
April	0,70	581 024	1,97	91 178	2,47	562	2,50	669
Mai	0,69	579 303	2,01	81 180	2,65	663	2,63	707
Juni	0,79	585 878	2,16	87 234	2,56	870	2,41	619

Kredite an private Haushalte

Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)

Erhebungszeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 10) % p.a.	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2025 Juni	8,26	7,89	7 344	8,80	1 119	6,52	212	6,91	2 605	8,52	4 527
Juli	8,36	8,07	9 097	8,69	1 360	6,58	238	6,94	3 160	8,75	5 700
Aug.	8,35	7,98	7 204	8,92	1 065	6,80	189	6,91	2 610	8,67	4 405
Sept.	8,27	7,91	7 398	8,86	1 111	6,52	202	6,85	2 640	8,59	4 556
Okt.	8,32	7,93	7 476	8,91	1 115	6,41	220	6,90	2 717	8,62	4 539
Nov.	8,43	8,02	7 034	8,76	949	6,33	228	6,93	2 506	8,74	4 299
Dez.	8,32	7,72	6 433	8,75	883	6,36	254	6,80	2 687	8,53	3 492
2026 Jan.	8,55	8,10	7 487	8,98	1 345	6,77	215	7,04	2 464	8,70	4 808
Febr.	8,47	8,08	7 427	8,87	1 156	6,19	226	7,01	2 454	8,73	4 746
März	8,13	7,83	8 892	9,00	1 304	6,41	215	6,66	3 299	8,60	5 378
April	8,54	8,12	7 866	9,26	1 140	6,22	203	6,95	2 802	8,88	4 861
Mai	8,53	8,11	6 943	9,35	1 053	6,44	199	6,99	2 597	8,89	4 147
Juni	8,35	8,00	8 338	9,28	1 284	6,51	224	6,93	3 097	8,74	5 018

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44•. Anmerkung x s. S. 47•. **+** Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. **7** Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. **8** Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. **9** Ohne Überziehungskredite. **10** Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte

Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)

Erhebungszeitraum	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite an private Haushalte										
2025 Juni	4,01	5 040	3,85	1 307	3,96	1 869	4,23	973	3,96	2 198
Juli	4,03	5 481	3,81	1 479	4,00	1 765	4,36	1 093	3,91	2 623
Aug.	4,11	3 905	3,79	866	4,08	1 350	4,48	741	3,98	1 814
Sept.	4,11	4 276	3,87	969	3,99	1 587	4,55	749	4,05	1 940
Okt.	4,08	4 210	3,74	1 088	3,93	1 550	4,50	805	4,02	1 855
Nov.	4,05	4 017	3,79	756	3,93	1 397	4,55	716	3,96	1 904
Dez.	3,96	5 840	3,76	1 138	3,78	2 173	4,49	1 009	3,91	2 658
2026 Jan.	4,06	4 386	3,83	1 114	3,91	1 792	4,40	829	4,04	1 765
Febr.	4,04	4 239	3,90	745	3,86	1 586	4,38	819	4,04	1 834
März	3,92	5 766	3,81	1 266	3,73	2 178	3,95	1 335	4,10	2 253
April	4,12	4 072	3,98	991	3,81	1 713	4,66	705	4,22	1 654
Mai	4,15	3 503	4,01	647	3,78	1 466	4,57	703	4,34	1 334
Juni	4,17	4 909	4,11	1 108	3,98	2 009	4,62	988	4,13	1 912
darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen										
2025 Juni	4,07	3 853	.	.	4,04	1 426	4,33	841	3,95	1 586
Juli	4,12	4 148	.	.	4,10	1 323	4,47	893	3,97	1 932
Aug.	4,15	2 926	.	.	4,03	1 025	4,58	627	4,03	1 274
Sept.	4,13	3 403	.	.	3,98	1 274	4,66	628	4,03	1 501
Okt.	4,14	3 196	.	.	3,97	1 199	4,62	665	4,04	1 332
Nov.	4,13	3 074	.	.	4,06	1 033	4,74	579	3,94	1 462
Dez.	4,03	4 498	.	.	3,91	1 610	4,66	813	3,89	2 075
2026 Jan.	4,14	3 318	.	.	4,02	1 291	4,55	705	4,05	1 322
Febr.	4,15	3 038	.	.	4,02	1 032	4,63	608	4,04	1 398
März	4,04	4 291	.	.	3,93	1 588	4,12	1 003	4,11	1 700
April	4,32	2 955	.	.	4,12	1 166	4,85	573	4,27	1 216
Mai	4,36	2 545	.	.	4,10	985	4,75	575	4,38	985
Juni	4,34	3 632	.	.	4,17	1 437	4,71	826	4,27	1 369

noch: Kredite an private Haushalte

Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)

Erhebungszeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	Effektivzinssatz 10) % p.a.	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt													
2025 Juni	3,72	3,68	19 234	3,68	3 502	4,24	2 411	3,52	2 109	3,52	6 088	3,68	8 626
Juli	3,72	3,68	22 489	3,55	4 078	4,12	2 698	3,50	2 507	3,55	7 301	3,69	9 983
Aug.	3,76	3,71	18 734	3,64	3 136	4,18	2 195	3,55	2 029	3,56	5 854	3,73	8 655
Sept.	3,78	3,74	18 834	3,62	3 015	4,16	2 043	3,58	2 069	3,60	6 438	3,79	8 285
Okt.	3,75	3,71	20 060	3,60	3 674	4,16	2 412	3,60	2 251	3,58	6 623	3,71	8 775
Nov.	3,75	3,70	19 614	3,61	3 432	4,17	2 266	3,56	2 054	3,56	6 458	3,72	8 835
Dez.	3,80	3,71	19 553	3,57	3 635	4,12	2 436	3,61	2 161	3,58	6 834	3,73	8 122
2026 Jan.	3,87	3,77	19 014	3,66	4 052	4,16	2 466	3,60	2 046	3,58	6 704	3,84	7 797
Febr.	3,85	3,77	18 710	3,69	3 457	4,17	2 198	3,63	1 956	3,61	6 359	3,82	8 197
März	3,79	3,72	24 167	3,64	4 640	4,07	2 669	3,63	2 631	3,60	7 723	3,74	11 145
April	3,89	3,84	21 192	3,79	3 914	4,18	2 458	3,78	2 211	3,66	7 529	3,91	8 994
Mai	3,99	3,93	17 219	3,91	2 918	4,34	2 070	3,92	1 772	3,74	6 130	3,97	7 247
Juni	4,00	3,95	19 781	3,93	3 350	4,36	2 450	3,96	2 104	3,76	6 893	3,98	8 334
darunter: besicherte Kredite 11)													
2025 Juni	.	3,57	8 576	.	.	4,05	1 107	3,39	959	3,44	2 695	3,57	3 815
Juli	.	3,56	9 722	.	.	3,97	1 106	3,36	1 149	3,47	3 119	3,58	4 348
Aug.	.	3,59	8 021	.	.	4,01	927	3,39	883	3,47	2 522	3,62	3 689
Sept.	.	3,62	8 144	.	.	3,92	781	3,42	924	3,56	2 679	3,66	3 760
Okt.	.	3,57	8 862	.	.	3,99	951	3,46	1 086	3,50	2 882	3,55	3 943
Nov.	.	3,57	8 634	.	.	3,98	916	3,41	1 009	3,50	2 701	3,57	4 008
Dez.	.	3,58	8 462	.	.	3,93	993	3,45	966	3,49	2 874	3,59	3 629
2026 Jan.	.	3,65	8 282	.	.	4,08	964	3,48	1 015	3,49	2 755	3,70	3 548
Febr.	.	3,62	8 208	.	.	4,03	891	3,50	896	3,53	2 783	3,63	3 638
März	.	3,57	10 821	.	.	3,92	1 055	3,49	1 305	3,52	3 470	3,55	4 991
April	.	3,73	9 389	.	.	4,09	980	3,67	1 048	3,58	3 194	3,78	4 167
Mai	.	3,82	7 735	.	.	4,18	913	3,76	893	3,69	2 628	3,83	3 301
Juni	.	3,82	8 531	.	.	4,24	940	3,81	986	3,69	2 940	3,82	3 665

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44•. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45•;
Anmerkung 11 s. S. 47•

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungszeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			
	Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter: Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)		darunter: Echte Kreditkartenkredite		Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter: Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2025 Juni	9,79	40 764	9,75	28 352	17,43	7 042	5,03	99 597	5,06	99 155
Juli	9,53	39 559	9,50	26 847	17,22	7 092	4,81	96 409	4,83	95 960
Aug.	9,45	39 255	9,35	26 700	16,96	7 164	4,75	97 570	4,77	97 174
Sept.	9,46	41 044	9,47	28 090	16,97	7 208	4,85	97 950	4,88	97 459
Okt.	9,46	39 941	9,39	27 178	17,01	7 213	4,84	95 076	4,87	94 599
Nov.	9,37	39 171	9,25	26 182	16,99	7 354	4,84	93 609	4,86	93 122
Dez.	9,04	41 284	9,28	27 279	17,04	7 060	4,86	90 162	4,88	89 711
2026 Jan.	9,44	39 531	9,30	27 363	17,08	6 977	4,89	91 824	4,91	91 399
Febr.	9,31	39 309	9,27	26 983	17,04	6 815	4,90	91 024	4,92	90 579
März	9,30	40 916	9,32	28 393	17,08	6 790	4,90	92 456	4,93	91 960
April	9,26	40 074	9,19	27 535	17,17	6 907	4,89	92 348	4,91	91 884
Mai	9,24	40 225	9,19	27 507	17,22	6 923	4,88	94 230	4,90	93 793
Juni	9,34	41 697	9,39	28 640	17,24	6 990	5,03	96 344	5,06	95 853

Erhebungszeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter: neu verhandelte Kredite 9)		Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15): variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15): variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt																
2025 Juni	3,49	113 947	3,67	33 641	4,00	13 373	6,00	3 409	3,87	1 209	3,27	81 528	3,88	6 136	3,51	8 292
Juli	3,36	106 962	3,56	30 765	3,94	13 131	5,81	3 104	3,87	1 223	3,14	76 290	3,23	4 977	3,49	8 237
Aug.	3,23	87 286	3,53	22 418	3,92	11 161	5,71	2 089	3,88	1 046	2,97	63 605	3,69	3 329	3,56	6 056
Sept.	3,33	110 335	3,60	29 968	3,95	12 267	6,00	3 340	3,93	1 058	3,06	81 582	3,73	4 422	3,65	7 666
Okt.	3,37	101 776	3,69	26 982	3,94	13 317	5,97	3 222	3,93	1 065	3,11	72 060	3,64	4 401	3,50	7 711
Nov.	3,34	95 355	3,65	20 025	3,94	12 808	5,96	2 958	3,82	1 045	3,06	65 448	3,59	4 266	3,49	8 830
Dez.	3,48	125 593	3,57	33 286	3,97	13 545	5,89	3 706	3,91	1 311	3,25	87 390	3,62	8 447	3,77	11 194
2026 Jan.	3,47	81 140	3,70	19 207	3,93	12 191	5,72	2 307	3,96	985	3,25	56 920	3,60	2 891	3,59	5 846
Febr.	3,35	81 159	3,71	13 498	3,95	12 244	5,85	2 670	3,96	933	3,06	56 568	3,44	3 137	3,63	5 607
März	3,58	109 494	3,89	23 260	3,98	13 581	5,87	3 432	3,94	1 290	3,38	77 941	3,76	4 211	3,71	9 039
April	3,55	91 384	3,80	21 594	4,02	12 682	5,88	2 804	4,15	1 147	3,32	62 955	3,77	3 993	3,67	7 803
Mai	3,48	89 738	3,82	16 978	4,08	12 500	6,08	3 103	4,15	1 034	3,18	61 804	3,70	3 243	3,65	8 054
Juni	3,79	115 315	3,98	29 186	4,18	13 540	6,07	3 641	4,28	1 120	3,60	80 048	3,91	6 563	3,81	10 403
darunter: besicherte Kredite 11)																
2025 Juni	3,66	13 402	.	.	3,98	478	4,20	171	3,47	285	3,60	8 401	4,28	2 152	3,14	1 915
Juli	3,50	12 486	.	.	3,93	512	4,12	221	3,48	389	3,54	8 174	3,37	1 386	3,20	1 804
Aug.	3,49	9 483	.	.	4,01	398	4,02	169	3,40	337	3,45	5 781	3,92	1 364	3,06	1 434
Sept.	3,58	13 903	.	.	3,86	473	4,04	201	3,47	321	3,54	8 849	3,84	1 277	3,52	2 782
Okt.	3,49	10 754	.	.	3,96	475	4,11	187	3,52	299	3,52	6 923	3,69	1 168	3,03	1 702
Nov.	3,53	10 044	.	.	4,11	385	4,20	158	3,45	313	3,67	6 108	3,58	913	2,98	2 167
Dez.	3,61	16 179	.	.	3,95	542	4,20	208	3,56	379	3,55	10 688	3,88	2 381	3,42	1 981
2026 Jan.	3,45	8 527	.	.	4,01	477	3,96	166	3,52	302	3,39	5 619	3,77	819	3,20	1 144
Febr.	3,47	6 415	.	.	4,02	386	4,04	154	3,59	289	3,41	3 944	3,90	527	3,20	1 115
März	3,73	14 469	.	.	4,02	517	4,13	195	3,39	405	3,79	10 183	3,72	820	3,42	2 349
April	.	.	.	.	4,14	451	3,94	177	3,64	341	.	.	4,22	995	3,43	1 725
Mai	3,60	7 689	.	.	4,29	388	4,30	156	3,58	294	3,56	4 602	3,92	458	3,39	1 791
Juni	3,96	13 966	.	.	4,31	529	4,27	178	3,78	318	3,97	9 187	4,32	1 501	3,57	2 253

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44•. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45•; **11** Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. **12** Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. **13** Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. **14** Einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. **15** Die Beitragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme. **x** Weil die Position von den Geschäften von ein oder zwei Banken dominiert wird, können aus Gründen der Vertraulichkeit keine Angaben gemacht werden.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen [1]	Schuldverschreibungen	Kredite [2]	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Investmentfondsanteile	Finanzderivate	Technische Rückstellungen [3]	Nichtfinanzielle Aktiva	Sonstige Aktiva
Versicherungsunternehmen										
2023 1.Vj.	2 326,8	201,6	380,7	280,4	472,6	790,1	3,6	85,0	38,5	74,3
2.Vj.	2 332,1	194,8	383,4	280,4	475,6	799,2	3,6	83,9	38,1	73,0
3.Vj.	2 311,5	186,5	376,7	274,2	483,5	785,4	3,7	88,7	38,1	74,7
4.Vj.	2 408,9	190,8	405,7	290,5	499,8	822,7	3,3	79,0	34,2	83,0
2024 1.Vj.	2 477,6	193,5	412,8	289,1	503,2	848,0	3,7	96,9	35,1	95,2
2.Vj.	2 439,0	184,0	410,8	287,2	483,2	849,2	3,1	95,7	34,9	90,9
3.Vj.	2 490,1	184,1	432,8	289,9	493,6	872,3	2,9	96,5	34,8	83,1
4.Vj.	2 498,2	181,6	441,5	289,0	503,4	869,4	3,3	86,9	33,5	89,6
2025 1.Vj.	2 509,9	181,4	445,9	283,5	504,8	865,3	3,0	96,8	33,2	95,9
2.Vj.	2 508,5	180,8	444,9	283,6	504,5	875,6	3,2	94,6	33,0	88,3
3.Vj.	2 527,8	174,5	453,0	280,5	517,6	887,4	2,8	93,0	33,3	85,7
4.Vj.	2 524,2	165,0	457,3	272,4	531,4	895,6	2,4	82,6	32,3	85,1
2026 1.Vj.	2 569,8	169,6	470,5	274,2	536,1	892,9	2,8	95,2	32,1	96,5
Lebensversicherung										
2023 1.Vj.	1 147,9	105,1	170,3	155,6	113,3	553,5	1,0	12,1	19,4	17,4
2.Vj.	1 154,1	102,9	171,7	154,9	114,3	560,0	1,0	12,0	19,2	18,0
3.Vj.	1 123,6	97,9	163,2	149,4	115,7	547,2	1,5	11,7	19,1	17,9
4.Vj.	1 180,4	101,9	178,7	160,7	116,6	574,7	1,4	10,3	16,6	19,5
2024 1.Vj.	1 193,8	98,5	176,5	156,0	115,6	594,9	1,4	10,2	16,6	24,1
2.Vj.	1 182,3	95,5	172,6	153,5	115,1	596,1	1,2	7,2	16,5	24,6
3.Vj.	1 207,7	96,2	181,5	158,7	116,0	611,4	1,2	7,3	16,4	19,0
4.Vj.	1 207,4	94,1	181,4	158,1	121,1	608,5	1,0	6,9	15,3	20,9
2025 1.Vj.	1 182,7	90,6	179,1	151,2	116,3	601,0	1,2	6,9	15,1	21,4
2.Vj.	1 191,3	91,8	180,9	152,5	115,6	607,0	1,3	6,4	15,0	20,8
3.Vj.	1 201,3	89,8	184,5	150,6	117,6	615,5	1,3	6,4	15,1	20,3
4.Vj.	1 198,6	85,1	186,7	146,3	117,1	621,9	1,0	7,0	14,5	19,0
2026 1.Vj.	1 191,1	83,5	186,8	143,6	119,1	616,1	1,0	6,9	14,4	19,7
Nicht-Lebensversicherung										
2023 1.Vj.	687,2	81,2	121,1	69,7	103,0	219,5	0,1	45,1	14,2	33,2
2.Vj.	688,5	77,2	124,0	70,7	104,4	222,1	0,1	44,9	14,1	30,9
3.Vj.	683,0	73,7	122,7	69,2	107,1	221,0	0,1	45,4	14,3	29,5
4.Vj.	708,5	75,1	131,9	73,9	109,1	230,2	0,1	44,0	13,0	31,1
2024 1.Vj.	748,6	80,8	139,7	75,0	111,0	234,5	0,1	55,7	13,9	37,9
2.Vj.	743,7	75,3	141,6	74,7	112,1	233,9	0,1	56,7	13,9	35,4
3.Vj.	757,2	74,9	147,6	76,8	113,5	241,0	0,2	57,5	13,9	31,9
4.Vj.	759,8	73,8	149,7	75,3	116,8	240,9	0,2	55,1	13,7	34,4
2025 1.Vj.	781,5	76,6	153,7	75,2	117,6	244,8	0,1	59,0	13,6	40,9
2.Vj.	783,4	74,3	156,7	75,9	118,6	249,8	0,2	58,4	13,5	35,9
3.Vj.	785,6	70,6	161,0	75,3	122,5	252,6	0,1	56,9	13,7	32,9
4.Vj.	787,9	66,8	162,9	74,1	130,5	253,6	0,1	54,2	13,4	32,3
2026 1.Vj.	819,4	71,6	169,8	76,3	132,4	256,5	0,1	59,4	13,2	40,1
Rückversicherung [4]										
2023 1.Vj.	491,8	15,3	89,2	55,1	256,3	17,1	2,4	27,8	4,8	23,7
2.Vj.	489,5	14,7	87,6	54,8	256,9	17,2	2,5	26,9	4,8	24,0
3.Vj.	504,9	14,8	90,8	55,6	260,7	17,1	2,1	31,6	4,8	27,3
4.Vj.	520,0	13,7	95,0	55,9	274,1	17,8	1,8	24,7	4,6	32,4
2024 1.Vj.	535,2	14,2	96,6	58,1	276,6	18,7	2,2	31,0	4,6	33,2
2.Vj.	513,0	13,3	96,6	59,0	256,0	19,1	1,8	31,8	4,5	30,8
3.Vj.	525,1	13,1	103,8	54,4	264,0	19,9	1,6	31,7	4,5	32,2
4.Vj.	531,0	13,7	110,4	55,6	265,4	20,0	2,1	24,9	4,5	34,3
2025 1.Vj.	545,6	14,2	113,2	57,1	270,9	19,5	1,7	31,0	4,5	33,6
2.Vj.	533,8	14,7	107,3	55,2	270,3	18,8	1,8	29,8	4,5	31,6
3.Vj.	540,8	14,1	107,5	54,6	277,5	19,3	1,4	29,7	4,5	32,4
4.Vj.	537,7	13,1	107,7	52,1	283,8	20,2	1,2	21,4	4,4	33,8
2026 1.Vj.	559,3	14,5	113,8	54,3	284,6	20,3	1,6	28,9	4,4	36,7
Pensionseinrichtungen [5]										
2023 1.Vj.	671,5	66,4	56,9	42,3	13,5	458,1	0,0	12,9	18,7	2,7
2.Vj.	678,7	67,5	58,9	42,7	13,3	462,1	0,0	12,9	18,7	2,6
3.Vj.	675,9	67,1	60,3	42,3	13,4	458,4	0,1	12,9	18,7	2,8
4.Vj.	703,5	70,1	67,7	44,0	13,4	472,8	0,1	13,2	18,9	3,4
2024 1.Vj.	712,5	70,4	69,5	44,0	13,4	481,0	0,1	13,1	18,5	2,7
2.Vj.	716,0	70,8	71,4	44,2	13,1	481,9	0,0	13,0	18,8	2,8
3.Vj.	731,0	72,4	74,9	44,8	13,4	491,1	0,0	13,0	18,7	2,7
4.Vj.	739,7	72,6	77,6	44,2	13,1	496,7	0,0	13,4	18,6	3,5
2025 1.Vj.	736,6	71,0	79,4	44,0	13,0	494,3	0,0	12,7	18,5	3,6
2.Vj.	745,6	72,0	81,3	44,5	12,7	500,2	0,0	12,5	18,5	3,9
3.Vj.	754,9	70,8	84,0	44,5	12,4	508,1	0,0	12,5	18,5	4,0
4.Vj.	766,2	71,1	86,3	44,7	11,9	516,1	0,0	13,7	18,0	4,5
2026 1.Vj.	763,8	72,0	87,8	45,1	12,0	511,4	0,0	13,5	18,1	3,9

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. **1** Buchforderungen an Monetäre Finanzinstitute einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **2** Einschl. Depotforderungen sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **3** Enthält die Rückversicherungsanteile an den Technischen Rückstellungen und die Ansprüche der Pensionseinrichtungen an die Träger. **4** Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **5** Der Begriff „Pensionseinrichtungen" bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen" des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva

Mrd €

Stand am Jahres-bzw. Quartalsende	Insgesamt	Schuldverschreibungen	Kredite [1]	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Technische Rückstellungen			Finanzderivate	Sonstige Passiva	Reinvermögen [6]
					Insgesamt [2]	Leben / Ansprüche an Pensionseinrichtungen [3]	Nicht-Leben			
Versicherungsunternehmen										
2023 1.Vj.	2 326,8	33,1	71,2	544,7	1 539,1	1 277,3	261,8	4,3	134,3	–
2.Vj.	2 332,1	33,1	68,4	548,0	1 544,5	1 284,6	259,9	4,4	133,6	–
3.Vj.	2 311,5	35,3	76,9	552,2	1 508,3	1 248,1	260,2	4,6	134,2	–
4.Vj.	2 408,9	30,5	73,3	570,0	1 586,8	1 325,5	261,3	4,1	144,2	–
2024 1.Vj.	2 477,6	30,5	78,2	574,6	1 643,1	1 346,3	296,8	3,7	147,6	–
2.Vj.	2 439,0	32,1	76,9	511,2	1 687,0	1 389,5	297,5	3,6	128,2	–
3.Vj.	2 490,1	33,4	79,6	521,4	1 727,6	1 426,5	301,1	3,5	124,6	–
4.Vj.	2 498,2	33,5	73,8	534,1	1 718,9	1 425,1	293,8	3,5	134,4	–
2025 1.Vj.	2 509,9	33,3	79,7	543,2	1 715,7	1 398,9	316,7	3,2	134,8	–
2.Vj.	2 508,5	32,7	80,2	540,7	1 718,5	1 409,5	309,0	3,7	132,7	–
3.Vj.	2 527,8	33,3	80,4	556,3	1 723,9	1 420,7	303,2	3,0	130,9	–
4.Vj.	2 524,2	32,5	68,9	579,7	1 709,2	1 418,1	291,2	2,2	131,7	–
2026 1.Vj.	2 569,8	32,6	75,8	585,7	1 734,1	1 414,6	319,5	2,9	138,7	–
Lebensversicherung										
2023 1.Vj.	1 147,9	2,7	17,8	132,9	946,0	946,0	–	1,9	46,6	–
2.Vj.	1 154,1	2,7	17,6	133,6	951,7	951,7	–	1,7	46,8	–
3.Vj.	1 123,6	2,7	16,9	134,1	920,0	920,0	–	2,4	47,6	–
4.Vj.	1 180,4	0,8	17,8	133,3	977,7	977,7	–	2,0	48,8	–
2024 1.Vj.	1 193,8	0,8	17,5	128,5	995,0	995,0	–	1,7	50,2	–
2.Vj.	1 182,3	0,9	14,6	92,5	1 037,3	1 037,3	–	1,9	35,1	–
3.Vj.	1 207,7	0,5	14,8	93,7	1 066,0	1 066,0	–	1,7	31,0	–
4.Vj.	1 207,4	0,7	14,7	91,7	1 066,1	1 066,1	–	1,7	32,5	–
2025 1.Vj.	1 182,7	0,7	14,5	92,4	1 043,0	1 043,0	–	1,7	30,5	–
2.Vj.	1 191,3	0,5	14,2	94,5	1 048,9	1 048,9	–	1,5	31,6	–
3.Vj.	1 201,3	0,6	14,3	97,2	1 057,2	1 057,2	–	1,4	30,7	–
4.Vj.	1 198,6	0,5	14,3	97,9	1 054,9	1 054,9	–	1,3	29,7	–
2026 1.Vj.	1 191,1	0,7	13,7	97,2	1 049,9	1 049,9	–	1,2	28,3	–
Nicht-Lebensversicherung										
2023 1.Vj.	687,2	1,2	10,7	173,1	450,9	314,4	136,5	0,4	51,0	–
2.Vj.	688,5	1,2	10,7	176,1	451,2	317,1	134,0	0,3	49,1	–
3.Vj.	683,0	1,7	10,9	176,8	444,5	313,0	131,5	0,4	48,8	–
4.Vj.	708,5	0,6	12,5	180,3	461,5	333,6	127,8	0,3	53,3	–
2024 1.Vj.	748,6	0,6	13,4	184,5	494,3	337,1	157,2	0,3	55,5	–
2.Vj.	743,7	0,7	13,4	182,4	493,7	338,5	155,2	0,3	53,1	–
3.Vj.	757,2	1,2	12,9	184,9	506,1	351,1	154,9	0,3	51,9	–
4.Vj.	759,8	0,6	13,8	190,2	498,4	350,3	148,1	0,3	56,5	–
2025 1.Vj.	781,5	0,6	14,3	192,5	514,3	347,9	166,5	0,3	59,5	–
2.Vj.	783,4	0,8	14,1	196,2	515,4	353,2	162,2	0,5	56,5	–
3.Vj.	785,6	0,8	13,8	202,5	513,0	357,0	156,0	0,5	55,1	–
4.Vj.	787,9	0,6	13,6	212,8	505,0	357,7	147,3	0,3	55,6	–
2026 1.Vj.	819,4	0,6	14,6	215,5	528,1	359,4	168,6	0,3	60,4	–
Rückversicherung [4]										
2023 1.Vj.	491,8	29,2	42,8	238,8	142,2	16,9	125,3	2,1	36,8	–
2.Vj.	489,5	29,3	40,2	238,4	141,6	15,8	125,8	2,4	37,6	–
3.Vj.	504,9	31,0	49,2	241,3	143,9	15,2	128,7	1,9	37,7	–
4.Vj.	520,0	29,1	43,0	256,3	147,7	14,2	133,5	1,8	42,0	–
2024 1.Vj.	535,2	29,1	47,2	261,6	153,7	14,1	139,6	1,7	42,0	–
2.Vj.	513,0	30,5	48,9	236,3	155,9	13,6	142,3	1,4	40,0	–
3.Vj.	525,1	31,6	51,9	242,8	155,5	9,4	146,1	1,6	41,7	–
4.Vj.	531,0	32,2	45,3	252,1	154,4	8,7	145,7	1,6	45,4	–
2025 1.Vj.	545,6	32,0	50,9	258,3	158,4	8,1	150,3	1,2	44,8	–
2.Vj.	533,8	31,4	51,9	249,9	154,1	7,3	146,8	1,8	44,7	–
3.Vj.	540,8	31,9	52,3	256,5	153,8	6,5	147,3	1,2	45,2	–
4.Vj.	537,7	31,3	41,0	269,0	149,3	5,5	143,8	0,7	46,4	–
2026 1.Vj.	559,3	31,3	47,5	273,0	156,1	5,3	150,9	1,4	50,0	–
Pensionseinrichtungen [5]										
2023 1.Vj.	671,5	–	1,8	35,5	577,3	574,9	–	0,1	9,5	47,3
2.Vj.	678,7	–	1,8	35,8	582,0	579,6	–	0,1	9,6	49,4
3.Vj.	675,9	–	1,9	35,1	583,7	581,5	–	0,1	9,7	45,4
4.Vj.	703,5	–	1,9	35,1	597,1	594,9	–	0,1	9,9	59,3
2024 1.Vj.	712,5	–	1,7	36,7	600,0	598,3	–	0,1	10,4	63,7
2.Vj.	716,0	–	1,6	37,0	601,5	600,4	–	0,1	11,3	64,5
3.Vj.	731,0	–	1,5	38,2	605,6	605,1	–	0,0	12,3	73,4
4.Vj.	739,7	–	1,5	37,9	617,1	617,1	–	0,0	13,5	69,7
2025 1.Vj.	736,6	–	1,4	38,2	618,7	618,6	–	0,0	13,4	64,9
2.Vj.	745,6	–	1,4	39,9	622,8	622,7	–	0,0	14,0	67,4
3.Vj.	754,9	–	1,4	41,6	626,7	626,5	–	0,0	14,2	70,9
4.Vj.	766,2	–	1,5	40,4	643,1	642,8	–	0,0	15,1	66,1
2026 1.Vj.	763,8	–	1,5	41,0	641,2	641,0	–	0,0	15,1	65,0

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. **1** Einschl. Depotverbindlichkeiten sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **2** Einschl. Rückstellungen der Pensionseinrichtungen ggü. den Trägern und für andere Leistungen. **3** Technische Rückstellungen „Leben" unter Berücksichtigung von Übergangsmaßnahmen, die bei den meisten Versicherungsunternehmen ab Q2/2024 weggefallen sind. In der Sparte „Nicht-Lebensversicherung" sind auch die Krankenversicherungen enthalten. **4** Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **5** Bewertung zu Buchwerten. Der Begriff „Pensionseinrichtungen" bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen" des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung. **6** Das Eigenkapital entspricht der Summe aus „Reinvermögen" und „Aktien und sonstige Anteilsrechte".

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Schuldverschreibungen										
		Absatz					Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen [1]					Inländer				
	Absatz = Erwerb insgesamt	zusammen	Bankschuldverschreibungen	Anleihen von Unternehmen [2] (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	ausländische Schuldverschreibungen [3]	zusammen [4]	Kreditinstitute einschließlich Bausparkassen [5]	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren [6]	Ausländer [7]
2017	51 034	11 563	1 096	7 112	3 356	39 471	134 192	– 71 454	161 012	44 634	– 83 158
2018	78 657	16 630	33 251	12 433	– 29 055	62 027	107 155	– 24 417	67 328	64 244	– 28 499
2019	139 611	68 536	29 254	32 505	6 778	71 075	60 195	8 059	2 408	49 728	79 416
2020	451 481	374 034	14 462	88 703	270 870	77 446	280 820	18 955	226 887	34 978	170 661
2021	231 129	221 648	31 941	19 754	169 953	9 481	245 892	– 41 852	245 198	42 546	– 14 763
2022	155 327	156 190	59 322	35 221	61 648	– 863	139 635	2 915	49 774	86 946	15 693
2023	288 223	158 228	88 018	– 11 899	82 109	129 995	109 821	32 163	– 59 817	137 475	178 402
2024	210 965	108 237	4 548	27 293	76 396	102 728	7 426	81 686	– 95 857	21 597	203 539
2025	364 297	203 989	61 591	29 521	112 876	160 308	120 000	122 534	– 117 014	114 480	244 297
2025 Juli	31 884	39 795	6 412	36	33 347	– 7 911	– 4 041	– 9 167	– 1 899	7 025	35 926
Aug.	21 868	11 577	16 834	– 8 857	3 600	10 290	– 2 791	– 23	– 14 576	11 808	24 658
Sept.	47 803	14 172	– 1 111	1 961	13 322	33 631	33 758	15 827	– 8 045	25 976	14 045
Okt.	19 706	19 734	8 369	2 908	8 457	– 28	– 20 795	3 052	– 13 851	– 9 997	40 502
Nov.	48 431	44 563	6 878	3 979	33 706	3 868	6 979	5 033	– 3 065	5 011	41 452
Dez.	– 33 939	– 26 388	– 12 429	– 7 504	– 6 455	– 7 551	– 10 077	– 12 213	– 2 092	4 228	– 23 862
2026 Jan.	78 119	50 502	17 379	7 118	26 005	27 617	24 438	29 670	– 4 133	– 1 100	53 681
Febr.	27 788	9 219	561	3 170	5 488	18 569	212	13 391	– 15 919	2 741	27 576
März	6 574	– 6 137	– 16 778	– 5 298	15 939	12 711	89	6 317	– 9 069	2 842	6 485
April	17 001	3 970	18 513	7 370	– 21 913	13 031	– 4 073	8 197	– 26 475	14 205	21 073
Mai	75 619	48 332	6 410	4 204	37 719	27 287	37 297	25 279	– 4 059	16 077	38 322
Juni	39 311	14 392	3 530	2 071	8 791	24 919	12 468	20 661	– 8 130	– 64	26 843

Mio €

Zeit	Aktien						
		Absatz		Erwerb			
				Inländer			
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Aktien [8]	ausländische Aktien [9]	zusammen [10]	Kreditinstitute [5]	übrige Sektoren [11]	Ausländer [12]
2017	52 932	15 570	37 362	51 270	7 031	44 239	1 662
2018	61 400	16 188	45 212	89 624	– 11 184	100 808	– 28 224
2019	54 830	9 076	45 754	43 070	– 1 119	44 189	11 759
2020	78 464	17 771	60 693	111 570	27	111 543	– 33 106
2021	115 940	49 066	66 875	102 605	10 869	91 736	13 335
2022	– 5 954	27 792	– 33 746	– 2 285	– 8 262	5 977	– 3 670
2023	41 535	36 898	4 637	53 297	14 650	38 647	– 11 761
2024	22 502	16 738	5 764	24 037	4 267	19 770	– 1 535
2025	24 993	26 835	– 1 842	44 225	6 184	38 041	– 19 232
2025 Juli	10 690	4 445	6 245	11 275	6 169	5 106	– 585
Aug.	6 870	555	6 315	7 694	4 092	3 602	– 824
Sept.	1 936	4 093	– 2 157	5 336	1 899	3 437	– 3 399
Okt.	8 653	9 301	– 648	10 415	2 255	8 160	– 1 762
Nov.	– 722	892	– 1 615	2 517	2 571	– 54	– 3 240
Dez.	– 28 646	1 358	– 30 004	– 25 688	– 21 443	– 4 245	– 2 959
2026 Jan.	19 304	4 458	14 846	19 594	15 153	4 441	– 291
Febr.	– 6 143	138	– 6 281	– 5 134	6 951	– 12 085	– 1 008
März	– 12 883	1 334	– 14 217	– 8 824	– 14 848	6 024	– 4 059
April	7 462	2 027	5 436	2 986	8 353	– 5 367	4 476
Mai	3 180	744	2 436	5 368	3 981	1 387	– 2 188
Juni	8 883	13 319	– 4 435	8 438	– 2 440	10 878	446

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. **2** Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. **3** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. **4** In- und ausländische Schuldverschreibungen. **5** Buchwerte; statistisch bereinigt. **6** Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. **7** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. **8** Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. **9** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. **10** In- und ausländische Aktien. **11** Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. **12** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1) zusammen	Hypothekenpfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen	Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand
Brutto-Absatz								
2017 3)	1 047 822	619 199	30 339	8 933	438 463	141 466	66 290	362 332
2018	1 148 091	703 416	38 658	5 673	534 552	124 530	91 179	353 496
2019	1 285 541	783 977	38 984	9 587	607 900	127 504	94 367	407 197
2020 6)	1 870 084	778 411	39 548	18 327	643 380	77 156	184 206	907 466
2021	1 658 004	795 271	41 866	17 293	648 996	87 116	139 775	722 958
2022	1 683 265	861 989	66 811	11 929	700 062	83 188	169 680	651 596
2023	1 705 524	937 757	45 073	12 633	782 969	97 082	153 128	614 639
2024	1 508 072	813 931	37 320	13 509	630 383	132 720	135 577	558 563
2025	1 510 487	868 685	39 490	15 288	628 788	185 121	130 611	511 191
2025 Juli	133 507	75 841	3 677	1 124	54 244	16 796	8 058	49 609
Aug.	111 606	66 182	515	3 260	46 867	15 541	5 254	40 170
Sept.	140 008	78 348	3 402	1 031	59 745	14 170	11 889	49 770
Okt.	128 013	64 968	3 000	691	48 252	13 025	7 950	55 094
Nov.	106 913	59 557	3 362	74	45 614	10 507	9 505	37 850
Dez.	55 872	40 357	805	31	24 502	15 018	2 602	12 913
2026 Jan.	157 313	82 282	8 772	2 131	56 081	15 298	8 957	66 074
Febr.	129 371	64 736	3 123	1 355	47 136	13 121	10 089	54 547
März	120 507	60 002	1 500	1 371	45 226	11 905	6 296	54 209
April	137 050	68 724	2 551	741	53 307	12 125	16 413	51 913
Mai	135 590	67 483	3 377	1 312	50 240	12 554	10 972	57 135
Juni	134 091	75 356	6 696	1 969	52 223	14 468	12 563	46 172
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 4)								
2017 3)	357 506	170 357	22 395	6 447	94 852	46 663	44 891	142 257
2018	375 906	173 995	30 934	4 460	100 539	38 061	69 150	132 760
2019	396 617	174 390	26 832	6 541	96 673	44 346	69 682	152 544
2020 6)	658 521	165 097	28 500	7 427	90 839	38 330	77 439	415 985
2021	486 335	171 799	30 767	6 336	97 816	36 880	64 234	250 303
2022	485 287	164 864	41 052	7 139	91 143	25 530	56 491	263 932
2023	482 193	155 790	28 294	4 664	101 059	21 772	44 272	282 132
2024	474 196	148 913	25 513	9 142	79 163	35 096	69 369	255 914
2025	538 454	183 249	31 487	10 194	86 827	54 742	77 964	277 241
2025 Juli	48 178	14 643	3 562	1 124	6 099	3 858	3 285	30 250
Aug.	32 669	9 977	365	2 010	4 438	3 164	1 492	21 200
Sept.	48 348	16 914	3 081	31	9 110	4 691	7 385	24 050
Okt.	51 843	14 017	2 387	691	6 670	4 269	4 126	33 700
Nov.	32 444	11 014	2 922	74	3 313	4 705	7 160	14 270
Dez.	9 519	9 159	235	31	1 088	7 805	359	–
2026 Jan.	73 322	33 585	7 060	2 031	18 605	5 889	5 837	33 900
Febr.	56 626	18 637	2 288	1 355	10 694	4 300	5 979	32 011
März	49 679	16 045	1 221	1 371	9 004	4 450	2 934	30 700
April	50 633	16 258	2 051	77	9 108	5 022	10 125	24 250
Mai	61 982	22 063	2 572	1 305	12 035	6 152	5 948	33 971
Juni	45 143	18 825	5 646	36	8 322	4 821	5 751	20 566
Netto-Absatz 5)								
2017 3)	2 669	5 954	6 389	– 4 697	18 788	– 14 525	6 828	– 10 114
2018	2 758	26 648	19 814	– 6 564	18 850	– 5 453	9 738	– 33 630
2019	59 719	28 750	13 098	– 3 728	26 263	– 6 885	30 449	519
2020 6)	473 795	28 147	8 661	8 816	22 067	– 11 398	49 536	396 113
2021	210 231	52 578	17 821	7 471	22 973	4 314	35 531	122 123
2022	135 853	36 883	23 894	– 9 399	15 944	6 444	30 671	68 299
2023	190 577	78 764	10 184	– 791	46 069	23 303	– 34	111 848
2024	76 679	6 577	– 3 554	1 212	– 17 104	26 022	28 634	41 468
2025	187 059	64 740	3 168	4 927	31 605	25 040	26 283	96 037
2025 Juli	44 137	9 749	2 397	454	5 395	1 504	– 1 277	35 665
Aug.	7 206	17 521	– 863	1 010	14 213	3 161	– 7 593	– 2 723
Sept.	17 850	– 1 641	– 1 953	– 1 229	3 140	– 1 598	2 689	16 802
Okt.	13 479	7 831	1 590	370	1 877	3 995	685	4 963
Nov.	34 358	5 591	– 1 339	59	4 825	2 046	3 041	25 726
Dez.	– 30 969	– 10 558	– 789	– 1 039	– 11 622	2 892	– 4 207	– 16 204
2026 Jan.	65 469	18 018	5 543	431	5 221	6 823	462	46 989
Febr.	8 063	– 988	– 1 104	1 355	– 1 665	426	3 210	5 840
März	– 7 731	– 19 134	– 1 665	806	– 14 855	– 3 420	– 4 187	15 589
April	– 34	7 318	– 1 295	528	6 873	1 212	7 081	– 14 432
Mai	49 053	5 781	1 722	1 292	– 1 120	3 888	3 745	39 527
Juni	19 463	9 447	– 1 782	29	8 178	3 021	3 028	6 988

***** Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen in der Fachreihe Emissionsstatistiken, S. 43 ff. **1** Ohne Bank-Namensschuldverschreibungen. **2** Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. **3** Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. **4** Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. **5** Brutto-Absatz minus Tilgung. **6** Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen zusammen	Hypotheken-pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen	Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand
2017 **1)**	3 090 708	1 170 920	141 273	58 004	651 211	320 432	**2)** 302 543	1 617 244
2018	3 091 303	1 194 160	161 088	51 439	670 062	**1)** 311 572	**1) 2)** 313 527	1 583 616
2019	**2)** 3 149 373	1 222 911	174 188	47 712	696 325	304 686	**2)** 342 325	1 584 136
2020 **4)**	**2)** 3 545 200	**2)** 1 174 817	183 980	55 959	687 710	**2)** 247 169	**2)** 379 342	1 991 040
2021	3 781 975	1 250 777	202 385	63 496	731 068	253 828	414 791	2 116 406
2022	3 930 390	1 302 028	225 854	54 199	761 047	260 928	441 234	2 187 127
2023	4 131 592	1 384 958	237 099	54 312	806 808	286 739	441 742	2 304 892
2024	4 245 954	1 417 590	234 330	55 797	808 182	319 281	472 564	2 355 800
2025	4 423 802	1 457 909	237 382	61 398	818 690	340 439	508 763	2 457 130
2025 Juli	4 381 150	1 442 070	240 587	61 481	809 425	330 577	514 457	2 424 623
Aug.	4 381 704	1 455 918	239 645	63 251	820 677	332 345	506 831	2 418 955
Sept.	4 399 186	1 452 862	237 561	62 024	822 583	330 693	508 646	2 437 679
Okt.	4 417 892	1 464 533	239 272	62 428	827 350	335 483	509 611	2 443 749
Nov.	4 455 063	1 471 158	238 042	62 424	832 827	337 865	512 630	2 471 275
Dez.	4 423 802	1 457 909	237 382	61 398	818 690	340 439	508 763	2 457 130
2026 Jan.	4 484 798	1 474 412	242 952	61 766	822 539	347 154	507 812	2 502 574
Febr.	4 494 997	1 476 110	241 607	63 077	822 344	349 083	511 029	2 507 857
März	4 498 845	1 466 135	239 859	63 978	815 582	346 716	506 815	2 525 896
April	4 502 269	1 476 279	238 630	64 495	824 642	348 513	513 978	2 512 012
Mai	4 518 270	1 446 514	226 355	64 235	818 241	337 683	517 774	2 553 982
Juni	4 542 380	1 458 149	224 721	64 283	830 385	338 759	520 951	2 563 280
Aufgliederung nach Restlaufzeiten **3)**								**Stand Ende: Juni 2026**
bis unter 2	1 285 002	537 760	67 705	16 793	330 266	122 997	89 112	658 130
2 bis unter 4	867 868	337 145	60 103	16 582	189 596	70 864	101 305	429 418
4 bis unter 6	664 100	254 792	41 101	11 100	147 947	54 644	71 786	337 522
6 bis unter 8	424 850	138 905	29 580	10 083	69 612	29 629	49 574	236 371
8 bis unter 10	395 300	88 782	16 932	5 955	44 441	21 455	24 002	282 517
10 bis unter 15	258 231	55 431	7 627	2 898	32 940	11 966	30 628	172 171
15 bis unter 20	112 789	9 657	783	618	6 030	2 226	18 851	84 281
20 und darüber	534 240	35 677	891	255	9 552	24 978	135 694	362 869

***** Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. **1** Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. **2** Änderung durch Sitzlandwechsel von Emittenten oder Schuldverschreibungen. **3** Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamtfälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtfälligen Schuldverschreibungen. **4** Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von: Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen **1)**	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung	Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums **2)**
2017	178 828	2 471	3 894	776	533	– 457	– 661	– 1 615	1 933 733
2018	180 187	1 357	3 670	716	82	– 1 055	– 1 111	– 946	1 634 155
2019 **3) 4)**	183 461	1 673	2 411	2 419	542	– 858	– 65	– 2 775	1 950 224
2020 **4)**	181 881	– 2 872	1 877	219	178	– 2 051	– 460	– 2 635	1 963 588
2021	186 580	4 152	9 561	672	35	– 326	– 212	– 5 578	2 301 942
2022	199 789	12 272	14 950	224	371	– 29	– 293	– 2 952	1 858 963
2023	182 246	– 15 984	3 377	3	50	– 564	– 2 515	– 16 335	2 051 675
2024	181 022	– 1 387	2 415	27	0	– 147	– 679	– 3 004	2 213 188
2025	178 401	– 3 889	3 044	43	1	– 289	– 142	– 6 546	2 551 624
2025 Juli	180 492	– 928	302	1	–	– 0	– 3	– 1 228	2 550 302
Aug.	179 651	– 841	200	42	–	– 0	– 8	– 1 075	2 519 205
Sept.	179 211	– 467	595	–	–	– 199	– 0	– 863	2 464 734
Okt.	179 275	59	112	–	–	–	–	– 53	2 491 431
Nov.	178 970	– 333	229	–	–	– 9	– 2	– 551	2 478 329
Dez.	178 401	– 813	97	–	–	–	–	– 910	2 551 624
2026 Jan.	178 241	– 161	17	–	–	–	–	– 179	2 570 805
Febr.	178 192	– 57	84	–	–	–	–	– 141	2 650 444
März	178 046	– 271	185	–	–	– 2	–	– 454	2 400 514
April	178 434	386	416	–	–	–	–	– 30	2 504 389
Mai	178 520	86	199	–	–	–	– 40	– 73	2 592 874
Juni	178 619	99	169	–	–	–	–	– 70	2 519 812

***** Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. **1** Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. **2** Alle Börsensegmente. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG. **3** Methodische Veränderungen ab Berichtsmonat Oktober 2019. **4** Änderungen aufgrund statistischer Bereinigungen.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen deutscher Wertpapiere

Zeit	Emissionsrenditen				Umlaufsrenditen festverzinslicher Schuldverschreibungen inländischer Emittenten [1]						
		Anleihen der öffentlichen Hand				Anleihen der öffentlichen Hand			Bankschuldverschreibungen		
							börsennotierte Bundeswertpapiere				
	insgesamt	zusammen	darunter börsennotierte Bundeswertpapiere	Bankschuldverschreibungen	insgesamt	zusammen	zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren [2]	zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre	Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)
	% p.a.										
2017	0,6	0,4	0,2	0,6	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4	0,9	1,7
2018	0,7	0,6	0,4	0,6	0,4	0,3	0,3	0,4	0,6	1,0	2,5
2019	0,2	– 0,1	– 0,3	0,4	– 0,1	– 0,2	– 0,3	– 0,3	0,1	0,3	2,5
2020	0,1	– 0,3	– 0,5	0,1	– 0,2	– 0,4	– 0,5	– 0,5	– 0,0	0,1	1,7
2021	0,0	– 0,2	– 0,3	0,1	– 0,1	– 0,3	– 0,4	– 0,4	– 0,1	0,2	0,9
2022	1,6	1,3	1,2	1,9	1,5	1,2	1,1	1,1	1,9	1,9	3,3
2023	2,9	2,6	2,5	3,4	2,9	2,6	2,5	2,4	3,3	3,2	4,2
2024	2,8	2,5	2,4	3,0	2,6	2,4	2,3	2,3	2,9	3,1	3,7
2025	2,8	2,6	2,6	2,9	2,7	2,6	2,5	2,6	2,8	3,1	3,6
2025 Juli	2,80	2,57	2,57	2,82	2,70	2,59	2,52	2,63	2,76	3,09	3,48
Aug.	2,71	2,66	2,64	2,79	2,74	2,63	2,57	2,67	2,76	3,07	3,49
Sept.	2,81	2,74	2,68	2,70	2,76	2,66	2,60	2,69	2,78	3,08	3,54
Okt.	2,68	2,60	2,56	2,74	2,71	2,61	2,55	2,62	2,75	3,05	3,50
Nov.	3,07	2,74	2,73	3,01	2,78	2,67	2,60	2,66	2,80	3,10	3,57
Dez.	3,32	.	.	3,28	2,92	2,82	2,77	2,81	2,93	3,25	3,66
2026 Jan.	3,07	2,94	2,83	3,05	2,90	2,81	2,76	2,81	2,91	3,26	3,64
Febr.	3,00	2,84	2,81	2,94	2,83	2,74	2,70	2,74	2,82	3,19	3,56
März	3,06	2,99	2,99	3,08	3,04	2,93	2,88	2,91	3,08	3,34	3,93
April	3,21	3,07	3,06	3,13	3,14	3,03	2,99	3,00	3,19	3,42	3,94
Mai	3,23	3,05	3,01	3,36	3,18	3,07	3,02	3,05	3,23	3,43	3,93
Juni	3,18	2,94	2,89	3,18	3,10	3,00	2,95	2,96	3,16	3,35	3,84

1 Festverzinsliche Inhaberschuldverschreibungen inländischer Emittenten mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren. Außer Betracht bleiben strukturierte Produkte, Schuldverschreibungen mit nicht gesamtfälliger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und nicht auf Euro lautende Anleihen. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufsbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. Anpassung des Kreises der einbezogenen Papiere zum 01.05.2020. **2** Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Mio €

Zeit	Absatz	Absatz							Erwerb					
		Offene inländische Fonds [1] (Mittelaufkommen)							Inländer					
			Publikumsfonds							Kreditinstitute [2] einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren [3]		
				darunter										
	Absatz = Erwerb insgesamt	zusammen	zusammen	Geldmarktfonds	Wertpapierfonds	Immobilienfonds	Spezialfonds	ausländische Fonds [4]	zusammen	zusammen	darunter ausländische Anteile	zusammen	darunter ausländische Anteile	Ausländer [5]
2017	148 214	94 921	29 560	– 235	21 970	4 406	65 361	53 292	150 740	4 938	1 048	145 802	52 244	– 2 526
2018	108 293	103 694	15 279	– 377	4 166	6 168	88 415	4 599	114 973	2 979	– 2 306	111 994	6 905	– 6 680
2019	171 666	122 546	17 032	– 447	5 097	10 580	105 514	49 120	176 210	2 719	– 812	173 491	49 932	– 4 544
2020	157 349	116 028	19 193	– 42	11 343	8 795	96 835	41 321	156 421	336	– 1 656	156 085	42 977	928
2021	281 018	157 861	41 016	482	31 023	7 841	116 845	123 157	289 400	13 154	254	276 246	122 903	– 8 383
2022	112 662	79 022	6 057	482	444	5 071	72 991	33 640	116 145	3 170	– 1 459	112 975	35 099	– 3 483
2023	73 874	44 484	5 969	460	4 951	723	38 461	29 390	76 088	– 4 778	– 2 054	80 866	31 444	– 2 214
2024	151 391	40 124	– 1 659	1 692	1 992	– 5 890	41 784	111 267	152 405	8 704	2 614	143 701	108 653	– 1 014
2025	209 634	89 721	20 018	866	25 384	– 7 637	69 711	119 913	208 862	6 895	1 304	201 967	118 609	772
2025 Juli	13 620	4 913	1 464	– 44	2 259	– 889	3 449	8 707	13 699	742	336	12 957	8 371	– 79
Aug.	16 667	7 966	2 564	62	2 854	– 610	5 402	8 700	16 483	982	– 8	15 501	8 708	183
Sept.	13 609	2 930	462	– 69	804	– 576	2 468	10 679	13 399	26	– 22	13 373	10 701	209
Okt.	18 551	12 470	1 217	– 48	1 411	– 496	11 253	6 081	18 981	596	383	18 385	5 698	– 429
Nov.	13 668	10 470	2 361	– 31	2 693	– 597	8 109	3 198	19 387	178	– 106	19 209	3 304	– 5 719
Dez.	38 797	23 346	442	– 194	1 047	– 848	22 904	15 450	38 907	898	21	38 009	15 429	– 110
2026 Jan.	20 553	8 023	2 847	65	2 551	– 420	5 177	12 530	20 043	1 649	676	18 394	11 854	509
Febr.	25 286	7 595	4 725	84	4 496	– 694	2 871	17 691	24 443	389	41	24 054	17 650	843
März	6 106	2 321	2 038	236	1 814	– 668	283	3 785	5 150	94	– 430	5 056	4 215	956
April	16 298	1 390	– 363	344	– 573	– 511	1 753	14 911	11 071	430	337	10 641	14 574	5 227
Mai	22 458	11 166	3 533	– 23	3 391	– 517	7 633	11 292	20 405	877	119	19 528	11 173	2 054
Juni	16 820	2 680	1 039	– 81	836	– 337	1 641	13 968	16 224	109	– 110	16 115	14 078	596

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. **2** Buchwerte. **3** Als Rest errechnet. **4** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. **5** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2023	2024	2025	2024	2025				2026
				4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	– 1,22	49,53	28,87	36,88	– 33,97	– 11,72	38,46	36,09	– 29,29
Schuldverschreibungen insgesamt	6,50	2,08	0,41	– 4,44	– 0,85	1,04	2,17	– 1,96	1,95
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,62	1,53	– 2,30	– 1,88	– 1,31	– 0,41	1,26	– 1,84	0,64
langfristige Schuldverschreibungen	4,88	0,55	2,70	– 2,56	0,46	1,45	0,91	– 0,11	1,31
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	6,68	– 0,43	– 0,62	– 3,19	0,16	0,07	0,19	– 1,03	1,92
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	– 0,03	– 1,39	– 0,25	– 0,87	0,11	0,03	– 0,07	– 0,33	0,56
Finanzielle Kapitalgesellschaften	3,19	0,97	– 0,47	– 1,51	0,13	0,13	0,10	– 0,83	0,56
Staat	3,51	– 0,02	0,11	– 0,81	– 0,08	– 0,09	0,16	0,12	0,80
Schuldverschreibungen des Auslands	– 0,18	2,51	1,03	– 1,25	– 1,01	0,97	1,98	– 0,92	0,03
Kredite insgesamt	74,55	46,93	43,74	17,15	6,30	1,73	12,12	23,60	32,71
kurzfristige Kredite	20,31	14,41	48,74	6,81	17,07	– 0,76	15,27	17,16	27,59
langfristige Kredite	54,24	32,52	– 4,99	10,34	– 10,77	2,49	– 3,15	6,44	5,12
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	52,63	25,59	40,58	17,50	3,06	4,35	7,54	25,63	25,63
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	11,57	12,66	40,13	17,20	3,74	4,12	6,55	25,72	14,62
Finanzielle Kapitalgesellschaften	10,54	9,75	2,68	– 0,73	2,14	– 1,33	1,75	0,13	10,08
Staat	30,51	3,18	– 2,23	1,03	– 2,82	1,57	– 0,76	– 0,22	0,93
Kredite an das Ausland	21,92	21,35	3,16	– 0,35	3,24	– 2,63	4,58	– 2,03	7,08
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	103,62	83,01	101,96	– 11,78	25,69	52,35	14,70	9,22	1,34
Anteilsrechte insgesamt	99,86	76,81	96,07	– 8,59	21,49	52,19	11,68	10,71	5,39
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	– 14,32	2,00	– 7,27	– 8,34	– 4,12	9,97	– 4,90	– 8,23	2,08
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	– 13,91	2,89	– 8,04	– 6,27	– 4,06	9,04	– 4,97	– 8,04	2,03
finanzielle Kapitalgesellschaften	– 0,41	– 0,89	0,77	– 2,07	– 0,06	0,94	0,07	– 0,19	0,05
Börsennotierte Aktien des Auslands	– 43,08	– 8,39	– 14,13	– 2,49	– 1,40	– 2,96	– 3,95	– 5,81	– 2,84
Übrige Anteilsrechte [1]	157,25	83,21	117,47	2,24	27,01	45,18	20,53	24,75	6,15
Anteile an Investmentfonds	3,76	6,20	5,90	– 3,19	4,20	0,16	3,02	– 1,49	– 4,05
Geldmarktfonds	– 0,58	1,38	0,96	1,42	1,40	– 1,84	0,66	0,74	2,10
Sonstige Investmentfonds	4,34	4,81	4,94	– 4,61	2,80	2,00	2,36	– 2,23	– 6,16
Versicherungstechnische Rückstellungen	9,32	5,75	8,53	– 0,85	6,82	– 0,01	– 0,35	2,06	6,01
Finanzderivate	9,65	11,78	5,19	– 1,00	– 1,04	2,65	1,96	1,62	0,07
Sonstige Forderungen	– 20,86	– 70,86	– 9,43	– 119,46	127,38	– 33,27	– 26,47	– 77,07	11,82
Insgesamt	181,55	128,21	179,27	– 83,50	130,32	12,78	42,60	– 6,43	24,60
Außenfinanzierung									
Schuldverschreibungen insgesamt	0,35	13,41	– 0,87	– 0,19	2,74	– 0,45	– 5,14	1,99	4,94
kurzfristige Schuldverschreibungen	– 4,68	0,26	– 1,55	– 2,02	0,66	1,32	– 2,05	– 1,48	2,11
langfristige Schuldverschreibungen	5,03	13,15	0,68	1,84	2,08	– 1,77	– 3,09	3,47	2,83
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	0,66	– 2,41	– 2,63	– 2,49	0,55	– 1,13	– 2,23	0,17	1,48
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	– 0,03	– 1,39	– 0,25	– 0,87	0,11	0,03	– 0,07	– 0,33	0,56
Finanzielle Kapitalgesellschaften	– 2,83	– 2,58	– 3,94	– 1,92	0,05	– 1,48	– 2,33	– 0,17	0,72
Staat	– 0,11	– 0,03	0,02	– 0,02	– 0,00	– 0,01	– 0,02	0,05	– 0,05
Private Haushalte	3,62	1,59	1,53	0,33	0,40	0,33	0,18	0,63	0,25
Schuldverschreibungen des Auslands	– 0,31	15,82	1,77	2,30	2,19	0,67	– 2,91	1,82	3,47
Kredite insgesamt	49,67	41,63	81,40	– 12,94	43,16	19,89	19,51	– 1,15	32,27
kurzfristige Kredite	– 16,85	– 0,07	55,16	– 23,75	35,33	13,68	11,90	– 5,75	29,73
langfristige Kredite	66,52	41,70	26,24	10,82	7,83	6,20	7,61	4,60	2,55
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	55,94	18,63	53,45	2,61	26,15	4,16	4,32	18,82	29,02
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	11,57	12,66	40,13	17,20	3,74	4,12	6,55	25,72	14,62
Finanzielle Kapitalgesellschaften	63,85	16,82	23,32	– 12,68	27,42	2,56	0,13	– 6,79	18,45
Staat	– 19,49	– 10,85	– 10,00	– 1,91	– 5,01	– 2,52	– 2,36	– 0,11	– 4,05
Kredite aus dem Ausland	– 6,27	23,00	27,95	– 15,55	17,01	15,72	15,19	– 19,97	3,25
Anteilsrechte insgesamt	41,40	72,79	82,20	14,90	17,07	17,00	30,44	17,69	17,41
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	– 27,65	– 16,94	– 3,99	– 9,62	– 6,73	10,52	– 5,34	– 2,44	5,15
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	– 13,91	2,89	– 8,04	– 6,27	– 4,06	9,04	– 4,97	– 8,04	2,03
Finanzielle Kapitalgesellschaften	– 8,32	– 11,41	8,51	– 0,93	– 0,25	– 0,54	1,94	7,36	0,86
Staat	– 1,12	– 3,99	– 0,74	0,08	– 0,92	0,23	– 0,04	– 0,01	0,00
Private Haushalte	– 4,30	– 4,44	– 3,73	– 2,50	– 1,50	1,79	– 2,28	– 1,75	2,25
Börsennotierte Aktien des Auslands	13,73	21,07	19,06	7,91	6,86	– 10,40	19,06	3,54	– 4,52
Übrige Anteilsrechte [1]	55,32	68,67	67,13	16,61	16,95	16,88	16,72	16,59	16,78
Versicherungstechnische Rückstellungen	8,86	9,72	9,33	2,44	2,33	2,33	2,33	2,34	2,34
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	14,55	– 3,57	1,36	– 9,51	1,87	7,60	– 5,22	– 2,90	– 5,30
Sonstige Verbindlichkeiten	41,45	46,96	33,24	21,72	5,70	4,18	6,35	17,02	4,64
Insgesamt	156,29	180,94	206,65	16,42	72,87	50,54	48,27	34,98	56,30

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

				2024	2025				2026
Positionen	2023	2024	2025	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	847,5	894,5	920,9	894,5	860,6	848,2	886,6	920,9	889,0
Schuldverschreibungen insgesamt	62,1	66,1	67,9	66,1	65,4	66,9	69,6	67,9	69,6
kurzfristige Schuldverschreibungen	9,8	11,9	9,8	11,9	10,6	10,3	11,6	9,8	10,6
langfristige Schuldverschreibungen	52,3	54,2	58,1	54,2	54,7	56,6	58,0	58,1	59,0
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	32,2	33,0	33,1	33,0	33,3	33,5	33,9	33,1	34,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	5,8	4,5	4,4	4,5	4,7	4,9	4,8	4,4	4,9
finanzielle Kapitalgesellschaften	18,8	20,8	20,8	20,8	21,0	21,0	21,4	20,8	21,3
Staat	7,6	7,7	7,8	7,7	7,6	7,6	7,7	7,8	8,6
Schuldverschreibungen des Auslands	29,9	33,1	34,8	33,1	32,1	33,4	35,6	34,8	34,7
Kredite insgesamt	1 805,9	1 855,9	1 893,0	1 855,9	1 860,0	1 857,2	1 869,1	1 893,0	1 927,9
kurzfristige Kredite	1 456,0	1 472,9	1 516,6	1 472,9	1 488,4	1 483,9	1 499,1	1 516,6	1 548,7
langfristige Kredite	349,8	383,1	376,4	383,1	371,6	373,3	370,0	376,4	379,2
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	1 397,3	1 422,9	1 463,5	1 422,9	1 426,0	1 430,4	1 437,9	1 463,5	1 489,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1 237,3	1 250,0	1 290,1	1 250,0	1 253,7	1 257,9	1 264,4	1 290,1	1 304,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	104,5	114,2	116,9	114,2	116,4	115,0	116,8	116,9	127,0
Staat	55,5	58,7	56,5	58,7	55,9	57,4	56,7	56,5	57,4
Kredite an das Ausland	408,5	433,0	429,5	433,0	434,0	426,8	431,2	429,5	438,8
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	4 009,8	4 110,5	4 207,8	4 110,5	4 112,3	4 150,3	4 168,2	4 207,8	4 180,4
Anteilsrechte insgesamt	3 773,9	3 847,6	3 935,0	3 847,6	3 854,6	3 889,1	3 897,4	3 935,0	3 914,9
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	334,5	327,3	335,3	327,3	327,6	346,9	334,0	335,3	306,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	326,7	320,8	323,9	320,8	318,1	334,8	321,5	323,9	296,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	7,8	6,5	11,4	6,5	9,5	12,1	12,5	11,4	10,4
Börsennotierte Aktien des Auslands	42,1	44,0	44,7	44,0	43,6	44,3	44,9	44,7	43,6
Übrige Anteilsrechte [1]	3 397,3	3 476,2	3 555,0	3 476,2	3 483,4	3 497,9	3 518,5	3 555,0	3 564,4
Anteile an Investmentfonds	235,9	262,9	272,8	262,9	257,7	261,2	270,9	272,8	265,5
Geldmarktfonds	6,9	11,9	13,1	11,9	13,4	11,6	12,3	13,1	15,2
Sonstige Investmentfonds	229,0	251,0	259,8	251,0	244,3	249,7	258,6	259,8	250,3
Versicherungstechnische Rückstellungen	49,1	53,0	54,9	53,0	57,0	55,6	54,4	54,9	58,0
Finanzderivate	33,7	35,8	25,8	35,8	29,7	30,6	26,0	25,8	25,8
Sonstige Forderungen	1 793,7	1 784,1	1 866,9	1 784,1	1 913,0	1 912,0	1 904,5	1 866,9	1 917,9
Insgesamt	8 601,7	8 799,9	9 037,1	8 799,9	8 897,9	8 920,8	8 978,4	9 037,1	9 068,5
Verbindlichkeiten									
Schuldverschreibungen insgesamt	239,7	259,0	304,8	259,0	292,2	308,5	304,0	304,8	301,1
kurzfristige Schuldverschreibungen	4,5	4,9	3,3	4,9	5,5	6,9	4,8	3,3	5,4
langfristige Schuldverschreibungen	235,2	254,1	301,5	254,1	286,7	301,7	299,2	301,5	295,8
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	96,3	99,3	105,2	99,3	100,0	107,7	105,6	105,2	105,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	5,8	4,5	4,4	4,5	4,7	4,9	4,8	4,4	4,9
finanzielle Kapitalgesellschaften	74,8	77,5	81,1	77,5	77,5	83,9	81,7	81,1	80,8
Staat	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3	0,2
Private Haushalte	15,5	17,1	19,3	17,1	17,5	18,7	18,9	19,3	19,2
Schuldverschreibungen des Auslands	143,4	159,7	199,6	159,7	192,2	200,8	198,4	199,6	196,0
Kredite insgesamt	3 515,7	3 557,1	3 628,8	3 557,1	3 591,2	3 606,8	3 626,6	3 628,8	3 675,1
kurzfristige Kredite	1 747,9	1 745,4	1 794,2	1 745,4	1 779,0	1 787,9	1 799,2	1 794,2	1 829,2
langfristige Kredite	1 767,8	1 811,6	1 834,7	1 811,6	1 812,1	1 818,9	1 827,4	1 834,7	1 845,9
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	2 560,4	2 582,2	2 630,9	2 582,2	2 603,1	2 607,1	2 612,2	2 630,9	2 660,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1 237,3	1 250,0	1 290,1	1 250,0	1 253,7	1 257,9	1 264,4	1 290,1	1 304,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	1 215,9	1 234,1	1 254,6	1 234,1	1 259,7	1 261,7	1 262,3	1 254,6	1 274,0
Staat	107,1	98,1	86,1	98,1	89,6	87,6	85,5	86,1	82,0
Kredite aus dem Ausland	955,4	974,9	997,9	974,9	988,1	999,7	1 014,4	997,9	1 014,3
Anteilsrechte insgesamt	5 379,3	5 563,2	5 859,8	5 563,2	5 709,3	5 830,5	5 781,6	5 859,8	5 693,5
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	807,7	804,7	872,0	804,7	842,8	877,6	853,0	872,0	836,7
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	326,7	320,8	323,9	320,8	318,1	334,8	321,5	323,9	296,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	173,3	174,3	191,0	174,3	181,3	187,5	180,3	191,0	182,3
Staat	76,0	78,5	87,2	78,5	90,1	85,1	85,5	87,2	93,6
Private Haushalte	231,7	231,1	269,9	231,1	253,3	270,1	265,8	269,9	264,3
Börsennotierte Aktien des Auslands	951,0	1 059,7	1 213,8	1 059,7	1 135,3	1 208,7	1 170,1	1 213,8	1 133,8
Übrige Anteilsrechte [1]	3 620,6	3 698,7	3 774,0	3 698,7	3 731,2	3 744,1	3 758,4	3 774,0	3 723,1
Versicherungstechnische Rückstellungen	341,8	351,5	360,9	351,5	353,9	356,2	358,5	360,9	363,2
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	34,3	19,9	6,4	19,9	14,0	22,7	10,8	6,4	0,2
Sonstige Verbindlichkeiten	1 824,2	1 902,7	1 993,2	1 902,7	1 891,2	1 919,0	1 937,0	1 993,2	1 999,7
Insgesamt	11 335,1	11 653,4	12 153,9	11 653,4	11 851,7	12 043,7	12 018,4	12 153,9	12 033,0

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2023	2024	2025	2024	2025				2026
				4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	90,52	151,34	142,51	49,21	7,27	41,08	27,59	66,58	11,07
Bargeld	14,08	29,20	42,57	11,81	4,21	12,98	11,48	13,91	6,17
Einlagen insgesamt	76,45	122,14	99,94	37,40	3,06	28,10	16,11	52,67	4,90
Sichteinlagen	– 129,98	21,88	124,32	54,53	14,80	37,75	22,97	48,80	0,11
Termineinlagen	184,68	117,25	– 7,69	– 1,13	– 3,65	– 6,93	– 3,53	6,42	5,93
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	21,75	– 16,98	– 16,69	– 16,00	– 8,09	– 2,73	– 3,33	– 2,54	– 1,15
Schuldverschreibungen insgesamt	65,14	2,47	6,31	– 6,92	1,33	0,83	3,18	0,97	7,31
kurzfristige Schuldverschreibungen	11,76	– 9,69	– 4,79	– 3,06	– 0,73	– 1,61	– 1,41	– 1,04	0,48
langfristige Schuldverschreibungen	53,39	12,15	11,10	– 3,87	2,06	2,44	4,59	2,01	6,82
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	53,95	– 2,83	1,81	– 7,75	– 0,29	0,27	1,66	0,17	6,37
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,42	1,53	1,33	0,30	0,38	0,28	0,14	0,53	0,27
finanzielle Kapitalgesellschaften	42,65	– 3,41	0,79	– 7,04	– 0,43	0,58	1,38	– 0,74	5,31
Staat	7,89	– 0,94	– 0,31	– 1,02	– 0,24	– 0,59	0,14	0,38	0,79
Schuldverschreibungen des Auslands	11,19	5,29	4,50	0,83	1,62	0,56	1,52	0,80	0,94
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	54,35	112,78	107,87	38,03	34,12	35,40	25,11	13,23	36,36
Anteilsrechte insgesamt	18,23	19,52	15,66	– 1,95	5,80	11,43	3,63	– 5,20	9,38
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	– 4,61	– 6,49	– 7,36	– 2,82	– 2,44	0,95	– 3,31	– 2,56	3,78
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	– 3,57	– 4,31	– 3,97	– 2,42	– 1,31	1,36	– 2,29	– 1,73	2,09
finanzielle Kapitalgesellschaften	– 1,04	– 2,17	– 3,38	– 0,40	– 1,12	– 0,41	– 1,03	– 0,83	1,69
Börsennotierte Aktien des Auslands	2,89	6,51	7,40	0,32	4,04	4,71	1,56	– 2,91	– 0,94
Übrige Anteilsrechte [1]	19,94	19,49	15,61	0,55	4,20	5,77	5,38	0,27	6,53
Anteile an Investmentfonds	36,12	93,27	92,21	39,98	28,32	23,97	21,49	18,43	26,99
Geldmarktfonds	4,40	33,46	14,31	20,79	7,30	3,75	2,28	0,98	1,59
Sonstige Investmentfonds	31,72	59,81	77,90	19,19	21,02	20,23	19,21	17,45	25,40
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	1,18	2,23	1,68	– 3,99	7,83	– 1,46	– 1,77	– 2,92	9,53
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	– 11,15	22,78	17,76	2,78	6,03	6,64	5,71	– 0,63	3,19
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	32,12	32,01	45,64	19,18	6,48	8,58	7,64	22,94	1,43
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen [2]	21,58	– 16,61	– 11,27	– 17,14	25,57	– 24,48	8,86	– 21,21	24,70
Insgesamt	253,74	306,99	310,50	81,14	88,63	66,58	76,32	78,96	93,58
Außenfinanzierung									
Kredite insgesamt	14,71	14,09	40,90	4,27	4,83	10,47	16,19	9,41	4,98
kurzfristige Kredite	– 0,90	– 0,96	2,19	– 0,20	0,30	0,73	0,92	0,25	– 0,12
langfristige Kredite	15,61	15,05	38,71	4,47	4,53	9,74	15,27	9,16	5,10
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	19,16	18,78	39,61	5,40	5,39	9,89	13,29	11,04	4,98
Konsumentenkredite	1,44	0,44	5,63	0,20	0,07	1,84	3,67	0,05	0,37
Gewerbliche Kredite	– 5,89	– 5,13	– 4,34	– 1,33	– 0,63	– 1,27	– 0,77	– 1,68	– 0,37
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	12,26	18,25	39,58	5,73	5,10	11,03	15,37	8,09	5,52
Kredite von finanziellen Kapitalgesellschaften ohne MFI	2,45	– 4,16	1,32	– 1,45	– 0,28	– 0,56	0,83	1,33	– 0,53
Kredite vom Staat und Ausland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	14,71	14,09	40,90	4,27	4,83	10,47	16,19	9,41	4,98

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. **2** Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2023	2024	2025	2024	2025				2026
				4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	3 218,7	3 408,0	3 538,4	3 408,0	3 406,6	3 441,1	3 468,6	3 538,4	3 550,0
Bargeld	444,3	473,5	516,1	473,5	477,7	490,7	502,2	516,1	522,3
Einlagen insgesamt	2 774,4	2 934,5	3 022,3	2 934,5	2 928,9	2 950,4	2 966,4	3 022,3	3 027,7
Sichteinlagen	1 686,3	1 740,0	1 859,0	1 740,0	1 749,5	1 787,2	1 810,2	1 859,0	1 857,8
Termineinlagen	529,0	660,0	645,5	660,0	653,0	639,5	635,9	645,5	653,3
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	559,1	534,5	517,8	534,5	526,4	523,7	520,3	517,8	516,7
Schuldverschreibungen insgesamt	198,2	210,1	225,9	210,1	213,0	214,3	221,8	225,9	230,7
kurzfristige Schuldverschreibungen	12,5	11,3	7,1	11,3	11,2	9,6	8,2	7,1	7,5
langfristige Schuldverschreibungen	185,7	198,9	218,8	198,9	201,9	204,7	213,6	218,8	223,2
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	147,8	151,9	161,5	151,9	153,7	154,7	159,0	161,5	166,1
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	13,5	14,9	16,7	14,9	15,3	16,2	16,3	16,7	16,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	122,0	125,4	133,6	125,4	127,1	127,7	131,9	133,6	137,6
Staat	12,3	11,5	11,2	11,5	11,2	10,7	10,8	11,2	11,9
Schuldverschreibungen des Auslands	50,4	58,3	64,4	58,3	59,4	59,6	62,8	64,4	64,5
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	2 580,3	2 868,8	3 132,7	2 868,8	2 902,7	2 994,1	3 070,3	3 132,7	3 084,5
Anteilsrechte insgesamt	1 617,6	1 701,3	1 817,1	1 701,3	1 736,8	1 784,4	1 797,8	1 817,1	1 765,8
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	279,2	289,1	348,5	289,1	322,9	339,7	339,8	348,5	335,9
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	223,9	223,0	261,9	223,0	244,6	260,5	258,0	261,9	255,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	55,3	66,1	86,6	66,1	78,3	79,1	81,7	86,6	80,6
Börsennotierte Aktien des Auslands	247,9	301,2	335,5	301,2	291,3	300,0	327,6	335,5	328,3
Übrige Anteilsrechte [1]	1 090,5	1 111,0	1 133,1	1 111,0	1 122,5	1 144,7	1 130,5	1 133,1	1 101,6
Anteile an Investmentfonds	962,7	1 167,5	1 315,6	1 167,5	1 165,9	1 209,7	1 272,5	1 315,6	1 318,6
Geldmarktfonds	7,9	41,6	55,9	41,6	48,8	52,5	54,9	55,9	57,4
Sonstige Investmentfonds	954,8	1 125,9	1 259,7	1 125,9	1 117,2	1 157,2	1 217,6	1 259,7	1 261,3
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	43,0	46,3	47,0	46,3	52,1	51,1	49,6	47,0	53,7
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	1 152,2	1 265,8	1 260,5	1 265,8	1 242,9	1 252,6	1 262,5	1 260,5	1 257,0
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	1 238,8	1 269,2	1 310,1	1 269,2	1 269,8	1 279,0	1 287,8	1 310,1	1 310,4
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen [2]	3,8	3,8	3,7	3,8	3,8	3,7	3,7	3,7	3,7
Insgesamt	8 435,0	9 072,1	9 518,4	9 072,1	9 090,9	9 235,9	9 364,3	9 518,4	9 489,9
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	2 117,8	2 131,4	2 171,1	2 131,4	2 135,4	2 146,1	2 162,3	2 171,1	2 174,6
kurzfristige Kredite	55,1	54,4	56,6	54,4	54,7	55,5	56,4	56,6	56,8
langfristige Kredite	2 062,7	2 077,0	2 114,5	2 077,0	2 080,6	2 090,6	2 105,9	2 114,5	2 117,8
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 643,6	1 660,4	1 699,5	1 660,4	1 665,7	1 675,9	1 689,0	1 699,5	1 704,1
Konsumentenkredite	230,0	225,0	230,5	225,0	223,1	226,7	230,4	230,5	230,8
Gewerbliche Kredite	244,2	245,9	241,1	245,9	246,5	243,6	242,8	241,1	239,7
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	2 016,3	2 034,6	2 073,8	2 034,6	2 039,4	2 050,4	2 065,7	2 073,8	2 077,8
Kredite von finanziellen Kapitalgesellschaften ohne MFI	101,5	96,8	97,3	96,8	96,0	95,7	96,5	97,3	96,8
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	4,9	5,1	5,5	5,1	5,2	5,3	5,4	5,5	5,5
Insgesamt	2 122,7	2 136,4	2 176,6	2 136,4	2 140,5	2 151,3	2 167,6	2 176,6	2 180,1

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. **2** Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen
	Mrd €					in % des BIP				
	Finanzierungssaldo [1]									
2019	+ 46,9	+ 18,2	+ 12,9	+ 7,0	+ 8,9	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3
2020	− 151,1	− 91,3	− 31,3	+ 6,3	− 34,9	− 4,4	− 2,6	− 0,9	+ 0,2	− 1,0
2021	− 116,6	− 132,1	+ 6,5	+ 6,5	+ 2,4	− 3,2	− 3,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
2022 p)	− 76,1	− 111,2	+ 19,4	+ 6,8	+ 8,8	− 1,9	− 2,8	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2
2023 p)	− 105,2	− 92,7	− 7,8	− 13,5	+ 8,8	− 2,5	− 2,2	− 0,2	− 0,3	+ 0,2
2024 p)	− 115,3	− 60,9	− 21,6	− 21,0	− 11,8	− 2,7	− 1,4	− 0,5	− 0,5	− 0,3
2025 ts)	− 123,6	− 83,5	− 4,8	− 34,2	− 1,2	− 2,8	− 1,9	− 0,1	− 0,8	− 0,0
2024 1.Hj. p)	− 48,3	− 27,2	− 11,6	− 9,5	− 0,0	− 2,3	− 1,3	− 0,5	− 0,4	− 0,0
2.Hj. p)	− 67,0	− 33,7	− 10,0	− 11,5	− 11,8	− 3,1	− 1,5	− 0,5	− 0,5	− 0,5
2025 1.Hj. ts)	− 30,6	− 18,3	− 1,7	− 14,0	+ 3,4	− 1,4	− 0,8	− 0,1	− 0,6	+ 0,2
2.Hj. ts)	− 93,0	− 65,2	− 3,1	− 20,2	− 4,5	− 4,1	− 2,9	− 0,1	− 0,9	− 0,2
	Schuldenstand [2]					Stand am Jahres- bzw. Quartalsende				
2019	2 075,8	1 315,6	615,8	161,1	0,9	58,7	37,2	17,4	4,6	0,0
2020	2 347,9	1 530,4	667,9	163,1	7,6	68,0	44,3	19,4	4,7	0,2
2021	2 501,7	1 683,3	667,0	165,6	0,9	67,9	45,7	18,1	4,5	0,0
2022 p)	2 569,0	1 780,2	637,0	172,4	3,2	64,4	44,6	16,0	4,3	0,1
2023 p)	2 630,5	1 857,2	621,0	180,2	3,2	62,3	44,0	14,7	4,3	0,1
2024 p)	2 693,8	1 893,5	639,6	196,5	2,8	62,2	43,7	14,8	4,5	0,1
2025 p)	2 838,2	2 000,4	658,7	221,9	6,7	63,5	44,8	14,7	5,0	0,1
2024 1.Vj. p)	2 638,5	1 859,9	629,2	180,9	3,1	62,1	43,8	14,8	4,3	0,1
2.Vj. p)	2 635,2	1 851,6	630,3	183,5	3,4	61,6	43,3	14,7	4,3	0,1
3.Vj. p)	2 671,7	1 879,1	636,2	188,2	3,0	62,0	43,6	14,8	4,4	0,1
4.Vj. p)	2 693,8	1 893,5	639,6	196,5	2,8	62,2	43,7	14,8	4,5	0,1
2025 1.Vj. p)	2 701,6	1 891,5	648,4	200,0	2,7	62,0	43,4	14,9	4,6	0,1
2.Vj. p)	2 733,5	1 925,0	643,1	206,1	3,5	62,3	43,8	14,6	4,7	0,1
3.Vj. p)	2 789,5	1 973,3	649,0	213,0	4,4	63,0	44,6	14,7	4,8	0,1
4.Vj. p)	2 838,2	2 000,4	658,7	221,9	6,7	63,5	44,8	14,7	5,0	0,1
2026 1.Vj. p)	2 902,0	2 043,1	675,5	225,6	13,8	64,4	45,4	15,0	5,0	0,3

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt [1]
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Vorleistungen	Bruttoinvestitionen	Zinsen	sonstige		
	Mrd €												
2019	1 657,6	859,3	598,2	200,1	1 610,6	844,6	285,1	199,5	96,1	28,1	157,3	+ 46,9	1 464,6
2020	1 612,7	808,9	608,1	195,7	1 763,8	900,3	296,7	226,9	105,7	22,4	211,7	− 151,1	1 424,0
2021	1 749,2	906,5	632,3	210,4	1 865,8	938,8	307,2	243,7	105,7	21,8	248,5	− 116,6	1 546,6
2022 p)	1 863,1	974,6	667,3	221,2	1 939,2	968,2	321,3	257,1	115,3	28,0	249,3	− 76,1	1 651,9
2023 p)	1 926,2	971,3	710,8	244,0	2 031,4	1 018,7	340,5	265,8	120,1	36,8	249,4	− 105,2	1 690,4
2024 p)	2 024,4	1 006,6	756,6	261,3	2 139,7	1 096,1	357,3	280,4	131,3	45,8	228,7	− 115,3	1 768,7
2025 ts)	2 139,0	1 046,4	822,5	270,0	2 262,6	1 165,5	383,3	288,9	147,5	49,3	228,1	− 123,6	1 874,9
	in % des BIP												
2019	46,9	24,3	16,9	5,7	45,5	23,9	8,1	5,6	2,7	0,8	4,4	+ 1,3	41,4
2020	46,7	23,4	17,6	5,7	51,1	26,1	8,6	6,6	3,1	0,6	6,1	− 4,4	41,3
2021	47,5	24,6	17,2	5,7	50,7	25,5	8,3	6,6	2,9	0,6	6,7	− 3,2	42,0
2022 p)	46,7	24,4	16,7	5,5	48,6	24,3	8,1	6,4	2,9	0,7	6,3	− 1,9	41,4
2023 p)	45,7	23,0	16,8	5,8	48,1	24,1	8,1	6,3	2,8	0,9	5,9	− 2,5	40,1
2024 p)	46,8	23,3	17,5	6,0	49,4	25,3	8,3	6,5	3,0	1,1	5,3	− 2,7	40,9
2025 ts)	47,9	23,4	18,4	6,0	50,6	26,1	8,6	6,5	3,3	1,1	5,1	− 2,8	41,9
	Zuwachsraten in %												
2019	+ 3,7	+ 3,2	+ 4,5	+ 3,9	+ 5,0	+ 5,1	+ 5,3	+ 6,0	+ 7,1	− 11,8	+ 5,6	.	+ 3,7
2020	− 2,7	− 5,9	+ 1,6	− 2,2	+ 9,5	+ 6,6	+ 4,1	+ 13,7	+ 9,9	− 20,2	+ 34,6	.	− 2,8
2021	+ 8,5	+ 12,1	+ 4,0	+ 7,5	+ 5,8	+ 4,3	+ 3,5	+ 7,4	+ 0,0	− 2,8	+ 17,4	.	+ 8,6
2022 p)	+ 6,5	+ 7,5	+ 5,5	+ 5,2	+ 3,9	+ 3,1	+ 4,6	+ 5,5	+ 9,0	+ 28,8	+ 0,3	.	+ 6,8
2023 p)	+ 3,4	− 0,3	+ 6,5	+ 10,3	+ 4,8	+ 5,2	+ 6,0	+ 3,4	+ 4,2	+ 31,5	+ 0,0	.	+ 2,3
2024 p)	+ 5,1	+ 3,6	+ 6,4	+ 7,1	+ 5,3	+ 7,6	+ 4,9	+ 5,5	+ 9,3	+ 24,4	− 8,3	.	+ 4,6
2025 ts)	+ 5,7	+ 4,0	+ 8,7	+ 3,4	+ 5,7	+ 6,3	+ 7,3	+ 3,0	+ 12,3	+ 7,5	− 0,3	.	+ 6,0

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Bankenabgaben an den Einheitlichen Abwicklungsfonds.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)										Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt		
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
		darunter:			darunter: 3)											
	insgesamt 4)	Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)	insgesamt 4)	Personalausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2019	1 007,6	799,4	11,0	973,9	285,9	348,9	33,5	62,2	16,8	+ 33,8	685,0	676,7	+ 8,3	1 571,1	1 529,1	+ 42,0
2020	944,3	739,9	13,7	1 109,7	299,4	422,0	25,8	68,6	59,9	− 165,4	719,5	747,8	− 28,3	1 516,2	1 709,8	− 193,7
2021	1 105,6	833,3	25,3	1 240,1	310,7	531,0	21,0	69,3	26,1	− 134,5	769,2	777,1	− 7,9	1 701,8	1 844,2	− 142,4
2022	1 144,4	895,9	32,4	1 286,2	325,7	498,8	33,5	72,5	79,3	− 141,8	800,4	793,2	+ 7,2	1 772,1	1 906,7	− 134,6
2023	1 217,3	915,9	36,2	1 311,2	346,6	479,7	64,2	81,9	31,5	− 93,9	820,6	813,7	+ 6,9	1 897,7	1 984,7	− 87,0
2024 p)	1 284,2	947,9	32,6	1 394,0	380,9	471,0	59,2	105,4	30,0	− 109,7	858,6	869,4	− 10,8	2 004,8	2 125,3	− 120,5
2025 p)	1 308,9	989,1	32,0	1 443,7	402,7	490,9	53,8	110,6	43,8	− 134,8	930,6	930,0	+ 0,6	2 088,6	2 222,7	− 134,1
2023 1.Vj.	281,9	215,4	9,3	331,8	81,3	130,7	20,1	13,6	17,8	− 49,9	p) 195,4	p) 200,8	p) − 5,4	p) 441,7	p) 497,0	p) − 55,3
2.Vj.	311,6	226,3	9,4	313,1	84,7	117,7	24,2	17,8	2,2	− 1,6	p) 199,3	p) 198,9	p) + 0,4	p) 476,2	p) 477,3	p) − 1,1
3.Vj.	290,5	229,6	7,2	303,1	86,5	103,2	12,6	21,0	4,5	− 12,6	p) 201,5	p) 205,0	p) − 3,6	p) 457,1	p) 473,3	p) − 16,1
4.Vj.	338,8	244,4	10,3	366,3	93,7	126,4	11,3	29,3	7,0	− 27,5	p) 218,4	p) 208,7	p) + 9,7	p) 522,1	p) 539,9	p) − 17,9
2024 1.Vj.	290,7	225,5	7,9	310,7	92,3	113,8	16,8	17,6	3,7	− 20,1	p) 204,0	p) 212,1	p) − 8,1	p) 459,9	p) 488,1	p) − 28,2
2.Vj.	311,9	230,7	6,3	329,0	92,2	110,7	13,7	22,7	8,1	− 17,1	p) 213,0	p) 214,7	p) − 1,7	p) 490,7	p) 509,4	p) − 18,8
3.Vj.	309,7	236,1	9,0	341,0	92,4	113,6	18,2	27,0	5,8	− 31,2	p) 210,8	p) 218,8	p) − 8,1	p) 485,9	p) 525,2	p) − 39,3
4.Vj.	391,8	256,1	9,3	412,4	104,0	130,9	10,5	38,2	12,4	− 20,5	p) 241,1	p) 236,7	p) + 4,5	p) 594,4	p) 610,5	p) − 16,1
2025 1.Vj.	312,3	242,1	8,3	328,1	96,3	115,6	16,4	18,4	12,5	− 15,9	p) 219,6	p) 227,1	p) − 7,5	p) 495,5	p) 518,9	p) − 23,4
2.Vj.	321,4	248,1	4,6	333,7	97,6	119,8	10,7	23,7	5,3	− 12,3	p) 227,8	p) 228,2	p) − 0,4	p) 511,8	p) 524,6	p) − 12,7
3.Vj.	310,0	240,6	2,9	354,0	98,8	119,1	17,6	27,2	8,5	− 44,0	p) 227,5	p) 233,6	p) − 6,2	p) 500,0	p) 550,2	p) − 50,2
4.Vj.	384,6	258,3	16,1	438,3	110,1	136,2	9,2	41,3	17,5	− 53,8	p) 249,3	p) 239,9	p) + 9,5	p) 595,0	p) 639,3	p) − 44,3
2026 1.Vj.	319,7	243,6	2,6	364,0	99,6	125,0	21,0	17,4	11,4	− 44,3	p) 232,7	p) 242,7	p) − 10,1	p) 513,3	p) 567,7	p) − 54,3

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. **1** Jahresangaben gemäß den Vierteljahresangaben des Statistischen Bundesamtes, Daten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte. **2** Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzteren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. **3** Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. **4** Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. **5** Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. **6** Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich oder Darlehen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2019	382,5	369,2	+ 13,3	435,0	417,9	+ 17,0	282,4	276,7	+ 5,6
2020	341,4	472,1	− 130,7	454,2	487,7	− 33,5	295,2	293,2	+ 2,0
2021	370,3	511,9	− 141,6	507,9	507,3	+ 0,6	308,0	303,4	+ 4,6
2022	399,6	515,6	− 116,0	533,5	521,1	+ 12,4	328,4	325,8	+ 2,6
2023	425,3	490,2	− 64,9	529,5	530,2	− 0,7	349,4	356,0	− 6,6
2024	473,7	498,8	− 25,0	544,1	561,7	− 17,7	376,1	400,9	− 24,8
2025	462,6	527,9	− 65,4	571,0	580,3	− 9,3	391,4	423,3	− 31,9
2023 1.Vj.	96,2	116,9	− 20,7	121,0	122,3	− 1,3	73,3	81,0	− 7,7
2.Vj.	101,8	119,6	− 17,7	138,5	133,6	+ 4,9	87,0	86,6	+ 0,4
3.Vj.	106,1	115,9	− 9,8	123,1	120,0	+ 3,2	87,4	91,5	− 4,1
4.Vj.	121,2	137,8	− 16,6	146,9	154,4	− 7,5	101,7	96,9	+ 4,8
2024 1.Vj.	102,8	111,6	− 8,7	129,2	133,9	− 4,7	76,7	90,6	− 13,9
2.Vj.	109,9	115,1	− 5,2	134,4	133,1	+ 1,3	91,7	95,0	− 3,4
3.Vj.	114,1	123,1	− 9,0	134,1	134,2	− 0,2	92,3	100,9	− 8,6
4.Vj.	146,9	149,1	− 2,2	146,4	160,5	− 14,1	115,5	114,4	+ 1,1
2025 1.Vj.	114,0	120,8	− 6,8	136,9	136,4	+ 0,5	79,8	97,2	− 17,3
2.Vj.	113,8	119,9	− 6,1	139,9	139,1	+ 0,8	99,2	101,6	− 2,4
3.Vj.	111,2	138,5	− 27,3	136,6	135,4	+ 1,2	96,1	104,6	− 8,6
4.Vj.	123,6	148,8	− 25,2	157,6	169,5	− 11,9	116,3	119,9	− 3,6
2026 1.Vj.	106,0	127,4	− 21,4	140,7	140,8	− 0,1	84,2	99,9	− 15,6

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. **2** Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. **3** Daten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden [3]	Saldo nicht verrechneter Steueranteile [4]	Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge [5]
		zusammen	Bund [1]	Länder [1]	Europäische Union [2]			
2019	799 416	684 491	355 050	298 519	30 921	114 902	+ 23	25 998
2020	739 911	632 268	313 381	286 065	32 822	107 916	– 274	30 266
2021	833 337	706 978	342 988	325 768	38 222	125 000	+ 1 359	29 321
2022	895 854	760 321	372 121	349 583	38 617	134 146	+ 1 387	34 911
2023	915 893	774 112	389 114	349 554	35 444	143 663	– 1 882	33 073
2024	947 904	801 803	408 043	361 749	32 011	145 700	+ 408	33 087
2025	989 135	838 889	423 349	380 651	34 889	150 227	+ 19	34 634
2024 1.Vj.	225 304	188 806	96 283	85 277	7 246	25 910	+ 10 588	7 999
2.Vj.	232 175	196 883	100 461	88 881	7 541	35 730	– 438	8 306
3.Vj.	234 085	197 514	100 548	89 000	7 965	36 267	+ 304	9 337
4.Vj.	256 341	218 600	110 751	98 591	9 258	47 793	– 10 045	7 445
2025 1.Vj.	243 580	206 776	106 268	92 221	8 287	25 481	+ 11 324	8 117
2.Vj.	247 822	210 175	105 034	96 572	8 568	38 462	– 815	8 489
3.Vj.	240 497	202 305	102 511	91 205	8 589	38 146	+ 45	10 233
4.Vj.	257 237	219 633	109 536	100 653	9 444	48 138	– 10 535	7 796
2026 1.Vj.	245 788	207 922	100 415	95 007	12 500	25 902	+ 11 964	8 014
2.Vj.	...	211 042	104 396	96 418	10 229	...	...	8 325
2025 Juni	.	91 579	47 231	41 646	2 702	.	.	2 830
2026 Juni	.	91 082	45 558	41 993	3 531	.	.	2 779

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Regionalisierungsmittel (ÖPNV), Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt [1]	Gemeinschaftliche Steuern									Bundessteuern [9]	Länder-steuern [9]	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern [2]					Steuern vom Umsatz [7]			Gewerbesteuerumlagen [8]				
		zusammen	Lohnsteuer [3]	Veranlagte Einkommensteuer [4]	Körperschaftsteuer [5]	Kapitalertragsteuer [6]	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer					
2019	735 869	344 016	219 660	63 711	32 013	28 632	243 256	183 113	60 143	8 114	109 548	25 850	5 085	51 379
2020	682 376	320 798	209 286	58 982	24 268	28 261	219 484	168 700	50 784	3 954	105 632	27 775	4 734	50 107
2021	760 953	370 296	218 407	72 342	42 124	37 423	250 800	187 631	63 169	4 951	98 171	31 613	5 122	53 976
2022	814 886	390 111	227 205	77 411	46 334	39 161	284 850	198 201	86 649	6 347	96 652	30 097	6 829	54 565
2023	829 774	399 271	236 227	73 388	44 852	44 803	291 394	212 596	78 798	6 347	101 829	25 199	5 734	55 662
2024	861 111	416 813	248 920	74 845	39 758	53 290	302 143	228 651	73 493	6 647	103 536	26 509	5 463	59 307
2025	901 862	436 133	262 688	78 362	39 164	55 919	310 206	236 267	73 939	6 565	108 813	34 285	5 860	62 973
2024 1.Vj.	202 975	97 423	57 101	19 102	10 141	11 080	73 613	56 469	17 144	489	23 846	6 478	1 125	14 168
2.Vj.	211 033	105 931	62 650	14 831	10 361	18 089	71 247	52 496	18 751	1 604	24 634	6 257	1 360	14 150
3.Vj.	211 963	99 029	60 055	18 787	8 696	11 492	76 383	58 085	18 298	1 544	26 550	7 041	1 416	14 450
4.Vj.	235 140	114 429	69 115	22 125	10 560	12 629	80 901	61 600	19 300	3 010	28 506	6 732	1 562	16 539
2025 1.Vj.	222 259	106 560	61 306	20 068	10 640	14 547	79 018	61 110	17 908	322	27 473	7 529	1 357	15 483
2.Vj.	225 311	110 618	65 821	16 857	9 137	18 803	75 208	56 555	18 653	1 506	25 743	10 744	1 493	15 137
3.Vj.	217 409	103 318	62 820	19 925	9 660	10 913	77 137	58 435	18 702	1 594	25 773	8 069	1 519	15 104
4.Vj.	236 882	115 637	72 742	21 512	9 728	11 655	78 843	60 167	18 676	3 143	29 824	7 943	1 491	17 249
2026 1.Vj.	224 217	108 133	64 963	18 986	8 748	15 435	81 872	63 835	18 037	211	24 690	7 938	1 373	16 295
2.Vj.	226 961	113 915	68 066	16 801	9 451	19 596	76 511	56 444	20 067	1 514	25 505	7 979	1 538	15 919
2025 Juni	98 451	60 028	22 328	17 614	9 573	10 513	25 896	19 735	6 161	1	9 610	2 408	508	6 872
2026 Juni	98 102	59 753	22 800	16 876	8 984	11 093	25 760	18 955	6 805	1	9 478	2 657	453	7 020

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage. **4** Nach Abzug der Arbeitnehmererstattungen und Forschungszulage. **5** Nach Abzug der Forschungszulage. **6** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **7** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2025: 48,3/48,8/2,8. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **8** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2025: 41,4/58,6. **9** Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
														darunter:	
	Energiesteuer	Solidaritätszuschlag	Versicherungsteuer	Tabaksteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Stromsteuer	Alkoholsteuer	sonstige	Grunderwerbsteuer	Erbschaftsteuer	Rennwett- und Lotteriesteuer	sonstige	insgesamt	Gewerbesteuer 2)	Grundsteuern
2019	40 683	19 646	14 136	14 257	9 372	6 689	2 118	2 648	15 789	6 987	1 975	1 099	71 661	55 527	14 439
2020	37 635	18 676	14 553	14 651	9 526	6 561	2 238	1 792	16 055	8 600	2 044	1 076	61 489	45 471	14 676
2021	37 120	11 028	14 980	14 733	9 546	6 691	2 089	1 984	18 335	9 824	2 333	1 121	77 335	61 251	14 985
2022	33 667	11 978	15 672	14 229	9 499	6 830	2 191	2 585	17 122	9 226	2 569	1 180	87 315	70 382	15 282
2023	36 658	12 239	16 851	14 672	9 514	6 832	2 159	2 904	12 203	9 286	2 477	1 233	92 466	75 265	15 493
2024	35 095	12 634	18 227	15 637	9 667	5 153	1 980	5 142	12 750	9 990	2 486	1 283	93 448	75 491	16 067
2025	37 563	12 878	19 611	17 632	9 598	5 856	2 050	3 624	15 097	15 412	2 463	1 313	93 839	75 753	16 091
2024 1.Vj.	4 488	3 028	8 255	2 672	2 661	1 540	520	681	2 986	2 388	651	453	22 819	18 587	3 718
2.Vj.	8 717	3 491	3 355	3 905	2 533	1 313	460	859	3 050	2 314	609	285	22 745	17 976	4 312
3.Vj.	9 299	2 872	3 546	3 884	2 373	1 362	503	2 711	3 410	2 751	592	288	23 666	18 705	4 455
4.Vj.	12 591	3 243	3 071	5 177	2 101	937	496	890	3 304	2 538	633	258	24 219	20 224	3 582
2025 1.Vj.	5 962	3 344	8 863	3 415	2 659	2 021	519	690	3 726	2 681	640	481	21 643	17 704	3 392
2.Vj.	8 742	3 558	3 595	4 572	2 485	1 409	444	938	3 746	6 102	623	273	24 016	18 986	4 549
3.Vj.	9 298	2 917	3 833	4 503	2 377	1 240	475	1 130	3 840	3 379	559	290	24 681	19 648	4 511
4.Vj.	13 561	3 058	3 321	5 143	2 078	1 185	613	866	3 785	3 249	640	269	23 498	19 414	3 640
2026 1.Vj.	4 803	3 246	9 355	2 289	2 633	1 305	360	698	3 972	2 842	632	492	21 782	17 458	3 759
2.Vj.	8 548	3 562	3 855	4 503	2 463	1 326	421	826	3 776	3 275	647	281	...	...	...
2025 Juni	3 079	2 218	1 023	1 432	808	512	162	376	1 216	867	214	111	.	.	.
2026 Juni	2 983	2 093	1 096	1 585	834	474	147	267	1 249	1 055	247	105	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Zur Summe siehe Tabelle X. 6. **2** Einschl. Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 3)			Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
		darunter:			darunter:						
	insgesamt	Beiträge 2)	Zahlungen des Bundes	insgesamt	Renten	Krankenversicherung der Rentner		insgesamt	Einlagen 4)	Wertpapiere	
2019	327 298	232 014	94 467	325 436	277 282	20 960	+ 1 861	42 963	40 531	2 074	3 974
2020	335 185	235 988	98 447	339 072	289 284	21 865	– 3 887	39 880	38 196	1 286	3 901
2021	348 679	245 185	102 772	347 486	296 343	22 734	+ 1 192	42 014	40 320	1 241	3 807
2022	363 871	258 269	104 876	360 436	308 168	23 792	+ 3 435	46 087	44 181	1 399	3 746
2023	382 540	271 852	108 836	381 073	325 369	25 346	+ 1 467	48 869	46 649	1 637	3 697
2024	403 481	287 193	113 432	404 257	344 683	27 339	– 775	48 747	45 592	2 454	3 722
2025	424 421	301 791	120 061	428 331	363 653	30 741	– 3 910	46 471	44 303	1 328	3 832
2023 1.Vj.	91 370	64 171	26 972	92 422	79 330	6 142	– 1 052	45 109	43 030	1 569	3 724
2.Vj.	94 735	67 459	26 942	92 585	79 177	6 165	+ 2 151	47 245	45 043	1 693	3 705
3.Vj.	93 776	66 300	26 950	97 619	83 549	6 513	– 3 843	44 354	42 208	1 632	3 703
4.Vj.	101 578	73 852	27 041	97 967	83 678	6 520	+ 3 611	48 825	46 660	1 637	3 697
2024 1.Vj.	96 340	67 378	28 344	97 801	83 894	6 560	– 1 461	46 926	44 166	2 179	3 758
2.Vj.	99 956	71 411	27 848	98 246	83 818	6 604	+ 1 710	48 873	46 253	2 024	3 748
3.Vj.	98 881	70 041	28 091	103 565	88 506	7 058	– 4 684	44 821	42 036	2 179	3 744
4.Vj.	106 704	77 833	28 143	104 229	88 864	7 113	+ 2 474	48 698	45 596	2 454	3 740
2025 1.Vj.	101 459	71 286	29 479	104 229	89 066	7 306	– 2 770	46 312	43 429	2 180	3 741
2.Vj.	104 898	74 788	29 423	104 584	88 842	7 575	+ 314	46 096	43 708	1 676	3 736
3.Vj.	102 981	73 727	29 459	107 799	91 566	7 802	– 4 818	41 745	39 395	1 621	3 746
4.Vj.	113 349	82 107	30 695	109 829	93 218	7 932	+ 3 521	46 405	44 327	1 328	3 787
2026 1.Vj.	105 559	73 922	31 158	109 506	93 416	7 966	– 3 948	41 627	40 344	1 283	4 726
2.Vj.	109 162	77 620	31 067	109 863	93 360	7 983	– 701	40 913	39 663	1 250	4 746

Quellen: Deutsche Rentenversicherung und eigene Berechnungen. * Ohne Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-BahnSee. Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. **1** Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. **2** Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. **3** Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. **4** Einschl. Barmittel.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben						Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Nachrichtlich: Zuschuss zum Defizitausgleich oder Darlehen des Bundes
		darunter:			darunter:						
	insgesamt 1)	Beiträge	Insolvenzgeldumlage	insgesamt	Arbeitslosengeld 2)	Kurzarbeitergeld 3)	berufliche Förderung 4)	Insolvenzgeld	Verwaltungsausgaben 5)		
2019	35 285	29 851	638	33 154	15 009	772	7 302	842	6 252	+ 2 131	–
2020	33 678	28 236	630	61 013	20 617	22 719	7 384	1 214	6 076	– 27 335	+ 6 913
2021	35 830	29 571	1 302	57 570	19 460	21 003	7 475	493	6 080	– 21 739	+ 16 935
2022	37 831	31 651	1 062	37 530	16 588	3 779	7 125	534	6 256	+ 300	+ 423
2023	42 245	36 058	748	39 233	18 799	981	7 614	1 236	7 006	+ 3 012	– 423
2024	44 609	38 095	782	45 214	22 197	1 276	8 641	1 613	7 715	– 605	–
2025	47 806	39 909	2 021	52 038	26 509	1 549	9 910	1 687	8 123	– 4 232	+ 1 437
2023 1.Vj.	9 836	8 442	178	9 942	4 727	408	1 858	376	1 550	– 106	–
2.Vj.	10 387	8 976	186	9 661	4 604	290	1 902	271	1 689	+ 726	–
3.Vj.	10 361	8 804	182	9 351	4 712	140	1 775	284	1 691	+ 1 010	–
4.Vj.	11 661	9 836	202	10 278	4 755	144	2 079	306	2 076	+ 1 382	– 423
2024 1.Vj.	10 298	8 903	183	11 237	5 511	465	2 074	380	1 729	– 939	–
2.Vj.	11 019	9 494	196	11 175	5 447	330	2 167	498	1 811	– 156	–
3.Vj.	10 982	9 291	193	10 918	5 609	227	2 027	365	1 897	+ 64	–
4.Vj.	12 309	10 407	210	11 884	5 631	255	2 373	370	2 278	+ 425	–
2025 1.Vj.	11 130	9 390	464	13 306	6 558	539	2 400	468	1 868	– 2 176	–
2.Vj.	11 727	9 903	510	12 669	6 529	436	2 468	436	1 883	– 942	–
3.Vj.	11 769	9 480	745	12 561	6 690	297	2 364	392	1 973	– 792	–
4.Vj.	13 180	11 136	302	13 502	6 732	278	2 679	392	2 400	– 323	+ 1 437
2026 1.Vj.	11 550	9 709	497	14 726	7 655	621	2 689	501	1 957	– 3 176	–
2.Vj.	12 112	10 248	526	14 051	7 569	365	2 757	458	1 953	– 1 940	–

Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen. * Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. **1** Ohne Zuschüsse zum Defizitausgleich oder Darlehen des Bundes. **2** Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. **3** Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. **4** Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Integration, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. **5** Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)								Saldo der Einnahmen und Ausgaben
		darunter:			darunter:							
	insgesamt	Beiträge	Bundesmittel 2)	insgesamt	Krankenhausbehandlung	Arzneimittel	ärztliche Behandlung	zahnärztliche Behandlung 3)	Heil- und Hilfsmittel	Krankengeld	Verwaltungsausgaben 4)	
2019	251 295	233 125	14 500	252 440	77 551	40 635	41 541	15 010	17 656	14 402	11 136	– 1 145
2020	269 158	237 588	27 940	275 268	78 531	42 906	44 131	14 967	18 133	15 956	11 864	– 6 110
2021	289 270	249 734	36 977	294 602	82 748	46 199	45 058	16 335	20 163	16 612	11 727	– 5 332
2022	315 248	262 367	50 223	310 594	85 061	48 354	46 379	16 737	21 259	17 947	12 418	+ 4 654
2023	304 441	278 742	21 896	309 596	91 380	50 170	49 047	17 610	23 381	19 112	12 681	– 5 155
2024	318 440	298 186	15 497	328 744	99 451	55 162	52 246	18 216	25 175	20 547	12 687	– 10 304
2025	355 461	335 926	15 805	352 890	108 389	58 302	56 052	19 127	27 251	21 633	13 496	+ 2 571
2023 1.Vj.	73 718	66 513	6 759	77 593	22 293	12 333	12 477	4 372	5 666	4 927	3 169	– 3 875
2.Vj.	73 722	68 792	4 495	76 031	22 531	12 414	12 234	4 481	5 806	4 682	3 166	– 2 309
3.Vj.	75 330	69 236	5 244	76 967	22 767	12 667	11 959	4 373	6 001	4 695	3 030	– 1 637
4.Vj.	81 548	74 199	5 399	78 860	23 364	12 870	12 415	4 440	5 845	4 809	3 452	+ 2 688
2024 1.Vj.	75 004	70 700	3 617	80 253	24 188	13 455	13 042	4 603	6 194	5 148	3 069	– 5 249
2.Vj.	79 051	73 540	4 609	82 224	24 187	13 777	12 945	4 591	6 337	5 118	3 190	– 3 174
3.Vj.	78 688	74 065	3 679	81 579	24 562	13 882	12 954	4 462	6 365	5 133	3 195	– 2 891
4.Vj.	85 481	79 881	3 592	84 127	25 998	14 132	13 175	4 580	6 294	5 147	3 290	+ 1 354
2025 1.Vj.	83 831	79 722	3 552	86 490	26 491	14 282	13 939	4 784	6 577	5 532	3 247	– 2 659
2.Vj.	87 217	82 950	3 585	87 515	26 569	14 584	14 053	4 777	6 799	5 316	3 341	– 298
3.Vj.	87 905	83 406	3 587	88 017	27 063	14 734	13 853	4 627	6 915	5 365	3 169	– 112
4.Vj.	96 588	89 827	5 081	90 638	28 145	14 889	14 155	4 893	6 870	5 419	3 589	+ 5 949
2026 1.Vj.	91 526	84 847	6 101	93 201	28 929	15 189	14 921	5 017	7 075	5 905	3 245	– 1 675

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und eigene Berechnungen. **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. **2** Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. **3** Einschl. Zahnersatz. **4** Netto, d.h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen		Ausgaben 1)						Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter: Beiträge	insgesamt	darunter: Pflegesachleistung	darunter: stationäre Pflege insgesamt 2)	darunter: Pflegegeld	darunter: Beiträge zur Rentenversicherung 3)	darunter: Verwaltungsausgaben	
2019	47 228	46 508	44 008	8 257	16 717	11 689	2 392	1 781	+ 3 220
2020	50 622	48 003	49 284	8 794	16 459	12 786	2 714	1 946	+ 1 338
2021	52 573	49 764	53 903	9 573	16 511	13 865	3 070	2 024	– 1 330
2022	57 944	52 604	60 100	10 405	20 542	14 872	3 223	2 166	– 2 156
2023	61 374	58 807	59 178	11 506	22 513	16 035	3 582	2 267	+ 2 196
2024	66 812	65 588	68 184	12 873	24 770	18 475	4 084	2 435	– 1 372
2025	73 668	72 793	74 112	15 371	26 229	20 864	4 766	2 660	– 445
2023 1.Vj.	14 283	13 169	14 698	2 876	5 377	3 846	843	570	– 415
2.Vj.	14 227	13 668	14 392	2 745	5 539	3 940	869	561	– 165
3.Vj.	15 585	15 228	14 823	2 867	5 776	4 074	891	571	+ 762
4.Vj.	16 920	16 469	15 317	2 863	5 782	4 317	949	560	+ 1 603
2024 1.Vj.	15 896	15 525	16 546	3 207	6 038	4 387	950	645	– 651
2.Vj.	16 544	16 223	16 792	3 161	6 153	4 581	988	607	– 247
3.Vj.	16 468	16 200	17 162	3 211	6 308	4 697	1 026	600	– 694
4.Vj.	17 753	17 423	17 704	3 192	6 294	4 977	1 080	589	+ 49
2025 1.Vj.	17 556	17 347	17 643	3 521	6 388	4 996	1 104	664	– 88
2.Vj.	18 184	17 980	17 937	3 460	6 490	5 198	1 164	648	+ 247
3.Vj.	18 070	17 868	18 781	3 942	6 653	5 304	1 201	675	– 711
4.Vj.	19 525	19 260	19 463	4 096	6 693	5 518	1 273	654	+ 62
2026 1.Vj.	18 247	18 043	19 715	4 570	6 729	5 351	1 217	797	– 1 467

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und eigene Berechnungen. * Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. 1 Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 2 Einschl. Leistungen der Kurzzeitpflege sowie der Tages-/Nachtpflege. 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Maastricht-Verschuldung nach Gläubigern

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bankensystem				Inländische Nichtbanken				Ausland	
		Bundesbank		inländische MFIs		sonstige inländische finanzielle Unternehmen		sonstige Inländer-Gläubiger			
		insgesamt	darunter: Wertpapiere	insgesamt	darunter: Wertpapiere	insgesamt	darunter: Wertpapiere	insgesamt	darunter: Wertpapiere	insgesamt	darunter: Wertpapiere
2019	2 075 790	366 562	352 025	464 522	158 119	183 716	88 773	67 130	7 225	993 860	908 747
2020	2 347 905	522 392	507 534	504 571	157 828	190 566	99 175	57 458	8 372	1 072 919	997 078
2021	2 501 693	716 004	700 921	494 888	144 645	190 957	102 426	55 486	7 434	1 044 358	970 276
2022	2 569 029	742 514	727 298	506 018	128 893	210 235	125 389	63 093	10 783	1 047 170	976 682
2023	2 630 547	696 287	680 801	457 279	126 354	207 181	124 180	78 557	23 038	1 191 244	1 120 923
2024	2 693 827	633 608	618 332	474 547	135 342	204 031	125 180	80 634	21 936	1 301 007	1 232 235
2025 p)	2 838 239	554 175	539 187	499 398	159 563	249 990	139 148	78 360	21 893	1 456 316	1 380 060
2023 1.Vj.	2 595 785	741 587	726 326	481 728	129 374	208 207	124 050	65 387	16 123	1 098 877	1 030 868
2.Vj.	2 593 818	719 981	704 639	455 545	125 988	208 455	124 072	71 745	20 882	1 138 091	1 069 187
3.Vj.	2 635 861	706 113	690 704	450 716	126 626	207 371	123 411	76 344	23 353	1 195 318	1 124 056
4.Vj.	2 630 547	696 287	680 801	457 279	126 354	207 181	124 180	78 557	23 038	1 191 244	1 120 923
2024 1.Vj.	2 638 519	683 097	667 557	453 023	128 896	204 320	123 506	78 859	24 406	1 219 220	1 150 303
2.Vj.	2 635 174	661 349	645 746	456 534	132 539	202 107	122 123	77 851	24 161	1 237 333	1 169 189
3.Vj.	2 671 667	645 723	630 043	468 693	140 184	202 396	121 993	81 752	24 083	1 273 102	1 203 380
4.Vj.	2 693 827	633 608	618 332	474 547	135 342	204 031	125 180	80 634	21 936	1 301 007	1 232 235
2025 1.Vj. p)	2 701 606	605 060	589 744	485 634	152 338	204 779	125 927	77 414	21 533	1 328 720	1 260 208
2.Vj. p)	2 733 472	585 896	570 557	497 891	156 616	207 921	129 750	78 324	20 878	1 363 441	1 290 551
3.Vj. p)	2 789 528	568 658	553 254	510 827	164 696	213 509	135 905	77 992	21 306	1 418 541	1 344 853
4.Vj. p)	2 838 239	554 175	539 187	499 398	159 563	249 990	139 148	78 360	21 893	1 456 316	1 380 060
2026 1.Vj. p)	2 902 035	534 284	519 245	506 783	165 460	248 094	143 683	79 113	23 379	1 533 762	1 448 888

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

13. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen [1]	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: [2]	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Gesamtstaat								
2019	2 075 790	14 678	56 350	1 458 540	67 579	478 644	.	.
2020	2 347 905	14 757	173 851	1 596 136	88 930	474 232	.	.
2021	2 501 693	18 040	195 336	1 730 366	92 694	465 257	.	.
2022	2 569 029	17 319	150 371	1 818 674	116 442	466 224	.	.
2023 1.Vj.	2 595 785	15 337	145 429	1 881 311	89 026	464 682	.	.
2.Vj.	2 593 818	15 343	153 736	1 891 032	73 602	460 105	.	.
3.Vj.	2 635 861	18 123	165 017	1 923 132	67 155	462 435	.	.
4.Vj.	2 630 547	16 886	147 341	1 927 956	68 182	470 183	.	.
2024 1.Vj.	2 638 519	14 772	134 243	1 960 425	66 237	462 842	.	.
2.Vj.	2 635 174	15 546	119 459	1 974 298	60 893	464 978	.	.
3.Vj.	2 671 667	16 809	111 890	2 007 793	66 483	468 691	.	.
4.Vj.	2 693 827	14 816	115 190	2 017 836	70 786	475 200	.	.
2025 1.Vj. p)	2 701 606	14 677	95 368	2 054 382	62 257	474 924	.	.
2.Vj. p)	2 733 472	16 724	83 596	2 084 756	68 830	479 566	.	.
3.Vj. p)	2 789 528	18 699	89 746	2 130 267	64 644	486 172	.	.
4.Vj. p)	2 838 239	18 278	99 395	2 140 458	87 767	492 342	.	.
2026 1.Vj. p)	2 902 035	17 986	104 565	2 196 090	87 790	495 604	.	.
Bund								
2019	1 315 637	14 678	38 480	1 102 058	29 956	130 465	605	10 493
2020	1 530 351	14 757	154 498	1 180 873	48 416	131 808	609	14 716
2021	1 683 326	18 040	176 344	1 300 604	57 779	130 559	618	8 276
2022	1 780 235	17 319	146 989	1 391 825	93 225	130 878	8 815	9 214
2023 1.Vj.	1 803 734	15 337	140 363	1 456 331	60 414	131 288	3 579	10 702
2.Vj.	1 811 195	15 343	149 613	1 472 070	42 689	131 480	2 546	11 438
3.Vj.	1 854 480	18 123	160 307	1 504 071	40 273	131 706	6 132	10 059
4.Vj.	1 857 153	16 886	143 397	1 512 516	52 957	131 397	15 179	9 826
2024 1.Vj.	1 859 876	14 772	128 334	1 534 075	51 608	131 087	17 991	10 709
2.Vj.	1 851 614	15 546	113 372	1 547 884	45 204	129 609	17 406	10 258
3.Vj.	1 879 063	16 809	106 293	1 578 504	47 560	129 898	17 375	11 272
4.Vj.	1 893 509	14 816	109 073	1 587 888	54 196	127 536	21 399	11 438
2025 1.Vj. p)	1 891 533	14 677	89 277	1 613 477	46 721	127 381	23 380	10 984
2.Vj. p)	1 925 014	16 724	77 868	1 648 717	54 409	127 297	25 850	11 504
3.Vj. p)	1 973 316	18 699	85 084	1 690 818	51 508	127 207	29 793	13 019
4.Vj. p)	2 000 365	18 278	94 948	1 694 155	67 856	125 128	25 648	16 353
2026 1.Vj. p)	2 043 130	17 986	98 189	1 735 750	68 061	123 144	25 250	23 186
Länder								
2019	615 756	–	17 873	360 495	22 164	215 225	15 115	1 826
2020	667 916	–	19 354	419 862	22 997	205 702	12 108	1 410
2021	666 953	–	18 994	435 430	18 000	194 529	12 628	1 792
2022	637 004	–	3 384	432 686	14 172	186 762	11 776	1 791
2023 1.Vj.	635 070	–	5 158	430 727	15 007	184 177	12 104	2 429
2.Vj.	626 284	–	4 305	424 475	16 228	181 275	13 588	2 178
3.Vj.	624 223	–	4 982	424 639	13 375	181 226	11 171	2 862
4.Vj.	621 030	–	4 306	421 501	12 896	182 328	11 769	5 314
2024 1.Vj.	629 182	–	6 188	432 704	13 219	177 072	12 642	12 231
2.Vj.	630 277	–	6 453	433 230	12 465	178 129	12 258	9 617
3.Vj.	636 215	–	5 879	435 950	15 272	179 114	13 222	10 508
4.Vj.	639 558	–	6 316	436 911	17 730	178 600	13 390	7 899
2025 1.Vj. p)	648 433	–	6 306	448 497	16 030	177 600	13 178	13 502
2.Vj. p)	643 068	–	5 932	444 133	15 765	177 238	12 886	14 243
3.Vj. p)	649 002	–	4 863	447 488	18 398	178 253	13 436	15 670
4.Vj. p)	658 661	–	4 649	455 329	20 727	177 956	14 821	11 460
2026 1.Vj. p)	675 495	–	6 594	468 531	19 330	181 040	14 224	14 099
Gemeinden								
2019	161 101	–	–	2 996	19 633	138 472	1 867	532
2020	163 060	–	–	3 366	18 548	141 145	1 413	330
2021	165 590	–	–	3 241	17 918	144 431	1 844	313
2022	172 357	–	–	2 896	17 668	151 793	1 699	399
2023 1.Vj.	173 581	–	–	2 883	18 366	152 332	2 194	415
2.Vj.	172 908	–	–	2 988	19 380	150 540	1 776	430
3.Vj.	175 453	–	–	2 825	20 004	152 624	2 382	487
4.Vj.	180 169	–	–	2 783	17 703	159 683	2 550	463
2024 1.Vj.	180 931	–	–	2 723	20 368	157 839	2 408	505
2.Vj.	183 491	–	–	2 602	20 493	160 397	2 408	571
3.Vj.	188 165	–	–	2 917	22 211	163 037	2 689	527
4.Vj.	196 494	–	–	2 833	21 287	172 373	2 222	476
2025 1.Vj. p)	199 986	–	–	2 493	24 253	173 241	2 948	526
2.Vj. p)	206 134	–	–	2 247	25 484	178 403	3 047	509
3.Vj. p)	212 983	–	–	2 618	26 191	184 173	3 436	486
4.Vj. p)	221 932	–	–	2 618	25 705	193 608	3 185	500
2026 1.Vj. p)	225 594	–	–	3 622	26 842	195 129	3 318	489

Anmerkungen siehe Ende der Tabelle.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

noch: 13. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen 1)	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: 2)	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Sozialversicherungen								
2019	899	–	–	–	375	524	16	4 753
2020	7 641	–	–	–	7 128	513	6 931	4 606
2021	933	–	–	–	511	422	19	4 729
2022	3 165	–	–	–	1 036	2 128	1 442	12 328
2023 1.Vj.	3 540	–	–	–	1 466	2 075	2 263	6 593
2.Vj.	2 782	–	–	–	703	2 078	1 442	5 306
3.Vj.	3 832	–	–	–	762	3 070	2 442	8 719
4.Vj.	3 192	–	–	–	417	2 775	1 500	15 395
2024 1.Vj.	3 090	–	–	–	394	2 696	1 519	11 115
2.Vj.	3 382	–	–	–	616	2 766	1 519	13 145
3.Vj.	3 028	–	–	–	464	2 564	1 519	12 497
4.Vj.	2 778	–	–	–	327	2 450	1 500	18 697
2025 1.Vj. p)	2 675	–	–	–	440	2 235	1 515	16 010
2.Vj. p)	3 482	–	–	–	394	3 089	2 442	17 970
3.Vj. p)	4 404	–	–	–	347	4 057	3 511	21 001
4.Vj. p)	6 673	–	–	–	375	6 298	5 738	21 079
2026 1.Vj. p)	13 794	–	–	–	364	13 430	13 186	18 203

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts und der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH. **1** Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem Münzumlauf. **2** Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen staatlichen Ebenen umfassen neben den direkten Kreditbeziehungen auch die Bestände am Markt erworbener Wertpapiere. Kein Ausweis beim Gesamtstaat, da Verschuldung und Forderungen zwischen den staatlichen Ebenen konsolidiert sind.

14. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt 1)	Bargeld und Einlagen 2)		Wertpapierverschuldung									Kreditverschuldung 1)
		insgesamt 1)	darunter: 3) Tagesanleihe	insgesamt 1)	darunter: 3) konventionelle Bundesanleihen	konventionelle Bundesobligationen	konventionelle Bundesschatzanweisungen 4)	Unverzinsliche Schatzanweisungen 5)	Bundesschatzbriefe	Grüne Bundeswertpapiere	inflationsindexierte Bundeswertpapiere 6)	Kapitalindexierung inflationsindexierter Wertpapiere	
2007	1 000 426	6 675	.	917 584	564 137	173 949	102 083	37 385	10 287	.	13 464	506	76 167
2008	1 031 948	12 466	3 174	928 754	571 913	164 514	105 684	40 795	9 649	.	19 540	1 336	90 728
2009	1 098 584	9 981	2 495	1 013 072	577 798	166 471	113 637	104 409	9 471	.	24 730	1 369	75 532
2010	1 349 563	10 890	1 975	1 084 019	602 624	185 586	126 220	85 867	8 704	.	35 906	2 396	254 654
2011	1 359 259	10 429	2 154	1 121 331	615 200	199 284	130 648	58 297	8 208	.	44 241	3 961	227 499
2012	1 402 753	9 742	1 725	1 177 168	631 425	217 586	117 719	56 222	6 818	.	52 119	5 374	215 843
2013	1 405 276	10 582	1 397	1 192 025	643 200	234 759	110 029	50 004	4 488	.	51 718	4 730	202 668
2014	1 411 880	12 146	1 187	1 206 203	653 823	244 633	103 445	27 951	2 375	.	63 245	5 368	193 531
2015	1 385 956	13 949	1 070	1 188 523	663 296	232 387	96 389	18 536	1 305	.	74 495	5 607	183 484
2016	1 380 165	15 491	1 010	1 179 464	670 245	221 551	95 727	23 609	737	.	66 464	3 602	185 209
2017	1 363 920	14 298	966	1 168 633	693 687	203 899	91 013	10 037	289	.	72 855	4 720	180 988
2018	1 337 194	14 680	921	1 149 768	710 513	182 847	86 009	12 949	48	.	64 647	5 139	172 746
2019	1 315 637	14 678	–	1 140 538	719 747	174 719	89 230	13 487	.	.	69 805	6 021	160 422
2020	1 530 351	14 757	.	1 335 371	801 910	179 560	98 543	113 141	.	9 876	58 279	3 692	180 223
2021	1 683 326	18 040	.	1 476 948	892 464	190 839	103 936	153 978	.	21 627	65 390	6 722	188 338
2022	1 780 235	17 319	.	1 538 815	947 349	198 084	113 141	137 990	.	36 411	72 357	15 844	224 102
2023	1 857 153	16 886	.	1 655 913	1 045 613	216 276	119 180	135 469	.	53 965	60 470	14 686	184 354
2024	1 893 509	14 816	.	1 696 961	1 105 648	220 673	119 830	104 430	.	66 428	59 941	15 927	181 732
2025 p)	2 000 365	18 278	.	1 789 103	1 186 346	235 227	121 965	95 560	.	74 466	59 828	17 451	192 984
2023 1.Vj.	1 803 734	15 337	.	1 596 695	987 363	213 514	120 904	127 143	.	39 459	73 591	15 497	191 702
2.Vj.	1 811 195	15 343	.	1 621 683	1 007 004	211 742	124 160	139 012	.	50 243	59 227	13 604	174 169
3.Vj.	1 854 480	18 123	.	1 664 379	1 021 675	226 340	125 255	148 407	.	52 763	59 923	13 863	171 979
4.Vj.	1 857 153	16 886	.	1 655 913	1 045 613	216 276	119 180	135 469	.	53 965	60 470	14 686	184 354
2024 1.Vj.	1 859 876	14 772	.	1 662 409	1 054 941	226 133	119 517	119 164	.	58 565	60 312	14 048	182 695
2.Vj.	1 851 614	15 546	.	1 661 256	1 066 616	217 406	124 243	106 105	.	65 074	59 968	15 386	174 812
3.Vj.	1 879 063	16 809	.	1 684 797	1 081 652	232 490	124 060	101 317	.	65 349	59 874	15 641	177 457
4.Vj.	1 893 509	14 816	.	1 696 961	1 105 648	220 673	119 830	104 430	.	66 428	59 941	15 927	181 732
2025 1.Vj. p)	1 891 533	14 677	.	1 702 755	1 110 516	236 891	120 819	87 279	.	70 287	59 730	15 669	174 102
2.Vj. p)	1 925 014	16 724	.	1 726 585	1 143 555	227 784	125 771	77 649	.	75 548	59 815	16 894	181 705
3.Vj. p)	1 973 316	18 699	.	1 775 902	1 162 309	246 143	126 480	85 413	.	79 661	59 838	17 112	178 716
4.Vj. p)	2 000 365	18 278	.	1 789 103	1 186 346	235 227	121 965	95 560	.	74 466	59 828	17 451	192 984
2026 1.Vj. p)	2 043 130	17 986	.	1 833 939	1 200 199	252 004	127 306	94 429	.	80 641	59 820	16 902	191 205

Quelle: Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Umfasst die gesamte zentralstaatliche Ebene, d.h. neben dem Kernhaushalt sämtliche Extrahaushalte des Bundes einschl. der staatlichen Bad Bank „FMS Wertmanagement" sowie Verbindlichkeiten, die dem Bund nach Maßgabe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 aus ökonomischer Sicht zugerechnet werden. **2** Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem Münzumlauf. **3** Emissionen der Bundesrepublik Deutschland. Ohne Eigenbestände des Emittenten, aber einschließlich der Bestände, die von anderen staatlichen Einheiten gehalten werden. **4** Einschl. Medium-Term-Notes der Treuhandanstalt (2011 ausgelaufen). **5** Einschl. Finanzierungsschätze (2014 ausgelaufen). **6** Ohne inflationsbedingte Kapitalindexierung.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2023	2024	2025	2023	2024	2025	2024 3.Vj.	2024 4.Vj.	2025 1.Vj.	2025 2.Vj.	2025 3.Vj.	2025 4.Vj.	2026 1.Vj.
	Index 2020=100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	104,1	99,9	99,3	– 2,0	– 4,0	– 0,6	– 2,3	– 6,6	– 2,0	– 1,6	0,1	1,2	0,7
Baugewerbe	82,1	78,9	76,2	– 4,4	– 3,8	– 3,5	– 3,6	– 5,0	– 4,5	– 5,3	– 3,0	– 1,6	– 4,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	108,6	108,8	109,8	– 2,6	0,2	0,9	0,6	– 0,9	0,3	0,9	1,3	1,1	0,3
Information und Kommunikation	117,5	120,0	121,6	7,5	2,1	1,3	2,3	0,6	1,1	0,3	1,4	2,5	2,0
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	98,0	97,4	93,6	– 1,7	– 0,6	– 3,8	– 0,6	– 2,6	– 3,9	– 4,4	– 3,9	– 3,0	– 1,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	105,2	106,6	107,0	2,6	1,3	0,4	1,4	– 0,0	0,1	– 0,0	0,3	1,2	0,6
Unternehmensdienstleister [1]	112,0	112,9	112,3	1,2	0,8	– 0,6	0,9	– 0,6	– 1,0	– 1,2	– 0,3	0,2	0,1
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	105,4	106,6	108,3	0,2	1,2	1,6	1,7	2,1	1,8	1,2	1,4	2,1	1,8
Sonstige Dienstleister	118,5	119,6	119,3	1,3	1,0	– 0,2	1,4	0,8	– 0,1	– 0,8	– 0,6	0,5	0,7
Bruttowertschöpfung	105,8	105,1	105,2	– 0,5	– 0,6	0,1	0,0	– 1,8	– 0,5	– 0,6	0,3	1,0	0,5
Bruttoinlandsprodukt [2]	104,9	104,4	104,6	– 0,9	– 0,5	0,2	– 0,2	– 0,4	0,1	– 0,0	0,3	0,5	0,5
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben [3]	107,9	108,5	109,9	– 0,7	0,5	1,3	0,7	1,0	1,2	1,7	1,0	1,5	0,8
Konsumausgaben des Staates	103,5	106,2	107,8	– 0,2	2,6	1,5	3,4	3,3	2,4	1,0	0,7	1,8	3,5
Ausrüstungen	108,2	102,4	100,8	– 0,5	– 5,4	– 1,6	– 5,9	– 6,0	– 4,3	– 4,1	– 0,6	2,2	0,5
Bauten	87,2	84,3	83,6	– 5,9	– 3,4	– 0,8	– 2,9	– 2,1	– 1,5	– 1,5	– 0,5	0,1	– 3,3
Sonstige Anlagen [4]	118,7	118,9	123,5	6,6	0,2	3,8	0,4	0,2	3,8	3,9	3,8	3,8	3,6
Vorratsveränderungen [5] [6]	.	.	.	0,0	0,1	0,8	0,3	1,5	0,6	1,3	0,8	0,2	0,2
Inländische Verwendung	105,6	105,8	107,7	– 0,9	0,2	1,8	0,7	2,2	1,6	2,3	1,6	1,8	1,3
Außenbeitrag [6]	.	.	.	0,0	– 0,7	– 1,5	– 0,9	– 2,5	– 1,4	– 2,2	– 1,2	– 1,3	– 0,7
Exporte	112,9	110,5	109,6	– 1,4	– 2,1	– 0,9	– 0,8	– 4,9	– 0,1	– 2,4	– 0,9	– 0,0	– 0,3
Importe	116,0	115,3	118,9	– 1,4	– 0,6	3,1	1,5	1,0	3,7	3,1	2,3	3,3	1,7
Bruttoinlandsprodukt [2]	104,9	104,4	104,6	– 0,9	– 0,5	0,2	– 0,2	– 0,4	0,1	– 0,0	0,3	0,5	0,5
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben [3]	2 218,5	2 283,0	2 372,5	5,9	2,9	3,9	3,1	3,1	3,8	4,2	3,6	4,2	3,3
Konsumausgaben des Staates	905,2	951,8	1 006,1	4,3	5,1	5,7	5,8	4,3	6,3	5,4	4,8	6,2	5,8
Ausrüstungen	277,4	267,1	268,0	5,1	– 3,7	0,4	– 4,5	– 4,4	– 2,3	– 2,2	1,3	4,2	2,4
Bauten	453,0	450,7	460,8	1,4	– 0,5	2,3	0,2	1,2	1,6	1,7	2,5	3,2	– 0,2
Sonstige Anlagen [4]	163,7	168,0	179,0	8,3	2,6	6,6	2,8	2,6	6,6	6,6	6,6	6,5	6,4
Vorratsveränderungen [5]	33,9	45,0	76,8	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Inländische Verwendung	4 051,7	4 165,4	4 363,2	4,1	2,8	4,7	3,2	4,3	4,5	5,1	4,4	4,9	3,6
Außenbeitrag	167,6	163,5	106,6	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Exporte	1 812,9	1 793,7	1 800,0	– 0,4	– 1,1	0,4	0,7	– 3,3	2,1	– 1,2	– 0,2	0,6	1,2
Importe	1 645,3	1 630,1	1 693,4	– 4,4	– 0,9	3,9	2,1	1,8	6,5	3,6	2,1	3,5	1,9
Bruttoinlandsprodukt [2]	4 219,3	4 329,0	4 469,8	5,8	2,6	3,3	2,6	2,0	2,8	3,0	3,4	3,7	3,2
IV. Preise (2020=100)													
Privater Konsum	117,6	120,3	123,4	6,6	2,4	2,6	2,3	2,1	2,5	2,5	2,6	2,6	2,5
Bruttoinlandsprodukt	116,6	120,2	123,9	6,7	3,1	3,0	2,8	2,4	2,7	3,0	3,1	3,2	2,7
Terms of Trade	97,9	99,2	99,7	4,2	1,4	0,5	0,8	0,8	– 0,5	0,8	0,9	0,5	1,2
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	2 235,6	2 357,8	2 475,8	7,1	5,5	5,0	5,5	4,7	4,9	5,1	5,3	4,8	3,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	916,7	842,3	832,4	7,8	– 8,1	– 1,2	– 9,4	–14,1	– 6,2	– 2,9	0,1	5,6	2,1
Volkseinkommen	3 152,3	3 200,2	3 308,3	7,3	1,5	3,4	1,0	– 0,2	1,6	3,0	3,9	4,9	3,4
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	4 356,0	4 478,1	4 631,6	6,0	2,8	3,4	2,4	1,8	2,7	3,4	3,6	4,0	3,2

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2026. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen). **3** Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Geistiges Eigentum (u.a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt **o)**

	Produzierendes Gewerbe	davon: Baugewerbe	davon: Energie	Industrie zusammen	davon: nach Hauptgruppen: Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige: Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
	2021 = 100											
Gewicht in % **1)**	100	17,08	8,21	74,71	27,84	33,97	2,53	10,36	9,71	9,59	11,83	12,21
Zeit												
2022	98,7	96,7	98,7	99,1	96,3	101,1	101,0	100,1	97,3	103,0	100,2	102,9
2023	97,0	95,6	84,8	98,6	90,7	106,4	93,5	95,6	93,5	103,7	99,3	116,1
2024	92,7	92,5	82,3	93,9	86,1	100,5	87,5	94,6	88,6	93,8	91,7	107,3
2025	92,0	90,8	84,0	93,2	84,8	100,1	84,5	95,1	86,8	94,1	90,5	106,6
2025 2.Vj.	91,9	91,9	78,7	93,3	85,6	100,4	84,4	93,2	87,5	92,1	88,1	111,9
3.Vj.	90,6	93,9	77,2	91,3	84,9	96,1	81,7	95,1	86,2	93,8	89,2	98,9
4.Vj.	94,5	98,8	89,9	94,0	81,6	104,1	85,9	96,2	86,4	96,8	97,3	102,9
2026 1.Vj. **x)**	89,0	75,9	96,8	91,2	84,6	96,7	82,4	93,0	85,0	92,9	84,0	107,4
2.Vj. **x)p)**	91,6	93,3	82,7	92,2	86,0	97,4	84,0	93,9	87,3	94,5	85,0	105,0
2025 Juni	94,0	94,2	78,7	95,7	86,2	104,8	84,7	94,2	88,8	96,1	92,8	113,8
Juli **2)**	92,9	97,7	77,8	93,4	86,4	98,9	82,2	96,9	87,1	93,3	90,6	105,2
Aug. **2)**	83,9	89,5	75,3	83,6	81,6	83,9	73,3	90,8	81,8	88,2	81,6	76,9
Sept.	95,0	94,6	78,4	96,9	86,7	105,5	89,7	97,6	89,6	100,0	95,3	114,5
Okt.	94,6	97,3	90,1	94,5	87,6	99,1	89,5	99,0	90,2	95,8	90,8	103,7
Nov.	99,3	98,8	88,4	100,6	86,6	113,1	92,1	99,3	92,3	99,1	98,2	123,3
Dez.	89,6	100,4	91,3	87,0	70,6	100,2	76,0	90,4	76,6	95,4	103,0	81,8
2026 Jan. **x)**	81,5	60,2	102,4	84,1	79,9	85,8	75,2	92,3	79,6	85,4	75,2	92,9
Febr. **x)**	86,9	72,4	95,0	89,3	82,5	95,7	79,4	88,8	84,0	89,0	83,1	108,0
März **x)**	98,7	95,1	93,0	100,2	91,5	108,5	92,6	98,0	91,5	104,4	93,8	121,2
April **x)**	90,5	92,6	84,7	90,7	86,4	94,4	84,4	91,7	86,5	92,7	83,7	100,5
Mai **x)**	90,4	91,6	82,3	91,0	85,3	95,6	81,4	93,7	87,0	91,8	83,2	102,7
Juni **x)p)**	93,9	95,7	81,1	94,9	86,2	102,2	86,2	96,4	88,4	99,1	88,0	111,7
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2022	− 0,6	− 2,4	− 1,2	− 0,2	− 3,1	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,7	− 2,1	+ 3,7	+ 0,9	+ 4,0
2023	− 1,7	− 1,1	− 14,1	− 0,5	− 5,8	+ 5,2	− 7,4	− 4,5	− 3,9	+ 0,7	− 0,9	+ 12,8
2024	− 4,4	− 3,2	− 2,9	− 4,8	− 5,1	− 5,5	− 6,4	− 1,0	− 5,2	− 9,5	− 7,7	− 7,6
2025	− 0,8	− 1,8	+ 2,1	− 0,7	− 1,5	− 0,4	− 3,4	+ 0,5	− 2,0	+ 0,3	− 1,3	− 0,7
2025 2.Vj.	− 1,0	− 1,9	+ 3,0	− 1,2	− 2,9	+ 0,1	− 3,5	− 0,6	− 3,0	− 0,1	− 2,6	+ 1,3
3.Vj.	− 1,0	− 1,8	+ 3,6	− 1,2	− 0,4	− 2,1	− 3,7	+ 0,4	− 1,1	+ 1,9	− 0,4	− 4,4
4.Vj.	+ 0,2	− 1,3	+ 2,5	+ 0,4	− 0,4	+ 0,8	− 2,9	+ 1,6	− 0,1	+ 1,2	+ 0,4	− 0,7
2026 1.Vj. **x)**	− 2,1	− 3,2	+ 7,4	− 2,9	− 2,7	− 3,0	− 4,3	− 3,2	− 2,4	− 0,9	− 3,6	− 4,6
2.Vj. **x)p)**	− 0,3	+ 1,5	+ 5,0	− 1,2	+ 0,5	− 3,0	− 0,5	+ 0,8	− 0,2	+ 2,7	− 3,6	− 6,2
2025 Juni	− 1,6	− 2,2	+ 6,2	− 1,9	− 4,0	− 0,6	− 10,7	+ 0,3	− 4,0	− 1,1	− 4,1	+ 0,1
Juli **2)**	+ 0,7	− 1,6	+ 4,7	+ 0,8	− 0,9	+ 1,7	− 2,3	+ 2,5	− 1,1	+ 2,6	+ 1,6	+ 3,0
Aug. **2)**	− 3,0	− 1,3	+ 2,2	− 3,8	− 0,7	− 6,7	− 4,6	− 1,8	− 1,1	± 0,0	± 0,0	− 16,1
Sept.	− 0,7	− 2,4	+ 4,0	− 0,8	+ 0,6	− 1,9	− 4,4	+ 0,5	− 1,2	+ 2,9	− 2,7	− 1,5
Okt.	+ 0,2	− 0,8	+ 14,1	− 0,7	+ 0,2	− 2,2	+ 0,4	+ 1,3	− 0,6	+ 0,7	+ 0,6	− 6,8
Nov.	− 0,1	− 2,6	− 2,1	+ 0,6	− 1,3	+ 1,9	− 4,0	+ 1,6	+ 0,1	− 0,4	+ 1,4	+ 1,6
Dez.	+ 0,6	− 0,6	− 2,9	+ 1,4	− 0,1	+ 2,6	− 5,2	+ 1,8	+ 0,1	+ 3,4	− 0,6	+ 4,6
2026 Jan. **x)**	− 2,0	− 7,4	+ 6,2	− 2,1	− 2,6	− 1,8	− 2,8	− 1,3	− 0,7	+ 0,4	+ 0,7	− 7,3
Febr. **x)**	− 0,7	− 4,2	+ 10,2	− 1,2	− 2,0	− 0,7	− 4,7	− 0,2	− 0,9	− 1,9	− 1,7	− 1,1
März **x)**	− 3,4	+ 0,4	+ 5,8	− 5,1	− 3,4	− 5,7	− 5,1	− 7,3	− 5,2	− 1,1	− 8,4	− 5,6
April **x)**	− 0,9	+ 0,7	+ 8,7	− 1,9	+ 0,2	− 4,0	− 2,7	+ 0,1	− 0,1	+ 1,5	− 2,6	− 9,6
Mai **x)**	± 0,0	+ 2,2	+ 3,4	− 0,9	+ 1,2	− 2,5	− 0,6	± 0,0	± 0,0	+ 3,4	− 2,8	− 7,1
Juni **x)p)**	− 0,1	+ 1,6	+ 3,0	− 0,8	± 0,0	− 2,5	+ 1,8	+ 2,3	− 0,5	+ 3,1	− 5,2	− 1,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ***** Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.1.a bis III.1.c **o** Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). **1** Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2021. **2** Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. **x** Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt **o)**

Zeit	Industrie		davon: Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten		Konsumgüterproduzenten		davon: Gebrauchsgüterproduzenten		Verbrauchsgüterproduzenten	
	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %
insgesamt												
2023	101,2	– 3,7	100,0	– 9,3	101,6	+ 0,5	105,1	– 4,1	100,4	– 11,3	107,3	– 0,6
2024	98,1	– 3,1	93,7	– 6,3	100,3	– 1,3	103,2	– 1,8	94,8	– 5,6	107,0	– 0,3
2025	101,8	+ 3,8	93,9	+ 0,2	106,2	+ 5,9	107,6	+ 4,3	100,3	+ 5,8	111,0	+ 3,7
2025 Juni	102,9	+ 1,5	96,1	+ 1,9	106,9	+ 1,3	107,1	+ 1,8	109,4	+ 13,4	106,0	– 2,8
Juli	95,5	– 4,6	90,4	– 7,1	96,8	– 4,9	112,1	+ 11,2	97,6	+ 7,5	118,7	+ 12,7
Aug.	86,3	– 0,2	85,4	– 1,5	85,4	+ 0,5	98,0	+ 0,3	87,4	+ 7,9	102,8	– 2,3
Sept.	101,1	– 1,5	94,3	+ 4,0	104,2	– 5,8	110,4	+ 9,5	108,3	+ 11,2	111,4	+ 8,9
Okt.	101,5	+ 0,1	93,2	+ 0,8	106,2	– 0,2	107,0	– 0,6	103,3	– 3,1	108,6	+ 0,4
Nov.	110,5	+ 11,7	94,4	– 1,0	120,1	+ 18,9	118,2	+ 17,6	133,5	+ 48,2	111,2	+ 5,7
Dez.	114,7	+ 12,7	90,0	+ 6,3	132,9	+ 16,8	100,0	+ 4,2	103,4	+ 17,0	98,5	– 1,0
2026 Jan.	103,1	+ 1,2	99,1	– 2,1	105,1	+ 3,6	108,5	– 0,5	99,6	+ 12,4	112,5	– 4,9
Febr.	102,6	+ 4,3	95,9	+ 1,1	105,3	+ 5,4	116,3	+ 11,1	116,7	+ 33,2	116,2	+ 3,4
März	121,3	+ 7,8	114,8	+ 8,7	123,8	+ 6,4	135,2	+ 14,1	162,3	+ 74,1	122,9	– 5,4
April	102,6	+ 4,4	102,2	+ 10,2	101,5	± 0,0	112,4	+ 9,2	119,0	+ 18,9	109,4	+ 5,0
Mai	104,6	+ 7,4	100,3	+ 13,2	106,4	+ 4,0	112,5	+ 8,4	115,7	+ 27,3	111,0	+ 1,2
Juni **p)**	112,8	+ 9,6	100,0	+ 4,1	120,2	+ 12,4	121,5	+ 13,4	123,9	+ 13,3	120,4	+ 13,6
aus dem Inland												
2023	100,9	– 4,5	103,1	– 8,4	99,1	+ 0,4	99,7	– 9,1	99,5	– 10,5	99,7	– 8,6
2024	95,8	– 5,1	93,6	– 9,2	97,8	– 1,3	96,5	– 3,2	90,3	– 9,2	99,0	– 0,7
2025	98,9	+ 3,2	92,0	– 1,7	104,8	+ 7,2	100,6	+ 4,2	98,8	+ 9,4	101,4	+ 2,4
2025 Juni	92,6	– 8,9	88,4	– 7,5	96,1	– 11,1	95,1	– 0,8	89,2	– 1,9	97,4	– 0,4
Juli	92,3	– 11,4	90,7	– 9,2	92,5	– 15,3	101,4	+ 5,4	85,5	– 1,8	107,6	+ 7,8
Aug.	86,7	+ 2,6	87,6	– 0,5	84,6	+ 6,1	95,0	– 1,3	88,5	+ 4,6	97,6	– 3,3
Sept.	95,2	– 0,5	90,8	+ 3,9	97,7	– 5,1	105,3	+ 8,0	107,9	+ 7,3	104,3	+ 8,3
Okt.	101,5	+ 12,3	93,1	+ 2,5	109,2	+ 23,4	100,1	– 0,8	88,7	– 8,0	104,6	+ 1,9
Nov.	113,9	+ 16,6	93,2	– 2,4	130,8	+ 31,7	125,7	+ 25,8	188,9	+ 109,9	100,8	– 2,9
Dez.	114,4	+ 12,5	83,1	+ 3,2	146,7	+ 19,4	86,3	– 0,2	88,0	+ 3,4	85,7	– 1,6
2026 Jan.	103,9	+ 5,6	95,7	– 2,6	111,3	+ 13,1	103,8	+ 4,7	102,2	+ 21,2	104,4	– 0,5
Febr.	98,8	+ 3,0	95,1	+ 1,8	99,3	+ 1,6	117,8	+ 19,0	114,5	+ 34,2	119,1	+ 14,1
März	113,0	+ 5,3	111,2	+ 5,0	114,9	+ 5,6	111,1	+ 5,1	120,5	+ 26,3	107,4	– 2,1
April	97,6	– 0,1	99,4	+ 8,0	95,2	– 7,6	102,4	+ 5,3	99,0	+ 5,2	103,7	+ 5,4
Mai	99,6	+ 9,6	97,8	+ 11,1	101,5	+ 9,7	97,1	– 0,6	94,5	+ 5,7	98,1	– 2,8
Juni **p)**	108,9	+ 17,6	98,6	+ 11,5	117,9	+ 22,7	110,4	+ 16,1	99,9	+ 12,0	114,6	+ 17,7
aus dem Ausland												
2023	101,5	– 3,1	96,9	– 10,4	103,0	+ 0,6	108,8	– 0,6	100,8	– 11,9	112,8	+ 5,3
2024	99,7	– 1,8	93,9	– 3,1	101,7	– 1,3	107,7	– 1,0	97,3	– 3,5	112,9	+ 0,1
2025	103,8	+ 4,1	95,8	+ 2,0	106,9	+ 5,1	112,4	+ 4,4	101,1	+ 3,9	118,0	+ 4,5
2025 Juni	110,3	+ 9,1	103,7	+ 11,4	113,1	+ 8,7	115,2	+ 3,3	121,0	+ 21,4	112,2	– 4,4
Juli	97,8	+ 0,6	90,2	– 4,8	99,2	+ 1,6	119,3	+ 14,8	104,6	+ 12,5	126,8	+ 15,9
Aug.	86,0	– 2,2	83,3	– 2,5	85,8	– 2,5	100,0	+ 1,4	86,7	+ 9,7	106,6	– 1,7
Sept.	105,3	– 2,0	97,8	+ 4,0	108,0	– 6,2	113,8	+ 10,5	108,6	+ 13,7	116,5	+ 9,2
Okt.	101,5	– 7,1	93,3	– 1,0	104,5	– 10,5	111,7	– 0,5	111,7	– 0,7	111,6	– 0,5
Nov.	108,1	+ 8,3	95,5	+ 0,1	114,0	+ 11,8	113,1	+ 12,1	101,6	+ 12,6	118,8	+ 11,9
Dez.	114,9	+ 12,9	96,9	+ 9,1	125,0	+ 15,2	109,3	+ 6,6	112,3	+ 24,4	107,8	– 0,7
2026 Jan.	102,6	– 1,7	102,4	– 1,6	101,6	– 1,5	111,7	– 3,5	98,1	+ 7,7	118,4	– 7,6
Febr.	105,4	+ 5,2	96,6	+ 0,2	108,7	+ 7,4	115,3	+ 6,3	117,9	+ 32,6	114,0	– 3,6
März	127,2	+ 9,4	118,4	+ 12,4	128,9	+ 6,9	151,6	+ 19,2	186,4	+ 102,6	134,2	– 7,3
April	106,2	+ 7,5	104,9	+ 12,3	105,2	+ 4,5	119,2	+ 11,6	130,5	+ 26,0	113,5	+ 4,7
Mai	108,2	+ 6,1	102,8	+ 15,4	109,2	+ 1,1	122,9	+ 13,8	127,9	+ 39,5	120,4	+ 3,7
Juni **p)**	115,6	+ 4,8	101,3	– 2,3	121,5	+ 7,4	129,0	+ 12,0	137,7	+ 13,8	124,7	+ 11,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.2.a bis III.2.c. **o** Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13).

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt **o)**

Zeit	Insgesamt		Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren **1)**			
			Hochbau													
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber **2)**	
	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %
2022	104,4	+ 4,9	98,0	− 1,5	95,7	− 3,9	98,4	− 1,1	104,3	+ 5,1	112,4	+ 12,9	105,8	+ 6,3	108,8	+ 9,3
2023	108,2	+ 3,6	93,6	− 4,5	83,2	− 13,1	96,2	− 2,2	121,4	+ 16,4	126,6	+ 12,6	117,4	+ 11,0	114,8	+ 5,5
2024	109,6	+ 1,3	90,2	− 3,6	81,3	− 2,3	91,2	− 5,2	118,4	− 2,5	133,9	+ 5,8	117,5	+ 0,1	120,1	+ 4,6
2025	119,9	+ 9,4	99,3	+ 10,1	91,6	+ 12,7	99,2	+ 8,8	127,3	+ 7,5	145,6	+ 8,7	132,0	+ 12,3	125,0	+ 4,1
2025 Mai	121,9	+ 8,1	89,9	− 8,0	89,4	+ 5,2	87,8	− 19,0	99,8	− 4,1	161,8	+ 22,9	141,1	+ 18,3	121,1	− 2,8
Juni	126,1	+ 5,5	107,2	+ 10,6	93,8	+ 11,3	104,7	+ 3,8	164,4	+ 28,7	149,8	+ 1,4	134,4	+ 3,2	139,0	+ 5,8
Juli	123,6	+ 11,5	99,9	+ 13,9	89,2	+ 10,4	108,1	+ 29,6	108,2	− 15,7	153,2	+ 9,5	140,0	+ 25,0	127,7	− 2,7
Aug.	119,2	+ 2,2	106,5	+ 11,9	82,4	+ 2,2	126,3	+ 20,6	120,5	+ 6,6	135,0	− 5,8	138,6	+ 3,4	121,2	+ 0,6
Sept.	134,6	+ 23,6	113,6	+ 22,0	99,0	+ 16,1	107,3	+ 17,7	189,6	+ 47,5	160,7	+ 25,1	143,0	+ 24,8	149,6	+ 26,1
Okt.	113,0	+ 4,4	97,1	+ 10,5	100,3	+ 25,4	91,0	+ 2,8	107,8	− 5,4	132,8	− 0,5	117,1	− 2,7	117,0	+ 3,4
Nov.	116,8	+ 6,4	98,0	+ 12,1	93,9	+ 12,6	93,6	+ 7,7	129,3	+ 24,9	140,1	+ 1,7	130,7	+ 3,2	115,7	+ 7,7
Dez.	119,5	+ 5,9	100,9	+ 2,4	100,5	+ 10,7	103,1	+ 9,6	94,1	− 34,1	142,7	+ 9,2	128,2	+ 11,4	122,1	− 2,9
2026 Jan.	94,7	− 2,2	76,0	− 4,4	72,0	− 13,4	78,3	+ 5,0	81,7	− 3,8	118,1	− 0,2	112,2	+ 2,5	89,0	− 1,8
Febr.	111,1	+ 12,8	89,1	+ 3,0	77,2	− 2,0	91,3	+ 13,3	124,3	− 8,6	138,4	+ 22,0	122,7	+ 20,2	120,7	+ 11,7
März	142,0	− 5,1	124,3	+ 12,7	107,4	+ 9,9	126,9	+ 15,8	175,9	+ 11,3	164,1	− 17,5	147,4	− 14,1	160,2	+ 0,4
April	123,1	+ 3,5	97,7	− 4,0	98,6	+ 8,8	89,8	− 13,6	123,9	− 8,2	154,8	+ 10,5	130,6	+ 2,7	131,4	+ 2,1
Mai	132,0	+ 8,3	100,6	+ 11,9	90,9	+ 1,7	101,7	+ 15,8	131,6	+ 31,9	171,2	+ 5,8	138,6	− 1,8	153,3	+ 26,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ***** In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.2.f. **o** Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). **1** Ohne Wohnungsbauaufträge. **2** Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels *)

Kalenderbereinigt **o)**

Zeit	Insgesamt				darunter:											
					in Verkaufsräumen nach dem Schwerpunktsortiment der Unternehmen:											
					Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren **1)**		Motorenkraftstoffe (Tankstellen)		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Textilien, Heimwerker-, Einrichtungsbedarf und sonstige Haushaltsgeräte		Verlagsprodukte Sportausrüstungen und Spielwaren		Sonstige Güter wie Bekleidung, Schuhe, Lederwaren, Apotheken, medizinische und kosmetische Artikel		Internet- und Versandhandel sowie sonstiger Einzelhandel **2)**	
	Insgesamt																	
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 2021		in jeweiligen Preisen													
	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %
2022	107,6	+ 7,6	99,6	− 0,4	105,1	+ 5,2	115,8	+ 16,0	109,3	+ 9,5	110,3	+ 10,5	109,8	+ 9,9	110,7	+ 10,7	105,1	+ 4,9
2023	110,8	+ 3,0	96,2	− 3,4	113,0	+ 7,5	110,0	− 5,0	109,7	+ 0,4	105,8	− 4,1	114,3	+ 4,1	114,5	+ 3,4	104,6	− 0,5
2024	113,9	+ 2,8	97,5	+ 1,4	117,0	+ 3,5	109,1	− 0,8	108,3	− 1,3	102,1	− 3,5	110,1	− 3,7	119,3	+ 4,2	110,6	+ 5,7
2025 **3)**	118,8	+ 4,3	100,6	+ 3,2	121,6	+ 3,9	110,4	+ 1,2	107,1	− 1,1	101,8	− 0,3	106,9	− 2,9	124,7	+ 4,5	120,8	+ 9,2
2025 Juni	118,4	+ 6,7	100,3	+ 5,6	122,2	+ 3,9	114,4	+ 1,6	93,4	− 5,1	103,1	+ 2,4	113,5	− 2,7	123,7	+ 6,5	119,1	+ 20,1
Juli	119,4	+ 5,1	101,3	+ 3,9	122,2	+ 3,6	115,3	− 1,8	99,3	± 0,0	101,0	+ 0,2	125,1	+ 0,2	126,2	+ 4,5	119,5	+ 15,0
Aug.	113,8	+ 3,3	96,4	+ 1,8	118,7	+ 2,3	112,5	± 0,0	94,2	− 0,8	94,5	+ 0,3	117,5	− 4,4	119,1	+ 4,0	110,8	+ 7,8
Sept.	114,7	+ 2,3	96,8	+ 0,6	115,6	+ 3,0	107,9	+ 0,8	104,6	+ 1,7	96,9	− 0,9	104,9	− 2,5	123,8	+ 2,6	116,0	+ 2,4
Okt.	121,8	+ 3,4	102,5	+ 2,1	123,9	+ 4,2	109,4	+ 0,1	115,9	+ 3,5	104,0	− 1,7	92,2	− 4,3	130,6	+ 4,6	124,1	+ 3,9
Nov.	127,8	+ 2,2	108,2	+ 1,4	121,8	+ 1,2	111,0	+ 3,1	142,5	− 2,2	106,8	− 0,7	97,4	− 2,6	132,8	+ 3,8	149,5	+ 5,1
Dez.	133,5	+ 3,2	113,1	+ 3,0	138,1	+ 4,2	106,1	+ 1,9	151,5	+ 1,8	103,1	+ 0,9	116,1	+ 2,7	137,1	+ 6,1	138,5	− 1,0
2026 Jan.	111,3	+ 2,7	93,9	+ 1,3	115,8	+ 4,3	103,4	− 1,7	106,4	− 2,6	85,9	− 4,0	80,0	− 3,7	117,0	+ 2,8	117,2	+ 3,9
Febr.	107,8	+ 1,8	90,8	+ 0,9	112,1	+ 1,2	102,8	− 1,4	98,4	+ 1,4	90,1	− 1,1	82,5	− 1,2	113,8	+ 3,1	108,9	+ 3,5
März	125,2	+ 2,4	104,4	+ 1,0	125,6	− 0,8	124,9	+ 10,7	103,4	+ 6,1	112,0	+ 0,1	116,3	+ 1,0	131,3	+ 3,8	131,2	+ 7,8
April	121,9	+ 1,5	101,2	− 0,3	124,6	+ 0,5	123,5	+ 10,1	106,9	+ 16,2	109,8	− 2,1	118,2	+ 2,3	129,7	+ 3,1	117,8	+ 0,6
Mai	123,6	+ 3,3	102,7	+ 1,8	126,4	+ 1,7	126,2	+ 10,5	99,4	+ 13,2	107,2	− 0,7	118,0	− 1,0	131,3	+ 3,5	123,7	+ 7,7
Juni	120,6	+ 1,9	100,9	+ 0,6	122,6	+ 0,3	123,1	+ 7,6	101,8	+ 9,0	99,8	− 3,2	116,3	+ 2,5	125,2	+ 1,2	127,1	+ 6,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ***** Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.4.c. **o** Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). **1** Nicht an Verkaufsständen und auf Märkten. **2** Nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten. **3** Angaben ab Januar 2025 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2)						Kurzarbeiter 3)		Arbeitslose 4)			
			insgesamt		darunter:					darunter:		darunter:		
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung	Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)	insgesamt	konjunkturell bedingt	insgesamt	dem Rechtskreis SGB III zugeordnet	Arbeitslosenquote 4) 5) in %	Offene Stellen 4) 6) in Tsd
					Tsd									
2021	45 041	+ 0,2	33 897	+ 0,9	9 344	23 602	702	4 101	1 852	1 744	2 613	999	5,7	706
2022	r) 45 622	r) + 1,3	34 507	+ 1,8	9 400	24 135	721	4 125	426	337	2 418	808	5,3	845
2023	r) 45 909	r) + 0,6	34 790	+ 0,8	9 425	24 430	687	4 198	241	147	2 609	875	5,7	761
2024	r) 45 960	r) + 0,1	34 934	+ 0,4	9 361	24 711	615	4 180	298	210	2 787	980	6,0	694
2025	r) 45 878	r) − 0,2	34 963	+ 0,1	9 216	24 944	556	4 121	297	210	2 948	1 099	6,3	632
2023 2.Vj.	r) 45 888	r) + 0,7	34 702	+ 0,9	9 410	24 352	687	4 209	152	146	2 561	839	5,6	770
3.Vj.	r) 45 970	r) + 0,6	34 762	+ 0,7	9 421	24 398	686	4 242	128	122	2 647	885	5,7	768
4.Vj.	r) 46 142	r) + 0,4	35 082	+ 0,6	9 471	24 682	680	4 189	253	166	2 617	874	5,7	732
2024 1.Vj.	r) 45 730	r) + 0,2	34 795	+ 0,5	9 366	24 563	630	4 154	468	200	2 796	1 000	6,1	704
2.Vj.	r) 45 959	r) + 0,2	34 858	+ 0,4	9 355	24 635	615	4 207	212	204	2 733	939	5,9	701
3.Vj.	r) 45 994	r) + 0,1	34 892	+ 0,4	9 348	24 678	610	4 214	201	192	2 829	998	6,0	699
4.Vj.	r) 46 156	r) + 0,0	35 193	+ 0,3	9 374	24 969	603	4 146	311	245	2 790	983	6,0	670
2025 1.Vj.	r) 45 715	r) − 0,0	34 873	+ 0,2	9 247	24 833	558	4 109	529	271	2 983	1 120	6,4	638
2.Vj.	r) 45 900	r) − 0,1	34 899	+ 0,1	9 214	24 878	555	4 152	233	218	2 922	1 067	6,2	638
3.Vj.	r) 45 892	r) − 0,2	34 910	+ 0,1	9 193	24 903	559	4 149	192	177	2 986	1 122	6,3	630
4.Vj.	r) 46 006	r) − 0,3	35 170	− 0,1	9 209	25 161	553	4 076	236	174	2 901	1 089	6,2	622
2026 1.Vj.	r) 45 525	r) − 0,4	7) 34 808	7) − 0,2	7) 9 082	7) 24 975	7) 517	7) 4 027	...	7) 149	3 059	1 217	6,5	624
2.Vj.	8) 45 688	8) − 0,5	...	...	...	...	...	...	...	...	2 965	1 154	9) 6,3	644
2023 März	r) 45 707	r) + 0,8	34 679	+ 1,0	9 412	24 332	692	4 157	398	159	2 594	878	5,7	777
April	r) 45 799	r) + 0,8	34 685	+ 0,9	9 410	24 342	684	4 188	146	139	2 586	855	5,7	773
Mai	r) 45 901	r) + 0,7	34 728	+ 0,8	9 413	24 371	687	4 228	149	142	2 544	829	5,5	767
Juni	r) 45 964	r) + 0,7	34 709	+ 0,8	9 404	24 357	690	4 266	162	156	2 555	833	5,5	769
Juli	r) 45 926	r) + 0,7	34 584	+ 0,8	9 382	24 261	687	4 279	113	107	2 617	878	5,7	772
Aug.	r) 45 904	r) + 0,5	34 804	+ 0,7	9 429	24 433	685	4 221	113	107	2 696	910	5,8	771
Sept.	r) 46 080	r) + 0,4	35 089	+ 0,5	9 500	24 641	684	4 186	158	152	2 627	869	5,7	761
Okt.	r) 46 173	r) + 0,4	35 117	+ 0,6	9 490	24 686	686	4 181	183	177	2 607	861	5,7	749
Nov.	r) 46 191	r) + 0,4	35 126	+ 0,7	9 473	24 719	688	4 195	181	174	2 606	865	5,6	733
Dez.	r) 46 063	r) + 0,4	34 915	+ 0,6	9 401	24 637	648	4 197	395	148	2 637	896	5,7	713
2024 Jan.	r) 45 695	r) + 0,3	34 754	+ 0,6	9 359	24 528	635	4 138	540	189	2 805	1 006	6,1	699
Febr.	r) 45 710	r) + 0,2	34 770	+ 0,5	9 359	24 548	625	4 141	485	201	2 814	1 015	6,1	706
März	r) 45 786	r) + 0,2	34 810	+ 0,4	9 360	24 591	615	4 169	379	210	2 769	977	6,0	707
April	r) 45 883	r) + 0,2	34 863	+ 0,5	9 362	24 633	618	4 190	224	215	2 750	949	6,0	701
Mai	r) 45 986	r) + 0,2	34 886	+ 0,5	9 354	24 661	615	4 222	200	191	2 723	930	5,8	702
Juni	r) 46 007	r) + 0,1	34 837	+ 0,4	9 336	24 635	611	4 250	213	204	2 727	937	5,8	701
Juli	r) 45 964	r) + 0,1	34 729	+ 0,4	9 313	24 551	613	4 253	203	194	2 809	989	6,0	703
Aug.	r) 45 925	r) + 0,0	34 918	+ 0,3	9 353	24 702	606	4 192	174	165	2 872	1 021	6,1	699
Sept.	r) 46 093	r) + 0,0	35 220	+ 0,4	9 418	24 929	612	4 145	226	217	2 806	985	6,0	696
Okt.	r) 46 195	r) + 0,0	35 237	+ 0,3	9 394	24 978	613	4 137	269	259	2 791	974	6,0	689
Nov.	r) 46 205	r) + 0,0	35 222	+ 0,3	9 369	25 004	606	4 152	275	266	2 774	973	5,9	668
Dez.	r) 46 067	r) + 0,0	35 018	+ 0,3	9 300	24 920	569	4 150	389	211	2 807	1 003	6,0	654
2025 Jan.	r) 45 684	r) − 0,0	34 822	+ 0,2	9 240	24 791	558	4 097	586	277	2 993	1 127	6,4	632
Febr.	r) 45 703	r) − 0,0	34 844	+ 0,2	9 233	24 821	554	4 099	582	270	2 989	1 128	6,4	639
März	r) 45 757	r) − 0,1	34 888	+ 0,2	9 234	24 855	555	4 111	419	264	2 967	1 104	6,4	643
April	r) 45 851	r) − 0,1	34 906	+ 0,1	9 221	24 878	557	4 140	247	233	2 932	1 077	6,3	646
Mai	r) 45 913	r) − 0,2	34 903	+ 0,0	9 206	24 890	551	4 167	241	227	2 919	1 062	6,2	634
Juni	r) 45 935	r) − 0,2	34 885	+ 0,1	9 194	24 876	560	4 185	210	195	2 914	1 062	6,2	632
Juli	r) 45 881	r) − 0,2	34 762	+ 0,1	9 163	24 786	561	4 188	202	187	2 979	1 117	6,3	628
Aug.	r) 45 818	r) − 0,2	34 918	− 0,0	9 194	24 916	554	4 126	179	164	3 025	1 141	6,4	631
Sept.	r) 45 978	r) − 0,2	35 216	− 0,0	9 253	25 138	563	4 082	195	181	2 955	1 108	6,3	630
Okt.	r) 46 067	r) − 0,3	35 219	− 0,1	9 231	25 174	561	4 070	207	192	2 911	1 083	6,2	623
Nov.	r) 46 052	r) − 0,3	35 191	− 0,1	9 204	25 188	555	4 080	202	187	2 885	1 079	6,1	624
Dez.	r) 45 900	r) − 0,4	34 986	− 0,1	9 131	25 101	524	4 073	297	142	2 908	1 104	6,2	619
2026 Jan.	r) 45 501	r) − 0,4	34 760	− 0,2	9 076	24 938	515	4 019	498	144	3 085	1 227	6,6	598
Febr.	r) 45 501	r) − 0,4	7) 34 759	7) − 0,2	7) 9 067	7) 24 946	7) 513	7) 4 013	...	7) 151	3 070	1 228	6,5	638
März	r) 45 572	r) − 0,4	7) 34 823	7) − 0,2	7) 9 077	7) 24 982	7) 524	7) 4 027	...	7) 150	3 021	1 195	6,4	638
April	r) 45 650	r) − 0,4	7) 34 842	7) − 0,2	7) 9 067	7) 25 005	7) 524	7) 4 044	...	7) 142	3 008	1 176	6,4	641
Mai	r) 45 703	r) − 0,5	7) 34 833	7) − 0,2	7) 9 052	7) 25 006	7) 524	7) 4 066	...	7) 126	2 950	1 145	9) 6,3	643
Juni	8) 45 710	8) − 0,5	...	...	...	...	...	...	...	...	2 936	1 140	6,2	648
Juli	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	3 007	1 197	6,4	653

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitte. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Anzahl innerhalb eines Monats. 4 Stand zur Monatsmitte. 5 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 6 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 7 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2024 und 2025 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,1 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 0,2 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 23,6 % von den endgültigen Angaben ab. 8 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamtes. 9 Ab Mai 2026 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Harmonisierter Verbraucherpreisindex						nachrichtlich: Verbraucherpreisindex (nationale Abgrenzung)	Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel	
		davon				darunter:						
	insgesamt 1)	Nahrungsmittel 2)	Industrieerzeugnisse ohne Energie	Energie	Dienstleistungen	Tatsächliche Mietzahlungen					Ausfuhr	Einfuhr
	2025 = 100						2020 = 100	2021 = 100		2020 = 100	2021=100	
	Indexstand											
2022	89,99	84,85	92,42	100,64	88,04	93,99	110,2	116,6	129,8	141,0	113,5	121,8
2023	95,41	94,77	97,65	105,72	92,26	95,89	116,7	126,7	130,1	141,3	114,2	113,9
2024	97,79	97,39	99,05	102,34	96,25	97,94	119,3	130,8	127,7	139,2	114,5	112,5
2025	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	121,9	135,2	126,2	4) 139,6	115,7	112,2
2024 Sept.	98,34	97,65	99,17	99,94	97,78	98,33	119,7		127,5	136,9	114,5	111,8
Okt.	98,68	98,43	99,60	100,34	97,91	98,50	120,2		127,7	138,4	114,8	112,5
Nov.	98,06	98,57	99,75	100,15	96,47	98,63	119,9	132,0	128,4	140,4	115,2	113,5
Dez.	98,66	98,77	100,07	100,24	97,50	98,75	120,5		128,3	142,1	115,5	113,9
2025 Jan.	98,47	98,51	99,29	101,60	97,39	98,98	120,3		128,2	141,5	116,3	115,2
Febr.	98,95	99,40	99,24	102,08	98,03	99,16	120,8	133,8	128,0	143,7	116,7	115,5
März	99,32	99,69	99,96	100,47	98,59	99,32	121,2		127,1	143,4	116,2	114,3
April	99,80	100,03	100,08	99,97	99,52	99,62	121,7		126,3	146,8	115,6	112,3
Mai	99,88	100,14	100,14	99,54	99,70	99,83	121,8	134,9	126,0	147,4	115,6	111,5
Juni	99,97	99,78	99,89	99,47	100,18	99,95	121,8		126,1	144,9	115,5	111,5
Juli	100,35	100,01	99,71	99,80	100,95	100,15	122,2		126,0	145,2	115,3	111,0
Aug.	100,42	100,30	99,65	99,43	101,12	100,28	122,3	135,6	125,4	142,1	115,2	110,5
Sept.	100,65	100,51	100,35	99,22	101,14	100,42	122,6		125,3	139,9	115,2	110,7
Okt.	100,95	100,48	100,78	99,46	101,51	100,57	123,0		125,4	4) 136,0	115,4	110,9
Nov.	100,56	100,60	100,67	100,05	100,57	100,78	122,7	136,3	125,4	132,4	115,6	111,4
Dez.	100,67	100,56	100,26	98,92	101,29	100,96	122,7		125,1	130,3	115,5	111,3
2026 Jan.	100,56	101,40	99,88	99,67	100,84	101,17	122,8		124,4	127,3	116,5	112,5
Febr.	100,94	101,53	100,11	99,79	101,44	101,37	123,1	138,4	123,8	128,1	116,6	112,8
März	102,10	101,77	100,83	106,75	102,08	101,50	124,5		126,9	130,8	117,9	116,9
April	102,66	102,23	101,08	108,88	102,55	101,70	125,2		128,4	128,8	118,9	118,3
Mai	102,54	101,69	101,36	105,06	103,04	101,88	125,0	141,9	128,8	126,9	119,5	119,1
Juni	102,32	101,20	101,01	102,11	103,51	102,03	124,6		128,4	124,7	119,6	118,3
Juli	103,20	101,30	101,20	107,12	104,27	102,29	125,6		...	...	...	...
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2022	+ 8,7	+ 10,6	+ 5,7	+ 34,7	+ 2,9	+ 1,7	+ 6,9	+ 16,6	+ 29,8	+ 31,9	+ 13,5	+ 21,8
2023	+ 6,0	+ 11,7	+ 5,7	+ 5,1	+ 4,8	+ 2,0	+ 5,9	+ 8,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	− 6,5
2024	+ 2,5	+ 2,8	+ 1,4	− 3,2	+ 4,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,2	− 1,8	− 1,5	+ 0,3	− 1,2
2025	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,0	− 2,3	+ 3,9	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,3	− 1,2	4) + 0,3	+ 1,0	− 0,3
2024 Sept.	+ 1,9	+ 2,5	+ 0,8	− 7,5	+ 4,4	+ 2,1	+ 1,6		− 1,4	− 0,1	+ 0,4	− 1,3
Okt.	+ 2,4	+ 3,3	+ 0,8	− 5,4	+ 4,8	+ 2,1	+ 2,0		− 1,1	+ 2,5	+ 0,6	− 0,8
Nov.	+ 2,4	+ 3,0	+ 1,0	− 3,6	+ 4,5	+ 2,2	+ 2,2	+ 3,4	+ 0,1	+ 3,7	+ 1,2	+ 0,6
Dez.	+ 2,8	+ 3,2	+ 1,3	− 1,5	+ 4,7	+ 2,1	+ 2,6		+ 0,8	+ 3,5	+ 1,8	+ 2,0
2025 Jan.	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,2	− 1,3	+ 5,1	+ 2,0	+ 2,3		+ 0,5	+ 2,2	+ 2,4	+ 3,1
Febr.	+ 2,6	+ 2,9	+ 0,7	− 1,3	+ 4,7	+ 2,0	+ 2,3	+ 3,3	+ 0,7	+ 2,7	+ 2,5	+ 3,6
März	+ 2,3	+ 3,3	+ 0,9	− 2,6	+ 4,1	+ 2,0	+ 2,2		− 0,2	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,1
April	+ 2,2	+ 3,1	+ 0,8	− 5,3	+ 4,5	+ 2,0	+ 2,1		− 0,9	+ 3,2	+ 1,0	− 0,4
Mai	+ 2,1	+ 3,4	+ 1,0	− 4,5	+ 3,8	+ 2,1	+ 2,1	+ 3,5	− 1,2	+ 2,3	+ 1,0	− 1,1
Juni	+ 2,0	+ 2,7	+ 0,9	− 3,4	+ 3,6	+ 2,1	+ 2,0		− 1,3	− 1,1	+ 0,7	− 1,4
Juli	+ 1,9	+ 2,8	+ 1,3	− 3,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 2,0		− 1,5	− 0,2	+ 0,6	− 1,4
Aug.	+ 2,0	+ 3,1	+ 1,3	− 2,3	+ 3,0	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,2	− 2,2	+ 2,2	+ 0,5	− 1,5
Sept.	+ 2,3	+ 2,9	+ 1,2	− 0,7	+ 3,4	+ 2,1	+ 2,4		− 1,7	+ 2,2	+ 0,6	− 1,0
Okt.	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,2	− 0,9	+ 3,7	+ 2,1	+ 2,3		− 1,8	4) − 1,7	+ 0,5	− 1,4
Nov.	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,9	− 0,1	+ 4,3	+ 2,2	+ 2,3	+ 3,3	− 2,3	− 5,7	+ 0,3	− 1,9
Dez.	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,2	− 1,3	+ 3,9	+ 2,2	+ 1,8		− 2,5	− 8,3	± 0,0	− 2,3
2026 Jan.	+ 2,1	+ 2,9	+ 0,6	− 1,9	+ 3,5	+ 2,2	+ 2,1		− 3,0	− 10,0	+ 0,2	− 2,3
Febr.	+ 2,0	+ 2,1	+ 0,9	− 2,2	+ 3,5	+ 2,2	+ 1,9	+ 3,4	− 3,3	− 10,9	− 0,1	− 2,3
März	+ 2,8	+ 2,1	+ 0,9	+ 6,3	+ 3,5	+ 2,2	+ 2,7		− 0,2	− 8,8	+ 1,5	+ 2,3
April	+ 2,9	+ 2,2	+ 1,0	+ 8,9	+ 3,0	+ 2,1	+ 2,9		+ 1,7	− 12,3	+ 2,9	+ 5,3
Mai	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,2	+ 5,5	+ 3,4	+ 2,1	+ 2,6	+ 5,2	+ 2,2	− 13,9	+ 3,4	+ 6,8
Juni	+ 2,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 2,7	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,3		+ 1,8	− 13,9	+ 3,5	+ 6,1
Juli	+ 2,8	+ 1,3	+ 1,5	+ 7,3	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,8		...	...	...	...

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. **1** Letzter Datenpunkt basiert zeitweise auf eigenen Schätzungen der Deutschen Bundesbank. **2** Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabakwaren. **3** Ohne Umsatzsteuer. **4** Ab Oktober 2025 vorläufig.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2018	1 506,9	5,0	1 020,0	4,9	458,6	3,0	1 478,5	4,3	2 031,6	3,8	223,1	9,3	11,0
2019	1 573,0	4,4	1 069,9	4,9	479,1	4,5	1 548,9	4,8	2 083,6	2,6	218,5	– 2,1	10,5
2020	1 562,2	– 0,7	1 066,6	– 0,3	521,4	8,8	1 587,9	2,5	2 082,7	– 0,0	333,9	52,8	16,0
2021	1 620,5	3,7	1 111,1	4,2	534,8	2,6	1 645,9	3,6	2 146,8	3,1	305,1	– 8,6	14,2
2022	1 718,3	6,0	1 174,3	5,7	542,5	1,5	1 716,8	4,3	2 333,5	8,7	239,5	– 21,5	10,3
2023	1 845,7	7,4	1 284,7	9,4	580,2	6,9	1 864,9	8,6	2 475,9	6,1	257,4	7,5	10,4
2024	1 947,2	5,5	1 355,5	5,5	621,4	7,1	1 976,9	6,0	2 572,3	3,9	289,4	12,4	11,2
2025	2 036,3	4,6	1 406,7	3,8	648,4	4,4	2 055,2	4,0	2 644,9	2,8	272,4	– 5,9	10,3
2024 4.Vj.	535,6	4,6	372,7	4,2	155,8	6,9	528,5	5,0	658,8	3,8	68,6	9,2	10,4
2025 1.Vj.	479,9	4,4	331,8	3,2	163,0	5,2	494,8	3,9	653,3	2,8	82,6	– 3,5	12,6
2.Vj.	492,3	4,7	333,7	4,2	159,4	4,5	493,2	4,3	651,2	2,9	62,9	– 8,0	9,7
3.Vj.	505,6	4,9	356,0	4,4	163,9	3,7	519,9	4,2	661,6	2,6	62,9	– 5,8	9,5
4.Vj.	558,6	4,3	385,3	3,4	162,1	4,0	547,3	3,6	678,8	3,0	64,0	– 6,7	9,4
2026 1.Vj.	499,0	4,0	344,6	3,9	170,5	4,6	515,1	4,1	674,6	3,3	84,8	2,6	12,6

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2026. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. **1** Inländerkonzept. **2** Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. **3** Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. **4** Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene monetäre Sozialleistungen. **5** Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **6** Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **7** Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
	2020=100	% gegen Vorjahr	2020=100	% gegen Vorjahr	2020=100	% gegen Vorjahr	2020=100	% gegen Vorjahr	2020=100	% gegen Vorjahr
2018	94,9	3,0	95,0	3,0	95,2	2,8	95,5	2,8	97,2	3,3
2019	97,7	3,0	97,8	3,0	97,9	2,9	97,9	2,5	100,2	3,1
2020	100,0	2,3	100,0	2,3	100,0	2,1	100,0	2,1	100,0	– 0,2
2021	101,5	1,5	101,5	1,5	101,6	1,6	101,5	1,5	103,3	3,3
2022	104,2	2,6	104,1	2,6	103,8	2,2	103,6	2,0	107,8	4,4
2023	108,5	4,1	108,3	4,1	106,7	2,8	106,3	2,7	114,8	6,4
2024	115,3	6,3	115,1	6,2	112,1	5,1	111,7	5,0	120,7	5,2
2025	118,0	2,4	117,8	2,4	118,1	5,4	118,0	5,7	126,1	4,5
2025 1.Vj.	109,4	1,0	109,2	0,9	108,9	6,7	115,9	6,7	119,4	4,2
2.Vj.	110,4	5,9	110,2	5,8	110,6	6,8	118,2	6,8	122,0	4,5
3.Vj.	122,2	0,0	121,9	– 0,0	122,4	4,8	118,8	5,1	125,3	4,9
4.Vj.	130,2	3,0	130,0	3,0	130,5	3,6	119,1	4,1	137,9	4,4
2026 1.Vj.	112,6	2,9	112,3	2,8	112,7	3,5	119,7	3,3	124,5	4,3
2.Vj.	113,3	2,6	113,0	2,6	113,4	2,5	121,4	2,6	.	.
2025 Dez.	112,7	3,3	112,5	3,3	112,9	3,9	119,1	3,8	.	.
2026 Jan.	111,3	3,9	111,1	3,9	111,5	3,8	119,6	3,9	.	.
Febr.	115,0	1,9	114,8	1,9	115,2	4,0	119,7	3,0	.	.
März	111,3	2,9	111,1	2,8	111,5	2,8	119,7	2,9	.	.
April	113,3	2,7	113,0	2,7	113,4	2,6	121,0	2,6	.	.
Mai	113,5	2,5	113,3	2,4	113,7	2,4	121,5	2,7	.	.
Juni	113,1	2,7	112,8	2,6	113,3	2,6	121,6	2,7	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. **2** Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonderzahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). **3** Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2026.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Stand am Jahres- bzw. Halbjahresende

Zeit	Aktiva								Passiva						
			darunter:			darunter:				Schulden					
											langfristig		kurzfristig		
														darunter:	
	Bilanzsumme	langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel 1)	Eigenkapital	insgesamt	zusammen	darunter Finanzschulden	zusammen	Finanzschulden	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
	Insgesamt (Mrd €)														
2022	3 459,1	2 076,6	718,0	804,1	1 382,6	323,4	250,1	235,3	1 141,4	2 317,8	1 208,6	748,7	1 109,2	294,5	273,0
2023	3 321,0	2 044,4	700,1	825,2	1 276,6	321,8	241,9	239,7	1 146,0	2 175,0	1 149,9	749,1	1 025,0	295,9	261,8
2024	3 430,0	2 160,1	729,5	892,6	1 269,9	330,0	235,3	248,4	1 189,0	2 241,1	1 199,6	810,5	1 041,4	312,2	255,0
2025 p)	3 388,0	2 128,6	705,1	891,4	1 259,4	317,5	225,1	244,5	1 195,3	2 192,8	1 165,1	797,3	1 027,7	314,1	245,8
2023 2.Hj.	3 321,0	2 044,4	700,1	825,2	1 276,6	321,8	241,9	239,7	1 146,0	2 175,0	1 149,9	749,1	1 025,0	295,9	261,8
2024 1.Hj.	3 385,6	2 088,0	712,2	848,0	1 297,6	350,6	248,9	224,2	1 148,2	2 237,4	1 175,9	786,8	1 061,5	336,8	257,9
2.Hj.	3 430,0	2 160,1	729,5	892,6	1 269,9	330,0	235,3	248,4	1 189,0	2 241,1	1 199,6	810,5	1 041,4	312,2	255,0
2025 1.Hj.	3 332,6	2 078,7	695,2	861,2	1 253,9	334,8	234,2	212,2	1 142,3	2 190,3	1 148,5	778,3	1 041,8	336,2	239,9
2.Hj. p)	3 388,0	2 128,6	705,1	891,4	1 259,4	317,5	225,1	244,5	1 195,3	2 192,8	1 165,1	797,3	1 027,7	314,1	245,8
	in % der Bilanzsumme														
2022	100,0	60,0	20,8	23,3	40,0	9,4	7,2	6,8	33,0	67,0	34,9	21,6	32,1	8,5	7,9
2023	100,0	61,6	21,1	24,9	38,4	9,7	7,3	7,2	34,5	65,5	34,6	22,6	30,9	8,9	7,9
2024	100,0	63,0	21,3	26,0	37,0	9,6	6,9	7,2	34,7	65,3	35,0	23,6	30,4	9,1	7,4
2025 p)	100,0	62,8	20,8	26,3	37,2	9,4	6,6	7,2	35,3	64,7	34,4	23,5	30,3	9,3	7,3
2023 2.Hj.	100,0	61,6	21,1	24,9	38,4	9,7	7,3	7,2	34,5	65,5	34,6	22,6	30,9	8,9	7,9
2024 1.Hj.	100,0	61,7	21,0	25,1	38,3	10,4	7,4	6,6	33,9	66,1	34,7	23,2	31,4	10,0	7,6
2.Hj.	100,0	63,0	21,3	26,0	37,0	9,6	6,9	7,2	34,7	65,3	35,0	23,6	30,4	9,1	7,4
2025 1.Hj.	100,0	62,4	20,9	25,8	37,6	10,0	7,0	6,4	34,3	65,7	34,5	23,4	31,3	10,1	7,2
2.Hj. p)	100,0	62,8	20,8	26,3	37,2	9,4	6,6	7,2	35,3	64,7	34,4	23,5	30,3	9,3	7,3
	Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) 2)														
2022	2 759,6	1 556,0	465,6	593,0	1 203,6	305,3	196,9	183,1	887,7	1 871,9	924,4	525,3	947,5	256,1	219,0
2023	2 621,7	1 516,8	447,1	608,7	1 104,8	302,5	189,2	197,0	889,4	1 732,3	862,0	524,6	870,3	261,1	211,1
2024	2 688,1	1 600,0	456,8	665,6	1 088,2	309,0	181,0	197,3	919,6	1 768,5	897,3	572,9	871,2	275,2	200,1
2025 p)	2 683,4	1 601,0	455,9	675,2	1 082,4	297,8	172,0	202,0	940,9	1 742,6	881,4	572,6	861,2	277,8	195,1
2023 2.Hj.	2 621,7	1 516,8	447,1	608,7	1 104,8	302,5	189,2	197,0	889,4	1 732,3	862,0	524,6	870,3	261,1	211,1
2024 1.Hj.	2 672,9	1 552,3	454,6	629,2	1 120,7	330,1	195,6	181,7	900,6	1 772,3	884,7	559,7	887,6	295,0	204,9
2.Hj.	2 688,1	1 600,0	456,8	665,6	1 088,2	309,0	181,0	197,3	919,6	1 768,5	897,3	572,9	871,2	275,2	200,1
2025 1.Hj.	2 644,0	1 565,2	450,0	651,3	1 078,8	315,6	183,8	167,8	899,9	1 744,1	869,2	558,7	874,8	295,4	192,6
2.Hj. p)	2 683,4	1 601,0	455,9	675,2	1 082,4	297,8	172,0	202,0	940,9	1 742,6	881,4	572,6	861,2	277,8	195,1
	in % der Bilanzsumme														
2022	100,0	56,4	16,9	21,5	43,6	11,1	7,1	6,6	32,2	67,8	33,5	19,0	34,3	9,3	7,9
2023	100,0	57,9	17,1	23,2	42,1	11,5	7,2	7,5	33,9	66,1	32,9	20,0	33,2	10,0	8,1
2024	100,0	59,5	17,0	24,8	40,5	11,5	6,7	7,3	34,2	65,8	33,4	21,3	32,4	10,2	7,4
2025 p)	100,0	59,7	17,0	25,2	40,3	11,1	6,4	7,5	35,1	64,9	32,9	21,3	32,1	10,4	7,3
2023 2.Hj.	100,0	57,9	17,1	23,2	42,1	11,5	7,2	7,5	33,9	66,1	32,9	20,0	33,2	10,0	8,1
2024 1.Hj.	100,0	58,1	17,0	23,5	41,9	12,4	7,3	6,8	33,7	66,3	33,1	20,9	33,2	11,0	7,7
2.Hj.	100,0	59,5	17,0	24,8	40,5	11,5	6,7	7,3	34,2	65,8	33,4	21,3	32,4	10,2	7,4
2025 1.Hj.	100,0	59,2	17,0	24,6	40,8	11,9	7,0	6,4	34,0	66,0	32,9	21,1	33,1	11,2	7,3
2.Hj. p)	100,0	59,7	17,0	25,2	40,3	11,1	6,4	7,5	35,1	64,9	32,9	21,3	32,1	10,4	7,3
	Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)														
2022	699,5	520,6	252,3	211,1	179,0	18,1	53,2	52,2	253,7	445,8	284,2	223,4	161,6	38,5	54,0
2023	699,3	527,5	253,0	216,4	171,8	19,2	52,8	42,7	256,7	442,7	287,9	224,6	154,7	34,8	50,6
2024	741,9	560,2	272,7	227,0	181,8	21,1	54,3	51,1	269,4	472,5	302,3	237,5	170,2	37,0	54,8
2025 p)	704,6	527,6	249,2	216,1	177,0	19,7	53,1	42,6	254,4	450,2	283,7	224,7	166,5	36,3	50,7
2023 2.Hj.	699,3	527,5	253,0	216,4	171,8	19,2	52,8	42,7	256,7	442,7	287,9	224,6	154,7	34,8	50,6
2024 1.Hj.	712,7	535,7	257,6	218,9	177,0	20,5	53,4	42,5	247,6	465,1	291,3	227,0	173,8	41,8	52,9
2.Hj.	741,9	560,2	272,7	227,0	181,8	21,1	54,3	51,1	269,4	472,5	302,3	237,5	170,2	37,0	54,8
2025 1.Hj.	688,6	513,5	245,2	209,9	175,1	19,1	50,4	44,3	242,4	446,2	279,3	219,6	167,0	40,7	47,3
2.Hj. p)	704,6	527,6	249,2	216,1	177,0	19,7	53,1	42,6	254,4	450,2	283,7	224,7	166,5	36,3	50,7
	in % der Bilanzsumme														
2022	100,0	74,4	36,1	30,2	25,6	2,6	7,6	7,5	36,3	63,7	40,6	31,9	23,1	5,5	7,7
2023	100,0	75,4	36,2	31,0	24,6	2,8	7,6	6,1	36,7	63,3	41,2	32,1	22,1	5,0	7,2
2024	100,0	75,5	36,8	30,6	24,5	2,8	7,3	6,9	36,3	63,7	40,8	32,0	22,9	5,0	7,4
2025 p)	100,0	74,9	35,4	30,7	25,1	2,8	7,5	6,0	36,1	63,9	40,3	31,9	23,6	5,2	7,2
2023 2.Hj.	100,0	75,4	36,2	31,0	24,6	2,8	7,6	6,1	36,7	63,3	41,2	32,1	22,1	5,0	7,2
2024 1.Hj.	100,0	75,2	36,1	30,7	24,8	2,9	7,5	6,0	34,7	65,3	40,9	31,9	24,4	5,9	7,4
2.Hj.	100,0	75,5	36,8	30,6	24,5	2,8	7,3	6,9	36,3	63,7	40,8	32,0	22,9	5,0	7,4
2025 1.Hj.	100,0	74,6	35,6	30,5	25,4	2,8	7,3	6,4	35,2	64,8	40,6	31,9	24,3	5,9	6,9
2.Hj. p)	100,0	74,9	35,4	30,7	25,1	2,8	7,5	6,0	36,1	63,9	40,3	31,9	23,6	5,2	7,2

***** Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. **1** Einschl. Zahlungsmitteläquivalenten. **2** Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Zeit	Umsatz		EBITDA 1)		EBITDA 1) in % des Umsatzes					EBIT 2)		EBIT 2) in % des Umsatzes				
					Gewogener Durchschnitt		Verteilung 3)					Gewogener Durchschnitt		Verteilung 3)		
							1.Quartil	Median	3.Quartil					1.Quartil	Median	3.Quartil
	Mrd € 4)	Veränderung gegen Vorjahr in % 5)	Mrd € 4)	Veränderung gegen Vorjahr in % 5)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 5)	%	%	%	Mrd € 4)	Veränderung gegen Vorjahr in % 5)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 5)	%	%	%
Insgesamt																
2019	1 762,2	3,3	254,9	3,1	14,5	– 0,0	6,8	12,1	19,0	110,0	– 15,4	6,2	– 0,0	1,9	5,5	11,1
2020	1 612,8	– 8,6	229,4	– 12,6	14,2	– 0,6	5,9	11,4	18,1	52,5	– 53,5	3,3	– 0,6	– 1,9	4,8	10,3
2021	1 960,1	20,2	323,4	40,1	16,5	2,4	7,8	13,6	20,8	173,8	237,5	8,9	2,4	2,5	8,0	12,8
2022	2 425,9	21,0	347,5	3,0	14,3	– 2,4	7,2	12,1	17,9	177,2	– 6,5	7,3	– 2,4	1,5	6,1	11,0
2023	2 227,9	– 7,5	342,9	2,0	15,4	1,4	6,7	11,7	17,6	175,7	4,3	7,9	1,4	1,8	6,6	10,8
2024	2 194,3	– 2,4	346,5	0,7	15,8	0,5	6,6	12,2	17,9	178,8	0,4	8,2	0,5	0,5	5,7	10,6
2025 p)	2 108,7	– 1,4	325,6	– 5,0	15,4	– 0,6	6,2	10,2	17,3	155,1	– 12,5	7,4	– 0,6	0,8	4,9	9,9
2021 1.Hj.	917,1	19,0	168,7	82,8	18,4	6,4	7,3	13,1	19,6	94,1	.	10,3	9,1	1,9	7,6	12,7
2.Hj.	1 070,3	21,2	157,2	12,0	14,7	– 1,2	7,6	13,0	21,7	80,4	89,4	7,5	2,8	2,5	7,6	12,9
2022 1.Hj.	1 145,7	23,5	184,3	3,2	16,1	– 3,0	6,4	11,6	18,7	101,4	– 2,2	8,9	– 2,1	1,5	6,8	11,7
2.Hj.	1 281,9	18,9	163,3	2,7	12,7	– 2,0	4,7	11,6	18,3	75,9	– 11,6	5,9	– 1,9	0,2	6,5	11,7
2023 1.Hj.	1 113,2	– 2,7	189,8	8,2	17,1	1,7	6,5	11,1	16,8	109,2	16,9	9,8	1,7	1,6	6,1	10,5
2.Hj.	1 126,5	– 11,9	155,0	– 4,7	13,8	1,0	6,5	12,3	18,3	67,3	– 11,3	6,0	0,0	0,8	6,2	12,3
2024 1.Hj.	1 074,0	– 3,8	175,8	– 7,0	16,4	– 0,6	6,2	11,2	16,9	96,8	– 11,5	9,0	– 0,8	1,6	6,0	10,4
2.Hj.	1 125,8	– 1,1	170,9	10,0	15,2	1,5	6,3	11,5	19,3	81,6	19,3	7,3	1,3	0,0	5,8	11,3
2025 1.Hj.	1 046,5	0,1	163,5	– 6,2	15,6	– 1,0	5,9	10,2	17,0	82,6	– 14,0	7,9	– 1,3	0,3	4,9	9,8
2.Hj. p)	1 073,3	– 2,8	163,0	– 3,9	15,2	– 0,2	6,1	10,8	18,4	72,7	– 10,8	6,8	– 0,6	0,7	5,1	11,2
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 6)																
2019	1 407,8	2,8	190,1	– 1,1	13,5	– 0,5	6,9	11,2	16,9	80,6	– 21,8	5,7	– 0,5	1,7	5,5	10,3
2020	1 265,1	– 9,3	162,8	– 14,3	12,9	– 0,7	4,1	10,2	16,3	30,6	– 63,4	2,4	– 0,7	– 1,9	4,1	7,9
2021	1 552,7	22,2	232,3	44,4	15,0	2,3	8,1	13,0	18,2	129,4	350,1	8,3	2,3	2,5	7,7	11,7
2022	1 953,5	22,0	245,6	– 1,0	12,6	– 2,8	7,2	11,5	16,2	125,1	– 15,6	6,4	– 2,8	1,8	6,1	10,6
2023	1 783,0	– 8,1	255,4	8,1	14,3	2,2	7,1	11,3	15,8	133,2	13,2	7,5	2,2	1,9	6,6	10,3
2024	1 695,0	– 4,4	247,9	– 2,6	14,6	0,3	6,5	12,2	17,8	123,0	– 7,8	7,3	0,3	0,8	5,8	10,5
2025 p)	1 628,0	– 2,6	222,7	– 9,1	13,7	– 1,0	6,0	10,6	16,4	97,1	– 20,0	6,0	– 1,0	0,4	4,8	9,8
2021 1.Hj.	726,2	22,3	126,2	107,3	17,4	7,1	7,9	13,3	18,1	74,6	.	10,3	10,0	3,1	7,9	12,3
2.Hj.	852,6	22,0	108,4	6,8	12,7	– 1,8	7,4	12,2	18,9	55,6	105,2	6,5	2,7	2,5	6,5	11,7
2022 1.Hj.	917,5	24,1	132,3	– 3,4	14,4	– 3,8	8,0	11,6	17,0	74,3	– 12,7	8,1	– 3,1	2,2	6,9	11,3
2.Hj.	1 037,8	20,2	113,4	1,8	10,9	– 2,0	4,4	10,8	16,2	50,8	– 19,5	4,9	– 2,2	0,8	6,0	10,0
2023 1.Hj.	893,1	– 2,7	145,9	17,1	16,3	2,8	7,6	11,7	16,3	86,9	29,3	9,7	2,4	2,1	6,6	10,4
2.Hj.	891,7	– 13,0	109,7	– 1,8	12,3	1,4	6,3	11,6	16,7	46,3	– 8,0	5,2	0,3	0,6	6,2	11,7
2024 1.Hj.	835,5	– 5,5	133,7	– 7,8	16,0	– 0,4	7,7	11,6	16,9	76,9	– 11,6	9,2	– 0,6	2,3	6,8	10,3
2.Hj.	863,8	– 3,3	114,2	4,2	13,2	1,0	4,9	10,9	17,4	45,6	– 0,7	5,3	0,1	– 1,2	5,6	10,9
2025 1.Hj.	813,0	– 1,1	113,8	– 14,1	14,0	– 2,1	6,2	11,1	16,5	54,8	– 27,9	6,7	– 2,5	0,8	5,6	9,5
2.Hj. p)	825,1	– 4,0	109,9	– 3,2	13,3	0,1	5,6	10,8	16,9	42,5	– 6,7	5,2	– 0,2	– 0,1	5,0	11,0
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor																
2019	354,4	5,1	64,9	17,5	18,3	1,9	6,6	13,7	23,8	29,3	10,0	8,3	1,9	2,1	6,4	15,0
2020	347,7	– 5,7	66,6	– 7,4	19,2	– 0,4	7,7	13,4	21,4	21,9	– 26,2	6,3	– 0,4	– 0,3	6,4	10,9
2021	407,4	12,9	91,1	29,9	22,4	2,9	7,7	15,5	23,9	44,4	94,2	10,9	2,9	2,9	9,2	14,6
2022	472,4	17,1	101,9	13,3	21,6	– 0,7	6,3	13,8	21,4	52,2	20,3	11,0	– 0,7	0,1	6,5	13,5
2023	444,9	– 5,0	87,6	– 12,4	19,7	– 1,6	5,6	12,5	20,9	42,5	– 16,4	9,6	– 1,6	0,4	6,3	11,5
2024	499,4	4,8	98,6	9,8	19,8	0,9	6,7	12,0	18,6	55,8	24,8	11,2	0,9	0,3	5,5	10,6
2025 p)	480,7	2,8	102,9	5,1	21,4	0,5	6,2	9,6	18,8	58,0	3,8	12,1	0,5	1,3	5,3	11,4
2021 1.Hj.	190,9	7,7	42,5	35,2	22,3	4,5	6,4	12,8	24,5	19,6	162,1	10,2	6,1	0,4	6,7	14,3
2.Hj.	217,7	18,0	48,7	25,7	22,4	1,4	8,6	16,5	28,2	24,8	61,3	11,4	3,1	2,6	8,8	16,8
2022 1.Hj.	228,3	21,0	52,0	22,9	22,8	0,4	4,6	11,7	20,8	27,0	38,0	11,8	1,5	– 0,0	5,7	12,9
2.Hj.	244,1	13,7	49,9	4,9	20,4	– 1,7	5,2	14,7	22,1	25,1	6,2	10,3	– 0,8	– 1,4	8,2	15,0
2023 1.Hj.	220,1	– 3,0	43,9	– 13,5	20,0	– 2,4	4,7	9,6	18,1	22,3	– 14,8	10,1	– 1,4	– 1,0	5,3	11,8
2.Hj.	234,9	– 7,0	45,3	– 11,2	19,3	– 0,9	7,0	13,3	23,2	21,0	– 18,1	8,9	– 1,2	0,8	6,2	14,4
2024 1.Hj.	238,5	2,8	42,1	– 4,7	17,6	– 1,4	5,4	8,7	16,9	19,9	– 11,1	8,4	– 1,3	– 0,4	3,4	10,4
2.Hj.	262,0	6,8	56,8	23,7	21,7	3,0	7,6	12,7	21,2	36,0	60,8	13,7	4,6	1,2	5,8	13,9
2025 1.Hj.	233,6	4,5	49,7	19,2	21,3	2,6	4,5	8,5	19,9	27,8	39,3	11,9	3,0	0,3	2,9	10,2
2.Hj. p)	248,3	1,2	53,2	– 5,3	21,4	– 1,5	7,3	11,2	21,6	30,2	– 16,0	12,2	– 2,5	1,9	5,7	13,3

***** Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. **1** Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation - Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen. **2** Earnings before interest and taxes - Ergebnis vor Zinsen und Steuern (operatives Ergebnis). **3** Quantilsangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen der Unternehmensgruppen. **4** Jahreswerte entsprechen nicht zwangsläufig der Summe der Halbjahreswerte. Siehe Qualitätsbericht zur Konzernabschlussstatistik S. 7. **5** Bereinigt um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Qualitätsbericht zur Konzernabschlussstatistik S. 7. **6** Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum *)

Mio €

Position	2023	2024	2025	2025		2026			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	März	April r)	Mai p)
I. Leistungsbilanz	+ 254 735	+ 396 520	+ 270 379	+ 76 846	+ 91 597	+ 56 998	+ 23 057	+ 16 694	− 6 185
1. Warenhandel									
Einnahmen	2 832 006	2 824 769	2 906 222	715 265	733 165	700 089	259 048	252 175	237 608
Ausgaben	2 584 718	2 493 489	2 545 731	627 814	643 628	643 310	238 803	236 881	228 154
Saldo	+ 247 288	+ 331 280	+ 360 491	+ 87 450	+ 89 537	+ 56 778	+ 20 245	+ 15 294	+ 9 454
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	1 406 474	1 530 750	1 561 654	400 945	402 011	377 203	131 486	131 508	134 172
Ausgaben	1 261 862	1 347 422	1 423 352	354 013	373 252	353 216	120 363	115 740	114 178
Saldo	+ 144 612	+ 183 328	+ 138 302	+ 46 933	+ 28 758	+ 23 987	+ 11 123	+ 15 767	+ 19 995
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	1 320 597	1 423 472	1 363 078	307 557	363 242	330 131	117 624	122 780	122 995
Ausgaben	1 292 650	1 373 327	1 409 294	319 146	333 602	297 352	106 055	123 205	145 439
Saldo	+ 27 947	+ 50 145	− 46 217	− 11 589	+ 29 640	+ 32 780	+ 11 569	− 426	− 22 443
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	182 239	195 218	195 933	44 090	51 335	47 942	16 171	16 289	17 463
Ausgaben	347 351	363 451	378 130	90 038	107 673	104 489	36 051	30 230	30 654
Saldo	− 165 112	− 168 234	− 182 197	− 45 948	− 56 338	− 56 547	− 19 880	− 13 941	− 13 191
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 48 640	+ 23 640	+ 27 320	+ 2 225	+ 21 752	+ 10 164	+ 6 457	+ 2 875	+ 1 780
III. Kapitalbilanz 1)	+ 309 785	+ 458 768	+ 327 027	+ 52 956	+ 94 682	+ 32 188	− 3 913	+ 36 826	− 6 587
1. Direktinvestitionen	+ 45 454	+ 224 437	+ 339 879	+ 9 867	+ 212 706	+ 10 644	− 5 590	+ 4 696	+ 4 928
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	− 373 092	+ 158 914	+ 387 411	+ 45 145	+ 209 420	+ 66 318	+ 40 227	+ 21 082	+ 4 374
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	− 418 547	− 65 523	+ 47 532	+ 35 278	− 3 286	+ 55 674	+ 45 817	+ 16 386	− 554
2. Wertpapieranlagen	− 51 813	− 63 055	− 28 942	+ 78 096	− 134 856	− 54 853	− 103 595	+ 10 988	− 4 199
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	+ 488 517	+ 821 757	+ 857 341	+ 281 945	+ 142 644	+ 219 458	− 62 510	+ 46 823	+ 69 578
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 94 262	+ 256 902	+ 240 723	+ 203 848	+ 277 501	+ 274 312	+ 41 085	+ 35 835	+ 73 777
kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 119 291	+ 127 454	+ 56 024	+ 105 695	+ 182 317	+ 75 092	− 44 034	+ 25 357	+ 53 190
langfristige Schuldverschreibungen	+ 274 965	+ 437 401	+ 560 594	+ 169 170	+ 81 023	+ 117 518	+ 6 599	+ 8 098	+ 46 588
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	+ 540 329	+ 884 812	+ 886 283	+ 203 848	+ 277 501	+ 274 312	+ 41 085	+ 35 835	+ 73 777
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 188 573	+ 429 776	+ 474 550	+ 105 695	+ 182 317	+ 75 092	− 44 034	+ 25 357	+ 53 190
kurzfristige Schuldverschreibungen	− 28 176	+ 1 557	+ 76 928	+ 42 180	+ 30 887	− 5 493	+ 12 095	+ 12 012	− 25 137
langfristige Schuldverschreibungen	+ 379 932	+ 453 479	+ 334 806	+ 55 972	+ 64 297	+ 204 712	+ 73 024	− 1 534	+ 45 724
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	+ 8 118	+ 17 058	− 57 430	− 4 415	− 24 321	− 11 394	+ 20 724	+ 14 718	+ 17 364
4. Übriger Kapitalverkehr	+ 320 414	+ 275 653	+ 51 078	− 36 481	+ 32 544	+ 82 065	+ 82 225	+ 9 422	− 30 917
Eurosystem	+ 317 165	+ 40 645	+ 78 782	+ 49 696	− 27 901	+ 27 599	+ 14 560	− 3 632	− 27 886
Staat	− 6 169	− 20 428	− 33 310	− 42 060	+ 32 882	− 17 828	− 8 998	+ 7 969	− 14 041
Monetäre Finanzinstitute 2)	+ 134 529	+ 356 587	+ 146 913	+ 427	+ 55 433	+ 51 267	+ 55 593	− 4 796	+ 43 396
Unternehmen und Privatpersonen	− 125 110	− 101 151	− 141 306	− 44 544	− 27 871	+ 21 026	+ 21 070	+ 9 882	− 32 386
5. Währungsreserven des Euroraums	− 12 389	+ 4 675	+ 22 441	+ 5 888	+ 8 609	+ 5 726	+ 2 322	− 2 999	+ 6 238
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 6 410	+ 38 609	+ 29 328	− 26 114	− 18 667	− 34 974	− 33 428	+ 17 256	− 2 181

***** Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. **1** Zunahme: + / Abnahme: -. **2** Ohne Eurosystem.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensänderungsbilanz [2]	Kapitalbilanz [3]		Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen [4]
	Insgesamt	Warenhandel: Insgesamt	Warenhandel: darunter: Ergänzungen zum Außenhandel, Saldo [1]	Dienstleistungen	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen		Insgesamt	darunter: Währungsreserven	
2011	+ 168 024	+ 164 171	− 8 902	− 30 158	+ 70 344	− 36 334	− 1 070	+ 121 168	+ 2 836	− 45 786
2012	+ 196 398	+ 200 916	− 10 420	− 31 425	+ 67 304	− 40 397	− 2 167	+ 151 672	+ 1 297	− 42 559
2013	+ 187 541	+ 199 951	− 17 770	− 34 257	+ 66 891	− 45 044	− 2 705	+ 225 081	+ 838	+ 40 244
2014	+ 215 931	+ 218 515	− 15 863	− 22 941	+ 61 801	− 41 443	+ 336	+ 231 399	− 2 564	+ 15 132
2015	+ 250 088	+ 245 054	− 18 813	− 16 236	+ 60 039	− 38 770	− 1 769	+ 227 420	− 2 213	− 20 899
2016	+ 284 661	+ 250 397	− 21 830	− 18 346	+ 90 868	− 38 259	− 1 345	+ 269 281	+ 1 686	− 14 034
2017	+ 268 729	+ 257 041	− 12 757	− 21 212	+ 83 864	− 50 964	− 6 479	+ 274 766	− 1 269	+ 12 515
2018	+ 289 187	+ 218 739	− 27 726	− 14 010	+ 134 180	− 49 722	− 3 602	+ 261 114	+ 392	− 24 470
2019	+ 278 477	+ 213 201	− 39 862	− 14 443	+ 130 094	− 50 375	− 4 907	+ 200 831	− 544	− 72 739
2020	+ 218 031	+ 177 742	− 21 461	+ 6 633	+ 87 061	− 53 406	− 10 520	+ 168 954	− 51	− 38 557
2021	+ 254 406	+ 187 660	− 5 281	+ 3 833	+ 122 860	− 59 947	− 3 480	+ 205 068	+ 31 892	− 45 858
2022	+ 162 541	+ 125 694	+ 11 781	− 33 722	+ 138 965	− 68 397	− 20 043	+ 166 354	+ 4 426	+ 23 856
2023	+ 232 441	+ 225 374	− 31 782	− 60 939	+ 134 424	− 66 418	− 23 643	+ 188 133	+ 884	− 20 666
2024	+ 255 115	+ 236 745	− 42 597	− 70 658	+ 158 358	− 69 331	− 22 235	+ 249 383	− 1 440	+ 16 503
2025	+ 202 131	+ 185 243	− 40 190	− 73 520	+ 160 774	− 70 367	− 28 231	+ 282 668	+ 850	+ 108 768
2023 3.Vj.	+ 58 178	+ 57 403	− 8 673	− 23 623	+ 40 000	− 15 603	− 2 604	+ 25 255	− 790	− 30 319
4.Vj.	+ 71 871	+ 61 756	− 10 190	− 11 331	+ 46 280	− 24 834	− 4 069	+ 69 189	+ 355	+ 1 387
2024 1.Vj.	+ 82 028	+ 68 169	− 9 242	− 11 093	+ 39 797	− 14 846	− 8 240	+ 36 324	+ 378	− 37 464
2.Vj.	+ 61 679	+ 67 175	− 10 184	− 19 955	+ 25 027	− 10 568	− 2 567	+ 34 206	+ 746	− 24 906
3.Vj.	+ 55 744	+ 55 937	− 9 105	− 27 558	+ 43 193	− 15 828	− 5 094	+ 84 831	− 890	+ 34 181
4.Vj.	+ 55 665	+ 45 465	− 14 065	− 12 052	+ 50 341	− 28 089	− 6 333	+ 94 023	− 1 674	+ 44 691
2025 1.Vj.	+ 65 321	+ 55 628	− 6 495	− 13 676	+ 39 592	− 16 223	− 8 776	+ 72 946	+ 796	+ 16 401
2.Vj.	+ 41 831	+ 47 561	− 11 753	− 19 640	+ 25 362	− 11 451	− 8 193	+ 98 513	+ 895	+ 64 875
3.Vj.	+ 44 839	+ 45 005	− 9 131	− 25 305	+ 43 686	− 18 547	− 6 624	+ 44 035	− 1 793	+ 5 821
4.Vj.	+ 50 140	+ 37 049	− 12 811	− 14 898	+ 52 135	− 24 146	− 4 638	+ 67 174	+ 953	+ 21 672
2026 1.Vj.	+ 61 779	+ 52 467	− 7 974	− 11 981	+ 41 106	− 19 812	− 163	+ 29 242	+ 632	− 32 374
2.Vj. p)	+ 44 565	+ 47 360	− 8 337	− 19 902	+ 29 777	− 12 670	− 8 567	+ 46 791	− 364	+ 10 792
2024 Jan.	+ 27 025	+ 22 946	− 2 245	− 4 945	+ 13 529	− 4 505	− 6 029	− 632	− 249	− 21 628
Febr.	+ 25 846	+ 22 579	− 3 612	− 2 634	+ 10 974	− 5 073	− 2 043	+ 15 985	+ 1 193	− 7 819
März	+ 29 157	+ 22 644	− 3 385	− 3 514	+ 15 294	− 5 268	− 169	+ 20 971	− 566	− 8 017
April	+ 26 010	+ 24 268	− 3 051	− 5 514	+ 11 039	− 3 784	− 2 795	− 329	− 317	− 23 544
Mai	+ 15 708	+ 22 261	− 2 898	− 7 428	+ 2 559	− 1 684	− 1 879	+ 25 407	+ 156	+ 11 578
Juni	+ 19 961	+ 20 645	− 4 235	− 7 013	+ 11 429	− 5 101	+ 2 107	+ 9 128	+ 908	− 12 940
Juli	+ 19 682	+ 21 007	− 2 030	− 9 324	+ 13 729	− 5 730	− 2 557	+ 39 968	− 1 194	+ 22 843
Aug.	+ 14 777	+ 16 521	− 3 943	− 11 356	+ 14 765	− 5 153	+ 470	+ 9 544	− 552	− 5 703
Sept.	+ 21 286	+ 18 409	− 3 132	− 6 878	+ 14 699	− 4 945	− 3 008	+ 35 319	+ 855	+ 17 042
Okt.	+ 16 011	+ 15 769	− 1 281	− 9 120	+ 15 440	− 6 078	− 3 014	+ 9 846	− 1 367	− 3 151
Nov.	+ 22 681	+ 18 830	− 5 674	− 4 918	+ 16 156	− 7 388	− 1 345	+ 32 326	+ 1 671	+ 10 990
Dez.	+ 16 973	+ 10 866	− 7 111	+ 1 986	+ 18 745	− 14 623	− 1 974	+ 51 851	− 1 977	+ 36 852
2025 Jan.	+ 16 620	+ 13 658	− 959	− 5 920	+ 14 379	− 5 497	− 2 102	+ 6 734	+ 1 192	− 7 784
Febr.	+ 21 252	+ 20 561	− 1 094	− 4 336	+ 10 397	− 5 370	− 3 674	+ 793	− 64	− 16 785
März	+ 27 449	+ 21 409	− 4 442	− 3 420	+ 14 816	− 5 356	− 3 000	+ 65 419	− 332	+ 40 971
April	+ 18 746	+ 16 361	− 2 514	− 6 571	+ 13 716	− 4 760	− 2 108	+ 19 556	+ 516	+ 2 918
Mai	+ 5 924	+ 15 777	− 5 259	− 5 932	− 2 297	− 1 625	− 2 417	+ 31 929	+ 640	+ 28 422
Juni	+ 17 162	+ 15 422	− 3 980	− 7 138	+ 13 943	− 5 066	− 3 667	+ 47 029	− 261	+ 33 534
Juli	+ 17 097	+ 16 387	− 3 741	− 9 540	+ 15 733	− 5 483	− 375	+ 1 725	− 381	− 14 997
Aug.	+ 11 029	+ 12 421	− 2 255	− 9 793	+ 14 398	− 5 997	− 2 683	+ 16 552	− 772	+ 8 206
Sept.	+ 16 712	+ 16 197	− 3 135	− 5 973	+ 13 555	− 7 067	− 3 566	+ 25 758	− 640	+ 12 612
Okt.	+ 17 144	+ 16 758	− 3 664	− 8 438	+ 15 233	− 6 410	− 2 606	− 16 734	+ 73	− 31 272
Nov.	+ 17 167	+ 12 197	− 4 084	− 4 405	+ 17 146	− 7 771	− 1 369	+ 49 903	+ 827	+ 34 105
Dez.	+ 15 830	+ 8 093	− 5 063	− 2 055	+ 19 755	− 9 964	− 663	+ 34 005	+ 54	+ 18 839
2026 Jan.	+ 16 971	+ 13 496	− 2 666	− 3 862	+ 14 241	− 6 903	− 1 154	− 15 403	+ 123	− 31 221
Febr.	+ 20 341	+ 19 376	− 3 410	− 4 778	+ 11 381	− 5 638	− 1 857	+ 25 520	− 28	+ 7 037
März	+ 24 468	+ 19 595	− 1 898	− 3 341	+ 15 485	− 7 270	+ 2 847	+ 19 124	+ 537	− 8 190
April	+ 16 567	+ 14 849	− 2 414	− 5 553	+ 11 987	− 4 717	− 1 736	+ 3 196	− 664	− 11 634
Mai r)	+ 8 965	+ 15 163	− 2 984	− 7 126	+ 3 890	− 2 962	− 3 375	+ 12 066	+ 835	+ 6 477
Juni p)	+ 19 034	+ 17 348	− 2 939	− 7 223	+ 13 900	− 4 992	− 3 455	+ 31 528	− 535	+ 15 949

1 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung. **2** Einschl. Nettoerwerb/-veräußerung von nichtproduziertem Sachvermögen. **3** Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: -. **4** Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2023	2024	2025	2026 Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 575 209	1 549 577	1 564 157	122 285	132 242	150 202	136 616	129 463	146 996
	Einfuhr	1 357 465	1 306 690	1 361 883	106 750	111 720	129 508	122 209	113 597	128 244
	Saldo	+ 217 744	+ 242 887	+ 202 274	+ 15 535	+ 20 522	+ 20 694	+ 14 407	+ 15 866	+ 18 752
I. Europäische Länder	Ausfuhr	1 072 633	1 054 086	1 095 201	87 497	94 464	109 327	98 352	92 014	104 614
	Einfuhr	874 238	834 590	863 188	65 532	71 378	82 575	75 933	70 969	80 779
	Saldo	+ 198 396	+ 219 497	+ 232 013	+ 21 965	+ 23 086	+ 26 751	+ 22 420	+ 21 045	+ 23 835
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	859 537	839 346	873 563	69 973	74 901	86 462	79 407	74 567	83 875
	Einfuhr	712 019	679 386	700 276	52 793	58 368	66 474	61 440	57 228	66 801
	Saldo	+ 147 518	+ 159 960	+ 173 287	+ 17 180	+ 16 533	+ 19 988	+ 17 967	+ 17 340	+ 17 074
Euroraum (21)	Ausfuhr	609 485	590 068	613 635	48 943	52 119	60 597	55 230	51 924	58 560
	Einfuhr	480 582	457 884	469 277	35 854	39 456	44 505	41 959	38 734	45 100
	Saldo	+ 128 903	+ 132 184	+ 144 359	+ 13 090	+ 12 663	+ 16 093	+ 13 271	+ 13 190	+ 13 459
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	67 497	65 077	65 408	5 208	5 543	6 120	5 941	5 390	5 921
	Einfuhr	56 141	50 897	50 796	3 926	4 244	4 847	4 538	4 355	4 788
	Saldo	+ 11 356	+ 14 180	+ 14 611	+ 1 282	+ 1 300	+ 1 274	+ 1 403	+ 1 035	+ 1 133
Frankreich	Ausfuhr	119 825	115 151	117 393	9 622	10 037	11 733	10 651	9 635	11 570
	Einfuhr	69 872	66 928	69 075	5 795	6 288	6 856	6 376	5 381	6 890
	Saldo	+ 49 953	+ 48 222	+ 48 318	+ 3 826	+ 3 749	+ 4 878	+ 4 275	+ 4 253	+ 4 680
Italien	Ausfuhr	85 403	80 271	83 514	6 592	7 032	8 355	7 272	7 124	7 875
	Einfuhr	71 323	67 232	72 408	5 119	6 345	6 770	6 353	6 178	7 656
	Saldo	+ 14 080	+ 13 038	+ 11 107	+ 1 473	+ 687	+ 1 585	+ 918	+ 946	+ 220
Niederlande	Ausfuhr	111 835	109 343	112 430	8 706	9 347	11 338	10 194	9 825	11 024
	Einfuhr	102 911	93 049	97 034	7 221	7 692	8 801	8 379	8 008	8 587
	Saldo	+ 8 924	+ 16 294	+ 15 396	+ 1 485	+ 1 655	+ 2 537	+ 1 814	+ 1 817	+ 2 437
Österreich	Ausfuhr	80 355	76 440	80 033	6 588	7 106	8 187	7 599	6 719	7 260
	Einfuhr	53 744	51 953	53 634	3 967	4 592	5 190	4 940	4 330	5 278
	Saldo	+ 26 610	+ 24 487	+ 26 399	+ 2 622	+ 2 513	+ 2 997	+ 2 659	+ 2 389	+ 1 981
Spanien	Ausfuhr	54 037	53 758	59 154	4 724	5 073	5 622	5 174	5 229	5 730
	Einfuhr	38 636	39 470	39 090	2 828	3 316	3 774	3 788	3 268	3 685
	Saldo	+ 15 401	+ 14 288	+ 20 064	+ 1 897	+ 1 756	+ 1 847	+ 1 386	+ 1 961	+ 2 045
Andere EU-Länder	Ausfuhr	250 052	249 279	259 928	21 030	22 782	25 864	24 177	22 643	25 315
	Einfuhr	231 437	221 502	230 999	16 939	18 912	21 969	19 481	18 494	21 701
	Saldo	+ 18 615	+ 27 776	+ 28 929	+ 4 090	+ 3 870	+ 3 895	+ 4 695	+ 4 150	+ 3 614
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	213 096	214 740	221 638	17 524	19 563	22 865	18 945	17 446	20 740
	Einfuhr	162 219	155 204	162 912	12 739	13 010	16 101	14 492	13 741	13 979
	Saldo	+ 50 878	+ 59 536	+ 58 725	+ 4 785	+ 6 553	+ 6 764	+ 4 453	+ 3 706	+ 6 761
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	66 780	67 964	73 808	6 238	6 804	8 348	6 820	6 007	6 776
	Einfuhr	51 757	52 582	55 464	4 150	4 408	5 100	4 780	4 124	4 566
	Saldo	+ 15 022	+ 15 381	+ 18 344	+ 2 088	+ 2 397	+ 3 249	+ 2 040	+ 1 884	+ 2 210
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	78 427	80 324	79 861	6 551	7 149	8 231	6 424	6 371	7 714
	Einfuhr	36 770	36 183	38 541	2 986	3 237	3 807	3 250	3 552	3 215
	Saldo	+ 41 657	+ 44 141	+ 41 320	+ 3 565	+ 3 912	+ 4 424	+ 3 174	+ 2 819	+ 4 499
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	497 748	490 627	464 039	34 339	37 394	40 286	37 652	36 798	41 735
	Einfuhr	482 269	471 110	496 589	41 075	40 143	46 715	46 075	42 426	47 126
	Saldo	+ 15 480	+ 19 517	− 32 550	− 6 736	− 2 749	− 6 430	− 8 423	− 5 629	− 5 391
1. Afrika	Ausfuhr	28 742	26 282	28 431	2 225	2 394	2 557	2 549	2 360	2 679
	Einfuhr	32 477	32 021	34 906	2 931	2 836	3 060	3 261	2 855	3 206
	Saldo	− 3 735	− 5 739	− 6 475	− 706	− 442	− 503	− 712	− 496	− 526
2. Amerika	Ausfuhr	216 538	219 115	202 580	15 569	17 068	18 213	16 619	17 456	18 135
	Einfuhr	130 487	129 214	134 299	11 081	10 922	12 584	13 427	12 157	13 079
	Saldo	+ 86 051	+ 89 902	+ 68 281	+ 4 488	+ 6 146	+ 5 630	+ 3 192	+ 5 299	+ 5 056
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	157 930	161 427	147 049	11 577	12 037	12 857	11 414	12 510	12 694
	Einfuhr	94 634	91 828	94 378	7 395	7 720	8 759	8 710	8 942	9 115
	Saldo	+ 63 296	+ 69 599	+ 52 671	+ 4 182	+ 4 318	+ 4 098	+ 2 704	+ 3 567	+ 3 579
3. Asien	Ausfuhr	238 709	232 151	220 907	15 595	16 908	18 472	17 245	15 984	19 648
	Einfuhr	313 055	304 489	321 593	26 451	25 900	30 482	28 748	26 936	30 276
	Saldo	− 74 346	− 72 338	− 100 686	− 10 857	− 8 992	− 12 011	− 11 503	− 10 952	− 10 628
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	32 039	33 905	36 371	2 454	2 636	2 297	2 425	2 462	3 301
	Einfuhr	16 057	11 511	10 479	700	733	1 006	784	839	784
	Saldo	+ 15 983	+ 22 394	+ 25 892	+ 1 754	+ 1 904	+ 1 291	+ 1 641	+ 1 623	+ 2 516
Japan	Ausfuhr	20 238	21 572	21 004	1 618	1 494	1 871	1 561	1 505	1 705
	Einfuhr	25 568	22 591	22 043	1 826	1 924	2 182	1 937	1 682	2 017
	Saldo	− 5 330	− 1 019	− 1 038	− 208	− 430	− 310	− 377	− 176	− 312
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	97 346	89 934	81 250	5 596	5 734	6 741	5 904	5 715	6 714
	Einfuhr	156 831	156 847	171 240	14 165	13 633	15 849	14 876	14 089	16 600
	Saldo	− 59 484	− 66 913	− 89 990	− 8 568	− 7 898	− 9 107	− 8 973	− 8 375	− 9 885
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr	60 971	58 590	55 010	4 091	5 010	5 129	4 855	4 206	5 275
	Einfuhr	66 716	62 083	62 334	5 203	5 181	6 393	6 030	5 371	5 806
	Saldo	− 5 745	− 3 493	− 7 324	− 1 112	− 171	− 1 265	− 1 175	− 1 165	− 531
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	13 759	13 079	12 122	950	1 024	1 044	1 239	998	1 273
	Einfuhr	6 249	5 386	5 791	612	484	589	639	478	566
	Saldo	+ 7 510	+ 7 693	+ 6 331	+ 339	+ 540	+ 455	+ 600	+ 520	+ 708

***** Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. **1** Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. **2** Ohne Hongkong. **3** Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen									Primäreinkommen		
		darunter:										
	Insgesamt	Transportleistungen	Reiseverkehr [1]	Finanzdienstleistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	Regierungsleistungen [2]	Arbeitnehmerentgelt	Vermögenseinkommen	Sonstiges Primäreinkommen [3]
2021	+ 3 833	– 5 966	– 24 323	+ 8 648	+ 32 149	– 9 354	– 9 557	+ 3 295	+ 5 294	+ 120 632	– 3 065
2022	– 33 722	– 10 517	– 55 371	+ 9 114	+ 29 490	– 11 399	– 9 767	+ 3 867	+ 5 645	+ 138 778	– 5 458
2023	– 60 939	– 10 473	– 71 800	+ 9 423	+ 21 658	– 11 265	– 15 426	+ 3 402	+ 5 872	+ 132 883	– 4 332
2024	– 70 658	– 8 359	– 77 381	+ 11 284	+ 18 378	– 10 522	– 18 959	+ 3 491	+ 6 018	+ 152 802	– 461
2025	– 73 520	– 10 410	– 78 037	+ 10 643	+ 17 882	– 9 742	– 18 600	+ 1 247	+ 6 170	+ 156 074	– 1 470
2024 4.Vj.	– 12 052	– 2 280	– 16 249	+ 2 911	+ 4 530	– 1 316	– 3 545	+ 898	+ 1 746	+ 45 797	+ 2 797
2025 1.Vj.	– 13 676	– 2 268	– 15 189	+ 2 801	+ 5 293	– 3 559	– 4 466	+ 915	+ 1 852	+ 39 029	– 1 289
2.Vj.	– 19 640	– 2 555	– 21 490	+ 2 698	+ 5 066	– 1 949	– 5 766	+ 727	+ 1 402	+ 25 388	– 1 429
3.Vj.	– 25 305	– 2 788	– 24 592	+ 2 604	+ 3 145	– 2 320	– 5 408	+ 406	+ 1 097	+ 44 093	– 1 505
4.Vj.	– 14 898	– 2 799	– 16 767	+ 2 540	+ 4 379	– 1 914	– 2 960	– 801	+ 1 818	+ 47 563	+ 2 753
2026 1.Vj.	– 11 981	– 3 149	– 15 020	+ 3 460	+ 5 058	– 1 866	– 4 718	+ 210	+ 1 858	+ 40 686	– 1 438
2.Vj. p)	– 19 902	– 2 711	– 23 319	+ 2 603	+ 4 766	– 1 260	– 4 749	+ 718	+ 1 404	+ 29 800	– 1 427
2025 Aug.	– 9 793	– 728	– 10 058	+ 703	+ 842	– 871	– 986	+ 262	+ 366	+ 14 522	– 489
Sept.	– 5 973	– 1 178	– 7 718	+ 931	+ 1 777	+ 144	– 1 686	+ 281	+ 366	+ 13 694	– 505
Okt.	– 8 438	– 949	– 9 276	+ 637	+ 2 535	– 1 606	– 825	– 75	+ 552	+ 13 734	+ 947
Nov.	– 4 405	– 936	– 5 548	+ 893	+ 1 383	– 269	– 1 144	– 56	+ 549	+ 15 741	+ 856
Dez.	– 2 055	– 915	– 1 943	+ 1 009	+ 461	– 39	– 991	– 670	+ 717	+ 18 088	+ 950
2026 Jan.	– 3 862	– 682	– 4 693	+ 1 359	+ 1 927	– 1 198	– 1 697	– 247	+ 620	+ 14 154	– 534
Febr.	– 4 778	– 951	– 4 460	+ 1 222	+ 877	– 1 236	– 1 693	+ 286	+ 619	+ 11 224	– 463
März	– 3 341	– 1 517	– 5 867	+ 879	+ 2 254	+ 568	– 1 328	+ 172	+ 619	+ 15 307	– 442
April	– 5 553	– 926	– 6 394	+ 1 004	+ 2 055	– 902	– 2 079	+ 208	+ 469	+ 11 939	– 421
Mai r)	– 7 126	– 774	– 8 032	+ 756	+ 1 156	– 603	– 1 237	+ 235	+ 468	+ 3 905	– 484
Juni p)	– 7 223	– 1 010	– 8 894	+ 843	+ 1 555	+ 244	– 1 434	+ 275	+ 467	+ 13 956	– 522

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. **2** Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. Einnahmen ausländischer militärischer Dienststellen. **3** Enthält unter anderem Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Sekundäreinkommen							Vermögensänderungsbilanz		
		Staat			Alle Sektoren ohne Staat [2]					
			darunter:			darunter:				
	Insgesamt	Insgesamt	Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit [1]	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen, u.ä.	Insgesamt	Persönliche Übertragungen [3]	darunter: Heimatüberweisungen	Insgesamt	Nicht produziertes Sachvermögen	Vermögensübertragungen
2021	– 59 947	– 37 264	– 8 935	+ 11 840	– 22 683	– 6 178	– 6 170	– 3 480	– 582	– 2 899
2022	– 68 397	– 40 293	– 15 111	+ 14 241	– 28 104	– 8 084	– 7 204	– 20 043	– 16 331	– 3 712
2023	– 66 418	– 34 941	– 12 491	+ 14 794	– 31 477	– 7 876	– 7 806	– 23 643	– 17 480	– 6 163
2024	– 69 331	– 34 224	– 13 837	+ 14 882	– 35 107	– 8 331	– 8 246	– 22 235	– 14 941	– 7 294
2025	– 70 367	– 40 065	– 15 904	+ 14 019	– 30 302	– 8 597	– 8 500	– 28 231	– 19 037	– 9 193
2024 4.Vj.	– 28 089	– 14 010	– 6 586	+ 2 277	– 14 079	– 2 083	– 2 062	– 6 333	– 4 115	– 2 218
2025 1.Vj.	– 16 223	– 8 765	– 3 196	+ 3 380	– 7 458	– 2 150	– 2 125	– 8 776	– 4 919	– 3 857
2.Vj.	– 11 451	– 4 803	– 2 510	+ 7 356	– 6 648	– 2 150	– 2 125	– 8 193	– 6 886	– 1 307
3.Vj.	– 18 547	– 11 560	– 3 671	+ 1 553	– 6 987	– 2 148	– 2 125	– 6 624	– 4 639	– 1 985
4.Vj.	– 24 146	– 14 936	– 6 526	+ 1 731	– 9 209	– 2 149	– 2 125	– 4 638	– 2 593	– 2 045
2026 1.Vj.	– 19 812	– 12 825	– 1 936	+ 3 088	– 6 986	– 2 131	– 2 125	– 163	+ 2 246	– 2 409
2.Vj. p)	– 12 670	– 5 496	– 1 947	+ 7 645	– 7 174	– 2 131	– 2 125	– 8 567	– 7 382	– 1 185
2025 Aug.	– 5 997	– 3 941	– 970	+ 373	– 2 056	– 716	– 708	– 2 683	– 2 309	– 374
Sept.	– 7 067	– 4 333	– 1 750	+ 470	– 2 735	– 716	– 708	– 3 566	– 2 472	– 1 094
Okt.	– 6 410	– 4 380	– 1 762	+ 281	– 2 030	– 716	– 708	– 2 606	– 2 578	– 28
Nov.	– 7 771	– 5 484	– 1 606	+ 397	– 2 287	– 716	– 708	– 1 369	– 763	– 607
Dez.	– 9 964	– 5 072	– 3 159	+ 1 053	– 4 892	– 717	– 708	– 663	+ 747	– 1 410
2026 Jan.	– 6 903	– 4 568	– 1 054	+ 494	– 2 335	– 711	– 708	– 1 154	+ 737	– 1 891
Febr.	– 5 638	– 4 179	– 364	+ 1 316	– 1 459	– 710	– 708	– 1 857	– 1 377	– 480
März	– 7 270	– 4 078	– 518	+ 1 278	– 3 192	– 711	– 708	+ 2 847	+ 2 885	– 38
April	– 4 717	– 2 358	– 681	+ 1 795	– 2 359	– 711	– 708	– 1 736	– 1 316	– 420
Mai r)	– 2 962	– 655	– 532	+ 3 984	– 2 307	– 710	– 708	– 3 375	– 2 876	– 499
Juni p)	– 4 992	– 2 483	– 735	+ 1 866	– 2 509	– 710	– 708	– 3 455	– 3 190	– 265

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. **2** Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebensversicherungen). **3** Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

XII. Außenwirtschaft

6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2023	2024	2025	2025	2026				
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj. p)	April	Mai r)	Juni p)
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 301 104	+ 517 531	+ 822 110	+ 60 794	+ 339 843	+ 260 142	+ 32 915	+ 117 152	+ 110 075
1. Direktinvestitionen	+ 107 748	+ 80 193	+ 97 536	+ 17 865	+ 27 541	+ 17 071	+ 7 072	+ 198	+ 9 801
Beteiligungskapital	+ 49 400	+ 62 879	+ 78 045	+ 15 788	+ 20 973	+ 26 204	+ 10 931	+ 8 313	+ 6 960
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 34 845	+ 48 640	+ 65 194	+ 15 890	+ 20 780	+ 22 736	+ 8 711	+ 8 438	+ 5 588
Direktinvestitionskredite	+ 58 349	+ 17 315	+ 19 490	+ 2 077	+ 6 568	− 9 134	− 3 860	− 8 115	+ 2 841
2. Wertpapieranlagen	+ 154 529	+ 217 756	+ 281 123	− 9 860	+ 88 869	+ 109 641	+ 34 534	+ 40 743	+ 34 364
Aktien 2)	− 4 856	+ 3 762	+ 902	− 30 879	− 4 034	+ 4 233	+ 6 592	+ 2 164	− 4 523
Investmentfondsanteile 3)	+ 29 390	+ 111 267	+ 119 913	+ 24 729	+ 34 005	+ 40 171	+ 14 911	+ 11 292	+ 13 968
kurzfristige									
Schuldverschreibungen 4)	+ 6 516	+ 8 882	− 11 119	− 6 421	+ 3 666	+ 1 832	+ 945	+ 234	+ 652
langfristige									
Schuldverschreibungen 5)	+ 123 479	+ 93 846	+ 171 427	+ 2 710	+ 55 231	+ 63 405	+ 12 086	+ 27 053	+ 24 266
3. Finanzderivate und Mitarbeiteroptionen 6)	+ 35 359	+ 42 861	+ 38 557	+ 835	+ 28 585	+ 20 781	+ 5 896	+ 5 835	+ 9 050
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 2 583	+ 178 160	+ 404 043	+ 51 000	+ 194 216	+ 113 013	− 13 923	+ 69 541	+ 57 396
Monetäre Finanzinstitute 8)	+ 42 147	+ 163 086	+ 205 602	+ 17 127	+ 118 803	+ 60 096	− 18 022	+ 52 621	+ 25 497
Unternehmen und Privatpersonen 9)	+ 125 187	+ 79 254	+ 216 793	+ 53 669	+ 70 818	+ 42 191	− 20 473	+ 10 804	+ 51 861
Staat	+ 7 589	− 9 366	+ 2 758	+ 2 436	+ 1 981	− 1 682	− 4 469	+ 347	+ 2 439
Bundesbank	− 172 339	− 54 813	− 21 110	− 22 231	+ 2 615	+ 12 408	+ 29 041	+ 5 768	− 22 401
5. Währungsreserven	+ 884	− 1 440	+ 850	+ 953	+ 632	− 364	− 664	+ 835	− 535
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 112 972	+ 268 148	+ 539 441	− 6 380	+ 310 602	+ 213 351	+ 29 718	+ 105 086	+ 78 547
1. Direktinvestitionen	+ 84 088	+ 57 351	+ 86 145	− 2 795	+ 15 894	+ 9 005	− 6 807	+ 12 049	+ 3 763
Beteiligungskapital	+ 50 972	+ 54 037	+ 54 367	+ 19 336	+ 6 807	+ 5 335	+ 1 585	+ 2 816	+ 933
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 12 016	+ 16 547	+ 19 359	+ 4 668	+ 7 914	+ 4 803	+ 618	+ 2 202	+ 1 983
Direktinvestitionskredite	+ 33 115	+ 3 313	+ 31 777	− 22 131	+ 9 087	+ 3 670	− 8 392	+ 9 233	+ 2 829
2. Wertpapieranlagen	+ 162 124	+ 197 373	+ 229 443	+ 44 108	+ 85 970	+ 96 820	+ 30 774	+ 38 187	+ 27 859
Aktien 2)	− 14 063	− 5 152	− 15 626	− 7 725	− 4 080	+ 2 706	+ 4 474	− 2 188	+ 420
Investmentfondsanteile 3)	− 2 214	− 1 014	+ 772	− 6 259	+ 2 309	+ 7 877	+ 5 227	+ 2 054	+ 596
kurzfristige									
Schuldverschreibungen 4)	+ 9 216	− 15 052	+ 48 161	+ 14 884	− 13 160	+ 19 453	+ 6 954	+ 1 716	+ 10 783
langfristige									
Schuldverschreibungen 5)	+ 169 185	+ 218 591	+ 196 136	+ 43 208	+ 100 902	+ 66 784	+ 14 119	+ 36 606	+ 16 059
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	− 133 240	+ 13 424	+ 223 854	− 47 693	+ 208 738	+ 107 526	+ 5 751	+ 54 849	+ 46 926
Monetäre Finanzinstitute 8)	− 55 216	+ 55 690	+ 118 326	− 87 330	+ 184 278	+ 29 180	+ 2 481	+ 25 052	+ 1 647
Unternehmen und Privatpersonen 9)	+ 61 015	+ 17 853	+ 113 919	+ 17 326	+ 34 385	+ 47 422	+ 1 254	+ 22 748	+ 23 419
Staat	− 790	− 2 064	+ 8 830	− 6	+ 7 808	− 1 488	+ 1 690	− 6 178	+ 3 000
Bundesbank	− 138 249	− 58 055	− 17 221	+ 22 317	− 17 732	+ 32 412	+ 325	+ 13 227	+ 18 859
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: -)	+ 188 133	+ 249 383	+ 282 668	+ 67 174	+ 29 242	+ 46 791	+ 3 196	+ 12 066	+ 31 528

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Fachreihe, Direktinvestitionsstatistiken). **2** Einschl. Genussscheine. **3** Einschl. reinvestierter Erträge. **4** Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. **5** Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. **6** Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. **7** Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. **8** Ohne Bundesbank. **9** Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne Monetäre Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio €

Stand zum Ende des Berichtszeitraums	Auslandsaktiva									Auslandspassiva 3) 4)	Netto-Auslandsposition 5)
	Insgesamt	Währungsreserven				Übrige Kapitalanlagen			Wertpapieranlagen 2)		
		Insgesamt	Gold und Goldforderungen	Sonderziehungsrechte	Reserveposition im IWF	Bargeld, Einlagen und Wertpapieranlagen	Insgesamt	darunter: Verrechnungskonten innerhalb des ESZB 1)			
1999 Jan. 6)	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 314	282 490
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	481 787	318 921
2016	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	592 723	397 727
2017	1 142 845	166 842	117 347	13 987	4 294	31 215	923 765	906 941	52 238	668 527	474 318
2018	1 209 982	173 138	121 445	14 378	5 518	31 796	980 560	966 190	56 284	770 519	439 462
2019	1 160 971	199 295	146 562	14 642	6 051	32 039	909 645	895 219	52 031	663 320	497 651
2020	1 429 236	219 127	166 904	14 014	8 143	30 066	1 152 757	1 136 002	57 353	781 339	647 898
2021	1 592 822	261 387	173 821	46 491	8 426	32 649	1 276 150	1 260 673	55 285	1 009 488	583 334
2022	1 617 056	276 488	184 036	48 567	9 480	34 404	1 290 317	1 269 076	50 251	919 441	697 614
2023	1 455 788	292 259	201 335	48 766	8 782	33 376	1 117 978	1 093 371	45 550	779 844	675 943
2024	1 464 391	363 705	270 580	50 888	8 267	33 970	1 063 165	1 046 318	37 521	723 234	741 157
2025	1 556 390	481 795	395 215	46 528	8 201	31 851	1 042 056	1 023 482	32 540	702 670	853 720
2024 Febr.	1 431 638	295 014	202 181	49 313	8 777	34 744	1 093 262	1 075 510	43 361	679 579	752 058
März	1 436 723	312 728	220 571	49 281	8 563	34 314	1 083 242	1 065 759	40 754	666 365	770 359
April	1 428 136	324 404	232 438	49 368	8 591	34 007	1 063 804	1 047 932	39 928	653 953	774 183
Mai	1 441 362	324 156	232 717	49 501	8 399	33 538	1 077 447	1 061 110	39 758	663 179	778 183
Juni	1 474 113	328 214	234 891	49 858	8 355	35 109	1 106 429	1 090 444	39 470	667 250	806 863
Juli	1 435 795	332 651	240 587	49 622	8 401	34 041	1 064 405	1 048 438	38 739	655 396	780 399
Aug.	1 465 316	335 474	244 992	49 207	8 318	32 957	1 090 965	1 075 239	38 877	673 181	792 134
Sept.	1 472 197	345 338	254 267	49 081	8 395	33 595	1 088 058	1 073 512	38 802	674 582	797 615
Okt.	1 483 529	364 864	274 165	49 292	8 339	33 068	1 080 082	1 064 456	38 583	673 967	809 562
Nov.	1 486 323	366 023	271 468	50 617	8 221	35 717	1 082 106	1 066 511	38 197	670 005	816 318
Dez.	1 464 391	363 705	270 580	50 888	8 267	33 970	1 063 165	1 046 318	37 521	723 234	741 157
2025 Jan.	1 506 156	385 150	290 776	50 660	8 448	35 265	1 084 104	1 068 023	36 902	682 654	823 501
Febr.	1 522 873	390 627	295 956	50 869	8 328	35 475	1 096 061	1 080 833	36 185	682 507	840 367
März	1 522 244	402 671	310 903	49 085	8 044	34 639	1 083 763	1 069 172	35 810	665 048	857 196
April	1 523 635	399 435	310 207	47 647	8 540	33 041	1 090 090	1 075 272	34 110	670 200	853 435
Mai	1 517 685	402 515	312 447	47 891	8 493	33 684	1 081 299	1 066 843	33 872	678 976	838 709
Juni	1 488 429	389 303	301 591	46 914	8 296	32 502	1 065 242	1 051 250	33 885	681 413	807 016
Juli	1 491 164	399 485	311 036	47 342	8 374	32 733	1 057 693	1 043 876	33 986	687 030	804 134
Aug.	1 511 698	401 591	315 035	46 579	8 290	31 688	1 074 756	1 060 791	35 350	678 659	833 039
Sept.	1 533 294	435 692	349 996	46 424	8 157	31 116	1 064 287	1 049 600	33 315	680 411	852 883
Okt.	1 555 849	462 176	375 658	46 750	8 250	31 519	1 060 392	1 046 546	33 281	680 549	875 301
Nov.	1 563 406	476 102	388 846	46 832	8 176	32 247	1 054 626	1 040 700	32 679	685 729	877 677
Dez.	1 556 390	481 795	395 215	46 528	8 201	31 851	1 042 056	1 023 482	32 540	702 670	853 720
2026 Jan.	1 624 249	545 341	459 239	46 149	8 087	31 867	1 047 282	1 033 412	31 626	691 909	932 340
Febr.	1 624 189	562 209	475 489	46 427	8 123	32 170	1 030 869	1 017 130	31 111	693 245	930 944
März	1 593 657	518 687	430 173	47 105	8 186	33 223	1 044 670	1 030 780	30 299	684 430	909 226
April	1 617 212	513 150	426 202	46 610	8 123	32 215	1 073 711	1 059 477	30 351	684 413	932 799
Mai	1 616 467	507 009	418 979	46 798	8 243	32 988	1 079 479	1 065 690	29 979	697 752	918 715
Juni	1 554 629	469 429	380 732	47 368	8 202	33 128	1 057 078	1 043 208	28 121	717 153	837 475
Juli	1 549 759	469 982	380 411	47 268	8 185	34 118	1 050 955	1 037 116	28 821	708 615	841 144

***** Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb des Euroraums. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem Target-System (in der jeweiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Zentralbanken des Nicht-Euroraums innerhalb des ESZB. **2** In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euroraums. **3** Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. **4** Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. **5** Differenz aus Auslandsaktiva und Auslandspassiva. **6** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandspositionen der Unternehmen *)

Mio €

Stand zum Ende des Berichtszeitraums	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
			Forderungen an ausländische Nichtbanken							Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
					aus Handelskrediten							aus Handelskrediten		
	insgesamt	Guthaben bei ausländischen Banken	insgesamt	aus Finanzbeziehungen	insgesamt	gewährte Zahlungsziele	geleistete Anzahlungen	insgesamt	Kredite von ausländischen Banken	insgesamt	aus Finanzbeziehungen	insgesamt	in Anspruch genommene Zahlungsziele	empfangene Anzahlungen
Alle Länder														
2022	1 251 566	250 859	1 000 707	678 757	321 950	291 760	30 190	1 650 328	179 614	1 470 714	1 177 109	293 605	192 896	100 709
2023	1 399 631	356 727	1 042 904	727 469	315 436	282 268	33 168	1 721 488	221 372	1 500 117	1 213 139	286 977	180 123	106 854
2024	1 440 420	342 111	1 098 309	789 154	309 155	272 463	36 691	1 735 009	245 555	1 489 453	1 197 784	291 670	177 251	114 419
2025	1 575 319	455 788	1 119 531	815 606	303 925	267 798	36 127	1 854 273	325 248	1 529 025	1 238 191	290 834	173 421	117 412
2026 Jan.	1 492 185	450 454	1 041 731	748 170	293 561	256 285	37 276	1 761 117	290 023	1 471 093	1 187 217	283 877	162 797	121 080
Febr.	1 523 994	463 188	1 060 806	758 323	302 483	264 753	37 730	1 780 855	303 208	1 477 647	1 189 299	288 347	166 413	121 935
März	1 563 479	457 167	1 106 311	781 053	325 258	287 678	37 581	1 808 774	306 282	1 502 493	1 196 382	306 110	184 575	121 535
April	1 535 363	443 424	1 091 939	778 065	313 875	275 923	37 951	1 800 846	308 243	1 492 603	1 199 660	292 943	170 490	122 453
Mai r)	1 538 553	446 161	1 092 392	777 990	314 401	275 717	38 684	1 838 443	321 367	1 517 077	1 220 023	297 053	173 457	123 597
Juni p)	1 594 121	486 204	1 107 917	786 869	321 048	282 365	38 684	1 865 127	330 280	1 534 848	1 232 130	302 718	180 218	122 499
EU-Länder (27 ohne GB)														
2022	716 181	190 858	525 323	400 839	124 484	111 002	13 482	1 022 677	129 216	893 460	778 070	115 390	84 243	31 147
2023	850 616	285 372	565 244	445 035	120 209	105 847	14 362	1 062 070	145 385	916 685	801 833	114 852	81 942	32 911
2024	838 434	276 254	562 180	441 810	120 370	104 686	15 684	1 086 141	176 120	910 022	795 111	114 911	79 571	35 340
2025	965 430	372 678	592 752	470 335	122 417	106 635	15 782	1 148 909	213 741	935 168	816 377	118 791	79 998	38 793
2026 Jan.	952 890	365 464	587 426	466 319	121 107	104 839	16 268	1 114 591	172 211	942 380	822 370	120 009	78 861	41 149
Febr.	969 114	373 708	595 406	468 029	127 377	110 861	16 516	1 136 631	193 579	943 052	819 127	123 925	82 518	41 407
März	990 859	368 768	622 090	487 303	134 787	118 314	16 474	1 143 625	200 172	943 454	814 709	128 745	87 691	41 054
April	976 876	360 695	616 181	483 832	132 348	115 823	16 525	1 140 986	201 464	939 522	813 720	125 802	84 267	41 535
Mai r)	973 932	362 495	611 437	482 094	129 344	112 372	16 972	1 157 766	199 650	958 116	833 359	124 757	83 254	41 502
Juni p)	1 018 133	404 698	613 436	479 608	133 827	116 921	16 907	1 184 275	209 637	974 638	844 983	129 654	88 764	40 890
Extra-EU-Länder (27 einschl. GB)														
2022	535 385	60 001	475 384	277 918	197 465	180 758	16 707	627 651	50 398	577 254	399 039	178 215	108 653	69 562
2023	549 016	71 356	477 660	282 433	195 227	176 421	18 806	659 418	75 986	583 431	411 307	172 125	98 181	73 943
2024	601 986	65 857	536 129	347 345	188 784	167 777	21 007	648 867	69 436	579 432	402 673	176 759	97 680	79 079
2025	609 889	83 110	526 779	345 271	181 508	161 163	20 345	705 364	111 507	593 857	421 814	172 042	93 423	78 619
2026 Jan.	539 295	84 991	454 305	281 851	172 454	151 446	21 008	646 526	117 812	528 713	364 846	163 867	83 936	79 931
Febr.	554 880	89 480	465 400	290 294	175 106	153 892	21 214	644 224	109 629	534 595	370 173	164 422	83 895	80 528
März	572 620	88 399	484 221	293 750	190 471	169 364	21 107	665 149	106 110	559 039	381 674	177 365	96 884	80 482
April	558 487	82 728	475 759	294 232	181 526	160 100	21 426	659 860	106 779	553 081	385 940	167 141	86 223	80 917
Mai r)	564 621	83 666	480 954	295 897	185 058	163 345	21 713	680 678	121 716	558 961	386 665	172 296	90 202	82 094
Juni p)	575 988	81 507	494 481	307 260	187 221	165 444	21 777	680 853	120 642	560 210	387 147	173 063	91 454	81 609
Euroraum (21)														
2022	610 977	171 819	439 158	342 283	96 876	84 728	12 148	929 349	107 130	822 218	732 559	89 659	65 279	24 380
2023	748 012	267 353	480 659	387 275	93 384	80 391	12 993	963 530	123 917	839 613	751 377	88 236	63 530	24 706
2024	732 513	256 693	475 820	381 930	93 890	80 392	13 498	976 574	148 597	827 977	741 007	86 971	62 159	24 812
2025	857 478	347 460	510 018	414 467	95 551	82 166	13 385	1 027 392	182 540	844 852	757 251	87 601	61 983	25 618
2026 Jan.	849 529	344 324	505 205	411 297	93 908	79 987	13 921	995 185	144 129	851 056	763 620	87 436	59 731	27 704
Febr.	865 242	353 505	511 737	413 155	98 582	84 437	14 145	1 013 884	164 495	849 390	759 683	89 707	61 770	27 937
März	878 822	344 387	534 436	430 508	103 928	89 977	13 951	1 014 916	165 900	849 017	755 373	93 644	65 780	27 863
April	870 890	339 427	531 463	428 603	102 860	88 834	14 026	1 017 369	171 185	846 184	754 545	91 639	63 310	28 329
Mai r)	868 693	341 626	527 067	427 619	99 449	85 095	14 353	1 032 357	167 815	864 542	774 011	90 531	62 261	28 270
Juni p)	906 388	378 709	527 678	424 507	103 172	88 888	14 283	1 058 322	176 103	882 219	786 802	95 416	67 035	28 382
Extra-Euroraum (21)														
2022	640 589	79 040	561 548	336 475	225 074	207 032	18 042	720 980	72 484	648 496	444 550	203 946	127 617	76 329
2023	651 620	89 374	562 245	340 193	222 052	201 877	20 175	757 958	97 454	660 504	461 763	198 741	116 593	82 148
2024	707 907	85 418	622 489	407 224	215 265	192 072	23 193	758 434	96 959	661 476	456 777	204 699	115 092	89 607
2025	717 841	108 328	609 513	401 138	208 374	185 632	22 742	826 880	142 708	684 172	480 940	203 232	111 438	91 794
2026 Jan.	642 656	106 131	536 526	336 872	199 653	176 298	23 355	765 932	145 894	620 037	423 596	196 441	103 066	93 375
Febr.	658 753	109 683	549 069	345 168	203 901	180 316	23 585	766 970	138 713	628 257	429 616	198 641	104 643	93 998
März	684 656	112 781	571 876	350 545	221 330	197 700	23 630	793 858	140 382	653 476	441 009	212 467	118 795	93 672
April	664 473	103 996	560 476	349 461	211 015	187 089	23 926	783 477	137 058	646 419	445 114	201 304	107 180	94 124
Mai r)	669 860	104 535	565 325	350 372	214 953	190 622	24 331	806 086	153 552	652 534	446 012	206 522	111 195	95 327
Juni p)	687 734	107 495	580 239	362 362	217 877	193 476	24 400	806 806	154 176	652 629	445 328	207 301	113 183	94 118

***** Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV. Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XII. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar.

XII. Außenwirtschaft

9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2016	1,4883	7,3522	7,4452	120,20	1,4659	9,2906	9,4689	1,0902	1,1069	0,81948
2017	1,4732	7,6290	7,4386	126,71	1,4647	9,3270	9,6351	1,1117	1,1297	0,87667
2018	1,5797	7,8081	7,4532	130,40	1,5294	9,5975	10,2583	1,1550	1,1810	0,88471
2019	1,6109	7,7355	7,4661	122,01	1,4855	9,8511	10,5891	1,1124	1,1195	0,87777
2020	1,6549	7,8747	7,4542	121,85	1,5300	10,7228	10,4848	1,0705	1,1422	0,88970
2021	1,5749	7,6282	7,4370	129,88	1,4826	10,1633	10,1465	1,0811	1,1827	0,85960
2022	1,5167	7,0788	7,4396	138,03	1,3695	10,1026	10,6296	1,0047	1,0530	0,85276
2023	1,6288	7,6600	7,4509	151,99	1,4595	11,4248	11,4788	0,9718	1,0813	0,86979
2024	1,6397	7,7875	7,4589	163,85	1,4821	11,6290	11,4325	0,9526	1,0824	0,84662
2025	1,7518	8,1185	7,4634	169,04	1,5787	11,7173	11,0663	0,9370	1,1300	0,85679
2025 März	1,7158	7,8353	7,4597	161,17	1,5518	11,5472	10,9675	0,9548	1,0807	0,83703
April	1,7844	8,1850	7,4648	161,67	1,5701	11,8380	10,9744	0,9370	1,1214	0,85379
Mai	1,7521	8,1348	7,4600	163,14	1,5646	11,5968	10,8812	0,9356	1,1278	0,84350
Juni	1,7723	8,2700	7,4597	166,52	1,5754	11,5841	11,0094	0,9380	1,1516	0,84981
Juli	1,7862	8,3754	7,4625	171,53	1,5982	11,8537	11,1985	0,9325	1,1677	0,86469
Aug.	1,7920	8,3442	7,4638	171,79	1,6057	11,8653	11,1610	0,9387	1,1631	0,86528
Sept.	1,7795	8,3586	7,4644	173,55	1,6227	11,6702	11,0004	0,9350	1,1732	0,86895
Okt.	1,7781	8,2810	7,4680	176,15	1,6280	11,6633	10,9699	0,9289	1,1630	0,87155
Nov.	1,7772	8,2149	7,4679	179,32	1,6248	11,7402	10,9915	0,9290	1,1560	0,87997
Dez.	1,7634	8,2491	7,4696	182,50	1,6168	11,8428	10,8956	0,9332	1,1709	0,87500
2026 Jan.	1,7304	8,1806	7,4703	183,94	1,6173	11,6670	10,6815	0,9272	1,1738	0,86828
Febr.	1,6763	8,1682	7,4702	183,45	1,6140	11,3206	10,6351	0,9140	1,1824	0,87032
März	1,6470	7,9703	7,4717	183,40	1,5848	11,1658	10,7614	0,9094	1,1558	0,86631
April	1,6489	8,0005	7,4728	186,21	1,6097	11,0332	10,8348	0,9213	1,1706	0,86933
Mai	1,6258	7,9352	7,4728	184,71	1,6027	10,7936	10,8613	0,9149	1,1673	0,86565
Juni	1,6391	7,8045	7,4744	185,11	1,6165	11,0338	10,9548	0,9205	1,1518	0,86372
Juli	1,6396	7,7371	7,4752	185,54	1,6119	11,0822	11,0458	0,9256	1,1417	0,85392

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistische Fachreihe Wechselkursstatistik.

10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irisches Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280
2023 1. Januar	Kroatien	Kuna	HRK	7,53450
2026 1. Januar	Bulgarien	Lew	BGN	1,95583

XII. Außenwirtschaft

11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1.Vj. 1999 = 100

	Effektive Wechselkurse des Euro gegenüber den Währungen des						Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft						
	Erweiterten EWK-Länderkreises 1)				Weiten EWK-Länderkreises 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3) gegenüber				auf Basis der Verbraucherpreisindizes gegenüber 7)		
							28 ausgewählten Industrieländern 4)						
								davon:					
Zeit	nominal	real, auf Basis der Verbraucher-preisindizes 7)	real, auf Basis der Deflatoren des Brutto-inlands-produkts 3)	real, auf Basis der Lohnstück-kosten in der Gesamt-wirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucher-preisindizes 7)	insgesamt	Euro-Länder	Nicht-Euro-Länder	37 Ländern 5)	28 ausge-wählten Industrie-ländern 4)	37 Ländern 5)	60 Ländern 6)
1999	96,2	96,0	95,8	96,0	96,5	95,8	97,9	99,7	95,8	97,7	98,2	98,1	97,8
2000	86,9	86,4	85,9	85,5	88,0	85,7	92,0	97,5	85,6	91,2	93,0	92,2	91,2
2001	87,4	86,8	86,7	84,5	90,1	86,6	91,9	96,8	86,2	90,7	92,9	91,6	91,0
2002	89,7	90,0	89,9	88,3	94,4	90,3	92,7	96,1	88,7	91,4	93,4	92,1	91,8
2003	100,5	101,4	101,3	99,5	106,5	101,4	96,3	95,2	97,9	95,7	96,9	96,6	96,8
2004	104,4	105,4	104,4	103,0	111,1	105,3	96,8	94,2	100,6	96,2	98,4	98,2	98,4
2005	103,0	104,1	102,5	101,1	109,2	102,8	95,4	92,6	99,4	93,9	98,4	97,1	96,7
2006	103,0	104,1	102,0	100,0	109,4	102,2	94,1	90,9	98,8	92,2	98,5	96,7	96,0
2007	106,6	107,2	104,4	101,9	113,1	104,4	95,3	90,3	102,9	92,7	100,9	98,2	97,3
2008	110,5	110,2	106,6	106,0	117,9	107,0	95,6	88,9	106,1	92,0	102,3	98,4	97,5
2009	112,0	111,1	107,9	109,6	121,0	108,0	96,2	90,1	105,8	93,0	101,8	98,5	97,9
2010	104,7	103,3	99,5	102,2	112,3	99,0	93,4	89,5	99,3	89,0	98,7	94,2	92,5
2011	104,4	102,3	97,6	100,5	113,1	98,5	93,0	89,2	98,6	88,2	98,1	93,4	91,9
2012	98,7	96,9	91,9	94,7	107,8	93,7	90,9	89,0	93,4	85,4	95,8	90,5	88,8
2013	102,2	100,0	95,0	97,8	112,5	96,7	93,3	89,6	98,6	87,5	98,1	92,3	90,8
2014	102,5	99,4	94,8	98,0	114,9	97,0	93,9	90,5	98,9	88,3	98,1	92,4	91,4
2015	92,5	89,5	86,0	87,1	106,2	88,3	90,7	91,2	89,9	84,4	94,2	87,7	86,8
2016	95,2	91,4	88,3	p) 88,7	110,2	90,3	91,6	91,6	91,4	85,7	94,9	88,7	88,0
2017	97,5	93,4	89,6	p) 89,9	112,6	91,6	92,8	91,6	94,3	86,4	96,2	89,8	88,8
2018	100,0	95,7	91,2	p) 91,9	117,5	94,8	94,0	91,7	97,4	87,4	97,6	91,0	90,7
2019	98,1	93,2	89,3	p) 89,6	115,7	92,1	93,0	91,9	94,5	86,5	96,3	89,8	89,2
2020	99,7	93,5	90,7	p) 90,9	119,4	93,5	93,2	92,2	94,6	87,2	96,3	90,0	90,0
2021	99,7	93,5	89,2	p) 88,9	120,8	93,9	93,8	92,2	96,1	87,0	97,3	90,5	90,8
2022	95,1	90,5	84,3	p) 83,9	116,5	90,5	92,1	91,8	92,4	85,2	95,7	88,9	88,8
2023	97,9	93,6	88,9	p) 87,7	122,1	94,0	93,7	92,1	96,1	87,4	97,8	90,9	91,2
2024	98,2	94,0	89,4	p) 88,7	124,4	94,2	93,9	92,4	95,9	87,8	97,7	91,2	91,4
2025	100,4	p) 96,0	91,7	p) 91,2	128,3	p) 96,1	95,0	93,1	97,6	89,4	p) 98,3	p) 92,2	p) 92,5
2024 Febr.	97,9	93,7	89,7	p) 88,6	123,5	94,0	94,0	92,4	96,2	87,9	97,5	91,0	91,3
März	98,5	94,3			124,5	94,6					97,8	91,4	91,6
April	98,3	94,0			124,2	94,2					97,9	91,3	91,6
Mai	98,6	94,3	89,5	p) 88,9	124,6	94,4	94,0	92,3	96,3	87,8	98,2	91,5	91,7
Juni	98,2	94,1			124,3	94,2					97,8	91,4	91,6
Juli	98,8	94,6			125,1	94,7					98,1	91,6	91,8
Aug.	98,8	94,5	89,7	p) 89,2	125,6	94,9	94,0	92,3	96,4	87,9	97,9	91,4	91,7
Sept.	98,6	94,3			125,6	94,7					97,9	91,3	91,6
Okt.	98,0	93,8			124,7	94,0					97,7	91,2	91,4
Nov.	97,3	93,2	88,7	p) 88,2	123,7	93,2	93,5	92,5	94,8	87,6	97,2	90,8	90,9
Dez.	96,7	92,6			122,9	92,6					97,0	90,6	90,6
2025 Jan.	96,4	92,4			122,5	92,3					96,7	90,2	90,2
Febr.	96,1	92,1	88,3	p) 87,5	122,2	91,9	93,5	92,9	94,1	87,6	96,5	90,1	90,0
März	98,0	94,0			125,0	94,0					97,3	91,0	91,2
April	100,3	96,0			128,3	96,3					98,1	92,4	92,8
Mai	100,0	95,5	91,9	p) 91,3	127,7	95,6	94,8	93,0	97,5	89,5	98,2	92,2	92,5
Juni	101,1	96,7			129,2	96,7					98,5	92,6	92,9
Juli	102,1	97,7			130,6	97,8					98,8	93,0	93,3
Aug.	102,0	97,6	93,3	p) 93,1	130,6	97,7	95,7	93,2	99,5	90,3	98,8	92,9	93,3
Sept.	102,2	97,8			131,1	98,0					99,1	93,2	93,6
Okt.	101,9	p) 97,3			130,6	p) 97,5					p) 99,1	p) 93,0	p) 93,4
Nov.	101,8	97,3	93,3	p) 93,0	130,4	97,4	95,9	93,5	99,5	90,3	99,1	92,9	93,2
Dez.	102,2	97,7			131,1	97,8					99,1	93,0	93,3
2026 Jan.	101,8	97,5			130,7	p) 97,4					99,2	93,0	p) 93,2
Febr.	101,8	97,4	p) 92,8	p) 92,9	130,7	p) 97,3	95,7	93,6	98,8	90,0	p) 99,1	p) 92,8	p) 93,1
März	100,8	96,9			129,6	p) 96,8					p) 99,0	p) 92,8	p) 93,0
April	101,3	p) 97,6			130,2	p) 97,3					p) 99,3	p) 92,9	p) 93,1
Mai	100,8	p) 96,9	...	...	129,7	p) 96,7	...	...	...	...	p) 98,8	p) 92,4	p) 92,6
Juni	100,3	p) 96,3			129,0	p) 96,0					p) 98,6	p) 92,0	p) 92,1
Juli	99,9	p) 95,9			128,7	p) 95,7					p) 98,8	p) 92,3	p) 92,4

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro. Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. Die Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen und Dienstleistungen. Nähere Erläuterungen zur Methodik und Wägungsschemata siehe Website der Deutschen Bundesbank (https://www.bundesbank.de/content/774128). **1** Berechnungen anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender 17 Länder: Australien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechien, Ungarn, USA und Vereinigtes Königreich. Soweit die aktuellen Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen, sind Schätzungen berücksichtigt. **2** Umfasst die Länder des Erweiterten EWK-Länderkreises zzgl. folgender 23 Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kolumbien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Peru, Philippinen, Russische Föderation, Saudi-Arabien, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei, Ukraine und Vereinigte Arabische Emirate. Die EZB hat die Veröffentlichung des Euro-Referenzkurses zum Rubel mit Wirkung vom 2. März 2022 bis auf Weiteres ausgesetzt. Zur Berechnung der effektiven Wechselkurse wird für die Russische Föderation ab diesem Zeitpunkt ein Indikativkurs verwendet, der sich aus den täglichen von der Bank of Russia festgestellten RUB/USD-Kursen in Verbindung mit dem jeweiligen Euro-Referenzkurs der EZB zum US-Dollar errechnet. **3** Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. **4** Euro-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen, ab 2023 einschl. Kroatien, ab 2026 einschl. Bulgarien) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, USA und Vereinigtes Königreich. **5** Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe des Erweiterten EWK-Länderkreises. **6** Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe des Weiten EWK-Länderkreises. **7** Government Shutdown in den USA 10/2025.